

# Medien in der Demokratie – Demokratie in den Medien

Ein demokratietheoretisch fundierter Ansatz zur Erforschung der demokratischen Qualität von Medienrepertoires unterschiedlicher Nutzungsklassen, dargelegt am Beispiel einer zeitvergleichenden Analyse des politischen Informationsangebots in den österreichischen Medien

Dissertation zur Erlangung der Würde der Doktorin der Philosophie (Dr. phil) der Fakultät für Geisteswissenschaften, Fachbereich Sprache, Literatur und Medien der Universität Hamburg

Vorgelegt von

Maren Birgit Marina Beaufort

aus Bad Mergentheim

Hamburg, 2020

Vorsitzender: Prof. Dr. Uwe Hasebrink  
Erstgutachter: Prof. Dr. Uwe Hasebrink  
Sprache, Literatur und Medien  
Institut für Medien und Kommunikation – IMK  
Universität Hamburg  
u.hasebrink@leibniz-hbi.de  
Zweitgutachter: Prof. Dr. Mark Eisenegger  
Public Sphere and Society  
Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung – IKMZ  
Universität Zürich  
m.eisenegger@ikmz.uzh.ch  
Datum Disputation: 9. Dezember 2020

## DANKSAGUNG UND VORWORT

---

Die vorliegende Dissertation entstand vor und während der weltweiten Covid-19-Pandemie 2020, als deren Ausmaß und Folgen noch in keiner Weise abschätzbar gewesen sind. In vielen europäischen Staaten waren mit dieser Pandemie politische Maßnahmen verbunden, die noch wenige Wochen zuvor – auch aus demokratischer Perspektive – undenkbar gewesen wären und mit vehementen staatlichen Eingriffen in das gesellschaftliche Gefüge einhergingen. Während sich die öffentliche Debatte auf die medizinischen Implikationen und die entstehende wirtschaftliche Krise konzentrierte, erhoben lange Zeit nur wenige ihre Stimme mit Blick auf die politisch-gesellschaftlichen Konsequenzen für die Demokratie. Der so genannte „Shutdown“ ging mit Ausgangsbeschränkungen, der Schließung von Bildungs- und Kultureinrichtungen, weiten Teilen des Einzelhandels und der Gastronomie, sowie Einschränkungen der Versammlungs- und Reisefreiheit und einigem mehr einher, wobei auch die Medien in besonderer Weise gefordert waren und expliziter als zuvor auf dem Prüfstand des Vertrauens standen.

Nun ist Vertrauen in die Informationsquellen eine wichtige Voraussetzung, Medienangebote als qualitativ hochwertig (und damit nutzenswert) wahrzunehmen. So auch Strömbäck (2020: 1): „Even a perfectly informative news media environment is of little democratic use if citizens by and large do not consume the news or if they do not trust the news.“ An dieser Stelle und der Frage, was eine solche Medienumgebung in einer von vielfältigen Wandlungsprozessen geprägten demokratischen Gesellschaft heute auszeichnet – und aus unterschiedlichen Perspektiven auszeichnen soll – setzt die vorliegende Untersuchung an und sucht durch systematische, theoriegeleitete Reflexion einerseits und empirische Analyse andererseits ein tieferes Verständnis dieser vielschichtigen Zusammenhänge zwischen der für eine demokratische Gesellschaftsordnung erforderlichen Qualität der angebotenen Medieninhalte und ihrer Relation zu den Erwartungen, die Nutzer\*innen an die Medien haben: Denn nur wenn beide Seiten einander weitgehend entsprechen und die Medien an dieser Entsprechung arbeiten, kann das Vertrauen in ihre Rolle in einer demokratischen Öffentlichkeit gestärkt werden.

Nach vielen Monaten intensiver Arbeit ist es außerdem an der Zeit, mich bei denjenigen zu bedanken, die mich in dieser herausfordernden, aber auch ungemein lohnenden Phase meiner akademischen Laufbahn begleitet haben. Die konkrete Umsetzung der Studie wäre ohne die von vielen Seiten großzügige Mitwirkung nicht möglich gewesen. Zuallererst danke ich Univ.-Prof. Dr. Uwe Hasebrink, Direktor des Leibniz-Instituts für Medienforschung / Hans-Bredow-Institut (HBI), herzlich für die Betreuung meiner Arbeit, seine immer guten Hilfestellungen, seine strukturierenden Gedanken, sein stets offenes Ohr für meine Anliegen und die mir zugestandene Freiheit in der Entwicklung dieser Dissertation. Bei Prof. Dr. Mark Eisenegger, Universität Zürich, und Prof. Dr. Kathrin Fahlenbrach, Universität Hamburg, bedanke ich mich für ihre spontan geäußerte Bereitschaft zur Beteiligung am Promotionsverfahren.

Prof. Dr. Hasebrink hat – bereits meine erste wissenschaftliche Qualifikationsarbeit basierte in weiten Teilen auf seinen Forschungen – wie auch mein berufliches Umfeld im Institut für vergleichende Medien- und Kommunikationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, meine Begeisterung für die Forschung wesentlich gefördert und intensiviert. Dass meine Arbeit im Kreis

kompetenter und hilfsbereiter Kolleginnen und Kollegen entstehen konnte, hat vieles erleichtert. Besonders hervorheben möchte ich an dieser Stelle Dr. Josef Seethaler und ihm von Herzen danken. Für seinen immer klugen Rat, seine umfassende Förderung, seine großartige und von hoher Expertise geprägte fachliche Unterstützung, unsere von Respekt und gegenseitiger Wertschätzung getragene Zusammenarbeit und für sein Vertrauen. Seine Anregungen waren stets lehrreich und inspirierend in allen Entstehungsstufen meiner Dissertation. Besonders die Entwicklung der theoretischen Grundlegung geht auf unseren konstruktiven, wegweisenden und wertvollen Austausch zurück. Dafür und für vieles mehr bin ich ihm zutiefst verbunden.

Die Grundlagen für meine Dissertation entstanden durch intensiven Austausch mit Kolleginnen und Kollegen in aller Welt und der Mitarbeit an mehreren Projekten. Hervorzuheben ist das ländervergleichende Forschungsprojekt *Media Performance and Democracy* (D-A-CH-Projekt, in Österreich gefördert vom österreichischen *Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF)*, Projektnummer I 3155-G16 / Internationale Projekte im Lead Agency Verfahren; *Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)* = Lead Agency), auf dem ein Teil meiner Studie aufbaut. Allen Mitgliedern der Projektgruppe danke ich für ihre immer konstruktiven Anregungen und Ratschläge. Weiters danke ich Prof. W. Lance Bennett (University of Washington) und Prof. Brian D. Loader (University of York) herzlich für die fruchtbaren Diskussionen und ihr wertvolles Feedback zu meinem theoretischen Ansatz und Prof. Stephen Lacy (Michigan State University) zu konzeptionellen und inhaltsanalytischen Fragen.

Meinem erweiterten familiären Umfeld danke ich ebenso wie meinen Freunden für ihr aufrichtiges Interesse am Fortkommen meines Projekts und die gelegentliche Erinnerung an ein Leben abseits der Dissertation. Ein Teil von ihnen hat nicht nur für den nötigen Ausgleich gesorgt, sondern auch Auszüge meines Manuskripts lektoriert – danke Michael, Phoeby, Ines. Eine herausragende Stellung in jeder Hinsicht nimmt meine Familie ein: Anna, Sarah, Florian, Daniel und Marcus und meine Eltern Birgit und Dr. habil. PD Jan Beaufort, die, jede und jeder auf seine Weise, meine Entscheidungen stets bedingungslos unterstützt haben, mir mit bewundernswerter Ausdauer den Rücken freigehalten und immer mit Rat und Tat (abschließend auch lektorierend und mit vielen hilfreichen Korrekturhinweisen) zur Seite gestanden haben. Ohne ihren Rückhalt, ihre endlose Geduld, wohltdosierte Motivation und liebevolle Fürsorge hätte diese Arbeit so nicht entstehen können. Dafür möchte ich mich von ganzem Herzen bedanken.

Maren Birgit Marina Beaufort

Für Josef...

# INHALT

---

|  |     |
|--|-----|
| Danksagung und Vorwort .....   | 3   |
| Inhalt.....  | 6   |
| Tabellen- und Abbildungsverzeichnis.....   | 9   |
| 1 Einleitung .....   | 11  |
| 1.1 Problemstellung .....  | 11  |
| 1.2 Aufbau und Einordnung in das Forschungsfeld.....   | 13  |
| 2 Demokratietheoretische Fundierung der Medienqualitätsforschung.....                                      | 16  |
| 2.1 <i>Die</i> Medienqualität?.....  | 16  |
| 2.1.1 Medienqualität als vielschichtiges Konzept .....   | 16  |
| 2.1.2 Medienqualität messen .....  | 17  |
| 2.2 <i>Die</i> Demokratie? .....   | 21  |
| 2.2.1 Gesellschaftlicher (Werte-)Wandel .....  | 22  |
| 2.2.2 Ideengeschichtlicher Blick auf Politik und Öffentlichkeit.....                                       | 24  |
| 2.2.2.1 Perspektive der liberal-repräsentativen Demokratie.....  | 24  |
| 2.2.2.2 Perspektive der partizipatorischen Demokratie.....   | 43  |
| 2.2.3 Zur Legitimation von Öffentlichkeit und die (Un-)Abhängigkeit von Medien.....                        | 55  |
| 2.2.4 Koexistenz unterschiedlicher Demokratieverständnisse und Medien .....                                | 62  |
| 2.2.4.1 Die Rolle(n) der Medien aus demokratietheoretischer Perspektive .....                              | 62  |
| 2.2.4.2 Die Rolle(n) der Medien aus regulatorischer Perspektive.....                                       | 71  |
| 2.2.4.3 Die Rolle(n) der Medien aus der Perspektive der Medienqualitätsforschung.....                      | 83  |
| 2.2.4.4 Heuristisches Stufenmodell zur theoretisch geleiteten normativen<br>Medienqualitätsforschung ..... | 90  |
| 2.3 <i>Die</i> Mediennutzer*innen? .....   | 97  |
| 2.3.1 Mediennutzer*innen in der Publikumsforschung.....  | 98  |
| 2.3.1.1 Cultural Studies und Medienaneignung .....   | 98  |
| 2.3.1.2 Verhaltensorientierte Publikumsforschung und der Nutzen- und Belohnungsansatz ..                   | 99  |
| 2.3.1.3 Strukturelle Publikumsforschung und der Medienrepertoireansatz .....                               | 102 |

|  |     |
|--|-----|
| 2.3.2 Mediennutzer*innen in ihrer Rolle als Bürger*innen.....                        | 106 |
| 2.3.3 Mediennutzer*innen und demokratische Medienqualität.....                       | 110 |
| 3 Forschungsfragen und Thesen.....   | 114 |
| 4 Untersuchungsdesign und Methode .....  | 120 |
| 4.1 Distinkte Nutzungsklassen und ihre Informationsrepertoires .....                 | 120 |
| 4.1.1 Der Medienrepertoireansatz als dreistufiges Verfahren .....                    | 120 |
| 4.1.2 Datenbasis.....  | 125 |
| 4.1.3 Verfahren.....   | 128 |
| 4.2 Die Erwartungen an die demokratische Qualität des Informationsangebots .....     | 133 |
| 4.2.1 Integration der Nutzungsseite der Medienqualitätsforschung .....               | 133 |
| 4.2.2 Datenbasis.....  | 135 |
| 4.2.3 Verfahren.....   | 138 |
| 4.3 Analyse des tagesaktuellen Informationsangebots im Zeitvergleich.....            | 139 |
| 4.3.1 Integration der Nutzungs- und Angebotsseite der Medienqualitätsforschung.....  | 139 |
| 4.3.1.1 Relevanz.....  | 141 |
| 4.3.1.2 Vielfalt.....  | 143 |
| 4.3.1.3 Professionalität.....  | 144 |
| 4.3.1.4 Demokratietheoretisch fundiertes Untersuchungsinstrument.....                | 148 |
| 4.3.2 Datenbasis.....  | 151 |
| 4.3.3 Verfahren.....   | 154 |
| 5 Ergebnisse .....   | 156 |
| 5.1 Informationsnutzungsklassen und ihre Informationsrepertoires.....                | 156 |
| 5.1.1 Identifizierung distinkter Nutzungsklassen .....                               | 156 |
| 5.1.2 Die Nutzungsklassen und ihre primären Medientypen.....                         | 161 |
| 5.1.3 Die Nutzungsklassen und ihre soziodemografischen und politischen Merkmale..... | 165 |
| 5.1.4 Die Nutzungsklassen und ihre Angebotstypen.....                                | 170 |
| 5.1.5 Die Nutzungsklassen und ihre Informationsrepertoires.....                      | 173 |
| 5.2 Die Erwartungen an die demokratische Qualität des Informationsangebots .....     | 179 |

|   |     |
|---|-----|
| 5.3 Die demokratische Qualität des Informationsangebots.....                            | 186 |
| 5.3.1 Das Informationsangebot und die Informationsrepertoires .....                     | 186 |
| 5.3.1.1 Relevanz.....   | 187 |
| 5.3.1.2 Vielfalt.....   | 189 |
| 5.3.1.3 Professionalität .....  | 192 |
| 5.3.2 Das Informationsangebot und die Erwartungen an seine demokratische Leistung ..... | 193 |
| 5.3.2.1 Informationsfunktion.....   | 195 |
| 5.3.2.2 Kontrollfunktion.....   | 202 |
| 5.3.2.3 Orientierungsfunktion .....   | 205 |
| 5.3.3 Zusammenfassung der Teilergebnisse 2018 .....                                     | 207 |
| 5.3.4 Das Informationsangebot und seine demokratische Leistung im Zeitvergleich.....    | 209 |
| 5.3.4.1 Informationsfunktion.....   | 211 |
| 5.3.4.2 Kontrollfunktion.....   | 213 |
| 5.3.4.3 Orientierungsfunktion .....   | 214 |
| 5.3.5 Zusammenfassung der zeitvergleichenden Teilergebnisse.....                        | 215 |
| 6 Schlussbetrachtung und Ausblick .....   | 217 |
| 6.1 Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse .....                                 | 217 |
| 6.2    Evaluierung des methodisch-konzeptionellen Vorgehens.....                        | 237 |
| 6.2.1 Zum konzeptionellen Vorgehen .....  | 237 |
| 6.2.2 Zur methodischen Umsetzung.....   | 239 |
| 6.3 Ausblick .....  | 244 |
| Literaturverzeichnis.....   | 252 |
| Anhang .....  | 296 |
| Abstract D .....  | 296 |
| Abstract E.....   | 300 |
| Eidesstattliche Erklärung gemäß §7 (4) der PromO Fak GW der Universität Hamburg.....    | 304 |
| Lebenslauf.....   | 305 |

## TABELLEN- UND ABBILDUNGSVERZEICHNIS

---

|   |     |
|---|-----|
| Tabelle 2.1. Bereiche der Qualitätsforschung .....  | 16  |
| Tabelle 2.2. Indikatoren des Media Pluralism Monitor 2020 für Österreich.....   | 57  |
| Tabelle 2.3. Basisverständnisse von Demokratie und demokratischer Öffentlichkeit .....  | 64  |
| Tabelle 2.4. Regulatorische Perspektive: Programmgrundsätze und Förderungsrichtlinien (Ö) .....   | 73  |
| Tabelle 2.5. Strukturierungs- und Operationalisierungsprozess der vorliegenden Untersuchung gemäß heuristischem Stufenmodell – theoretischer Teil .....                                 | 96  |
| Tabelle 4.1. Soziodemografische Merkmale der Grundgesamtheit .....  | 126 |
| Tabelle 4.2. Medienangebote in der österreichischen Umfrage des Reuters Institutes, sortiert nach Angebotstypen* .....  | 127 |
| Tabelle 4.3. Strukturierungs- und Operationalisierungsprozess der vorliegenden Untersuchung gemäß heuristischem Stufenmodell – empirischer Teil: Analyseebene Funktionen .....          | 149 |
| Tabelle 4.4. Strukturierungs- und Operationalisierungsprozess der vorliegenden Untersuchung gemäß heuristischem Stufenmodell – empirischer Teil: Analyseebene Qualitätsdimensionen..... | 150 |
| Tabelle 4.5. Untersuchungsinstrument: Funktionen, Qualitätsdimensionen, Merkmale.....   | 151 |
| Tabelle 5.1. Primär genutzte Nachrichtenmedientypen.....  | 156 |
| Tabelle 5.2. Korrelationen zwischen den primären Nachrichten-Medientypen.....   | 157 |
| Tabelle 5.3. Goodness-of-fit Kriterien latenter Klassenmodelle der Informationsnutzung .....  | 160 |
| Tabelle 5.4. Informationsnutzungsklassen nach primären Medientypen .....  | 161 |
| Tabelle 5.5. Nachrichtenverzicht in den Nutzungsklassen.....  | 163 |
| Tabelle 5.6. Soziodemografische Unterschiede zwischen den Nutzungsklassen.....  | 166 |
| Tabelle 5.7. Unterschiede im Informationsinteresse und in politischen Merkmalen zwischen den Nutzungsklassen.....   | 168 |
| Tabelle 5.8. Goodness-of-fit Kriterien der (Sub-)Klassenmodelle zur Binnendifferenzierung der Informationsnutzungsklassen .....   | 171 |
| Tabelle 5.9. Binnendifferenzierung der Informations-Nutzungsklassen nach Angebotstypen .....  | 172 |
| Tabelle 5.10. Informationsrepertoires der Nutzungsklassen .....   | 178 |
| Tabelle 5.11. Unterschiede im Vertrauen in Nachrichtenquellen zwischen den Nutzungsklassen.....   | 180 |
| Tabelle 5.12. Fragen des Reuters Digital News Reports zu den Nachrichtenmedienfunktionen.....   | 181 |

|  |     |
|--|-----|
| Tabelle 5.13. Ergebnisse der Regressionsanalyse zur Erklärung von Vertrauen in die Nachrichtenquellen.....   | 182 |
| Tabelle 5.14. Inhaltsanalytischer Datensatz 2018 (Zahl der Beiträge pro Medienangebot).....  | 187 |
| Tabelle 5.15. Qualitätsdimension Relevanz – Indikator: Themen-Akteurs-Relation.....  | 189 |
| Tabelle 5.16. Qualitätsdimension Vielfalt – Indikator: Vielfalt relevanter Akteure .....   | 191 |
| Tabelle 5.17. Professionalität – Indikatoren Stil und Inhalt.....  | 193 |
| Tabelle 5.18. Regressionsanalysen: Informationsfunktion – liberal-repräsentativ (Relevanz).....  | 197 |
| Tabelle 5.19. Regressionsanalysen: Informationsfunktion – partizipatorisch (Relevanz) .....  | 200 |
| Tabelle 5.20. Regressionsanalyse: Informationsfunktion – partizipatorisch vs. liberal-repräsentativ (Professionalität: Stil).....  | 202 |
| Tabelle 5.21. Regressionsanalysen: Kontrollfunktion – liberal-repräsentativ (Professionalität).....  | 204 |
| Tabelle 5.22. Regressionsanalysen: Orientierungsfunktion – partizipatorisch (Professionalität).....  | 206 |
| Tabelle 5.23. Für die Funktionserwartungen der Nutzungsklassen relevante Qualitätsmerkmale.....  | 208 |
| Tabelle 5.24. Inhaltsanalytische Datensätze 2014 und 2018.....   | 210 |
| Tabelle 5.25. Zeitvergleich der für die einzelnen Nutzungsklassen relevanten Qualitätsmerkmale ihrer Informationsrepertoires: Informationsfunktion (Relevanz).....               | 212 |
| Tabelle 5.26. Zeitvergleich der für die einzelnen Nutzungsklassen relevanten Qualitätsmerkmale ihrer Informationsrepertoires: Informationsfunktion (Professionalität: Stil)..... | 213 |
| Tabelle 5.27. Zeitvergleich der für die einzelnen Nutzungsklassen relevanten Qualitätsmerkmale ihrer Informationsrepertoires: Kontrollfunktion (Professionalität).....           | 214 |
| Tabelle 5.28. Zeitvergleich der für die einzelnen Nutzungsklassen relevanten Qualitätsmerkmale ihrer Informationsrepertoires: Orientierungsfunktion (Professionalität) .....     | 215 |
| Abbildung 2.1. Reflexionsprozess normative Dimension   | 92  |
| Abbildung 2.2. Heuristisches Stufenmodell zur theoriegeleiteten, normativen Medienqualitätsforschung – Rohfassung .....  | 93  |
| Abbildung 2.3. Heuristisches Stufenmodell – Exemplarische Konfigurationsoptionen.....  | 93  |
| Abbildung 2.4. Heuristisches Stufenmodell – Operationalisierungsprozess der vorliegenden Untersuchung: theoretischer Teil .....  | 95  |
| Abbildung 5.1. Nutzungswahrscheinlichkeit der Medientypen in den Informationsnutzungsklassen   | 164 |
| Abbildung 5.2. Soziodemografische und politische Merkmale der Informationsnutzungsklassen.....   | 169 |

# Medien in der Demokratie – Demokratie in den Medien

Ein demokratietheoretisch fundierter Ansatz zur Erforschung der demokratischen Qualität von Medienrepertoires unterschiedlicher Nutzungsklassen, dargelegt am Beispiel einer zeitvergleichenden Analyse des politischen Informationsangebots in den österreichischen Medien

## 1 EINLEITUNG

---

### 1.1 Problemstellung

Im Zuge der Emanzipation des Bürgertums, das sich seines wirtschaftlichen und politischen Potentials bewusst wurde, geschah etwas bis heute Entscheidendes: Aus der *Öffentlichkeit als geographischem Ort* der Debatte (im antiken Athen: der Agora) wird das *Prinzip Öffentlichkeit* – ein Prinzip, das den Anspruch erhebt, sich durch eine allgemein zugängliche Kommunikation zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft der gemeinsam als wichtig erachteten Agenden zu verständigen und so die Mächtigen verpflichtet, sich dem Rampenlicht dieser Publizität zu unterwerfen und Rechenschaft gegenüber den Forderungen einer öffentlichen Vernunft abzulegen, letztlich also Macht transparent auszuüben. Öffentlichkeit ist also nicht etwas, das die Mächtigen gewähren, sondern Öffentlichkeit legitimiert erst demokratische Macht (vgl. Habermas 1990; Halpern 1997; Imhof 2011; Seethaler 2010, 2013; Beaufort und Seethaler 2018).

Das Prinzip Öffentlichkeit kam umso mehr zur Geltung, als sich im Laufe der Jahrhunderte die Elitenöffentlichkeit in eine allgemeine Öffentlichkeit gewandelt hat, die die Vielfalt der Gesellschaft repräsentiert. Zugleich brauchte es in zunehmendem Maße ein Forum, durch das Öffentlichkeit ihre für die Demokratie entscheidende Funktion entfalten kann: die Medien. In der „Topografie der Öffentlichkeit“ (vgl. Hasebrink und Hölig 2014) spielten und spielen sie neben der Kommunikation in privaten Zusammenhängen eine zentrale Rolle: Sie organisieren in Demokratien die Selbstbeobachtung und Selbstverständigung der Gesellschaft und schaffen so eine der Voraussetzungen zur Teilhabe an und Transparenz von Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen (vgl. Jarren und Donges 2011; Davis 2019) – eine Rolle, die sich in massenmedialen Öffentlichkeiten anders gestaltet als in den durch die sozialen Medien ermöglichten „persönlichen Öffentlichkeiten“ (vgl. Schmidt 2017), wengleich beide Formen ineinander verwoben sind (vgl. Wallner 2018). In jedem Fall wird die Qualität der Demokratie von der Qualität der öffentlichen Kommunikation mitbestimmt (vgl. Seethaler 2010).

Beinahe alle Vorgänge in fast allen gesellschaftlichen Bereichen – sei es Politik, Wirtschaft, Kultur, Gesundheit oder Sport – entziehen sich der direkten, subjektiven Wahrnehmung des Einzelnen, sodass die Menschen auf Informationen „aus zweiter Hand“ angewiesen sind, also auf die journalistische Beobachtung der verschiedenen gesellschaftlichen Teilsysteme und die systematische und kontinuierliche Beschaffung und Bearbeitung von Informationen (vgl. Jarren und Donges 2011). Als zentrale Trägerorganisationen dieser journalistischen Beobachtungsleistung fungieren weiterhin die traditionellen Massenmedien, sodass im Folgenden eine Fokussierung auf deren Rolle erfolgt, allerdings auch in digitalen Formaten.

Mit der im Zuge des Aufschwungs der kapitalistischen Industriegesellschaft erfolgten Kopplung des Journalismus an Geschäftsmodelle von Medienorganisationen, die mit der notwendigen Bereitstellung von Ressourcen funktionsfremde Interessen – und hier vor allem Werbeinteressen – ins Spiel brachten, geriet jedoch die Erbringung der journalistischen Beobachtungsleistung unter Druck, da diese Koppelung keine von gleichberechtigten Partnern ist, sondern unter zunehmender Dominanz des ökonomischen Kalküls eher einem einseitigen Abhängigkeitsverhältnis gleicht (vgl. Altmeppen 2006). So entstanden Gegenmodelle wie die (heute weitgehend obsole) Verbindung von Medien und politischen Parteien und – nachhaltiger – öffentlich-rechtliche Konstruktionen, wie sie in der Regel im Rundfunkbereich realisiert worden sind. Heute wird dieses Spektrum im Internet um Plattformen erweitert, die einerseits den traditionellen Medien neue Kommunikationsoptionen bieten, andererseits jedoch auch selbst die Selektion und Präsentation von Kommunikationsinhalten organisieren. Dies allerdings nach einer veränderten Logik und in anderen, stärker personalisierten und individuell adressierten Formen; Formen, denen sich freilich auch die im Internet agierenden traditionellen Medien unterwerfen müssen. Somit sind die einst begrenzten medial-kommunikativen Möglichkeiten mit wenig fragmentierten Massenpublika und der Vorherrschaft eines einzigen Mediums – dem Fernsehen – heute im Überfluss vorhanden und einer multimedialen Plattform-Kommunikation gewichen, sogenannten „high-choice media environments“ (vgl. Van Aelst et al. 2017; Fletcher und Nielsen 2017). Das Internet erzwingt aber nicht nur veränderte Vermittlungsformen, das Abwandern von Teilen des Anzeigenmarkts auf Onlineplattformen fordert überdies lange gültige medienunternehmerische Modelle heraus. Dazu kommt das Entstehen neuer multimedialer Konzerne und Konglomerate, das Engagement branchenfremder Akteure, eine inhaltliche wie strukturelle Diversifizierung des Medienangebots und ein sich radikal veränderndes, zum Teil von einer „Gratismentalität“, aber auch von einer aktiveren

Haltung geprägtes Mediennutzungsverhalten (zur österreichischen Situation: Seethaler 2010, Seethaler et al. 2017; Beaufort und Seethaler 2018; Seethaler und Beaufort 2020).

Letzteres steht allerdings nicht nur in Zusammenhang mit dem Medienwandel und seiner ökonomischen Ausformung, sondern ebenso mit einem gesamtgesellschaftlichen Wandel, der – die Bevölkerung polarisierend – mit einer Abkehr von materialistischen Werten hin zu sogenannten „self-expression values“ einhergeht und mit einem sich verändernden Verständnis von Demokratie korreliert (vgl. Inglehart 1997; 2006; 2018; Inglehart und Welzel 2005). Die damit verbundenen Auswirkungen verleihen der Frage nach der Qualität der Medien eine neue Brisanz. Trotz dieser Brisanz lag für Österreich lange Zeit keine cross-mediale, sämtliche Sektoren umfassende Untersuchung der politischen Informationsleistung der Medien vor. Diese Lücke wurde erst durch eine von der Rundfunk- und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR) im November 2013 beauftragte Studie geschlossen (vgl. Seethaler 2015b; Seethaler und Beaufort 2015; Beaufort und Seethaler 2018).

Eine adäquate Antwort auf die Frage nach den Konsequenzen der oben skizzierten *gesellschaftlichen* und *medien(nutzungs-)strukturellen Veränderungen* auf die für ein *demokratisches Gemeinwesen* erforderlichen *Qualität der journalistischen Beobachtungs- und Kommunikationsleistung*, kann jedoch nur durch eine *demokratiethoretisch fundierte, multiperspektivische* und *zeitlich vergleichende* Analyse erfolgen, die evaluiert, inwieweit primär genutzte Informationsangebote einerseits demokratisch normativer Medienqualität entsprechen und andererseits den Erwartungen der Nutzer\*innen dieser Informationsangebote.

## 1.2 Aufbau und Einordnung in das Forschungsfeld

Die vorliegende Dissertation macht es sich zu einer ihrer Aufgaben, eine demokratiethoretische Fundierung der Medienqualitätsforschung zu leisten (Kapitel 2). Diese geht davon aus, dass das Modell der liberal-repräsentativen Demokratie, wie es im Wesentlichen den Verfassungen der meisten westeuropäischen und nordamerikanischen Ländern zugrunde liegt, zunehmend durch Verständnisse und Vorstellungen ergänzt wird, die auf eine unmittelbarere und durchaus divers realisierte Teilhabe der Bürger\*innen an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen zielen (vgl. u.a. Inglehart und Welzel 2005; Zukin et al. 2006; Feldmann-Wojtachnia und Glaab 2011; Bertelsmann Stiftung 2014; Inglehart 2018; für Österreich: Polak 2012; Rosenberger und Stadlmair 2014; Aichholzer et al. 2019; Glavanovits et al. 2019). Neben das liberal-repräsentative tritt als zweite Basisform von Demokratie (vgl. Held 2006, Davis 2019) ein partizipatorisches Verständnis, in dem es um

die Inklusion möglichst vieler Mitglieder der Gesellschaft geht. Diese unterschiedlichen, nebeneinander existierenden und einander keineswegs ausschließenden Demokratieverständnisse werden dahingehend analysiert, ob und in welcher Art und Weise sie aus normativer Perspektive einen divergenten Umgang von Medien mit demokratischer Öffentlichkeit nahelegen und damit unterschiedliche Anforderungen an die Medienleistung stellen (Beaufort und Seethaler 2014, 2017, 2018, 2020).

Folgend werden im empirischen Teil der Dissertation – aufbauend auf den normativ begründeten Anforderungen an eine demokratische Medienqualität bzw. demokratische Medienqualitäten – Erwartungen an die Medienleistung aus der Perspektive der Mediennutzer\*innen in den Blick genommen und mit den normativen Anforderungen ebenso in Beziehung gesetzt wie mit den genutzten Medieninhalten. Kapitel 3 gibt einen Überblick über Forschungsfragen und Thesen. In Kapitel 4 (methodisches Vorgehen) und Kapitel 5 (Befunde) wird die Frage gestellt, ob sich die unterschiedlichen Demokratieverständnisse auch bei den Mediennutzer\*innen und in den Informationsangeboten der Medien wiederfinden und inwieweit das Informationsangebot jenen Erwartungshaltungen begegnet, die unterschiedliche Informationsnutzungstypen an die demokratische Leistung ihrer Informationsrepertoires haben – jener Medien nämlich, die zur Erfüllung des Bedürfnisses nach tagesaktueller Information herangezogen werden. Abschließend wird gefragt, ob sich diese Leistung mit der Zeit verändert. Zur Beantwortung dieser Fragen werden ein mehrstufiges Verfahren eingesetzt und zunächst auf der Datengrundlage des *Reuters Digital News Reports Österreich (2019)*, einer repräsentativen Befragung der österreichischen Bevölkerung, mithilfe einer dreistufigen latenten Klassenanalyse distinkte Informationsnutzungsklassen für Österreich gebildet. Diese Gruppen von Medien\*nutzerinnen werden sodann nicht nur nach soziodemographischen und politischen Merkmalen charakterisiert, sondern auch nach den bevorzugten Angebotstypen differenziert. Anhand von 74 erhobenen Informationsangeboten aller Mediengattungen werden schließlich die für tagesaktuelle Informationen genutzten Informationsrepertoires bestimmt (Kapitel 4.1 und Kapitel 5.1). Mit der folgenden Regressionsanalyse wird – auf Basis desselben Datensatzes – geprüft, ob sich die ermittelten Nutzungsklassen durch spezifische Erwartungen an die demokratische Qualität ihrer Informationsrepertoires unterscheiden lassen (Kapitel 4.2 und Kapitel 5.2). Um den angestrebten Vergleich zwischen den Erwartungshaltungen der nach Gruppen differenzierten Mediennutzer\*innen an die demokratische Leistung ihrer Informationsrepertoires mit der Berichterstattung der jeweils bevorzugten Informationsangebote durchführen zu können, bedarf es zunächst der Definition von Indikatoren, die sich – wie die Erwartungshaltungen der Nutzer\*innen – den unterschiedlichen

normativen Vorstellungen von Demokratie zuordnen lassen. Damit kann die Frage nach einer Übereinstimmung des Informationsangebots mit den demokratisch relevanten Erwartungshaltungen bestimmter Nutzungsklassen beantwortet werden. Im letzten Abschnitt der empirischen Untersuchung soll der Vergleich von Nutzungs- und Angebotsseite um eine zeitliche Dimension erweitert werden. Im Rahmen dieses Bezugssystems geht es um Verschiebungen des inhaltlichen Fokus partizipatorischer Elemente und liberal-repräsentativer Elemente in den Informationsangeboten (Kapitel 4.3 und Kapitel 5.3). Den Erläuterungen zur methodischen Vorgehensweise (Kapitel 4) folgen die Ergebnisse der empirischen Analysen und deren Interpretation (Kapitel 5). Die Ausführungen schließen mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Befunde, der sich eine Evaluierung des methodisch-konzeptionellen Vorgehens und eine den Erkenntnisgewinn hinsichtlich der Beziehungen zwischen den sich wandelnden Demokratieverständnissen, den Erwartungen der Nutzer\*innen und dem vorhandenen Informationsangebot reflektierende Diskussion anschließt. Diese mündet in einem Ausblick, der sowohl die gesellschaftlichen als auch die wissenschaftlichen Implikationen erörtert (Kapitel 6).

Somit liegt der Fokus der vorliegenden Dissertation im politik- und öffentlichkeitssoziologischen Forschungsfeld der Demokratietheorie sowie den kommunikationswissenschaftlichen Forschungsfeldern der Publikums- und Medieninhaltsforschung, der Komparatistik und der Qualitätsforschung und verknüpft somit theoretisch und methodisch innovativ die normative Perspektive mit der Angebots- und Nachfrageseite politischer Kommunikationsforschung.

## 2 DEMOKRATIETHEORETISCHE FUNDIERUNG DER MEDIENQUALITÄTSFORSCHUNG

### 2.1 Die Medienqualität?

#### 2.1.1 Medienqualität als vielschichtiges Konzept

Absolut gesetzte normative Postulate an den Journalismus sind so alt wie die Medienkritik, doch in ihrer ideologischen Gebundenheit waren sie zu keiner Zeit imstande, zu einer „Theorie der Qualität“ beizutragen (Beck, Schweiger und Wirth 2010). Die seit den 80er Jahren einsetzende empirische kommunikationswissenschaftliche Qualitätsforschung postuliert hingegen – weitgehend einig – einen relationalen, vieldimensionalen Qualitätsbegriff, „der sich auf die marktstrukturellen und redaktionellen Bedingungen und das Selbstverständnis der Kommunikatoren, die formalen und inhaltlichen Merkmale des Medienangebots sowie auf die Ansprüche und Erwartungen der Rezipienten im Kontext, sowohl der funktional äquivalenten Medienauswahl als auch der individuellen Medienrepertoires, beziehen kann“ (Weischenberg 2003: 169; ähnlich: Jacobsson und Jacobsson 2008). Medienqualität ist also keine Produkteigenschaft, sondern kann auf mehreren Ebenen beobachtet werden (vgl. Napoli 1999; Seethaler 2015a, Tabelle 2.1), die zueinander in Beziehung stehen und sich wechselseitig beeinflussen (vgl. Bucher und Altmeyen 2003). Somit ist sie gesellschafts-, kultur- und zeitgebunden und kann in Bezug auf unterschiedliche Funktionen der Medien von unterschiedlichen Akteuren an unterschiedlichen Kriterien ausgerichtet werden (vgl. Vlastic 2010; Weischenberg 2006).

**Tabelle 2.1.** *Bereiche der Qualitätsforschung*

| Struktur                                   | Angebot                               | Nutzung   |
|--|---------------------------------------|---|
| Ökonomisch:<br>Marktstrukturen             | Formal:<br>Programmstruktur           | Horizontal:<br>Funktional äquivalente<br>Angebote |
| Publizistisch:<br>Redaktionelle Strukturen | Inhaltlich:<br>Kommunikationsleistung | Vertikal:<br>Individuelle Medienrepertoires       |

*Anmerkung.* (Seethaler 2015a)

Unter den in Tabelle 2.1 genannten Dimensionen der Qualitätsforschung fokussiert die vorliegende Arbeit auf *Merkmale von Medieninhalten*, also auf den Aspekt der Angebotsebene,

der „the most accessible evidence [bietet] of how mass media works“ (McQuail und Deuze 2020: 373) und nach Krippendorff (2004) eine zielführende Messung der Kommunikationsleistung ermöglicht. Dieser wird in Beziehung gesetzt zu beiden Dimensionen der Nutzungsebene: Einerseits nämlich, unter den zahlreichen Funktionen, die Medien in einer und für eine Gesellschaft erfüllen, zu den einfürend skizzierten *Funktionen für eine politische Öffentlichkeit*, die im Sinne öffentlicher Legitimation demokratischer Macht unentbehrlich ist (vgl. Seethaler 2013) und andererseits zu den *Erwartungshaltungen* bestimmter Mediennutzungstypen, die sich aus individuellen Medienrepertoires ableiten lassen, an die demokratisch relevante Informationsleistung der Medien. In der Kombination dieser drei Perspektiven geht es im Folgenden um das Angebot *tagesaktueller Information*: „The public role of the media in a democratic society applies to the news sector above all others, since the quality of the news received will affect the ability of citizens to contribute to and participate in the decision-making processes which concern them“ (High Level Group on Media Freedom and Pluralism 2013: 11).

### 2.1.2 Medienqualität messen

Rosengren, Carlson und Tågerud (1996: 39) definieren Qualität als „relation between a characteristic and a set of values“. Die damit angesprochene normative Basis von Medienqualität begründet sich im Verständnis von und der Verständigung über Demokratie und Öffentlichkeit sowie in publikumszentrierten Erwartungshaltungen und spiegelt sowohl kommunikationspolitische Werte wie Pluralismus und Autonomie, journalistische Selbstverständnisse, Arbeitsprinzipien und Verhaltenskodizes als auch rechtliche Vorgaben und Richtlinien wieder. Normative Erwartungen können aber auch aus Einzelinteressen oder von wirtschaftlicher oder politischer Seite – implizit oder explizit – herrühren. Beispielsweise haben Medien gemäß Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) als „public watchdog“ eine besondere demokratische Verantwortung, wodurch ihnen eine *öffentliche Aufgabe* zukommt. „Normative theory of media covers both internally chosen purposes and the claims from outside about how they should conduct themselves.“ (McQuail und Deuze 2020: 380)

„Research on media content – its quality and performance – is usually based on some conception of the public interest (or good of society) that provides the point of reference and the relevant content criteria“ (McQuail 2010: 353). Für die wissenschaftliche Auseinandersetzung empfiehlt er mithin schon in seiner ersten vielzitierten Auflage zur “Media

Performance“, diese „in [its] potential ‚public interest‘ capacity“ zu untersuchen und zu vermitteln (McQuail 1992: 11):

„Research on media content – its quality and performance – is usually based on some conception of the public interest (or “good of society“) that provides the point of reference and the relevant content criteria. [...] Extensive reference to the expectations and obligations of the media – and specifically journalism – can be found in social and political theory“ (McQuail und Deuze 2020: 380).

Somit rücken die demokratie- und öffentlichkeitszentrierten Kerndimensionen von Medienqualität in den Fokus. Auch Urban und Schweiger (2014: 822) erklären: „News quality is defined by scientists (speaking on behalf of recipients) as relating to the functions of news media in modern democratic societies.“ Empirisch konkludieren vergleichende Analysen mehrerer Demokratien Medienperformanz als eine der Hauptdeterminanten für das reibungslose Funktionieren demokratischer Systeme und kommen mithin zu dem – auch für die vorliegende Arbeit wegweisenden – Schluss, dass Demokratie ohne einen qualitativ hochwertigen und unabhängigen Informationsjournalismus nicht möglich ist (vgl. bspw. fög 2012).

Dabei sind komparative Settings mit diesem Erkenntnisinteresse vornehmlich auf einer strukturellen Ebene angesiedelt (vgl. bspw. Aalberg, van Aelst, Curran 2010; Müller 2014; Trappel 2019), während sich kaum demokratietheoretische Analysen mit inhaltsanalytischer Herangehensweise finden. Nun muss festgehalten werden, dass der Kern der öffentlichen Anschlussfähigkeit eines Mediums, insofern ein Großteil dessen in den öffentlichen Diskurs einfließt, hauptsächlich neuen *Nachrichteninhalten*, nicht aber neuen *-quellen* entspringt (vgl. Fletcher und Nielsen 2017).

Zwar bietet die Kommunikationswissenschaft ein breites Spektrum an theoretischen und empirischen Arbeiten, die versuchen zu erklären, wie Medien ihrer demokratischen Rolle gerecht werden; der Fokus vieler dieser Analysen ist allerdings sehr spezifisch: So wird oftmals nur ein einzelnes Medium untersucht, wie bspw. das Fernsehen (vgl. Esser et al. 2012) oder die nationale Qualitätspresse (vgl. Atkinson, Lovett und Baumgartner 2014). Andere Studien konzentrieren sich auf ein einziges Kriterium der Qualitätsmessung, meist solche, die aus der Perspektive der Öffentlichkeitstheorie relevant sind: beispielsweise Diversität (vgl. Rössler 2007; Zerback 2013) oder Pluralität und Parteinahme (vgl. Donsbach und Patterson 2004; Kepplinger 2009), Objektivität (vgl. Donsbach 1990; Schudson 2001), Tabloidisierung (vgl. Reinemann et al. 2012) oder Deliberation (vgl. Wessler und Rinke 2014). Der selektive Ansatz

beschränkt in beiden Fällen den analytischen Wert dieser Studien: Einerseits, weil offen bleibt, welchen Beitrag die untersuchten Medien hinsichtlich einer integrativen, heterogenen Öffentlichkeit leisten und ob und inwieweit die Öffentlichkeit in unterschiedliche thematisch, sozial und politisch segmentierte Sphären zerfällt (vgl. Bennett und Iyengar 2008; Mancini 2013). Andererseits ist die Aussagekraft auch da begrenzt, wo der Fokus auf nur einer Facette von Medienleistung liegt. Relevante Schlussfolgerungen – was bedeuten Befunde und ihre Varianz – lassen sich nur aus Zusammenhängen oder durch Messung gegen einen standardisierten Maßstab erschließen. Dies umsetzend, sind in Österreich und der Schweiz in den vergangenen Jahren integrative, inhaltsanalytische Studien entstanden: Neben der erwähnten cross-medialen, alle Sektoren umfassenden Untersuchung der politischen Informationsleistung der Medien in Österreich (vgl. Seethaler 2015b; Seethaler und Beaufort 2015; Beaufort und Seethaler 2018) sind das auch die jährlich erscheinenden und auf die Schweiz bezogenen Jahrbücher des Forschungsinstituts Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) der Universität Zürich zur „Qualität der Medien“ (vgl. zuletzt fög 2019). Daran anknüpfend wird aktuell im Rahmen eines gemeinsamen Projekts einiger Forschungseinrichtungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz unter dem Titel *Media Performance and Democracy* die demokratische Qualität der Mediensysteme dieser drei Demokratien aus einer ländervergleichenden Perspektive untersucht. Für die vorliegende Arbeit bieten die im Zuge dieses Projekts erhobenen inhaltsanalytischen Daten die Grundlage für eine Bestandaufnahme der demokratischen Qualität des tagesaktuellen Informationsangebots in Österreich sowie erstmals für Österreich in Form einer der seltenen Verbindungen zwischen Qualitätsforschung und Komparatistik für eine cross-mediale Längsschnittanalyse im Hinblick auf mögliche Veränderungen der letzten Jahre.

Medienleistung als relationales Konzept ist in besonderem Maße abhängig vom Kontext, in dem sie entsteht (vgl. bspw. fög 2015; Nielsen, Esser und Levy 2013; Seethaler und Melischek 2014; Wessler und Rinke 2014) – und somit von strukturellen Faktoren (Makroebene; z.B. Konfliktstruktur politischer Systeme, Medienregulierung, Medienökonomie, Mediennutzung), organisatorischen Faktoren (Mesoebene; z.B. Interferenzen politischer Institutionen, Angebotsmuster von Medienanbietern) und individuellen Faktoren (Mikroebene; z.B. journalistische Selbstwahrnehmung, politische Einstellungen von Journalisten, individuelle Medienrepertoires) (vgl. Blum 2014; Curran et al. 2009; Hallin und Mancini 2004; Hasebrink und Hölig 2017). Sie kann daher nicht allein über die Inhaltsdimension erfasst werden, sondern bedarf einer kontextuellen Verknüpfung mit anderen Dimensionen der Medienqualitätsforschung, wie sie hinsichtlich der Nutzungsebene Fletcher

und Nielsen (2017), Van Aelst und Kollegen (2017) oder auch Jandura und Friedrich (2014) fordern. Ein Kernargument hier ist die Annahme, dass sich Veränderungen gesellschaftlicher Öffentlichkeit sowohl in den Medieninhalten als auch in den Haltungen der Mediennutzer\*innen spiegeln, deren Veränderungen mit einem Wandel im Mediennutzungsverhalten einhergehen. High-choice-media-environments (Van Aelst et al. 2017) und die Herausbildung veränderter Nutzungsstrukturen, die als spezifische Informationsrepertoires (vgl. Hasebrink und Popp 2006; Hasebrink und Hölig 2013, Hasebrink und Schmidt 2013) gesellschaftlicher Teilgruppen beschrieben werden können, sind hier symptomatisch. Systematisch beobachtbare Divergenzen in der Nutzung werden dann relevant für die öffentliche Debatte, wenn sie mit ebenso systematischen Unterschieden hinsichtlich der genutzten Medieninhalte einhergehen. Das heißt: Die relative Bedeutung der inhaltlichen Leistung einzelner Medien hängt auch von der Zusammensetzung dieser Informationsrepertoires ab (vgl. Esser et al. 2012). Bisherige Studien, Konzepte und Perspektiven werden daher im Folgenden erweitert, indem eine solche Verknüpfung mit den demokratisch relevanten Erwartungshaltungen der Mediennutzer\*innen geleistet werden soll.

Unter Bezugnahme auf die bisherige Forschungspraxis sind weiters drei Anmerkungen zu machen: Einerseits wird trotz weitreichender empirischer Evidenz zur ineinandergreifenden Funktionalität von Gesellschaft und Medien die normative Grundlage des Qualitätskonzepts in der Literatur mitunter nicht reflektiert (vgl. Curran 2003). Jandura und Friedrich (2014) weisen daher zu Recht darauf hin, dass Indikatoren wie *Diversität*, *Ausgewogenheit* oder *neutrale Berichterstattung* kein Selbstzweck sind, sondern nur dann sinnvoll, wenn sie durch normativ festgelegte Ziele der Medienleistung gerechtfertigt sind – etwa durch die Befähigung der Bürger\*innen, informierte Entscheidungen zu treffen. Andererseits leitet sich die überwiegende Mehrzahl aller empirischen Befunde der Medienqualitätsforschung von einem einzigen normativen Maßstab ab; nämlich dem einer liberalen Sichtweise der öffentlichen Sphäre (vgl. bspw. McQuail und Deuze 2020; McQuail 1992; Schatz und Schultz 1992; Urban und Schweiger 2014; Weiß et al. 2016). So legitim diese normativen Ziele sind, für sich allein genommen spiegeln sie die soziale Realität der heutigen *political information environments* (Aalberg et al. 2010; Esser et al. 2012) nicht adäquat wider. In ihren Empfehlungen zur aktuellen Forschungsagenda betonen Bennett und Pfetsch (2018) daher auch die Bedeutung der normativen Theorie (mit ihrem Beitrag wollen sie aufzeigen, wie Kommunikation zur Gestaltung lebendiger Demokratie beitragen kann), raten indes aber zu Konzepten, die die Beschreibung und Existenz kohärenter demokratischer Öffentlichkeit und Mediensysteme kritisch hinterfragen. Außerdem befürworten sie komparative Forschung, die den Wandel in

Politik und öffentlicher Sphäre in den Blick nimmt. Auch dies will die vorliegende Arbeit leisten.

Drittens hält sich in der Literatur hartnäckig ein Blick auf die Mediennutzer\*innen, der sie auf ihre Rolle als *Konsument\*innen*, jedenfalls als mehr oder minder passive *Rezipient\*innen*, limitiert (Urban und Schweiger 2014; Hasebrink 2011). Tatsächlich wurden aus den *Rezipient\*innen* nicht erst infolge der medientechnologischen Entwicklungen aktive *Nutzer\*innen*, wenngleich der Gebrauch dieser Technologien die veränderte Rolle besonders deutlich werden ließ (Lievrouw und Livingstone 2002). Vielmehr sind die Veränderungen im Umgang mit Medien – Stichworte: Individualisierung, aktives Auswahl- und Beteiligungsverhalten – als Teil eines sozialen Wandels zu verstehen, „related to the democratization of society“ und daher in seinen Auswirkungen präsent „in a variety of social spheres, including the media sphere“ (Carpentier et al. 2014: 6).

Alle angesprochenen Analysebestrebungen zusammengenommen, ist daher das Ziel der vorliegenden Dissertation ein *demokratiethoretisch fundierter, multiperspektivischer, methodisch innovativer* Beitrag, der die Dimension der aus der *Demokratiethorie begründeten Qualitätsanforderungen* mit der *Angebots- und Nutzungsdimension* insofern *relational verknüpft*, als er die *theoriegeleitet operationalisierten normativen Anforderungen* mit den *Informationsrepertoires*, den *Erwartungen* aus der *Nutzungsperspektive* und den genutzten *Inhalten der Informationsangebote in Beziehung setzt* und diese schließlich *zeitlich vergleichend analysiert*. Im ersten Schritt ist somit eine demokratiethoretische Fundierung der Medienqualitätsforschung zu leisten.

## 2.2 Die Demokratie?

Demokratie *ist* nicht einfach. Demokratie muss *gelebt* werden, damit sie ist. Der Raum dafür heißt Öffentlichkeit und das Forum, durch das Öffentlichkeit ihre für die Demokratie entscheidende Funktion entfalten kann, sind die *Medien*. Sie organisieren in Demokratien die Selbstbeobachtung und Selbstverständigung der Gesellschaft: Sie kontrollieren Macht und artikulieren die Interessen der Bevölkerung. Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof spricht hier von einer „öffentlichen Aufgabe“ (vgl. Holoubek, Kassai, Traimer 2006; Seethaler 2010).

„Democratic theory focuses on accountability and responsiveness in the decision-making process; theories of the public sphere focus on the role of public communication in

facilitating or hindering this process“ (Ferree et al. 2002: 289). So bilden demokratie- und öffentlichkeitstheoretische Studien die Grundlage für eine empirische Analyse der Medienleistung (vgl. Imhof 2011; Jandura und Friedrich 2014), für die es komparativer Forschung bedarf, die den Wandel in Gesellschaft und öffentlicher Sphäre in den Blick nimmt (vgl. Bennett und Pfetsch 2018) und dabei in Betracht zieht, dass sich das Kernstück der analytischen Aufmerksamkeit in einem *Paradigmenwechsel* befindet – denn das vorherrschende Modell der liberal-repräsentativen Demokratien des 20. Jahrhunderts unterliegt einem Wandel und ist heute in vielerlei Hinsicht umstritten (vgl. u.a. Blumler und Coleman 2015: 111; Bennett und Iyengar 2008; Blumler und Coleman 2013; Esser und Strömbäck 2014; Livingstone 2013; Swanson 1999; Strömbäck 2005). Vor diesem – auch in der Literatur zunehmend berücksichtigten – Hintergrund des *gesellschaftlichen Wandels* soll das folgende Kapitel jedoch nicht der Auflassung des vorherrschenden liberal-normativen Maßstabs dienen, sondern – im Sinne einer demokratietheoretischen Fundierung der Medienqualitätsforschung – aufzeigen, wie sich Qualitätskriterien an die Kommunikationsleistung von Medien in Relation zu ihrem jeweiligen normativen Maßstab ausdifferenzieren.

Die folgenden theoretischen Überlegungen gehen von einem Wertewandel aus, wie er in den westlichen Demokratien spätestens seit den 1980er Jahren zu beobachten ist; die daran anschließende empirische Analyse bezieht sich auf Österreich als konsensuale Demokratie (vgl. Lijphart 1999) mit einem demokratisch-korporatistischen Mediensystem (vgl. Hallin und Mancini 2004).

### 2.2.1 Gesellschaftlicher (Werte-)Wandel

Die Einlösung des demokratischen Grundauftrags der Medien zur Herstellung von Öffentlichkeit ist vom jeweiligen gesellschaftlichen Kontext, der jeweiligen Gesellschaftsstruktur abhängig. Diese zeigt sich jedoch nicht nur vor dem Hintergrund des einleitend skizzierten Medienwandels und seiner ökonomischen Ausformung, sondern ebenso vor dem eines weiteren Wandlungsprozesses: dem des Demokratieverständnisses, der seinerseits auf einem Wandel der gesellschaftlich anerkannten Wertvorstellungen beruht (vgl. Inglehart 1997; 2006; 2018; Inglehart und Welzel 2005).

Das Ende des Organisationskapitalismus und der – auch technologisch bedingten – Partikularisierung der Arbeit zog die Auflösung lange gültiger sozialer Strukturen nach sich, die mit einer Abkehr von tradierten, als kollektiv verbindlich erachteten Werten und einer Stärkung des Individualismus einhergehen (vgl. Bennett und Segerberg 2012; Inglehart und

Qyserman 2004). Damit verlieren traditionelle bzw. materialistische Werte wie Familie, Religion, Anerkennung von (auch säkular-rationalen) Autoritäten, langfristiges Sicherheitsdenken oder wirtschaftliche Grundversorgung an Bedeutung und sogenannte postmaterialistische Werte bzw. *self-expression values* werden wichtiger. Dazu gehören Gleichberechtigung, Diversität, Umweltbewusstsein, Toleranz gegenüber fremden Kulturen und höhere Eigenverantwortung (vgl. Inglehart 2006; Beaufort und Seethaler 2020; Bacher et al. 2019). Heute sind beide Wertorientierungen nahezu gleich stark verankert – die Bevölkerung ist polarisiert zwischen materialistischen und selbstverwirklichenden Haltungen, wobei die Zweifel an geltenden Autoritäten und Weltanschauungen insofern genährt werden, als die institutionelle Politik keine ausreichenden Antworten auf die sozialen Folgen der Umwälzungen hinter diesem Wertewandel findet. Das verändert auch den Blick auf, das Verständnis von und den Umgang mit Demokratie (vgl. Dalton und Welzel 2014; Beaufort und Seethaler 2014, 2020; Beaufort 2017). Einerseits verlieren nämlich die „klassischen“ demokratischen Vertretungsorganisationen, die politischen Parteien, an Vertrauen: In Österreich lag es nach den Daten des Eurobarometers Anfang 2018 lediglich bei rund 35 %, während es ein Jahrzehnt zuvor noch Werte um die 40 % erreicht hatte (Beaufort 2017). Demgegenüber sind laut European Value Survey 2017 bis zu 51,8 % der Österreicher\*innen bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen (38,9 % sogar in hohem Ausmaß)<sup>1</sup>, während der Staat für eine für alle faire Grundsicherung sorgen und Einkommensunterschiede ausgleichen sollte, um den Bürger\*innen eine freie Entfaltung ihrer Fähigkeiten zu ermöglichen. Insofern verstehen immer mehr Menschen unter Demokratie nicht nur das „Abgeben“ ihrer Stimme in der Wahlzelle, nicht bloß das Delegieren von Verantwortung an Parteien, sondern das Übernehmen von Verantwortung für die humane und materielle Umwelt (Bertelsmann Stiftung und Staatsministerium Baden-Württemberg 2014). Während die Daten des European Social Survey (2006/2007<sup>2</sup>; für die EU-15 Staaten vgl. dazu auch Beaufort und Seethaler 2014)<sup>3</sup> einen Zusammenhang zwischen zunehmendem Alter und der Bereitschaft an Wahlen teilzunehmen zeigen (vgl. Hooghe und Quintelier 2013), sind es allerdings auch ältere Wählerschichten, die populistische Parteien breit unterstützen – nämlich dann, wenn der gesellschaftliche Wertewandel als negativ erlebt wird (vgl. Norris und Inglehart 2019). Zugleich neigen Menschen, denen soziale Werte wichtig sind, stärker zu nicht-institutionalisierten

---

<sup>1</sup> Datenbasis: <https://europeanvaluesstudy.eu/> (eigene Berechnungen)

<sup>2</sup> Datenbasis: <https://www.europeansocialsurvey.org/data/> (eigene Berechnungen)

<sup>3</sup> Gemäß Reuters Digital News Report 2019 (vgl. Newman et al. 2019) scheint sich der Alterseffekt zu nivellieren.

Partizipationsformen und verstehen Demokratie eher als Bottom-up-Prozess (vgl. Oser und Hooghe 2018; für Österreich: Bacher et al. 2019). Dies gilt auch für Menschen, die das Vertrauen in die institutionalisierte Politik verloren haben und deshalb aus Institutionensicht als „demokratiemüde“ gelten (vgl. Hooghe und Marien 2013).

Wie schon diese wenigen Beispiele zeigen, greifen die unterschiedlichen Demokratieverständnisse in der gesellschaftlichen Realität ineinander und ist die Motivlage dahinter heterogen, jedenfalls aber verändern sich die grundsätzlich mit einer öffentlichen Sphäre und der gültigen politischen und gesellschaftlichen Ordnung verbundenen sozialen Praktiken (vgl. auch Dahlgren 1991, 1995, 2003) und es lässt sich insofern von einem Wandel sprechen, als das liberal-repräsentative Modell lange Zeit unangefochten gültig war (und auch in den Verfassungen der meisten westlichen Industriestaaten festgeschrieben ist), in jüngerer Zeit aber zunehmend in Frage gestellt wird. Letzteres geschieht von mehreren Seiten bis hin zu Versuchen einer autoritären Umdeutung wie in der „illiberalen Demokratie“. Mehr als diese scheinen allerdings partizipatorische Elemente und Formen Eingang in den Mediendiskurs zu gefunden zu haben (vgl. bspw. für Österreich Seethaler 2015b), und so spitzt die vorliegende Arbeit die Diskussion auf die beiden Modelle zu, die schon seit der Antike als „Prototypen“ von Demokratie gelten: Die liberal-repräsentative Demokratie und die partizipatorische Demokratie: „All but one of the models [of democracy] could reasonably be divided into two broad types: [...] participatory democracy and liberal or representative democracy“ (Held 2006: 4). Im Zuge des Wertewandels wurde diese Gegenüberstellung aktualisiert, sodass – pointiert formuliert – gefragt werden soll, ob und wenn ja, wie sich der Fokus von Öffentlichkeit in Richtung eines partizipatorischen Demokratieverständnisses verschiebt. Im Folgenden werden die für den vorliegenden Zusammenhang relevantesten Merkmale der beiden grundlegenden Demokratiekonzeptionen und deren Verständnis von Öffentlichkeit mit demokratietheoretisch normativen Anforderungen an die Medienleistung in Beziehung gesetzt.

## 2.2.2 Ideengeschichtlicher Blick auf Politik und Öffentlichkeit

### 2.2.2.1 Perspektive der liberal-repräsentativen Demokratie

Viele (Teil-)Modelle sind unter dem Label der liberal-repräsentativen Demokratie zusammengefasst. Spezifische Ausgestaltungen sind beispielsweise die von Downs mit *An Economic Theory of Democracy* (1957) oder Kornhauser mit *The Politics of Mass Society* (1959) und reichen von einer elitär-konservativen Haltung bei Weber, Schumpeter, Lippmann und Burke (vgl. elitär: Weber in *Politik als Beruf* 1988 [1919]; Schumpeter in *Capitalism,*

*Socialism and Democracy* 1976 [1942]; Lippmann in *Public Opinion* 1922; konservativ: Burke in *Reflections on the Revolution in France* 1968 [1790]), die darauf abzielen, die Rolle des Bürgertums gering zu halten, bis hin zu Theoretikern, die durchaus eine funktionierende Öffentlichkeit für erstrebenswert halten (bspw. Mill 1937 [1828]; Bentham 1960 [1776]; Madison 1966 [1788]; Paine 1973 [1791]; Jefferson 1984) und ihre Ursprünge in der Aufklärung haben, einer Zeit, die sich der *Vernunft* als universelle Urteilsinstanz verschrieben hatte, in der aber auch weite Teile des modernen und bis heute in westlichen Demokratien gültigen Verfassungsstaats erdacht wurden und bereits in direktem Zusammenhang mit Freiheiten wie Publizitäts-, Presse- und Meinungsfreiheit standen. Mit der Ausformung der bürgerlichen Öffentlichkeit kam es zu gesteigerten, ausdifferenzierten Publikationsaktivitäten und einer wachsenden Leserschaft, die ebenso ihren Teil zu einer veränderten Öffentlichkeitsstruktur beitrug wie die damaligen Salons, die anfangs als Orte der Diskussion künstlerischer und literarischer Fragen dienten, später aber wirtschaftliche und politische Themen in den Mittelpunkt rückten. Publizität wurde fortan als unerlässlich für die Förderung vernunftgeleiteten Denkens betrachtet: Rechtmäßig war nur noch das, was sich auch öffentlich als vertretbar erwies – „Alle auf das Recht anderer Menschen bezogenen Handlungen, deren Maxime sich nicht mit Publizität verträgt, sind unrecht“, so Kant in *Zum ewigen Frieden* (Kant 2005 [1795]: 50). Printmedien wurden durch Theoretiker dieser Zeit als wichtige Komponente einer neuen, demokratischen Politik erkannt (vgl. Keane 1991). Dank der wirtschaftlich erfolgreichen Drucktechnik begannen die Medien (insbesondere die damals neuen literarischen Zeitschriften und Zeitschriften im Kontext sozialer Bewegungen, wie der Reformation und den bürgerlichen Revolutionen) eine doppelte Rolle beim Aufbau einer öffentlichen Sphäre zu spielen. Einerseits ging es ihnen darum Faktenwissen festzuhalten und zu verbreiten (was von staatlichen und kirchlichen Autoritäten als Bedrohung empfunden wurde), und andererseits entpuppten sie sich als geeignetes Instrument, die segmentierten, an unterschiedlichen Ideen arbeitenden Kommunikationsarenen auf einem „virtuellen Marktplatz der Ideen“ zusammenzuführen, indem sie gemeinsame Bezugsrahmen schufen – eine integrative Funktion, die letztlich ein Gefühl der nationalen Einheit auszubilden half. Die informierte, kritisch-rationale Argumentation wurde so für das aufstrebende Bürgertum zu einem Instrument der politischen Willensbildung und Selbstfindung und damit zum Prinzip politischer Legitimation, das seinen Souveränitätsanspruch untermauerte. Bürgerliche Öffentlichkeit, so Halpern (1997: 70) „engages the form of the state itself, which it submits to the glare of publicity and tries to make accountable to the dictates of public reason“. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, sollten immer breitere Bevölkerungsschichten transparenten Einblick in die demokratische

Öffentlichkeit gewinnen. Die Medien übernahmen damit Kommunikations- und Kontrollfunktionen zwischen Staat und Bevölkerung. So spielten also *die Medien* auch ideengeschichtlich eine wichtige Rolle für die normative Konstruktion demokratischer Gesellschaften.

Ursprünglich als Gegenmodell zu aristokratischer Übermacht entworfen und als solches verbunden mit Errungenschaften wie Volkssouveränität, Gewaltenteilung und -kontrolle, Rechtsstaatlichkeit, Individualrechten und -verantwortlichkeiten, Kernkonzepten wie Gleichheit und Freiheit sowie einer auf Publizitäts-, Presse-, Rede-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit basierenden Öffentlichkeit – transformiert in kodifizierte Verfassungs- und Rechtsschriften sowie demokratische Institutionen –, liegen Ausformungen dieser Ideen im Wesentlichen bis heute den Verfassungen der meisten westeuropäischen und nordamerikanischen Länder zugrunde, wengleich ihre Interpretationen heute umstritten sind und ihre Umsetzung nicht nur diffiziler geworden, sondern auch vor andere Herausforderungen gestellt ist als zur Zeit der Aufklärung. Dennoch können laufende Wandlungsprozesse nur mit Blick in die Entstehungsgeschichte des aktuellen Status Quo durchdacht und verstanden werden: Denn auch die Merkmale, die die heutige Auffassung des liberal-repräsentativen Demokratiekonzepts prägen, sind das Ergebnis eines wohlwogenen Abwägungs- und Aushandlungsprozesses seit Entstehung des liberalen Gedankens, eines Ringens um ein ausbalanciertes Kräfteverhältnis, dessen Verständnis Fundament und Ausgangspunkt für die tiefere theoretische Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Gefüge aus Vorstellungen von Demokratie, Öffentlichkeit und der Rolle der Medien bildet.

John Locke als einer der ersten Vertreter des liberalen, konstitutionellen Demokratiegedankens dachte vermutlich nicht an jene Herausforderungen, die den Aushandlungsprozess seiner Ideen aus heutiger Perspektive bestimmen – wie beispielsweise aktuelle Fragen um Freiheit und (Un-)Gleichheit, die sich in den heutigen liberal-repräsentativen Demokratien mit ihren komplexen internationalen Beziehungen, Handelsstrukturen und ihrer Verwobenheit mit kapitalistischen Wirtschaftssystemen und der damit einhergehenden Ökonomisierung vieler gesellschaftlicher Bereiche stellen. Aber auch Fragen um neue Formen und Möglichkeiten politischer Partizipation und damit freien und gleichen Zugang zu einer auch via neuartiger Technologien organisierten Öffentlichkeit, zu Gesundheit und Bildung unabhängig von Klasse, Geschlecht, Hautfarbe, Vermögen und Religion sowie Fragen der Zugehörigkeit und Solidarität in einer globalisierten Welt sind allesamt heute anders gerichtet sind als zur Zeit der Aufklärung, wengleich die damals

entstandenen Kernkonzepte mitsamt ihren demokratischen Errungenschaften bis heute im Fokus dieser gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse stehen.

John Locke (1963 [1689]) wollte den Liberalismus als Gegenentwurf zu klerikaler Macht und Mächten despotischer Monarchien verstanden wissen. Ihm und den frühen Denkern der Aufklärung waren Werte wie Vernunft und Toleranz und mit ihnen der Schutz von Leben, Sicherheit, Frieden, Freiheit, Gleichheit – und Eigentum – vor staatlicher Willkür zentral. Die damalige Konzeption des Menschen als freies und gleiches (obschon männliches), mit unveräußerlichen „natürlichen Rechten“ (und Eigentum) ausgestattetes Individuum betonte seine Eigenverantwortlichkeit und Fähigkeit zu vernünftigem Handeln im Gegensatz zu gottgegebenem Schicksal – und das, obwohl Lockes Denken stark von protestantisch-christlichen Annahmen geprägt war. Adressaten der formulierten Freiheiten waren in erster Linie Männer des Bürgertums, die so auch direkt vom Wachstum der Marktwirtschaft profitieren konnten – ein Umstand, der damals nicht hinterfragt wurde. Locke kontierte Ideen, die in Richtung einer ungeteilten staatlichen Macht zielten, mit dem Argument, es sei kaum glaubwürdig, dass Menschen, die sich wechselseitig nicht voll vertrauen, ihr Vertrauen sehr wohl in einen allmächtigen Souverän setzen, der sich um ihre Angelegenheiten kümmern würde (wobei er möglicherweise Eigeninteressen verfolge). Das Recht, sich seinen eigenen Angelegenheiten zu widmen, setze allerdings die Pflicht voraus, die Rechte anderer zu achten. Dies zu regeln versprach sich Locke durch die Errichtung eines Gesellschaftsvertrages zur Schaffung einer unabhängigen Gesellschaft und einer durch die Bürger legitimierten Regierung, wobei die Rechte der Gesetzgebung und Rechtsdurchsetzung (legislative und exekutive Rechte) übertragen werden und zu Mehrheitsentscheidungen führen sollten, sofern die Regierung die ihr entlehnte, eingeschränkte und geteilte Macht nicht missbrauchen würde. Die Individuen waren zur Aufrechterhaltung einer politischen Gemeinschaft oder Regierung angehalten, um ihre individuellen Ziele zu sichern (vgl. Locke 1963 [1689]; Held 2006).

So entstanden die Merkmale der liberal-repräsentativen Demokratiekonzeption, wie wir sie heute kennen, in einem Ringen um individuelle Autonomie und die Freiheit und Unabhängigkeit einer privaten sowie wirtschaftlichen Sphäre gegenüber dem Zugriff von Autoritäten. Locke wollte Volkssouveränität und ein durch das Volk legitimates, repräsentatives System einer parlamentarischen Mehrheitsregierung, die lediglich Rahmenbedingungen für Sicherheit, Frieden und Freiheit setzen sollte, einen Rechtsstaat zur Wahrung individueller Rechte und zweigliedrige Gewaltenteilung bei wirtschaftlich freiem Spiel der Kräfte. Politik als Instrument der Regierung, nicht als Selbstzweck. Bei ihm und in anderen liberal-demokratischen Theorien ging es vor allem um ein Aushandeln einer Balance

zwischen Macht und Recht, Pflichten und Rechten. Dieser – für die damalige Zeit – radikale Ansatz führte einen der wichtigsten Grundsätze des modernen europäischen Liberalismus ins Feld, nämlich jenen, dass es Aufgabe der Regierung sei, die Rechte und Freiheiten der Bürger zu schützen, die wiederum selbst die besten Richter ihrer eigenen Interessen seien. Lockes Einfluss auf die heutige Politik ist beträchtlich, wenngleich viele seiner Ausführungen Fragen offenließen (vgl. Rahe, 1994: 291ff; Dunn 1980: 53ff.).

Einer, der sich im Anschluss an Locke den notwendigen institutionellen Neuerungen für das Erreichen einer reformierten repräsentativen Regierung widmete, war der französische Philosoph Baron de Montesquieu (1689-1755). Er trat für eine verfassungsmäßige Regierung als zentralen Mechanismus zur Gewährleistung der Rechte des (erwachsenen, männlichen, eigentumsbesitzenden) Individuums ein. Das heißt, für die Entwicklung eines Systems des positiven Rechts und damit einer formellen, explizit entworfenen Rechtsstruktur zur Regulierung des öffentlichen und privaten Lebens (auch wenn er an ein gegebenes natürliches Recht glaubte). Dabei verwendete er nicht direkt den Begriff „Rechtsstaat“, aber die von ihm entwickelten Argumente zielten zum Teil darauf ab, die Machtstruktur des Staates zum Schutz vor Missbrauch durch Einzelpersonen oder Gruppen zu entpersonalisieren. Ihm war bewusst, dass „das öffentliche Wohl [...] tausend Privatansichten geopfert werden könnte“ (eigene Übersetzung aus Montesquieu 1844 [1728]: 104). Montesquieu widmete sich sohin der Frage, wie private Interessen mit dem Gemeinwohl zu vereinen wären, und suchte mit institutionellen Mitteln einen Weg, die Interessen der verschiedenen Gruppen im öffentlichen Leben zu berücksichtigen, ohne die Freiheit des Gemeinwesens insgesamt zu opfern. Dabei machte er eine dreigliedrige Gewaltenteilung zum Dreh- und Angelpunkt, wobei er präziser als Locke zwischen Exekutive, Legislative und Judikative mit je getrennten rechtlichen Befugnissen unterschied. Auf diese Weise sollte Macht so verteilt und organisiert werden, dass jeder, der versucht war, sie zu missbrauchen, an rechtliche Grenzen gestoßen wäre: Freiheit „ist das Recht, alles zu tun, was das Gesetz erlaubt“ (Montesquieu 1844 [1728]; vgl. auch Plamenatz 1963: 292f), lautete seine – freilich problematische – Auffassung einer Verknüpfung von Gesetz und Freiheit, die ignorierte, dass Freiheitsberaubung auch von einem Gesetz ausgehen kann und selbige unter Umständen die Freiheit zu seiner eigenen Änderung einschränken würde. Hingegen bewunderte er die klassische Polis und schätzte das Ideal der aktiven Bürgerschaft, die Hingabe an das Leben der politischen Gemeinschaft und das tiefe Gefühl der Bürgerpflicht (vgl. Keohane und Nye 1972). Zugleich war er aber der Meinung, dass es viele Menschen gäbe (u.a. solche ohne substantiellen Reichtum), denen kein eigener Wille zugetraut werden könne, womit jene Gruppe, die als potentielle Wähler und damit Kontrollinstanz von

Gesetzgeber und Abgeordneten in Frage kamen, wenig umfangreich war. Dennoch glaubte er durch Institutionalisierung der Gewaltenteilung und die Schaffung eines Forums innerhalb des Staates, in dem konkurrierende Gruppen und Fraktionen gegeneinander antreten können, ein politisches Arrangement für die moderne Welt gefunden zu haben, die in die *öffentliche Sphäre* der von Männern geführten Staatspolitik einerseits und die *private Sphäre* der Wirtschaft, des Familienlebens, der Frauen und Kinder andererseits unterteilt sein sollte (vgl. Held 2006).

Wenngleich beide Theoretiker einander ergänzend für die Notwendigkeit von Grenzen politischer Macht argumentierten, entwickeln sie ihre Argumente nicht in Richtung einer zu schützenden Form der politischen Gleichheit aller reifen Individuen: eine formal gleiche Möglichkeit eigene Interessen vor der Willkür des Staates oder der Mitbürger zu schützen. Diese Ideen erhielten, so Held (2006), erst mit James Madison (1751-1836), einem der Urheber der amerikanischen Verfassung, und zwei Denkern des englischen Liberalismus, Jeremy Bentham (1748-1832) und James Mill (1773-1836) ihre wichtigste Ausarbeitung. Madison erkannte die Relevanz von Eigeninteressen im Spiel der Kräfte an, akzeptierte in Anlehnung an Locke die zentrale Bedeutung des Schutzes individueller Freiheit durch eine institutionalisierte öffentliche Macht, die rechtlich begrenzt und den Bürgern gegenüber rechenschaftspflichtig sei und betrachtete nach Montesquieu das Prinzip der Gewaltenteilung als zentral für die Bildung eines legitimen Staates. Er selbst hielt reine Demokratien (womit er kleine Gesellschaften meinte, die die Regierung persönlich ausgestalten und verwalten) für prinzipiell intolerant, ungerecht und instabil. Die Politik solcher Gesellschaften sei üblicherweise von einem gemeinsamen Interesse geprägt, das jegliches politisches Handeln bestimme. Darüber hinaus bedeute der direkte Charakter aller „communication and concert“ stets, dass „there is nothing to check the inducements to sacrifice the weaker party or an obnoxious individual“ (Madison 1966: 20) – eine Tyrannei der Mehrheit. Zugleich sei reale Gleichstellung (oder im Sinne von Madison möglicherweise auch und vor allem *Gleichrichtung*) mit einer Gleichstellung vor dem Gesetz nicht erreicht: Gleiche politische Rechte würden nicht zu gleichen „possessions, opinions and passions“ führen (ebd.: 20).

Von der Klassik bis zur Renaissance wissen wir, dass Dissens, Interessenskonflikte und die ständige Ausbildung rivalisierender Partikularinteressen unvermeidlich sind. Unterschiedliche Fähigkeiten und Fertigkeiten, Fehlbarkeit in der Argumentation und im Urteilsvermögen, unterschiedlich ausgeprägter Partizipationswille sowie die Bindung an verschiedene Führungspersönlichkeiten stehen einer einheitlichen Auslegung von Prioritäten und Interessen entgegen.

Die relevanteste Ursache rivalisierender Gruppen nach Madison allerdings waren ungleiche Eigentumsverhältnisse. Während später Marx, Engels und Lenin versuchten, diesen Konflikt durch Beseitigung seiner Ursache zu lösen (d.h. durch Abschaffung des Privateigentums an produktivem Vermögen), wollte Madison, überzeugt davon, dass Menschen immer wieder Muster der Ungleichheit schaffen würden und Eigeninteressen allzu oft im Gegensatz zu öffentlichen Interessen stünden, die Auswirkungen solcher Konflikte kontrollieren. Seinem Ansatz folgend seien ungleiche Partikularinteressen durch Einbezug in „necessary and ordinary operations of government“ (ebd.: 17) in den Griff zu bekommen. Das heißt: Laut Madison stellten durch *Wahl legitimierte, repräsentative Prinzipien* sicher, dass die Regierung regelmäßig der gleichen Wahlmacht aller Bürger gegenüberstünde, die ihre Meinung so auf regulierte Art und Weise bekunden könnten. Diese würde zudem „refined and enlarged“, indem sie „passed through the medium of a chosen body of citizens“, während die Vertreter im Willensbildungs- und Entscheidungsprozess als Treuhänder ihrer Wähler fungierten (Ball 1988: 61ff.). „Aller Bürger“ implizierte in Madisons Verständnis zwar eine Ausdehnung des Wahlrechts, jedoch nicht im Sinne einer universellen Kategorie unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe und Eigentum. Frauen, Arbeiter ohne Besitz und Sklaven waren ausgeschlossen. Im Instrument der Wahl und damit der Einbeziehung eines relevanten Anteils der Bevölkerung auf gleicher politischer Basis sah er einerseits eine Möglichkeit unkontrolliertes Handeln (vor allem von Minderheiten) abzumildern, da das Wahlrecht „enables the majority to defeat their sinister views by regular vote“ (Madison 1966: 19). Andererseits sah er – im Wettbewerb der Kandidaten – einen automatischen Priorisierungsmechanismus, der besonders kompetente Vertreter mit den relevanten Angelegenheiten der Gesellschaft betraute. Als Gefahr empfand Madison allerdings Partikularinteressen, sobald sie den Status einer Mehrheitsfraktion erreichten, neben welcher Minderheiteninteressen keinen Raum mehr fanden und er insofern das Gemeinwohl gefährdet sah. Repräsentation wäre in diesem Fall nur eine notwendige, nicht hinreichende Bedingung, eine repressive Regierung zu verhindern; es bedürfe auch einer gewissen Mindestgröße einer Gesellschaft und damit einer Mindestanzahl kompetenter potentieller Repräsentanten, die nur von einer umfangreicheren Wählerschaft erkannt werden könnten. Vielfalt an sich, die mit höherer Wahrscheinlichkeit in größeren Gesellschaften auftrete, schütze außerdem vor der Gefahr der Anhäufung übermäßiger Macht auf Wähler- wie Vertreterebene. Einer Entrückung der Vertreter könne durch eine föderale Verfassung – die Interessen aggregierende Gemeinschaften vernetze – entgegengetreten werden. Somit sah Madison den repräsentativen Bundesstaat als den Schlüsselmechanismus, die Interessen der Individuen zu aggregieren und

ihre Rechte zu schützen, während der Staat die Funktionalität des Systems nach innen wie außen sichere. Einerseits warf er damit, so Held (2006), wichtige Fragen über die Prinzipien, Verfahren und Institutionen einer Volksregierung und über die Notwendigkeit auf, sie gegen impulsives, unvernünftiges Handeln, aus welcher Quelle auch immer, zu verteidigen; andererseits stellte er in Form einer kohärenten politischen Strategie und Theorie Lösungsvorschläge für häufige Kritikpunkte am demokratischen Gedanken vor: Stabilitätssicherung, Rechenschaftspflicht der Mächtigen und bezogen auf die Frage, wie die Bürger die „Regeln des politischen Spiels“ verstehen und befolgen könnten. Andererseits lag sein theoretischer Fokus nicht auf dem rechtmäßigen Platz des aktiven Bürgers im Leben der politischen Gemeinschaft, sondern auf der legitimen Verfolgung von Individualinteressen und auf der Regierung als Förderungsinstitution derselben – was einer Verzahnung protektiver und liberaler Anliegen gleich kam (vgl. Wood 1969; Pocock 1975: 522ff.). Eine solche wäre überdies als Wunsch interpretierbar, die Minderheit der Wohlhabenden vor der Mehrheit „der anderen“ zu schützen (vgl. Held 2006).

Die Ideen von Jeremy Bentham (1748-1832) und James Mill (1773-1836) werden häufig als „Gründungsmodell der Demokratie für eine moderne Industriegesellschaft“ bezeichnet (Macpherson 1977: 42f.). Beide Liberalen hatten einen protektiven demokratischen Ansatz, indem sie davon ausgingen, dass die vorrangige Motivation der Menschen individuelle Befriedigung oder Nutzenmaximierung ebenso sei wie die Minimierung von Leid. Ein permanenter Interessenskonflikt sei die Folge, u.a. weil dieses Streben auch für jene gelte, die Macht innehaben. Zum Schutz der individuellen Interessen und „des Interesses der Gemeinschaft im Allgemeinen“ (Bentham 1960 [1776]) bedürfe es daher einer systematischen Vermeidung von Missbrauch in Form einer demokratisch legitimierten Regierung, verbunden mit periodischen, geheimen Wahlen, Wettbewerb zwischen potentiellen politischen Vertretern, Gewaltenteilung und Presse-, Rede- und Vereinigungsfreiheit. Der Staat müsse dabei direkt rechenschaftspflichtig sein und solle nicht mehr als die Rolle eines Schiedsrichters innehaben, während das Individuum in der Zivilgesellschaft nach den Regeln des freien Marktes und des freien Austauschs seinen Interessen nachgehe (vgl. Macpherson 1977; Harrison 1993). Das freie Wahlrecht und der freie Markt als *conditiones sine qua non* führten sohin zum größtmöglichen Nutzen für alle Bürger. Sicherheit gehe im Zweifel vor Gleichheit. Held weist darauf hin, dass sich Benthams Gedanken auf diese Weise mit den Wirtschaftsdoktrinen von Adam Smith (1723-90) synthetisierten. Allerdings sollte überall dort, wo das Laissez-faire-Prinzip zur Erzielung der bestmöglichen Ergebnisse nicht ausreichte, staatliches Eingreifen in die sozialen Beziehungen und die institutionelle Ordnung gerechtfertigt sein. „The greatest

happiness for the greatest number“ sei laut Bentham (1960 [1776]) das einzige wissenschaftlich vertretbare Kriterium des Gemeinwohls. Insofern wurde er zum Befürworter eines Plans für kostenlose Bildung, Mindestlohn und Krankengeld, und seine utilitaristischen Ideen hatten Einfluss auf die Gestaltung des späteren Wohlfahrtsstaates. Bei alledem blieben Politik, öffentliche Sphäre und öffentliche Angelegenheiten gleichbedeutend mit dem Bereich der (vermögenden) Männer. Von Locke bis Bentham und James Mill wurde die patriarchalische Struktur des öffentlichen (und privaten) Lebens und ihr Standpunkt zur Verteilung des Eigentums als selbstverständlich vorausgesetzt.

Zusammenfassend etablierten Bentham und James Mill Demokratie als eine logische Voraussetzung für die Organisation einer von absoluter Macht und Tradition befreiten Gesellschaft, in der sich der Einzelne wie die Masse als Konsumenten der Maximierung ihrer privaten Befriedigung verschrieb. Die Demokratie wurde somit Instrument zur Förderung dieser Ziele und verlor ihren Selbstzweck, der unter anderem auch mit einer Selbstentfaltung aller Menschen einhergehen sollte (Rousseau 1961 [1762]; Wollstonecraft 1982 [1792]; MacPherson 1977; Dunn 1979). Während sich der Geltungsbereich der Politik in der Demokratie des antiken Athen und in der republikanischen Tradition der Renaissance auf alle gemeinsamen Angelegenheiten der Städterepublik erstreckte, führte die protektive, liberale Tradition eine engere Sichtweise ein: Das Politische wurde als eine separate Sphäre in der Gesellschaft betrachtet, eine Sphäre, die sich von Wirtschaft, Kultur und Familienleben abgrenzt (vgl. Held 2006).

In der liberalen Tradition bedeutet Politik sohin bis heute vor allem staatliche Aktivität und politische Institutionen (vgl. Held 2006). Dennoch enthält die liberale Idee die politische Gleichheit als notwendige Bedingung von Freiheit und damit formal – und implizit egalitär – die gleiche Fähigkeit der Bürger, ihre eigenen Interessen zu schützen.

James Mills Sohn, John Stuart Mill (1806-73), gab weitgehend die Richtung des modernen liberaldemokratischen Denkens vor. Er sah den Wert einer liberal-repräsentativen Regierung nicht nur in den durch sie gesetzten Grenzen für das Streben nach individueller Befriedigung, sondern auch als wichtigen Aspekt der freien Entfaltung von Individualität, was ihn allerdings nicht dazu brachte, sich von der repräsentativen Demokratie abzuwenden, etwa zu Gunsten einer Form direktdemokratischer Ordnung. Seine Konzeption des politischen Lebens war von individueller Freiheit, einer rechenschaftspflichtigen repräsentativen Regierung, einer handlungsfähigen nicht-korrupten Staatsverwaltung und – in wirtschaftlicher Hinsicht – dem Laissez-faire-Prinzip geprägt. So widmete er sich in seiner Studie *On Liberty* (1859) der Freiheit des Individuums, um ein Prinzip auszuarbeiten, das „the nature and limits

of the power which can legitimately be exercised by society over the individual“ festlegt, „a matter rarely explored by those who advocate direct forms of democracy“ (Mill 1982 [1859]: 59). Auf dem Kontinuum zwischen notwendigem Maß an Regulierung und willkürlichen, eigennützigen Interventionen, sah Mill die Grenze der individuellen Freiheit dort, wo ein anderer Schaden nehmen würde (Mill 1982 [1859]: 68). Damit konnten viele der Freiheiten, die mit einer liberal-demokratischen Ordnung einhergehen, verteidigt werden: „These are, first, liberty of thought, feeling, discussion and publication [...]; second, liberty of tastes and pursuits [...]; and third, liberty of association or combination so long as, of course, it causes no harm to others“ (Mill 1982 [1859]: 71f.), wobei im Mittelpunkt jene übergeordnete Freiheit stehe, die Bedingungen der eigenen Existenz selbst mitzugestalten. Eine Freiheit, die impliziert, dass Bürger den Umfang und die Richtung ihres Gemeinwesens entwickeln und bestimmen können, und vor staatlicher Willkür geschützt sind. Die Menschenwürde sei durch absolute Macht bedroht, denn ohne die Möglichkeit jedes Einzelnen, sich an der Regelung jener Angelegenheiten, an denen er ein Interesse hat, zu beteiligen, sei es schwierig sinnvolle Entscheidungen zu treffen sowie geistige Exzellenz intellektueller, praktischer und moralischer Art zu entwickeln. Für Mill war die Teilnahme am politischen Leben – Wahlen und Mitwirkung in der Kommunalverwaltung – unerlässlich, um ein direktes Interesse an der Regierung und damit eine Grundlage für eine informierte und sich entwickelnde Bürgerschaft zu schaffen. Seine Schlussfolgerung (in *Considerations on Representative Government* 1861) war allerdings auch, dass eine repräsentative Regierung, deren Handlungsspielraum und Macht durch das Freiheitsprinzip eng begrenzt ist, gemeinsam mit dem Laissez-faire-Prinzip die wesentlichen Voraussetzungen für „free communities“ und „brilliant prosperity“ seien (Mill 1951 [1861]: 210). Die unsichtbare Hand des Marktes erzeuge auf lange Sicht wirtschaftliche Effizienz und ein Gleichgewicht, während das Repräsentativitätsprinzip die politische Grundlage für den Schutz der Freiheit bilde (vgl. ebd.). Held (2006) folgend, rührten Mills Überlegungen daher, dass ein zunehmend überdimensionierter Staatsapparat (die Verwaltung) im täglichen Leben als aufdringliche Regulierungsbehörde empfunden wurde. In der Annahme, es handle sich um einen im Wesentlichen gutartigen Apparat, war der Staat zum interventionalistischen Garanten des Gemeinwohls und progressiven Wandels geworden, der sich mit jeder neuen Zuständigkeit, Bildung zum Beispiel, erweiterte. Mill erkannte an, dass ein Staat ohne Bürokratie nicht funktional gehalten werden könne: akkumulierter Erfahrung, bewährten Prozessen, stetiger Verfolgung der Ziele stünden dabei allerdings Inflexibilität, starre Routinen, fehlende Vitalität und Innovativität gegenüber. Außerdem würden unqualifizierte Einmischungen (auch von Abgeordneten und Vertretungsgremien) in die tägliche Verwaltung deren Funktionalität

untergraben, Verantwortlichkeiten zerstreuen und den Nutzen für das Ganze verringern. Je effizienter und wissenschaftlicher der Verwaltungsapparat aber arbeite, so Mill, desto eher sei er eine Bedrohung für die Freiheit, da die Bürger angesichts einer überdimensionierten administrativen Bürokratie (mangels praktischer Erfahrungen, Überblick und Informationen) zunehmend schlecht informiert und nicht in der Lage seien, diese Macht zu kontrollieren. Es müsse hinsichtlich der Kontrollmacht des Volkes erkannt werden, dass diese auf unterschiedlichen Grundlagen beruht: Es gebe keine andere Möglichkeit, die Vorteile des Staatsapparates mit jenen der Volkssouveränität zu kombinieren als die, ihre jeweiligen Kompetenzbereiche strikt getrennt zu halten (vgl. Held 2006). Das Prinzip der durch Wahl legitimierten Repräsentanten wies bei Mill allerdings in Richtung eines Bildungselitismus: Obschon er die Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts betonte, war er bemüht, ein komplexes System der pluralen Abstimmung zu empfehlen, um die Massen, „die Demokratie“, daran zu hindern, die politische Ordnung dem zu unterwerfen, was er als „Unwissenheit“ bezeichnete: Alle „reifen“ Erwachsenen sollten eine Stimme haben, die Klügeren und Begabteren aber mehr davon als die Unwissenden und weniger Begabten, was Mill grob am Berufsstatus ausrichtete (Mill 1951 [1861]: 324). Dabei brach er mit der liberalen Tradition, indem er auch Frauen als „reife Erwachsene“ mit dem Recht, „freie und gleichberechtigte Individuen“ zu sein, zählte, und damit die Spaltung zwischen Frau und Mann nicht mehr auf die liberale politisch-nichtpolitische, öffentlich-private Dichotomie abbildete, die er wiederum strikt beibehielt (vgl. Siltanen und Stanworth 1984: 185ff.; Held 2006). Nach *The Subjection of Women* (1869) sei die Unterordnung von Frauen unter Männer – im Haus, im Arbeitsleben und in der Politik – „a single relic of an old world of thought and practice“ (Mill [1869] 1982: 19). Die Beziehung zwischen Männern und Frauen sei „grounded on force“ gewesen, und obwohl einige ihrer „most atrocious features“ mit der Zeit aufgeweicht worden wären, sei „the law of the strongest“ im Gesetz verankert (ebd.: 1ff.). Die Stellung der Frau sei eine ungerechtfertigte Ausnahme von den liberalen Schlüsselprinzipien, wie der (Chancen-) Gleichheit, und hätte die Welt wichtiger Talente beraubt: Könnten Frauen ihre Fähigkeiten ähnlich frei nutzen wie Männer und würden sie mit „the same prizes and encouragements“ bedacht, würde sich die „mass of mental faculties available for the higher service of humanity“ verdoppeln (ebd.: 83). Frauen und Männer seien sohin gleich zu behandeln in allen rechtlichen, politischen und sozialen Arrangements. Allerdings ging Mill zugleich davon aus, dass es der ausschließliche Wunsch der meisten Frauen sei, zu heiraten, Kinder zu erziehen und den Haushalt zu führen (vgl. ebd.: 47f.; Okin 1979; Pateman 1983). Zugleich hielt er die altgriechische Idee der Polis in einer modernen Gesellschaft für nicht realisierbar: Die Vorstellung von Selbstverwaltung oder Regierung durch

offene Versammlung sei (in Übereinstimmung mit der liberalen Tradition insgesamt) Unsinn für jede Gemeinschaft, die über eine Kleinstadt hinausgehe. Abgesehen davon könnten die Menschen „nur an einigen sehr kleinen Teilen der öffentlichen Geschäfte teilnehmen“ (Mill 1951 [1861]: 217), der umfangreiche Koordinierungs- und Regulierungsaufwand sei für ein System der klassischen oder direkten Demokratie unüberwindlich komplex (vgl. Mill 1951 [1861]: 175ff.), zumal ein solches System die weisesten und fähigsten unter den Bürgern in einer unwissenden, unerfahrenen und ungebildeten Mehrheitsmasse untergehen lassen würde (ebd.). Hingegen verschrieb sich Mill einem Bildungselitismus, der jenen mit Wissen, Können und Weisheit eine privilegierte Stellung zuschrieb (vgl. plurales Wahlrecht) und betonte Bildung als Schlüsselkraft für Freiheit und Emanzipation. „[...] everyone stands in the place [s]he merits“ (Vajda 1978: 856). Auch lasse ein konsequenter Schutz der individuellen Freiheit den Fähigsten gedeihen, was langfristig zum größtmöglichen Nutzen aller sei (vgl. Mill 1951 [1861]: 239ff.).

Allgemein formuliert sei die Freiheit des Denkens, Diskutierens und Handelns notwendige Voraussetzung für die Entwicklung eines unabhängigen Geistes und einer autonomen Urteilskraft; sie sei für die Bildung der menschlichen Rationalität unerlässlich, während die Kultivierung der Vernunft wiederum die Freiheit stimuliere und erhalte. Ein System der repräsentativen Demokratie sei also wesentlich für den Schutz und die Stärkung von Freiheit und Vernunft, schaffe sohin fähigere Bürger, die das öffentliche Interesse verfolgen und bliebe in Balance, indem die Regierung den Bürgern gegenüber rechenschaftspflichtig sei, Professionalität und Sachverstand sinnvoll einbinde und zusammen mit der Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit den Vorteil hätte, einen Mechanismus zu bieten, mit dem die Mächtigen überwacht und kontrolliert werden könnten, sowie ein Forum, das nicht nur als Wächter der Freiheit, sondern auch als Zentrum der Vernunft und der Debatte fungiere. „Today representative democracy and the newspaper press are the real equivalent, though not in all respects an adequate one, of the Pnyx [vormals: Agora] and the Forum“ (ebd.: 176ff.). Mill sprach von einem Konzept des dynamischen (weil es die individuelle Selbstentfaltung ermöglicht) und harmonischen (weil konkurrierende politische und wirtschaftliche Beziehungen, die auf gleichberechtigtem Austausch beruhen, oftmals keiner Kontrolle durch die Gesellschaft bedürfen) Gleichgewichts der liberalen Demokratie (vgl. Held 2006).

Einerseits nahm er damit spätere neoliberale Argumente vorweg, andererseits wiesen seine Stellungnahmen zu gerechtfertigten Interventionen des Staates in Richtung einer sozialdemokratischen, wohlfahrtsstaatlichen Auffassung von Politik und Gesellschaft (vgl.

Green 1981) und in Richtung einer im Wesentlichen von Jürgen Habermas (1992, 1996) geprägten Demokratiekonzeption, der deliberativen Demokratie, die der elitären Grundhaltung der liberal-repräsentativen Demokratietradition die Vorstellung eines von der Zivilgesellschaft getragenen öffentlichen Diskurses entgegensetzte.

Die deliberative Demokratietheorie war weniger als vollständige Modellkonzeption angelegt, denn als Theorie deliberativer Verfahren, mit dem Ziel, Verständigung oder Konsens – jedenfalls aber begründeten Dissens (vgl. Wessler 2018) – durch Austausch von rational und respektvoll hervorgebrachten Argumenten in einem machtfreien Diskurs zu erreichen. „Deliberative Politik ist für Habermas eine Politik der argumentativen Abwägung, der gemeinsamen Beratschlagung und Verständigung über öffentliche Angelegenheiten“ (Schmidt 2008: 242), die „ideale Prozeduren der Beratung und Beschlussfassung“ (ebd.) voraussetzt, wobei die prozedurale Ebene im Mittelpunkt steht: „In den anspruchsvollen Verfahrensbedingungen und Kommunikationsvoraussetzungen [...] hat die normensetzende und -prüfende Vernunft eine prozedurale Gestalt angenommen“ (Habermas 1992: 349). Insofern diene die durch kommunikatives Handeln hergestellte Öffentlichkeit dem Erkennen gesamtgesellschaftlicher Probleme und der Herstellung von Konsens, der Einspeisung von Themen in den politischen Entscheidungsprozess und der Kontrolle der politischen Entscheidungsträger. Diese sollen ihre Entscheidungen im öffentlichen Diskurs durch rationales Abwägen alternativer Optionen begründen, sodass die Legitimität politischer Entscheidungen auf deren Anbindung an öffentlich artikulierte, im Diskurs zustande gekommene Meinungen beruhe.

Die Erwartung an Öffentlichkeit einen Konsens darüber zu suchen, was als kollektiv wichtiges und lösungsbedürftiges Problem zu definieren sei, nimmt in modernen Gesellschaften die Medien in die Pflicht und stellt sie weniger vor die Aufgabe, über vermeintlich relevante Themen zu berichten (die im deliberativen Diskurs ja nicht a priori benannt werden können), als den Themenfindungs- und Meinungsbildungsprozess durch die Vermittlung vielfältiger Stimmen zu unterstützen. Dazu braucht der „interpreting citizen“ Kontextwissen als Basis für die Teilhabe am deliberativen Diskurs (vgl. Porto 2007). Anders als in der liberal-repräsentativen Tradition bezieht sich diese Vielfalt primär auf die Einbindung nichtstaatlicher und nichtökonomischer Akteure, die als „Substrat jenes allgemeinen, aus der Privatsphäre gleichsam hervortretenden Publikums von Bürgern [gelten], die für ihre gesellschaftlichen Interessen und Erfahrungen öffentliche Interpretationen suchen“ (Habermas 1992: 444). In die öffentliche Debatte sollen alle von der diskutierten Frage Betroffenen einbezogen werden, oder zumindest ihre Perspektiven und Gründe, auf welche sich ihre Ansichten stützen (Wessler

2008, 2018). Der demokratische Nutzen entsteht im Prozess des deliberativen Diskurses selbst, und nicht wie in liberal-repräsentativen Konzeptionen durch einen ethischen Konsens (der in pluralistischen Gesellschaften unmöglich zu erreichen ist) oder durch Ansammlung auf individuelle Ziele ausgerichteter Meinungen.

Die deliberative Konzeption steht jedoch in vielerlei Hinsicht in der Kritik, sodass beispielsweise Sanders (1997: 348f.) argumentiert, dass die hohen deliberativen Anforderungen (der zivilen und rationalen Argumentation) an die Diskursqualität systematisch einige Gruppen gegenüber anderen begünstigt (vgl. auch Dahlberg 2014), was den deliberativen Anspruch einer breiten Einbeziehung aller von einem Thema Betroffenen konterkariert. Auch würde der Nutzen von Leidenschaften und Emotionen für den demokratischen Diskurs ausgeblendet (vgl. Mouffe 1999, 755f.; Ferree et al. 2002; Wessler 2018). Wessler (2018) versteht hingegen affektive Empathie als Voraussetzung deliberativer Prozesse und sieht moralisch gerechtfertigte Emotionen als Ausdruck von Relevanz im Diskurs von Habermas mitgedacht. Indem Wessler (2018) also die Rolle von Emotion und affektiver Empathie als argumentatives Instrument postuliert, kommt es zu einer Annäherung an die partizipatorische Tradition, wobei die deliberative Demokratietheorie als beteiligungszentrierte Konzeption sowohl Elemente der partizipatorischen als auch der liberal-repräsentativen Demokratietradition vereint und somit als Zwischenkonzeption dieser beiden grundlegenden Traditionen verstanden werden kann. Mitunter wird sie auch als moderne Spielart repräsentativer Demokratievorstellungen eingeführt (vgl. Imhof 2011; Christians et al. 2009; Held 2006), da das Prinzip der Repräsentation, der zentrale Stellenwert des Wahlaktes und der Rationalität im öffentlichen Diskurs sowie die liberale Trennung von öffentlich versus privat nicht aufgegeben, sondern durch die Akzentuierung politischer Beteiligungsrechte und öffentlicher Beratschlagung ergänzt werden.

Von der klassischen Antike bis ins 17. Jahrhundert wurde Demokratie weitgehend mit dem Zusammenkommen von Bürgern in Versammlungen und öffentlichen Versammlungsorten in Verbindung gebracht. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts begann man sie auch als das Recht der Bürger zu verstehen, sich durch gewählte Vertreter an kollektiven Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen (vgl. Bobbio 1989: 144). Die Theorie der liberal-repräsentativen Demokratie beeinflusste den Fokus demokratischen Denkens grundlegend, während sich im Austarieren der Kräfte viele unterschiedliche (Teil-)Konzeptionen herausbildeten. Die grundlegenden Ideen und Merkmale aber teilen alle Auffassungen,

wenngleich die repräsentative Demokratie erst mit ihrer Konsolidierung in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts ihre zeitgemäße Form annahm.<sup>4</sup>

Alle liberal-demokratischen Ansätze basieren auf der Annahme einer letztlich vom Volk ausgehenden Souveränität, die von diesem durch Wahl auf Repräsentant\*innen übertragen wird, welche – so legitimiert und quasi treuhändisch – staatliche Funktionen ausüben. Diese Ausübung soll, liberale Maxime wie Freiheit und Gleichheit wahrend, im Interesse der Bürger\*innen erfolgen, die vor staatlicher Willkür zu schützen sind, sodass die Repräsentationsfunktion mit Verantwortung und durch politische Mechanismen (vor allem regelmäßige, geheime Wahlen, freien Wettbewerb zwischen potentiellen Vertreter\*innen und Parteien, parlamentarische Mehrheitsregierung) einzufordernde Rechenschaftspflicht der politischen Entscheidungsträger\*innen einhergeht. Die Staatsgewalt muss dabei entpersonalisiert, rechtlich beschränkt und einer Gewaltenteilung in Exekutive, Legislative und Judikative unterworfen sein. Gemeinsam mit durch Rechtsstaatlichkeit gesicherten Individual-, Gleichheits- und Freiheitsrechten soll so eine Balance zwischen Macht und Recht, Autorität und Freiheit entstehen. Einer Entrückung der Vertreter\*innen kann durch eine föderale Verfassung entgegengetreten werden. Instrument und Forum des geregelten Ausgleichs divergierender Interessen ist – entsprechend des liberalen Wettbewerbs-, Balance- und Fairnessgedankens – ein Willensbildungs- und Entscheidungsprozess, der den Wettbewerb zwischen potentiellen politischen Entscheidungsträgern und Interessensgruppen innerhalb eines pluralen Parteiensystems fördert und in einem demokratisch legitimierten Parlament auf der Basis proportionaler Stimmenverteilungen Mehrheitsentscheidungen ermöglicht. Diese sind prinzipiell für die gesamte Gemeinschaft, jedenfalls aber für die gesellschaftliche und politische Ordnung von Relevanz. Eine Trennung von Staat und Zivilgesellschaft soll zudem den Handlungsspielraum der politischen Entscheidungsträger auf die Schaffung sicherer Rahmenbedingungen beschränken. Während sich der Geltungsbereich der Politik in der Demokratie des antiken Athen auf alle gemeinsamen Angelegenheiten erstreckte, wird in der engeren Sichtweise der liberalen Tradition das Politische zur separaten Sphäre in der Gesellschaft, einer Sphäre, die sich von Wirtschaft, Kultur und Familienleben abgrenzt. Der Fokus der Politik liegt daher auf staatlicher Aktivität und politischen Institutionen, die ihrerseits die demokratische Grundordnung sichern, während die Bürger\*innen ihr Privatleben frei von Gewalt und politischer Einmischung führen: Aus der Historie heraus vor allem in Form der

---

<sup>4</sup> Erst in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts hat sich die liberal-repräsentative Demokratie in weiten Teilen des Westens fest etabliert und wurde als geeignetes Regierungsmodell jenseits des Westens im Prinzip weithin angenommen (vgl. Held 1993).

patriarchalischen Familie, deren Strukturen bis weit nach der politischen Gleichstellung der Frau aufrecht blieben und in Form meist ungeschriebener Konventionen bis heute weiter bestehen (vgl. Hayes und Lawless 2016; Ross und Padovani 2017). Ebenso bleibt der freie Markt nach dem Laissez-faire-Prinzip – zum größtmöglichen Nutzen aller – frei von staatlicher Intervention. Die liberale Tradition sieht ihn, neben dem Wahlrecht und dem Repräsentationsprinzip, als *conditio sine qua non* für „free communities“ und „brilliant prosperity“ (Mill 1951 [1861]: 210). Während konkurrierende politische und wirtschaftliche Beziehungen, die auf gleichberechtigtem Austausch beruhen, ohne wesentliches Zutun in einem harmonischen Gleichgewicht münden würden, entstünde Gemeinwohl gleichsam von selbst, sofern sich die Massen als Konsumenten der Maximierung ihrer privaten Befriedigung verschreiben. „The greatest happiness for the greatest number“ sei das entscheidende Kriterium für Gemeinwohl, schrieb Bentham in *Fragment on Government* (Bentham 1960 [1776]), wobei die Politik angehalten sei, diese Ziele zu fördern und nur notfalls in diesem Sinne zu intervenieren. Generell ist der Handlungsspielraum auf die Schaffung von Rahmenbedingungen zu beschränken, die es den Bürger\*innen ermöglichen, in Sicherheit, Frieden und Freiheit zu leben: so die Kernannahme des Liberalismus zur Frage nach der Vereinbarkeit privater Interessen mit dem Gemeinwohl. Während aber Liberale wie Bentham, Madison und viele andere dieser Darstellung sehr nahe waren, hatte beispielsweise Mill einen differenzierteren Zugang. Er nahm sich allerdings gegen Ende seines Lebens eher als Sozialist denn als Liberaldemokrat wahr (vgl. seine Autobiographie Mill 1873).

Im Zentrum der bürgerlichen Aktivität stehen in der liberal-repräsentativen Tradition regelmäßige und geheime Wahlen (wobei jede Bürgerstimme das gleiche Gewicht hat), verbunden mit einem allgemeinen Wahlrecht, das alle reifen (Staats-)Bürger\*innen unabhängig von Unterschieden der Rasse, der Religion, der Klasse, des Geschlechts usw. umfasst: so jedenfalls die zeitgenössische Auffassung. Die Frage, wer legitimer Teilnehmer\*in einer politischen Gemeinschaft mit allen Rechten und Pflichten sein kann und soll, ist – wie noch ausgeführt wird – bis heute Teil einer offenen Diskussion und blieb auch in den führenden Theorien der liberal-repräsentativen Demokratie unklar. Im Kern der liberalen Tradition waren Politik, öffentliche Sphäre und öffentliche Angelegenheiten über weite Strecken gleichbedeutend mit dem Bereich der (vermögenden) Männer – Frauen, Arbeiter ohne Besitz und Sklaven waren ausgeschlossen. Die patriarchalische Struktur des öffentlichen und privaten Lebens verortete Frauen genuin (getragen von Vorstellungen über die Natur der Frau, die ausschließlich häusliche Rollen, affektive Beziehungen und Verpflichtungen gegenüber Heim und Familie betreffen) in der privaten Sphäre, die frei von staatlicher Einmischung, eine

unpolitische Welt war. Indem Mill viele liberale Schlüsselprinzipien gegen die patriarchalische Struktur von Staat und Gesellschaft wandte, erkannte er in ihr die Stellung der Frau als ungerechtfertigte Ausnahme der liberalen Freiheits- und Gleichheitsgrundsätze und bemühte sich um politische Gleichstellung. Dabei hielt er – ungeachtet dessen – an der Dichotomie der öffentlichen und privaten Sphäre fest (vgl. Siltanen und Stanworth 1984: 185ff.). Darüber hinaus ist die Vorstellung, dass Männer genuin „die Herren“ der Frauen seien, in der liberalen Tradition im Allgemeinen unhinterfragt geblieben, sodass es den oft gewaltsam unterdrückten Kämpfen feministischer Aktivistinnen im 19. und 20. Jahrhundert zu verdanken war, dass in einigen Ländern das allgemeine Wahlrecht eingeführt wurde. Die Wahl gilt den Vertreter\*innen einer repräsentativen Auffassung von Demokratie in erster Linie als Kontrollinstrument der Mächtigen, positioniert die Bürger\*innen aber zugleich als eher passive politische Subjekte, die sich bestenfalls indirekt beteiligen. Schon Madison erkannte in der Erteilung des Wahlrechts (zumindest auch) ein Regulativ unkontrollierbarer Meinungsäußerungen, da es „enables the majority to defeat their sinister views by regular vote“ (Madison 1966:19).

Ein offener Austausch von Meinungen ist zwar, der Vorstellung eines (inhaltlich) „freien und pluralen Marktplatzes der Ideen“ entsprechend, erwünscht, aber nur in Form aggregierter Einzelmeinungen, soweit diese von einem wesentlichen Teil der Bevölkerung vertreten werden. Somit findet der Austausch eher im Kreis einer (je nach Zugang enger oder weiter gefassten) rechenschaftspflichtigen Elite, bestehend aus Vertreter\*innen dieser aggregierten Einzelmeinungen, statt, wenngleich sehr wohl *im Lichte der Öffentlichkeit*, d.h. transparent für diese (Halpern 1997: 70). Dieser elitären Gruppe angehörig gelten vor allem Sprecher\*innen von Parteien als Träger des politischen Diskurses im Verhältnis ihrer Anteile am Elektorat, Sprecher\*innen von Interessensvertretungen, beispielsweise im Verhältnis ihrer Mitgliederzahl, und politisch möglichst neutral positionierte und damit unabhängige Expert\*innen mit besonderer Fach- und Sachkenntnis, die die Entscheidungsträger\*innen vernünftig und leidenschaftslos beraten sollen. Eine Repräsentation im öffentlichen Diskurs mittels Aggregation von Einzelinteressen im Verhältnis der Stimmenanteile impliziert den Untergang schwach vertretener Ansichten kleiner Minderheiten, wenn sie keinen nennenswerten Stimmenanteil rekrutieren können. Zwar ist die Gefahr einer „Tyrannei der Mehrheit“ – per liberaler Definition – in großen, bevölkerungsreichen Wirkungsbereichen insofern abgeschwächt, als deren genuine Vielfalt gemeinsam mit pluralen Möglichkeiten im Willensbildungs- und Entscheidungsprozess vor der Anhäufung übermäßiger Macht auf Bürger\*innen- wie auf Repräsentationsebene schützen soll (Bentham 1960 [1776]); via strukturellem Ausschluss kleiner Minderheiten wird allerdings jedenfalls eine inhaltliche

Einschränkung des freien Marktplatzes der Ideen in Kauf genommen. Mehr noch, gemäß liberal-repräsentativem Anspruch ist die Relevanz von Themen legitimerweise an die Verteilung der Interessen in der Gesamtgesellschaft gebunden, auch wenn per definitionem kein Thema per se ausgeschlossen wird. Der Anspruch auf Transparenz der Debatten für möglichst breite Bevölkerungsschichten erfüllt sich in der Regel, indem Vertreter\*innen (und hier vor allem solche der Parteien) proportional, also entsprechend der herrschenden Mehrheitsverhältnisse Raum bekommen, ihre gegensätzlichen Positionen „im Lichte der Öffentlichkeit“ darzulegen, aber auch durch Aufgreifen aktuell gesellschaftlich relevanter Probleme. Inhaltlich besteht die Vorstellung eines aktiven und transparenten Informations- und Meinungsaustausches in der monolithischen Öffentlichkeit der liberal-repräsentativen Demokratie so lange, bis es zu einer Mehrheitsentscheidung gekommen ist. Anschließend verliert das Thema seinen Platz auf der Tagesordnung, da nunmehr andere Themen debattiert werden, wobei selbst dann ein Abschluss wünschenswert ist, wenn keine Entscheidung getroffen werden kann. Endlose, unversöhnliche Debatten können die Fähigkeit der Entscheidungsträger ihrer Vertretungsbefugnis adäquat nachzukommen in Frage stellen. Die Trennung von öffentlichem und privatem Leben impliziert ferner eine Trennung von Vernunft und Emotion, die einander deshalb ausschließen, weil Emotionalität – in der Vorstellung der liberalen Tradition – mit unvernünftigen Entscheidungen einhergeht, sodass sie lediglich im privaten Rahmen zugestanden werden kann. Die öffentliche Debatte einer Demokratie soll hingegen – im Einklang mit den Auffassungen der Aufklärung von Vernunft als universeller Urteilsinstanz – sachlich, rational und deliberativ, jedenfalls aber frei von Emotionen geführt werden. So sieht das zivile Miteinander einen Höflichkeitsstandard vor, der auch und vor allem angesichts von Meinungsverschiedenheiten gilt.

Den einzelnen Bürger\*innen wird nicht zugestanden, an einer weiterreichenden politischen Teilhabe interessiert oder gar für eine solche adäquat gerüstet zu sein: Denn ihre weitgehend passive Stellung ist angesichts einer funktionierenden, parteiengeführten Demokratie bevorzugt und Kennzeichen einer Demokratiekonzeption, deren theoretischer Fokus nicht auf der Frage nach dem rechtmäßigen Platz aktiver Bürger\*innen im Leben der politischen Gemeinschaft liegt, sondern auf jener nach der Schaffung einer informierten und involvierten (und sich entwickelnden) Bürgerschaft (Mill 1937 [1828]) sowie der legitimen Verfolgung von Individualinteressen – sowohl im Sinne eines Strebens nach persönlicher Befriedigung (vgl. Madison 1966; Bentham 1960 [1776]) als auch politischer Selbstfindung (Mill 1937 [1828]). Um daher der ihnen als Wähler\*innen zugeordneten Rolle des (indirekten) „Kritikers und Kontrolleurs der Mächtigen“ gerecht zu werden, müssen Bürger\*innen der

politischen Debatte folgen und zu einer umfassend informierten und rationalen Stimmabgabe in der Wahlzelle befähigt, das heißt, über die für die Gesellschaft relevanten Themen, Ideen und Meinungen möglichst unparteilich, ausgewogen, zuverlässig und umfassend informiert sein.

So dient die liberal-repräsentative Form der demokratischen Willensbildung der informierten, vernunftgeleiteten, rationalen Entscheidungsfindung, und demgemäß entspricht dieser Auffassung von Demokratie die Vorstellung einer Öffentlichkeit, in der die Medien, wie noch zu zeigen sein wird, als Vermittler zwischen dem politischen System und den Bürger\*innen agieren – und zwar in beide Richtungen: die Bürger\*innen informierend und die Mächtigen beobachtend und kontrollierend. Diese doppelte Rolle der Medien beim Aufbau einer öffentlichen Sphäre war bereits zur Zeit der Aufklärung angelegt: Einerseits ging es darum Faktenwissen festzuhalten und zu verbreiten, und andererseits entpuppten sich die Medien als geeignetes Instrument die segmentierten, an unterschiedlichen Ideen arbeitenden Kommunikationsarenen auf einem „virtuellen Marktplatz der Ideen“ zusammenzuführen. Die informierte, kritisch-rationale Argumentation wurde so für das aufstrebende Bürgertum zu einem Instrument der politischen Willens- und Selbstfindung und damit zum Prinzip politischer Legitimation, das seinen Souveränitätsanspruch untermauerte: Bürgerliche Öffentlichkeit, so Halpern (1997: 70) „engages the form of the state itself, which it submits to the glare of publicity and tries to make accountable to the dictates of public reason“. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, galt es, die Ausgrenzung als Strukturprinzip einer Elitenöffentlichkeit (Montesquieu 1844 [1748]; Mill 1982 [1859]; Seethaler 2013) zu überwinden und transparenten Einblick für immer breitere Bevölkerungsschichten zu schaffen. Die Medien entwachsen damit ihrer Rolle als Mittler zwischen und Multiplikatoren von privilegierten Gruppen und übernahmen Kommunikations- und Kontrollfunktionen zwischen Staat und Bevölkerung. „If administrative power expands ceaselessly, citizens – for want of practical experience and information – would become increasingly ill-informed and unable to check and monitor this power“ (Held 2006: 84), so Mill, der die Notwendigkeit dieses informierenden, kritisierenden und kontrollierenden, vom Staat unabhängigen, Gegengewichts in Form einer transparenten, einer politischen Selbstfindung dienenden, Öffentlichkeit betont:

„[...] the only stimulus which can keep the ability of the [administrative] body itself up to a high standard, is liability to the watchful criticism of equal ability outside the body. It is indispensable, therefore, that the means should exist, independently of the government, of forming such ability and furnishing it with the opportunities and

experience necessary for a correct judgement of great practical affairs.“ (Mill 1982 [1859]: 184f.)

Damit Medien ihrer Rolle als Organisatoren dieses Prinzips Öffentlichkeit und damit ihrer demokratischen Rolle gerecht werden können, bedarf es ihrer unverkürzten Unabhängigkeit ebenso wie uneingeschränkter Rede-, Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit als in der Verfassung festgeschriebene Strukturmerkmale, die laufend durch das Handeln aller involvierten Akteure in ihrer Geltung zu sichern sind. Der konstitutive Charakter dieser Freiheiten für die liberal-repräsentative Demokratie ist Zeugnis ihrer prioritären Relevanz, heute, wenn Held (2006) die Gewissens-, Informations- und Meinungsfreiheit in allen öffentlichen Angelegenheiten als eines von sechs Merkmalen der konsolidierten, zeitgenössischen Auffassung der liberal-repräsentativen Demokratie listet (insbesondere neben mehreren Aspekten die freie Wahl betreffend) – ebenso wie zur Zeit der Aufklärung...:

„Only through the vote, the secret ballot, competition between potential political representatives, a separation of powers, and freedom of the press, speech and public association could the interest of the community in general be sustained.“ (Held 2006: 75)

...womit die liberalen Theoretiker in *Fragment on Government* (Bentham 1960 [1776]) bzw. *An Essay on Government* (Mill 1937[1828]) die Presse-, Rede- und Vereinigungsfreiheit prominent als Schlüsselmerkmale einer liberal-repräsentativen Ordnung positionieren: zum systematischen Schutz der individuellen Interessen und der Interessen der Gemeinschaft vor Machtmissbrauch. Mill verknüpft darüber hinaus sein Konzept des dynamischen, harmonischen Gleichgewichts der repräsentativen Demokratie untrennbar mit der Presse- und Versammlungsfreiheit: Ein System der repräsentativen Demokratie sei wesentlich für den Schutz und die Stärkung von Freiheit und Vernunft und bleibe in Balance, indem die Regierung den Bürger\*innen gegenüber rechenschaftspflichtig ist und zusammen mit der Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit den Vorteil hat, einen Mechanismus zu bieten, mit dem die Mächtigen überwacht und kontrolliert werden können sowie ein Forum, das als Wächter der Freiheit und Zentrum der Vernunft und der Debatte fungiert. „Today representative democracy and the newspaper press are the real equivalent, though not in all respects an adequate one, of the Pnyx [vormalig: Agora] and the Forum.“ (Mill 1937 [1828]: 176ff; vgl. dazu auch Held 2006; Ferree et al. 2002)

#### 2.2.2.2 Perspektive der partizipatorischen Demokratie

Nach MacPherson und Pateman kann „an equal right to liberty and self-development only be achieved in a participatory society“ (Held 2006: 215), einer Gesellschaft, die sowohl das Gefühl

interner politischer Wirksamkeit fördert als auch die Artikulation persönlicher Anliegen, die der Vernetzung bedürfen und in einer kontinuierlichen Mitgestaltung des Gemeinwesens münden (ebd.; vgl. auch Bennett und Segerberg 2013; Beaufort und Seethaler 2014, 2020).

Der Begriff der partizipatorischen Demokratie wird häufig verwendet, um eine Vielzahl demokratischer Modelle abzudecken, von jenen des klassischen Athens bis hin zu einer langen und reichen Geschichte sozialer und politischer Konflikttheorien. Eine enger gefasste Konzeption partizipatorischer Demokratie, die über die starre Gegenüberstellung von Marxismus versus Liberalismus hinausgeht, entwickelt Carol Pateman mit *Participation and Democratic Theory* (1970), inspiriert durch Schriften von Jean Jaques Rousseau (*Du contrat social*, Rousseau 2001 [1762]), John Stuart Mill und George Douglas Howard Coles. Auch MacPherson (1977), Pierson (1986, 1995) und einige andere Denker\*innen, wie Benjamin Barber und Seyla Benhabib, sind vielzitierte Vertreter\*innen dieser Denkrichtung, die den Aspekt der Bürgerbeteiligung in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen stellen und eine neue „Architektur des öffentlichen Raums“ (Barber 1994) anstreben. Gemeinsam ist ihnen das zentrale Motiv der Inklusion möglichst vieler in möglichst viele Bereiche einer demokratischen Öffentlichkeit. Beteiligung wird hier verstanden als „Teilnehmen, Teilhaben, seinen-Teil-Geben einerseits und einer Anteilnahme am Geschehen und Schicksal des Gemeinwesens andererseits“ (Schmidt 2000: 251). Die Ansätze reichen darüber hinaus von einer Art Erweiterung der bestehenden liberal-repräsentativen Demokratien innerhalb des politischen Liberalismus bis hin zur Überwindung der gegenwärtigen liberal-repräsentativen Strukturen.

Obwohl sich die Positionen MacPhersons (1977) und Patemans (1970, 1985) teilweise unterscheiden, haben sie doch eine Reihe gemeinsamer Ansätze für einen Beitrag zur Neuformulierung des demokratischen Referenzrahmens geleistet, sodass Held (2006) sie zu einem Demokratiemodell zusammenfasst (ebd.; vgl. auch O’Neill et al. 2008): Patemans und MacPhersons Ideen sind auch aus der Unzufriedenheit mit dem Erbe der liberalen und marxistischen politischen Theorie heraus entwickelt worden, insbesondere weil sie in Frage stellen, dass die Menschen in den heutigen westeuropäischen und nordamerikanischen (d.h. vor allem liberal-repräsentativen) Demokratien tatsächlich „frei und gleich“ wären (Pateman 1985: 171). Die formale Existenz bestimmter Rechte sei zwar nicht unwichtig, aber von geringem Wert, wenn sie nicht wirksam in Anspruch genommen werden können, beispielsweise aufgrund von asymmetrischen Macht- und Ressourcenverhältnissen – ein Faktum, das Theoretiker der liberalen Theorie weitreichend verabsäumt haben zu bedenken (vgl. Pateman 1985; MacPherson 1977: 69ff.). Ungleichheiten hinsichtlich Klasse, Geschlecht, und Rasse beeinträchtigen systematisch die aktive Beteiligung am politischen und zivilgesellschaftlichen

Leben. Pateman (1985) prangert außerdem die liberale Konzeption der Trennung von Zivilgesellschaft und Staat insofern an, als sie feststellt, dass es de facto kaum vom Staat unberührte Bereiche gibt, sondern realiter eine umfassende Verzahnung von „öffentlich“ und „privat“, die von mangelnder allgemeingültiger Loyalität zeugt und zu permanenter Reproduktion von Ungleichheiten führt. Das heißt, einen unabhängigen, unparteiischen Staat gibt es nicht, weshalb Wahlen nicht ausreichen, um der vorgesehenen Machtkontrolle der tatsächlich am Regierungsprozess beteiligten Kräfte nachzukommen. Es bedürfe einer neuen Konzeption demokratischer Machtregulierung, die diesem Problem entgegentritt (vgl. Pateman 1985: 172ff.). Direkte Demokratie scheint keine Lösung zu sein, denn wenn Institutionen der direkten Demokratie oder der Selbstverwaltung den repräsentativen Staat ersetzen würden, entstünde ein Koordinierungsvakuum (vgl. Weber, 1988 [1919]), das von nicht rechenschaftspflichtiger bürokratischer Macht ausgefüllt würde. Ohnehin hob schon John Stuart Mill hervor, dass es ab einem gewissen Umfang schwer ist, sich ein politisches System vorzustellen, in dem alle Bürger\*innen immer dann, wenn eine öffentliche Frage auftaucht, in persönliche Diskussionen einbezogen werden. Weder MacPherson noch Pateman waren der Ansicht, dass die Institutionen der repräsentativen Demokratie zur Gänze durch solche der direkten Demokratie ersetzt und auf alle politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereiche ausgedehnt werden könnten, oder dass durch Selbstverwaltung aller Bereiche vollständige politische und soziale Gleichheit geschaffen werden könnte. Dennoch vertreten sie die Position, dass Freiheit und individuelle Entwicklung nur mit einer direkten und kontinuierlichen Einbeziehung der Bürger\*innen in die Regulierung von Gesellschaft und Staat vollständig erreicht werden können. MacPherson schwebte daher eine Transformation der Demokratie vor, die eine Kombination von Elementen direkter Demokratie mit solchen der Repräsentation vorsieht. Die Teilhabe soll zwar in Richtung einer aktiven Entscheidungsfindung in allen Lebensbereichen über die periodische Beteiligung an Wahlen hinausgehen, allerdings ohne das Parteiensystem grundsätzlich in Frage zu stellen. Sogar soll es miteinander konkurrierende Parteien geben, das Parteiensystem selbst jedoch nach weniger hierarchischen Prinzipien neu organisiert werden, sodass die politischen Vertreter\*innen stärker rechenschaftspflichtig werden. Als wesentliches Element einer partizipatorischen Demokratievorstellung könnte beispielsweise eine interne Organisation der Parteien nach den Prinzipien und Verfahren der direkten Demokratie einbezogen werden. Diese in sich partizipativ organisierten Parteien würden innerhalb einer parlamentarischen Struktur operieren, die durch vollständig selbstverwaltete Organisationen am Arbeitsplatz und auf der lokalen Ebene ergänzt und kontrolliert würden. Auf diese Weise könnte gemäß MacPherson ein gleiches Recht auf Freiheit

und Selbstverwirklichung realisiert werden. Dass einem solchen System tief verwurzelte Interessen aller Art entgegenstehen, war dem Denker aber durchaus bewusst. In einer detaillierteren Darlegung ergänzt Pateman unter Berufung auf zentrale Ideen Rousseaus und Mills, dass die partizipatorische Demokratie die menschliche Entwicklung fördert, das Gefühl internaler politischer Wirksamkeit verstärkt, die Entfremdung von den Mächtigen verringert, die persönliche Bereitschaft sich für gesellschaftliche Anliegen einzusetzen erhöht und zur Bildung einer aktiven und sachkundigen Bürgerschaft beiträgt, deren Interesse für politisch-gesellschaftliche Anliegen zunimmt (vgl. Pateman 1970, Kap.2 6; Dahl 1985: 95ff.). Pateman (1970) oder auch Bennett und Segerberg (2013) und Beaufort und Seethaler (2014; 2020) zufolge kann das Interesse und Engagement von Bevölkerungsgruppen, die traditionell dem Vorwurf der politischen Apathie unterliegen, erhöht werden, wenn demokratische Prozesse in deren lebensweltlichen Alltag und bezogen auf ihre persönlichen Anliegen eine tragende Rolle spielen (vgl. Pateman 1970: 104; Held und Pollitt 1986; Held 2006): Wenn Menschen merken, dass es Möglichkeiten einer wirksamen Beteiligung an der Entscheidungsfindung über als relevant erachtete Anliegen gibt, ist nicht nur die Wahrscheinlichkeit eines aktiven Engagements höher (Beaufort und Seethaler 2020; für unter 40-Jährige auch: Beaufort und Seethaler 2014), sondern wird vermutlich auch die Anerkennung der Verbindlichkeit gemeinsam getroffener Entscheidungen wahrscheinlicher – anders als im Fall einer systematischen Marginalisierung, ungleicher Einflussmöglichkeiten oder gar als nicht zufriedenstellend empfundener Repräsentation. Als einen Akt zur Etablierung zunehmender Selbstbestimmung regt Pateman die Übernahme demokratischer Strukturen, Rechte und Kontrollmechanismen in das Arbeits- und Unternehmensumfeld sowie weitere zentrale gesellschaftliche Organisationen an, sodass beispielsweise eine Demokratie am Arbeitsplatz entstehen kann, freilich nur mit Einschränkungen aufgrund interner und externer Sachzwänge und Interessens- und Zielkonflikte, die sich je nach Organisationsumfeld unterscheiden und mitunter zu Unvereinbarkeiten mit demokratischen Anforderungen führen können. Dennoch ist die Idee, demokratische Strukturen näher an die Lebensbereiche heranzuführen, die die Menschen unmittelbar berühren, sinnvoll, denn einerseits sind die Menschen insbesondere an den Problemen und Themen interessiert, die in ihrem eigenen Leben eine Rolle spielen, und andererseits können sie diese auch besser verstehen. Während daher direkte Ausformungen von Teilhabe im näheren Lebensumfeld, wie zum Beispiel dem Arbeitsplatz oder dem lokalen Raum, sinnvoll sein können, wird die Rolle der Bürger\*in auf der nationalen Ebene immer eingeschränkt sein: Einerseits ist es „doubtful if the average citizen will ever be as interested in all the decisions made at national level as [s]he would be in those made nearer home“ (Pateman

1970: 110), und andererseits ist es – um das schon von John Stuart Mill (1951 [1861]) vorgebrachte Argument aufzugreifen – ab einer gewissen Gesellschaftsgröße nicht mehr möglich jede/n einzelne/n Bürger\*in bei jeder einzelnen Entscheidung direkt einzubeziehen, bzw. wäre der Einfluss jeder einzelnen Stimme auf das Ergebnis eines – beispielsweise – Referendums verschwindend gering (vgl. Schumpeter 1976 [1942]). Wenn die Größe der nationalen politischen Einheiten nicht drastisch reduziert würde, ist dieser Teil der demokratischen Realität nicht offen für Veränderungen, und viele Institutionen der liberal-repräsentativen Demokratie, wie periodische Wahlen und der Wettbewerb unter konkurrierenden Parteien und politischen Vertreter\*innen, werden auch Teil einer partizipatorisch demokratischen Gesellschaft sein, während direkte Teilhabe und Kontrolle im unmittelbaren Lebensumfeld – lokale Ebene, Arbeitsumfeld, u.ä. – angesiedelt sein kann, so Pateman (1970: 100ff.). Die Argumentation geht folglich dahin, dass Demokratie zunächst im alltäglichen Leben eine anschlussfähige Bedeutung haben muss; sodann können sich die Bürger\*innen in einem „learning by doing“-Prozess Partizipieren dadurch aneignen, indem sie partizipieren. Erfahrungswerte und Knowhow, das im unmittelbaren Umfeld gesammelt wird, würde auch die Urteilsfähigkeit in nationalen Kontexten erhöhen – ebenso wie die Bereitschaft sich zu engagieren, wenn sich der Diskurs anschlussfähig für eigene Anliegen zeigt, die vernetzt werden können (vgl. Bennett und Segerberg 2013). Ein offener, niederschwelliger Zugang zu jeglichen demokratischen Strukturen und fließende Übergänge zwischen unterschiedlichen Strukturen, die beispielsweise höhere oder geringere wahrgenommene Wirksamkeit ermöglichen, erleichtern außerdem den Zugang und Annäherung an unterschiedliche demokratische Ausformungen im Sinne eines Experimentierens, durch das einem repressiven Entarten zuvorgekommen werden kann, wenn sich herausstellt, dass sich theoretische Überlegungen in der alltäglichen Gesellschaftspraxis nicht oder anders als gedacht realisieren. Pateman will die partizipatorische Gesellschaft als „Versuchsgesellschaft“ verstanden wissen, die offenes Experimentieren angesichts der Reformierung starrer Strukturen ermöglicht, welche bisher von Privatkapital, Klassenbeziehungen und anderen Machtasymmetrien aufgezwungen wurden: Das klassische Ideal der sich selbstregulierenden Freiheit kann aufrechterhalten werden, sofern seine institutionellen Implikationen gründlich revidiert werden und zwar mit einer modernen nicht-dogmatischen Demokratietheorie, die den Begriff der Partizipation im Zentrum behält – wenn der Einzelne frei und gleich sein soll und wenn Demokratie ein Phänomen sein soll, das den Menschen gleiche Möglichkeiten eines selbstbestimmten Lebens bietet. „It is this ideal, an ideal with a long history in political thought, that has become lost

from view, in the contemporary theory of democracy.“ (Pateman 1970: 110; vgl. Barber 1984; Held 2006; Ferree et al. 2002)

Um dieses Ideal wieder stärker in den Fokus zu rücken, entwirft Benjamin Barber ein Modell, das auf eine starke Bürgerbeteiligung setzt, und fordert demokratisches Denken als Teil des alltäglichen Umgangs miteinander. Entsprechend kritisiert er die Prämissen der liberalen Demokratie als undemokratisch, weil sie – so Barber – einerseits rein am Output orientierte instrumentalistische Gebilde sind, die den Gemeinschaftsgedanken vernachlässigen und andererseits mit ihrer kapitalistischen Orientierung der Solidarität unter den Menschen abträglich sind, der es aber für ein funktionierendes Gemeinwesen bedarf (vgl. Barber 1994: 32). In Kapitalismus, Globalisierung und Fundamentalismus sieht er gar die natürlichen Feinde der Demokratie. Individuelle Freiheit ist nicht von Eigennutz zu unterscheiden und Gleichheit wird auf Tauschbeziehungen des Marktes reduziert, sodass es zu einer Trennung von den sozialen Kontexten der Menschen kommt. Diesen negativen Folgen des Liberalismus will Barber mit seinem Konzept der „starken Demokratie“ begegnen. In dieser soll die repräsentative Politik durch eine stark partizipatorische ersetzt werden, sodass die Angehörigen der Gesellschaft selbst über die sie betreffenden Angelegenheiten entscheiden und zwar immer dann, wenn öffentlich bedeutsames Handeln notwendig wird, was bei unklarer Entscheidungslage der Fall ist: das heißt, wenn ein unabhängiger Grund für oder gegen eine bestimmte Entscheidung fehlt. Handeln nach Barber ist politisches und damit öffentliches Handeln, das andere Menschen bzw. deren Umwelt beeinflusst. Eine Trennung zwischen privat und öffentlich ist hier schwierig: Demokratie als Lebensform. Entscheidungen sind die Konsequenz aus kontinuierlichen, von Vernunft getragenen, deliberativen (vgl. Barber 1994: 176ff.) Beratungen und Entschlüssen der aktiven und engagierten Bürger\*innen, die Uneinigkeit in Kooperation verwandeln können und in einen Prozess direkter Selbstgesetzgebung münden sowie innerhalb einer zu schaffenden politischen Gemeinschaft entstehen, die aus freien, autonomen Bürger\*innen besteht und partikuläre wie private Interessen in öffentliche Güter zu transferieren vermag (ebd.: 120ff.). Die partizipatorische Struktur fördert so autonome Entscheidungen ihrer Bürger\*innen zu Tage und trägt durch gegenseitige Perspektivenübernahme und Transformation im demokratischen Prozess zur Selbstverwirklichung des Menschen bei. Jeder, der zur aktiven Teilhabe bereit ist, kann Mitglied der Gemeinschaft sein, die aus einem landesweiten System von Nachbarschaftsversammlungen bestehen soll, ergänzt durch eine nationale Kommunikationsgenossenschaft, die wiederum einen niederschweligen Zugang zu Information ermöglicht. Die staatsbürgerliche Erziehung der Bürger\*innen soll gefördert werden, die Arbeitswelt

demokratisiert und Ämter durch Losentscheid besetzt: soweit nur beispielhaft einige Hinweise, wie Barber sich die Selbstregierung der Bürger\*innen und ihre Gleichbehandlung vorstellt, zugleich allerdings die Vielfalt der Meinungen systemimmanent reduziert (vgl. ebd.; Bevc 2012).

Das Modell Seyla Benhabibs (1995) versteht sich als Erweiterung und Verbesserung des liberal-repräsentativen Demokratiemodells. Sie kritisiert, dass die Bürger\*innen im zeitgenössischen liberalen Denken Zuschauer und Konsument\*innen bleiben, während die Politiker das Regieren übernehmen (Benhabib 1995:112), geht aber prinzipiell konform mit den institutionalisierten Formen der zivilen, sozialen und politischen Bürgerrechte – bis zu dem Punkt, an dem „die Demokratie zu einer Analogie des Marktes wird“ (Bevc 2012: 287) und damit begriffen als „Methode zu Aggregation und Ausgleich individueller wie kollektiver Privatinteressen“ (Rieger und Leibfried 2004: 67). Benhabib legt Wert darauf, dass der „konkret Andere“ mit dessen ureigenen Bedürfnissen wahrgenommen und auch dessen Perspektive eingenommen wird, lehnt sohin eine verallgemeinernde Sichtweise auf die Teilnehmer\*innen eines Diskurses ebenso ab wie Themenbeschränkungen im Diskurs. Um allen Stimmen einer Gesellschaft den gleichen Wert zu geben, muss die komplexe Beziehung zwischen dem Recht auf volle Mitgliedschaft und demokratischer Mitsprache neu bestimmt werden – alle Mitglieder sollen Mitspracherechte in der Gesetzgebung haben, mit deren Hilfe sie sich selbst regieren (Volkssouveränität). Sohin verstößt eine Ungleichbehandlung von Staatsbürger\*innen und „den anderen“ (territoriale Souveränität) gegen eine Diskursethik, nach der alle, die von den Konsequenzen einer Normverfolgung betroffen sind, das Recht haben sollen, diskursiv über diese Norm und die Folgen seiner Akzeptanz für die Interessen aller zu entscheiden (Benhabib 1999: 80). „Insofern muss die Definition der Identität eines demokratischen Volkskörpers ein fortlaufender Prozess seiner demokratischen Erneuerung und Resignifikation sein.“ (Benhabib 2005: 93) Das heißt, dass die Vorstellung der Identität eines Volkes oder einer Nation ad acta gelegt wird (Bevc 2012: 289). Inklusion durch Zurücknahme von Exklusion, die mit einer wechselseitigen Solidarität zwischen den Menschen einhergeht, dabei aber nicht an nationale Grenzen gebunden ist und die exklusiven Privilegien der Mitgliedschaft sukzessive beendet, weil die demokratische Gesellschaft kein geschlossenes System sein kann, in das man hineingeboren wird und durch den Tod wieder austritt (Benhabib 2004:21; vgl. Rawls 1998; Bevc 2012) – diesen Prozess nennt Benhabib „democratic iteration“ und meint damit ein kontinuierliches Aushandeln universalistischer Rechtsansprüche: Kosmopolitischer Föderalismus bedeutet demzufolge, dass alle dort teilhaben dürfen, wo sie sich gerade aufhalten, wobei für alle die gleichen Regeln und Rechte gelten sollen, was gemäß

Benhabib durchaus vereinbar ist mit der demokratischen Aushandlung bestimmter Differenzen, die nebeneinander bestehen dürfen. Unabhängig von Staatsbürgerschaftsrechten (die sie dem Verfall entgentreten sieht) müssen alle Menschen eine demokratische Stimme haben (Benhabib 2004: 48).

Die Überlegungen gehen hier in Richtung multipler Verpflichtungen und transnationaler Netzwerke und führen zu radikaldemokratischen Alternativen der Liquid Democracy, einer Reihe von Ideen und Ansätzen (bspw. Jochmann 2012), die unter Zuhilfenahme des Internets partizipatorische Vorstellungen von Demokratie in einer fließenden Rotation zwischen direkt- und repräsentativdemokratischen Konzeptionen positionieren wollen: Der Begriff „Liquid Democracy“ beschreibt eine „fluid and responsive participation of citizens in the democratic process through the use of both online and offline networks“ (Horbank 2013) Alle Ansätze folgen den Konzepten einer Entscheidungsfindung, die eine flexible Delegation der eigenen Stimme für bestimmte Themenbereiche oder Themen vorsehen („delegated voting“). Auf diese Weise wird es möglich, sich aktiv für ein Thema zu engagieren, während man für andere Themen seine Stimme delegiert (vgl. Gregorius 2015) – eine Delegation, die jederzeit auch wieder zurückgenommen werden kann. Es gibt unterschiedliche Onlineplattformen zur Realisierung, die laufend weiterentwickelt werden (bspw. Adhocracy.plus<sup>5</sup>; Liquid Feedback<sup>6</sup> oder auch DIPAS<sup>7</sup>) und sich dadurch auszeichnen, flexibel, dynamisch, informell und hierarchiearm zu sein: Einige Ansätze der Liquid Democracy konzeptionieren einen moderationsfreien Diskurs. Damit verknüpft ist einerseits die Hoffnung einer Inklusion möglichst vieler und damit einhergehend die intensivere Identifikation der Bürger\*innen mit politisch-gesellschaftlichen Belangen durch die Bottom-Up Konzeption: „Wichtigstes Recht des Bürgers im Liquid Democracy System ist es jederzeit selbst Vorschläge für neue Gesetzestexte einbringen zu können“ (Jabbusch 2011), die auch die interne Wirksamkeit erhöhen: Jeder kann versuchen für seine Anliegen Mehrheiten zu gewinnen. Das bedeutet auch eine Flexibilisierung der Politik, die dadurch schneller auf gesellschaftliche

---

<sup>5</sup> <https://adhocracy.plus/>, [06.07.2020]

<sup>6</sup> <https://liquidfeedback.org/index.de.html>, [06.07.2020]

<sup>7</sup> <https://www.hamburg.de/dipas/> – Mit dem Hamburger Projekt DIPAS wird seit 2017 eine medienbruchfreie Anwendung zur informellen Bürgerbeteiligung bei Planungsvorhaben entwickelt. Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, der Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung und die HafenCity Universität Hamburg haben sich in einem gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zusammengetan: Das Online-Beteiligungstool der Stadt soll mit dem vom CityScienceLab entwickelten Stadtmodell CityScope zusammengeführt und zu einem integrierten, online und vor Ort einsetzbaren digitalem Partizipationssystem (DIPAS) ausgebaut werden. Die Software ist Open Source und wird als „Public Code“ ab Ende 2020 unter [www.dipas.org](http://www.dipas.org) für andere Städte, Institutionen und Forschungseinrichtungen zur Nachnutzung und Weiterentwicklung bereitgestellt. [06.07.2020]

Veränderungen reagieren kann. Das System ermöglicht zugleich die Stärkung von Expert\*innen, während es den Kontrolldruck durch den flexiblen Delegationsentzug erhöht (vgl. Jabbusch 2011). Die Umsetzung ist allerdings nicht klar. Neben technischen Umsetzungsfragen, einer Verschärfung des Digital Divide (Norris 2001) und unklarer Verfahrensabläufe hinsichtlich Wahlrechtsgrundsätzen uvm. stellen sich Fragen nach dem möglichen Handlungs- und Wirkungsrahmen und nach Schnittstellen zum Vorhandenen. Wie ist außerdem die Vorstellung von Öffentlichkeit in einer solchen Konzeption? In einigen europäischen Ländern gab es (zaghafte) Umsetzungsversuche derartiger Ideen, wovon die internationale Bewegung der Piratenparteien das prominenteste Beispiel sein dürfte. Experimente in der deutschen Kommunalpolitik sowie des Bundestages (mit [enquetebeteiligung.de](http://enquetebeteiligung.de)) fanden und finden wenig Resonanz. Der Versuch einer Bottom-up-Verfassungsreform in Island, die mit zufällig ausgewählten Angehörigen der Gesellschaft, Crowdsourcing und Bürgerrat als offenes, netzpolitisches Experiment formuliert wurde, scheiterte an Macht- und Lobbyfragen. Anders allerdings die Erfolgsgeschichte des von hoher Akzeptanz der beteiligten Stakeholder getragenen Projekts der Millionenmetropole Mexico City, sich eine eigene, von den Bürger\*innen mitgestaltete Stadtverfassung zu geben, die seit 2018 rechtsverbindlich ist. Angesichts des anfänglich tiefen Misstrauens der Öffentlichkeit wurde zunächst ein überparteiliches Gremium eingesetzt und dann vielschichtige Mechanismen für eine Beteiligung der Bürger\*innen installiert: Crowd-Sourcing und Crowd-Law Praktiken; stadtweite Umfragen zur Berücksichtigung der Wahrnehmung verschiedener Aspekte der Stadt durch die Menschen; hybride partizipatorische Praktiken, die persönliche Treffen mit kollaborativen und offenen Prozessen auf digitalen Plattformen kombinieren, und der Einsatz von Petitionsplattformen. Die Entscheidung, externe Kommunikationsplattformen zu nutzen, hatte als neuer „hands-off“-Ansatz für die Stadtverwaltung den Vorteil einer großen Basis an Nutzer\*innen. „The decision to anchor the consultation process in a commission that was broadly representative of residents, rather than of political parties, was confidence-building, receiving praise even from the administration’s critics.“ (OECD) Auch der Druck, den zivilgesellschaftliche Gruppen ausübten, sei für den Prozess grundlegend gewesen. Im Bericht der OECD werden folgende Erfolgsfaktoren formuliert:

„Political will from the very top; willingness to experiment in public with very high-profile projects; not over-simplify mechanisms and notions of public participation; design multiple and complementary mechanisms; ability to work on the ground and not only with tech mechanisms if there is an important digital gap; leadership and guidance; good communication and

community outreach; true willingness to take citizen ideas seriously.“ (OECD Observatory of Public Sector Information 2018)

Tatsächlich hält eine Reihe von Forscher\*innen *Schwarmintelligenz* und *zufällig ausgewählte Bürgerrepräsentant\*innen* für sinnvolle Ansätze (vgl. Ermert 2019; Hofmann 2019; Jónsdóttir 2015), auch um beispielsweise das Problem von Wahlfinanzierung und Lobbyeinfluss in den Griff zu bekommen, so der US-amerikanische Verfassungsjurist Lawrence Lessig (2019), der sich auch intensiv mit *Open Content* beschäftigt hat (vgl. bspw. Lessig 2007). Allerdings sagt Hofmann (2019), die zu Schwärmen und Netzwerken forscht, auch: „Was die gemeinsam haben, sind fehlende Steuerungszentren, der Verzicht auf Hierarchien. Zugleich sind sie ähnlich unkalkulierbar in ihrer Entwicklung, nicht gut repräsentierbar und oft geschart um charismatische Führungsfiguren.“ (ebd. in Ermert 2019) Wichtig wird also die Frage der Ausgestaltung konkreter Umsetzungsmöglichkeiten partizipatorischer Demokratiekonzeptionen, beispielsweise an den Schnittstellen zwischen direkten und repräsentativen demokratischen Elementen, bei der Organisation der Wirtschaft, im Hinblick auf die Anschlussfähigkeit an eine globalisierte Welt und hinsichtlich der Übergangsphasen. Außerdem hinterfragt Held (2006) die partizipatorischen Modellen inhärente Annahme, dass Menschen im Allgemeinen die Sphäre der demokratischen Kontrolle über ihr Leben ausweiten wollen: „What if they do not want to do so?“ (ebd.: 215).

Gemeinsam jedenfalls ist allen modernen Vertreter\*innen einer partizipatorischen Vorstellung von Demokratie, nicht nur Bedenken am Status Quo zu äußern, sondern Antworten zu finden, wie fundamentale Schwierigkeiten der heutigen Ausgestaltung liberal-repräsentativer Demokratien gelöst werden könnten. Dabei steht das zentrale Motiv der Inklusion möglichst vieler in möglichst viele Bereiche einer demokratischen Öffentlichkeit im Mittelpunkt – ebenso wie eine kontinuierliche, aktive Teilnahme am öffentlichen Diskurs. Dieser unterscheidet sich nicht nur hinsichtlich seiner Teilnehmer\*innen von den Vorstellungen anderer Formen von Demokratie, sondern auch prozessual und bezogen auf seine öffentlichen Ziele, die hier dadurch charakterisiert sind, dass sie „...are neither extrapolated from absolute nor discovered in a preexisting hidden consensus. They are literally forged through the act of public participation, created through common deliberation and common action and the effect that deliberation and action have on interests, which change shape and direction when subjected to these participatory processes.“ (Barber 1984: 151f.) Das heißt, sie entstehen während des partizipatorischen Prozesses, im Zuge der öffentlichen Teilhabe am gemeinsamen Diskurs und am gemeinsamen Handeln. Interesse ist daher nicht notwendige Voraussetzung, sondern kann und muss im Prozess der Teilhabe entstehen oder auch Ergebnis dessen sein. In Formen der

partizipatorischen Demokratie liegt das Hauptaugenmerk auf dem Diskurs selbst, der nicht nur Vorbedingung einer konkreten Entscheidungsfindung ist; Themen und Anliegen bleiben also auch nach einer getroffenen Mehrheitsentscheidung – und selbst wenn eine solche nicht zu Stande kommt – Teil der Agenda einer kontinuierlichen, aktiv mitgestaltenden Öffentlichkeit, sodass Anliegen von Minderheiten nicht durch Mehrheitsentscheidungen ausgeschlossen werden. Dabei markiert der fehlende Fokus auf Abstimmungen auch den Unterschied zu Formen der direkten Demokratie (vgl. Pateman 1970; Barber 1984; Ferree et al. 2002; Beaufort und Seethaler 2020).

Den meisten Vertreter\*innen partizipatorischer Demokratieverständnisse, jedenfalls jenen der partizipatorisch liberalen Tradition, erscheint es nicht zielführend, wenn alle Bürger\*innen ihre ganze Zeit damit verbringen, über öffentliche Angelegenheiten zu diskutieren und direkt über alle diese zu entscheiden, sodass auch diese Vorstellungen von Demokratie (je nach Konzeption in mehr oder weniger Bereichen) eine Delegation der eigenen Anliegen an Vertreter\*innen vorsehen, die die diskursiven Interessen in der öffentlichen Sphäre aggregieren und artikulieren. In diesem Fall unterscheidet sich allerdings die Beziehung zwischen den Bürger\*innen und ihren Vertreter\*innen von der in der liberal-repräsentativen Demokratie insofern, als aktive Formen der Mitgliederbeteiligung und Selbstorganisation angestrebt werden sowie eine Führung, die den Mitgliedern gegenüber (nicht nur nominell) rechenschaftspflichtig ist. Zivilgesellschaftliche Gruppen und Organisationen, sofern sie als Bottom-up-Bewegungen agieren, können Interessen bündeln, die öffentliche Aufmerksamkeit auf Themen lenken, die die etablierten Parteien und Eliten nicht aufgreifen würden, und sich in den Prozess der Umsetzung einklinken, sohin als alternativer politischer Akteur auftreten. Inklusion meint aber durchaus den aktiven Einbezug aller Bürger\*innen und ihrer persönlichen Anliegen: ein Empowerment im Gegensatz zur passiven Nichtausgrenzung, das neben dem *top-down flow of communication* auch einen aktiven und umfassenden *bottom-up flow* vorsieht. Es geht also um Diversität, den *empowered citizen* (Jenkins 2009: xii) und einen öffentlichen Diskurs, der neben den Vertreter\*innen mitgliedergeführter Organisationen nicht nur allen offen steht, sondern umfassende *popular inclusion* (Ferree et al. 2002: 300) aktiv anstrebt, während es für die Teilnahme weder eines Repräsentanten-, noch eines Expertenstatus bedarf. Theoretiker partizipativer Demokratieverständnisse gehen zumeist von verborgenen, strukturellen Machtungleichheiten aus, die in liberal-repräsentativen Demokratiestrukturen nicht nur zugelassen, sondern durch eine Vielzahl sozialer, politischer und kultureller Praktiken laufend (re)produziert werden. Um auch solche tief verwurzelten Ungleichheiten in Frage stellen zu können, müssen die Menschen aktiv mobilisiert und so in die Lage versetzt werden,

sich ihrer eigenen Interessen zunächst bewusst zu werden und schließlich entsprechend zu handeln. Diese individuell, für den persönlichen Lebenskontext relevanten Anliegen können in der partizipatorischen Öffentlichkeit auch themenbezogenen und nur lose organisiert vernetzt werden und in zivilgesellschaftliches Engagement münden (vgl. Bennett und Segerberg 2013; Beaufort und Seethaler 2020). Wie dieses Empowerment realisiert werden kann, ist unterschiedlichen Vorstellungen eines adäquaten Diskurstils unterworfen, den sich Barber als stärker deliberativen Prozess vorstellt, indem er die stilistischen Normen der diskursiven Tradition aufgreift, während unter den meisten anderen Denker\*innen dieser Auffassung von Demokratie Konsens darüber besteht, dass es für ein Empowerment möglichst vieler Bürger\*innen auch kontroversiellen Aufeinanderprallens von Positionen und emotionaler Ansprache bedarf: „Emotional loading of public issues as well as their cognitive content can play a very important mobilizing role.“ (Gamson 2014: 248) Ähnlich hebt Dahlgren (2005: 157) die Bedeutung von Subjektivität für eine „civic culture“ hervor. Indirekt führe eine solche – aufgrund der und durch die dann umfangreichere Teilhabe am sich selbst verstärkenden partizipatorischen Diskurs – zu einer zunehmend politisch kompetenteren und sachkundigeren Öffentlichkeit (Wahl-Jorgensen 2001). Dabei geht es um die Inklusion des *ganzen* Menschen und mithin eine Öffentlichkeit, in die auch Emotionen integriert sind und die die Diversität der realen Verhältnisse in der Gesellschaft mitträgt (Pateman 1970, 1985; Benhabib 2004, 2005). Gemäß Randall Kennedy steht die Zivilitätsnorm der liberal-repräsentativen Öffentlichkeit gar in krassem Widerspruch zu allem, was ein freier Diskurs inhaltlich erfordert: die Auseinandersetzung mit der kontroversiellen Substanz eines Themas und die Bereitschaft, sich laut, offen, kämpferisch, ja sogar rüde für Politik und Werte einzusetzen, die Freiheit, Gleichheit und Glück [...] fördern (Kennedy 1998: 85; vgl. Ferree et al. 2002). Emotionalisierende Diskursmittel sind sohin im öffentlichen Diskurs der partizipatorischen Demokratie – neben anderen Kommunikationsstilen – erlaubt und schließen auch negative Emotionen nicht aus. Im Gegenteil: Sie können in einem partizipatorischen Demokratieverständnis funktional sein, wenn sie gesellschaftliche Anbindung ermöglichen und zu einer Aufhebung der liberalen Trennung zwischen öffentlich-formeller und privat-informeller Sphäre beitragen. Notwendige Voraussetzung des Diskurses ist jedoch die respektvolle Akzeptanz eines Nebeneinanders unterschiedlicher Positionen, die vor diesem Hintergrund durchaus temperamentvoll aufeinanderprallen können, nicht aber zu verwechseln sind mit dysfunktionalen Formen wie beispielsweise Hate Speech. Das setzt zugleich die Bereitschaft voraus, auf andere und damit auch auf entgegengesetzte Positionen einzugehen: Anders kann die Ansprache und Inklusion einer von vornherein wenig interessierten, sehr

diversen Bürgerschaft und ihrer Anliegen kaum so gelingen, dass sie zur Abbildung der Diversität der realen gesellschaftlichen Verhältnisse führt. Die Stabilität des Systems wird nicht in erster Linie durch Wahlen oder Deliberation, sondern durch die Konformität mit den demokratischen Spielregeln sichergestellt (vgl. Strömbäck 2005). Das erfordert daher „institutional sites where popular political will should take form and citizens should be able to constitute themselves as active agents in the political process“ (Dahlgren 1991: 2) – die Medien (vgl. dazu auch Ferree et al. 2002; Gamson 2014).

### 2.2.3 Zur Legitimation von Öffentlichkeit und die (Un-)Abhängigkeit von Medien

In Zeiten der Aufklärung stehen als Ausdruck der individuellen Emanzipation von absolutistischer Macht *Laissez-faire* und *der freie Markt* für ein Freiheitsprinzip, das den Theoretikern und Anhängern dieser Traditionen als Fundament für „free communities“ und „brilliant prosperity“ gilt (vgl. bspw. Mill 1951 [1861]: 210), während Kritiker schon früh einen neuen Zensor mutmaßen, der die absolutistische Zensur lediglich ablöst und in der Lage ist, den demokratischen Gedanken auszuhöhlen oder gar ad absurdum zu führen. Letzteres scheint in greifbare Nähe gerückt, wenn sich in einer Dokumentation über die international tätige „Starbucks Coffee Company“ im Jahr 2017 deren Chief Marketing Officer, Scott Bedbury, wie folgt äußert:

„US citizens no longer trust the institutions. They don't even trust each other anymore. Now it's up to the big corporations. They stand - especially in a country like ours - for democratic values and must protect them. We, the big multinationals, must work today, more than ever, to build a better world.“ (Bedbury 2018 in Hermann und Bovon 2018)

Bedbury ist es auch, der mit der Positionierung von Starbucks als „dem dritten Ort“ („*The Third Place*“), neben *home* und *work* einen Raum der Begegnung propagiert, der offenbar *Öffentlichkeit* als geographischen Ort suggerieren soll (Conlon 2015). Nun verändert der gesellschaftliche (Werte-)Wandel auch den Blick auf das Verständnis von und den Umgang mit Demokratie und ihrem Zusammenspiel der Kräfte, was tatsächlich – unter anderem – mit einem Vertrauensverlust in die klassischen demokratischen Vertretungsorganisationen einhergeht (vgl. Inglehart 2006; Dalton und Welzel 2014; Beaufort und Seethaler 2014, 2020; Beaufort 2017). Und die Medien als das Forum, in dem Öffentlichkeit ihre für die Demokratie entscheidende Funktion entfalten können soll, indem sie durch Selbstbeobachtung und Selbstverständigung der Gesellschaft das normative *Prinzip Öffentlichkeit* organisieren, sehen

sich mit einer mit dem Medienwandel einhergehenden ökonomischen Ausformung konfrontiert (der Koppelung von Journalismus an Geschäftsmodelle von Medienorganisationen und damit funktionsfremde Interessen), die sie bei der Erbringung ihrer journalistischen Leistung unter Druck setzt, indem diese unter zunehmender Dominanz des ökonomischen Kalküls zu einem einseitigen Abhängigkeitsverhältnis führt.

Im Kern geht es daher besonders angesichts der gegenwärtigen Wandlungsprozesse, die neben einer alle Gesellschaftsbereiche durchdringenden Ökonomisierung veränderte Wertevorstellungen ebenso mit sich bringen wie veränderte Zugänge zu Demokratie und Öffentlichkeit (welche auf eine stärkere und mehr unmittelbare, aber durchaus divergent realisierte Teilhabe der Bürger\*innen zielen), um einen achtsamen Umgang mit der fragilen Balance im Zusammenspiel der Kräfte, die untrennbar verbunden ist mit der Frage, wie Macht sich legitimiert und Öffentlichkeit sich konstituiert. Die entscheidende Maxime in einer Demokratie muss dabei aber jene bleiben, dass Öffentlichkeit nicht durch die Mächtigen gewährt, sondern demokratische Macht erst durch Öffentlichkeit legitimiert wird.

Dass Medien ihrer Rolle als Organisatoren des Prinzips Öffentlichkeit und damit ihrer demokratischen Rolle gerecht werden können, bedarf es ihrer unverkürzten Unabhängigkeit ebenso wie uneingeschränkter Rede-, Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit als in der Verfassung festgeschriebene Strukturmerkmale, die laufend durch das Handeln aller involvierten Akteure in ihrer Geltung zu sichern sind. Der Weg zu dieser heute weithin, aber nicht unangefochten geteilten und stets gefährdeten Maxime war lang; allein die verfassungsrechtliche Verankerung der Meinungs- und Pressefreiheit ließ in Österreich bis 1867, in Deutschland bis 1871 auf sich warten (obwohl das englische Vorbild schon seit 1695 existierte). Unter den möglichen Interpretationen der Medienfreiheit hat sich in der europäischen Rechtsprechung eine funktionale Interpretation im Sinne der Sicherung einer öffentlichen, konkurrierenden Meinungs- und Willensbildung durchgesetzt. Den Medien – und zwar *allen* Medien – kommt somit eine *öffentliche Aufgabe* zu, für deren Erfüllung die Medienfreiheit nicht nur gegen Eingriffe des Staates bei der Verbreitung von Informationen (in Inhalt und Form) schützt, sondern auch die Informationsbeschaffung sichert (vgl. Seethaler 2010). So sehr die Freiheit von Journalist\*innen und Redakteur\*innen, Entscheidungen nicht nur ohne Einmischung der Eigentümer\*innen, sondern auch ohne politischen und wirtschaftlichen Druck von außen zu treffen, eine Grundvoraussetzung für ein freies und pluralistisches Medienumfeld sein sollte, ist dies – anders als in vielen westeuropäischen Ländern – in Österreich nicht in vollem Umfang der Fall: so die Befunde des *Media Pluralism Monitor 2020*, einem jährlich durchgeführten Forschungsinstrument der Europäischen

Kommission zur Früherkennung potentieller Risiken für die Unabhängigkeit und Pluralität der Medien in 28 EU-Mitgliedstaaten, Albanien und der Türkei.<sup>8</sup> (Die Autorin ist Teil des österreichischen Forscher\*innen-Teams.) Die vom *Media Pluralism Monitor* erfassten Risikobereiche umfassen die vier Kernbereiche zum grundlegenden Schutz der Medienpluralität, zur Vielfalt des Medienmarktes, zur politischen Unabhängigkeit der Medien und zur gesellschaftlichen Inklusion. Die je fünf Indikatoren dieser Kernbereiche gehen aus der Übersichts-Tabelle 2.2 hervor.

**Tabelle 2.2.** Indikatoren des *Media Pluralism Monitor* 2020 für Österreich

| Grundlegender Schutz  | Marktvietfalt  | Politische Unabhängigkeit  | Gesellschaftliche Inklusion   |
|---|--|--|---|
| Schutz des Rechts auf Meinungsäußerung<br>39%                             | Transparenz der Eigentumsverhältnisse<br>50%                                       | Politische Einflussnahme auf Medienunternehmen<br>48%                              | Zugänglichkeit der Medien für Minderheiten<br>71%   |
| Schutz des Rechts auf Information<br>46%                                  | Nachrichtenmedien - Eigentums-konzentration<br>80%                                 | Redaktionelle Autonomie<br>75%   | Zugänglichkeit der Medien für lokale und regionale Gemeinschaften und Community Medien<br>19% |
| Arbeitsbedingungen, Standards und Schutz des Journalismus<br>23%          | Onlineplattformen/ Eigentumskonzentration und Sicherung des Wettbewerbs<br>75%     | Medien und demokratische Wahlen<br>38%   | Zugänglichkeit der Medien für Menschen mit Behinderung<br>50%                                 |
| Unabhängigkeit und Effizienz der Medienbehörden<br>3%                     | Funktionsfähigkeit des Mediensystems<br>65%  | Staatliche Regulierung und Medienförderung<br>38%                                  | Zugänglichkeit der Medien für Frauen<br>63%   |
| Grundversorgung durch traditionelle Medien und Zugang zum Internet<br>21% | Einfluss von Medieneigentümern und Wirtschaft auf den redaktionellen Inhalt<br>55% | Unabhängigkeit der Steuerung und Finanzierung öffentlich-rechtlicher Medien<br>67% | Medienkompetenz<br>47%  |

Anmerkung. Eigene Darstellung, basierend auf Seethaler und Beaufort (2020).

% = Risikobewertungen gemäß *Monitoring Media Pluralism in Europe: Application of the Media Pluralism Monitor 2020 in the European Union, Albania & Turkey. Country Report: Austria*

<sup>8</sup> Der *Media Pluralism Monitor* wird seit 2014 (nahezu) jährlich durchgeführt, basiert auf einem standardisierten Fragebogen und entsteht in enger Zusammenarbeit mit Wissenschaftler\*innen in allen mitwirkenden Ländern und dem *Centre for Media Pluralism and Media Freedom* (CMPF) des *European University Institutes*. In Österreich kooperierte das CMPF mit Josef Seethaler und Maren Beaufort vom *Institut für vergleichende Medien- und Kommunikationsforschung* (CMC) der *Österreichischen Akademie der Wissenschaften* (ÖAW) und der *Universität Klagenfurt*. Das Team führt die Erhebung der Daten durch, bewertet und kommentiert sie und ergänzt sie um Einschätzungen externer Expert\*innen. Ein Beirat aus nationalen Berater\*innen („Group of Experts“) begleitet den Prozess. Der auf dieser Basis entstandene Forschungsbericht wird durch das CMPF geprüft.

Insgesamt weisen die Ergebnisse für Österreich im Jahr 2020 auf ein mittleres Risiko in drei der analysierten Kernbereiche hin, beim grundlegenden Schutz ist das Risiko gering. Fünf der 20 genannten Indikatoren aus Tabelle 2.2 verweisen allerdings auf ein hohes Risiko (rot), elf auf ein mittleres (gelb) und nur vier auf ein geringes (grün). Die Bereiche, die einem hohen Risiko ausgesetzt sind, stehen im Kontext der Eigentumskonzentration, der redaktionellen Autonomie, der Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der Zugänglichkeit der Medien für Minderheiten.

Zugleich muss jedoch hervorgehoben werden, dass das Fundament eines demokratischen Mediensystems – das Recht auf freie Meinungsäußerung – in Österreich weitgehend intakt ist. Gesetzlich ist dies in Artikel 13 der Dezemberverfassung von 1867 festgehalten, auf die sich die österreichische Bundesverfassung von 1930 in Artikel 149 bezieht. Im Jahr 1958 ratifizierte Österreich die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die 1964 Teil der österreichischen Verfassung wurde. Das Recht auf Meinungsfreiheit laut Artikel 10 der europäischen Menschenrechtskonvention hat sohin Verfassungsrang. Zudem ratifizierte Österreich den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPbpR, UN-Zivilpakt) im Jahr 1978, jedoch fehlen bislang jegliche Implementierungsmaßnahmen dafür. Heute sind die Rechtsmittel gegen Verletzungen der Meinungsfreiheit weitgehend wirksam; in früheren Jahren hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) jedoch immer wieder Entscheidungen nationaler Gerichte aufgehoben (Voorhoof et al. 2017). Allerdings kam es während der von Dezember 2017 bis Mai 2019 amtierenden Mitte-Rechts-Regierung laut Zensurindex zu einem deutlichen Anstieg der Einschüchterungen von Medien, insbesondere des *ORF* und mehrerer „kritischer“ Zeitungen, sowie zu Verleumdungskampagnen gegen Journalist\*innen. Vertreter\*innen mehrerer journalistischer Organisationen, darunter Rubina Möhring, Präsidentin von Reporter ohne Grenzen, beobachteten eine „Zunahme der Anzeichen dafür, dass die Freiheit der Medien eingeschränkt wird“ (Index on Censorship 2018: 12). Neuere Untersuchungen, die sich auf die Amtszeit der derzeit amtierenden Regierung, einer Koalition zwischen der *Neuen Volkspartei* und den *Grünen*, beziehen, lagen zum Zeitpunkt der Erarbeitung dieser Dissertation noch nicht vor. Mittleres Risiko (46 %) besteht auch beim Schutz des Rechts auf Information, dem demokratischen Korrelat zur Meinungsfreiheit. Wenngleich Artikel 20 (4) der Bundesverfassung das Recht auf Information garantiert, besagt Art. 20 (3), dass die Verpflichtung der Verwaltungsbehörden (auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene) zur Geheimhaltung, vulgo Amtsgeheimnis, Vorrang vor der Verpflichtung zur Offenlegung von Informationen hat – und letztere kann nur auf (schwierig zu stellenden) Antrag erfolgen. Damit belegt Österreich den

vorletzten Rang in einer Umfrage zum globalen Recht auf Information unter 128 Ländern, durchgeführt von den NGOs „Access Info Europe“ und „Centre for Law and Democracy“ (2019). 2016 hat Österreich zumindest einen wirksamen Rechtsrahmen geschaffen, der den Schutz von Informant\*innen, die Missstände melden, ermöglicht. Nichtsdestotrotz ist der Journalismus in Österreich in vielerlei Hinsicht rechtlich als eine Funktion von öffentlichem Interesse anerkannt, wenngleich soziale und berufliche Unsicherheiten aufgrund des steigenden ökonomischen Drucks zunehmen; die Aufsichtsbehörden arbeiten unabhängig und die Menschen können zwischen einer Vielzahl verschiedener Medien von öffentlich-rechtlichen, kommerziellen und nicht-kommerziellen Anbietern wählen. Öffentlich-rechtliche Fernseh- und Radiosignale erreichen fast die gesamte Bevölkerung (hauptsächlich via Satellit und Kabel), mehr als 90 % der Bevölkerung sind mit Breitband (mit einer durchschnittlichen Internet-Verbindungsgeschwindigkeit von 19 Mbps) versorgt, und die Breitbandabonnementsrate beträgt 88 % und ist damit 11 % höher als noch 2016.

Mit den Indikatoren zur Marktvielfalt als notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung für einen demokratischen Diskurs in einer pluralen Gesellschaft, werden die Risiken durch Konzentration bei der Produktion und Verbreitung von Nachrichten ebenso gemessen wie das regulatorische Rückgrat des Mediensektors als unerlässliche Komponente moderner Demokratien. Für den vorliegenden Zusammenhang sind sie umso bemerkenswerter, als von der Eigentumskonzentration auf dem österreichischen Medienmarkt, gemäß *Media Pluralism Monitor*, sowohl horizontal als auch cross-medial ein hohes Risiko für dessen Vielfalt ausgeht. Alle Messungen der Eigentums- und Zuschauerkonzentration in den Märkten für audiovisuelle Medien, Radio und Zeitungen liegen zwischen 72 % und 89 % (2018) und sind daher aus normativ-demokratischer Perspektive nicht akzeptabel. Gemessen an den 18 größten Medienunternehmen, die steuerlich in Österreich registriert sind (vgl. Fidler 2019), beträgt der Marktanteil der Top-4-Eigentümer von Nachrichtenmedien auf verschiedenen Medienmärkten 65 %. So hat auch das österreichische Medien- und Kartellrecht die Fusion des sogenannten „*Mediaprint-Deals*“ aus 1988 (einem Zusammenschluss der zwei damals reichweitenstärksten Zeitungen: *Kronen Zeitung* und *Kurier*) oder die Fusion der beiden größten privaten Fernsehsender *ATV* und *PULS4*, beide im Besitz der deutschen *ProSieben/Sat.1-Gruppe*, im Jahr 2017, nicht verhindert. Obwohl das Medienrecht Bestimmungen mit dem Ziel der Eigentumstransparenz von Medienunternehmen festlegt, sind Informationen darüber nicht allgemein verfügbar (vgl. Berka et al. 2019). Gemäß jüngster *Worlds of Journalism*-Umfrage nehmen mehr als 80 % der Journalist\*innen eine Zunahme des wirtschaftlichen Drucks auf die redaktionelle Arbeit wahr; mehr als 70 % sagen dasselbe über

den Werbedruck (Seethaler 2019). Bezugnehmend auf die Funktionsfähigkeit des gesamten Mediensystems machen die Befunde nachdenklich: Die Medienmärkte wachsen nicht, die Zahl der Journalist\*innen geht zurück, während ihr Durchschnittsalter steigt (Kaltenbrunner et al. 2007, 2020), und das Förderungssystem ist hinsichtlich der Sicherung von Pluralität und demokratischer Qualität reformbedürftig (Haas et al. 2012).

Mit den Indikatoren zur politischen Unabhängigkeit wird versucht, den Einfluss des Staates und ganz allgemein der politischen Macht auf das Funktionieren des Medienmarktes, die redaktionelle Unabhängigkeit und die Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Medien zu bewerten. In diesem Bereich stehen die österreichischen Medien in vielfacher Hinsicht unter Druck. In Folge eines historisch gewachsenen Medien-Parteien-Parallelismus (siehe für Details Kapitel 2.2.4) besteht vor allem für den *ORF*, das größte österreichische Medienunternehmen, die Gefahr der Einflussnahme durch politische Kräfte, die allerdings durch ein verbindliches Redaktionsstatut abgefedert wird. Bei einer Reihe reichweitenstarker kommerzieller Medien befürchten Experten hingegen eine wechselseitige Einflussnahme zwischen Politik und Medien, die sich in einer Art „Tauschgeschäft“ Werbeeinschaltungen gegen wohlwollende Berichterstattung äußern könnte (Koziol 2018). 2018 beliefen sich die staatlichen Zuschüsse für die Medien auf 40 Millionen Euro, während fast 170 Millionen Euro für staatliche Werbung ausgegeben wurden. Überdies sind nur TV- und Radioanbieter zu Redaktionsstatuten verpflichtet, die die redaktionelle Unabhängigkeit sicherzustellen versuchen, wobei auch eine Verpflichtung zu unparteiischer und pluraler Information – wie in Kapitel 2.3.2 im Detail zu sehen sein wird – für alle Rundfunkanbieter gesetzlich festgehalten ist. Die einzige große Nachrichtenagentur in Österreich, die Austria Presseagentur (APA), ist im Besitz des *ORF* und 12 österreichischer Zeitungen und arbeitet weitgehend unabhängig von politischen Gruppierungen. Einer hohen Gefährdung unterliegt hingegen die redaktionelle Autonomie. Die Bestellung und Abberufung leitender Redakteur\*innen erfolgt in Österreich kaum internationalen Standards: Es gibt nahezu keine regulatorischen Schutzmaßnahmen, die eine politische (oder wirtschaftliche) Einflussnahme auf die Ernennung und Entlassung verhindern. Lediglich Fernseh- und Radiosender sind zu Redaktionsstatuten verpflichtet, während eine Teilnahme an den Selbstregulierungsprozessen des Österreichischen Presserats nicht verbindlich ist, sodass beispielsweise die beiden reichweitenstärksten Zeitungen (*Kronen Zeitung* und *heute*) davon absehen. Während sich der *ORF* um eine den Kräfteverhältnissen im österreichischen Parlament entsprechende ausgewogene Repräsentanz der Parteien in der Berichterstattung bemüht, gilt das nicht in gleichem Maße für kommerzielle Medien und Zeitungen (vgl. Seethaler und Melischek 2010, 2014, 2019). Allerdings sind die

Unabhängigkeit der Leitung und Finanzierung des *ORF* gefährdet, einerseits durch den Einfluss des aufgrund seiner Zusammensetzung politisch nicht unabhängig agierenden Stiftungsrates und andererseits durch die zuletzt besonders virulent gewordenen Überlegungen einer Abschaffung der Rundfunkbeiträge zu Gunsten einer Eingliederung ins jährliche Staatsbudget (Seethaler und Beaufort 2019).

Schließlich zeigen die im *Media Pluralism Monitor* verwendeten Indikatoren für die gesellschaftliche Inklusionsleistung der Medien eine Reihe von Defiziten, die allerdings in Europa weit verbreitet sind. Sie betreffen neben der Repräsentation von Frauen in der Medienöffentlichkeit – in nicht einmal 20 % der Nachrichten sind sie Gegenstand oder Quelle der Berichterstattung (Seethaler et al. 2017; Seethaler 2015b) und machen in Zeitungen nur 31 % aller vorgestellten Expert\*innen aus (vgl. Pernegger 2019) – auch die Personalstrukturen der Medienorganisationen: Während Frauen im *ORF* in leitenden Positionen zwar abnehmend unterrepräsentiert sind (40 %), halten sie nur 26 % der Vorstandspositionen und ist der Anteil weiblicher Vorstandmitglieder in den privaten Fernsehgesellschaften noch geringer. Nur 25 % der Chefredakteur\*innen der acht führenden Nachrichtenmedien sind weiblich (Daten von 2019). Die Inklusionsproblematik erstreckt sich weiters auf eine über die sechs in Österreich staatlich anerkannten autochthonen Volksgruppen (deren Berücksichtigung sich im *ORF* seit 2013 zwar deutlich verbessert hat, eher aber in Richtung einer kulturellen denn einer politischen Inklusion) hinausreichende Einbindung nicht-deutschsprachiger Angehöriger der Gesellschaft (rund 15 % der Gesamtbevölkerung) in das Medienangebot. Hier sind fast ausschließlich die nicht-kommerziellen Fernseh- und Radiostationen, die sogenannten „Community Medien“, aktiv, die trotz der Fülle der ihnen in ihren Förderungsrichtlinien zugedachten demokratisch relevanten Aufgaben (Beaufort und Seethaler 2017) auf vergleichsweise kleine Fördertöpfe zugreifen können. Privat-kommerzielle TV- und Radioanbieter widmen Minderheiten keine gesonderten Sendezeiten, ebenso wenig gibt es ein gesondertes Angebot für Menschen mit Behinderung. Hinsichtlich seh- und hörbehinderter Menschen handelt der *ORF* als einziges Medienunternehmen und angesichts sehr allgemein gehaltener rechtlicher Regelungen primär aus eigenem Antrieb. Dagegen besteht in Österreich im Hinblick auf regionale und lokale Programme kein erhöhtes Risiko, denn einerseits gibt es spezifische Subventionen für lokale Radio- und TV-Sender, die auch 17 nicht-kommerzielle Anbieter umfassen, andererseits betreibt der öffentlich-rechtliche Rundfunk in jedem Bundesland eine eigene Redaktion, die die neun regionalen Radiosender sowie je eine TV-Nachrichtensendung produzieren und ausstrahlen. Betreffend die Befähigung zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Medien,

vulgo Medienkompetenz, fehlt trotz zahlreicher Einzelinitiativen eine umfassende medienpolitische und medienpädagogische Strategie.

Zusammengenommen zeigt das Monitoring das österreichische Mediensystem in einem grundsätzlich stabilen Zustand, doch weisen die Rahmenbedingungen hinsichtlich demokratiethoretisch relevanter Leistungserwartungen auch eklatante Schwächen auf, wobei im Zentrum die Gefährdung der redaktionellen Autonomie, die politische und – in geringerem Maße – wirtschaftliche Einflussnahme auf redaktionelle Inhalte, die horizontale und cross-mediale Marktkonzentration, die eingeschränkte Inklusion gesellschaftlicher Gruppen durch ungleiche Zugangsbedingungen zu Medien sowie ein fehlendes Monitoring und fehlende Sanktionsmechanismen in mehreren Regulierungsbereichen stehen. Momentan sieht die Positionierung Österreichs im europäischen Vergleich noch so aus, dass man von einer höheren Gefährdung der politischen Unabhängigkeit des Mediensystems nur in Italien und den meisten der ehemals sozialistischen Ländern Ost- und Südosteuropas sprechen kann (Seethaler und Beaufort 2019). Auch ein Blick in die USA während des Präsidentschaftswahlkampfes 2016 zeigt gemäß den Daten des Pew Research Centers (2016) eine bedenkliche Entwicklung, wenn die Frage, ob „news organizations are free to criticize political leaders [for maintaining] a strong democracy“, nur von 48 % der registrierten Wähler, die Donald Trump unterstützten, als „sehr wichtig“ bejaht wurde (unter den Anhängern von Hillary Clinton waren es 83 %). Mehr denn je braucht es Medienorganisationen, Rollen- und Funktionsverständnisse, die den demokratischen Grundauftrag der Herstellung von Öffentlichkeit im Sinne der Selbstbeobachtung und Selbstverständigung der Gesellschaft leisten und keinen anderen Interessen dienen. Dass sich demokratische Öffentlichkeit dabei nicht nur gemäß liberal-repräsentativer Auffassung konstituieren kann, zeigt der nun folgende Blick auf die Koexistenz liberal-repräsentativer und partizipatorischer Demokratieverständnisse.

## 2.2.4 Koexistenz unterschiedlicher Demokratieverständnisse und Medien

### 2.2.4.1 Die Rolle(n) der Medien aus demokratiethoretischer Perspektive

Die eingangs skizzierten gesellschaftlichen Wandlungsprozesse zeigen, dass die Vorstellung liberal-repräsentativer Demokratie, wie sie im Wesentlichen den Verfassungen der meisten westeuropäischen und nordamerikanischen Ländern zugrunde liegt, zunehmend durch Demokratieverständnisse ergänzt wird, die auf eine intensivere und eher unmittelbare, aber durchaus divers realisierte Teilhabe der Bürger\*innen an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen zielen (vgl. Zukin et al. 2006; Feldmann-Wojtachnia und Glaab 2011;

für Österreich: Polak 2012; Rosenberger und Stadlmair 2014; Aichholzer et al. 2019; Glavanovits et al. 2019). Neben das liberal-repräsentative Verständnis tritt als weitere Basisform von Demokratie ein partizipatorisches Verständnis, dem es um die Inklusion möglichst vieler Mitglieder der Gesellschaft geht. Idealerweise gesehen, verschiebt sich der Fokus von Politik und politischer Öffentlichkeit

- von der auf Mehrheitsfindung und Mehrheitsentscheidung ausgerichteten Debatte weltanschaulicher Ideen in der repräsentativen Demokratie
- zur Artikulation persönlicher Anliegen, die der Vernetzung bedürfen und in einer kontinuierlichen Mitgestaltung des Gemeinwesens münden, in der partizipatorischen Demokratie.

Diese unterschiedlichen, nebeneinander existierenden und einander keineswegs ausschließenden Demokratieverständnisse werden nun dahingehend analysiert, ob und in welcher Art und Weise sie normativ einen divergenten Umgang von Medien mit demokratischer Öffentlichkeit nahe legen und damit unterschiedliche Anforderungen an die Medienleistung stellen (vgl. Beaufort und Seethaler 2014; 2017; 2018; 2020; Tabelle 2.3).

**Tabelle 2.3.** Basisverständnisse von Demokratie und demokratischer Öffentlichkeit

| Liberal-repräsentativ   | Partizipatorisch  |
|---|---|
| Wer partizipiert?   |   |
| Elite (proportional zu den in Wahlen geäußerten Präferenzen der Bevölkerung)  | Möglichst viele Angehörige einer Gesellschaft   |
| In welchem öffentlichen Prozess?  |   |
| Marktplatz der Ideen durch transparente Debatte über (top-down definierte) Themen allgemeiner Relevanz                  | Inklusion durch soziale Vernetzung (bottom-up definierter) Themen allgemeiner Relevanz  |
| Mit welchem primären politischen Handeln der Bürger*innen?  |   |
| Collective action: Wahlakt, Parteimitgliedschaft, formeller Aktivismus (top-down), institutionenpolitisches Involvement | Connective action: Artikulation von persönlichen Anliegen, informeller Aktivismus (bottom-up), zivilgesellschaftliches Engagement |
| In welchem Diskursstil?   |   |
| Sachliche, rationale Debatte  | Offene, auch konfliktgeladene und emotional geführte Diskussion   |
| Mit welchem Ergebnis?   |   |
| Mehrheitsentscheidung (Schluss der Debatte)   | Kontinuierliche Mitgestaltung (auch nach der Entscheidung)  |
| In welcher Gesellschaftsstruktur?   |   |
| Gruppenbasierte Gesellschaft, ideologisch verbunden (strong ties)   | Individualisierte Gesellschaft, themenbezogen (selbst)organisiert (weak ties)   |
| Mit welchen primären Vermittlungsinstanzen?   |   |
| Politische Vertretungen, Massenmedien   | Zivilgesellschaftliche Initiativen, Digitale Netzwerke  |
| In welcher Form der Öffentlichkeit?   |   |
| Monolithische Öffentlichkeit  | Diverse Öffentlichkeit  |
| Mit welcher primären Rolle der Bürger*innen?  |   |
| Informed Citizen, delegiert Entscheidungsmacht an politische Vertreter und Machtkontrolle an die Medien                 | Empowered bzw. Networked Citizen, wirkt in (vernetzten) Entscheidungsprozessen und Kontrollmechanismen mit                        |
| Mit welcher primären Rolle der Medien?  |   |
| Beobachter der Gesellschaft, Vermittler zwischen Repräsentant*innen und Bürger*innen                                    | Access Provider, Mobilizer, Vernetzer   |

*Anmerkung.* Eigene Darstellung, basierend auf Ferree et al. (2002), Held (2006), Jandura und Friedrich (2014), Beaufort und Seethaler (2017, 2019, 2020).

Im *liberal-repräsentativen* Modell sollen die Bürger\*innen über die für eine Gesellschaft relevanten Themen, Ideen und Meinungen informiert sein, wobei die Relevanz der Themen angesichts des liberal-repräsentativen Anspruchs an die Verteilung der Interessen in der Gesamtgesellschaft gebunden ist, die in einer monolithischen Öffentlichkeit kommunikativ zusammengeführt werden. Primär geht es hier um den *informed citizen* (Patterson und Seib 2005), der befähigt werden soll, in der Wahlzelle rationale Entscheidungen zu treffen. Dafür braucht er möglichst unparteiische, ausgewogene und sachlich und emotionslos an ihn herangetragene Informationen (zur historischen Entwicklung dieses Paradigmas vgl. Schudson 1998). Mitunter wird dieser Anspruch auf die Schaffung eines „Burglar Alarms“ reduziert (vgl. Zaller 2003), wonach Journalisten „[...] call attention to matters requiring urgent attention, and to do so in excited and noisy tones“ (ebd.: 122), sodass die Bürger\*innen lediglich bei besonders dringlichen Problemen politisch aktiv werden müssten. Das heißt, Medien sind in der Rolle des vermittelnden Monitors, der einerseits informiert, zugleich aber auch die Mächtigen kontrolliert (Schudson 2001; 2008; Navarria 2019). In jedem Fall sind Bürger\*innen vorrangig als politisches Subjekt (nicht als Privatperson) und in einer eher passiven Rolle angesprochen, während die öffentliche Debatte von einer (rechenschaftspflichtigen) Elite geführt wird – zusammengesetzt sowohl aus Vertreter\*innen aggregierter Einzelmeinungen gemäß den in Wahlen geäußerten Präferenzen der Bevölkerung als auch Expert\*innen, wenngleich sehr wohl im Lichte der Öffentlichkeit, d.h. transparent für diese. Mehrheitsentscheidungen beenden die sachliche Debatte zwischen weltanschaulichen Positionen. Politisches Involvement entsteht durch Interesse an formaler Politik. In diesem faktenorientierten, kognitiv-argumentativen und unparteilich, unterschiedliche Positionen respektierenden Transparentmachen der Inhalte und Abläufe von Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen liegt die zentrale Aufgabe der Medien, welchen eine rein intermediäre Rolle zwischen politischem System und den Bürger\*innen zugeschrieben ist, die normativ neben dem *top-down flow of communication* zwar einen *bottom-up flow of communication* vorsieht, de facto aber zumeist von „oben herab“ erfüllt wird. Die Vielfalt der relevanten Positionen soll dabei ausgewogen, sohin gemäß der herrschenden politischen Kräfteverhältnisse (Donsbach 2002) vermittelt werden.

Das *partizipatorische* Modell strebt dagegen die Inklusion möglichst vieler in die demokratische Öffentlichkeit an – besonders auch die der „schweigenden Mehrheit“, die ihre persönlichen, für den eigenen Lebenskontext relevanten Anliegen und Positionen in gesellschaftliche Auseinandersetzungen einbringen, diese – meist themenbezogen und nur lose organisiert – vernetzen und in Form kontinuierlicher Mitgestaltung zivilgesellschaftliches Engagement üben sollen (der fehlende Fokus auf Abstimmungen markiert den Unterschied zu

Formen direkter Demokratie) – *networked citizens* (vgl. Navarria 2019). Es geht also um einen öffentlichen Diskurs, der neben den Vertreter\*innen mitgliedergeführter Organisationen nicht nur allen offen steht, sondern umfassende *popular inclusion* (Ferree et al. 2002: 300) aktiv anstrebt, während es für die Teilnahme weder eines Repräsentant\*innen- noch eines Expert\*innenstatus bedarf.

Dafür braucht es den *empowered citizen*, der befähigt sein soll selbst in Entscheidungsprozessen und Kontrollmechanismen mitzuwirken. Die (liberale) partizipatorische Auffassung von Demokratie definiert sich allerdings üblicherweise nicht als Gegenmodell zur Repräsentation (die jedenfalls auf nationaler Ebene und hinsichtlich institutionalisierter Formen zivile, soziale und politische Bürgerrechte auch vorsieht), sondern als Ergänzung, die auf lokaler Ebene und in spezifischen gesellschaftlichen Bereichen stärker unmittelbare Beteiligungsformen und Bottom-up-Bewegungen im Sinne demokratischer Mitsprache vorsieht. Diese Auffassung kritisiert insbesondere, dass die Bürger\*innen im zeitgenössischen liberalen Denken Zuschauer und Konsument\*innen bleiben, während die Politiker\*innen das Regieren übernehmen, und strebt aktive Inklusion auch durch Zurücknahme von Exklusion an, die mit einer wechselseitigen Solidarität zwischen den Menschen einhergeht. Anders kann die Ansprache und Inklusion einer von vornherein wenig interessierten, sehr diversen Bürgerschaft und ihrer Anliegen kaum gelingen, sodass eine partizipatorische Öffentlichkeit die Diversität der realen Verhältnisse in der Gesellschaft abbilden und mittragen sollte. Das heißt, die Beziehung zwischen den Bürger\*innen und ihren Vertreter\*innen unterscheidet sich insofern vom liberal-repräsentativen Demokratiemodell, als aktive Formen der Mitgliederbeteiligung und Selbstorganisation angestrebt werden sowie eine Führung, die den Mitgliedern gegenüber (nicht nur nominell) rechenschaftspflichtig ist. Neben einem *top-down flow of communication* liegt der Fokus hier auf einen aktiven und umfassenden *bottom-up flow of communication*.

Um die Menschen zu befähigen, „to constitute themselves as active agents in the political process“ (Dahlgren 1991: 2), ist es Aufgabe der Medien – als Access Provider und Mobilizer (Kaase 1984; Hanitzsch und Vos 2018) –, sie politisch und gesellschaftlich zu motivieren, zu aktivieren, sie in den offenen Diskurs einer diversen Öffentlichkeit zu integrieren und ihnen geeignete Möglichkeiten des Einbringens ihrer Anliegen, der Vernetzung und der Mitgestaltung sozialen Lebens anzubieten (vgl. dazu auch Ferree et al. 2002; Gamson 2014). *Empowerment* verlangt dabei weniger Vermittlung als Kommunikation auf Augenhöhe, Orientierungsgebung in der eigenen Lebenswelt und die Möglichkeit, sich größere Zusammenhängen selbst erschließen zu können – somit Bedeutungs- und

Interpretationsangebote seitens der Medien. Und es verlangt den ganzen Menschen – d.h. eine Öffentlichkeit, in der Emotionen nicht verbannt, sondern integriert sind, und eine Öffentlichkeit, in der alle Bevölkerungsgruppen und Initiativen einer lebendigen Zivilgesellschaft – bottom-up – eine Stimme haben, die auf Vernetzung zielt und damit indirekt über einen sich selbst verstärkenden partizipatorischen Diskurs zu einer zunehmend politisch kompetenteren und sachkundigeren Öffentlichkeit führt (Wahl-Jorgensen 2001). Vielfalt entspricht hier folgerichtig jener einer diversen Gesellschaft, sodass Medien in einer partizipatorischen Öffentlichkeit die Diversität der realen gesellschaftlichen Verhältnisse abbilden und mittragen sollen. Foren öffentlicher Kommunikation, die die Menschen in ihrer individuellen Lebenswelt ansprechen und chancengleiche, interaktive und vernetzte Teilhabe ermöglichen, sind somit ebenso Teil eines partizipatorischen medialen Umfelds wie Kommunikationsstile, die Grenzen anderer Öffentlichkeitskonzeptionen überschreiten: So beispielsweise Zuspitzung, das Aufeinanderprallen kontroversieller Positionen und eine „Politik der Emotionen“ (Schaal und Heidenreich 2013), welche die mit der Ausgrenzung von Gefühlen einhergehende Trennung von öffentlichem und privatem Raum aufhebt und ein Bekenntnis zur leidenschaftlichen Parteinahme für soziale Anliegen mit einschließt, wobei die Bereitschaft auf entgegengesetzte Positionen einzugehen als notwendige Voraussetzung des Diskurses gesehen wird – Dahlgrens (2005: 157) „civic culture“.

Bennett und Segerberg (2013) bezeichnen die in der partizipatorischen Öffentlichkeit wirkende Handlungslogik als „Logik konnektiven Handelns“. Diese unterscheidet sich angesichts ihrer individualisierten, auf die Vernetzung persönlicher Anliegen und die Mitgestaltung der Lebenswelt konzentrierten, oft auf ein spezifisches Thema bezogenen und nur lose organisierten Form grundlegend von der institutionalisierten Form der kollektiven Dynamik in der liberal-repräsentativen Öffentlichkeit (vgl. Olsen 1965). Während in der konnektiven Handlungslogik die flexibel vernetzten individuellen Interessen aggregiert als kollektive, dem Gemeinwohl dienende Interessen begriffen werden – das Kollektiv sohin undogmatisch *im konnektiven Prozess bottom-up* entsteht –, wird es in einer *kollektiven Handlungslogik top-down* proklamiert und ist gekennzeichnet durch strikt organisierte, stark verbindend wirkende, weltanschaulich basierte Gruppenidentitäten und -interessen. In der klassischen Definition gilt politische Partizipation im Sinne der kollektiven Handlungslogik als „activity that has the intent or effect of influencing government action“ (vgl. Verba et al. 1995: 38). Auch wenn darunter nicht nur, jedoch primär, indirekte Aktivitäten wie der Wahlakt zu verstehen sind, so zielen diese vor allem auf die Stützung der Funktion klassischer politischer Institutionen. Deren Handeln gilt das Interesse der Bürger\*innen, und über dieses Interesse

kann politisches Involvement gelingen (vgl. Ekman und Amnå 2012). Im Unterschied dazu bezieht sich politische Beteiligung im partizipatorischen Kontext auf jede „voluntary activity focused on problem solving [...] undertaken alone or in concert with others to effect change“ (vgl. Zukin et al. 2006: 7). Mit der Übernahme von Verantwortung für die Gestaltung gemeinsamen Lebensraumes und der Bereitschaft, für seine Anliegen öffentlich einzustehen und sich für ihre Durchsetzung zu vernetzen, gelingt das einer konnektiven Handlungslogik entsprechende zivilgesellschaftliche Engagement („civic engagement“). Damit verschiebt sich das Ziel politischen Handelns von der Unterstützung der Performanz des demokratischen Systems zur Unterstützung des demokratischen Systems an sich (vgl. Ekman und Amnå 2012; Beaufort und Seethaler 2020).

Mit dieser Gegenüberstellung wird deutlich, wie unterschiedliche Vorstellungen von Demokratie mit unterschiedlichen Rollenverständnissen der Medien einhergehen. Diese beziehen sich allerdings nicht nur – wie noch zu zeigen sein wird – auf die Erfüllung unterschiedlicher Medienfunktionen durch die zentralen Trägerorganisationen der journalistischen Beobachtungsleistung, als die weiterhin die traditionellen Massenmedien zu verstehen sind, sondern auch auf unterschiedliche Medien(angebots)typen (vgl. Curran 2000, Jandura und Friedrich 2014): Da „in Öffentlichkeit inkludieren“ in einem partizipatorischen Verständnis von Demokratie ein Befähigen, ein Ermutigen aller zur aktiven Mitgestaltung impliziert und dieses nur gelingt, wenn eigene Anliegen artikuliert und vernetzt werden können, ist es kein Zufall, dass der in Zeiten des beschriebenen gesellschaftlichen Wandels auch stattfindende kommunikationstechnologische Umbruch den (sozialen) Online-Netzwerken zunehmende Relevanz beschert, da sie eine bisher in diesem Ausmaß noch nie da gewesene Möglichkeit eröffnen, eigene Anliegen öffentlich zu artikulieren – mit potentiell globaler Reichweite und mittels asynchroner Kommunikation. Sie kombinieren technische Innovation mit Merkmalen, die von der Agora der Antike bis hin zu den Netzwerken der Offline-Welt vertraut sind, wie vor allem der Möglichkeit, orts- und zeitunabhängig möglichst viele niederschwellig einzubeziehen, und dem Prinzip der „weak ties“ (Granovetter 1973), deren Stärke darin liegt, dass sie besonders wegen ihres losen Charakters – beispielsweise themengebunden und zeitweilig – Austausch von Informationen über bestehende engere Beziehungskreise („strong ties“) hinaus ermöglichen und so flexible Bindungen zu anderen Beziehungskreisen erlauben (vgl. ebd; Campbell und Kwak 2011, Ellison et al. 2007, Vitak et al. 2011). Das für soziale Online-Netzwerke typische Ineinandergreifen von „weak“ und „strong ties“ verwischt außerdem die Grenzen zwischen öffentlich-formeller und privat-informeller Sphäre. Gesellschaftlich relevante Inhalte sucht man hier nicht so sehr gezielt,

sondern man begegnet ihnen im Kontext alltagsweltlicher Nutzung (vgl. Bimber et al. 2005, 2012, Davis und Jurgenson 2014, Weinstein 2014). Kultur – und auch politische Kultur – hat „immer etwas mit alltagsweltlicher Bedeutungsproduktion zu tun“ (Hepp 2011: 4), und diese geschieht dank ihres vernetzenden, distributiven und sozialitätsstiftenden Potentials zunehmend in den digitalen Netzwerken (Dang-Anh et al. 2013). Mit der Etablierung des Internets und der digitalen Netzwerke erweitert sich nicht nur der Raum, den es zur Informationsgewinnung zu scannen gilt, wie es Schudson (2004) beschrieb: „the Internet gives the ordinary citizens new tools for gathering information and expressing views“ (ebd.: 57) – die Aneignung digitaler Netzwerke verändert die Dynamiken von Alltags- und politisch-gesellschaftlicher Lebenswelt fundamental und damit die Art und Weise, wie sich die miteinander verwobenen Beziehungen zwischen Politik, Medien und Bürger\*innen gestalten: „They force us to rethink the relationship between citizen and state in the twentieth-first century under a wholly different light. [...] Digital network communication media have fundamentally changed the way in which monitorial citizens act politically“ (Navarria 2019: 16), was den Autor zu der bereits erwähnten Umbenennung derselben bewegt: „Schudson’s monitorial citizen has moved into a new type of citizen, whose principal characteristic is not to be monitorial, but networked“ (Navarria 2019: 16) – den „networked citizen“. Und tatsächlich: Wenn medienvermittelte Interaktionen als Möglichkeit erlebt werden, themenbasiert gemeinsame Zielvorstellungen auszubilden, und wenn sie die Bereitschaft erhöhen, sich für diese zu engagieren, dann hat dies Relevanz für die intermediären Akteure. Die im Kontext der kollektiven Handlungslogik essenziellen Akteure könnten durch ein Repertoire gesellschaftlicher Aktivitäten konnektiven Charakters unter Druck geraten, und digitale Netzwerke könnten jene zentrale organisatorische Funktion einnehmen, die in der kollektiven Handlungslogik den traditionellen politischen Organisationen zukommt, jedoch ohne deren hohen Aufwand an Mobilisierung von Ressourcen betreiben zu müssen, um Menschen zu gesellschaftlichem Engagement zu bewegen (Bimber et al. 2012; Bennett und Segerberg 2013). So diese Annahme zuträfe, wären Online-Netzwerke bei intensiver Nutzung nicht bloß Mittel zur Herstellung medienvermittelter Interaktionen, sondern zentrale Organisationseinheiten, die die erwünschte Konnektivität sichern (Bennett und Segerberg 2013; Earl und Kimport 2011; Shirky 2008). Darauf deuten neben den Ergebnissen des *Reuters Digital News Report* (Newman et al. 2019) auch die Befunde von Beaufort und Seethaler (2020) hin, deren zeitvergleichende Mehrebenenanalysen EU-weiter Umfragen des Eurobarometer einen konnektiver Handlungslogik entsprechenden, hoch signifikanten Zusammenhang zwischen der generellen, alltagsweltlichen Nutzung sozialer Medien und zivilgesellschaftlichem Engagement im Sinne

eines partizipatorischen Demokratieverständnisses zeigen, während Vergleichsstudien keinerlei linearen oder auch nur konsistenten Zusammenhang zwischen der Nutzung sozialer Medien und der Bereitschaft zu liberal-repräsentativer politischer Partizipation feststellen konnten (vgl. dazu auch Bimber et al. 2014; Boulianne 2020; Vaccari 2013). Auch die für die alltagsweltliche Nutzung sozialer Online-Netzwerke typische Auflösung der für eine liberal-repräsentative Öffentlichkeit konstitutiven Grenzen zwischen öffentlicher und privater Sphäre (vgl. Weinstein 2014) und die damit einhergehende veränderte Rolle von Emotionen im gesellschaftlichen Diskurs deuten in Richtung einer entsprechenden Verschiebung der Handlungslogiken (vgl. Wessler 2018; Beaufort und Seethaler 2020). Schließlich bieten die Ergebnisse Indizien dafür, dass die Organisationsleistung digitaler Netzwerke an die Stelle der bisher als Triebkraft für politische Beteiligung fungierenden traditionellen politischen Organisationen getreten sein könnte (Beaufort und Seethaler 2020). Jarren (2019) diagnostiziert mit Blick auf Online-Netzwerke jedenfalls einen fundamentalen Institutionalisierungsprozess, der ihnen Macht verleiht, die die Macht anderer Akteure einschränkt.

Ungeachtet dessen und trotz rückläufiger Tendenzen informiert sich dennoch der Großteil der an Nachrichten interessierten Bevölkerung (der Anteil derjenigen, die Informationsnutzung oft verweigern ,liegt bei 6 %, der derjenigen, die sie manchmal verweigern allerdings bei 25 %) aus den traditionellen Massenmedien und den dazugehörigen Onlineangeboten (Newman et al. 2019) und hier – gemäß Daten des *Reuters Digital News Reports für Österreich 2020* – in besonderem Maße durch Fernseh- (63,3 %) und Radionachrichtenprogramme (57,3 %) und aus gedruckten Zeitungen (48,5 %).

Diese haben sich in Österreich allerdings zum Teil schon vor, spätestens aber seit dem 19. Jahrhundert in einer funktionalen Nähe zu anderen Akteuren des liberal-repräsentativen intermediären Systems (wie Parteien und Verbänden) entwickelt. Damit wurden sie nicht nur Teil eines „media-party parallelism“, sondern auch zu Vermittlungsinstanzen im liberal-repräsentativen Gefüge (Hallin und Mancini 2004, Seethaler und Melischek 2015).

Wenngleich der Proporz, ein für die österreichische Innenpolitik besonders charakteristisches System, wonach die Beteiligung politischer Parteien an Gremien, Regierungen und Ämtern proportional, also entsprechend der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse, zu erfolgen hat, im – damals am audiovisuellen Informations- und Nachrichtensektor quasi-monopolistischen – öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dem *ORF*, bereits 1966 abgeschafft wurde, hat dies nichts am praktizierten „Politics in Broadcasting“-System (Kelly 1983) geändert. Zwar dürfen im Stiftungsrat, dem Leitungs- und Kontrollorgan des *ORF*, seit 2001 politische Mandatäre nicht mehr vertreten sein, der Bestellungsmodus der

35 Stiftungsräte über Vorschlag der Regierungsparteien und der Länderververtretungen führt aber realiter zu einer Repräsentanz, die die aktuellen politischen Machtverhältnisse spiegelt. Im Ergebnis kann eine Unabhängigkeit von parteipolitischen Kalkülen kaum gegeben sein, die Machtradien politischer Eliten reichen weit in die redaktionellen Strukturen (vgl. Plasser und Lengauer 2010; Plasser und Palaver 2017; Seethaler und Beaufort 2019); gleichwohl ist die Unabhängigkeit von politischen Parteien und wirtschaftlichen Lobbys nach dem *ORF*-Gesetz verpflichtend, während in allen anderen Medienbereichen (mit Ausnahme des verbesserungswürdigen Transparenzgesetzes aus dem Jahr 2012 zur Offenlegung von staatlichen Anzeigenaufträgen) keine gesetzliche Regelung existiert, um einer Verstrickung in die politische Sphäre vorzubeugen. Aber auch durch eine lange Geschichte des Presse-Partei-Parallelismus (vgl. Plasser 2010; Seethaler und Melischek 2006, 2015) ist die politische Unabhängigkeit der traditionellen Massenmedien mehr als in vielen anderen westeuropäischen Ländern einem Risiko ausgesetzt (vgl. Seethaler und Beaufort 2019), die Bezogenheit auf Akteure des liberal-repräsentativen Systems evident und eine inhaltliche Ausrichtung im Sinne einer kollektiven Handlungslogik naheliegend.

Seethaler (2015) konnte im Rahmen der bereits erwähnten cross-medialen Inhaltsanalyse zur politischen Informationsleistung der österreichischen Medien (vgl. dazu auch Seethaler und Beaufort 2015) zeigen, dass bezogen auf ein aus 36 Medien der Sektoren Print, Radio, Fernsehen und Online bestehendes Sample, die tagesaktuelle Berichterstattung in weiten Teilen ein liberal-repräsentatives Rollenverständnis erkennen lässt, wobei der Autor auf die Notwendigkeit weiterer und genauerer Analysen verweist, denn offenbar „treten zaghaft deliberative und partizipatorische Maßstäbe neben sie“ [Anm.: neben die liberal-repräsentativen Qualitätsmaßstäbe] (Seethaler 2015b: 79). Die vorliegende Arbeit möchte diese Forderung durch einen Zeitvergleich auf Angebotsseite einlösen.

#### *2.2.4.2 Die Rolle(n) der Medien aus regulatorischer Perspektive*

Lange galt der *ORF* als die stabile Konstante des Mediensystems, die über die Mainstreamphase in den 1980er Jahren hinaus der politisch-gesellschaftlichen, nicht zuletzt durch einen ausgeprägten Medien-Parteien-Parallelismus gekennzeichneten Öffentlichkeit in Österreich ihren Stempel aufdrückte (vgl. Plasser und Lengauer 2010). Die Dualisierung des Rundfunksektors, die in Österreich erst 1998 (Radio) bzw. 2001 (Fernsehen) erfolgt ist, beendete nicht nur die Monopolstellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks später als in anderen europäischen Ländern, sondern prägt den Rundfunksektor angebots- und nutzungsseitig bis heute. Unterdessen kam es in den rechtlichen Grundlagen, die gesellschaftliche Entwicklungen für gewöhnlich mit zeitlicher Verzögerung widerspiegeln, zu

einem bemerkenswerten *Paradigmenwechsel* (vgl. bspw. Hummel 2008). Mit dem Bundesverfassungsgesetz aus 1974 wurde dem Rundfunk die Erfüllung einer *öffentlichen Aufgabe* zuerkannt, und auch Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) schreibt für Medien als „public watchdog“ eine besondere demokratische Verantwortung fest – und damit die Erfüllung einer *öffentlichen Aufgabe*. Demnach ist es nicht mehr nur selbstaufgelegter journalistischer Anspruch, sondern die Öffentlichkeit hat das Recht, über Angelegenheiten des öffentlichen Lebens durch Medien informiert zu werden (vgl. Holoubek et al. 2014: 65-67). „Unter den möglichen Interpretationen der Medienfreiheit hat sich also in der europäischen Rechtsprechung eine funktionale Interpretation im Sinne der Sicherung einer öffentlichen, konkurrierenden Meinungs- und Willensbildung durchgesetzt“ (vgl. Beaufort und Seethaler 2017: 49). Dieses für die zu erbringende Medienleistung folgenreiche Rechtsverständnis wird von Hummel (2008) im Sinne einer „Transformation der Rollenzuschreibung vom Instrument der Hervorbringung demokratischer Öffentlichkeit oder von einer Kulturinstitution hin zur Ware und Dienstleistung“ diskutiert (ebd.: 167). Zudem differenziert sich der österreichische Rundfunkjournalismus weiter aus: Wenngleich vor allem der Fernsehsektor noch lange nach der Dualisierung von seiner öffentlich-rechtlichen Spielart geprägt war, haben im letzten Jahrzehnt nicht nur privat-kommerzielle Fernseh- und Radioanbieter zunehmend Fuß gefasst, es etablierten sich auch nicht-kommerzielle private Rundfunkveranstalter, die dem Bereich der *Community Medien* zuzurechnen sind, sowie neue Formen von Community-Journalismus im Print- und Onlinesektor (vgl. Beaufort und Seethaler 2017; Fairchild 2001; Robinson 2013). Die Abgrenzung des öffentlich-rechtlichen Auftrags vom Programmangebot privater Veranstalter, die auch zu einer Novellierung des *ORF*-Gesetzes beigetragen hat, führte weiters zu eigenen Programmgrundsätzen und Förderungsschienen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, den privat-kommerziellen Rundfunk und den nicht-kommerziellen privaten Rundfunk – auch wenn in Österreich nur ein duales Rundfunksystem, aber nicht die real existierenden drei Säulen gesetzlich verankert sind. Diese enthalten umfangreich kodifizierte inhaltliche Leistungszuschreibungen, die einen verbindlichen rechtlichen Rahmen für die Programmqualität bilden.

Inwieweit diese Grundsätze und Vorgaben ihren Ursprung in der Demokratietheorie haben und sich daraus unterschiedliche Rollen- und Funktionszuschreibungen ableiten lassen, gilt es nachfolgend darzustellen (in Anlehnung an Beaufort und Seethaler 2017). Jedenfalls erlaubt eine solche Analyse – davon ausgehend, dass Rechtsdokumente gesellschaftlichen Wandel kodifizieren – eine Gradmessung medienpolitischer Realität. Ausgangspunkt sind die gesetzlich festgeschriebenen öffentlich-rechtlichen Programmgrundsätze – der Kernauftrag des

ORF (die Grundsätze gelten in dieser Form nicht für Spartenprogramme und das Onlineangebot), dem Anforderungen an den kommerziell-privaten Rundfunk und den nicht-kommerziellen Rundfunk gegenübergestellt sind, wie sie in den Förderungsrichtlinien der österreichischen *Rundfunk- und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR)* formuliert sind. Die Übersicht in Tabelle 2.4 gruppiert ähnliche Anforderungen und führt diese zusammen. Nicht berücksichtigt werden sehr allgemein gehaltene Grundsätze oder solche, die nicht zur Unterscheidung spezifischer, demokratisch relevanter Rollenzuschreibungen geeignet sind, wie beispielsweise „hohe Qualität“, „innovativer Charakter“, die Trennung von redaktionellen und von Dritten bezahlten Inhalten, formale Anforderungen und Ähnliches. Die Gegenüberstellung soll systematische Unterschiede aufzeigen und diese mit ihren Implikationen für die demokratische Medienleistung in Beziehung setzen.

**Tabelle 2.4.** *Regulatorische Perspektive: Programmgrundsätze und Förderungsrichtlinien (Österreich)*

| Öffentlich-rechtlicher Rundfunk  | Quelle          | Privater Rundfunk  |  | Quelle   |
|--|-----------------|--|--|--|
|  |                 | Privat – kommerziell   | Privat – nicht-kommerziell   |  |
| <b>I. Zielsetzungen</b>  |                 |  |  |  |
| Umfassende Information der Allgemeinheit über alle wichtigen politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und sportlichen Fragen   | §4(1)<br>ORF-G  | Information der Bevölkerung: Themen aus gesellschaftlich relevanten Themenkreisen wie insbesondere Innen- und Außenpolitik, Wirtschaft, europäische Integration, Gesundheit, Chronik, Forschung, Sport und Kultur; Darstellung des öffentlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens im Versorgungsgebiet; besonderer Beitrag zur [aktuellen] lokalen und regionalen Berichterstattung |  | PRRF-RL<br>1.1;<br>NKRF-RL<br>1.1;<br>§16(2)<br>PrR-G;<br>§41(2)<br>AMD-G;<br>PRRF-RL<br>2.1.10;<br>NKRF-RL<br>2.1.3,<br>2.1.7 |
| Umfassende Information soll zur freien individuellen und öffentlichen Meinungsbildung im Dienste des mündigen Bürgers und damit zum demokratischen Diskurs der Allgemeinheit beitragen | §10(4)<br>ORF-G |  | Förderung des zivilgesellschaftlichen Diskurses und des sozialen Zusammenhalts | NKRF-RL<br>2.1.3   |
| Förderung des Verständnisses für alle Fragen des demokratischen Zusammenlebens   | §4(1)<br>ORF-G  | Beitrag zur Integration, Gleichberechtigung und Verständigung  | Beitrag zur gesellschaftlichen Solidarität, Gleichberechtigung,                | PRRF-RL<br>2.1.6   |

|   |                 |  |   |  |
|---|-----------------|--|---|--|
| Um Integration, Gleichberechtigung und Verständigung bemühen  | §10(3)<br>ORF-G |  | Menschenwürde und Demokratie  |  |
| Förderung der österreichischen Identität im Blickwinkel der europäischen Geschichte und Integration                 | §4(1)<br>ORF-G  | Förderung des österreichischen und europäischen Bewusstseins                     |   | PRRF-RL<br>1.1;<br>NKRF-RL<br>1.1      |
| Förderung der österreichischen Sprache und Kultur   | §6b<br>ORF-G    | Besonderheiten der österreichischen Sprache/des österreichischen Sprachgebrauchs |   | PRRF-RL<br>2.1.10;<br>NKRF-RL<br>2.1.3 |
| Förderung des Verständnisses für die europäische Integration  | §4(1)<br>ORF-G  |  | Förderung des Verständnisses für die europäische Integration und das internationale Zusammenleben und Vermittlung europäischer oder internationaler Themen  | NKRF-RL<br>2.1.3                       |
| Im Dienste von Wissenschaft und Bildung stehen  | §10(9)<br>ORF-G |  |   |  |
| Verbreitung und Förderung von Volks- und Jugendbildung unter besonderer Beachtung der Schul- und Erwachsenenbildung | §4(1)<br>ORF-G  | Bildung der Bevölkerung  |   | PRRF-RL<br>1.1;<br>NKRF-RL<br>1.1      |
| Förderung des Interesses der Bevölkerung an aktiver sportlicher Betätigung  | §4(1)<br>ORF-G  |  |   |  |
|   |                 |  | Stärkung des offenen Zugangs und von Anliegen der Zivilgesellschaft: Möglichkeit zur freien Meinungsäußerung und Informationsvermittlung für alle Personen und Gruppen innerhalb des gesetzlichen Rahmens                                       | NKRF-RL<br>2.1, 2.1.2                  |
|   |                 |  | Partizipation der Bevölkerung: Einladung an das Publikum zur aktiven Beteiligung; Bereitstellung von Plattformen, Trainings-, Produktions- und Verteilungsmöglichkeiten; Gestaltung der Sendung erfolgt unter Einbindung oder Mitwirkung der im | NKRF-RL<br>1.1, 2.1.2.<br>2.1.3        |

|   |                |  |  |  |  |
|---|----------------|--|--|--|--|
|   |                |  | Verbreitungsgebiet<br>ansässigen Bevölkerung   |  |  |
|   |                |  | Beitrag zur intensiven<br>Vernetzung der<br>unterschiedlichen<br>sozialen, kulturellen und<br>zivilgesellschaftlich<br>relevanten Vereine,<br>Initiativen und<br>Einrichtungen | NKRF-RL<br>2.1.3   |  |
|   |                |  | Transparenz:<br>Organisation, Abläufe<br>sowie Auswahl- und<br>Gestaltungskriterien für<br>Programm- bzw.<br>Sendeinhalte<br>nachvollziehbar und<br>nachprüfbar                | NKRF-RL<br>2.1.2   |  |
|   |                |  | Erhöhung der<br>Medienkompetenz<br>breiterer<br>Bevölkerungsschichten<br>und des kritischen<br>Umgangs mit Medien und<br>ihren Inhalten  | NKRF-RL<br>2.1.3   |  |
| <b>II. Spezifische Programmangebote</b>   |                |  |  |  |  |
| Information über die<br>Bedeutung, Funktion und<br>Aufgaben des<br>Bundesstaates sowie die<br>Förderung der regionalen<br>Identitäten der<br>Bundesländer | §4(1)<br>ORF-G | Erhaltung, Stärkung und Weiterentwicklung der<br>österreichischen, insbesondere der regionalen<br>und lokalen Identität im europäischen Kontext;<br>österreichische, regionale oder lokale Prägung | Identitätsstiftende<br>Wirkung für<br>regional/lokal<br>definierte<br>Zielgruppen  | Kommunikationsmittel im<br>lokalen und regionalen<br>Raum und Unterstützung<br>der regionalen<br>Entwicklung | PRRF-RL<br>2.1.3,<br>2.1.10;<br>NKRF-RL<br>2.1.3<br>PRRF-RL<br>2.1.10;<br>NKRF-RL<br>2.1.2 |
| Förderung des<br>Verständnisses für<br>wirtschaftliche<br>Zusammenhänge   | §4(1)<br>ORF-G |  |  |  |  |
| Förderung des<br>Verständnisses für Fragen<br>der europäischen<br>Sicherheitspolitik und der<br>umfassenden<br>Landesverteidigung                         | §4(1)<br>ORF-G |  |  |  |  |
| Vermittlung und Förderung<br>von Kunst, Kultur und<br>Wissenschaft  | §4(1)<br>ORF-G |  |  | Dem kulturellen,<br>künstlerischen und<br>kulturpolitischen Diskurs<br>breiten Raum widmen                   | NKRF-RL<br>2.1.3   |
| Vermittlung eines<br>vielfältigen kulturellen<br>Angebots   | §4(1)<br>ORF-G | Förderung der österreichischen Kultur, der<br>kulturellen Vielfalt; Erstellung und Ausstrahlung  |  |  | PRRF-RL<br>1.1, 2.1.1;   |

|  |                                      |  |                                       |
|--|--------------------------------------|--|---------------------------------------|
|  |                                      | von Kulturgütern österreichischer und europäischer Prägung                   | NKRF-RL<br>1.1, 2.1                   |
| Angemessene Berücksichtigung und Förderung der österreichischen künstlerischen und kreativen Produktion  | §4(1)<br>ORF-G                       | Belebung der kreativen Szene in Österreich                                   | PRRF-RL<br>2.1.1;<br>NKRF-RL<br>2.1.3 |
| Auftraggeber, Arbeitgeber und Forum österreichischer Kreativität und Gegenwartskunst   | §10(8)<br>ORF-G                      |  |                                       |
| Förderung europäischer Werke   | §11, 12<br>ORF-G                     | Förderung europäischer Werke (nur für audiovisuelle Mediendienste auf Abruf) | §40(1)<br>AMD-G                       |
| Angemessene Berücksichtigung und Förderung sozialer und humanitärer Aktivitäten, einschließlich der Bewusstseinsbildung zur Integration behinderter Menschen in der Gesellschaft und am Arbeitsmarkt                               | §4(1)<br>ORF-G                       |  |                                       |
| Darbietung von Unterhaltung [Unterhaltung soll nicht nur die unterschiedlichen Ansprüche berücksichtigen, sondern auch den Umstand, dass sie wie kaum ein anderer Bereich Verhaltensweisen, Selbstverständnis und Identität prägt] | §4(1)<br>ORF-G<br>[§10(10)<br>ORF-G] |  |                                       |
| <b>III. Diversität der Bevölkerung im Programmangebot</b>  |                                      |  |                                       |
| Angemessene Berücksichtigung aller Altersgruppen   | §4(1)<br>ORF-G                       | Identitätsstiftende Wirkung für altersmäßig definierte Zielgruppen           | PRRF-RL<br>2.1.10                     |
| Angemessene Berücksichtigung der Anliegen behinderter Menschen   | §4(1)<br>ORF-G                       |  |                                       |
| Angemessene Berücksichtigung der Anliegen der Familien und der Kinder sowie der  | §4(1)<br>ORF-G                       |  |                                       |

|   |                 |  |   |  |
|---|-----------------|--|---|--|
| Gleichberechtigung von Frauen und Männern   |                 |  |   |  |
| Angemessene Berücksichtigung der Bedeutung der gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften   | §4(1)<br>ORF-G  |  |   |  |
| Erstellung angemessener Programmanteile in den Volksgruppensprachen jener Volksgruppen, für die ein Volksgruppenbeirat besteht  | §4(5a)<br>ORF-G | Besonderheiten der Sprachen der in Österreich anerkannten Volksgruppen berücksichtigen   | NKRF-RL<br>2.1.3                                  |  |
| <b>IV. Journalistische Gestaltungsrichtlinien</b>   |                 |  |   |  |
| Bedachtnahme auf die kulturelle Eigenart, die Geschichte und die politische und kulturelle Eigenständigkeit Österreichs   | §4(4)<br>ORF-G  |  |   |  |
| Bedachtnahme auf den föderalistischen Aufbau der Republik   | §4(4)<br>ORF-G  |  |   |  |
| Angebot an Information, Kultur, Unterhaltung und Sport hat sich an der Vielfalt der Interessen aller Hörer und Seher zu orientieren und sie ausgewogen zu berücksichtigen   | §4(2)<br>ORF-G  | Eigenständiges, auf die Interessen im Verbreitungsgebiet Bedacht nehmendes Programmangebot   | §6(2)<br>[analog]<br>PrR-G                        |  |
| Objektive Auswahl und Vermittlung von Informationen in Form von Nachrichten und Reportagen einschließlich der Berichterstattung über die Tätigkeit der gesetzgebenden Organe und ggf. Übertragung ihrer Verhandlungen | §4(5)<br>ORF-G  | Den Grundsätzen der Objektivität entsprechen   | §16§(1)<br>[digital]<br>PrR-G;<br>§41(1)<br>AMD-G |  |
| Information hat umfassend, unabhängig, unparteilich und objektiv zu sein  | §10(5)<br>ORF-G |  |   |  |
| Nachrichten und Berichte sind sorgfältig auf Wahrheit und Herkunft zu prüfen, Nachricht und Kommentar deutlich voneinander zu trennen   | §10(5)<br>ORF-G | Nachrichten haben anerkannten journalistischen Grundsätzen zu entsprechen und sind vor ihrer Verbreitung mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf Wahrheit und Herkunft zu prüfen | §16(5)<br>[digital]<br>PrR-G;<br>§41(5)<br>AMD-G  |  |
| Eigene Kommentare, Sachanalysen und Moderationen unter  | §4(5)<br>ORF-G  |  |   |  |

|  |                  |   |   |
|--|------------------|---|---|
| Wahrung des Grundsatzes der Objektivität   |                  |   |   |
| Kommentare, Analysen und Moderationen haben sachlich zu sein und auf nachvollziehbaren Tatsachen zu beruhen  | §10(7)<br>ORF-G  |   |   |
| Wiedergabe und Vermittlung von für die Allgemeinheit wesentlichen Kommentaren, Standpunkten und kritischen Stellungnahmen unter angemessener Berücksichtigung der Vielfalt der im öffentlichen Leben vertretenen Meinungen | §4(5)<br>ORF-G   | Beitrag zur Meinungsvielfalt  | §6(1)<br>[analog]<br>PrR-G  |
|  |                  | Beitrag zu meinungsvielfältigem Angebot – Vorrang für Programme mit Beiträgen, die einen Bezug zum Versorgungsgebiet aufweisen  | §15a(1)<br>[digital]<br>PrR-G   |
|  |                  | Den Grundsätzen der Meinungsvielfalt entsprechen; den im Versorgungs-/Verbreitungsgebiet wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen nach Maßgabe redaktioneller Möglichkeiten Gelegenheit zur Darstellung ihrer Meinungen geben | §16(2)<br>[digital]<br>PrR-G;<br>§41(1),<br>§41(2)<br>AMD-G   |
| Vielfalt der im öffentlichen Leben vertretenen Meinungen ist angemessen zu berücksichtigen   | §10(6)<br>ORF-G  | Durch kontroversielle und umfassend recherchierte Berichterstattung besonders zur Meinungsvielfalt beitragen  | Freie Meinungsäußerung; Berücksichtigung von in den Medien ansonsten unterrepräsentierten zivilgesellschaftlichen Gruppierungen oder Sprachen                                   |
|  |                  |   | PRRF-RL<br>2.1.6;<br>NKRF-RL<br>2.1.3   |
| <b>V. Allgemeine ethische Anforderungen</b>  |                  |   |   |
| Menschenwürde und die Grundrechte anderer achten   | §10(1)<br>ORF-G  | Die Menschenwürde und die Grundrechte anderer achten  | §16(4)<br>[digital]<br>PrR-G  |
| Menschenwürde, Persönlichkeitsrechte und Privatsphäre des Einzelnen achten   | §10(6)<br>ORF-G  |   | Eintreten gegen jede Form der Diskriminierung und für gesellschaftliche Solidarität, freie Meinungsäußerung, Meinungsvielfalt, Gleichberechtigung, Menschenwürde und Demokratie |
|  |                  |   | NKRF-RL<br>2.1.2  |
| Nicht zu Hass auf Grund von Rasse, Geschlecht, Alter, Behinderung, Religion und Nationalität aufreizen   | §10(2)<br>ORF-G  | Nicht zu Hass auf Grund von ethnischer Herkunft, Geschlecht, Behinderung, Religion und Nationalität aufreizen   | §16(4)<br>[digital]<br>PrR-G  |
| Keine Inhalte, die die körperliche, geistige oder sittliche Entwicklung von Minderjährigen ernsthaft beeinträchtigen können, insbesondere solche, die Pornografie oder grundlose Gewalttätigkeiten zeigen                  | §10(11)<br>ORF-G | Kein pornographischer oder gewaltverherrlichender Inhalt  | §16(3)<br>[digital]<br>PrR-G;<br>§42(1)<br>AMD-G  |
|  |                  | Keine Sendungen, die die körperliche,   | §42(1)<br>AMD-G   |

|   |                  |   |                 |
|---|------------------|---|-----------------|
|   |                  | geistige oder<br>sittliche Entwicklung<br>von Minderjährigen<br>ernsthaft<br>beeinträchtigen<br>können,<br>insbesondere<br>solche, die<br>Pornografie oder<br>grundlose<br>Gewalttätigkeiten<br>zeigen  |                 |
| Bei Sendungen, die die<br>körperliche, geistige oder<br>sittliche Entwicklung von<br>Minderjährigen<br>beeinträchtigen können, ist<br>durch die Wahl der<br>Sendezeit oder sonstige<br>Maßnahmen dafür zu<br>sorgen, dass diese<br>Sendungen von<br>Minderjährigen<br>üblicherweise nicht gesehen<br>oder gehört werden | §10(12)<br>ORF-G | Bei<br>Fernsehsendungen,<br>die die körperliche,<br>geistige oder<br>sittliche Entwicklung<br>von Minderjährigen<br>beeinträchtigen<br>können, ist durch<br>die Wahl der<br>Sendezeit oder<br>durch sonstige<br>Maßnahmen<br>sicherzustellen,<br>dass diese<br>Sendungen von<br>Minderjährigen<br>üblicherweise nicht<br>wahrgenommen<br>werden | §42(2)<br>AMD-G |

Anmerkung. (Beaufort und Seethaler 2017).

Mit Blick auf Tabelle 2.4 zeigt sich zunächst ein sehr umfangreiches Anforderungsprofil an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, während die Erwartungen an den privat-kommerziellen Rundfunk wesentlich geringer sind, an den finanzschwachen nicht-kommerziellen Rundfunk jedoch umfangreicher als an den privat-kommerziellen. Von beiden Formen privaten Rundfunks wird – ähnlich dem *ORF* – erwartet, dass sie ihr Publikum über das öffentliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben im Verbreitungsgebiet informieren und zur Meinungsvielfalt beitragen, dass sie das österreichische und europäische Bewusstsein fördern und zu gesellschaftlicher Integration und Gleichberechtigung beitragen, die kulturelle Vielfalt fördern und der Bildung der Bevölkerung dienen. Ein substanzieller Unterschied besteht hinsichtlich der geopolitischen Wirkebenen: Während dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk neben der nationalen Ebene (die priorisiert werden soll) die regionale Ebene zugeordnet ist, soll es dem privat-kommerziellen Rundfunk zunächst um regionale und nachgereicht lokale

Identitäten gehen und der nicht-kommerzielle private Rundfunk soll seinen Fokus – in dieser Reihenfolge – auf den lokalen und regionalen Raum richten. Im Hinblick auf Identitätsstiftung und Meinungsvielfalt soll der öffentlich-rechtliche Rundfunk die „Vielfalt der im öffentlichen Leben vertretenen Meinungen“ berücksichtigen, der private Rundfunk aber „den im Versorgungsgebiet wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen [...] Gelegenheit zur Darstellung ihrer Meinungen geben“. Aus demokratietheoretischer Perspektive sind die Zuteilungen zu geopolitischen Ebenen insofern aufschlussreich, als partizipatorische Vorstellungen von Demokratie häufig die Schnittstelle, den Übergang von Formen direkter Teilhabe zu repräsentativen Modi zwischen der lokalen und nationalen Ebene anlegen.

Gemäß *ORF*-Gesetz geht es im Kern um „Vermittlung“ von Informationen an „mündige“ Bürger\*innen, die „umfassend, unabhängig, unparteilich und objektiv“ sein und die „Vielfalt der im öffentlichen Leben vertretenen Meinungen“ – „in der Praxis zumeist als Positionen der im Parlament vertretenen Parteien interpretiert“ (Beaufort und Seethaler 2017: 53) – „angemessen“ und „ausgewogen“ berücksichtigen soll. Sogar Kommentare, Analysen und Moderationen sollen „sachlich“ sein und „auf nachvollziehbaren Tatsachen“ beruhen. Besonders hervorgehoben wird die Vermittlung wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Fragen. All das lässt ein liberal-repräsentatives Rollenverständnis erkennen, das den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als reinen Intermediär zwischen politischem System und Staatsbürger\*innen als „informed citizens“ verortet (vgl. Jarren und Donges 2011). Ein Gedanke der partizipatorischen Demokratie ist in den Programmgrundsätzen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit der demographischen Diversität angesprochen, die eine „angemessene Berücksichtigung“ aller Altersgruppen, gesetzlich anerkannter Religionsgemeinschaften, der Anliegen von behinderten Menschen, Familien und Kindern „sowie der Gleichberechtigung von Frauen und Männern“ fordert und dem Qualitätsmerkmal der strukturellen Diversität (Jandura und Friedrich 2014; Napoli 1999) entspricht.

Bemerkenswert in den Richtlinien des privat-kommerziellen Rundfunks ist erstens die Forderung nach einer „identitätsstiftenden Wirkung für altersmäßig definierte Zielgruppen (als einziges demografisches Diversitätsmerkmal), da der Wandel des Demokratieverständnisses wesentlich von der Generationszugehörigkeit getragen wird“ (Beaufort und Seethaler 2017: 58; vgl. Bennett und Segerberg 2013). Zweitens fällt auf, dass der Beitrag zur Meinungsvielfalt des privat-kommerziellen Rundfunks nicht nur in der „sachlichen“ und „ausgewogenen“ Wiedergabe gesellschaftlich relevanter Meinungen (wie beim *ORF*) oder in der Ermöglichung eines öffentlichen Diskurses und einer möglichst breiten Teilhabe (wie beim nicht-kommerziellen Rundfunk) gesehen wird, sondern auch in einer „kontroversiellen“

Berichterstattung: ein journalistisches Gestaltungsmerkmal, wie es der partizipatorischen Vorstellung eines diversen öffentlichen Diskurses entspricht.

Dennoch ist es vor allem der nicht-kommerzielle Rundfunk in dessen Förderungsrichtlinien der Partizipationsgedanke augenfällig wird, denn dort geht es um einen offenen Zugang zur freien Meinungsäußerung, um die Förderung des zivilgesellschaftlichen Diskurses, in den besonders „unterrepräsentierte Gruppierungen oder Sprachen“ einbezogen werden sollen, um die Ermächtigung zur aktiven Teilhabe an politischen Prozessen und am gesellschaftlichen Leben im Verbreitungsgebiet, um die Vernetzung sozialer, kultureller und zivilgesellschaftlicher Initiativen, um die Nachvollziehbarkeit redaktioneller Prozesse und um die Verwirklichung eines medienkonvergenten Verständnisses, das (im Unterschied zur vorherrschenden Praxis in den sozialen Medien) persönliche Verantwortlichkeit, Transparenz und im Radio- bzw. Fernsehstudio einen realen Begegnungsort kennt und auch damit kritische Medienkompetenz vermittelt (vgl. Beaufort und Seethaler 2017). Von keinem anderen Angebotstyp wird dieses erwartet. Die Förderungsrichtlinien zielen hier nicht nur in Richtung einer lebendigen, ineinandergreifenden Beziehung zwischen Medienmachern und Publikum, sondern lassen neben dem Fokus auf die lokale Ebene auch deutlich den umfassenden – bottom-up – Inklusionsgedanken partizipatorischer Demokratieverständnisse erkennen und damit den Leitgedanken eines *empowered citizen*.

Die vergleichende Auswertung der rechtlich verbindlichen Vorgaben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der medienbehördlichen Förderungsrichtlinien für den privat-kommerziellen und nicht-kommerziellen österreichischen Rundfunk zeigt ein je nach Organisationsform unterschiedlich gewichtetes Spektrum kommunikativer Anforderungen, das neben den „klassischen“ Informations-, Meinungs-, Bildungs- und Unterhaltungsformaten auch Orientierungs- und Kontaktformate vorsieht, die mit journalistischen Interpretations- und Diskussionsleistungen ebenso einhergehen, wie mit einer Befähigung der Menschen zu politisch-gesellschaftlicher Teilhabe, entsprechend der Forderung partizipatorischer Ansätze (vgl. Beaufort und Seethaler 2017). Demgemäß werden divergente Vorstellungen von Öffentlichkeit und unterschiedliche Verständnisse von Demokratie als Legitimationsgrundlage der jeweiligen Organisationsformen erkennbar, die auch deren Wandel widerspiegeln. Unter dieser Perspektive betrachtet, entspricht der öffentlich-rechtliche Programmauftrag des *ORF* primär einem liberal-repräsentativen Rollenbild, der nicht-kommerzielle private Rundfunk erfüllt ein partizipatorisches Rollenbild, während in den Förderungsrichtlinien des privat-kommerziellen Rundfunks die Begriffe *Demokratie* und *demokratisch* gar nicht vorkommen. *Den einen* Rundfunk gibt es nach demokratietheoretisch fundierten Gesichtspunkten jedenfalls

nicht; hingegen scheinen in den bereits kodifizierten Grundsätzen mehrere Rollenbilder nebeneinander zu existieren, die sich mit einer gewissen Trennschärfe den Organisationsformen – nach Hasebrink und Schmidt (2013: 7) auch „Angebotstypen“ – zuordnen lassen und unterschiedlichen demokratischen Funktionen zugeschrieben werden können.

Im Gegensatz zum österreichischen Rundfunk kennen das österreichische Pressegesetz und die Presseförderung keine rechtlich derart vorgegebenen inhaltlichen Kriterien. Das trifft auch für den Onlinebereich zu, für den bisher zudem keine übergreifenden Instrumente der Selbstregulierung etabliert sind. Mit prominentester Ausnahme der *Kronen Zeitung* haben allerdings 105 österreichische Printmedien die Schiedsgerichtsbarkeit des Österreichischen Presserats anerkannt, der sich versteht als „moderne Selbstregulierungseinrichtung im Pressebereich, die der redaktionellen Qualitätssicherung sowie der Gewährleistung der Pressefreiheit dient“.<sup>9</sup> Dementsprechend unterwerfen sich die teilnehmenden Medien einer Charta<sup>10</sup>, einem Ehrenkodex für die österreichische Presse, die die Grundsätze für die publizistische Arbeit vorgibt. Sohin verpflichten sie sich, Verantwortung für „die in einer Demokratie lebensnotwendige Freiheit der Massenmedien“ zu tragen und sich um Genauigkeit und Korrektheit in der Recherche und Wiedergabe von Nachrichten und Kommentaren zu bemühen, was die Kennzeichnung von Zitaten und deren Urheberschaft (sofern diese nicht dem Quellenschutz unterworfen sind) ebenso mit einschließt wie die vollständige und richtige Berichterstattung aller wesentlichen, neuen Gesichtspunkte einer behandelten Angelegenheit (die *expressis verbis* auch richterliche und behördliche Entscheidungen umfasst). Wenn Informationen „von besonderem öffentlichen Interesse“ sind, dürfen allerdings auch verdeckte Methoden zur Anwendung gelangen. Öffentliches Interesse gilt hinsichtlich Personen des öffentlichen Lebens und/oder „wenn es um die Aufklärung schwerer Verbrechen, den Schutz der öffentlichen Sicherheit oder Gesundheit oder um die Verhinderung einer Irreführung der Öffentlichkeit geht“. Einzelne Themen, wie beispielsweise die Suizidberichterstattung, sollen eher vermieden, jedenfalls einer sorgfältigen Abwägung unterzogen werden. Den „Leserinnen und Lesern muss klar sein, ob es sich bei einer journalistischen Darstellung um einen Tatsachenbericht oder die Wiedergabe von Fremdmeinung(en) oder um einen Kommentar handelt“. Die Presse wird „ihrer besonderen Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit“ weiters nur dann gerecht, wenn Einzelinteressen von Medienmitarbeiter\*innen keinen Einfluss auf redaktionelle Inhalte haben. Eine Einflussnahme Außenstehender auf Inhalt oder Form eines redaktionellen Beitrags ist darüber hinaus unzulässig: Hier geht es um Interventionen und

---

<sup>9</sup> [https://www.presserat.at/show\\_content.php?hid=1](https://www.presserat.at/show_content.php?hid=1), [06.07.2020]

<sup>10</sup> [https://www.presserat.at/show\\_content.php?hid=2](https://www.presserat.at/show_content.php?hid=2), [06.07.2020]

Pressionen, um persönliche Vorteile und Geschenke, aber auch darum, dass „wirtschaftliche Interessen des Verlages [...] redaktionelle Inhalte nicht in einer Weise beeinflussen [dürfen], die Fehlinformationen oder Unterdrückung wesentlicher Informationen zur Folge haben könnten“. Die Aufzählung wird um Vorgaben zur lautereren Materialbeschaffung, zum Persönlichkeitsschutz und der Wahrung von Intimsphäre- und Anonymitätsinteressen ergänzt, wonach auch „persönliche Diffamierungen, Verunglimpfungen und Verspottungen“ nicht zulässig sind, ebenso wie „jede Diskriminierung wegen des Alters, einer Behinderung, des Geschlechts sowie aus ethnischen, nationalen, religiösen, sexuellen, weltanschaulichen oder sonstigen Gründen“ (vgl. für Details: Ehrenkodex für die österreichische Presse des Österreichischen Presserats)<sup>11</sup>. Es wird deutlich, dass die Vorgaben des Presserats primär auf Freiheit und Unabhängigkeit fokussieren und Medien darüber hinaus in der Vermittlerrolle transparenter, neutraler, richtiger und vollständiger Information sehen, die die Privatsphäre schützen und „zivil“ agieren sollen. Das „öffentliche Interesse“ ist eng definiert. Zusammengefasst zeichnet sich in besonderem Maße ein mediales Rollenbild ab, das einem liberal-repräsentativen Demokratieverständnis entspricht. Hinsichtlich des österreichischen Presserats bedarf es jedoch der Anmerkung, dass es sich lediglich um eine freiwillige Selbstregulierungseinrichtung handelt, die in Bezug auf die Einhaltung ihres Ehrenkodex nahezu keine Sanktionsgewalt innehat. Die Verbindlichkeit ist daher nicht mit den rechtlichen Vorgaben im Rundfunksektor vergleichbar.

Die Ausführungen haben gezeigt, dass unterschiedliche Medien auch aus regulatorischer Perspektive in unterschiedlichen demokratischen Rollen gesehen werden und unterschiedliche demokratische Funktionen bedienen sollen, sodass sich die Medienqualitätsforschung von der Annahme lösen sollte, „that the media are a single institution with a common democratic purpose. Different media should be viewed as having different functions within the democratic system, calling for different kinds of structure and styles of journalism.“ (Curran 2000: 140)

#### *2.2.4.3 Die Rolle(n) der Medien aus der Perspektive der Medienqualitätsforschung*

Nun können sich die Anforderungen an eine demokratische Medienqualität nicht in einer Liste formaler oder inhaltlicher Merkmale erschöpfen, die konkrete Medienproduzenten zu erfüllen haben (vgl. Hasebrink 2011), sodass sich die Medienqualitätsforschung bemüht hat, Anforderungen und Rollenzuschreibungen unterschiedlichster Perspektiven in normative Kriterienkataloge für die Kommunikationsleistung der Medien zu integrieren. Auch wenn

---

<sup>11</sup> [https://www.presserat.at/show\\_content.php?hid=2](https://www.presserat.at/show_content.php?hid=2) [06.07.2020]

weitgehend Einigkeit darüber besteht, dass „a key democratic function of news media is to provide people with the kind of information they need to ,be free and self-governing“ (Kovach und Rosenstiel 2014: 12; vgl. McQuail 1992; Patterson, 2013; Strömbäck, 2005), wird es kontrovers, sobald eine Definition versucht wird, welche Art von Information damit gemeint sein könnte (vgl. Williams und Delli Carpini 2011; Delli Carpini und Keeter 1996; Page 1996; Patersson 1998). McQuail und Deuze (2020) nennen als „sources of normative expectations from media“ neben der „social and political theory on the press“ die „professional theory and practice of journalism, the public as citizens (public opinion), the public as audience, the media market, the state and its agencies, interested parties in the society affected by media“ (ebs.: 381). Damit kommt eine Vielschichtigkeit zum Ausdruck, die sich mit Blick auf den Qualitätsbegriff fortsetzt. Eingangs (Kapitel 2.1) wurde in weitgehender Einigkeit mit der empirischen kommunikationswissenschaftlichen Qualitätsforschung ein relationaler, vieldimensionaler Qualitätsbegriff postuliert, „der sich auf die marktstrukturellen und redaktionellen Bedingungen und das Selbstverständnis der Kommunikatoren, die formalen und inhaltlichen Merkmale des Medienangebots sowie auf die Ansprüche und Erwartungen der Rezipienten im Kontext sowohl der funktional äquivalenten Medienauswahl als auch der individuellen Medienrepertoires beziehen kann“ (Weischenberg 2003: 169; ähnlich: Jacobsson und Jacobsson 2008). Medienqualität ist also keine Produkteigenschaft, sondern kann auf mehreren Ebenen beobachtet werden (vgl. Tabelle 2.1). Das heißt: Was eine gute Nachricht ist, hängt von der Perspektive ab, derer es – mit Blick auf den Forschungsstand – sehr viele gab und gibt. Der Versuch, Medienqualität als normative Dimension zu konzeptualisieren, mündete in ein facettenreiches Konglomerat, das kaum mehr einen klaren, stringenten Überblick erlaubt.

Alle oben genannten „sources of normative expectations from media“ werden als Ausgangspunkte herangezogen, um Medienfunktionen, Qualitätsdimensionen, -standards oder -merkmale für Informationsangebote abzuleiten, und zwar in unterschiedlichsten Kombinationen: „In der politischen Kommunikationsforschung ist es üblich, als Standards mehr oder weniger gut begründete oder hergeleitete *politische Funktionen der Massenmedien* heranzuziehen und daran die tatsächlichen Verhältnisse zu messen:“ (Schulz 2011: 317) Diese Funktionen der Nachrichtenmedien sind allerdings nicht standardisiert (vgl. Heider et al. 2005; Pew Research Center 2016; Van der Wurff und Schönbach 2014). Einen Versuch der Katalogisierung unternahmen u.a. Gurevitch und Blumler (1990) mit ihren „functions and services for the political system“ (270). Die Autoren nennen:

- „Beobachtung der sozialen und politischen Umwelt, insbesondere der Entwicklungen, die sich – positiv oder negativ – auf das Wohlergehen der Bürger auswirken können;

- Agenda-Setting relevanter Probleme: Identifikation der wichtigsten aktuellen Probleme, ihrer Ursachen und Lösungsmöglichkeiten;
- Plattform bieten für den Diskurs von Politikern und Vertretern verschiedenster Interessengruppen;
- Dialog ermöglichen zwischen Entscheidungsträgern und einem breiten Publikum;
- von Amtsträgern Rechenschaft verlangen;
- Bürger über politische Prozesse informieren und zur politischen Beteiligung befähigen;
- Widerstand üben gegen Versuche, die Unabhängigkeit und Integrität der Medien zu untergraben;
- Respekt bewahren gegenüber den Rezipienten, insbesondere wenn diese von der Berichterstattung betroffen sind.“ (Schulz 2011: 317 nach Gurevitch und Blumler 1990: 270)

Gurevitch und Blumler erweitern damit die schon viel früher von Lasswell (1948) genannten Kommunikationsfunktionen. Ähnliche Zusammenstellungen haben auch Wildenmann und Kaltefleiter (1965), Weischenberg (2002), Schudson (1998) und (2008), Strohmeier (2014) oder auch Burkart (2019) angeboten. Genannt werden (in willkürlicher Reihenfolge) Informationsfunktion, Kritik- und Kontrollfunktion („Watchdog“), Integrationsfunktion, Herstellen von Öffentlichkeit, Artikulationsfunktion, politische Sozialisations- und Bildungsfunktion, Orientierungsfunktion, Integrationsfunktion, Meinungs- und Willensbildungsfunktion, Untersuchungsfunktion, Analysefunktion, Forums- und Mobilisierungsfunktion. Diesen Funktionen wird im Verhältnis zueinander unterschiedliches Gewicht zugeschrieben. Für Strömbäck (2005: 341) oder beispielsweise auch Burkart (2019) gilt die Informationsfunktion als Grundlage für alle weiteren Funktionen, Strohmeier (2014) sieht die Herstellung von Öffentlichkeit als übergeordnete Funktion, während Kovach und Rosenstiel (2014) oder auch Peterson (1963) die Kontrollfunktion als besonders zentral für eine demokratische Gesellschaft bewerten. Burkart (2019) erstellt eine Tabelle und trennt soziale von politischen Funktionen und gemäß Voltmers (1999) Kriteriensystem demokratischer Performanz stehen die Herstellung einer demokratischen Öffentlichkeit und die rationale Teilhabe im Entscheidungsprozess im Mittelpunkt, während darüber hinaus eine Reihe von Strukturbedingungen als Voraussetzung publizistischer Qualität genannt werden. „In politikwissenschaftlich inspirierten Ansätzen [...] dienen demokratietheoretische Kriterien als Bewertungsmaßstäbe“ (Schulz 2011: 318). Als Kriterien gelten hier beispielsweise auch Repräsentativität und Inklusivität, Responsivität und Kontrolle politischer Autoritäten. „Qualitätskriterien spielen speziell in Analysen der Medienöffentlichkeit eine Rolle. Dabei ist es üblich, empirisch beobachtbare Merkmale von Öffentlichkeit mit einem Idealbild, einem normativen Modell zu vergleichen.“ (ebd.: 319)

Gerhards und Kollegen beziehen sich mit ihrer Arbeit auf die Ebene der *Öffentlichkeit* und nennen als *Gütekriterien* die Offenheit des Zugangs, die Diskursivität der öffentlichen Kommunikation und die Wirksamkeit bei der Beeinflussung politischer Entscheidungen (vgl. Gerhards, Neidhardt und Rucht 1998). Für die Messung der Diskursqualität ziehen die Autoren vier Kriterien heran, nämlich „empowerment“, „civility“, „dialogue“ und „narratives“ (Ferree et al. 2002: 232 ff.); ähnlich Bennett und Kollegen (2004), für die die Vielfalt berücksichtigter Akteure (access), deren namentliche Identifikation („recognition“) und wechselseitige Bezugnahmen im Diskurs („responsiveness“) relevant sind; oder Imhof (2011), der Forumsfunktion, Legitimations- und Kontrollfunktion sowie Integrationsfunktion nennt. Um den spezifischen Funktionen der Massenmedien gerecht zu werden, schlägt Wessler ein „normatives Modell von Medienöffentlichkeit“ vor, das von einer systemtheoretischen Unterscheidung (in Input-, Throughput- und Output-Funktionen) ausgeht. Eine Reihe anderer Studien, die sich auf die Qualität und Rationalität („deliberativeness“) politischer Diskurse beziehen, können sekundäranalytisch etwas zur Frage der Medienperformanz beitragen und empirische Untersuchungen zu dieser Frage anregen (Gerhards und Schäfer 2007; Simon und Jerit 2007; Wessler 2008, 2018; Wessler und Rinke 2014). Anstatt Abweichungen zwischen Ideal und Wirklichkeit unter Bezug auf ein geschlossenes Idealmodell zu konstatieren, lassen sich gemäß Schulz (2011) auch einzelne normative Kriterien zur Bewertung von Öffentlichkeit heranziehen, die als Variablen begriffen werden können, die man operationalisieren und empirisch überprüfen kann (ebd.: 320ff.).

In der Journalismusforschung dienen üblicherweise professionelle Normen (die oft Bestandteil berufsständischer Verhaltenskodizes sind) zur Beurteilung der Medienleistung, sodass die *Informationsqualität* mit *Qualitätsdimensionen* wie Objektivität, Relevanz, Vielfalt und Sachlichkeit gemessen wird (vgl. Hagen 1995). McQuail zeigt (1992), dass sich derlei Kriterien aus fundamentalen Werten demokratischer Gesellschaften wie Freiheit und Gleichheit herleiten lassen (vgl. auch Schulz 2011). Später ging er auf die Idee der Medienqualität ein und nannte dafür fünf relevante Grundwerte: Freiheit, Gleichheit, Vielfalt, Wahrheit und Informationsqualität sowie soziale Ordnung und Solidarität (McQuail 2005). 2020 zählen dann nur noch „freedom and independence, content diversity, and objectivity“ zu dieser Listung (McQuail und Deuze 2020: 381). Anstelle einer theoriegeleiteten Definition erklärt McQuail (1992), dass „we can expect the clearest expression of ‚public interest‘ ... in laws, regulations, court decisions [and] commission reports“ (ebd.: 31). Tatsächlich sind im Medienrecht (wie Kapitel 2.2.4.2 zeigt, im österreichischen, aber auch beispielsweise im deutschen Medienrecht) weitreichende Anforderungen an die Wahrnehmung der öffentlichen Aufgabe durch die

Medien formuliert. Auf Deutschland bezogen bilden sie den einheitlichen Bezugsrahmen für die von Schatz und Schulz (1992) vorgeschlagenen Qualitätsdimensionen, die in der Literatur bis heute vergleichsweise häufig als Basis empirischer Arbeiten herangezogen werden. Die Autoren definieren die fünf übergreifenden Dimensionen Akzeptanz, Rechtmäßigkeit, Relevanz, Vielfalt und Professionalität, wobei die anschließende Literatur oft lediglich die drei Dimensionen Relevanz, Vielfalt und Professionalität übernimmt, die die Inhaltsebene reflektieren (vgl. Wolling 2004). Bemerkenswert ist, dass Forschung zu Medienqualität vor allem in Ländern stattzufinden scheint, deren Mediensysteme mit umfangreichen regulatorischen Vorgaben konfrontiert sind und/oder einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk kennen. Nicht Schatz und Schulz (1992) folgend, sondern in direkter Ableitung aus den von einer freien, aufgeklärten Öffentlichkeit einzulösenden „unabdingbaren Wahrnehmungsaufgaben der Demokratie“ (fög 2012: 10), hat auch Imhof (2011) sein theoretisch konsistentes Qualitätskonzept auf die Dimensionen Relevanz, Vielfalt, Professionalität und Aktualität verdichtet. Dieses ist das Fundament der seit 2010 jährlich erscheinenden, seit 2015 federführend von Mark Eisenegger herausgegebenen, auf die Schweiz bezogenen Jahrbücher des Forschungsinstituts Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) der Universität Zürich zur „Qualität der Medien“. Dabei handelt es sich um eine regelmäßige inhaltsanalytische Erfassung der Qualität der Schweizer Informationsangebote, bezogen auf ein umfassendes Sample aller Mediensektoren. Eisenegger und Kollegen (vgl. bspw. fög 2017, 2018, 2019) arbeiten, auf Imhofs Konzeptualisierung aufbauend und vor dem Hintergrund der Habermas'schen Diskursqualität, mit den Qualitätsdimensionen Relevanz, Vielfalt, Professionalität und Einordnungsleistung. Während sich die Dimension der Relevanz auf Beitrags- und Akteursrelevanz bezieht, die Inhaltsdimension auf inhaltliche und geografische Vielfalt, die Professionalität auf Sachlichkeit, Quellentransparenz und quellenbezogene Eigenleistung, werden mit der Dimension der Einordnungsleistung die Themenorientierung (in zeitlicher Relation) und die Interpretationsleistung (bezogen auf Darstellungsform und Quelle) einbezogen. Auf dieses Konzept bauen beispielsweise Udris et al. (2017) mit einer ländervergleichenden Qualitätsstudie, Bachmann et al. (2019) in Bezug auf persuasive Medieninhalte oder auch Vonbun-Feldbauer et al. (2020) mit einer Studie zu Pressekonzentration und Vielfalt auf. Bezogen auf die Kommunikationsleistung der Informationsmedien gibt es einige weitere Ansätze der Zusammenstellung normativer Qualitätsdimensionen (bspw. Hagen 1995, Pöttker 2000, Jarren und Donges 2011; Wyss 2002, Ruß-Mohl 1992; Wellbrock und Klein 2014; Engesser 2013; Neuberger et al. 2009; Fröhlich et al. 2012; Patterson 2010; Reinemann et al. 2011), die neben Vielfalt, Relevanz und

Professionalität auch Glaubwürdigkeit, Unabhängigkeit, Wahrhaftigkeit, Richtigkeit, Objektivität, Neutralität und einige mehr nennen. Teilweise leiten sich diese Ansätze – zumeist implizit – aus der Vorstellung einer liberal-repräsentativen Öffentlichkeit ab; eine (stärker) deliberative Sicht findet sich bei Gerhards (1997), Dahlgren (2007), Imhof (2010) sowie Wessler und Rinke (2014); ein partizipatorischer Zugang wird bei Gans (2003), Curran (2005) und Waisbord (2013) angesprochen. Einige dieser Autoren systematisieren ihre Ansätze (bspw. Arnold 2009), aber nur wenige wählen explizit einen einheitlichen Bezugsrahmen als normative Grundlage der Kriterien.

Schatz und Schulz (1992) leisten eben dieses auf der Basis des Medienrechts. Einen ähnlichen Ansatz, basierend auf den österreichischen Rundfunkgesetzen und Förderrichtlinien, haben Beaufort und Seethaler (2017) vorgelegt; und zwar im Hinblick auf eine Differenzierung von gesellschaftlichen Qualitätsansprüchen an die demokratische Medienleistung nach unterschiedlichen Demokratieverständnissen (vgl. Kapitel 2.2.4.2). Ebenso berücksichtigen Ferree und Kollegen (2002) aus öffentlichkeitstheoretischer Perspektive divergierende Auffassungen von Demokratie (das liberal-repräsentative Modell, das partizipatorische Modell, das diskursive Modell und das konstruktivistische Modell); Ähnliches gilt für Strömbäck (2005) und Seethaler (2015, bezogen auf Seethaler und Beaufort 2015) im Hinblick auf Nachrichtenqualität und für Jandura und Friedrich (2014) zur Definition von Indikatoren als „standards of political media quality“. Als Normen einer liberalen Öffentlichkeit nennen sie beispielsweise Inklusion, Repräsentation, Expertise und leiten daraus die „Indikatoren“ bzw. „Kriterien“ Vielfalt, Relevanz und Professionalität ab, die ihrerseits zumeist „by more specific indicators“ operationalisiert werden (ebd.: 354). So subsumieren sie unter Vielfalt inhaltliche und strukturelle Vielfalt, während Unparteilichkeit, Ausgewogenheit, Neutralität/Fairness, Faktizität, Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität als inhaltliche Dimension von Professionalität (Objektivität) und Trennung zwischen öffentlich und privat („detachment“) und Zivilität als strukturelle Dimension von Professionalität gelten. Als relevante Normen einer partizipatorischen Öffentlichkeit werden *Empowerment* und *Popular Inclusion* aufgeführt, die hinsichtlich des Empowerments zu Emotionalisierung, Personalisierung, Simplifizierung, Negativismus, Exemplifizierung bzw. der Ablehnung von Unparteilichkeit, Zivilität und der Trennung von öffentlich und privat in Beziehung gesetzt werden, hinsichtlich der Inklusion zu struktureller Diversität und „conversational responsiveness“. Auch Nutzungsstudien, die sich an normativen Kriterien orientieren, bieten Systematisierungen an. Zu nennen sind hier beispielsweise Fawzi (2020), die ihre Operationalisierung primär aus den „*Medienfunktionen*“ ableitet. („Die normativen Funktionen journalistischer Medien können aus dieser Perspektive

somit als Leistungen aufgefasst werden, die sie für die Gesellschaft erbringen. Das wird im Folgenden auch als Performanz der Medien bezeichnet.“; ebd.: 192) Weiters Jungnickel (2011), die eine umfangreiche Systematisierung von „*Qualitätsdimensionen*“ (ebd.: 362) anbietet: auf übergeordneter Ebene die Dimensionen Rechtmäßigkeit, Sachgerechtigkeit, Relevanz, Transparenz, Vermittlung, Unparteilichkeit und Vielfalt, denen, vielfältig aufeinander bezogen, untergeordnete Kriterien wie Richtigkeit, Verständlichkeit, Vollständigkeit, analytische Qualität etc. zugeordnet werden. Oder nicht zuletzt Urban und Schweiger (2014), die aus den Katalogen der Literatur eine eigene Systematisierung erstellen, bestehend aus „normative quality dimensions and criteria“ (ebd.: 823), wobei als „Qualitätsdimensionen“ Vielfalt, Relevanz, Ethik, Unparteilichkeit, Verständlichkeit und Richtigkeit einbezogen werden sowie als „Kriterien“, zum Beispiel der Relevanz: Aktualität, Vollständigkeit und analytische Qualität.

Arnold (2009) konstatiert, dass „der Journalismus in Demokratien immer Teil des gesellschaftlichen und politischen Systems mit bestimmten Werten, Normen und Arbeitsprinzipien ist“ (ebd.: 496f.). Mit einiger Berechtigung verweist jedoch Wessler (1999: 231ff.) auf das theoretische Defizit der normativen Modelle. Im Bestreben normative Ansprüche an die *Medien-, Inhalts-, Informations-, Nachrichten-qualität, -leistung und -performanz* zu untersuchen, werden verschiedenste Rollen, demokratische (Grund-)Werte, Gütekriterien von Öffentlichkeit, Normen, Funktionen, (spezifische) Indikatoren, Qualitätsdimensionen, Qualitätsstandards, Qualitätsmerkmale unterschiedlichsten Ursprungs definiert – und oftmals mit dem sich auf all diese Ordnungskategorien beziehenden Begriff „Kriterium“ umschrieben. Anschließend werden sie in Listen, Tabellen und Diagrammen zusammengestellt, in denen sie entweder lediglich aufgezählt oder teilweise auch zueinander in Beziehung gesetzt werden. Mit Blick auf die unterschiedlichen Analyseebenen kommt es im Zuge der Operationalisierung schon bei der empirischen Analyse der Angebotsdimension zu allerhand Variationen, die nicht in dieser Hinsicht reflektiert werden; und sobald die Nutzungsebene einbezogen wird, erscheinen die Systemisierungsangebote noch inkonsistenter. Im Extremfall werden Merkmale der Nutzungs- und Angebotsseite, der Ebene der Gesellschaftsordnung, der Nutzer\*innen, der Medienfunktionen sowie scheinbar willkürlich zusammengestellter Qualitätsdimensionen nebeneinandergestellt und operationalisiert. All das führt schließlich zu einem sehr ausdifferenzierten Forschungsstand unzähliger Studien oder Projekte, die kaum aufeinander bezogen werden können, sodass „das Rad“ wiederkehrend neu erfunden werden muss.

#### *2.2.4.4 Heuristisches Stufenmodell zur theoretisch geleiteten normativen Medienqualitätsforschung*

Theoriegeleitete Forschung, die die unterschiedlichen Analyseebenen reflektiert, differenziert und strukturiert, kann einen Beitrag zu mehr Generalisierbarkeit leisten. So wird hiermit ein – auch die Nutzungs- und Angebotsdimension integrierendes – heuristisches Stufenmodell für die theoriegeleitete, normative Medienqualitätsforschung vorgeschlagen (vgl. Abbildung 2.2; für die vorliegende Untersuchung: Abbildung 2.4). Es soll den integrativen Forschungsweg strukturieren, erlaubt zugleich die Verortung anderer (Teil-)Modelle und verfolgt mithin drei Zielsetzungen:

- (1) So möchte es einen Beitrag zu mehr Generalisierbarkeit der Medienqualitätsforschung leisten und folgt dem Ansatz den normativen Qualitätsanspruch an die Medienleistung, ausgehend von der jeweiligen Gesellschaftsordnung, theoriegeleitet zu definieren. Angesichts der „geradezu verwirrenden Überfülle an Ansätzen und Modellen“ sollen mithilfe dieser Heuristik die Standards für publizistische Leistungen explizit oder implizit „aus den Wesensmerkmalen der Demokratie“ hergeleitet werden können (Weiß et al. 2016: 28). Das heuristische Stufenmodell hält ausgehend von einem einheitlichen Bezugsrahmen zur stufenweisen, integrativen Reflexion theoretischer Differenzierungen (beispielsweise unterschiedlicher Demokratieverständnisse) an und strukturiert auf diese Weise theoriegeleitet den Operationalisierungsprozess: Für eine demokratietheoretisch fundierte Ableitung der Variablen einer empirischen Analyse – so die Idee – wird dafür jede Analyseebene (ausgehend von der zu Grunde liegenden Gesellschaftsordnung) reflektiert und schrittweise in die Operationalisierung der Qualitätsmerkmale einbezogen. Ein mithilfe dieses Stufenmodells erstelltes Untersuchungsinstrument ist – sofern sich die zu Grunde liegende Gesellschaftsordnung und die daraus abgeleiteten theoretischen Prämissen nicht wesentlich verändern – generalisiert für unterschiedliche Analysen und Fragestellungen anwendbar (zur Veränderung siehe Punkt (3)). Selbstverständlich gilt dies auch für die vorliegende Studie, in deren Kontext ein Anwendungsbeispiel konfiguriert wurde, das die normative Dimension mit der Nutzungs- und der Angebotsdimension verknüpft) und unverändert für alle Medienqualitätsanalysen herangezogen werden kann, die auf der theoretischen Differenzierung nach unterschiedlichen Demokratieverständnissen basieren und für welche die Erwartungen der Mediennutzer\*innen an die demokratische Medienleistung mit der Angebotsdimension auf der Inhaltsebene in Beziehung gesetzt werden sollen.

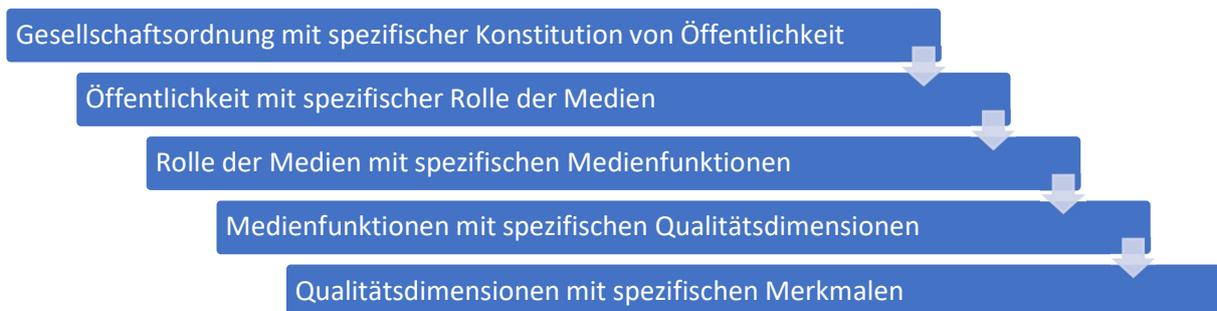
- (2) Das heuristische Stufenmodell erlaubt eine Zusammenführung umfassender Forschungsanliegen unter einem konzeptionellen Dach. Ausgehend von seinem zentralen normativen Reflexionsstrang können die in der Medienqualitätsforschung häufig getrennt behandelten Nutzungs- und Angebotsdimensionen in strukturierter Weise (ohne dafür unterschiedliche Analyseebenen vermengen zu müssen) integriert werden – flexibel – je nach Erkenntnisinteresse. Es geht also nicht um einen Versuch, die Reihe der bestehenden Modelle zur Medienqualitätsforschung um ein weiteres zu verlängern, sondern vielmehr um einen konzeptionellen Rahmen, der die Verortung bestehender und zukünftiger Analysen ermöglicht und damit um eine vergleichende Einschätzung ihrer theoretisch-methodischen Prämissen und ihrer Ergebnisse. Falls beispielsweise ein spezifisches demokratiethoretisches Anforderungsprofil, bestimmte Erwartungen der Mediennutzer\*innen (die die Medienleistung vor diesem Hintergrund beurteilen) und bestimmte Qualitätsdimensionen der Inhaltsebene (der Informationsangebote) aufeinander bezogen werden sollen, so erfolgt das nicht direkt zwischen Angebots- und Nutzungsdimension, sondern – der Idee der Heuristik folgend – via (einer Zwischenschaltung) des normativen Reflexionsstranges: Die Erwartungen der Nutzer\*innen werden zunächst mit den normativen demokratiethoretischen Funktionserwartungen in Beziehung gesetzt, anschließend mit den daraus abgeleiteten Qualitätsdimensionen (der Ebenenwechsel erfolgt innerhalb des normativen Reflexionsstranges) und erst auf dieser Analyseebene werden sie auf die angebotsseitigen (tatsächlich im Informationsangebot vorfindbaren) Qualitätsdimensionen bezogen. Dabei werden keine Vorgaben gemacht, welche Rollen-, Funktionen- bzw. Anforderungsprofile, Qualitätsdimensionen und -merkmale wie zu erfüllen sind: Der im Zentrum stehende normative Reflexionsstrang dient lediglich der Strukturierung und Operationalisierung und fungiert als gegenstandsadäquater Maßstab einer demokratischen Begründung.
- (3) Schließlich sieht das heuristische Stufenmodell Rückbindungsmöglichkeiten vor, die Wandel einbeziehen. Damit hält es eine normative Grundlegung aufrecht, begreift aber die Norm als „Ergebnis eines Verständigungsprozesses, der alle relevanten Stakeholder einbezieht und zugleich flexibel genug ist, um auf die sich ändernden gesellschaftlichen Bedingungen rasch mit entsprechend angepassten gesellschaftlichen Zielsetzungen reagieren zu können“ (Hasebrink 2007: 42).<sup>12</sup> Bezogen auf die Ausgangssituation dieser

---

<sup>12</sup> Die Aussage hat Hasebrink im Hinblick auf den „Public Value“ öffentlich-rechtlicher Fernsehprogramme gemacht; sie hat aber weiterreichenden Charakter.

Forschungsarbeit kann daher jenem Umstand Rechnung getragen werden, dass Demokratie nichts ein-für-allemal Festgeschriebenes und Statisches ist, sondern seit der griechischen Antike mehrere, sich kontinuierlich weiterentwickelnde Demokratieverständnisse existieren (bspw. Held 1993, 2006; Held und Pollitt 1986), deren Wandel von der Forschung unterschiedlich aufgegriffen wird. So erlaubt das heuristische Stufenmodell – bezogen auf das jeweilige Erkenntnisinteresse – auf allen Analyseebenen ebenso wie innerhalb der Dimensionen flexible Konfigurationen. Es können in der Angebotsdimension beispielsweise journalistische Rollenverständnisse und Normen ergänzt werden; in der Nutzungsdimension würde sich bei entsprechender Forschungsfrage eine Differenzierung unterschiedlicher Rollenverständnisse aus der Nutzungsperspektive anbieten (wie beispielsweise zwischen Mediennutzer\*innen in ihrer Rolle als Bürger\*in oder Konsument\*in bzw. zwischen *informed citizen* und *empowered* bzw. *networked citizen*) und dergleichen mehr).

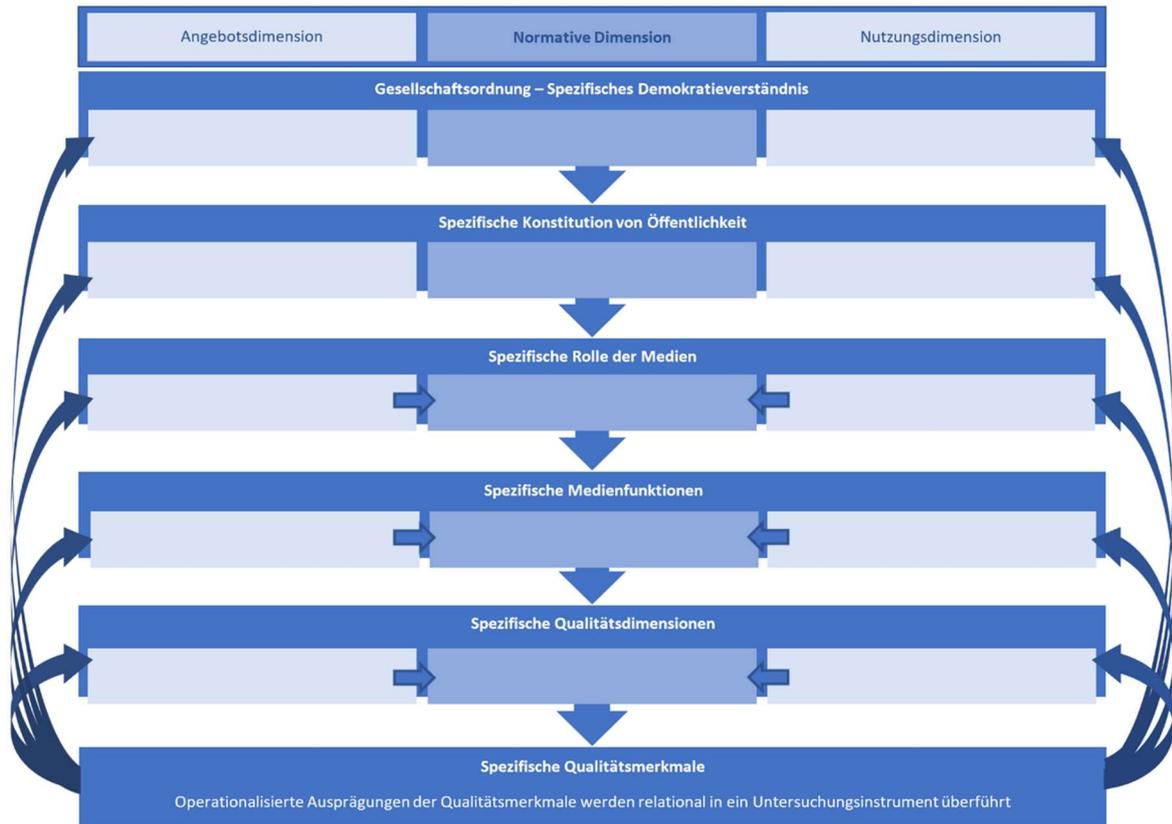
Die theoretische Fundierung und methodische Umsetzung der vorliegenden Untersuchung zeigt eine mögliche Anwendung dieser Heuristik (Abbildung 2.4)<sup>13</sup>, die im Folgenden stufenweise dargestellt wird: Abbildung 2.1 visualisiert den vorgeschlagenen Reflexionsprozess der normativen Dimension als Ausgangspunkt für die relationale Verknüpfung.



**Abbildung 2.1.** Reflexionsprozess normative Dimension

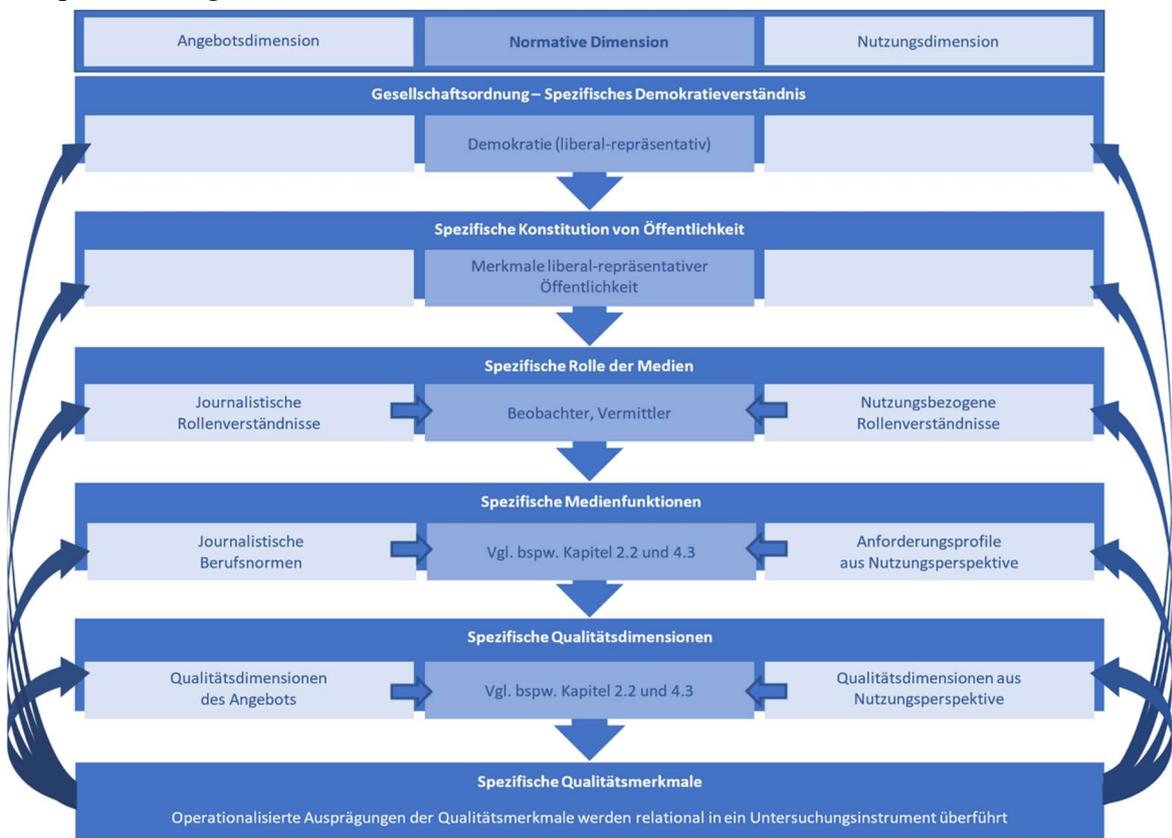
Abbildung 2.2 visualisiert das unkonfigurierte Rohmodell und die relationale Anbindung der Nutzungs- und Angebotsdimension als Grundlage für einen strukturierten, theoriegeleiteten Strukturierungs- und Operationalisierungsprozess.

<sup>13</sup> Im vorliegenden Forschungszusammenhang werden Stufe 1 und 2 im Theorieteil strukturiert; die empirische Analyse bezieht sich auf die Stufen 3 bis 5 (vgl. Kapitel 4.3.1.4).



**Abbildung 2.2.** Heuristisches Stufenmodell zur theoriegeleiteten, normativen Medienqualitätsforschung – Rohfassung

Nun kann das heuristische Stufenmodell flexibel konfiguriert werden, wie in Abbildung 2.3 beispielhaft dargestellt.



**Abbildung 2.3.** Heuristisches Stufenmodell – Exemplarische Konfigurationsoptionen

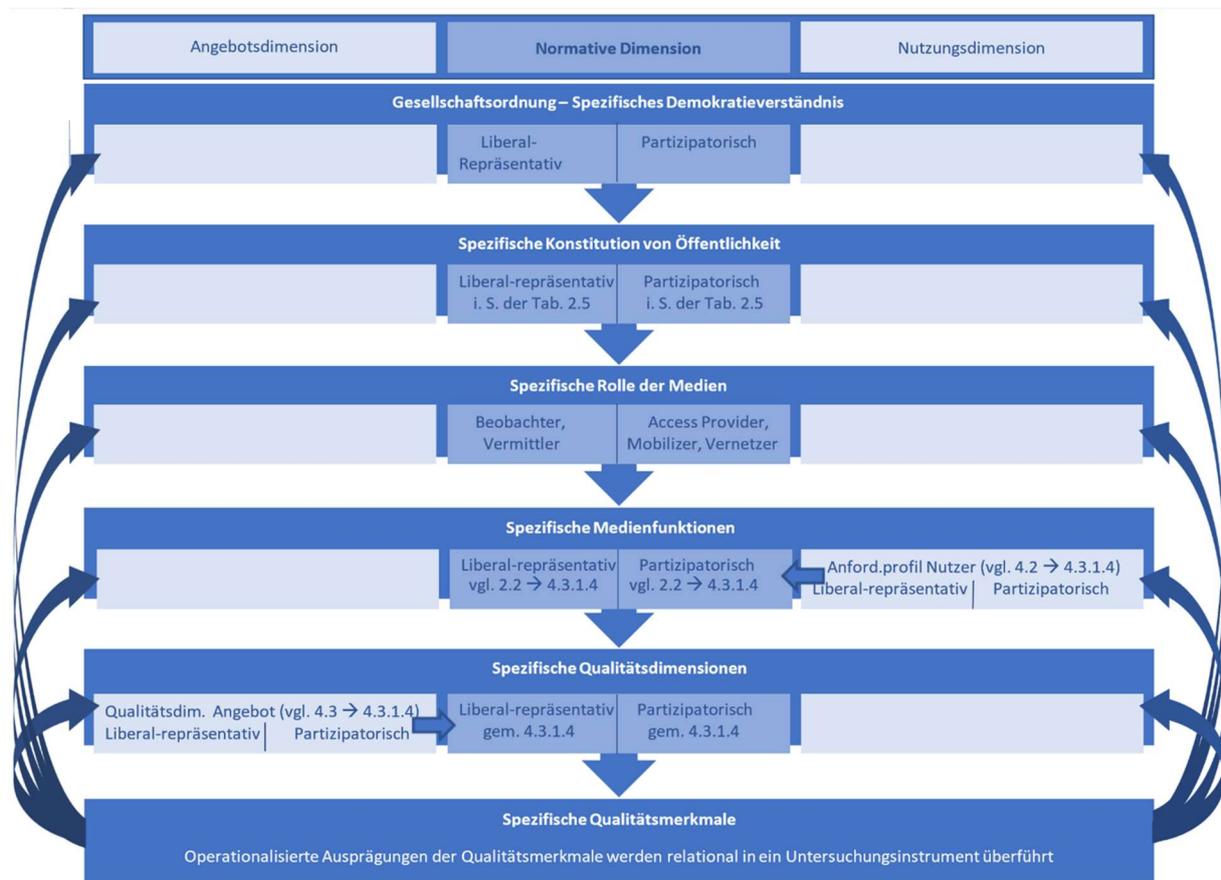
Im Folgenden (Abbildung 2.4 und Tabelle 2.5) wird der theoriegeleitete Strukturierungs- und Operationalisierungsprozess für die vorliegende Untersuchung mithilfe des heuristischen Stufenmodells exemplarisch dargestellt (aus Gründen der Übersichtlichkeit werden einzelne Analyseebenen herausgegriffen und nachfolgend in Tabelle 2.5 dargestellt bzw. jene, die den empirischen Teil betreffen, in Kapitel 4.3.1.4).

Angesichts in der Gesellschaft nebeneinander existierender Demokratieverständnisse, die mit divergenten normativen Vorstellungen einhergehen, wie sich demokratische Öffentlichkeit konstituieren soll, definieren sich spezifische normative Rollenbilder für die Medien, denen wiederum spezifische normative Medienfunktionen bzw. Anforderungsprofile entsprechen. Deren Erfüllungsgrad kann anhand von Qualitätsdimensionen gemessen werden, mittels Qualitätsmerkmalen und deren Ausprägungen, und steht in flexibler Beziehung zur Angebots- und Nutzungsdimension. Die normativen Qualitätsdimensionen können daher beispielsweise als Maßstab zur inhaltlichen Evaluierung der Angebotsqualität herangezogen werden.

Die grundlegende Differenzierung nach Demokratieverständnissen erfolgt bereits in der normativen Dimension der ersten Analyseebene, jener der Gesellschaftsordnung. Von dieser ausgehend stellt die zweite Analyseebene die Frage nach entsprechenden, theoretisch ableitbaren Implikationen für die Konstitution von Öffentlichkeit (vgl. Abbildung 2.4; Tabelle 2.5). Die Differenzierung schreibt sich insofern fort, als Medien in einer liberal-repräsentativ konstituierten Öffentlichkeit primär die Rolle als Beobachter und Vermittler zwischen den Bürger\*innen und den Mächtigen zugeschrieben wird, während sie in einer partizipatorisch konstituierten Öffentlichkeit in der aktivierenden Rolle des Mobilizers, Access Providers und Vernetzers (Kaase 1984; Hanitzsch und Vos 2018) fungieren sollen.

In der Forschungspraxis wird es üblicherweise ab dieser Analyseebene zu einer relationalen Anbindung der Angebots- und Nutzungsdimension kommen und mithin zu einer Verknüpfung von rein theoretischer Ableitung und empirischer Analyse – und somit zur konkreten Operationalisierung.

Die Analyseebenen werden dabei dem jeweiligen Erkenntnisinteresse entsprechend konfiguriert.



**Abbildung 2.4.** Heuristisches Stufenmodell – Operationalisierungsprozess der vorliegenden Untersuchung: theoretischer Teil (Übersicht)

Im konkreten Beispiel würden die Nutzer\*innen in ihren Rollen als informed citizens bzw. empowered oder networked citizens (jedenfalls aber als Bürger\*innen) einbezogen und ihre Erwartungen an eine demokratische Medienleistung auf der darauffolgenden Analyseebene. Zu diesem Zweck werden die empirisch zu operationalisierenden Anforderungsprofile der Mediennutzer\*innen (die sich aus ihrer Auffassung von Demokratie ergeben und vor deren Hintergrund sie die Medienleistung beurteilen) in Relation zu den theoretisch hergeleiteten differenzierten normativen Anforderungen (gemäß unterschiedlicher Demokratieverständnisse) gesetzt. Die mitunter im wissenschaftlichen Diskurs konstatierte Skepsis gegenüber dem Qualitätsbewusstsein des Publikums versucht diese Heuristik dadurch zu überwinden, als sie erlaubt die Nutzungs- und Angebotsperspektive ergebnisoffen zu integrieren, und der normativen Dimension als Maßstab der demokratischen Begründung gegenüberzustellen.

| Liberal-Repräsentatives Demokratieverständnis   | Partizipatorisches Demokratieverständnis  |
|---|---|
| <b>Spezifische Konstitution von Öffentlichkeit</b>  |   |
| Wer partizipiert?   |   |
| Elite (proportional zu den in Wahlen geäußerten Präferenzen der Bevölkerung)  | Möglichst viele Angehörige einer Gesellschaft   |
| In welchem öffentlichen Prozess?  |   |
| Marktplatz der Ideen durch transparente Debatte über (top-down definierte) Themen allgemeiner Relevanz                  | Inklusion durch soziale Vernetzung (bottom-up definierter) Themen allgemeiner Relevanz  |
| Mit welchem primären politischen Handeln der Bürger*innen?  |   |
| Collective action: Wahlakt, Parteimitgliedschaft, formeller Aktivismus (top-down), institutionenpolitisches Involvement | Connective action: Artikulation von persönlichen Anliegen, informeller Aktivismus (bottom-up), zivilgesellschaftliches Engagement |
| In welchem Diskursstil?   |   |
| Sachliche, rationale Debatte  | Offene, auch konfliktgeladene und emotional geführte Diskussion   |
| Mit welchem Ergebnis?   |   |
| Mehrheitsentscheidung (Schluss der Debatte)   | Kontinuierliche Mitgestaltung (auch nach der Entscheidung)  |
| In welcher Gesellschaftsstruktur?   |   |
| Gruppenbasierte Gesellschaft, ideologisch verbunden (strong ties)   | Individualisierte Gesellschaft, themenbezogen (selbst)organisiert (weak ties)   |
| Mit welchen primären Vermittlungsinstanzen  |   |
| Politische Vertretungen, Massenmedien   | Zivilgesellschaftliche Initiativen, Digitale Netzwerke  |
| In welcher Form der Öffentlichkeit?   |   |
| Monolithische Öffentlichkeit  | Diverse Öffentlichkeit  |
| <b>Spezifische Rolle der Medien</b>   |   |
| Beobachter, Vermittler  | Access Provider, Mobilizer, Vernetzer   |
| Hier schließt der Operationalisierungsprozess der empirischen Untersuchung an (vgl. Kapitel 4.3.1.4)                    |   |

**Tabelle 2.5.** Heuristisches Stufenmodell – Strukturierungs- und Operationalisierungsprozess der vorliegenden Untersuchung – theoretischer Teil: Analyseebenen Öffentlichkeit und Rolle der Medien

Die nun folgenden Schritte der Strukturierungs- und Operationalisierungs-Prozesse betreffen den empirischen Teil der Arbeit, sodass deren Darstellung in Kapitel 4.3.1.4 fortgeführt wird. Es sei darauf hingewiesen, dass die Operationalisierung (die Anwendung des Modells hatte im Rahmen der vorliegenden Untersuchung noch explorativen Charakter) in

mehrfacher Hinsicht abgesichert wurde (vgl. im Detail Kapitel 4). Durch diese Deklination sollte deutlich geworden sein, dass in Forschungen zu einer demokratischen Medienqualität immer alle genannten Analyseebenen insoweit mitgedacht und systematisiert werden sollten, als sie vielschichtig miteinander verbunden sind, sich bedingen und rückbinden lassen. Das heuristische Stufenmodell ist in seiner jetzigen Version im Zuge der Systematisierung, Strukturierung und Operationalisierung der vorliegenden Arbeit entstanden und wurde hier nur insoweit vorgestellt. Das weitere Potential wäre abzuschätzen.

Schließlich sei besonders auf die Relevanz einer Integration der Nutzungsdimension hingewiesen, die in der Medienqualitätsforschung bisher relativ wenig integrative Beachtung gefunden hat (Fawzi 2020; Urban und Schweiger 2014).

### 2.3 Die Mediennutzer\*innen?

Es ist bemerkenswert, wie sich dieses, in Kapitel 2.2.4 nur kurz umrissene, umfangreiche und sehr verzweigte, vielschichtige Forschungsvolumen zur Frage, wie Medieninhalte in einer Demokratie beschaffen sein *sollten*, von allerhand Seiten nähert, die Erwartungen derjenigen aber, die sich mit diesen Inhalten auseinandersetzen *sollen*, in Relation dazu wenig Beachtung finden; wie also der Fokus auf die Perspektive der Nutzer\*innen wiederkehrend fehlt (vgl. Fawzi 2020; Urban und Schweiger 2014). Jedoch ist, so Strömbäck (2020: 1), „even a perfectly informative news media environment of little democratic use if citizens by and large do not consume the news or if they do not trust the news“; er sieht im Fokus auf das Vertrauen einen Weg, insbesondere Informationsangebote hinsichtlich ihrer Wahrnehmung im demokratietheoretischen Kontext zu analysieren (ähnlich zur Relevanz von Vertrauen und Glaubwürdigkeit bezogen auf Informationsangebote: Ladd 2012; Yale et al. 2015). Coleman et al. (2012) können daran anschließend anhand von mehreren Fokusgruppen zeigen, dass das Vertrauen in die Medien ursächlich mit der Erfüllung der Erwartungen an sie verbunden ist: „When distrust in the news was expressed – as it was in each of our focus groups – it was because people felt that their expectations of the news were not shared by news producers.“ (ebd.: 42)

Fawzi (2020), bezogen auf Neuberger (2018: 18), konstatiert: „Die Erwartungen, die das Publikum dabei an die Medien hat, lassen sich von den Anforderungen ableiten, die sich aus den verschiedenen Modellen der Demokratietheorie für die politische Öffentlichkeit ergeben“ (Fawzi 2020: 192), und Hasebrink erklärt (2011: 321) sinngemäß, dass jeder Versuch,

die Leistung von Mediensystemen oder einzelnen Medien zu bewerten, der nicht die Perspektive des Publikums einbezieht, „can only tackle *normative* functions or *potential* functions; however it fails to grasp the actual functions as realized by the media’s end-users“, während Medienqualitäten als tatsächlich realisierte kommunikative Funktionen für eine gemeinsame Öffentlichkeit konzeptualisiert werden sollten, was – so Hasebrink – nicht möglich sei, ohne die Perspektive der Mediennutzer\*innen in den Prozess der Definition und Bewertung von Qualitätskriterien einzubeziehen (vgl. auch Hasebrink und Hölig 2019). Allerdings wird die Diskussion über die Art und Weise, wie Mediennutzer\*innen einbezogen werden sollen, kontrovers geführt und hängt von den ihnen zugeschriebenen Rollen ab, die in der Publikumsforschung sehr vielschichtig diskutiert werden.

### 2.3.1 Mediennutzer\*innen in der Publikumsforschung

Abgesehen von der strukturellen Publikumsforschung fokussiert die akademische Forschung zu Medienpublika stark auf die Mikroebene. Jensen und Rosengren (1990) unterscheiden neben der Gratifikationsforschung die Wirkungsforschung, die Rezeptionsanalysen, die Literaturwissenschaft und die Cultural Studies als Traditionen der Publikumsforschung, was McQuail (1997) und McQuail und Deuze (2020) zusammenfassend in 1. die sozial-kulturelle Tradition gemeinsam mit der Rezeptionsanalyse, 2. die verhaltenstheoretische Tradition der Mediennutzungs- und Medienwirkungsforschung und schließlich 3. die strukturelle Tradition der Publikumsforschung gliedern.

#### 2.3.1.1 Cultural Studies und Medienaneignung

Die Tradition der Cultural Studies ist zwischen Sozial- und Geisteswissenschaften einzuordnen, und beschäftigte sich ursprünglich fast ausschließlich mit Werken der Populärkultur, im Gegensatz zu einer frühen literarischen Tradition. Die Mediennutzung wird hier als Spiegel eines soziokulturellen Kontextes und als Prozess der Bedeutungsgebung kultureller Produkte und Erfahrungen im Alltag verstanden: So steht der Mensch in seiner gesamten Lebensführung im Mittelpunkt, was die Integration der Medien und den Umgang mit Medienbotschaften einschließt, die von Angehörigen unterschiedlicher sozialer und kultureller Gruppen jeweils unterschiedlich angeeignet werden (vgl. Hepp 1998). Mit dem Begriff der Medienaneignung rücken, meist mit qualitativen Methoden erforscht, Fragen nach dem Nutzen und den Konsequenzen einer Medienrezeption ins Blickfeld, wie: Was fangen die Nutzer mit den Medienbotschaften im politischen Leben an, wie integrieren sie das Aufgenommene in ihr Leben? (vgl. Weiß et. al 1999) Insbesondere im Hinblick auf das Onlineverhalten und die

Bedeutungspraktiken der Menschen liegt hier ein wichtiges Korrektiv zur Publikumsforschung auf der Basis von Hits und Klicks vor. Die enger verstandene Rezeptionsforschung ist einerseits zwischen den empirischen Cultural Studies und der Medienwirkungsforschung angesiedelt und nimmt den Prozess der Mediennutzung mitsamt seiner Entfaltung in den Blick, was auch oppositionelle, nicht intendierte Publikumshaltungen, Lesarten und Interpretationen einbezieht. Andererseits wird unter dem Dach der Rezeptionsforschung auch medienspsychologische, verhaltensorientierte Publikumsforschung betrieben, die auf das Rezeptionserleben und die kognitiven und emotionalen Verarbeitungsprozesse fokussiert und passender der verhaltenstheoretischen Tradition zugeordnet würde.

#### *2.3.1.2 Verhaltensorientierte Publikumsforschung und der Nutzen- und Belohnungsansatz*

Die zweite Tradition der verhaltensorientierten Publikumsforschung ging mit einer Abkehr der Vorstellung passiver Rezipient\*innen in einem (linearen) Medienwirkungsprozesses einher und akzentuiert – in Folge einer Renaissance der Handlungstheorie in den Sozialwissenschaften zu Beginn der 1970er Jahre und überwiegend basierend auf der theoretischen Grundlage des *Uses-and-Gratifications-Approaches* – die Vorstellung eines aktiven Publikums. Im Mittelpunkt steht der Rezeptionsprozess standardisierter Medienangebote durch intentionale und selektive Prozesse, wobei Mediennutzung als Maximierung der individuellen Gratifikation verstanden wird.

Das kam einem Paradigmenwechsel gleich, nachdem die nunmehrige Frage lautete: Was machen die Menschen mit den Medien (und nicht mehr: Was machen die Medien mit den Menschen)? Obwohl der Nutzen- und Belohnungsansatz häufig als reine Bedürfnisforschung aufscheint, konnten sich in der Tradition der verhaltensorientierten Publikumsforschung auch stärker handlungstheoretisch fundierte Ansätze und interpretative Studien entwickeln, die die Bedeutung, die Rezipient\*innen einer Medienbotschaft beimessen, mitberücksichtigen. Außerdem fallen – den behavioristischen Ansatz erweiternd – neurowissenschaftliche Ansätze zur Mediennutzung und -wirkung in diese Tradition, die auf der psychophysiologischen Messung und Interpretation der Hirnaktivität während bestimmter Arten der Mediennutzung basiert (vgl. Potter und Bolls 2012) und versucht via Einblick in die kognitiven Prozesse – bzw. im medienspsychologischen Kontext in die mentalen Prozesse – zu verstehen, wie Individuen Medien und vermittelte Botschaften aufnehmen, verarbeiten und darauf reagieren (vgl. Bolls et al. 2019).

Die Betonung der Publikumsaktivität im Nutzen- und Belohnungsansatz hat mitunter dazu geführt, die Macht der Medien auf das Publikum zu übertragen (das „widerspenstige

Publikum“, das „mächtige Publikum“), was auf die Selektions- und Auswahlprozesse der Rezipient\*innen verweist, ohne die Massenkommunikation nicht stattfinden könnte (wenngleich angesichts der ökonomischen und politischen – auch Konzentrationsbedingten – Verflechtungen im Medienbereich in keiner Weise klar ist, wo Macht am ehesten zu lokalisieren ist; vgl. dazu auch Schenk 2007: 63). Selektive Prozesse haben ihre Bedeutung bei der grundsätzlichen Entscheidung, welchem Medium bzw. welchem Inhalt sich Rezipient\*innen zuwenden, wobei das Publikum der Massenkommunikation bzw. „die tatsächlichen Benutzer der Medien [...] als Menschen [verstanden werden], die in ihrem jeweiligen Handlungs- und Problemzusammenhang absichtsvoll handeln und sich dabei – unter Umständen – auch den Medien und ihren Inhalten zuwenden und die massenmedial vermittelten Inhalte beispielsweise später in dafür geeigneten Situationen aktualisieren und thematisieren (in Gesprächen am Arbeitsplatz, mit Freunden, in Familie, Partei oder Verein), die Informationen im Zuge von Problemlösungen jedenfalls zielgerecht einsetzen“ (Renckstorff 1977:15; vgl. Schenk 2007; Burkart 2019).

„Die Gratifikationsforschung beschäftigt sich also mit 1. den sozialen und psychologischen Ursprüngen von 2. Bedürfnissen, die 3. Erwartungen erzeugen an 4. die Medien und andere (nicht-mediale Quellen). Die Erwartungen führen dann zu 5. verschiedenen Mustern der Medienexposition (oder zu anderen Aktivitäten), woraus 6. Bedürfnisbefriedigung und 7. andere Konsequenzen (meist unbeabsichtigte) resultieren. Gegenüber diesem Modell nimmt sich ein anderes von Rosengren umfangreicher aus, enthält es doch 11 Elemente: 1. Grundlegende menschliche Bedürfnisse von höherer und niedrigerer Ordnung (Maslows Hierarchie der Bedürfnisse) in Interaktion mit 2. verschiedenen Kombinationen intra- und interindividueller Charakteristika und 3. der Struktur der gesellschaftlichen Umgebung (einschließlich der Medienstruktur) ergeben 4. verschiedene individuelle Probleme, die mehr oder minder stark empfunden werden, und 5. die Wahrnehmung von Problemlösungsmöglichkeiten. Die Probleme und Lösungsalternativen führen zu 6. Motiven, die 7. verschiedene Muster aktueller Medienkonsumtion und 8. solche anderen, eventuell alternativen Verhaltensweisen zur Folge haben, woraus sich 9. Gratifikationen ergeben können, die wiederum 10. die Kombination intra- und extraindividuelle Eigenschaften der Rezipienten und 11. die Medienstruktur bzw. andere Gesellschaftsstrukturen beeinflussen können.“ (Schenk 2007: 686 bezogen auf Katz et al. 1974 und Rosengren 1974)

Weitere Forschungen prüfen Fragen des Zusammenhangs von gesuchten und erhaltenen Gratifikationen bzw. von Voraussetzungen und Folgen der Mediennutzung (vgl. Palmgreen, 1984: 52). Unter den dazu entwickelten Modellen wurde das GS/GO-Modell bekannt – eine

Gegenüberstellung von „Gratifications Sought“ und „Gratifications Obtained“, eine vergleichende Prüfung also, inwieweit Medienangebote den Wünschen des Publikums entsprechen. Die Selektion ergibt sich demnach als Funktion der Diskrepanz zwischen den gesuchten Gratifikationen und den Gratifikationen, die der einzelne Rezipient bei der Zuwendung zu einem bestimmten Medium oder dessen Inhalt im Vergleich zu anderen Angeboten zu erhalten glaubt. Rayburn und Palmgreen (1984) haben den aus der Sozialpsychologie stammenden Erwartungs-Bewertungsansatz von Fishbein (1963) in ihre *Uses and Gratifications*-Forschungen einbezogen, wonach sich Verhalten bzw. Verhaltensabsichten oder Einstellungen ergeben

„als Funktion 1. einer Erwartung (oder Vorstellung) – d.i. die Wahrscheinlichkeit, dass ein Objekt eine bestimmte Eigenschaft besitzt oder ein Verhalten eine bestimmte Folge nach sich zieht, und 2. einer Bewertung – der Stärke einer affektiven Einstellung, positiv oder negativ, gegenüber dieser Eigenschaft oder der Folge des Verhaltens“ (Schenk 2007: 692).

Somit sind die gesuchten Gratifikationen eine Funktion der Eigenschaften und ihrer Bewertung (vgl. Palmgreen 1984: 55). Auch die Theorien von Rosenberg (1956) und Rokeach (1968) zur Instrumentalität von Einstellungen für individuelle Werthaltungen führen in diese Richtung, wobei sich die Präferenz für ein bestimmtes Medienangebot in ihrem Ansatz als Funktion jenes Ausmaßes ergibt, in welchem die Inhalte die wichtigsten persönlichen Werte eines Individuums reflektieren (vgl. Rayburn und Palmgreen 1984). Die Ansätze führen zu einem Prozessmodell, in dem die Suche nach Gratifikationen (und damit die Mediennutzung) vom Produkt aus Erwartungen und Bewertungen beeinflusst wird. An diese Forschungstradition schließen sich unter Einbezug variabler Mediennutzer\*innen-Motivationen Synthesen der Gratifikations- und Wirkungsforschung an, sodass gefragt werden kann, was die Zuwendung zu Medien bzw. Medieninhalten beeinflusst und welche (indirekten) Konsequenzen ausgelöst werden. Wendet sich beispielsweise jemand aus dem Motiv sich zu orientieren und zu informieren heraus bestimmten Informationsangeboten zu, dann wird seine Informiertheit über politische Angelegenheiten möglicherweise positiv beeinflusst. „Publikumsorientierungen tragen in dieser Perspektive in *Kombination* mit den aufgenommenen Botschaften zum Entstehen von Medienwirkungen bei.“ (Schenk 2007: 750; vgl. Schenk 2007: 690ff; McLeod und Becker 1974)

### 2.3.1.3 Strukturelle Publikumsforschung und der Medienrepertoireansatz

Die dritte und älteste Tradition, die strukturelle Publikumsforschung, mitunter auch als standardisierte, administrative, institutionelle, Markt- oder auch (Medien als) Werbeträgerforschung interpretiert, dient der Ermittlung der Größe und Zusammensetzung des Publikums der Massenmedien und hat üblicherweise rein deskriptiven Charakter. „Somit folgt dieser Ansatz deutlich dem deterministischen Paradigma der Handlungstheorie. Im Vordergrund steht die Frage: Welche Medien ‚konsumieren‘ die Menschen?“ (Schulz 2007: 666). In Österreich stehen vier unterschiedliche und methodisch nicht vergleichbar arbeitende Erhebungen im Mittelpunkt der standardisierten Publikumsforschung: 1. die jährliche *Media-Analyse* des Vereins „Arbeitsgemeinschaft Media-Analysen“, der als Mitglieder nur noch Zeitungs- und Zeitschriftenverlage und Werbeagenturen angehören (vormals auch der *ORF*); 2. die Arbeitsgemeinschaft *Teletest (AGTT)*, ein 2005 gegründeter Verein, dem der *ORF/ORF-E*, *ATV*, *ServusTV*, die *IP-Österreich* (Vermarkter der *RTL-Gruppe* in Österreich), die *ProSiebenSat.1 PULS4* (Vermarkter der *ProSiebenSat.1-Gruppe*) sowie *Goldbach Media Austria* (Vermarkter von *Comedy Central/Viva Austria*, *DMAX Austria*, *N24 Austria* und *Nickelodeon Austria*) angehören; 3. der *Radiotest RSM Austria*, beauftragt von *RMS* (Radio Marketing Service), dem *ORF* sowie von den österreichischen Privatradios (wie der *Teletest* wird er von *GfK Austria* durchgeführt) und schließlich 4. die *Österreichische Webanalyse ÖWA*, ein 1998 gegründeter Zusammenschluss von Onlineanbietern und Agenturen. Wenngleich Medienbegleitforschungsinitiativen – vor allem jene des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, aber auch der *Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH* – vorliegen, die zuletzt beispielsweise mit einem Fokus auf Public Value des öffentlich-rechtlichen (vgl. bspw. Hasebrink 2014b, 2018; Steinmaurer und Wenzel 2015) und des nichtkommerziellen Rundfunks (vgl. Peissl und Seethaler 2020), den öffentlich-rechtlichen Bildungsauftrag (vgl. Beaufort 2017), oder der Vision eines Public Open Space (vgl. Mitschka und Unterberger 2018) öffentliche und politische Diskurse ausgelöst haben, geht es bei der standardisierten, deskriptiven Publikumsforschung meist um Reichweitenwerte eines Mediums, um den in die Mediennutzung fließenden Zeitaufwand und um die Anzahl der erreichten Personen in bestimmten Zielgruppen, aus denen sich schließlich – häufig mit verschiedenen demografischen (Alter, Geschlecht, Einkommen, Beruf, Bildung), psychologischen und psychografischen Variablen (z.B. Interesse, Einstellungen, Life-Style, Milieus) korreliert – aussagekräftige Teilgruppen des Publikums identifizieren lassen (vgl. McQuail und Deuze 2020; Schenk 2007).

Schon 1987 verweist Schenk aber auf die Notwendigkeit von Untersuchungen übergreifender Muster der Medienzuwendung:

„Von besonderem Interesse sind ferner die Überlappungen der Mediennutzung auch über verschiedene Mediengattungen hinweg. Rezipienten nutzen in der Regel mehrere Medien, die für sie komplementäre Funktionen erfüllen. Die Strukturen überlappender Mediennutzung bilden daher ebenfalls einen Forschungsgegenstand der Publikumsforschung.“ (Schenk 2002: 613)

Diese Richtung fand früh als „All-or-None-Exposure“ Beachtung (vgl. Lazarsfeld und Kendall 1948: 7; Wright 1976: 107), während Reagan (1996) in den 1990er Jahren spezifischer den Begriff des *Informationsrepertoires* prägte, um das Spektrum jener Medienquellen zu bezeichnen, die eine Person zur Erlangung von Information auswählt. Den entscheidenden Schritt zur Weiterentwicklung vom Phänomen hin zur methodischen Konzeptualisierung des Medienrepertoireansatzes leisteten Uwe Hasebrink und Jutta Popp (2006) mit ihrem Beitrag „Media repertoires as a result of selective media use: A conceptual approach to the analysis of patterns of exposure.“ Der Autonomiegewinn des Publikums infolge der Ausdifferenzierung des Medienangebots führt allerdings zu zunehmend spezialisierten Nutzungsmustern, zumal digitale Medien eine ubiquitäre Nutzung jener Inhalte erlauben, die sich mit den Präferenzen der Nutzer\*innen decken (vgl. Hasebrink 2014a; Hasebrink und Domeyer 2010; Vorderer 2015). Gemäß Fletcher und Nielsen (2017) kann allerdings, entgegen einer häufig postulierten Publikumsfragmentierung entlang thematischer und politischer Grenzlinien (vgl. Schweiger 2017; Stark 2014; Trilling 2014), davon ausgegangen werden, dass die strukturelle Entwicklung hin zu *High-Choice-Media-Environments*, wie sie Van Aelst und Kollegen (2017) beschreiben, bisher nicht mit einer nennenswerten Fragmentierung des Nachrichtenpublikums einherging:

„[...] our empirical answer is that the structural move toward a high-choice media environment with far greater potential for audience fragmentation has so far not in fact been accompanied by widespread fragmentation of news audiences, in large part because most people across all six countries covered here still self-select, or are incidentally exposed to, news sources used by many other citizens, rather than sorting themselves into separate echo chambers.“ (Fletcher und Nielsen 2017: 491)

Dennoch geht die Ausdifferenzierung des Medienangebots mit der Herausbildung veränderter Nutzungsstrukturen einher. Medien stehen in wachsendem Ausmaß nicht mehr für sich, sondern in einem übergreifenden Nutzungszusammenhang. So hat sich die lange auf „Low-Choice-Environments“ ausgerichtete Publikumsforschung zunehmend weg von einer auf Einzelmedien gerichteten Perspektive – dem Paradigma der Einzelmedienforschung (Saxer

1995: 43) – hin zu einem ganzheitlichen, repertoire-orientierten Ansatz entwickelt: dem *Medienrepertoireansatz* (vgl. Hasebrink und Popp 2006; Hasebrink und Hölig 2013, Hasebrink und Schmidt 2013; Hasebrink 2014a; Hölig und Loosen 2018). Dass heute relativ wenige repertoire-orientierte Studien evident sind (vgl. bspw. Mangold et al. 2017; Lengauer et al. 2012; Hölig und Hasebrink 2014; Ksiazek et al. 2010; Taneja et al. 2012; Edgerly 2015; Bos et al. 2016; Swart et al. 2016; Edgerly et al. 2018; Mourão et al. 2018; Hasebrink und Hölig 2019; Stark 2014; Trilling 2014; Yuan 2011), mag an der Komplexität von Nutzungsmustern liegen, die hohe Anforderungen an Datenerhebung und -analyse stellt.

Der *Medienrepertoireansatz* ist, so Hasebrink (2014), nicht Teil eines kohärenten theoretischen Bezugsrahmens, sondern hat vielmehr instrumentellen Charakter: Komplexe Phänomene der gewandelten Mediennutzung sollen theoretisch und empirisch besser zugänglich gemacht werden. Die zugrunde liegende Frage könnte jetzt lauten: Wie stellen die Mediennutzer\*innen ihre Medienrepertoires zusammen? Mit dem Medienrepertoireansatz wird die traditionelle medienzentrierte Perspektive der Publikumsforschung (zum Beispiel „der Zeitungleser“) durch einen nutzungszentrierten Fokus ersetzt und die Gesamtheit der Medien, die Mediennutzer\*innen regelmäßig nutzen, zugleich analysiert. Es geht um die mehr oder minder stabilen Strukturprinzipien medienübergreifender Nutzungsmuster und deren Rekonstruktion, durch die auch komplementäre und substitutive Nutzung aufgedeckt werden kann. Erst in Relation zueinander entwickeln Medien für den Nutzer ihre jeweiligen Funktionalitäten; in der Summe der genutzten Angebote erhalten sie ihren spezifischen Sinn. So geht das Konzept der Medienrepertoires davon aus, dass sich die Menschen schon aus Gründen der Komplexitätsreduktion (vgl. Webster 2011) aus verschiedenen Angeboten diejenigen aussuchen, die ihren Interessen und Bedürfnissen am besten entsprechen (vgl. Reagan 1996; van Rees und van Eijck 2003; Hasebrink und Popp 2006) – eine Prämisse, die auf den *Uses-and-Gratification-Approach* zurückgeht (vgl. Katz et al. 1974; Rosengren 1974; Rosengren et al. 1985; Rubin 2009). So wird die Nutzung einzelner Medien eingebettet in ein umfassendes, aktives und nicht bloß reaktives Kommunikationsverhalten, das sie auch kombinierbar macht mit anderen interpersonellen Kommunikationsformen, die diesen Bedürfnissen entsprechen. Hasebrink (2016) benennt vier zentrale Bedürfnisse, die für die Mediennutzung eine prägende Rolle spielen:

- situativ-individuelle Bedürfnisse, in deren Zentrum die Lösung konkreter Probleme und Herausforderungen steht,
- gruppenbezogene Bedürfnisse, die auf Identitätsbildung und soziale Anbindung zielen,

- der Qualifizierung oder auch bloß der Freude am Erkenntnisgewinn dienende (situationsübergreifende) Themeninteressen
- und eher ungerichtete Informationsbedürfnisse im Sinne einer allgemeinen Weltbeobachtung, um die Umwelt kontrollieren und sich in ihr orientieren zu können.

All diese Bedürfnisse sind gekoppelt an spezifische Nutzungskonzepte und primäre Medientypen (= primär genutzte Mediengattungen, wie Zeitung, Fernsehen, Radio, etc.), die für ihre Erfüllung als besonders geeignet erachtet werden. Diese Konstellation von Bedürfnissen, Nutzungskonzepten und primären Medientypen gilt weder für alle in einem bestimmten Raum zusammenlebenden Menschen noch ist sie unabänderlich gegeben. Vielmehr ist sie sowohl sozial als auch zeitlich variabel. Das heißt einerseits, dass die jeweilige Konstellation eingebettet ist in konkrete Lebenskontexte, so dass zwischen sozialen Gruppen Unterschiede in den Bedürfnisausprägungen, Nutzungskonzepten und primären Medientypen zu beobachten sind. Das bedeutet andererseits, dass sich verändernde Lebenskontexte, aber auch der gesellschaftliche und mediale Wandel die jeweils gegebene Konstellation verändern können (vgl. Hasebrink und Popp 2006; Hasebrink et al. 2010; Hasebrink und Domeyer 2012; Hasebrink und Schmidt 2013). Wenngleich das Bedürfnis einer allgemeinen Weltbeobachtung seit Mitte der 1990er Jahre im Zuge der Individualisierung der Gesellschaft in Relation zu den anderen Bedürfnissen an Bedeutung verliert, gilt es weiterhin als einziges integrationsförderndes Bedürfnis, weil es „prinzipiell jede und jeden“ betrifft (Hasebrink 2016: 12) und ein Interesse an öffentlicher Kommunikation als Grundlage freier und individueller Meinungsbildung signalisiert. Im Kontext einer allgemeinen Weltbeobachtung befinden sich die Mediennutzer\*innen eher in der Rolle von Bürger\*innen und damit von Mitgliedern einer Gesellschaft, und nur in dieser Rolle wird die Frage, ob die zur Verfügung stehenden Medienangebote bestimmten gesellschaftlichen Werten genügen, zum entscheidenden Kriterium zur Beurteilung ihrer Qualität (vgl. ebd.).

Die hier nur ansatzweise beschriebenen Traditionen der Publikumsforschung zeigen wie vielschichtig sich unterschiedliche Forschungsperspektiven dem Publikum der Massenmedien zuwenden. Hasebrink (2010) weist zu Recht auf die starke Orientierung dieser Forschung am Individuum hin, welches die Medien für individuelle Bedürfnisse nutzt, oder in der Rolle eines Konsumenten oder einer Konsumentin agiert, der/die die Medienangebote, die er/sie mag, auswählt, und die, die er/sie nicht mag, meidet. Auch Schenk (2007) kritisiert, dass der funktionalistische (bzw. sozialstrukturell-kulturelle) Gehalt des Gratifikationsansatzes, insbesondere hinsichtlich gesamtgesellschaftlicher Kontexte, nicht ausgeschöpft ist:

„Gratifikationsstudien beziehen sich explizit eben nicht auf die Erhaltung des Gesamtsystems“ (Schenk 2007: 689), welches, so Schenk durch die „soziale Haut“ der öffentlichen Meinung zusammengehalten wird (ebd.: 528). Damit verweist er auf den sozialen Ursprung von Publikumsbedürfnissen, durch den soziale und gesellschaftliche Situationen und Umstände eine bestimmte Mediennutzung nahelegen (ebd.: 63). Dieser für die Aufrechterhaltung einer demokratischen Öffentlichkeit besonders relevante Aspekt dient in der vorliegenden Arbeit als Prämisse für das Rollenverständnis der Mediennutzer\*innen.

### 2.3.2 Mediennutzer\*innen in ihrer Rolle als Bürger\*innen

Während Williams schon 1960 konstatierte, dass Autor\*innen, die über ihr Publikum als Märkte und nicht als Bürger\*innen sprachen, entsprechend schreiben, argumentierte Habermas (1989), dass die rational-kritische Debatte infolge der Durchdringung der Öffentlichkeit durch den Markt immer mehr durch Konsum ersetzt wurde und das „Netz der öffentlichen Kommunikation sich in Akte der individuellen Rezeption auflöste, wie einheitlich auch immer der Modus sein mag“ (ebd.: 161). Diese Perspektive scheint sich in Form einer Negativspirale fortzuschreiben und zu verstärken, gehen doch McQuail und Deuze (2020) bereits davon aus, dass „the simple fact that mass media are generally oriented to the interests of their audiences as ‚consumers‘ of information and entertainment can easily account for most of the evidence of reality distortion summarized“ (ebd.: 387). Diskursiv wird das Bild des Medienpublikums polarisiert: „Discourses on media audiences polarized into images of an ideal public of educated, informed, cultivated and civic-minded citizens who are capable and committed to their duty as citizens versus uneducated, ill-informed, pleasure-seeking, suggestible crowds or mass“ (Butsch 2011: 153); während Medien parallel dazu als für die öffentliche Sphäre geeignet oder ungeeignet klassifiziert werden: „[...] public discourses typically characterized each succeeding new communication medium as fit or unfit for a public sphere. These discourses have focused on technological determinants, private ownership versus public trust, or displacement and persuasion as media factors influencing the viability of publics.“ (ebd.: 153; vgl. dazu auch Kapitel 2.2.4.4) Ob ein Publikum, so Butsch (2011), als solches im Sinne eines öffentlichen Publikums gilt (wobei Butsch ein liberal-repräsentatives Verständnis von Öffentlichkeit anspricht), hängt demzufolge auch vom genutzten Medium und der Art seiner Nutzung ab: Während von Bürger\*innen erwartet wird, relevante Information über die politisch-gesellschaftliche Ordnung zu suchen und rational überlegt zu handeln, suchen bloße Medien-Konsument\*innen Unterhaltung und Eskapismus: „Virtuous citizen audiences were

expected to seek news and cultivation and act after calm deliberation. Mere consumers sought entertainment and self-indulgence, acted on emotion and impulse, and were invariably identified as lower class, women, children, and ‚lesser‘ races.“ (Butsch 2011: 154) Tatsächlich hat sich in der Forschung ein Verständnis der Mediennutzer\*innen als Konsument\*innen etabliert und ist dieses Verständnis – insbesondere im Rahmen seiner strukturellen Ausprägung – das vorherrschende Paradigma der Publikumsforschung (s.u. Auszüge des auf Medienqualität bezogenen Forschungsstandes):

„The dominant paradigm of audience research constructs audiences exclusively as consumers. This kind of research only listens to the voice, which is reflected by actual media-related behaviors; in contrast it lends no ear to audiences expressing their interests as citizens or as owners of rights.“ (Hasebrink 2011: 26)

„Selbst ‚klassische Qualitätsmodelle‘ (u.a. Schatz und Schulz 1992) berücksichtigen die Nutzer\*innen oftmals lediglich als Konsument\*innen und fragen nach der Akzeptanz von Medieninhalten beim Publikum“ (Jungnickel 2011: 62). Angesichts der Zuschreibung einer gewissen Auswahl-, Selektions-, Interpretations-, Beteiligungs- und Reaktionsmacht der Mediennutzer\*innen hat sich der Perspektivenwechsel hin zur Nutzer\*innenseite auch als pragmatischer Trend der Angebotsseite, d.h. der Medienproduzent\*innen, habitualisiert, sodass die Präferenzen der Nutzer\*innen eine wesentliche Rolle bei der Angebotsproduktion im Allgemeinen und der Nachrichtenproduktion im Besonderen spielen (vgl. bspw. Costera Meijer und Kormelink 2014; McQuail und Deuze 2020) – dies wird allerdings oft mit dem Motiv das Publikumsinteresse aufrechterhalten, um profitabel zu sein: „Privately owned media need to maintain audience interest in order to be profitable“ (Curran 2003: 223). Die Konzeptualisierung als Konsument\*in versteht die Selektion der Mediennutzer\*innen als rationale Auswahl von den individuellen Bedürfnissen und Vorlieben entsprechenden Medienangeboten; jene der Nutzer\*innen als Ware rechnet mit dem Wert, den die Werbeindustrie bereit ist, für ein bestimmtes Publikum zu bezahlen (vgl. Webster und Phalen 1994; Hasebrink 2011). Nutzer\*innen sind dann Kund\*innen von Medienunternehmen (vgl. Webster und Phalen 1994). Hasebrink (2011) ergänzt die als Gegensatzpaar eingeführte Konsument-/Bürgerdimensionen um den Status als Inhaber\*in von Rechten, nämlich dann, wenn Mediennutzer\*innen zu Objekten der Medienberichterstattung werden und des Schutzes bedürfen.

Eine demokratische Öffentlichkeit bedarf der Mediennutzer\*innen in ihrer Rolle als Bürger\*innen und damit als Mitglieder einer demokratischen Gesellschaft. In deren Interesse

ist es einerseits, dass Medien zu den allgemeinen Zielen der Gesellschaft beitragen, andererseits aber auch, dass sie in der Wahrnehmung der Nutzer\*innen zur Schaffung und Fortschreibung jener öffentlichen Sphäre beitragen, die es ihnen ermöglicht, ihren Werten und Vorstellungen von gesellschaftlichem Zusammenleben, ihrem Demokratieverständnis entsprechend, politisch-gesellschaftlich zu agieren, was sich auf jene sozialen Praktiken bezieht, die der jeweiligen öffentlichen Sphäre angemessen sind. Diese Bürgerrolle ist mit ähnlichen Erwartungshaltungen an die Medienangebote verbunden, denen aus normativer Perspektive Bedeutung beigemessen wird (vgl. Arnold 2009; Jungnickel 2011; Kapitel 2.2). Unbestritten kann eine solche Konzeptualisierung im Widerspruch zur Konsument\*innenperspektive stehen, wobei Hasebrink (2011) argumentiert, dass diese Spannung auszuhalten sei, nicht zuletzt, weil er den Mediennutzer\*innen zutraut, ein persönliches Gleichgewicht herzustellen; allerdings räumt er weiteren Forschungsbedarf ein.

Butsch (2011) fokussiert seine Kritik an der Publikumsforschung auf Unterschiede in der Organisationsform, insbesondere der Diskrepanz zwischen öffentlich-rechtlichen Angebotstypen und privat organisierten Medien, indem er bezogen auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk erkennt, dass dieser im Allgemeinen aufgrund seines Programmauftrages den Mediennutzer\*innen die Rolle als Bürger\*innen zugesteht, ein solches aber den privat-kommerziellen Anbietern zur Gänze abspricht, da diese ihre Nutzer\*innen schon per definitionem als individuelle Konsument\*innen ansprechen und durch entsprechende Inhalte entwürdigen würden:

„To define audiences as publics is to conceive them enacting their role of “good citizens.” In public broadcasting, this is explicit in its premises and justifications, even when, in an authoritarian state, citizens are deemed passive servants of the state rather than active participants in the state. In the former, media produce a representative public sphere; in the latter, a democratic public sphere. Commercial media, on the other hand, by definition treat audiences as individual consumers. Treatment of them as publics has to be imposed through regulation or other constraints, producing ongoing tensions about what is the role of audience and what is the role of media.“ (ebd.: 154)

Downing (2004) erkennt eine sich im Zeitverlauf verschärfende Situation, da die öffentlich-rechtlichen im Vergleich zu den kommerziellen Medien in den letzten zwei Jahrzehnten weltweit an Gewicht verloren haben, was eine andauernde Debatte im Spannungsfeld zwischen der Definition des Publikums als Bürger\*innen oder Konsumenten\*innen ausgelöst hat:

„A weak civic culture may emphasize people’s individual self-interests over the community or polity, one’s role of consumer over citizen, or, to put it baldly, bread and

circuses. These emphases have gained considerably in the wave of conservative governments in Europe and the United States of recent decades which have displaced government regulation and delivery of basic services with marketplace models that claimed citizens worked best as consumers, that voting was like buying, and that deregulated markets and businesses and privatized government services.“ (Butsch 2011: 165)

Derlei Auseinandersetzungen münden vermehrt in Debatten über den Auftrag der öffentlich-rechtlichen Medien, Diskurse und Forschungstätigkeiten hinsichtlich eines Public Value als demokratischer, sozialer und kultureller Funktion der Mediendienste und rücken die demokratisch relevante Dimension von Medienqualität deutlicher in den Fokus (vgl. Hasebrink 2011; Hasebrink 2014b, 2018; Hasebrink 2007; bspw. auch Künzler et al. 2011; Hagen 2016; Collins 2008; Beaufort 2017; Peissl und Seethaler 2020).

Unabhängig von der politisch-gesellschaftlichen Ausgestaltung einer Demokratie, der Konstitution ihrer Öffentlichkeit, Möglichkeiten und Grenzen des Mediensystems, auch technologischer und struktureller Art, historisch gewachsener und normativer Rollen- und Funktionszuschreibungen und – für den vorliegenden Kontext spezifischer: Qualitätsdimensionen für die Angebotsleistung – ist es letztlich der Zugang der Menschen zu den Inhalten von Medienbotschaften, der darüber entscheidet, „whether audiences are publics“ (Butsch 2011: 164). Seine Ausgestaltung ist in einem größeren soziologischen Kontext zu sehen als nur mit Blick auf die inhaltliche Beschaffenheit einer Medienbotschaft oder auf die Psychologie der Mediennutzer\*innen: Es bedarf der Einbeziehung ihrer sozialen und gesellschaftlichen Einbettung sowie ihres Verständnisses von der sie umgebenden politischen und gesellschaftlichen Ordnung (vgl. auch Dahlgren 1991, 1995, 2003). „Oppositional readings of media messages require an oppositional culture to frame the reading, and a community that sustains that culture“ (Butsch 2011: 165). Entsprechend äußern sich Coleman et al. (2012): „If a majority of news consumers are left feeling like outsiders, hearing words and seeing images, without any meaningful context or realistic expectation that they will be able to act upon such information, not only news consumption, but democratic citizenship itself, comes to be experienced as a spectator act.“ (ebd.: 45) Kurz: Das Publikum als Öffentlichkeit zu definieren, bedeutet, es in seiner Rolle als Bürger\*innen zu verstehen. Und es ist auch diese Konzeptualisierung, die laut Hasebrink (2011) „fruitful“ (324) für Überlegungen darüber heranzuziehen ist, wie die Perspektive der Mediennutzer\*innen in die Qualitätsdebatte einbezogen werden kann.

### 2.3.3 Mediennutzer\*innen und demokratische Medienqualität

Eine solche Berücksichtigung in Fragen der Medienqualität wird vor allem angesichts der unterschiedlichen Rollenzuschreibungen kontrovers diskutiert. Eine Position argumentiert (ausgehend von der Vorstellung, dass massenattraktive Medienangebote, gemessen an den Qualitätsdimensionen unterschiedlichster Perspektiven, als minderwertig vorausgesetzt werden), dass die Nachfrageseite – jene der Mediennutzer\*innen – nicht in Qualitätsdiskurse einbezogen werden sollte, weil sie nicht nach Qualität zu suchen scheinen. Auch wird ihnen die nötige Kompetenz aufgrund fehlender Hintergrundinformationen und fehlenden journalistischen Knowhows abgesprochen (vgl. Beck et al. 2010; Daschmann 2009: 259). Gemäß der Gegenposition sei umfangreiche Publikumsforschung jedoch in der Lage, die Interessen und Bedürfnisse der Nutzer\*innen aufzudecken, die auf diese Weise von den Medienmachern berücksichtigt werden (vgl. Hasebrink 2011). Auch wenn sich mit dieser Gegenposition ein Spielraum eröffnet, die Perspektive der Mediennutzer\*innen – methodisch innovativ und neu interpretiert – in ihrer Rolle als Bürger\*innen in den Blick zu nehmen, wurde diese Dimension von der Publikumsforschung lange Zeit nicht systematisch erfasst. (vgl. Hasebrink 2011; McQuail und Deuze 2020).

Ansätze, die zu verstehen versuchen, was Medienqualität für die Rezipient\*innen bedeutet, welche Erwartungshaltungen an die Medienleistung dominieren, sind in der Forschung theoretisch wie methodisch sehr an die traditionelle Gratifikationsforschung gebunden – auch im Kontext von Informationsangeboten. Den individuellen Bedürfnissen werden dann in der Regel normative Kriterien gegenübergestellt, die aus Demokratietheorien extrahiert und häufig als widersprüchliche Pole einander gegenübergestellt werden. So zeigen einige Studien, dass Medienangebote, die aus normativer Perspektive als „qualitativ hochwertig“ eingestuft werden, in der Regel keine hohen Einschaltquoten erzielen (vgl. bspw. Hasebrink 1997). Mitunter wird Medienqualität aus der Nutzer\*innenperspektive gar gleichgesetzt mit hohen Reichweiten, womit die Messung struktureller Nutzungsdaten als ein geeigneter Indikator für die Wünsche der Nutzer\*innen gilt, die in medienpolitischen Debatten folglich als „Stimme des Publikums“ dienen. Im Rahmen der Medienbegleitforschung des deutschen öffentlich-rechtlichen Rundfunks werden allerdings seit vielen Jahren regelmäßig ausgewählte Zuschauer\*innen zu Sendungen im Hinblick auf ihre Qualität befragt (bspw. Westdeutscher Rundfunk 2019).

Urban und Schweiger (2014: 824) teilen in ihrem umfassenden Literaturüberblick Studien, die sich auf die Qualitätserwartungen und -beurteilungen von Informationsangeboten

beziehen, in drei Gruppen ein: Eine erste Gruppe untersucht die Qualitätserwartungen der Mediennutzer\*innen, um daraus Qualitätskriterien abzuleiten (vgl. Vowe und Wolling 2004; Wolling 2006a; Bogart 2000; Arnold 2009; Trepte et al. 2008). Dabei sind neutrale und ausgewogene Berichterstattung (vgl. Tsfaty et al. 2006) sowie eine große Meinungsvielfalt und Verständlichkeit (vgl. Gladney 1996; Dahinden et al. 2004) wichtige Anliegen. Auch Arnold (2009) kann zeigen, dass das Publikum Qualitätsansprüche hat, denen aus normativer Perspektive Bedeutung beigemessen wird. Er ermittelte faktorenanalytisch fünf Dimensionen von Nutzungsqualität, die weitgehend – nicht nur – mit der Rolle der Nutzer\*innen als Bürger\*innen verbunden sind. Auf die offene Frage, was eine gute Zeitung ausmacht, formulieren nur wenige Mediennutzer\*innen differenzierte Antworten (vgl. Arnold 2009; Fiedler 2012). Eine zweite Gruppe von Studien untersucht, inwieweit bestimmte Qualitätswahrnehmungen der Mediennutzer\*innen ihre Entscheidung beeinflussen, ein bestimmtes Medienprodukt auszuwählen oder zu nutzen. Dabei werden Informationsangebote, die als relevant, genau, unparteiisch und verständlich beschrieben werden, häufiger genutzt als solche, die diese Kriterien weniger erkennen lassen (vgl. Wolling 2002; Emmer et al. 2011). Eine dritte Gruppe von Studien untersucht die Qualitätsbeurteilung bestimmter Medienkanäle oder -produkte durch Mediennutzer\*innen (vgl. Urban und Schweiger 2014; Jungnickel 2011; Neuberger 2014; Newhagen und Nass 1989; Donsbach 2009; Abdulla et al. 2002; Gehrau 2008). Gemäß diesen Studien können Mediennutzer\*innen normative Qualität der Informationsangebote bis zu einem gewissen Grad einschätzen, bewerten jedenfalls sogenannte Qualitätsmedien besser als den Boulevard (vgl. Zubayr und Geese 2009). Themen spielen eine wichtige Rolle, woraus Jungnickel (2011) schlussfolgert, dass Zeitungen ihre Leser\*innen binden können, indem sie für sie interessante und relevante Themen auswählen und diese verständlich aufbereiten. Mit der Qualitätsbeurteilung von Nachrichten öffentlich-rechtlicher bzw. privater Fernsehsender haben sich Zubayr und Geese (2009) auseinandergesetzt; Untersuchungen zu allgemeinen Qualitätsansprüchen von Nutzer\*innen an Journalist\*innen kamen beispielsweise von Donsbach und Kollegen (2009), Arnold (2009) oder Beck und Kollegen (2010). Zuletzt hat Fawzi (2020) analysiert „wie gut es den Medien aus Sicht der Bevölkerung gelingt, ihre sozialen und politischen Leistungen zu erfüllen“ (ebd.: 193), und stellt nach einer, für die deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren repräsentativen, Telefonbefragung eine „diffuse Zufriedenheit“ mit der Leistung der Medien fest. Abgefragt wurden aus journalistischen Rollenbildern und normativen Medienfunktionen abgeleitete Items (je eines pro Funktion) mit dem Ergebnis, dass die Medien ihre Kritik- und Kontrollfunktion sowie die Informations- und Meinungsbildungsfunktion „relativ gut“ erfüllen würden,

„das Publikum“ aber deutlich „weniger zufrieden“ mit den Integrations-, Artikulations- und Orientierungsleistungen sei (ebd.: 202f.). Und Wolling (2006a) konnte zeigen, dass ein (Radio-) Programm dann häufiger genutzt wird, wenn es den Erwartungen der Hörer entspricht.

Die meisten dieser Studien zeigen sich medienzentriert, häufig auf einzelne Gattungen (vgl. bspw. Radio: Wolling 2006a; Tageszeitungen: Arnold 2009; Fernsehen: Gehrau 2008 oder Online: Neuberger 2014), Medienangebote oder Beiträge bezogen (vgl. auch Trepte et al. 2008; Reitze und Ridder 2006), während Fawzi (2020) nach „den traditionellen Medien“ in Deutschland fragt. Repertoire-orientierte Studien, die aus der nutzungszentrierten Perspektive die Mediennutzung ganzheitlich in den Blick nehmen, somit den heutigen *High-Choice-Medienumgebungen* eher entsprechen, sind international verbreitet (vgl. bspw. Mangold et al. 2017; Lengauer et al. 2012; Hölig und Hasebrink 2014; Ksiazek et al. 2010; Taneja et al. 2012; Edgerly 2015; Bos et al. 2016; Swart et al. 2016; Edgerly et al. 2018; Mourão et al. 2018; Hasebrink und Hölig 2019; Stark 2014; Trilling 2014; Yuan 2011), das methodische Potential des Medienrepertoireansatzes ist bisher jedoch noch nicht ausgeschöpft worden.

Insgesamt ergeben die Befunde kein übereinstimmendes Bild zum Verhältnis normativer Angebotsqualität und Nutzungsqualität. Einiges deutet darauf hin, dass sich die Erwartungen bzw. die Qualitätsansprüche der Mediennutzer\*innen mit jenen Qualitätsdimensionen decken, die aus (vor allem) wissenschaftlich-normativer Perspektive oder abgeleitet aus journalistischen Rollenbildern (Hanitzsch et al. 2018; Hanitzsch und Vos 2018; Eberl und Riedl 2020) an Informationsangebote gestellt werden. Bei einigen Studien ist der Maßstab insofern nicht klar, als nicht mit wissenschaftlich definierten Kriterien und inhaltsanalytisch gemessener Qualität der gegenständlichen Angebote verglichen wurde. Systematisch beobachtbare Divergenzen in der Nutzung sind allerdings dann relevant für die öffentliche Debatte, wenn sie mit ebenso systematischen Unterschieden hinsichtlich der genutzten Medieninhalte einhergehen. Bei der Auswahl und Operationalisierung normativer Qualitätsdimensionen scheinen sich teilweise theoretische Inkonsistenzen der Medienqualitätsforschung in die Publikumsforschung fortzuschreiben.

Im Falle von aus Demokratietheorien extrahierten normativen Kriterien, wird üblicherweise (bspw. Arnold 2009; Urban und Schweiger 2014; Fawzi 2020) implizit von einer (weitgehend) monolithischen liberal-repräsentativen Öffentlichkeit ausgegangen. Entsprechungen von Erwartungshaltungen in normativen Qualitätskriterien finden sich insbesondere in Arbeiten, die die Nutzer\*innen in ihrer Bürger\*innenrolle in den Blick genommen haben (bspw. Hasebrink 2011; Arnold 2009), wobei das Rollenverständnis der

Nutzer\*innen in den evidenten Studien üblicherweise nicht reflektiert wird (was dann zumeist mit einem zugrunde gelegten Rollenbild der Mediennutzer\*in als Konsument\*in einhergeht). Diese Rollenverständnisse sind jedoch mit spezifischen Erwartungshaltungen verknüpft, aus denen sich Kriterien für die Beurteilung von Qualitätsdimensionen ableiten lassen. Hasebrink (2011) hat die Rollenverständnisse auf die Medienangebotsleistung bezogen: In der Konsument\*innendimension definiert sich die Nutzer\*innenperspektive durch angestrebte und erzielte Gratifikationen, wobei die Frage ist, wie gut die Mediendienste die individuellen Bedürfnisse der Nutzer\*innen bedienen. Die relevanten Qualitätskriterien für diese Perspektive entsprechen den Bedürfnis- und Motivkatalogen, die durch die Forschung innerhalb des Nutzungs- und Gratifikationsparadigmas herausgearbeitet wurden. Für die Nutzer\*innen als Bürger\*innen ist es entscheidend, ob und in welchem Ausmaß Informationsangebote demokratischen, sozialen oder kulturellen Werte entsprechen. „The relevant criteria reflect traditional [...] values and normative standards; for example, the diversity of topics and opinions, the contribution to cultural innovation, or the investigative and critical potential of the content.“ (Hasebrink 2011: 326) Auf den demokratietheoretischen Ansatz der vorliegenden Arbeit angewendet heißt das, dass es für die Nutzer\*innen als Bürger\*innen entscheidend ist, ob und in welchem Ausmaß Informationsangebote demokratischen, sozialen oder kulturellen Werten entsprechen, inwieweit sie in der Wahrnehmung der Nutzer\*innen zur Schaffung und Fortschreibung jener öffentlichen Sphäre beitragen, die es ihnen ermöglicht, ihren Werten und Vorstellungen von gesellschaftlichem Zusammenleben und ihrem Demokratieverständnis entsprechend politisch-gesellschaftlich zu agieren. Die relevanten Qualitätskriterien spiegeln dann jene normativen Standards wider, die mit der jeweiligen Auffassung von Demokratie und demokratischer Öffentlichkeit in Einklang sind, sodass sich die Bürger\*innen – wie in Kapitel 2.2.4 hergeleitet (vgl. Tabelle 2.3) – in den Rollen des *informed citizen* mit einem liberal-repräsentativen Zugang und des *empowered bzw. networked citizen* mit einem eher *partizipatorischen* Zugang befinden.

### 3 FORSCHUNGSFRAGEN UND THESEN

---

Es bedarf einer adäquaten Antwort auf die Frage nach den Auswirkungen der eingangs skizzierten gesellschaftlichen und medien(nutzungs-)strukturellen Veränderungen auf die für ein demokratisches Gemeinwesen erforderliche Qualität der journalistischen Beobachtungs- und Kommunikationsleistung. Alle angesprochenen Analysebestrebungen zusammengekommen, ist das Ziel der vorliegenden Dissertation daher ein *demokratiethoretisch fundierter, multiperspektivischer, methodisch innovativer* Beitrag, der die Dimension der aus der *Demokratiethorie begründeten Qualitätsanforderungen* mit der *Angebots- und Nutzungsdimension* insofern *relational verknüpft*, als er die *theoriegeleitet operationalisierten normativen Anforderungen* mit den *Informationsrepertoires*, den *Erwartungen* aus der *Nutzungsperspektive* und den genutzten *Inhalten der Informationsangebote in Beziehung setzt* und diese schließlich *zeitlich vergleichend analysiert*.

Im ersten Schritt war eine *demokratiethoretische Fundierung* der Medienqualitätsforschung zu leisten (Kapitel 2.2), wobei zunächst exemplifiziert wurde, dass die Vorstellung liberal-repräsentativer Demokratie, wie sie im Wesentlichen den Verfassungen der meisten westeuropäischen und nordamerikanischen Ländern zugrunde liegt (Kapitel 2.2.2.1), zunehmend durch Demokratieverständnisse ergänzt wird, die auf eine intensivere und eher unmittelbare, aber durchaus divers realisierte Teilhabe der Bürger\*innen an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen zielen (vgl. u.a. Inglehart und Welzel 2005; Zukin et al. 2006; Inglehart 2018; Feldmann-Wojtachnia und Glaab 2011; Bertelsmann Stiftung 2014; für Österreich: Polak 2012; Rosenberger und Stadlmair 2014; Aichholzer et al. 2019; Glavanovits et al. 2019). Neben das liberal-repräsentative Verständnis tritt als weitere Basisform von Demokratie ein partizipatorisches Verständnis (Kapitel 2.2.4.3), in dem es um die Inklusion möglichst vieler Mitglieder der Gesellschaft geht. Ideal gesehen verschiebt sich der Fokus von Politik und politischer Öffentlichkeit von der auf Mehrheitsfindung und Mehrheitsentscheidung ausgerichteten Debatte weltanschaulicher Ideen in der liberal-repräsentativen Demokratie zur Artikulation persönlicher Anliegen, die der Vernetzung bedürfen und in eine kontinuierliche Mitgestaltung des Gemeinwesens münden: in der partizipatorischen Demokratie (Kapitel 2.2.1 bis 2.2.4). Die Veranschaulichung des diesen Entwicklungen zugrunde liegenden gesellschaftlichen Wertewandels in Kapitel 2.2.1 (welcher zu einer Aktualisierung der Gegenüberstellung jener beiden seit der Antike als „Prototypen“ von Demokratie geltenden Auffassungen [Held 2006: 4; Davis 2019: 19] geführt hat), und die Auseinandersetzung mit der Legitimationsfrage von Öffentlichkeit und der Unabhängigkeit von

Medien in Kapitel 2.2.3, untermauern aus der Makroperspektive die Bedeutung dieser Fragen des demokratischen Wandels, wenn Medien ihrer Rolle als Organisatoren des Prinzips Öffentlichkeit und damit ihrer demokratischen Rolle gerecht werden sollen. Die demokratiethoretische Analyse des Kapitels 2.2.2 expliziert die Spezifika des liberal-repräsentativen und des partizipatorischen Demokratieverständnisses hinsichtlich ihrer Relationen zwischen politisch-gesellschaftlicher Ordnung und demokratischer Öffentlichkeit. Darauf aufbauend wurden die unterschiedlichen, nebeneinander existierenden und einander keineswegs ausschließenden Auffassungen von Demokratie kontextualisiert und aus unterschiedlichen Perspektiven dahingehend untersucht, ob und in welcher Art und Weise sie normativ einen divergenten Umgang von Medien mit demokratischer Öffentlichkeit nahe legen und sich damit aus dieser normativen Sicht unterschiedliche Anforderungen an die Medienleistung stellen (Kapitel 2.2.4; vgl. Beaufort und Seethaler 2014, 2017, 2019, 2020; Seethaler 2015b; Seethaler und Beaufort 2015). Die im Mittelpunkt stehende demokratiethoretische Perspektive wurde in Tabelle 2.3 systematisch verdichtet (Kapitel 2.2.4.1) und mit der regulatorischen Perspektive (Kapitel 2.2.4.2) sowie – gleichwohl kritisch und auf die Notwendigkeit einer konsistenten theoretischen Fundierung des gegenständlichen Forschungsfeldes hinweisend – jener der Medienqualitätsforschung kontextualisiert. Auf dieser Basis wurde ein heuristisches Stufenmodell zur theoriegeleiteten normativen Medienqualitätsforschung entwickelt (Kapitel 2.2.4) und damit systematisch die inhaltsanalytische Operationalisierung im Sinne der Entwicklung eines demokratiethoretisch fundierten Analyseinstruments geleistet (Kapitel 4.3.1.4).

Ausgehend von der Diagnose, dass unterschiedliche Demokratieverständnisse aus normativer Perspektive einen divergenten Umgang von Medien mit demokratischer Öffentlichkeit nahelegen, lautet die forschungsleitende Frage:

Finden sich diese unterschiedlichen Demokratieverständnisse auch bei den Mediennutzer\*innen und in den Informationsangeboten der Medien wieder und gehen sie mit spezifischen Nutzungsklassen und Erwartungshaltungen an die Informationsangebote einher? Inwieweit entsprechen die von diesen Nutzungsklassen genutzten Informationsangebote den Erwartungshaltungen? Verändert sich der für eine demokratische Öffentlichkeit relevante inhaltliche Fokus der genutzten Informationsangebote mit der Zeit?

Nun hat sich die vorliegende Dissertation das Ziel eines demokratiethoretisch fundierten Ansatzes zur Erforschung der Qualität von Informationsrepertoires unterschiedlicher

Nutzungsklassen gesetzt, will also eine konsistente theoretische Grundlage empirisch mit der Angebots- und Nutzungsdimension integrieren. Das heißt, es werden die gemäß heuristischem Stufenmodell (vgl. Kapitel 2.2.4.4) aus der Demokratietheorie abgeleiteten und *nach unterschiedlichen Demokratieverständnissen differenzierten normativen Anforderungen an die Kommunikationsleistung* in Beziehung gesetzt mit den *Erwartungshaltungen* der Nutzer\*innen (Kapitel 4.2; Kapitel 5.2) bestimmter (in Kapitel 4.1 bzw. 5.1 zu identifizierender) *Informationsnutzungsklassen* und – via den *Merkmale von Medieninhalten* – zur messbaren *Kommunikationsleistung ihrer Informationsrepertoires* (Kapitel 4.3 und Kapitel 5.3). In der Kombination dieser drei Perspektiven geht es im Folgenden um das Angebot *tagesaktueller Information*.

Das für den vorliegenden Forschungszusammenhang konzipierte Mehrmethodendesign wurde *theoriegeleitet, nutzungszentriert, ganzheitlich* und *multirelational* angelegt. Das heißt: zunächst als Medienrepertoireforschung. Wie auch Mangold und Kollegen (2017) feststellen, konnte das Potential des Medienrepertoireansatzes bisher nicht optimal ausgeschöpft werden. So wurde für die vorliegende Untersuchung in Erweiterung der Konzeptionalisierung von Hasebrink und Popp (2006), die – wie ein Großteil der repertoire-orientierten Forschung – auf der Ebene der Mediengattung (= primäre Medientypen) ansetzt, ein auf drei Analyseebenen operierendes Mehrstufenmodell entwickelt, welches zusätzlich die Ebene der bevorzugten Genres und Organisationsformen sowie jene der konkreten Angebote einbindet (Kapitel 4.1). Das entwickelte 3-stufige Verfahren erlaubt also die Beobachtung, ob sich die Unterschiede zwischen verschiedenen Informationsnutzungsklassen den jeweils primär genutzten Mediengattungen, Angebotstypen oder Medienangeboten bzw. spezifischen Konstellationen dieser Merkmale zuschreiben lassen. Als Voraussetzung für alle weiteren Verfahrensschritte leistet diese Dissertation daher die Identifizierung und Bildung distinkter Informationsnutzungsklassen für Österreich, die schließlich in der Definition der Informationsrepertoires dieser Nutzungsklassen mündet, wobei die sozialen Kontexte in die Deskription eingebunden werden (Kapitel 4.1; Kapitel 5.1). Die methodische Umsetzung erfolgt mittels latenter Klassenanalyse. Zuletzt haben – bisher einmalig für Österreich – Lengauer und Kollegen (2012) dieses Verfahren angewandt. Spätere Ermittlungen von Informationsrepertoires beruhen entweder auf wenigen und überdies nicht trennscharfen Mediengattungen, wie etwa jene von Prandner (2019) auf Fernsehen, Internet und soziale Medien, oder setzen zu kleinteilig auf der Ebene der einzelnen Medienangebote an, was dazu führt, dass die Hälfte (!) der Befragten „do not show clear preferences for one or the other

outlet“, sodass sie wenig aussagekräftig als „occasional users“ in einem einzigen Cluster zusammengefasst werden (Trilling und Schönbach 2013: 937).

In die Bestimmung der Informationsrepertoires werden die Mediennutzer\*innen in ihrer *Rolle als Bürger\*in* einbezogen (Kapitel 2.3). Dafür ist entscheidend, ob und in welchem Ausmaß Informationsangebote mit demokratischen, sozialen oder kulturellen Werten im Einklang sind, inwieweit sie in der Wahrnehmung der Nutzer\*innen zur Schaffung und Fortschreibung jener öffentlichen Sphäre beitragen, die es den Bürger\*innen ermöglicht, ihren Werten und Vorstellungen von gesellschaftlichem Zusammenleben sowie ihrem Demokratieverständnis entsprechend politisch-gesellschaftlich zu agieren, was sich auf jene sozialen Praktiken bezieht, die der jeweiligen öffentlichen Sphäre angemessen sind – kurz: inwieweit sie darauf *vertrauen*, dass die Medien ihre Funktionen *erwartungsgemäß* erfüllen. Die relevanten Qualitätskriterien spiegeln demnach jene normativen Standards wider, die der jeweiligen Auffassung von Demokratie und demokratischer Öffentlichkeit entsprechen. In bisherigen Studien konnte gezeigt werden, dass die Bürgerrolle mit ähnlichen Erwartungshaltungen an jene Medienangebote verbunden ist, denen aus normativer Perspektive Bedeutung beigemessen wird (Arnold 2009; Jungnickel 2011). Bisher liegen allerdings keine empirischen Studien vor, die diesen Zusammenhang aufbauend auf einem konsistenten demokratietheoretischen Fundament, sohin gemäß systematischer, theoriegeleitet spezifizierter Qualitätsdimensionen untersucht hätten, insbesondere nicht differenziert nach jenen beiden Basisauffassungen von Demokratie, die gegenwärtig nebeneinander existierend die demokratische Öffentlichkeit Österreichs sowie der meisten westlichen Nationen prägen – dem liberal-repräsentativen und dem partizipatorischen Demokratieverständnis (Kapitel 2.2). Basierend auf den in Kapitel 2.2 (und hier insbesondere in Kapitel 2.2.4.1) spezifizierten und in Tabelle 2.3 zugespitzten Divergenzen einer liberal-repräsentativen Öffentlichkeit, verbunden mit der Rolle des *informed citizen*, und einer partizipatorischen Öffentlichkeit, verbunden mit der Rolle des *empowered citizen*, lässt sich die erste These ableiten:

*These 1.* Die Erwartungshaltungen unterschiedlicher Nutzungsklassen an die demokratische Leistung der jeweils genutzten Informationsmedien entsprechen divergenten Demokratieverständnissen (Kapitel 4.2; Kapitel 5.2).

Systematisch beobachtbare Divergenzen in der Mediennutzung sind dann relevant für die öffentliche Debatte, wenn sie mit ebenso systematischen Unterschieden hinsichtlich der genutzten Medieninhalte einhergehen. Nicht nur Urban und Schweiger (2014) betonen die Notwendigkeit einer Kombination der Publikumsforschung mit inhaltsanalytisch erhobener

Medienqualität und damit eines Vergleichs von Nutzungs- und Angebotsseite. Dieser Vergleich ist schon deshalb angebracht, weil sich die demokratischen Implikationen von Medieninhalten erst in deren Nutzung entfalten (Strömbäck 2020). Die Prüfung der Beziehung zwischen demokratiepolitisch relevanter Funktionserwartung und Informationsangebotsqualität folgt der Überlegung, dass die Funktionserwartung insofern von der Informationsangebotsqualität abhängig ist, als sich die Nutzer\*innen jene Medienangebote zur Erfüllung ihres Informationsbedürfnisses auswählen (und dieses auch längerfristig nutzen), die ihren Erwartungen am ehesten entsprechen.

*These 2* besagt daher: Das tagesaktuelle Informationsangebot jener Medien, die zur Erfüllung des Informationsbedürfnisses herangezogen werden, entspricht den Erwartungshaltungen unterschiedlicher Nutzungsklassen an seine demokratische Leistung. (Kapitel 4.3; Kapitel 5.3)

Da aber das Angebot am Medienmarkt de facto beschränkt ist (was auf Österreich aufgrund der hohen horizontalen wie cross-medialen Konzentration in besonderem Maße ebenso zutrifft wie aufgrund der eingeschränkten redaktionellen Unabhängigkeit; vgl. Kapitel 2.2.2), besteht die Möglichkeit, dass Nutzer\*innen keine adäquaten Medienangebote vorfinden und sie – im günstigsten Fall – zu einem „second-best“-Angebot greifen. In diesem Fall geht es darum, das Ausmaß der Diskrepanzen zwischen der Erwartung an die demokratiepolitische Qualität des Informationsangebotes und der tatsächlich gebotenen Informationsqualität zu bestimmen, um daraus mögliche Implikationen für das Vertrauen der betroffenen Nutzungsgruppen in die Medien und letztlich – schließlich geht es um demokratisch relevante Medienfunktionen – in die Demokratie selbst ableiten zu können. Das Fundament dieser vergleichenden Forschungen bildet das aus den demokratiethoretischen Analysen des Kapitel 2 systematisch herausgearbeitete – und nach dem Stufenmodell zur theoriegeleiteten normativen Medienqualitätsforschung (Kapitel 2.2.4.4) entwickelte – inhaltsanalytische Untersuchungsinstrument (Kapitel 4.3.1.4) und wird somit methodisch als ein Verfahren zur demokratiethoretisch geleiteten Medienrepertoireforschung angeboten.

Während der Vergleich zwischen Nutzungs- und Angebotsseite auf diese Weise Aufschluss darüber geben kann, inwieweit das tagesaktuelle Informationsangebot den demokratiepolitisch relevanten Erwartungshaltungen der Nutzer\*innen entspricht, gilt es mit dem noch anzuschließenden Zeitvergleich zu prüfen, ob in den letzten Jahren ein Trend dahingehend zu beobachten ist, ob es zu Verschiebungen des inhaltlichen Fokus hinsichtlich partizipatorischer oder liberal-repräsentativer Elemente in der Berichterstattung gekommen ist.

Diese Frage stellt sich nicht nur vor dem Hintergrund des eingangs skizzierten gesamtgesellschaftlichen und medienstrukturellen Wandels (sohin auf der Makroebene), sondern auch vor dem Hintergrund eines sich wandelnden Selbstverständnisses der österreichischen Journalist\*innen, die sich zwar in überwältigendem Ausmaß in der Rolle des sachlichen und unparteiischen Informationsvermittlers (mit Abstrichen bei der Kritik- und Kontrollfunktion) bekennen, aber zu rund 50 % (zumindest auch) ein partizipatorisches Verständnis von ihrer Tätigkeit haben (vgl. Hanitzsch und Lauerer 2019). Bedenkt man darüber hinaus, dass rund zwei Drittel der Journalist\*innen Veränderungen in der Publikumsrolle (nutzergenerierte Inhalte, Einbindung des Publikums in die Nachrichtenproduktion, Rückmeldungen seitens des Publikums, Interaktionen zwischen Journalisten und Publikum) zu jenen Faktoren zählen, die den Journalismus nachhaltig verändert haben (Seethaler 2019), so ist die Annahme berechtigt, dass neben dem gesamtgesellschaftlichen Wandel, Veränderungen sowohl im professionellen Selbstverständnis, als auch in den wahrgenommenen Publikumserwartungen Auswirkungen auf die Kommunikationsleistung haben.

These 3 lautet sohin: Bezogen auf divergente Demokratieverständnisse kommt es im Zeitverlauf zu inhaltlichen Fokusverschiebungen in den genutzten Informationsangeboten im Sinne der jeweiligen Erwartungshaltungen unterschiedlicher Nutzungsklassen (Kapitel 4.3; Kapitel 5.3.4).

## 4 UNTERSUCHUNGSDESIGN UND METHODE

---

Für die in der vorliegenden Untersuchung formulierte Forschungsfrage und Thesen (Kapitel 3) stellen sich in methodischer Hinsicht mehrere Herausforderungen:

- Wie lassen sich distinkte Gruppen von Medien- (oder spezifischer: Nachrichten-) nutzer\*innen differenzieren, ihre spezifischen Informationsrepertoires ermitteln und nach soziodemografischen und politischen Merkmalen beschreiben (Kapitel 4.1)?
- Auf welche Weise kann geprüft werden, ob sich die ermittelten Mediennutzungsgruppen bzw. -typen durch spezifische Erwartungen an die demokratische Qualität des tagesaktuellen Informationsangebots der Medien auszeichnen (Kapitel 4.2)?
- Welche Indikatoren können gebildet werden, um eine Übereinstimmung der Qualität des politischen Informationsangebots der jeweiligen Nachrichtenquellen mit den an sie gerichteten Erwartungshaltungen als auch mögliche Veränderungen im politischen Informationsangebot zu überprüfen (Kapitel 4.3)?

Das dafür notwendige Mehrmethodendesign wird in den folgenden Abschnitten beschrieben. Anhand der so erzielbaren Ergebnisse können sowohl unterschiedliche Informationsnutzungsklassen unterschieden als auch Informationsrepertoires identifiziert werden. Erstere geben Aufschluss darüber, welche demokratische Leistungsfähigkeit den Medien zugeschrieben wird, letztere, welche Medien im Sinne der Befriedigung ungerichteter Informationsbedürfnisse funktional miteinander kombiniert werden. Darauf aufbauend, lässt sich schließlich klären, ob die genutzten Nachrichtenquellen in ihrer Berichterstattung den jeweiligen Erwartungshaltungen an die demokratische Qualität der Informationsleitung der Medien entsprechen und ob sich diesbezüglich ein stabiler Trend über die Zeit beobachten lässt.

### 4.1 Distinkte Nutzungsklassen und ihre Informationsrepertoires

#### 4.1.1 Der Medienrepertoireansatz als dreistufiges Verfahren

Infolge der Ausdifferenzierung des Medienangebots stehen Medien in wachsendem Ausmaß nicht mehr für sich, sondern in einem übergreifenden Nutzungszusammenhang. So hat sich die lange auf *Low-Choice-Media-Environments* (Van Aelst et al. 2017) ausgerichtete Publikumsforschung zunehmend weg von einer auf Einzelmedien gerichtete Perspektive hin zu einem ganzheitlichen, repertoireorientierten Ansatz entwickelt: dem *Medienrepertoireansatz*, der die Strukturprinzipien medienübergreifender Nutzungsmuster in den Blick nimmt (vgl. Hasebrink und Popp 2006; Hasebrink und Hölig 2013, 2019; Hasebrink und Schmidt 2013;

Hölig und Loosen 2018). Mit seinem nutzungszentrierten, medienübergreifenden Zugang kann also die Gesamtheit der regelmäßig genutzten Medien zugleich analysiert werden. Das Konzept der Medienrepertoires geht davon aus, dass sich die Menschen schon aus Gründen der Komplexitätsreduktion (vgl. Webster 2011) aus verschiedenen Angeboten diejenigen aussuchen, die ihren Interessen und Bedürfnissen am besten entsprechen (vgl. Reagan 1996; van Rees und van Eijck 2003; Hasebrink und Popp 2006).

Unter den vier von Hasebrink (2016) genannten zentralen Bedürfnissen für Mediennutzung sind für den vorliegenden Forschungszusammenhang die eher ungerichteten Informationsbedürfnisse im Sinne einer allgemeinen Weltbeobachtung relevant, da die zu untersuchenden Medieninhalte auf diese ausgerichtet sind. Bezogen auf ungerichtete Informationsbedürfnisse befinden sich die Bürger\*innen eher in einer Bürgerrolle und damit in jener von Mitgliedern einer demokratischen Gesellschaft. Nur in dieser Rolle wird die Frage, ob die zur Verfügung stehenden Medienangebote bestimmten demokratischen Werten genügen, zum entscheidenden Kriterium zur Beurteilung ihrer Qualität (vgl. Hasebrink 2011; vgl. Kapitel 2.2.4). Diese Bedürfnisse sind an spezifische Nutzungskonzepte gekoppelt, die für ihre Erfüllung als besonders geeignet erachtet werden. Die Konstellation aus Bedürfnissen und Nutzungskonzepten ist in konkrete Lebenskontexte eingebettet, sodass zwischen sozialen Gruppen Unterschiede in den Bedürfnisprägungen und Nutzungskonzepten beobachtbar sind.

Zur Erfüllung ungerichteter Informationsbedürfnisse, also jenen nach generellen, aktuellen Informationen, werden Medien herangezogen, die den Nutzer\*innen ein breites Angebot an Informationen bieten und in der Regel an ein disperses Massenpublikum gerichtet sind; somit die „klassischen“ Massenkommunikationsmittel Zeitung, Hörfunk und Fernsehen, die jedoch heute in Konkurrenz zu einer Reihe von Internetangeboten stehen. Längst übernehmen nicht nur Tageszeitungen bzw. Magazine und Vollprogramme in Hörfunk und Fernsehen die Funktion eines primären Informationsmediums, Onlineplattformen traditioneller Medien, 24-Stunden-Nachrichtensender, Nachrichtenaggregatoren, verschiedene Formen von Digital Native Media (von Nachrichtenportalen bis zu Blogs) und die breite Palette sozialer Medien, die in zunehmendem Maße auch die Funktion von Nachrichtenquellen übernehmen. Van Aelst und Kollegen (2017) sprechen von einem Wandel zu *High-Choice-Media-Environments*. Das Spektrum möglicher primärer Medien hat sich also wesentlich erweitert und erlaubt nun eine Vielzahl von Kombinationen, aus denen sich typische Nutzungsmuster herausbilden. Kennzeichen der raschen Ausdifferenzierung sind die Veränderungen online: Noch in einer 2014 für Deutschland erstellten Typologie der Nachrichtennutzer\*innen bilden

„die Onliner“ eine eigene Gruppe (vgl. Mangold et al. 2017), und in der letzten vergleichbaren österreichischen Informationsnutzungstypologie aus dem Jahr 2008 spielt „das Internet“ im „informationsdistanten, politikfernen Milieu“ insofern eine Rolle, als es zwar selten, aber nicht so selten wie das Fernsehen genutzt wird (vgl. Lengauer et al. 2012).

Die Definition von Medienrepertoires kann auf unterschiedlichen Komponenten beruhen. Hasebrink (2014a: 23) nennt Mediengattungen, Genres, Medienmarken, Themen und soziale Kontexte. Für die vorliegende Untersuchung wurde ein dreistufiges Verfahren gewählt, das Mediengattungen, Genres und Medienangebote kombiniert. Dabei werden die sozialen Kontexte in die Deskription der Nutzungsklassen eingebunden; Themen können lediglich über eine Analyse der primär genutzten Medienangebote einbezogen werden, da die auf der Publikumsseite verwendeten Daten (vgl. Kapitel 4.2.2) keine Informationen über Themenprioritäten bereitstellen.

Die Wahl von primären Medientypen (= primär genutzte Mediengattungen, wie Zeitung, Fernsehen, Radio, etc.) als Ausgangspunkt bedürfnisorientierter Medienselektion, auf den weitere Selektionsschritte aufbauen (vgl. Knobloch-Westerwick 2014), folgt dem Ansatz des hierarchischen Entscheidungsverhaltens, der eine langfristig wirksame Medienorientierung von einer stärker situativ (mit)bedingten Medienzuhaltung unterscheidet (vgl. Weibull 1985; McQuail 1997; Seufert und Wilhelm 2014). So können langfristig stabile Faktoren auf Angebots- und Nutzungsseite, wie die Strukturen des Mediensystems und soziokulturelle Prägungen die Priorisierung bestimmter Mediengattungen beeinflussen: Traditionsgebundene Personen werden beispielsweise den haptischen Eindruck einer Zeitung nicht vermissen wollen, während für Neuerungen aufgeschlossene Personen den leicht zugänglichen, beiläufig konsumierbaren Überblick über aktuelle Ereignisse auf Internet-Plattformen attraktiv finden. Andererseits können längerfristig wirksame, aber weniger konstante Faktoren, wie das „general makeup of different media“ oder der persönliche Geschmack, den die Erfahrung der Nutzer\*innen im Umgang mit den Medien prägen (McQuail 1997: 78), die Wahl eines bestimmten Genres oder einer bestimmten Organisationsform mitbestimmen. Hasebrink und Schmidt (2013: 7) fassen beides unter dem Begriff „Angebotstyp“ zusammen: Wer öffentlich-rechtlichen Rundfunk als glaubwürdig erlebt, wird ihn eher bevorzugen als jemand, der seine Formate langweilig oder altbacken empfindet, aber dennoch seine Gewohnheit überdenken, wenn er positive Erfahrungen mit einem privaten Anbieter machen sollte. Schließlich wirken eher kurzfristige Faktoren wie die aktuell verfügbaren Alternativen oder der konkrete Nutzungskontext bei der Wahl eines bestimmten Medienangebots mit. Demnach kann die Mediengattung als erstes Orientierungskriterium für das Informationsverhalten gelten

(Hasebrink und Schmidt 2013: 4), das weitere Entscheidungen präjudiziert. Entsprechend häufig wurden Medienrepertoires auf Gattungsebene analysiert (vgl. bspw. Ksiazek et al. 2010; Yuan 2011; Taneja et al. 2012; Stark 2014). Insbesondere hinsichtlich der „current shifts in news exposure“ (Swart et al. 2017: 1356) können Umfang und Zusammensetzung so bestimmter Medienrepertoires Auskunft über das Zusammenspiel „alter“ und „neuer“ Medien geben.

Folgt die Bildung der Informationsnutzungsklassen zwar grundsätzlich der Logik primärer Medientypen zur Erfüllung bestimmter Bedürfnisse, hier: zur Erfüllung eines eher ungerichteten Informationsbedürfnisses im Sinne einer allgemeinen Weltbeobachtung, so sind auch mögliche alternative Entscheidungsstrategien auf Seiten der Nutzer\*innen mitzudenken. Einerseits gibt es nicht *die* eine Information, vielmehr variiert das Verständnis, was Information ist und wie sie in die Mediennutzungspraktiken integriert wird, stark zwischen den Nutzer\*innen und das Spektrum der interessierenden Informationen ist sehr breit gefächert (Costera, Meijer und Kormelink 2014; Hölig und Loosen 2018). Dies gilt auch für die „im engeren Sinne informationsorientierten Szenarien“, die Hasebrink und Schmidt (2013) nach „politischer Meinungsbildung“ und „Informationen über das Weltgeschehen, das eigene Land und die eigene Region“ unterscheiden (neben Informationen über Interessensgebiete, andere Milieus und Kulturen). Es ist weiter anzunehmen, dass Nutzer\*innen innerhalb ihrer primären Informationsmedien aufgrund persönlicher Erfahrungen spezifische Angebotstypen bevorzugen, die aufgrund ihres Genres oder ihrer Organisationsform bestimmte Charakteristika aufweisen, von denen sie annehmen, dass sie ihren Informationsbedürfnissen besonders entgegenkommen. Wer beispielsweise überwiegend regionale Information sucht, wird eher zu einer Regionalzeitung greifen wollen, als zur überregionalen Tageszeitung an sich. Damit wird der Vertriebsweg – ob in Print oder online – für die Nutzungsentscheidung zweitrangig. In weiterer Folge bedeutet dies, dass in der gegenwärtigen Ausdifferenzierung des Angebots über eine größere Zahl von Distributionskanälen anbieterbezogene Charakteristika insofern bedeutsamer sind, als sie den Nutzer\*innen eine Binnenorientierung innerhalb der bevorzugten Primärmedien ermöglichen. Onlineplattformen überregionaler Zeitungen wird, um ein Beispiel zu nennen, möglicherweise deshalb eher vertraut, weil sie schon als Printprodukt Vertrauen genossen haben. Hasebrink (2014a) vermutet daher, dass im Zuge der Konvergenz Mediengattungen gegenüber kanalübergreifenden Medienangeboten an Gewicht verlieren. Eine Reihe von Studien zeigen, dass dies nicht generell gilt und es weiterhin Nutzer\*innen gibt, die ihre Medienrepertoires im Wesentlichen auf der Basis primärer Medientypen und damit hauptsächlich genutzter Mediengattungen zusammenstellen, während andere – etwa, wenn das

Interesse insbesondere nationalen, regionalen oder Hintergrundinformationen gilt – eher „attribute-focused“ (Edgerly et al. 2018: 195) vorgehen (vgl. u.a. Edgerly 2015; Swart et al. 2017). Das stufenweise Vorgehen der vorliegenden Untersuchung sieht daher zunächst eine Überprüfung der identifizierten Informationsnutzungsklassen im Hinblick auf eine mögliche Binnendifferenzierung nach bevorzugten Genres und Organisationsformen („Angebotstypen“) vor. Auf diese Weise kann beispielsweise gezeigt werden, ob das Fernsehen dann zum primären Informationsmedium wird, wenn vor allem öffentlich-rechtlichen oder privaten Anbietern diese Rolle zugesprochen wird. Zugleich lässt sich erkennen, ob sich die Zuerkennung auf den klassischen Verbreitungsweg beschränkt oder auch auf die Pendanten im Internet. Mit dieser Überprüfung lässt sich der Homogenitätsgrad der ermittelten Nutzungsklassen feststellen. In Anlehnung an Hasebrink und Hölig (2014; 2019) kann auf Genreebene beim Rundfunk nach Nachrichten, Magazinen und Talkshows, bei der Presse nach überregionalen, regionalen und Boulevardzeitungen und bei den Onlineanbietern nach reinen Onlineangeboten (die also von Akteuren stammen, die ausschließlich im Internet auftreten und über kein Gegenstück offline verfügen) und Nachrichtenaggregatoren unterschieden werden. Da die Genreebene im Rundfunksektor anhand des verwendeten Datenmaterials (vgl. Kapitel 4.1.2) nicht analysierbar ist, wird für die vorliegende Studie auf die – in diesem Sektor wahrscheinlich ohnedies aussagekräftigere (vgl. Curran 2003; Hasebrink und Schmidt 2013) – Organisationsform zurückgegriffen und nach öffentlich-rechtlichen und privaten Anbietern unterschieden. Mit ähnlichen, den US-amerikanischen Angebotsstrukturen angepassten Kategorien arbeiten auch Mourão et al. (2018).

Gemäß diesen Überlegungen erfolgt die Bestimmung der Medien- bzw. präziser: Informationsrepertoires der im ersten Schritt ermittelten Nutzungsklassen nicht allein auf der Grundlage der primär gewählten Mediengattungen, sondern in Kombination mit den innerhalb der einzelnen Nutzungsklassen bevorzugten Angebotstypen, vereint also zwei Analysestufen der Medienselektion. Die dritte Analysestufe – die Wahl der konkreten Angebote – bezieht sich schließlich auf eine weitere Entscheidungsstrategie auf Seiten der Nutzer\*innen, nämlich in einer *konkreten* Nutzungssituation unter den verfügbaren Alternativen zu wählen. In Anbetracht der Fragestellung wird die konkrete Nutzungssituation als die Nutzung *tagesaktueller Information* definiert und die Zusammensetzung der Medienrepertoires auf der Ebene der einzelnen von den Nutzungsgruppen als dafür geeignet erachteten Medienangebote ermittelt. Das heißt also, dass der einzelne Zeitungs- oder Magazintitel, der einzelne Fernseh- oder Radiosender bzw. die einzelne Onlineplattform als Einheiten in die Analyse eingehen. Damit wird es sowohl möglich innerhalb einer Medienmarke nach Kanälen zu differenzieren als auch

zu erfassen, ob in einer *High-Choice-Medienumgebung* ein Imagetransfer von bestimmten Nachrichtenmarken (über das ursprüngliche Medium hinaus) gelingt, sodass es zu einer Reduktion der Auswahlvielfalt kommt.

Mit dem beschriebenen dreistufigen Verfahren lässt sich daher beobachten, ob sich die Unterschiede zwischen den Nutzungsklassen den jeweils (primär) genutzten Mediengattungen, Angebotstypen oder Medienangeboten bzw. spezifischen Konstellationen dieser Merkmale zuschreiben lassen.

#### 4.1.2 Datenbasis

Zur Ermittlung der die Informationsnutzungsklassen prägenden primären Medientypen (= hauptsächlich genutzten Mediengattungen) kann auf die Daten des *Digital News Reports 2019* des *Reuters Institutes for the Study of Journalism* der *University of Oxford* zurückgegriffen werden. Die österreichischen Daten wurden vom Umfrageinstitut *YouGov* zwischen 17. Januar 2019 und 20. Februar 2019 erhoben und von einem Forscherteam des Fachbereichs Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg ausgewertet (Gadringer et al. 2019). Der *Digital News Report* widmet sich seit 2012 der Erhebung der Nachrichten- bzw. Informationsnutzung in zahlreichen Ländern, und zwar, im Unterschied zu seinem Titel, in digitaler und analoger Form.

Die Grundgesamtheit der befragten Personen wurde mit einem demografischen Länderprofil für Österreich auf Basis des Mikrozensus<sup>14</sup> abgeglichen. Nach einigen für die Befragungswelle 2019 gegenüber den Vorjahren vorgenommenen Änderungen, ist sie repräsentativ für die österreichische Gesamtbevölkerung. Tabelle 4.1 gibt Auskunft über die soziodemografische Zusammensetzung. Für die Umfrage in Österreich waren aus einem bestehenden Online-Access-Panel per Zufallsstichprobe Einladungen zur Teilnahme an einer Onlinebefragung versandt worden. Insgesamt haben 2010 Personen, die Nachrichten zumindest einmal pro Monat nutzen, an der Umfrage teilgenommen. Die Daten des *Digital News Reports* erlauben im Hinblick auf die Differenzierung distinkter Gruppen von Nachrichtennutzer\*innen die Einbeziehung aller heute verfügbaren Gattungen von Nachrichtenquellen.

---

<sup>14</sup> Datenbasis: [http://www.statistik.at/web\\_de/frageboegen/private\\_haushalte/mikrozensus/index.html](http://www.statistik.at/web_de/frageboegen/private_haushalte/mikrozensus/index.html)

**Tabelle 4.1.** *Soziodemografische Merkmale der Grundgesamtheit*

| Merkmal                                   | n     | %    |
|---|-------|------|
| <b>Geschlecht</b>                         |       |      |
| Weiblich                                  | 1.035 | 51,5 |
| Männlich                                  | 975   | 48,5 |
| <b>Alter</b>                              |       |      |
| 18-24 Jahre                               | 187   | 9,3  |
| 25-34 Jahre                               | 322   | 16,0 |
| 35-44 Jahre                               | 316   | 15,7 |
| 45-54 Jahre                               | 372   | 18,5 |
| 55+ Jahre                                 | 814   | 40,5 |
| <b>Ausbildung*</b>                        |       |      |
| Primär – Pflichtschule                    | 412   | 20,5 |
| Sekundär – Abitur                         | 898   | 44,7 |
| Postsekundär, ohne akademischen Abschluss | 298   | 14,8 |
| Tertiär – universitäre Ausbildung         | 402   | 20,0 |
| <b>Haushaltseinkommen/Jahr</b>            |       |      |
| Weniger als 20.000 Euro                   | 501   | 25,0 |
| 20.000 bis 39.999 Euro                    | 595   | 29,6 |
| 40.000 bis 59.999 Euro                    | 329   | 16,4 |
| 60.000 Euro und darüber                   | 221   | 11,0 |

*Anmerkung.* Basierend auf Gadringer et al. (2019: 19) gemäß Datenbasis: Reuters Digital News Report Österreich 2019.

\* Die Ausbildung wurde nach den Stufen des ISCED-Standards der UNO abgefragt; die neun Stufen wurden in dieser Tabelle zu vier in Österreich üblichen Kategorien zusammengefasst.

Mit der Frage (Q3) des Fragebogens des Reuters Institutes wurde erhoben welche Mediengattungen innerhalb der vergangenen Woche genutzt bzw. nicht genutzt worden waren:

- Nachrichtenprogrammen im Fernsehen
- 24-Stunden-Nachrichten-Fernsehsender
- Nachrichtenprogrammen im Hörfunk
- Print-Zeitungen
- Print-Nachrichtenmagazinen
- Websites und Apps von Zeitungen
- Websites und Apps von Nachrichtenmagazinen
- Websites und Apps von Fernseh- und Radiosendern
- Websites und Apps anderer Anbieter
- Sozialen Medien
- Blogs

Die Angebotstypen sind im Datensatz nicht separat ausgewiesen. Vielmehr müssen die im Fragebogen enthaltenen 74 Medienangebote diesen zugeordnet werden. Dazu werden Fernseh-

und Radiosender sowie ihre entsprechenden Onlineverbreitungswege in den Kategorien *öffentlich-rechtlicher Rundfunk* und *privater Rundfunk* gebündelt. Ähnliches gilt für *überregionale*, *regionale* und *Boulevardzeitungen* bzw. *-magazine*, die zu drei genrespezifischen Kategorien zusammengefasst werden, unabhängig davon, ob sie täglich oder wöchentlich erscheinen oder ob sie als Printprodukt oder über das Internet vertrieben werden. Regionale Angebote, die nicht dem Printsektor und dazugehörigen Internetangeboten zugeordnet werden können, waren nicht in die Umfrage des *Reuters Digital News Reports* einbezogen. Die Ausnahme des Radiosenders Ö 2, unter dessen Dach neun regionale Sender operieren (Radio Wien, Radio Niederösterreich, Radio Oberösterreich, Radio Burgenland, Radio Salzburg, Radio Steiermark, Radio Kärnten, Radio Tirol und Radio Vorarlberg) wird als Angebot des *ORF* dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk zugeordnet. *Reine Onlineangebote* und *Nachrichtenaggregatoren* bilden zwei weitere Kategorien (vgl. Hasebrink und Hölig 2014; 2019). Tabelle 4.2 fasst die in der Umfrage des *Reuters Institutes* enthaltenen Medienangebote nach dieser Kategorien zusammen. Sie werden im Kontext mehrerer Fragenkomplexe, getrennt nach Offline- und Onlineangeboten sowie nach Nutzungsintensität erhoben. Die Fragen Q5A und Q5B zielen auf die Nutzung der Medienangebote „innerhalb der letzten Woche“, die Fragen Q5AI und Q5BI auf deren Nutzung „an drei oder mehr Tagen“. Die beiden letztgenannten Fragen stehen für eine Nutzung im Sinne tagesaktueller Information.

**Tabelle 4.2.** Medienangebote in der österreichischen Umfrage des *Reuters Institutes*, sortiert nach Angebotstypen\*

| Öffentlich-rechtlicher Rundfunk | Privat-kommerzieller Rundfunk      |
|---------------------------------|------------------------------------|
| ARD                             | ATV                                |
| BBC News                        | atv.at aktuell                     |
| BBC News online                 | CNN                                |
| FM4                             | CNN.com                            |
| heute.de (ZDF Deutschland)      | kronehit                           |
| Ö1                              | kronehit.at news                   |
| Ö2                              | oe24 TV                            |
| Ö3                              | PULS4                              |
| ORF 1**                         | puls4.com news                     |
| ORF 2***                        | RTL                                |
| orf.at (Dachangebot)            | ServusTV                           |
| tagesschau.de (ARD Deutschland) |                                    |
| ZDF                             |                                    |
| Presse überregional             | Regionale Angebote                 |
| Der Standard                    | BVZ – Burgenländische Volkszeitung |

|  |   |
|--|---|
| derstandard.at (Der Standard online)     | Kleine Zeitung  |
| Die Presse                               | kleinezeitung.at – Kleine Zeitung Online                |
| diepresse.com (Die Presse online)        | Neue Vorarlberger Tageszeitung                          |
| FALTER                                   | NÖN (Niederösterreichische Nachrichten)                 |
| falter.at (FALTER online)                | noen.at (Niederösterreichische Nachrichten online)      |
| KURIER*                                  | OÖN (Oberösterreichische Nachrichten)                   |
| kurier.at (KURIER online)*               | nachrichten.at (Oberösterreichische Nachrichten online) |
| New York Times online                    | SN (Salzburger Nachrichten)                             |
| News                                     | Salzburger Woche  |
| news.at (News online)                    | sn.at (Salzburger Nachrichten online)                   |
| profil                                   | TT (Tiroler Tageszeitung)                               |
| profil.at (profil online)                | tt.com (Tiroler Tageszeitung online)                    |
| trend                                    | VN (Vorarlberger Nachrichten)                           |
| Wiener Zeitung                           | vol.at (Vorarlberger Nachrichten online)                |
| WienerZeitung.at (Wiener Zeitung online) |   |
| <hr/>                                    | <hr/>   |
| Boulevard                                | Online-only-Angebote                                    |
| Die ganze WOCHEN                         | Addendum  |
| Heute                                    | BuzzFeed News   |
| heute.at (Heute online)                  | DiE TAGESPRESSE (satirisch)                             |
| Kronen Zeitung                           | DOSSIER   |
| krone.at (Kronen Zeitung online)         | HuffPost (Huffington Post)                              |
| oe24.at (Dachangebot)                    | NEOpresse   |
| ÖSTERREICH                               | salzburg24.at   |
| <hr/>                                    | <hr/>   |
| Nachrichtenaggregatoren                  | VICE News   |
| GMX                                      |   |
| MSN News                                 |   |
| Yahoo! News                              |   |

*Anmerkung.* Eigene Darstellung

Im Fragebogen enthaltene Sammelkategorien von Medienangeboten (wie „sonstige regionale und lokale Zeitungen oder Webseiten“) wurden nicht in die Analysen einbezogen, um Verzerrungen gegenüber den Einzelangeboten zu vermeiden.

\* Der KURIER wird häufig als „Midmarket Paper“ zwischen Qualitäts- und Boulevardzeitung bezeichnet.

\*\* Die Frageformulierung enthielt die Nachrichtensendungen ZIB [Zeit im Bild] Flash, ZIB [Zeit im Bild] Magazin, ZIB [Zeit im Bild] 20)

\*\* Die Frageformulierung enthielt die Nachrichtensendungen ZIB [Zeit im Bild]1, ZIB [Zeit im Bild] 2)

#### 4.1.3 Verfahren

Die Bildung von Informationsnutzungsklassen, ihre interne Differenzierung und die Bestimmung der Informationsrepertoires auf der Ebene der einzelnen Angebote erfolgt durch *latente Klassenanalysen*. Dieses Verfahren ist, wie bereits gezeigt wurde (vgl. Ksiazek et al. 2010; Lengauer et al. 2012; Bos et al. 2016; Mangold et al. 2017), aufgrund seiner theoretischen

und mathematischen Vorannahmen für die Medienrepertoireforschung besonders geeignet und kennt eine Reihe von Vorteilen gegenüber der häufig angewendeten Clusteranalyse.

Die *latente Klassenanalyse* dient grundsätzlich der Charakterisierung von Personenunterschieden anhand kategorialer Daten und ist deshalb für Umfragedaten besonders angezeigt. In den 1950er Jahren von Paul F. Lazarsfeld eingeführt (Lazarsfeld und Henry 1968) und seither kontinuierlich weiterentwickelt (vgl. u.a. Moosbrugger und Kelava 2008; Bacher et al. 2010; Bacher und Vermunt 2010), unterscheidet sie zwischen empirisch messbaren Manifestationen und dahinter liegenden multidimensionalen latenten Strukturen. Das zunehmende Interesse an diesen nicht direkt messbaren, qualitativen Strukturen und damit verbundenen Typologien hat in den 1980er Jahren (Formann 1984) zu einer seither anhaltenden und sich auch in der Entwicklung statistischer Software niederschlagenden Renaissance der Methode geführt. Wie Mangold et al. (2017: 7) darlegen, entspricht die für die latente Klassenanalyse charakteristische Unterscheidung dem theoretischen Grundprinzip der Medienrepertoireforschung, „dass die Repertoirekomposition bestimmten Strukturprinzipen folgt (= multidimensionale latente Variable im Messmodell), welche sich wiederum in der Nutzung und Kombination einzelner Medien widerspiegeln (= manifeste Indikatoren im Messmodell)“. So operiert die latente Klassenanalyse einerseits mit manifesten Variablen, deren Werte direkt gemessen werden können, und andererseits mit einer latenten Variable, deren Werte nicht direkt gemessen werden können. Die manifesten Variablen werden als Indikatoren der theoretisch hergeleiteten latenten Variable verstanden, wobei letztere immer eine kategoriale nominale Variable ist, deren Kategorien *latente Klassen* genannt werden. Bei den manifesten Variablen gibt es keine Einschränkungen hinsichtlich des Skalenniveaus. Es wird angenommen, dass jene Position, die eine Person auf der latenten Variablen einnimmt, systematisch jene Werte beeinflusst, die für diese Person bei den manifesten Variablen gemessen werden.

Setzt also die latente Klassenanalyse die theoretische Vorannahme des Medienrepertoireansatzes optimal um, so bietet sie darüber hinaus eine Reihe von Vorteilen gegenüber der Clusteranalyse: In beiden statistischen Analysemodellen geht es um die Ermittlung von Ähnlichkeitsstrukturen in Datenbeständen und die Zusammenfassung von voneinander abgrenzbaren Mustern zu Clustern. Während jedoch die Clusteranalyse zahlreiche Entscheidungen auf Forscher\*innenseite in Bezug auf Distanzmaße, Fusionsalgorithmen und Clusterzahlen verlangt, „die sich substantziell auf die Befunde auswirken können“ (Mangold et al. 2017: 6), bietet die latente Klassenanalyse – anders als die Clusteranalyse – eine

inferenzstatistische Absicherung der Modelle und Möglichkeiten der Verfahrensoptimierung, deren Beitrag zur Modellbildung in seiner Signifikanz überprüfbar ist:

- So zeigen beispielsweise bivariate Residuen korrelative Strukturen in den Daten auf, die sich entsprechend modellieren lassen.
- Die Wald-Statistik erlaubt die Bestimmung von Variablen, welche die Klassen nicht signifikant trennen, was zu ihrer Behandlung als (aktive) Kovariaten veranlassen kann (um mögliche verzerrende Einflüsse auf die Analyseergebnisse zu korrigieren), jedenfalls aber die Interpretation der Klasseneigenschaften präzisiert.
- Anhand statistischer Maßzahlen kann das sparsamste Modell, also jenes mit der geringsten, die interessierenden Strukturen allerdings am besten abbildenden Zahl an Klassen bestimmt werden.
- Der errechenbare Klassifikationsfehler zeigt auf wie treffsicher ein Modell ist.
- Ähnlich einer Regressionsanalyse wird ein  $R^2$ -Wert zur Bestimmung der erklärten Varianz ausgegeben.
- Schließlich ist es möglich, Modelle mit unterschiedlichen Klassenzahlen miteinander zu vergleichen und zu ermitteln, ob jenes Modell mit der höheren Klassenzahl gegenüber jenem mit der geringeren Klassenzahl einen signifikanten Beitrag zur Verbesserung der Klassenbildung (Fehlerreduktion) leistet.

Darüber hinaus können die Klassen mit Hilfe von inaktiven bzw. passiven, d.h. auf die Klassenbildung keinen Einfluss nehmenden, Kovariaten beschrieben werden, um die Klassenanalyse in eine Regressionsanalyse zu überführen. Was bedeutet das für die vorliegende Untersuchung?

1. Die Daten des *Reuters Digital News Reports* zur Nutzung von Mediengattungen als Nachrichtenquellen werden mittels latenter Klassenanalyse ausgewertet. Dabei geht es um die Frage, wie viele Nutzungsklassen sich mit einem distinkten Informationsnutzungsverhalten in Österreich ermitteln lassen und wodurch sie sich in ihrem Verhalten unterscheiden. Als externe Kriterien zur Charakterisierung der so ermittelten Informationsnutzungsklassen werden die in der Umfrage des *Reuters-Institutes* verwendeten soziodemografischen und politischen Merkmale der Befragten herangezogen. In diesem und allen weiteren Analyseschritten erfolgt die Schätzung der Ergebnisse mit der Maximum-Likelihood-Methode und der Software LatentGOLD 5.1.
2. Im Sinne einer möglichst präzisen Bestimmung der Informationsrepertoires werden die bei der Definition der Nutzungsklassen ermittelten Wahrscheinlichkeiten, mit denen

einzelne Mediengattungen als Primärmedientypen gewählt werden, mit jenen Wahrscheinlichkeiten konfrontiert, welche die Eignung einzelner Angebotstypen zur Erfüllung der erwarteten Informationsfunktion schätzen. Dafür wird für jede der im ersten Schritt auf der Basis der primären Medientypen gebildeten Klassen erneut eine Klassenanalyse durchgeführt, in welche alle in Tabelle 4.2 genannten Angebotstypen als manifeste Indikatoren eingehen. Einerseits wird so anhand der Nutzungswahrscheinlichkeiten deutlich welche Angebotstypen in jeder Klasse präferiert werden, und andererseits lässt sich ablesen, welche Angebotstypen von der gesamten Nutzungsklasse mehr oder minder gleichermaßen präferiert werden und welche nicht. Kurz: Es wird der Grad der Homogenität einer Klasse sichtbar. Dabei ist zu erwarten, dass die Ergebnisse aus dem ersten Schritt zwar eine statistisch signifikante Zuordnung der Befragten zu den errechneten Klassen erlauben, diese Zuordnung aber mit einem gewissen Prozentsatz möglicher Fehler behaftet ist. Überdies handelt es sich um *Wahrscheinlichkeiten* der Zuordnung, nicht um relative Häufigkeiten, da nicht die gesamte Bevölkerung, sondern eine repräsentative Stichprobe befragt worden ist. Indem die latente Klassenanalyse mit Wahrscheinlichkeiten und nicht mit relativen Häufigkeiten operiert, wird sie dem Stichprobencharakter der erhobenen Daten gerecht. Eine neuerliche (Sub-)Klassenbildung *innerhalb* der einzelnen Klassen erlaubt also, wie in Kapitel 4.1.1 erläutert, eine präzisere Beschreibung des Mediennutzungsverhaltens entlang zweier Dimensionen.

3. Um nun die Informationsrepertoires anhand der primären Medien- und Angebotstypen zu bestimmen, sollen beide mit einer gruppenspezifischen Mindestwahrscheinlichkeit von den Befragten gewählt werden. Diese wird im vorliegenden Kontext bei 33,3 % in allen (Sub-)klassen festgelegt. Bei einer Wahrscheinlichkeit von 66,6 % würde eine Mediengattung oder ein Angebotstyp bereits von zwei von drei Befragten gewählt werden. In praxisnahen Untersuchungen, etwa dem *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC)<sup>15</sup>, geht man bei einer 66,6 % bis 90 %-igen Eintrittswahrscheinlichkeit davon aus, dass ein Ereignis *wahrscheinlich* eintreten wird. Werte über 90 % gelten als *hohe Wahrscheinlichkeit*, welche zwischen 66,6 % und 33,3 % als *mittlere Wahrscheinlichkeit*. Mit einem Wert unter 33,3 % wird der Eintritt eines Ereignisses *eher unwahrscheinlich*. Der Festlegung einer Mindestwahrscheinlichkeit liegt die Zielsetzung zugrunde, nur jene Angebote in die

---

<sup>15</sup> Datengrundlage: <https://www.umweltbildung.at/cgi-bin/cms/praxisdb/suche.pl?aktion=thema&typ=Themen&themenid=97>, [06.07.2020]

Analyse einzubeziehen, die – unabhängig von etwaigen Abweichungen zwischen den Subklassen – in jeder Nutzungsklasse weitgehend gemeinsam als Informationsquellen genutzt werden und so den kollektiven Erwartungen an die demokratische Medienleistung am nächsten kommen. Dem so entstehenden Raster aus Mediengattungen und Angebotstypen können sodann für jede Klasse, und damit für jeden Informationsnutzungstyp die konkreten, als Informationsquellen dienenden Angebote zugeordnet werden.

Auf dieser Zuordnung baut die Auswahl jener Medien auf, die in die vorliegende Analyse als „herausragende Vertreter der Informationsrepertoires“ eingehen. Die Basis dieser Auswahl bildet die Wahrscheinlichkeit, mit der ein Angebot innerhalb einer Klasse als Vertreter seiner Mediengattung *und* seines Angebotstyps gewählt wird. Beide Wahrscheinlichkeiten müssen also multipliziert werden (Sachs und Hedderich 2009: 138-140). Daraus ergibt sich eine Rangfolge der Angebote, gereiht von *hoher* bis *geringer Wahrscheinlichkeit*. Es gelangen nur jene Angebote in die engere Auswahl, deren Wahrscheinlichkeit über dem oberen Wert des Konfidenzintervalls des Mittelwerts, also statistisch einwandfrei über dem Mittelwert der Wahrscheinlichkeit aller Angebote liegen, und die eine Mindestwahrscheinlichkeit von 1,66 aufweisen (d.h., dass zumindest eine von 60 Personen ein bestimmtes Medienangebot wählt). Dies, um zu gewährleisten, dass nur Angebote in die Analyse einbezogen werden, denen innerhalb einer Klasse eine hohe Verbreitung zukommt.

Die auf diese Weise ausgewählten Medienangebote sollten sich weitgehend dem oben dargestellten Raster primärer Medien- und Angebotstypen in den einzelnen Nutzungsklassen zuordnen lassen, wobei das Ausmaß der Zuordnungsmöglichkeit für die Stichhaltigkeit der Analysen spricht. Ausnahmen sind nur in zwei Fällen zu erwarten: Erstens, wenn eine Mediengattung nicht zu den primären Medientypen einer Nutzungsklasse gehört, aber ein Angebot kennt, das zu einem der bevorzugten Angebotstypen dieser Klasse gehört (was etwa bei einem geglückten Markentransfer in einen sonst nicht bevorzugten Mediensektor auftreten kann). Zweitens, wenn ein Angebotstyp in der Gesamtheit seiner Vertreter von einer Klasse nicht präferiert wird (und damit aus dem Repertoire der Klasse herausfallen würde), aber ein Angebot kennt, das aus dem generellen Trend „ausreißt“ und vergleichsweise stark genutzt wird, weil es zu einem der primären Medientypen der betreffenden Klasse gehört (was beispielsweise bei einer regionalen Zeitung aufgrund der regionalen Vielfältigkeit des Angebots gegeben sein kann). Der erstgenannte Fall wird dann in die Analyse einbezogen, wenn die oben genannten Regeln für die auf die gesamte Klasse bezogene Nutzungswahrscheinlichkeit erfüllt sind und sich die Wahrscheinlichkeiten in den Subklassen

nur geringfügig (im Verhältnis 3:4) unterscheiden. Für den letztgenannten Fall werden die Auswahlregeln insofern etwas gelockert, als jener Wert, der auf die gesamte Klasse bezogenen Nutzungswahrscheinlichkeit auch innerhalb des Konfidenzintervalls des Mittelwerts liegen darf.

Die Grundgesamtheit der Medienangebote (vgl. Tabelle 4.2) enthält sowohl österreichische Angebote bzw. österreichische Ableger ausländischer Medien als auch ausländische Angebote; letztere gehen zwar in die Bildung der Informationsrepertoires, nicht aber in den Vergleich mit dem inhaltlichen Angebot ein, da dessen Analyse auf Informationen über österreichische politische und gesellschaftliche Belange fokussiert.

## 4.2 Die Erwartungen an die demokratische Qualität des Informationsangebots

### 4.2.1 Integration der Nutzungsseite der Medienqualitätsforschung

Die nächste Frage, die sich in Anwendung des heuristischen Stufenmodells gemäß Abbildung 2.4 stellt, ist jene nach einer Zuordnungsmöglichkeit der ermittelten Nutzungsklassen zu spezifischen, den beiden grundlegenden Demokratieverständnissen entsprechenden Funktionserwartungen der Medien, die ihrerseits mit spezifischen Anforderungen an die demokratische Qualität des tagesaktuellen Informationsangebots der Medien verbunden sind. Die Operationalisierung geht von der Überlegung aus, dass Qualität ein relationales, normatives Konstrukt ist und die normative Basis der Beurteilungskriterien und der sich darauf beziehenden Qualitätsurteile in einem komplexen Zusammenhang mit der Glaubwürdigkeit der Medien und dem ihnen entgegengebrachten Vertrauen steht (Wolling 2003): Unterschiedliche Einflüsse der Beurteilungskriterien auf das Vertrauen hängen von unterschiedlichen normativen Grundlagen ab. Um die Relevanz der Beurteilungskriterien der Nutzer\*innen zu messen, ist es daher sinnvoll, sie auf ihren Einfluss auf das Medienvertrauen zu prüfen. Das gilt insbesondere dann, wenn es sich bei der normativen Basis der Beurteilungskriterien um demokratietheoretisch zu beschreibende Grundlagen handelt. Strömbäck et al. (2020) haben zu Recht den Stellenwert des Vertrauens in die Medien betont, wenn es um die demokratischen Implikationen der Mediennutzung geht. Auch wenn die Literatur uneins über die Ausmaße und das Gewicht des gegenwärtigen Vertrauensverlusts in die Medien ist (vgl. Hanitzsch et al. 2018; Newman et al. 2019) und den Medien (noch?) mehr vertraut wird als den zentralen politischen Institutionen wie der Regierung, dem Parlament oder den Parteien (Beaufort 2017; Beaufort und Seethaler 2020), so zeigt die gerade in jüngerer Zeit verstärkt geführte Vertrauensdebatte,

dass es sich beim Vertrauen um einen validen Bezugspunkt dafür handelt, welche Funktionen die Nutzer\*innen von den Medien erfüllt wissen wollen.

In konzeptioneller Hinsicht zeigen Strömbäck et al. (2020) in ihrem einschlägigen Forschungsüberblick, dass „Vertrauen in die Medien“ bisher auf vielfältige Weise operationalisiert worden ist. Einer Überprüfung der Validität der Ergebnisse hält jedoch nur eine Operationalisierung stand, „that both (a) stays close to the broader definition of trust and (b) the specific nature and function of news media in democratic societies.“ Die zweite Forderung zielt darauf, den Fokus nicht auf das generelle Vertrauen in Medien als Institutionen zu legen, sondern auf das demokratiethoretisch relevante Vertrauen „in the information coming from news media“. Diese Ausrichtung, so die erste Forderung, sollte aber in keiner Weise in Subdimensionen aufgesplittet werden (wegen fehlender Diskriminanzvalidität) oder sich lediglich auf bestimmte Aspekte beziehen, wie die in Medienunternehmen handelnden Akteure, oder auf bestimmte Merkmale journalistischer Tätigkeit (um unterschiedliche Interpretationen zu differenzierter Fragen durch die Befragten zu vermeiden). Im Unterschied zum Verfahren, das generelle Vertrauen in die Informationsleistung der Medien in mehrere Subdimensionen aufzuspalten, werden – in Anbetracht der Fragestellung der vorliegenden Untersuchung – Erwartungen an die Funktion von Nachrichtenmedien in einer demokratischen Gesellschaft als Prädiktoren des Vertrauens betrachtet: Je stärker eine erwartete Funktion als erfüllt beurteilt wird, desto höher ist das den Medien entgegengebrachte Vertrauen. Coleman et al. (2012) haben darauf hingewiesen, dass die kommunikationswissenschaftliche Forschung weithin davon ausgeht, dass es die nicht weiter hinterfragte Aufgabe der Medien in einer Demokratie ist, die Bürger\*innen mit jenen Informationen zu versorgen, die sie benötigen „to be free and self-governing“ (Kovach und Rosenstiel 2001: 16). Selten wird jedoch die untrennbar damit verbundene Frage gestellt, „what do citizens need in order to be free and self-governing“ (Coleman et al. 2012: 49). Die Erfüllung dieser – durchaus unterschiedlichen – Erwartungen an die Medien ist es aber, wie Coleman und Kollegen (2012) anhand von mehreren Fokusgruppen zeigen können, die das Vertrauen in die Medien ausmacht: „When distrust in the news was expressed – as it was in each of our focus groups – it was because people felt that their expectations of the news were not shared by news producers.“ (Coleman et al. 2012: 42) Die Autoren der Studie halten daher fest:

„If a majority of news consumers are left feeling like outsiders, hearing words and seeing images, without any meaningful context or realistic expectation that they will be able to act upon such information, not only news consumption, but democratic citizenship itself, comes to be experienced as a spectator act.“ (Coleman et al. 2012: 45)

Da die Erwartungen der Nutzer\*innen, so die theoretische Prämisse, von ihren Verständnissen, was Demokratie bedeutet, wie sich Öffentlichkeit konstituiert und welche Rolle Medien darin spielen, abhängig sind und demnach je nach Verständnis variieren, gibt eine der Struktur der Nutzungsklassen folgende Analyse Aufschluss darüber, ob und zu welchem Grad das Nutzungsverhalten in den einzelnen Klassen mit bestimmten Demokratieverständnissen einhergeht.

#### 4.2.2 Datenbasis

Für die Bestimmung des Medienvertrauens stellen die Daten des *Reuters Digital News Reports* (2019) eine Frage (Q6\_2016\_1) zur Verfügung, die im bereits argumentierten Sinn auf die generelle Informationsleistung der Medien zielt und von Strömbäck et al. (2020) zu den empfehlenswerten Frageformulierungen gezählt wird: „Wir fragen Sie nun nach dem Vertrauen in die Nachrichten. Bitte geben Sie an, inwieweit Sie der folgenden Aussage zustimmen: Ich glaube, ich kann dem Großteil der Nachrichtenquellen in den meisten Fällen vertrauen.“ Die Antworten erfolgten anhand einer 5-stufigen Skala von *stimme voll zu* bis *stimme überhaupt nicht zu*. Haben Gadringer et al. noch 2019 darauf hingewiesen, dass im Vergleich zu früheren *Reuters*-Erhebungen das allgemeine Nachrichtenvertrauen in Österreich das zweite Jahr in Folge abgenommen hat und mit 38,7 % leicht unter dem globalen Durchschnitt liegt, so ist es in der jüngsten Umfrage wieder um einen Prozentpunkt gestiegen (Gadringer et al. 2020: 21) – ein Grund mehr, den leichten Schwankungen des Vertrauens nachzugehen, die möglicherweise auch mit den Erwartungen an die Informationsleistung der Medien und dem Ausmaß ihrer Erfüllung zusammenhängen könnten.

Der Fragebogen des *Reuters Digital News Report (2019)* fragt nicht explizit nach den Erwartungen der Nutzer\*innen an die Funktionen von Nachrichtenmedien in einer demokratischen Gesellschaft; sie sind aber implizit in den fünf Items der Frage Q15 enthalten, die ebenfalls anhand der oben erwähnten 5-stufigen Skala beantwortet werden konnten:

„Inwieweit stimmen Sie der Aussage (hinsichtlich der Nachrichtenmedien in Österreich) zu:

- (1) Die Nachrichtenmedien beobachten und hinterfragen mächtige Persönlichkeiten und Unternehmen.
- (2) Die von den Nachrichtenmedien ausgewählten Themen sind für mich nicht relevant.
- (3) Die Nachrichtenmedien berichten häufig zu negativ über Ereignisse.

(4) Die Nachrichtenmedien halten mich über das, was passiert, auf dem neuesten Stand.

(5) Die Nachrichtenmedien helfen mir, die Nachrichten des Tages zu verstehen.“

Gerade im Hinblick auf durchgängig genutzte Güter geht das *Expectancy-Disconfirmation-Modell* (Oliver 1980; 1997) davon aus, dass die Zufriedenheit mit einem Produkt oder einem Service (und damit letztlich auch das Vertrauen in das Produkt oder den Service) einer permanenten Abwägung zwischen Erwartungshaltung und Bewertung der tatsächlichen Performanz unterliegt. Weder Erwartung noch Bewertung sind in diesem Prozess fixe Größen, sondern beeinflussen einander wechselseitig, denn zwischen den Fällen eindeutiger positiver oder negativer Nicht-Übereinstimmung (die zu Loyalität gegenüber dem oder Abkehr vom Produkt und Service führt) gibt es eine indifferente Zone, die deshalb entsteht, weil „disconfirmation and performance level are not proportionally related“ (Grigoroudis und Siskos 2010: 45). Konsument\*innen sind demnach innerhalb einer individuell unterschiedlichen Bandbreite geneigt, die Bewertung der Performanz der Erwartung anzunähern – ein Phänomen, das in der psychologischen *Assimilation-Contrast-Theorie* als „attitude of acceptance“ (Sherif und Hovland, 1964) diskutiert wird, während in der Wirtschaftssoziologie eher von „adaptive expectations“, also einer Anpassung der Erwartungshaltungen ausgegangen wird (Giddens 1987: 192). Auch wenn die Kenntnis möglicher Diskrepanzen zwischen Erwartungen und Bewertungen aufschlussreich gewesen wäre, kann angenommen werden, dass gerade unter den Bedingungen eines hochkonzentrierten Markts mit einigen wenigen reichweitenstarken Medienangeboten und eingeschränkten Wahlmöglichkeiten in die Evaluierung der Performanz der Anbieter die Erwartungen an diese Performanz einfließt. Dies umso eher, als der Fluchtpunkt, von dem her die Relevanz der Medienfunktionen für die einzelnen Nutzungsklassen bestimmt wurde, das Vertrauen in die Nachrichtenquellen als ein zentrales Moment der Nachrichtenmediennutzung in einem demokratischen Kontext ist. Insbesondere in Bezug auf Vertrauen spielt die normative Basis der Beurteilungskriterien eine nicht zu unterschätzende Rolle (Wolling 2003). Darüber hinaus bestätigen sowohl die theoretische Herleitung als auch die schließlich sinnvoll interpretierbaren Befunde die Konstruktvalidität.

In Kapitel 2.2 konnte gezeigt werden, dass die demokratietheoretisch hergeleiteten Verständnisse von Demokratie und Öffentlichkeit mit Erwartungen an die Informationsleistung der Medien einhergehen, die nur partiell übereinstimmen, sich in Bedeutung und Gewichtung unterscheiden oder gar in unterschiedliche Richtungen zielen. Die in der *Reuters-Umfrage*

enthaltenen Items decken nur einige wenige Funktionserwartungen ab, lassen sich aber den beiden grundlegenden Demokratieverständnissen zuordnen:

Mit dem oben genannten zweiten, dritten und vierten Item wird die *Informationsfunktion* der Medien angesprochen, die sich einerseits in einem divergenten Verständnis der Relevanz von Informationen (Items 2 und 4) und andererseits in einem unterschiedlichen Zugang des journalistischen Stils, wie Informationen präsentiert werden sollen (Item 3), dokumentiert. Aus einer auf Inklusion zielenden partizipatorischen Sicht geht es um die „individuelle Relevanz“ (Engesser 2013: 299) des Berichteten für die Anbindung an den persönlichen Lebenskontext und die erfahrbare Umwelt (Item 2). Aus einer den Marktplatz der Ideen vermittelnden liberal-repräsentativen Sicht geht es um die „gesellschaftliche Relevanz“ von Themen, deren Gültigkeit für die „soziale Ordnung, politische Entscheidungen und das Wohlergehen der Allgemeinheit“ (ebd.) vorgegeben ist und über die man informiert sein will und (aus normativer Perspektive) sein muss (Item 4).

Mit den unterschiedlichen Verständnissen von relevanter Information sind auch unterschiedliche Erwartungen an den journalistischen Stil verknüpft. Aus liberal-repräsentativer Sicht sollte ein unparteiisch berichteter Inhalt in einem sachlich-rationalen Stil vermittelt werden, der Negativität, wie sie im dritten Item zur Sprache kommt, vermeiden sollte – wenn sie nicht im Ausnahmefall der Kritik von Missständen dient (Kepplinger und Weißbecker 1991; Schudson 2008). Aus partizipatorischer Sicht werden negative Berichte zwar nicht per se gutgeheißen, aber selbst dann toleriert, wenn sie überzogen oder zugespitzt sind, weil nicht nur jede emotionale Ausprägung Raum haben darf, sondern ein emotionaler Stil der Einbindung der Nutzer\*innen in den öffentlichen Diskurs dient (Ferree et al. 2002; Jandura und Friedrich 2014).

Die mit einem gesellschaftlichen Relevanzverständnis verbundene Ausgestaltung der von den Medien erwarteten Informationsfunktion ist eng verbunden mit der im ersten Item formulierten *Kontrollfunktion*. Medien stellen eine kommunikative Verbindung zwischen der Bevölkerung und ihren gewählten Vertretern dadurch her, als sie einerseits die Bevölkerung mit Informationen mit dem Ziel der Meinungsbildung versorgen und andererseits die politischen Vertreter – und in einem kapitalistischen System auch die wirtschaftlichen Akteure – kontrollieren (Arnold 2009). Das setzt voraus, dass sie ihre Funktion in kritischer Distanz zur Macht und ohne Partei zu ergreifen erfüllen: „democracies need an unloveable press“ (Schudson 2008: 50), Demokratien brauchen Medien, die von keiner politischen Seite geliebt werden.

Diese Kontrollfunktion wird zwar aus partizipatorischer Perspektive nicht negiert, aber eher so verstanden, dass Medien ihren Nutzer\*innen in die Lage versetzen sollen, *selbst* Kritik zu formulieren und Kontrolle auszuüben (Wahl-Jorgensen 2001). Das setzt jedoch Verstehen, Vernetzung und Austausch voraus. Die Umsetzung dieser *Orientierungsfunktion* erfordert in stilistisch-formaler Hinsicht die Bereitstellung von konnektivitätsfördernden Interaktions- und Rechercheangeboten (Engesser 2013) und in inhaltlicher Hinsicht die (im fünften Item abgefragte) Vermittlung von Inhalten, die zum Verständnis des Geschehenen beitragen und damit die Voraussetzung zur kommunikativen Teilhabe am öffentlichen Diskurs bilden. Beide Komponenten befähigen als Elemente eines „dialogorientierten Journalismus“ die Mediennutzer\*innen zu Meinungsbildung, Artikulation und Kontrolle (Mlitz 2008) Diese fünf, im *Reuters*-Fragebogen thematisierten Erwartungshaltungen an die demokratische Qualität der Informationsleistung der Medien werden in Kapitel 4.3.1 aus angebotsseitiger Perspektive nochmals aufgegriffen und dort in einem umfassenderen Zusammenhang diskutiert.

#### 4.2.3 Verfahren

Die zur Bestimmung der Informationsnutzungsklassen vorgenommene latente Klassenanalyse (vgl. Kapitel 4.1.3) kann zum Ausgangspunkt einer Regressionsanalyse gemacht werden, in die das Vertrauen in die Informationsleistung der Medien als abhängige Variable und die Funktionen der Nachrichtenmedien als unabhängige Variablen eingehen. Das Modell erlaubt weiters die Spezifizierung einer Variablen, die Informationen zur Zugehörigkeit der Fälle zu den bereits ermittelten Klassen enthält. Als zusätzliche Erklärungsfaktoren werden die in der *Reuters*-Umfrage erhobenen soziodemografischen Merkmale (vgl. Tabelle 4.1) sowie das Interesse an der Politik einbezogen, deren möglicherweise gegebenes, wenn auch inkonsistentes Einflusspotential auf das Vertrauen in Medien in früheren Studien thematisiert worden ist (für einen Überblick vgl. Kohring und Matthes 2007; Mourão et al. 2018). Wegen der bei einer ordinalen Datenstruktur – wie sie bei der abhängigen Variablen gegeben ist – rangartig aufeinanderfolgenden Kategorien wird ein sogenanntes „adjacent-category“ ordinal-logistisches Regressionsmodell geschätzt (Andreß et al. 1997).

### 4.3 Analyse des tagesaktuellen Informationsangebots im Zeitvergleich

#### 4.3.1 Integration der Nutzungs- und Angebotsseite der Medienqualitätsforschung

Um den angestrebten Vergleich von Angebots- und Nutzungsseite durchführen zu können, sollten, dem entwickelten heuristischen Stufenmodell zur theoriegeleiteten, normativen Medienqualitätsforschung (Abbildung 2.4) folgend, die auf Seiten des Medienangebots untersuchten Qualitätsdimensionen mit den von den Nutzer\*innen erwarteten Medienfunktionen via des normativen Reflexionsstranges zueinander in Beziehung gesetzt werden. Da die Datensätze, auf die sich die Analyse stützt, unabhängig voneinander erhoben wurden, sind die Variablen auf beiden Seiten nicht deckungsgleich. Sie haben jedoch einen gemeinsamen Bezugshorizont: die Demokratietheorie bzw. die beiden grundlegenden Demokratieverständnisse. Das impliziert, dass die Analyse des tagesaktuellen Informationsangebots kein umfassendes Bild der publizistischen Qualität des Angebots geben kann und soll, sondern auf jene Qualitätsdimensionen fokussiert, die erstens aus demokratietheoretischer Perspektive relevant sind und zweitens mit jenen Anforderungen (Funktionserwartungen) verbunden sind, die in den seitens der Nutzer\*innen unterschiedlich interpretierten bzw. unterschiedlich gewichteten Medienfunktionen zum Ausdruck kommen (vgl. Kapitel 2.2.4.4).

Aufgrund des erstgenannten Auswahlkriteriums fallen, auch in Einklang mit der Gliederung von Arnold (2009), aus „funktionaler“ und im engeren Sinn „nutzerbezogener“ Sicht formulierte Qualitätskriterien nicht in den Analyserahmen. Das betrifft als „funktionale“ Kriterien beispielsweise Aktualität, Faktizität und Originalität und als „nutzerbezogene“ (gemeint sind konsument\*innenorientierte) Kriterien wie Gestaltung, Service und Unterhaltsamkeit (vgl. u.a. McQuail 1992; Ruß-Mohl 1992; Rager 1994; Pöttker 2000; Wyss 2002; Bucher und Altmeyen 2003; Arnold 2009; Neuberger et al. 2009; Cushion 2012; Fröhlich et al. 2012; Engesser 2013). Das letztgenannte Auswahlkriterium führte zum Ausschluss generell geltender Kriterien, die man als anerkannte journalistische Grundsätze in einem demokratischen Mediensystem als eine Art Mindeststandard ansehen kann. Dazu gehören etwa Transparenz, die „Ausmaß und Art der Selektivität“ offenlegt (Wimmer 2007: 114), und die Trennung von Nachricht und Meinung (vgl. u.a. Wyss 2002; Arnold 2009; Fröhlich et al. 2012). Damit wird ein fokussierter Begriff von Medienqualität verwendet, der Qualität als „relation between a set of programming or programming characteristics and a set of *values*“ beschreibt (Hillve et al. 1997: 293 [Hervorhebung durch die Verfasserin]).

Maßstab der Strukturierung bildeten die normativ abgeleiteten Anforderungsprofile (Funktionserwartungen), die sowohl hinsichtlich der Funktionserwartungen als auch bezogen

auf die Qualitätsdimensionen und ihre Merkmale entsprechend der beiden grundlegenden Demokratieverständnisse – liberal-repräsentativ und partizipatorisch – differenziert werden konnten. Für die Operationalisierung bedurfte es zunächst auf der Ebene der Funktionserwartungen einer Anbindung der Nutzungsdimension an die normative Dimension (vgl. Kapitel 4.2.1 und Kapitel 2.2.4.4): Sind die für die Nutzungsdimension operationalisierten Funktionserwartungen mit den normativen Funktionserwartungen kongruent und lassen sie sich gemäß den beiden grundlegenden Demokratieverständnissen differenzieren? Diese Frage konnte für alle fünf in der *Reuters*-Umfrage gestellten Fragen zu den Medienfunktionen (mitsamt ihren unterschiedlichen Interpretationen bzw. unterschiedlichen Gewichtungen in der Nutzungsdimension) bejaht werden: So gingen Informationsfunktion (differenzierbar nach liberal-repräsentativer und partizipatorischer Interpretation), Kontrollfunktion (im Sinne einer liberal-repräsentativen Beobachtung) und Orientierungsfunktion (im Sinne einer Grundlegung partizipatorischen Empowerments) in den theoriegeleiteten Operationalisierungsprozess ein. Die dann folgende Verknüpfung der Funktionsebene mit der Ebene der Qualitätsdimensionen (innerhalb der normativen Dimension des Modells) erfolgte durch Ableitung der Qualitätsdimensionen aus den Anforderungen (bzw. Funktionserwartungen; vgl. für Details Kapitel 4.3.1.1; Kapitel 4.3.1.2; Kapitel 4.3.1.3 und Kapitel 4.3.1.4). Auf dieser Ebene war anschließend die Anbindung der Angebotsseite zu leisten, sohin die im Projekt *Media Performance and Democracy* codierten Qualitätsdimensionen mit den theoretisch abgeleiteten Qualitätsdimensionen zu verknüpfen. Infolge dieser Anbindung wurden die Qualitätsdimensionen *Relevanz*, *Vielfalt* und *Professionalität* operationalisiert.

Bevor diese jedoch im Detail diskutiert werden, sei darauf hingewiesen, dass auch das als „eines der ersten integrativen Qualitätskonzepte in der Kommunikationswissenschaft“ (Engesser 2013: 182) geltende Konzept von Schatz und Schulz (1992) diese drei Qualitätsdimensionen enthält. Genau genommen unterscheiden Schatz und Schulz (1992) fünf Dimensionen: Akzeptanz, Rechtmäßigkeit, Relevanz, Vielfalt und Professionalität, wobei, Wolling (2003) folgend, für die Analyse des Informationsangebots lediglich die drei letztgenannten herangezogen werden können, während Akzeptanz als ein eigenes, ausschließlich durch Nutzer\*innenbefragung zu untersuchendes Konstrukt klassifiziert wird, und Rechtmäßigkeit zwar für die Gesamtintention des Modells eine wichtige Rolle spielt, aber Verstöße gegen die Rechtsordnung (wie etwa den Persönlichkeitsschutz und das Urheberrecht betreffend) nicht zum journalistischen Alltag gehören. Die Kongruenz der direkt aus der Theorie abgeleiteten Qualitätsdimensionen mit jenen, die Schatz und Schulz (1992) vorgeschlagen haben, könnte sich darin begründen, dass sich deren Qualitätskonzept –

weitgehend, wenn auch nicht ausschließlich – an den in Deutschland geltenden Rechtsgrundlagen des Rundfunks orientiert und damit an einer kodifizierten Normenquelle, die der Sicherung der demokratischen Funktion eines der wichtigsten Mediensektoren dient. Einen ähnlichen Ansatz, basierend auf den österreichischen Rundfunkgesetzen und Förderrichtlinien, haben Beaufort und Seethaler (2017) im Hinblick auf eine Differenzierung von gesellschaftlichen Qualitätsansprüchen an die demokratische Medienleistung nach unterschiedlichen Demokratieverständnissen, vorgelegt.

#### 4.3.1.1 Relevanz

Die Behauptung und Integration von *Relevanz* als Qualitätsdimension in die vorliegende Untersuchung leitet sich aus der Demokratietheorie insofern ab, als die zur Verfügung zu stellende und ebenso erwartete Information im Kontext eines liberal-repräsentativen Demokratiemodells einem anderen Relevanzverständnis unterliegt als jene in einem partizipatorischen Modell. Das heißt, *Relevanz* leitet sich von der in zahlreichen kommunikationswissenschaftlichen Studien und Handbüchern gegebenen Definition des Journalismus als – um stellvertretend für viele McNair (2005: 28) zu zitieren – „a supplier of the information required for individuals and groups to monitor their social environments“, kurz: aus der *Informationsfunktion* der Medien, ab.

Aus demokratietheoretischer Sicht ist es jedoch entscheidend, welche Informationen benötigt werden, um die Umwelt beobachten zu können. So erwarten aus liberal-repräsentativer Perspektive Bürger\*innen, die informiert sein wollen (und sollen), von den Medien Informationen über das, was im öffentlichen Leben vor sich geht, um sich eine Meinung bilden und (in erster Linie) im Wahlakt entsprechend agieren zu können. Dies inkludiert „collection, processing, and dissemination of information of all kinds about current and recent events, plus warnings about future developments“ (vgl. Christians et al. 2009: 125). Auch wenn die Rolle der Medien, mit deren Hilfe der *informed* oder *monitorial citizen* seine Umwelt scannt (Schudson 1998; vgl. auch Navarra 2019), in der Literatur unterschiedlich beurteilt wird – für Zaller (2003) genügt es, wenn die Medien im Ernstfall „Burglar Alarm“ geben (dazu kritisch: Bennett 2003) –, so herrscht Übereinstimmung darüber, „dass in der öffentlichen Kommunikation das Allgemeine gegenüber dem Partikulären und das Gesellschaftliche gegenüber dem Privaten Vorrang hat“ (fög 2019: 172).

Engesser (2013) spricht von prinzipiell zwei Aspekten der Relevanzdimension, einem gesellschaftlichen und einem individuellen Aspekt. Unter gesellschaftlicher Relevanz versteht er die Bedeutung eines Medienberichts für die soziale und politische Ordnung, während die

individuelle Relevanz die Bedeutung für das persönliche Leben und die persönliche erfahrbare Umwelt umfasst. Mit dem zweitgenannten Aspekt ist ein partizipatorisches Demokratieverständnis angesprochen, für das Relevanz von Information deren Einordnungsmöglichkeit in den persönlichen Lebenskontext bedeutet, um letztlich selbst motiviert und befähigt zu sein, sich in politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse mit eigenen Anliegen einzubringen und mit anderen zu vernetzen (vgl. Bennett und Segerberg 2013; Beaufort und Seethaler 2020). Diese „popular inclusion“ (Ferree et al. 2002) hat zur Voraussetzung, dass Medien politisches Handeln nicht als getragen von einem (entrückten) Machtapparat, sondern als Handeln von Individuen und in seiner Bedeutung für individuelle Lebenswelten vermitteln (vgl. Gamson 2014). Ähnlich hebt Dahlgren (2005: 157) die Bedeutung von Subjektivität für eine *civic culture* hervor, sodass das in partizipatorischen Demokratievorstellungen angestrebte Empowerment der Bürger\*innen nicht nur das Ergebnis eines Prozesses, sondern auch den Prozess selbst meint: In diesem Sinn ist relevante Information das Unterstützen von „situation-specific perceived control and resource mobilization skills“ (Perkins und Zimmermann 1995: 570) und bedeutet somit Kompetenzbildung, die Menschen in die Lage versetzt sich zu orientieren und in Beziehung zu ihrer Umwelt eigenständig zu entfalten, was in diesem Verständnis nicht nur zum Schlüssel für jeden Einzelnen wird, sondern in Summe zum Schlüssel für das Gemeinwohl und eine starke Demokratie (vgl. Beaufort 2017).

Beide Aspekte zusammenschend, wurde für die vorliegende Untersuchung *Relevanz* als Themen-Akteurs-Relation konzipiert und auf der „Sozialebene“ dieser Relation gemessen (fög 2019: 172). Das heißt, es wurde danach gefragt, auf welcher Ebene sich die für das berichtete Thema zentralen Akteure eines Beitrags verorten lassen: auf der *Makroebene* der Gesamtgesellschaft und Institutionen, auf der *Mesoebene* der Organisationen oder der *Mikroebene* der Individuen. In den Qualitätsmessungen des Zürcher Forschungsinstituts Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) wird dieser Indikator zwar als „Akteursrelevanz“ bezeichnet, bezieht sich aber auch dort auf die Ebene, auf der „das Geschehen hauptsächlich thematisiert wird“ (fög 2019: 172). Zusätzlich wurde erhoben, ob, unabhängig von der Sozialebene eines Beitrags, Charakterzüge und Eigenschaften von Personen in der Darstellung eine Rolle spielen. Aus partizipatorischer Sicht stellt diese Vermischung von Öffentlichem mit Privatem nicht nur kein Problem dar, sondern senkt die Zugangsschwelle zur Auseinandersetzung mit politisch-gesellschaftlichen Fragen (vgl. Pateman 1985; Bennett und Segerberg 2013; Weinstein 2014). Die beiden *Pole Makro-Mikro* stehen also für liberal-repräsentative und partizipatorische Konzeptionen von *Relevanz*, wenngleich dies im

partizipatorischen Sinn eine Hilfskonstruktion darstellt, da individuelle Relevanz letztlich nur auf individueller Ebene, also durch Befragung ermittelt werden kann. Wolling (2003) hat auf Basis von Umfragedaten – im Widerspruch zur gängigen Annahme – darauf hingewiesen, dass „mit zunehmender Faktenorientierung in der Berichterstattung [...] die Glaubwürdigkeit tendenziell geringer, mit zunehmender Personalisierung [...] hingegen höher bewertet“ wird (346).

#### 4.3.1.2 Vielfalt

Wolling (2003) bezeichnet Relevanz als das „übergreifende Qualitätskriterium für jede Form von realitätsbezogener Berichterstattung“ (ebd.: 342). Das ist insofern berechtigt, als eine spezifische Ausprägung von Relevanz mit spezifischen Ausprägungen anderer Qualitätsdimensionen, wie Vielfalt und Professionalität, einhergeht.

*Vielfalt* nach liberal-repräsentativer Auffassung ist angesichts des repräsentativen Anspruchs an eine Pluralität der Meinungen entsprechend der politischen Machtverhältnisse gebunden, die in Ausübung der *Informationsfunktion* möglichst breit abgebildet werden sollen. In Österreich ist – vergleichbar mit Deutschland – die Vermittlung der „Vielfalt der im öffentlichen Leben vertretenen Meinungen“ auch im *ORF-Gesetz*, Artikel 4 (5) und 10 (6), festgeschrieben; ähnliches gilt für den privaten Rundfunk, wengleich hier mit besonderem Fokus auf das jeweilige Versorgungs- bzw. Verbreitungsgebiet. In der Praxis ist damit primär die Vermittlung der Positionen der im nationalen Parlament, aber auch in den regionalen Legislativorganen vertretenen Parteien gemeint, zumal im *ORF-Gesetz*, Artikel 4 (5), ausdrücklich ein Bezug zur „Tätigkeit der gesetzgebenden Organe“ hergestellt wird (vgl. Beaufort und Seethaler 2017). Das entspricht der in einer liberal-repräsentativen Öffentlichkeit gegebenen Dominanz der Akteure des Politik-Zentrums (vgl. Gerhards 1997; Schiller 2002). Demgemäß wurde – durchaus im Bewusstsein, dass es eine Fülle von Vielfaltsdefinitionen gibt – die *Repräsentanz der parlamentarischen Parteien und ihrer Vertreter* in der Berichterstattung als Merkmal liberal-repräsentativer *Vielfalt* relevanter Akteure gewählt; das *Verhältnis von Regierungs- zu Oppositionsparteien* bildet dabei einen Gradmesser für die vermittelte politische Breite der demokratischen Diskussion.<sup>16</sup>

Anders stellt sich *Vielfalt* der aus Sicht einer partizipatorisch verstandenen *Informationsfunktion* relevanten Akteure dar. Dort geht der individuelle Relevanzbegriff einer *civic culture* mit einer möglichst vielfältigen Abbildung der (Zivil-)Gesellschaft einher. Um

---

<sup>16</sup> Inhaltsanalytisch wurden nur jene Akteure erfasst, die in einem Medienbeitrag mit einer Meinung oder Einschätzung zum Thema des jeweiligen Beitrags vorkommen.

ihren Stellenwert zu ermitteln, wurde für die Analyse des Medienangebots ein zweifacher Zugang gewählt: Einerseits wurde danach gefragt, in welchem *Ausmaß gesellschaftliche Gruppen und Organisationen in die Berichterstattung eingebunden* sind – ein Qualitätsanspruch, der sich aus der Theorie einer partizipatorischen Auffassung von Demokratie ableiten lässt und der im österreichischen Privatradiogesetz, Artikel 16 (2), und im Audiovisuelle Mediendienste-Gesetz, Artikel 41 (1 und 2), ausdrücklich als einer der „Grundsätze der Meinungsvielfalt“, bezogen auf das jeweilige Versorgungs- bzw. Verbreitungsgebiet, verankert und in Bezug auf den nicht-kommerziellen Rundfunk als „Förderung des zivilgesellschaftlichen Diskurses und des sozialen Zusammenhalts“ präzisiert ist (vgl. Beaufort und Seethaler 2017). Um das Ausmaß der Einbindung einschätzen zu können, wird es im *Verhältnis zu den Akteuren der politischen Elite* gesehen (Gerhards 1997; Wessler und Rinke 2014). Andererseits wurde nach der *Repräsentanz von Frauen in der Medienberichterstattung (im Verhältnis zu Männern)* gefragt. Diesem Qualitätsmerkmal liegt nicht nur die im Sinne einer Inklusion möglichst vieler Bürger\*innen notwendige Abbildung der realen gesellschaftlichen Diversität zugrunde, für die die Geschlechterverteilung als wichtigstes Kriterium angesehen werden kann (vgl. Napoli 1999). Hier spielt auch die Kritik an der liberalen Tradition hinein, die angesichts des postulierten Gegensatzes von Vernunft und Emotion Gefahr läuft, mit den Emotionen auch die von einem sexistischen Klischee als gefühlvoll erklärten Personen aus der öffentlichen Diskussion zu exkludieren (vgl. Held 2006; Schaal und Heidenreich 2013).

#### 4.3.1.3 Professionalität

Eine Differenzierung der Professionalitätsdimension ergibt sich demokratietheoretisch abermals aus den unterschiedlichen Funktionen, die Medien im Sinne ihrer Rolle in divergenten Ausgestaltungen demokratischer Öffentlichkeit erfüllen sollen. Der Professionalitätsbegriff ist allerdings vielschichtig und wurde für die vorliegende Untersuchung nach gestalterischen und inhaltlichen Qualitätsmerkmalen, also nach Stil und Form auf der einen und Inhalt auf der anderen Seite, differenziert.

So sollen die Bürger\*innen gemäß einer liberal-repräsentativen Demokratievorstellung nicht nur über die für eine Gesellschaft relevanten Themen und die Positionen der politisch relevanten Akteure inhaltlich informiert sein, sondern dieses Verständnis der Ausübung der *Informationsfunktion* erstreckt sich auch auf die Art und Weise, wie Informationen vermittelt werden. Medien agieren hier einerseits in der Rolle des Vermittlers zwischen Mächtigen und Bürger\*innen, andererseits fließt an dieser Stelle der Vernunftgedanke der Aufklärung ein.

Dabei wird davon ausgegangen, dass nur ein sachlich-nüchterner, kognitiv-argumentierender Stil eine „rational begründete Verständigung, auf die öffentliche Kommunikation ausgerichtet sein sollte“ (fög 2019: 172), ermöglicht. Eisenegger (2019: 20) zählt daher einen sachlich-abwägenden Berichterstattungsstil zu den „journalistischen Standards“. Dementsprechend gilt Negativismus in der Berichterstattung, von gerechtfertigten Ausnahmefällen zur Alarmierung von Aufmerksamkeit abgesehen (Schudson 2008), als „Realitätsverzerrung“ (Schulz 2011: 70). Im partizipatorischen Modell sind hingegen emotionalisierende Stilmittel im öffentlichen Diskurs – neben anderen Kommunikationsstilen – erlaubt, selbst wenn es sich um negative, polemische oder sarkastische Äußerungen handelt. Diese sind aber auch nicht per se anstrebenswert, sondern dem Ziel des Empowerments und der Mobilisierung untergeordnet (Gamson 2014: 248). Das liberal-repräsentative Qualitätsmerkmal *Sachlichkeit* wurde daher als einer der beiden Pole einer 5-stufigen Skala operationalisiert, die bis *Emotionalisierung* auf dem anderen Pol reicht (1 = *sehr emotional* bis 5 = *sehr sachlich/kognitiv-argumentativ*).

Berichterstattung soll aus liberal-repräsentativer Perspektive jedoch nicht nur sachlich, sondern auch möglichst distanziert und ohne Partei zu ergreifen, an die Mediennutzer\*innen herangetragen werden, um Meinungsbildung zu ermöglichen (Schudson 1998; 2008). Hintergrund ist hier die Vorstellung des reinen Vermittlers zwischen Mächtigen und Bürger\*innen. Beide Merkmale zusammen bilden auch den Kern der journalistischen Objektivitätsnorm, die seit der Professionalisierung des Journalismus – in Österreich: in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Seethaler und Melischek 2007) – die normative Diskussion in besonderer Weise prägt. So gilt die liberal-repräsentative „Objektivitätsnorm“ als *die* „defining norm of modern journalism“ (Patterson 1998: 28; vgl. auch Donsbach 2002), deren Beachtung „legitimizes the professional ethics of liberal journalism“ (McNair 1998: 65). Dementsprechend häufig wird sie als „key in analyses of the professionalization of journalists“ gesehen (Skovsgaard et al. 2012). Sie ist auch mehrfach im österreichischen *ORF*-Gesetz als Qualitätsmerkmal öffentlich-rechtlicher Berichterstattung genannt und detailliert erläutert (Artikel 4 (5); Artikel 10 (5)), während im Privatradiogesetz, Artikel 16 (1), und im Audiovisuelle Mediendienste-Gesetz, Artikel 41 (1), nur ein einziges Mal und sehr cursorisch davon die Rede ist, dass die „Programme [...] den Grundsätzen der Objektivität“ entsprechen müssen. Die Objektivitätsnorm gilt insbesondere im Hinblick auf die Ausübung der *Kontrollfunktion* als *conditio sine qua non*. „For liberal theory, journalists should constitute an independent press that informs citizens and acts as a watchdog on government“ (Ward 2020: 311). In der vorliegenden Untersuchung wurde *Sachlichkeit* als Merkmal eines im liberal-repräsentativen Sinn wünschenswerten Stils und *Unparteilichkeit* als Merkmal für eine

wünschenswerte deskriptive Qualität des Inhalts gewählt. Die ebenfalls 5-stufige Skala zur Messung von *Unparteilichkeit* reicht von *explizit persönlich gefärbt* (= 1) bis *ausschließlich distanziert-unparteiisch* (= 5).<sup>17</sup> Dazu ergänzend: Auch Schatz und Schulz (1992: 701) sehen die Qualitätsdimension *Professionalität* in „fast allen einschlägigen Rechtsgrundlagen“ verankert, woraus sich aber keine konkrete Konzeptualisierung ableiten lässt, sodass auch sie eine Unterscheidung nach Stil und Form auf der einen und Inhalt auf der anderen Seite vorschlagen, wobei sie die inhaltlichen Merkmale entweder auf deskriptive oder analytische Qualität bezogen sehen.

In einem partizipatorischen Verständnis geht es gemäß Rollenverständnis um Empowerment und Vernetzung der Bürger\*innen. Eine entsprechende Erfüllung der *Informationsfunktion* ist unter Theoretiker\*innen einer partizipatorischen Auffassung von Demokratie mit der Vorstellung verbunden, dass es für eine Inklusion möglichst vieler Bürger\*innen, bzw. aus deren Sicht für eine Anbindung an einen diversen öffentlichen Diskurs der emotionalen Ansprache ebenso wie des Aufeinanderprallens kontroversieller Positionen bedarf (Dahlgren 2005; Gamson 2014). Dabei ist auch Parteinahme nicht tabu, doch ist sie nicht im Hinblick auf Parteiprogramme, sondern als Positionierung gegenüber einem konkreten Thema zu verstehen (Bennett und Segerberg 2013). Gemäß Benson (2013) geht „ideological diversity“ weit über die von den „elected officials“ vertretenen Positionen hinaus (ebd.: 206). Damit verbunden ist die Erfüllung einer *Orientierungsfunktion*, die Nutzer\*innen befähigt, sich in Meinungsbildungs-, Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse einzubringen (und damit letztlich auch an Kontrollmechanismen mitzuwirken). Dazu bedarf es einerseits einer Art der Darstellung, die den als *networked citizens* (Navarria 2019) angesprochenen Nutzer\*innen Vernetzung und Kommunikationsräume eröffnet. Es geht daher darum, sie sowohl an den journalistischen „Veröffentlichungs- und Vertriebskanälen teilhaben zu lassen“ (Engesser 2013: 149) als auch durch die Bereitstellung neuer Kommunikationswege und Vernetzungsmöglichkeiten über die jeweilige Plattform hinausreichende Interaktionsmöglichkeiten zu ermöglichen. Demgemäß werden in der vorliegenden Inhaltsanalyse unter dem Merkmal *Konnektivität* die in einem Medienbeitrag explizit gebotenen Hinweise auf Interaktions- und Feedbackangebote und auf Links zu medieneigenen und externen Webangeboten, Blogs, Social-Media-Seiten oder downloadbaren Podcasts subsummiert (ähnlich bei Engesser 2013: 232).<sup>18</sup> Die aus partizipatorischer Sicht auf der Formebene zu

---

<sup>17</sup> Untersuchungsbasis sind in diesem Fall ausschließlich tatsachenorientierte Beiträge, da meinungsorientierte Beiträge nicht der Objektivitätsnorm unterworfen sind.

<sup>18</sup> Die bei Online-Medien standardmäßig eingeräumte Kommentierung von Beiträgen wurde nicht berücksichtigt.

schaffenden Voraussetzungen für eine aktive Beteiligung an gesellschaftlichen-politischen Prozessen – von der Mitgestaltung bis zu Kritik und Kontrolle – korrespondieren auf der Inhaltsebene nicht so sehr mit einer deskriptiven als einer analytischen Qualität der Berichterstattung: Gegenüber der journalistischen Rolle des durchaus kritischen, aber sachlich-neutralen Informationsvermittlers im liberal-repräsentativen Sinn gewinnt die Rolle des „politically more active and assertive“ (Hanitzsch 2018: 55) „Analysten“ an Bedeutung. Hanitzsch sieht sie in engem Zusammenhang mit den Rollen des „Access Providers“ und des „Mobilizers“, die eine „direct intervention in political discourse“ zum gemeinsamen Ziel haben „by empowering citizens and by engaging the audience in public conversation, or by providing means for political participation“ (ebd.: 54). Im Interesse der angestrebten Inklusion möglichst breiter Bevölkerungsschichten in den gesellschaftlichen Diskurs müssen die Menschen in der Lage sein, das berichtete Geschehen bzw. den berichteten Sachverhalt in für sie sinnvolle Zusammenhänge einzuordnen, also ein Verständnis von ihm gewinnen. Die analytische Qualität besteht somit in einer möglichst umfassenden *Kontextualisierung* eines Themas, die den Rezipienten anspricht. Auf die Aktivierung von Interpretationsschemata zielt auch der „Framing“-Ansatz (Goffman 1974; Reese et al. 2001), der deshalb auch zur Grundlage der Operationalisierung des Indikators eines partizipatorischen Diskurses gewählt wurde. Diese Vorgangsweise wird durch die Argumentation von Bennett und Entman (2001) bekräftigt, die die Rolle des Framings – und zwar ausdrücklich im Zusammenhang mit Medienqualität – in der Generierung einer „balance between broad social and narrow personal identity“ (ebd.: 6) sehen. Frames eröffnen also die Möglichkeit des Brückenschlags zwischen gesellschaftlichem Geschehen und persönlicher Lebenswelt. Dazu bedarf es einer Erweiterung der von Entman (1993) gegebenen Definition durch Einbindung der Akteursdimension, und zwar sowohl als aktiv handelnde als auch als betroffene Akteure. Frames, so Seethaler (2015: 30) leisten demnach (1) die Einordnung von Ereignissen oder Sachverhalten „in längerfristige Prozesse oder übergeordnete Zusammenhänge, (2) erklären mögliche Ursachen, (3) vermitteln unterschiedliche Bewertungen<sup>19</sup>, (4) diskutieren potentielle Konsequenzen und Lösungen und (5) nennen die darin involvierten und (6) davon betroffenen Akteure“. Aus diesen Variablen wurde additiv ein *Diskurs-Index* gebildet, der von *fehlender* bis *hoher diskursfördernder analytischer Qualität* reicht. Es erlauben sowohl die thematische Einbettung von Geschehnissen in laufende oder parallele Entwicklungen und in Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge als auch die Vermittlung unterschiedlicher Bewertungen und Positionen den

Nutzer\*innen eine sinnvolle Interpretation des berichteten Geschehens. Die Züricher Qualitätsmessungen fassen diese beiden Variablen zur Dimension „Einordnungsleistung“ zusammen (fög 2019: 172). Mit der zusätzlichen Aufnahme der in einem Geschehen aktiv handelnden und der von dem Geschehen, seinen Ursachen oder Folgen betroffenen Akteure in die Indexbildung werden jedoch weitere inklusionsfördernde Elemente integriert, die das berichtete Geschehen von der Ebene abstrakter Fakten auf die Handlungs- und Erlebnisebene heben und damit offen machen für einen partizipatorischen Diskurs.

#### *4.3.1.4 Demokratietheoretisch fundiertes Untersuchungsinstrument*

Der in Kapitel 2.2.4.4 dargestellte erste (theoretische) Teil des Strukturierungs- und Operationalisierungsprozesses gemäß dem heuristischen Modell zur theoriegeleiteten, normativen Medienqualitätsforschung (Abbildung 2.4) wird im Folgenden für den empirischen Teil der Untersuchung, sohin die Analyseebenen: Funktionen und Qualitätsdimensionen, gemeinsam mit der Anbindung der Nutzungs- und der Angebotsdimension der Untersuchung fortgesetzt. Es sei darauf hingewiesen, dass die Operationalisierung (die Anwendung des Modells hatte noch explorativen Charakter) in mehrfacher Hinsicht abgesichert wurde (vgl. für Details Kapitel 4.1).

Tabelle 4.3 und Tabelle 4.4 zeigen die normative Dimension des Modells jeweils in Relation zu den zu verknüpfenden weiteren Dimensionen (hier in Bezug auf die Funktionsebene: die Nutzungsdimension und in Bezug auf die Ebene der Qualitätsdimensionen: die Angebotsebene). Es wird deutlich, dass sich jene Differenzierungen, die schließlich Teil des Untersuchungsinstruments werden, jeweils durch Verknüpfung mit der normativen Dimension ergeben. Auf diese Weise wird jede Analyseebene reflektiert und stufenweise in die Operationalisierung der Qualitätsmerkmale einbezogen. Der empirische Teil der vorliegenden Untersuchung schließt mit der Ebene der Funktionen an den theoretischen Teil an, sodass in der normativen Dimension die spezifischen Funktionen aus den divergenten Rollen der Medien abgeleitet wurden, bevor die Nutzungsdimension (wie in Tabelle 4.3 ersichtlich) integriert wurde. Die operationalisierten Ausprägungen der Qualitätsmerkmale werden schließlich relational in ein Untersuchungsinstrument überführt, wie es Tabelle 4.5 zeigt.

**Tabelle 4.3.** Strukturierungs- und Operationalisierungsprozess der vorliegenden Untersuchung gemäß heuristischem Stufenmodell – empirischer Teil: Analyseebene Funktionen

| Demokratieverständnis  |   |   |  |
|--|---|---|--|
| Liberal-Repräsentativ  | Partizipatorisch  | Liberal-Repräsentativ   | Partizipatorisch   |
| Spezifische Funktionen der normativen Dimension  |   | Spezifische Funktionen der Nutzungsdimension  |  |
| Medien sollen:<br><br><i>Bürger*innen vermittelnd informieren<br/>Mächtige kontrollieren</i> | Medien sollen<br><br><i>Angehörige der Gesellschaft einbeziehen und aktivieren<br/>(möglich mittels spezifischer Information und Orientierungsgebung)</i> | Nutzer*innen erwarten/befinden (bezogen auf das Vertrauen in die Nachrichtenquellen):   |  |
| Informationsfunktion<br>(im liberal-repräsentativen Sinn)<br>Kontrollfunktion                | Informationsfunktion<br>(im partizipatorischen Sinn)<br>Orientierungsfunktion   | 4<br><i>Die Nachrichtenmedien halten mich über das, was passiert, auf dem neuesten Stand.</i><br>1<br><i>Die Nachrichtenmedien beobachten und hinterfragen mächtige Persönlichkeiten und Unternehmen.</i><br>3<br><i>Die Nachrichtenmedien berichten häufig zu negativ über Ereignisse.</i> | 2<br><i>Die von den Nachrichtenmedien ausgewählten Themen sind für mich nicht relevant.</i><br>5<br><i>Die Nachrichtenmedien helfen mir, die Nachrichten des Tages zu verstehen.</i> |

Anmerkung. Eigene Darstellung

**Tabelle 4.4.** Strukturierungs- und Operationalisierungsprozess der vorliegenden Untersuchung gemäß heuristischem Stufenmodell – empirischer Teil: Analyseebene Qualitätsdimensionen

| Demokratieverständnis   |   |   |  |
|---|---|---|--|
| Liberal-Repräsentativ   | Partizipatorisch  | Liberal-Repräsentativ   | Partizipatorisch   |
| Spezifische Qualitätsdimensionen der Angebotsdimension  |   | Spezifische Qualitätsdimensionen der normativen Dimension   |  |
|   |   | <p>Inhalte sollen:</p> <p><i>WAS? Relevant sind: die für eine Gesellschaft relevanten Themen, Ideen und Meinungen (→rationale Wahlentscheidung) Inhalte und Abläufe von Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen</i></p> <p><i>WER? Vielfalt gemäß: der herrschenden politischen Kräfteverhältnisse</i></p> <p><i>WIE? Professionell wenn: unparteiisch sachlich kognitiv-argumentativ emotionslos</i></p> | <p>Inhalte sollen:</p> <p><i>WAS? Relevant sind: Themen, die anschlussfähig an die eigene Lebenswelt sind</i></p> <p><i>WER? Vielfalt gemäß: Diversität der realen Gesellschaft</i></p> <p><i>WIE? Professionell wenn: kontextualisierend parteiische Einflussnahme auch emotional anschlussfähig, konnektiv</i></p> |
| <p><i>WAS? Relevant ist: Sozialebene makro Persönliche Eigenschaften nicht thematisiert</i></p> <p><i>WER? Vielfalt ist: Staatliche Institutionen, Parteien</i></p> <p><i>WIE? Professionell ist: Inhalt: unparteiisch (ausschließlich, eher)</i></p> <p><i>Stil: sachlich (eher, nüchtern)</i></p> | <p><i>WAS? Relevant ist: Sozialebene mikro Persönliche Eigenschaften (vereinzelt, zentral)</i></p> <p><i>WER? Vielfalt ist: Zivilgesellschaft Frauen</i></p> <p><i>WIE? Professionell ist: Inhalt: persönlich gefärbt (explizit, eher) Kontextualisierung Konnektivität</i></p> <p><i>Stil: emotional</i></p> | <p>Relevanz<br/>Vielfalt<br/>Professionalität<br/>(im liberal-repräsentativen Sinn)</p>   | <p>Relevanz<br/>Vielfalt<br/>Professionalität<br/>(im partizipatorischen Sinn)</p>   |

Anmerkung. Eigene Darstellung

**Tabelle 4.5.** *Untersuchungsinstrument: Funktionen, Qualitätsdimensionen, Merkmale*

| Funktion  | Qualitätsdimension       | Qualitätsmerkmale   |  |
|---|--------------------------|---|--|
|   |                          | Liberal-repräsentativ   | Partizipatorisch   |
| Informationsfunktion<br><i>Reuters: Item 2, 4</i> | Was?<br>Relevanz         | <i>Indikator: Themen-Akteurs-Relation</i>                                     |  |
|   |                          | Gesellschaftliche Relevanz:<br>Sozialebene – Makro                            | Individuelle Relevanz:<br>Sozialebene – Mikro  |
|   | Wer?<br>Vielfalt         | <i>Indikator: Vielfalt der relevanten Akteure</i>                             |  |
| <i>Reuters: Item: 3</i>                           |                          | Repräsentanz der parlamentarischen Parteien – Verhältnis Regierung-Opposition | Repräsentanz von (1) zivilgesellschaftlichen Gruppen und Organisationen – Verhältnis zur politischen Elite<br>(2) Frauen – Verhältnis zu Männern |
|   | Wie?<br>Professionalität | <i>Indikator: Stil</i><br>Sachlichkeit vs. Emotionalität                      |  |
| Kontrollfunktion<br><i>Reuters: Item 1</i>        | Professionalität         | <i>Indikator: Inhalt und Stil</i>   |  |
|   |                          | Unparteilichkeit und Sachlichkeit   | –  |
| Orientierungsfunktion<br><i>Reuters: Item 5</i>   | Professionalität         | –   | Kontextualisierung und Konnektivität   |

#### 4.3.2 Datenbasis

Die inhaltsanalytischen Daten stammen aus zwei Projekten, an denen die Verfasserin beteiligt war bzw. ist:

- *Qualität des tagesaktuellen Informationsangebots in den österreichischen Medien (2013-2015)*, gefördert von der Rundfunk- und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR) und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften,
- *Media Performance and Democracy (2018-2021)*, ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), dem Schweizer Nationalfonds (SNF) und dem österreichischen Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) gefördertes DACH-Projekt.<sup>20</sup>

<sup>20</sup> <https://www.oeaw.ac.at/cmc/research/media-politics-democracy-mepd/news-media-and-the-political-communication-environment/media-performance-and-democracy-mpd/>; <https://mediaperformance.uni-mainz.de/>, [01.07.2020]

Die im Rahmen der beiden Projekte durchgeführten Inhaltsanalysen der tagesaktuellen Berichterstattung (innenpolitische Informationsangebote) beziehen sich auf die Jahre 2014 und 2018. In beiden Untersuchungsjahren wurden je zwei Wochen in der ersten und in der zweiten Hälfte des Jahres als Untersuchungszeitraum definiert. Im österreichischen Projekt *Qualität des tagesaktuellen Informationsangebots in den österreichischen Medien* (2013-2015) wurden die einzelnen Untersuchungstage durch eine geschichtete Zufallsauswahl (mit Hilfe des in der Statistik-Software SPSS implementierten Pseudozufallszahlengenerators Mersenne-Twister) ermittelt; im DACH-Projekt *Media Performance and Democracy* (2018-2021) wurden die Tage unter Berücksichtigung parlamentarischer Sitzungstermine zwischen Mai und Oktober 2018 festgelegt (26.05.2018 bis 15.06.2018, 29.06.2018 bis 05.07.2018, 17.09.2018 bis 07.10.2018, 22.10.2018 bis 28.10.2018). Das Projekt *Qualität des tagesaktuellen Informationsangebots in den österreichischen Medien* (2013-2015) umfasste insgesamt 36, das DACH-Projekt *Media Performance and Democracy* (2018-2021) 14 österreichische Medienangebote aus allen vier Sektoren (Print, Radio, Fernsehen, Online). Die Untersuchungszeiträume im Projekt *Media Performance and Democracy* liegen nur wenige Wochen vor der oben genannten Umfrage des *Reuters Instituts* zur Mediennutzung – *Reuters Digital News Report (2019)* – und lassen sich insofern gut auf diese beziehen.

Gegenstand der Inhaltsanalyse im DACH-Projekt *Media Performance and Democracy* (2018-2021) waren alle Beiträge in Tageszeitungen, in den tagesaktuellen Informationssendungen des Hörfunks und des Fernsehens sowie auf Onlineplattformen, die einen Bezug zur österreichischen Politik aufweisen. Für die tagesaktuellen Informationssendungen des Hörfunks galt eine Sendezeit zwischen 8:00 Uhr und 9:00 Uhr morgens und zur Drive-Time am späten Nachmittag, für jene des Fernsehens eine Sendezeit zwischen 19:00 Uhr und 23:00 Uhr. Codiert wurden – in Übereinstimmung mit den Forschungen in den Partnerländern des Projekts – alle Beiträge mit politischer Inlandsberichterstattung sowie Beiträge zur internationalen oder ausländischen Politik, die Österreich in einer aktiven Rolle berücksichtigen. Regionale Berichte sowie Beiträge in allen anderen Ressorts wurden dann in die Analyse aufgenommen, wenn ein Bezug zur nationalen Politik gegeben war. Die Auswahl der zu codierenden Beiträge erfolgte durch ein Random-Verfahren mit einem vom Umfang der Grundgesamtheit aller Beiträge eines Medienangebots abhängigen Stichprobenfehler von 3 %; im Falle der Radio- und Fernsehnachrichtensendungen handelte es sich um eine Vollerhebung. Im Unterschied dazu bezog sich das Projekt *Qualität des tagesaktuellen Informationsangebots in den österreichischen Medien* (2013-2015) auf *alle* redaktionellen Beiträge, die

- auf der ersten Seite einer Tageszeitung (bzw. bei Tabloids zusätzlich auf der ersten mit „Politik“ überschriebenen Innenseite) platziert oder in Schlagzeilen, Teasern und Verweisen am Ende eines Beitrags auf Seite 1 angekündigt oder in Inhaltsverzeichnissen auf der ersten, zweiten oder letzten Seite (je nach Blattstruktur) angesprochen sind,
- in allen tagesaktuellen Informationssendungen des Hörfunks und des Fernsehens, die zwischen 7:00 Uhr und 13:00 Uhr und während der „Drive-Time“ am späten Nachmittag bzw. zwischen 17:00 und 23:00 Uhr ausgestrahlt wurden,
- auf der ersten Ebene einer News-Site auf der obersten Bildschirmseite (HD-Auflösung 1920 x 1080, Darstellungsgröße 100 %) platziert oder verlinkt sind; dazu gehören auch als News-Ticker oder unter „Schlagzeilen“ u. ä. angekündigte Beiträge, sofern sie ohne zu scrollen zu sehen sind.

Während also im Radio- und Fernsbereich die Nachrichtensendungen in voller Länge analysiert wurden, sollten die für den Print- und Onlinebereich definierten Kriterien erlauben, der Untersuchung die von den Redaktionen als Top-Beiträge des Tages präsentierten Berichte und Kommentare zugrunde zu legen (vgl. dazu Seethaler 2015b; Seethaler und Beaufort 2015).

Um im Hinblick auf eine zeitvergleichende Untersuchung bestmögliche Vergleichbarkeit herzustellen, wurden bei der Auswahl der Beiträge aus beiden Datenpools die Kriterien des *Media Performance and Democracy-Projekts* und des Projekts *Qualität des tagesaktuellen Informationsangebots in den österreichischen Medien* wechselseitig auf den Datenpool des jeweils anderen Projekts angewandt. So wurden einerseits aus dem – inhaltlich breiter angelegten – Datensatz aus 2014 nur jene Beiträge entnommen, die wie im Datensatz von *Media Performance and Democracy* einen Bezug zur österreichischen Politik aufweisen. Dazu zählen die politische Inlandsberichterstattung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene ebenso wie Beiträge zur europäischen, internationalen oder ausländischen Politik, in die Österreich in irgendeiner Form involviert ist. Politische Beiträge – und darin stimmten beide Projekte überein – müssen nicht zwangsläufig einen Bezug zu politischen Akteuren haben, sondern können politische Themen auch ohne Bezug zu politischen Akteuren behandeln; umgekehrt handelt es sich jedoch auch dann um politische Berichterstattung, wenn über Politiker in einem nicht-politischen Kontext, also in anderen Ressorts berichtet wird. Andererseits musste der formale Fokus des Datensatzes aus 2014 auf Print- und Onlinebeiträge, die ein hohes Aufmerksamkeitspotential haben (z.B. Beiträge aus Seite 1 bzw. auf der Landing Page sowie Seitenaufmacher) auf den Datensatz des Projekts *Media Performance and Democracy* übertragen werden. Da in den Beitragsdokumentationen<sup>21</sup> keine Informationen über

---

<sup>21</sup> Die Medienbeiträge wurden dem OnlineManager der Austrian Presse Agentur (APA), Österreichs größter Mediendatenbank, entnommen.

die Positionierung der Zeitungs- und Onlinebeiträge vorhanden waren, wurde die Länge eines Beitrags als Indikator für sein Aufmerksamkeitspotential gewählt. So wurden all jene Print- und Onlinebeiträge in die Untersuchung einbezogen, deren Umfang (gemessen anhand der Zahl der Wörter) über dem durchschnittlichen Umfang aller Beiträge des jeweiligen Sektors (Print oder Online), zumindest aber über dem durchschnittlichen Umfang aller Beiträge des jeweiligen Mediums lag. Für die Rundfunkangebote galten in beiden Projekten ähnliche Erhebungsregeln, nämlich: sämtliche Beiträge in den Radio-Nachrichtensendungen am Morgen und zur Drive-Time am späten Nachmittag sowie in allen Fernseh-Nachrichtensendungen am Abend. Unterschiedlich waren lediglich die in beiden Projekten berücksichtigten Zeitspannen am Morgen und Abend; deshalb wurden nur jene Sendungen in die vorliegende Untersuchung einbezogen, die in den überschneidenden Zeitspannen ausgestrahlt worden waren.

Um die vergleichenden Analysen – auch unter Einbezug der Datenbasis des *Reuters Instituts* – in der vorliegenden Untersuchung auf eine möglichst breite Grundlage stellen zu können, sollten sämtliche Medienangebote einbezogen werden können, die für die Nutzungsgruppen als Ganze mit hoher Wahrscheinlichkeit – die latente Klassenanalyse rechnet mit Wahrscheinlichkeitswerten – relevant sind. Das ließ insofern eine Erweiterung der inhaltsanalytischen Datenbasis erforderlich werden, als im Rahmen des Projekts *Media Performance and Democracy* nicht alle für die in der vorliegenden Untersuchung identifizierten Informationsrepertoires relevanten Medienangebote codiert<sup>22</sup> und nicht alle für den Vergleich mit den Erwartungshaltungen der Nutzer\*innen notwendigen Variablen (vgl. Kapitel 4.3.1) erhoben worden waren, was umfassende zusätzliche Codierarbeiten erforderlich machte. Einen Überblick über die der Analyse zugrunde gelegten Datensätze gibt Kapitel 5.3.1.

#### 4.3.3 Verfahren

Ziel der Inhaltsanalyse ist es zu überprüfen,

- ob und inwieweit die inhaltliche Ausgestaltung des tagesaktuellen Informationsangebots der einzelnen Informationsrepertoires dominierenden Nachrichtenquellen die an sie seitens der Nutzer\*innen gerichteten demokratiepolitisch relevanten Erwartungshaltungen erfüllen (These 2, vgl. Kapitel 3) und

---

<sup>22</sup> Ein besonderes Problem stellten die beiden Online-Medien *heute.at* und *kleinezeitung.at* dar, die in den Informationsrepertoires, aber nicht im Datensatz 2014 enthalten sind. Die Erhebung 2014 umfasste nur die Printversionen beider Marken. Aus diesem Grund wurden in die Inhaltsanalyse 2018 nur jene Beiträge einbezogen, die in den Print- und Onlineversionen der beiden Medienangebote (*heute* und *Kleine Zeitung*) enthalten sind, sodass ein cross-medialer (Zeit-)Vergleich der Inhalte möglich wurde.

- ob in den letzten Jahren (seit 2014) inhaltliche Fokusverschiebungen in den Informationsrepertoires der Nutzungsgruppen zu beobachten sind (These 3, vgl. Kapitel 3).

Der Hintergrund für *These 3* begründet sich – neben den hier im Mittelpunkt stehenden gesellschaftlichen Wandlungsprozessen – auch im Selbstverständnis der österreichischen Journalist\*innen, die sich zwar in überwältigendem Ausmaß zur Rolle des sachlichen und unparteiischen Informationsvermittlers (mit Abstrichen bei der Kontrollfunktion) bekennen, aber zu rund 50 % – zumindest auch – ein partizipatorisches Verständnis von ihrer Tätigkeit haben: Menschen zur Teilhabe am politischen Geschehen zu motivieren, zu aktivieren und ihnen die Möglichkeit zu geben ihre Ansichten zu artikulieren, findet unter österreichischen Journalist\*innen größere Zustimmung als unter deutschen, wenngleich es auch in Deutschland an Bedeutung gewinnt (vgl. Hanitzsch und Lauerer 2019). Bedenkt man darüber hinaus, dass rund zwei Drittel der Journalist\*innen die Veränderungen in der Publikumsrolle (nutzergenerierte Inhalte, Einbindung des Publikums in die Nachrichtenproduktion, Rückmeldungen seitens des Publikums, Interaktionen zwischen Journalisten und Publikum) zu jenen Faktoren zählen, die den Journalismus nachhaltig verändert haben (Seethaler 2019), so ist die Annahme berechtigt, dass Veränderungen sowohl im professionellen Selbstverständnis als auch in den wahrgenommenen Publikumserwartungen Auswirkungen auf die Art der journalistischen Kommunikationsleistung haben.

Für jedes der beiden Untersuchungsjahre 2014 und 2018 werden also Berichterstattungsprofile jenes Komplexes an Medienangeboten ermittelt, der das Informationsrepertoire der Nutzungsklassen insofern prägt, als er klassenintern unabhängig von spezifischen Präferenzen (wie etwa für öffentlich-rechtliche vs. private Rundfunkangebote oder für überregionale vs. regionale Printangebote) von der überwiegenden Mehrheit der Klassenmitglieder geteilt wird (vgl. Kapitel 4.1.3). Diese Berichterstattungsprofile basieren auf den in Kapitel 4.3.1 definierten Kriterien für eine qualitätsvolle Berichterstattung aus der Perspektive der beiden grundlegenden Demokratieverständnisse. Der Zeitvergleich verspricht Indizien für Veränderungen und erlaubt so eine präzisere Einschätzung des Status quo in Relation zu einem früheren Entwicklungsstand und – vorsichtig interpretiert – auch im Hinblick auf eine mögliche Weiterentwicklung.

## 5 ERGEBNISSE

### 5.1 Informationsnutzungsklassen und ihre Informationsrepertoires

#### 5.1.1 Identifizierung distinkter Nutzungsklassen

Die Bildung der *Informationsnutzungsklassen* basiert auf jenen primären Medientypen (= primär genutzte Mediengattungen, wie beispielsweise Zeitung), die Menschen im Hinblick auf ihr Bedürfnis nach Information im Sinne einer allgemeinen Weltbeobachtung verwenden (vgl. Kapitel 4.1.1 und 2.3.1.3). Für die Gesamtpopulation zeigt sich anhand der Daten des *Reuters Digital News Reports 2019* eine ungebrochene Popularität von Fernsehnachrichten und gedruckten Zeitungen, wobei soziale Medien mit Radionachrichten bereits nahezu gleichauf liegen (vgl. Tabelle 5.1). Sohin wäre eine Medienrepertoireforschung, die soziale Medien nicht in ihrem Stellenwert und ihrer Relation zu den traditionellen Medien, aber auch zu anderen Onlineplattformen einbeziehen würde, nicht valide. Unter den Online-Nachrichtenanbietern genießen Websites und Apps von traditionellen Medien, insbesondere von Zeitungen und – mit deutlichem Abstand – von Fernseh- und Radiosendern, Priorität gegenüber Digital Native Media. Die Nutzung von Blogs ist in Österreich kaum verbreitet; für die Typenbildung bietet es sich an, sie mit den Websites und Apps anderer Anbieter als den traditionellen Medien zusammenzulegen („Digital Native Media“).

**Tabelle 5.1.** Primär genutzte Nachrichtenmedientypen

| Medientyp                                       | n     | %    |
|---|-------|------|
| Nachrichtenprogramme im Fernsehen               | 1.299 | 64,6 |
| 24-Stunden-Nachrichten-Fernsehsender            | 450   | 22,4 |
| Nachrichtenprogramme im Hörfunk                 | 914   | 45,4 |
| Print-Zeitungen                                 | 1.075 | 53,5 |
| Print-Nachrichtenmagazine                       | 236   | 11,8 |
| Websites und Apps von Zeitungen                 | 772   | 38,4 |
| Websites und Apps von Nachrichtenmagazinen      | 316   | 15,7 |
| Websites und Apps von Fernseh- und Radiosendern | 563   | 28,0 |
| Websites und Apps anderer Anbieter              | 279   | 13,9 |
| Soziale Medien                                  | 908   | 45,2 |
| Blogs   | 135   | 6,7  |

*Anmerkung.* Datenbasis: Reuters Österreich 2019; N = 2.010 Befragte (gewichtet)

Eine erste Annäherung an die (bilateralen) Beziehungen zwischen den Medientypen erlauben die Werte der bivariaten Korrelationskoeffizienten (vgl. Tabelle 5.2). Sie deuten nur in drei Fällen auf eine Unvereinbarkeit der Nutzung zweier Typen hin: So dürfte die Nutzung der „klassischen“ Nachrichtenmedien Zeitung und Fernsehen die Nutzung von Digital Native Media, seien es nun Blogs oder Websites von Onlineanbietern, die nicht aus der Offline-Welt bekannt sind, im Großen und Ganzen ausschließen (die entsprechenden negativen Koeffizienten sind in Tabelle 5.2 fett und kursiv gedruckt). Dies gilt auch umgekehrt. Demgegenüber liefert eine positive Korrelation einen ersten Hinweis, dass die zwei jeweils involvierten Medien wahrscheinlich in Medienrepertoires kombiniert werden: Das ist offenkundig der Normalfall. Im Falle einer nicht signifikanten Korrelation mit einem Koeffizienten nahe Null (in Tabelle 5.2 durch Fettdruck hervorgehoben) kann jede Form der Kombination der beiden primären Medientypen innerhalb verschiedener Medienrepertoires erwartet werden: Dies gilt insbesondere für Radionachrichten und gedruckte Zeitungen.

**Tabelle 5.2.** Korrelationen zwischen den primären Nachrichten-Medientypen

|  | TV-Nachrichten | 24h-Nachrichtensender | Radionachrichten | Print-Zeitungen | Print-Magazine | Websites/Apps von Zeitungen | Websites/Apps von Magazinen | Websites/Apps von TV-/Rudiosendern | Websites/Apps anderer Anbieter | Soziale Medien | Blogs          |   |
|--|----------------|-----------------------|------------------|-----------------|----------------|-----------------------------|-----------------------------|------------------------------------|--------------------------------|----------------|----------------|---|
| TV-Nachrichten                         |                | - 0,109**             | 0,195**          | 0,224**         | 0,079**        | 0,076**                     | 0,053*                      | 0,060**                            | <b>-0,028</b>                  | <b>0,002</b>   | <b>-0,045*</b> |   |
| 24h-Nachrichtensender                  |                |                       | - 0,064**        | <b>0,023</b>    | 0,129**        | 0,095**                     | 0,157**                     | 0,108**                            | 0,068**                        | 0,095**        | 0,083**        |   |
| Radionachrichten                       |                |                       |                  | - 0,142**       | 0,105**        | <b>0,041</b>                | 0,052*                      | 0,052*                             | <b>0,018</b>                   | <b>0,036</b>   | <b>-0,006</b>  |   |
| Print-Zeitungen                        |                |                       |                  |                 | - 0,160**      | 0,084**                     | <b>0,016</b>                | <b>0,025</b>                       | <b>-0,046*</b>                 | <b>0,011</b>   | <b>-0,049*</b> |   |
| Print-Magazine                         |                |                       |                  |                 |                | - 0,126**                   | 0,204**                     | 0,113**                            | 0,104**                        | <b>0,016</b>   | 0,129**        |   |
| Websites/Apps von Zeitungen            |                |                       |                  |                 |                |                             | - 0,200**                   | 0,289**                            | 0,151**                        | 0,104**        | 0,060**        |   |
| Websites/Apps von Magazinen            |                |                       |                  |                 |                |                             |                             | - 0,227**                          | 0,153**                        | 0,109**        | 0,080**        |   |
| Websites/Apps von TV- und Rudiosendern |                |                       |                  |                 |                |                             |                             |                                    | - 0,184**                      | 0,105**        | 0,071**        |   |
| Websites/Apps anderer Anbieter         |                |                       |                  |                 |                |                             |                             |                                    |                                | - 0,151**      | 0,202**        |   |
| Soziale Medien                         |                |                       |                  |                 |                |                             |                             |                                    |                                |                | - 0,191**      |   |
| Blogs                                  |                |                       |                  |                 |                |                             |                             |                                    |                                |                |                | - |

**Anmerkung.** Datenbasis: Reuters Österreich 2019; N = 2.010 Befragte (gewichtet)

\* Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,05 signifikant; \*\* Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,01 signifikant.

Korrelationen bieten jedoch kaum mehr als erste Hinweise auf Zusammenhänge, die sich sogar als irreführend erweisen können, weil sie die komplexen Muster, die eine Vielzahl von Variablen – hier der Nutzung von zehn Medientypen – bilden können, außer Acht lassen. (Zur Illustration: Bei zehn dichotomen Items gibt es theoretisch 1.024 unterschiedliche Antwortmuster). Um jene Nutzungsmuster, die Informationsrepertoires konstituieren, und die Unterschiede zwischen ihnen zu analysieren, wurde eine latente Klassenanalyse durchgeführt (vgl. Kapitel 4.1.3), deren Ziel es ist, für jede latente Klasse, also jedes beobachtbare Mediennutzungsmuster, die Wahrscheinlichkeit zu bestimmen, mit der eine Person einer Klasse angehört. Bacher und Vermunt (2010: 554) geben eine Art Aufgabenkatalog vor, der beim Identifizieren von latenten Klassen zu lösen ist:

- Wie viele latente Klassen lassen sich auf Basis der interessierenden Klassifikationsmerkmale identifizieren?
- Sind die gefundenen latenten Klassen stabil und valide?
- Durch welche Verteilungsparameter in den Klassifikationsmerkmalen sind die latenten Klassen gekennzeichnet?
- Wie groß sind die Anteilswerte der gefundenen latenten Klassen an der Stichprobe bzw. an der Grundgesamtheit?
- Lassen sich die latenten Klassen inhaltlich sinnvoll interpretieren?

Ist die letztgenannte Aufgabe gelöst, lassen sich die gefundenen Klassen mit Hilfe externer Indikatoren, wie soziodemografische und politische Merkmale, der den Klassen zugehörigen Personen beschreiben.

Zur Beantwortung der ersten Aufgabe wurden verschiedene Modelle berechnet, deren Zahl nach oben hin durch die Zahl der verwendeten Klassifikationsmerkmale beschränkt ist. Beim ersten Versuch wurde (durch Prüfung der bivariaten Residuen<sup>23</sup>) deutlich, dass eine der Voraussetzungen der latenten Klassenanalyse in signifikantem Ausmaß verletzt ist, nämlich jene der „lokalen Unabhängigkeit“, die besagt, dass es zwischen den manifesten Variablen keine direkten Beziehungen gibt. Die manifesten Variablen hängen insofern miteinander zusammen, als jede von ihnen in einer direkten Beziehung zur latenten Variablen steht. Das heißt, dass die latente Variable die Erklärung für alle statistischen Zusammenhänge zwischen den manifesten Variablen liefert. Tatsächlich zeigte sich für alle neun berechneten Modelle eine korrelative Struktur zwischen der Nutzung von Blogs und von Websites/Apps anderer Anbieter (als der traditionellen Medien) einerseits und der Nutzung sozialer Medien andererseits. Dieses

---

<sup>23</sup> Bivariate Residuen größer als 3,84 identifizieren Korrelationen zwischen den zugehörigen Variablenpaaren, die durch das betreffende Modell nicht ausreichend erklärt werden können.

Problem ließ sich durch die Definition der Social Media-Nutzung als Kovariate und die Modellierung eines direkten Effekts auf die Nutzung von Blogs und Websites bzw. Apps anderer Anbieter, die zu Digital Native Media zusammengefasst werden, lösen (Vermunt und Magidson 2005). Diese Vorgangsweise ist auch sachlich gerechtfertigt, da ein Zusammenhang zwischen den Nutzungen dieser Formen von Online-Medien plausibel ist. Damit konnte ab der 5-Klassen-Lösung die Stabilität der gefundenen Klassenlösungen gesichert werden. Die Lösungen mit zwei und drei Klassen wiesen weiterhin eine ganze Reihe korrelativer Strukturen<sup>24</sup> zwischen zahlreichen Medientypen auf; sie wurden daher schon an diesem Punkt als mögliche Klassenlösungen in Frage gestellt. Bei der 4-Klassen-Lösung trat nur eine, die beiden Fernsehnutzungsvariablen betreffende, korrelative Struktur zutage; hier wurde ein korrigiertes Modell mit einem weiteren direkten Effekt geschätzt (vgl. Tabelle 5.3).

Zur Beurteilung der Validität der berechneten Klassenmodelle können die Entropie der Klassenzuordnungswahrscheinlichkeiten, der  $R^2$ -Wert zur Bestimmung der erklärten Varianz<sup>25</sup>, Lambda (die proportionale Reduktion des Klassifikationsfehlers relativ zu einer zufälligen Klassifikation in Klassen gleicher Größe) und der Klassifikationsfehler selbst herangezogen werden: Sie zeigen an, wie gut die Klassenzugehörigkeit vorhergesagt werden kann, wobei die drei erstgenannten Maßzahlen<sup>26</sup> im optimalen Fall den Wert 1 und die letztgenannte Maßzahl den Wert 0 erreichen sollten. Eines der wichtigsten inferenzstatistischen Kriterien zur Bestimmung der Anzahl an Clustern ist der p-Wert der  $L^2$ -Statistik (unter der Annahme, dass diese einer Chi-Quadrat-Verteilung folgt). Er sollte über 0,05 liegen. Der  $L^2$ -Wert zeigt den Umfang der Assoziation unter den Variablen an, die nach der Schätzung des Modells unerklärt bleibt; je niedriger der Wert ist, desto besser ist die Anpassung des Modells an die Daten. Ist der Chi-Quadrat-Wert signifikant (also  $p < .05$ ), so ist die Abweichung überzufällig groß (vgl. Moosbrugger und Kevala 2008: 291). Demnach würde das Modell nicht zu den Daten passen und sollte verworfen werden. Wie der  $L^2$ -Wert begünstigen auch die allgemeinen Informationskriterien (BIC, AIC, AIC3) sparsame Modelle. Für nominale Klassifikationsmerkmale ist das Informationsmaß AIC3 (Akaike's Information Criterion 3) am besten geeignet (vgl. Fonseca und Cardoso 2007).

---

<sup>24</sup> Korrelative Strukturen beziehen sich auf Beziehungen zwischen zwei Variablen im Geflecht aller Klassifikationsvariablen; sind also nicht mit bivariaten Korrelationen gleichzusetzen.

<sup>25</sup> Für nominale Variablen handelt es sich dabei um Goodman-Kruskal Tau-b Koeffizienten.

<sup>26</sup> Zu ihren mathematischen Unterschieden vgl. Bacher et al. (2010: 421).

**Tabelle 5.3.** Goodness-of-fit Kriterien verschiedener latenter Klassenmodelle der Informationsnutzung

| Klassen-<br>zahl | LL         | AIC3<br>(LL) | N<br>par | L <sup>2</sup> | df   | p       | Entropie | R <sup>2</sup> | Lambda | Klassifi-<br>kations-<br>fehler |
|------------------|------------|--------------|----------|----------------|------|---------|----------|----------------|--------|---------------------------------|
| 1                | -10181,274 | 20392,547    | 10       | 1819,273       | 1012 | < 0,001 | –        | –              | –      | 0,0000                          |
| 2                | -9859,527  | 19782,055    | 21       | 1175,781       | 1001 | < 0,001 | 0,6096   | 0,6303         | 0,5853 | 0,0776                          |
| 3                | -9750,248  | 19596,495    | 32       | 957,221        | 990  | 0,77    | 0,5074   | 0,5178         | 0,5936 | 0,2204                          |
| 4                | -9715,531  | 19560,061    | 43       | 887,788        | 979  | 0,98    | 0,5459   | 0,5263         | 0,5872 | 0,2224                          |
| 4 korr           | -9709,842  | 19551,684    | 44       | 876,410        | 978  | 0,99    | 0,5439   | 0,5247         | 0,5917 | 0,2263                          |
| 5                | -9697,287  | 19556,573    | 54       | 851,299        | 968  | 1,00    | 0,6058   | 0,5792         | 0,6658 | 0,2210                          |
| 6                | -9679,829  | 19554,657    | 65       | 816,383        | 957  | 1,00    | 0,5208   | 0,4488         | 0,5324 | 0,3071                          |
| 7                | -9662,221  | 19552,442    | 76       | 781,168        | 946  | 1,00    | 0,5337   | 0,4516         | 0,5102 | 0,3003                          |
| 8                | -9647,742  | 19556,484    | 87       | 752,210        | 935  | 1,00    | 0,5566   | 0,4727         | 0,5233 | 0,2790                          |
| 9                | -9635,972  | 19565,944    | 98       | 728,670        | 924  | 1,00    | 0,5613   | 0,4651         | 0,5030 | 0,3068                          |

*Anmerkung.* Datenbasis: Reuters Österreich 2019; N = 2.010 Befragte (gewichtet)

Alle Modelle: 1000 Startwertesets, 100 Iterationen im ersten Optimierungsschritt, niedriges Konvergenzkriterium (1e-008 = 0,00000001), robuste Standardfehler

LL = Log-likelihood; AIC3 = Akaike's Information Criterion 3; Npar = Zahl der Parameter; df = Freiheitsgrade

Die inferenzstatistische Prüfung der berechneten Klassenmodelle (vgl. Tabelle 5.3) bestätigt die oben begründete Skepsis gegenüber dem 2-Klassen-Modell, dessen p-Wert der L<sup>2</sup>-Statistik hoch signifikant ist. Es wurde deshalb ausgeschlossen. Gleiches gilt für das ebenfalls bereits skeptisch beurteilte Modell mit drei Klassen, dessen Goodness-of-fit-Kriterien in den meisten Fällen ungünstig ausfallen. Ab Modell 4 pendelt sich der AIC3 auf ein im Vergleich zu den vorgehenden Modellen niedriges Niveau ein, und auch die L<sup>2</sup>-Werte reduzieren sich in geringerem Ausmaß. Entropie, R<sup>2</sup> und die proportionale Reduktion des Klassifikationsfehlers sprechen eindeutig für ein aus fünf Klassen bestehendes Modell als reliabelste Lösung, bei der sich auch der Klassifikationsfehler in Grenzen hält; erst ab Modell 6 steigt er wieder an. Um sicher zu gehen, dass die Wahl einer 5-Klassen-Lösung die richtige Entscheidung ist, wurde schließlich noch überprüft, ob gegenüber dem – sparsameren und deshalb überlegenswerten – korrigierten 4-Klassen-Modell eine signifikante Verbesserung der Modellgüte erreicht wird. Tatsächlich ergibt der –2LL-Differenzentest, bei dem die Log-Likelihood zweier Modelle mit unterschiedlichen Klassenzahlen gegeneinander auf Unterschiede getestet werden, ein signifikantes Resultat (–2LL-Diff: 25,111; p = 0,018). Es lässt sich also mit hoher Sicherheit davon ausgehen, dass in Österreich fünf distinkte Klassen von Nachrichtennutzer\*innen existieren.

### 5.1.2 Die Nutzungsklassen und ihre primären Medientypen

Die Größe der Nutzungsklassen ist sehr unterschiedlich und schwankt zwischen knapp 7 % und fast 34 %. Sie differieren deutlich in der Art ihrer Informationsnutzung. Zu diesen Unterschieden tragen alle Medientypen in hoch signifikantem Ausmaß bei, am relativ geringsten das Radio (vgl. Tabelle 5.4).

**Tabelle 5.4.** Informationsnutzungsklassen nach primären Medientypen (Nutzungswahrscheinlichkeiten in %)

|  | Klasse<br>1:<br>Trad.<br>News<br>User | Klasse<br>2:<br>Broad-<br>cast<br>News<br>User | Klasse<br>3:<br>Light<br>News<br>User | Klasse<br>4:<br>Online<br>News<br>User | Klasse<br>5:<br>Heavy<br>News<br>User | Gesamt | Wald*    | p*      | R <sup>2</sup> |
|--|---------------------------------------|--|---------------------------------------|--|---------------------------------------|--------|----------|---------|----------------|
| Anteil in Prozent                            | 33,86                                 | 25,16  | 19,27                                 | 14,90                                  | 6,80                                  |        |          |         |                |
| Indikatoren                                  |                                       |  |                                       |  |                                       |        |          |         |                |
| TV-Nachrichten                               | 81,11                                 | 66,88  | 14,40                                 | 78,93                                  | 85,46                                 | 64,65  | 24,7783  | < 0,001 | 0,2798         |
| 24h-Nachrichten-<br>sender                   | 16,25                                 | 23,32  | 10,25                                 | 36,84                                  | 52,24                                 | 22,39  | 63,7188  | < 0,001 | 0,0766         |
| Radio-<br>nachrichten                        | 53,56                                 | 45,95  | 13,05                                 | 57,89                                  | 67,75                                 | 45,45  | 16,1237  | 0,0029  | 0,1136         |
| Print-Zeitungen                              | 96,67                                 | 5,86   | 26,84                                 | 54,86                                  | 87,34                                 | 53,50  | 55,2615  | < 0,001 | 0,5696         |
| Print-Magazine                               | 9,53                                  | 3,45   | 8,19                                  | 0,37                                   | 88,59                                 | 11,75  | 18,0351  | 0,0012  | 0,4265         |
| Websites/Apps<br>von Zeitungen               | 26,63                                 | 18,61  | 34,04                                 | 85,12                                  | 80,41                                 | 38,41  | 110,5985 | < 0,001 | 0,2513         |
| Websites/Apps<br>von Magazinen               | 3,78                                  | 10,18  | 11,67                                 | 36,28                                  | 61,97                                 | 15,71  | 136,9369 | < 0,001 | 0,2022         |
| Websites/Apps<br>von TV- und<br>Radiosendern | 11,83                                 | 13,86  | 24,46                                 | 73,43                                  | 71,36                                 | 28,00  | 145,4705 | < 0,001 | 0,2860         |
| Digital Native<br>Media                      | 6,01                                  | 10,41  | 28,38                                 | 30,41                                  | 46,77                                 | 17,84  | 70,0217  | < 0,001 | 0,1113         |
| Kovariate                                    |                                       |  |                                       |  |                                       |        |          |         |                |
| Soziale Medien                               | 36,96                                 | 37,70  | 43,63                                 | 71,99                                  | 59,28                                 | 45,17  |          |         |                |

*Anmerkung.* Datenbasis: Reuters Österreich 2019; N = 2.010 Befragte (gewichtet)

\* Ein signifikanter p-Wert der Wald-Statistik bedeutet, dass der Indikator statistisch signifikant zwischen den Clustern unterscheidet.

Für die größte Nutzungsklasse mit einem Anteil von 33,86 % an der für die österreichische Bevölkerung über 18 Jahre repräsentativen Stichprobe des Datenmaterials des *Reuters Digital News Reports (2019)* stellen die gedruckte Zeitung und das klassische Fernsehen die mit

großem Abstand bevorzugten Medientypen zur Informationsgewinnung dar. Man kann sie deshalb als traditionelle Nutzer\*innen – *Traditional News User* (Edgerly et al. 2018; Courtois et al. 2014; Mangold et al. 2017) – bezeichnen, auch wenn das Radio eine nachrangige Rolle spielt. Mit einer Wahrscheinlichkeit von nahezu 97 (!) % greift ein Angehöriger dieser Gruppe zur Tageszeitung – dieser extrem hohe Wert wird in keiner anderen der verbleibenden vier Klassen in Bezug auf keinen anderen Medientyp erreicht. Online-Medien jeder Art bleiben in dieser Gruppe als mögliche Nachrichtenquellen weitgehend außen vor. Lediglich (und wenig überraschend) die Onlineplattformen von Zeitungen findet einer von vier Gruppenangehörigen akzeptabel – was aus statistischer Sicht ein sehr niedriger Wert ist. Dass in dieser Gruppe die geringste Wahrscheinlichkeit der Nutzung sozialer Medien besteht, passt ins Bild.

Für die zweitgrößte Nutzungsklasse, die einen Anteil von 25,16 % einnimmt, zählt vor allem das Fernsehen als Informationsquelle, wenngleich die Wahrscheinlichkeit seiner Nutzung nur knapp über 66,6 % liegt: Man kann also nur bei zwei von drei Angehörigen dieser Klasse annehmen, dass sie Fernsehnachrichten verfolgen. In Bezug auf Radionachrichten gilt das nicht einmal für einen von zwei Angehörigen. Und die übrigen Medien werden kaum in den Blick genommen. Bei diesem Nutzungstyp könnte man von *Light Traditional News Usern* (in Anlehnung an Courtois et al. 2014) oder spezifisch von *Broadcast News Usern* sprechen.

Ist schon diese Nutzungsklasse nicht besonders informationsaffin, so gilt dies in noch größerem Ausmaß für die dritte Nutzungsklasse (19,27 %), jene der *Light News User* (Eveland und Scheufele 2000; Courtois et al. 2014), die beinahe schon als *News Avoider* (Edgerly et al. 2018) klassifiziert werden könnten: Drei von vier Nutzer\*innen versuchen hier zumindest gelegentlich Nachrichtenkonsum zu vermeiden, jede/r siebte sogar oft.

In keiner anderen Klasse ist der Anteil der Nachrichtenverweigerer so hoch. Am nächsten stehen die *Light Traditional (Broadcast) News User*, in deren Nutzungsklasse jeder dritte zumindest gelegentlich Nachrichten aus dem Weg geht (vgl. Tabelle 5.5). Wenn sich *Light News User* informieren möchten, dann ziehen sie mit etwas höherer Wahrscheinlichkeit ein Online-Medium als ein Offline-Medium heran und hier vor allem die Onlineplattform einer Zeitung: Als einziger Medientyp weist sie eine Nutzungswahrscheinlichkeit knapp über dem Schwellenwert von 33,3 % auf. Addiert man den Anteil von 19,27 %, den diese Klasse einnimmt, zum Anteil der *Light Traditional (Broadcast) News User*, dann muss man diagnostizieren, dass fast 45 % der österreichischen Bevölkerung ein recht mageres Medienmenü bevorzugen, wenn es um tagesaktuelle Information geht. Das ist ein dramatischer Befund, auf den in der Schlussbetrachtung der Untersuchung nochmals eingegangen wird.

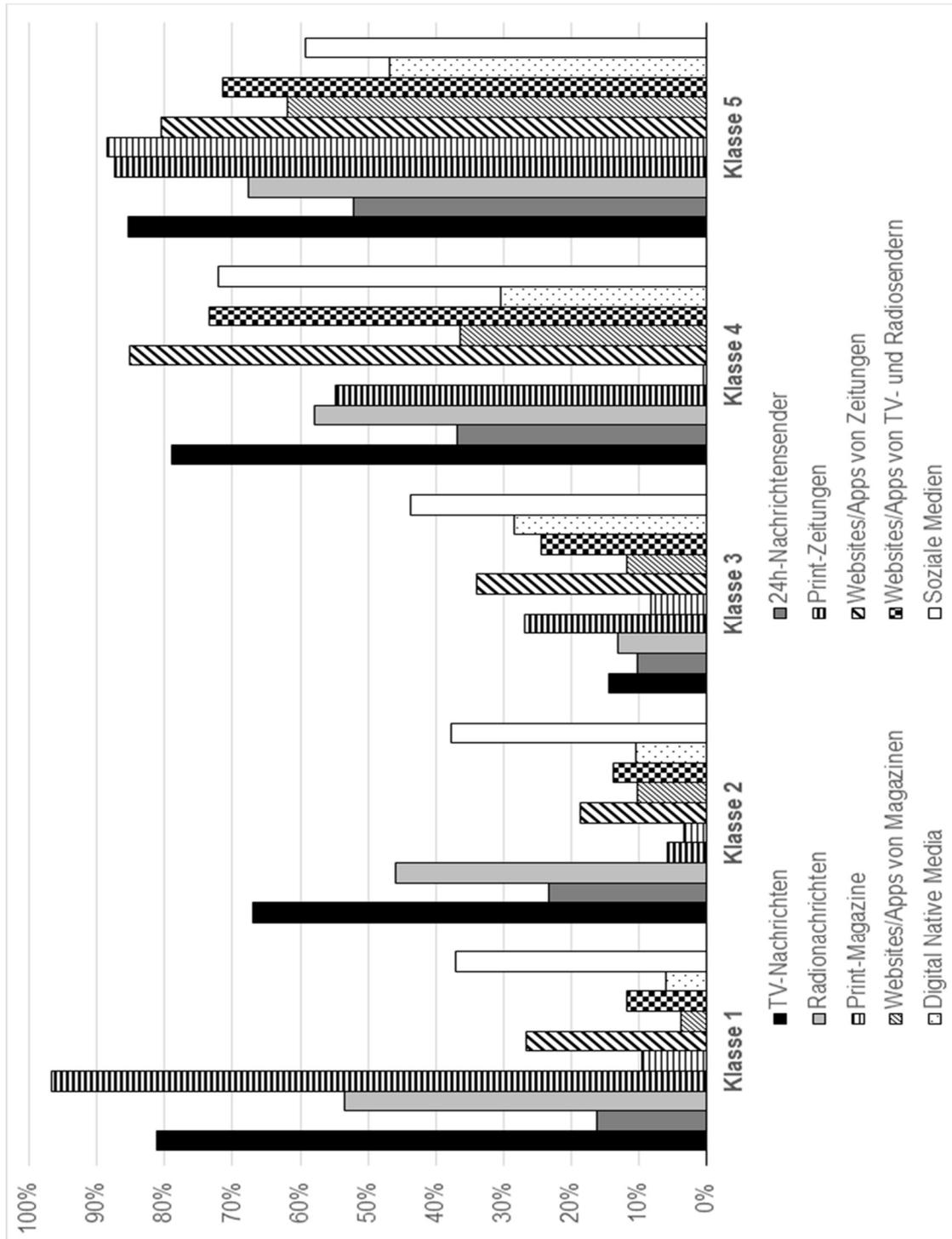
**Tabelle 5.5.** Nachrichtenverzicht in den Nutzungsklassen in %

|                   | Klasse 1:<br>Trad.<br>News<br>User | Klasse 2:<br>Broadcast<br>News<br>User | Klasse 3:<br>Light News<br>User | Klasse 4:<br>Online<br>News User | Klasse 5:<br>Heavy<br>News<br>User | Gesamt |
|-------------------|------------------------------------|--|---------------------------------|----------------------------------|------------------------------------|--------|
| Oft               | 3,7                                | 7,1                                    | 14,1                            | 1,8                              | 7,3                                | 6,3    |
| Manchmal          | 22,4                               | 26,7                                   | 29,6                            | 23,4                             | 20,2                               | 24,7   |
| Gelegentlich      | 32,7                               | 33,0                                   | 30,7                            | 29,1                             | 32,3                               | 31,9   |
| Vermeidung: Summe | 58,8                               | 66,8                                   | 74,4                            | 54,3                             | 59,7                               | 62,9   |
| Nie               | 41,2                               | 33,2                                   | 25,6                            | 45,7                             | 40,3                               | 37,1   |

Anmerkung. Datenbasis: Reuters Österreich 2019; N = 2.010 Befragte

Frage Q1di: „Passiert es Ihnen zur Zeit, dass Sie aktiv versuchen, auf Nachrichten zu verzichten?“

In der vierten Nutzungsklasse mit einem Anteil von 14,9 % wird zwar auch das Fernsehen als eines der primären Informationsmedien genutzt, doch der Schwerpunkt liegt eindeutig im Internet mit einer klaren Präferenz für die Onlineplattformen der Zeitungen und des Rundfunks. Selbst Nachrichtenmagazine spielen, wenn sie online sind, eine gewisse Rolle. Bei den Offline-Medien liegen Radio und Print mit deutlichem Abstand in der Nutzungswahrscheinlichkeit im mittleren-, 24-Stunden-Nachrichtensender (die nur in dieser und in der fünften Klasse eine Rolle spielen) im unteren Bereich. Dieses relativ breite Spektrum von primären Informationsmedientypen geht mit der im Vergleich der fünf Klassen höchsten Wahrscheinlichkeit der Nutzung von sozialen Medien als Nachrichtenquellen einher: Sie liegt bei über 70 %. Zu Recht kann man hier von *Online News Usern* oder *Onlinern* (Mangold et al. 2017: 214) sprechen. Eine relativ hohe Nutzungswahrscheinlichkeit der sozialen Medien (von knapp 60 %) lässt sich auch bei der letzten und kleinsten, weil nur 6,8 % Anteil umfassenden Klasse beobachten. Es ist die Klasse der *Heavy News User* (Trilling und Schönbach 2013; Courtois et al. 2014). Es gibt keinen Medientyp, der von den Angehörigen dieser Klasse in ihrem Durst nach Information unbeachtet bleibt, und es lässt sich auch keine herausragende Präferenz für off- oder online ausmachen: Sie sind *Allrounder*. Edgerly et al. (2018: 204) sprechen sogar von „news omnivores“. Abbildung 5.1 stellt die primären Medientypen, die in den fünf Klassen zur Informationsgewinnung verwendet werden, gegenüber.



**Abbildung 5.1.** Nutzungswahrscheinlichkeit der Medientypen in den fünf Informationsnutzungsklassen

Anmerkung. Eigene Darstellung. Datenbasis: Reuters Österreich 2019; N = 2.010 Befragte (gewichtet)

- Klasse 1: Traditional News User
- Klasse 2: Light Traditional (Broadcast) News User
- Klasse 3: Light News User
- Klasse 4: Online News User
- Klasse 5: Heavy News User

### 5.1.3 Die Nutzungsklassen und ihre soziodemografischen und politischen Merkmale

Die fünf ermittelten Informationsnutzungsklassen unterscheiden sich signifikant hinsichtlich ihrer soziodemographischen (vgl. Tabelle 5.6) und politischen Merkmale (vgl. Tabelle 5.7).

So findet sich der höchste Frauenanteil in jener Klasse, in der nahezu ausschließlich der Rundfunk – und zwar vor allem das Fernsehen – als Nachrichtenquelle genutzt wird. Am vergleichsweise geringsten sind Frauen unter den *Online News Usern* und den – durchaus auch dem Onlinesektor zugeneigten – *Heavy News Usern* vertreten. Auch wenn im Vergleich zu den österreichischen Informationsnutzungsklassen von 2008 (Lengauer et al. 2012: 77) mehr Frauen Online-Medien nutzen, so bleibt dennoch ein Ungleichgewicht der Geschlechter bestehen, was auch eine aktuelle europaweite Analyse der Nutzung sozialer Medien zeigt (Beaufort und Seethaler 2020).

Wenig überraschend – und auch das deckt sich mit der genannten früheren Erhebung – sind die traditionellen Nutzer\*innen – die *Traditional News User* - am ältesten (mit einem deutlichen Überhang der Generation 55+), gefolgt von den *Heavy News Usern*, die sich zu zwei Drittel aus Personen über 45 Jahren zusammensetzen. Bedenkt man, dass beim letztgenannten Nutzungstyp Offline- und Onlinemedien gleichermaßen vertreten sind und, dass selbst bei den *Online News Usern* die 55+ Generation prominent vertreten ist, zeichnet sich insbesondere in den Gruppen höheren Alters ein *Digital Gap* ab. Erwartbar war hingegen, dass die Gruppe der 25- bis 34-Jährigen bei den *Online News Usern* relativ stark ist, am stärksten aber sind die jüngeren Altersgruppen zwischen 18- und 24 Jahren bzw. 25- und 34 Jahren jedoch in der Klasse der *Light News User* vertreten, weshalb dort das Durchschnittsalter unter 40 Jahren liegt und damit am niedrigsten von allen Klassen ist. Hier kündigt sich eine bedenkliche Entwicklung an, die in den USA bereits dazu geführt hat, dass mehr als die Hälfte der Jugendlichen zu den News Avoidern gehören (Edgerly et al. 2018). Das kann gravierende Folgen für das demokratische Zusammenleben haben, da „the same youth who are ignoring news are also less interested in politics in general and less participatory across a range of civic and political activities“ (ebd.: 206). Dieser Entwicklung vorzubeugen ist deshalb eine immense politische Herausforderung, weil es sich um ein mehrfaktorielles Geschehen handeln dürfte. Die *Light News User* gehören nämlich wie die ebenfalls nicht besonders informationsaffinen, doch durchschnittlich älteren und von Frauen dominierten *Light Traditional (Broadcast) News User* zu jenen beiden Klassen, in denen sowohl die niedrigen Einkommenskategorien als auch die niedrigste formale Bildung (Pflichtschule) am stärksten von allen Klassen vertreten sind. Umgekehrt verfügen rund ein Drittel der *Heavy News User* über ein hohes Einkommen und

eine akademische Ausbildung, in beiden Merkmalen mit deutlichem Abstand gefolgt von den *Online News Usern*. Die *Traditional News User* bewegen sich im Mittelfeld.

**Tabelle 5.6.** Soziodemografische Unterschiede zwischen den Nutzungsklassen (Prozentanteile bzw. Mittelwerte)

|   | Klasse 1:<br>Trad.<br>News<br>User | Klasse 2:<br>Broad-<br>cast<br>News<br>User | Klasse 3:<br>Light<br>News<br>User | Klasse 4:<br>Online<br>News<br>User | Klasse 5:<br>Heavy<br>News<br>User | Gesamt | Pearson<br>Chi <sup>2</sup><br>oder *F | p       |
|---|------------------------------------|---|------------------------------------|-------------------------------------|------------------------------------|--------|--|---------|
| <b>Geschlecht</b>                       |                                    |   |                                    |                                     |                                    |        | 17,78                                  | 0,001   |
| Männlich                                | 49,91                              | 41,80                                       | 49,65                              | 52,76                               | 53,71                              | 48,50  |  |         |
| Weiblich                                | 50,09                              | 58,20                                       | 50,35                              | 47,24                               | 46,29                              | 51,50  |  |         |
| <b>Alter</b>                            |                                    |   |                                    |                                     |                                    |        |  | < 0,001 |
| 18-24                                   | 4,88                               | 10,28                                       | 16,63                              | 9,07                                | 7,39                               | 9,30   |  |         |
| 25-34                                   | 9,28                               | 17,50                                       | 22,81                              | 20,31                               | 14,67                              | 15,97  |  |         |
| 35-44                                   | 12,27                              | 19,80                                       | 18,23                              | 15,25                               | 11,43                              | 15,70  |  |         |
| 45-54                                   | 17,73                              | 19,05                                       | 18,50                              | 17,97                               | 22,00                              | 18,53  |  |         |
| 55+                                     | 55,84                              | 33,37                                       | 23,84                              | 37,39                               | 44,52                              | 40,50  |  |         |
| * <i>Mittelwert</i>                     | 53,57                              | 45,75                                       | 39,40                              | 45,97                               | 49,98                              | 47,77  | 57,78                                  | < 0,001 |
| <b>Einkommen</b>                        |                                    |   |                                    |                                     |                                    |        | 36,37                                  | < 0,001 |
| Niedrig                                 | 20,76                              | 29,46                                       | 28,42                              | 23,55                               | 22,70                              | 24,97  |  |         |
| Mittel                                  | 40,95                              | 39,06                                       | 39,83                              | 42,43                               | 36,22                              | 40,16  |  |         |
| Hoch                                    | 17,30                              | 12,94                                       | 13,88                              | 19,62                               | 30,16                              | 16,76  |  |         |
| <b>Bildung</b>                          |                                    |   |                                    |                                     |                                    |        | 54,97                                  | < 0,001 |
| Primär:<br>Pflichtschule                | 19,79                              | 24,52                                       | 23,58                              | 16,35                               | 09,50                              | 20,50  |  |         |
| Sekundär: Abitur                        | 47,69                              | 43,67                                       | 41,59                              | 47,02                               | 37,15                              | 44,69  |  |         |
| Postsekundär<br>ohne akad.<br>Abschluss | 15,87                              | 14,91                                       | 14,08                              | 11,38                               | 19,30                              | 14,85  |  |         |
| Tertiär:<br>Universität                 | 16,65                              | 16,89                                       | 20,75                              | 25,25                               | 34,05                              | 19,97  |  |         |

*Anmerkung.* Datenbasis: Reuters Österreich 2019; N = 2.010 Befragte; Einkommen: N = 1.646 (gewichtet)

Die hinsichtlich der demographischen Merkmale beobachtbaren Unterschiede zwischen den Klassen setzen sich bezogen auf das Interesse an Nachrichten und Politik fort, wodurch sich die Gräben zwischen den Nutzungsgruppen noch vertiefen (Tabelle 5.7). Unter der Prämisse, dass das politische Interesse stets geringer ausgeprägt ist als das Nachrichteninteresse, sind beide Formen unter den *Heavy News Usern* und, etwas abgeschwächt, bei den *Online News Usern*, stark ausgeprägt: vier von fünf in diesen beiden Gruppen zu findenden Personen sind äußerst

oder sehr an Nachrichten, drei von vier bzw. bei den *Online News Usern* eine von zwei Personen an Politik interessiert. Am anderen Pol sind die *Light News User* und, etwas weniger deutlich, die *Light Traditional (Broadcast) News User* angesiedelt. In diesen beiden Gruppen haben nur rund die Hälfte der Personen großes Interesse an Nachrichten und nur rund ein Drittel an Politik. Eine Mittelposition nehmen die *Traditional News User* ein. Lediglich in ihrer politischen Orientierung, gemessen anhand einer 7-stufigen Links-Rechts-Skala, unterscheiden sich die Klassen nicht signifikant – ein Ergebnis, das auch bisher schon mehrfach und in einigen Ländern gezeigt werden konnte (u.a. Trilling 2014, Bos et al. 2016; Mangold et al. 2017). Sieht man von einigen Nischenmedien ab, dürften, wie Mangold et al. (2017: 13) feststellen, „einer ideologisch motivierten Nachrichtenselektion in westeuropäischen Mediensystemen oft enge Grenzen gesetzt“ sein.

**Tabelle 5.7.** Unterschiede im Informationsinteresse und in politischen Merkmalen zwischen den Nutzungsklassen (Prozentanteile bzw. Mittelwerte)

|                                   | Klasse 1:             | Klasse 2:                      | Klasse 3:             | Klasse 4:              | Klasse 5:             | Ge-samt     | F            | p                 |
|-----------------------------------|-----------------------|--------------------------------|-----------------------|------------------------|-----------------------|-------------|--------------|-------------------|
|                                   | Trad.<br>News<br>User | Broad-<br>cast<br>News<br>User | Light<br>News<br>User | Online<br>News<br>User | Heavy<br>News<br>User |             |              |                   |
| <b>Interesse an Nachrichten*</b>  |                       |                                |                       |                        |                       |             |              |                   |
| Äußerst interessiert              | 16,92                 | 14,66                          | 14,80                 | 28,82                  | 47,19                 | 19,78       |              |                   |
| Sehr interessiert                 | 50,78                 | 39,20                          | 35,51                 | 47,99                  | 39,83                 | 43,76       |              |                   |
| Einigermaßen interessiert         | 29,27                 | 36,50                          | 36,96                 | 20,87                  | 12,23                 | 30,16       |              |                   |
| Nicht sehr interessiert           | 2,64                  | 6,56                           | 8,38                  | 1,71                   | 0,23                  | 4,43        |              |                   |
| Überhaupt nicht interessiert      | 0,26                  | 2,25                           | 3,12                  | 0,09                   | 0,52                  | 1,30        |              |                   |
| <i>Mittelwert</i>                 | <i>2,19</i>           | <i>2,37</i>                    | <i>2,57</i>           | <i>1,94</i>            | <i>1,65</i>           | <i>2,23</i> | <i>42,23</i> | <i>&lt; 0,001</i> |
| <b>Interesse an Politik**</b>     |                       |                                |                       |                        |                       |             |              |                   |
| Äußerst interessiert              | 12,15                 | 9,83                           | 10,53                 | 21,55                  | 33,73                 | 14,12       |              |                   |
| Sehr interessiert                 | 31,53                 | 22,88                          | 22,91                 | 33,41                  | 40,65                 | 28,59       |              |                   |
| Einigermaßen interessiert         | 39,51                 | 40,86                          | 38,24                 | 34,70                  | 19,97                 | 37,56       |              |                   |
| Nicht sehr interessiert           | 13,34                 | 17,36                          | 17,11                 | 7,81                   | 4,72                  | 13,67       |              |                   |
| Überhaupt nicht interessiert      | 3,34                  | 8,10                           | 9,52                  | 1,85                   | 0,77                  | 5,33        |              |                   |
| <i>Mittelwert</i>                 | <i>2,65</i>           | <i>2,88</i>                    | <i>2,95</i>           | <i>2,34</i>            | <i>1,97</i>           | <i>2,67</i> | <i>34,27</i> | <i>&lt; 0,001</i> |
| <b>Politische Orientierung***</b> |                       |                                |                       |                        |                       |             |              |                   |
| Links außen und weit links        | 10,07                 | 10,49                          | 11,66                 | 11,64                  | 20,23                 | 11,41       |              |                   |
| Etwas links von der Mitte         | 15,11                 | 16,41                          | 15,83                 | 20,99                  | 18,81                 | 16,70       |              |                   |
| Mitte                             | 34,51                 | 30,77                          | 31,65                 | 31,16                  | 28,04                 | 32,08       |              |                   |
| Etwas rechts von der Mitte        | 21,04                 | 18,77                          | 17,51                 | 20,50                  | 20,42                 | 19,67       |              |                   |
| Weit rechts und rechts außen      | 9,91                  | 7,90                           | 7,75                  | 10,03                  | 7,87                  | 8,86        |              |                   |
| <i>Mittelwert</i>                 | <i>4,07</i>           | <i>3,92</i>                    | <i>3,94</i>           | <i>3,96</i>            | <i>3,74</i>           | <i>3,97</i> | <i>2,21</i>  | <i>0,066</i>      |

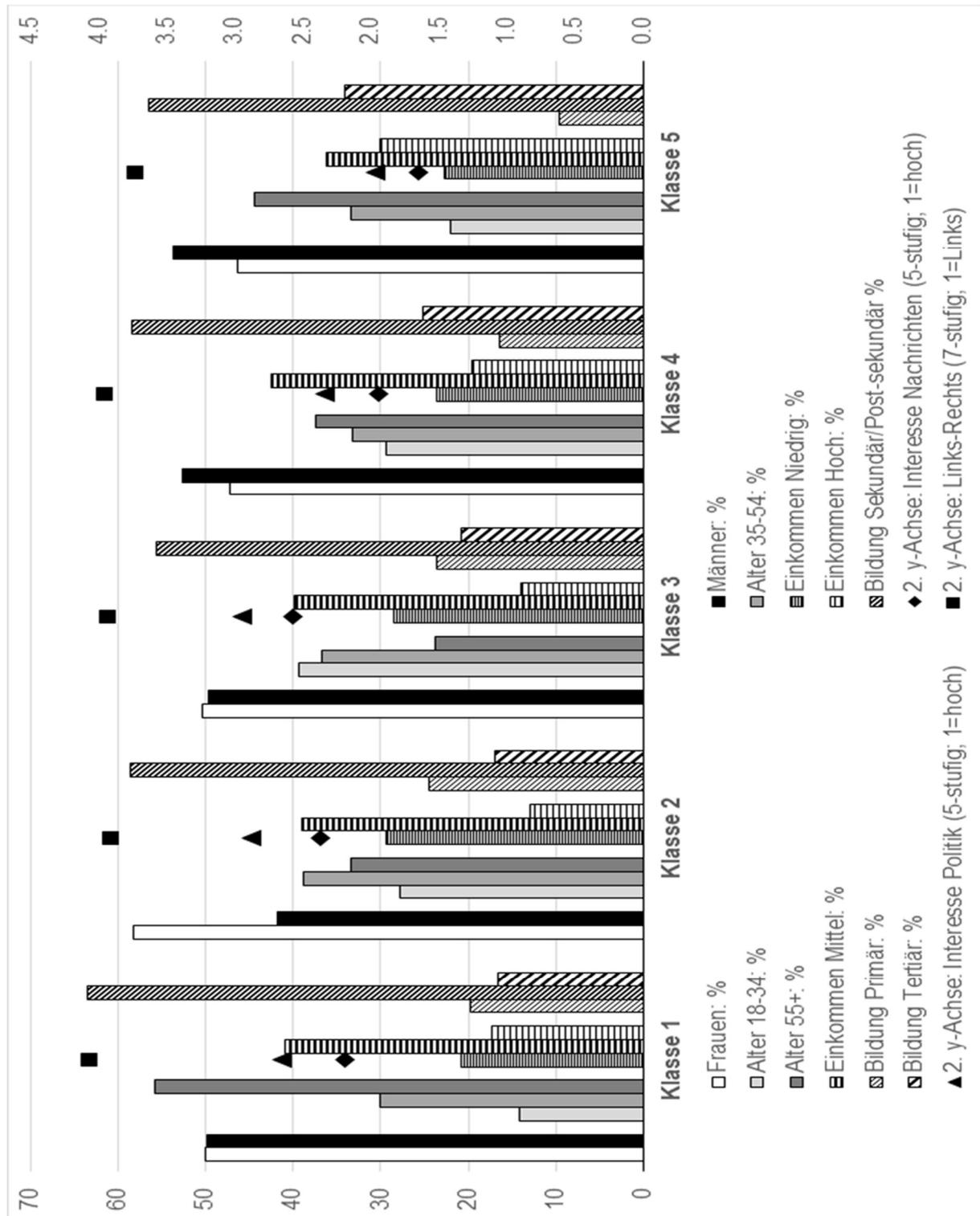
*Anmerkung.* Datenbasis: Reuters Österreich 2019; N = 2.010 Befragte, Interesse in Nachrichten: N = 1.999, Interesse in Politik: N = 1.995; politische Orientierung: N = 1.783 (gewichtet)

\* Frage Q1c: „Wie sehr sind Sie an Nachrichten interessiert?“ (5-stufige Antwortskala von 1 = „äußerst interessiert“ bis 5 = „überhaupt nicht interessiert“)

\*\* Frage Q2\_new2018: „Wie sehr sind Sie an Politik interessiert?“ (5-stufige Antwortskala von 1 = „äußerst interessiert“ bis 5 = „überhaupt nicht interessiert“)

\*\*\* Frage Q1f: „Wo würden Sie sich auf der folgenden Skala selbst einordnen?“ (7-stufige Antwortskala von 1 = links außen bis 7 = rechts außen)

Abbildung 5.2 gibt einen Gesamtüberblick über alle soziodemografischen und politischen Merkmale der fünf Nutzungsklassen.



**Abbildung 5.2.** Soziodemografische und politische Merkmale der fünf Informationsnutzungsklassen  
 Anmerkung. Eigene Darstellung. Datenbasis: Reuters Österreich 2019; N=2.010 Befragte

#### 5.1.4 Die Nutzungsklassen und ihre Angebotstypen

Das für die Untersuchung gewählte 3-stufige Verfahren zur Ermittlung der Informationsrepertoires der Bevölkerung sieht mit der nächsten Analysestufe vor, die anhand der für die Informationsgewinnung verwendeten primären Medientypen gebildeten Informationsnutzungsklassen im Hinblick auf mögliche Binnendifferenzierungen zu überprüfen. Es wird angenommen, dass für eine solche Binnendifferenzierung vor allem die angebotsseitig verfügbaren Genres und Organisationsformen ausschlaggebend sind, die Hasebrink und Schmidt (2013) unter dem Begriff *Angebotstypen* zusammenfassen. Demnach wird im Rundfunksektor zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Anbietern, im Pressebereich nach überregionalen, regionalen und Boulevardzeitungen sowie bei den Onlineanbietern nach Online-only-(Informations-)Angeboten und Nachrichtenaggregatoren unterschieden. Dieses Verfahren erlaubt es einerseits spezifische Nutzungsinteressen (etwa in geographischer Hinsicht) als auch Präferenzen unabhängig vom Verbreitungsweg zu berücksichtigen. Andererseits kann der Grad der Homogenität der ermittelten Nutzungsklassen festgestellt werden, der auch für die weitere Analyse relevant ist. Es wurde also für jede der fünf Nutzungsklassen eine spezifische latente Klassenanalyse durchgeführt, in welche die oben genannten Angebotstypen als unabhängige Variablen eingingen. Das methodische Vorgehen ist für diesen Schritt das gleiche wie für die Bildung der Informationsnutzungsklassen (vgl. Kapitel 4.1.3).

Für vier der fünf Nutzungsklassen konnten anhand der inferenzstatistischen Größen und allgemeinen Informationskriterien zweifelsfrei die sparsamsten und geeignetsten Modelle gefunden werden; das für die Klasse der *Light Traditional (Broadcast) News User* gewählte Modell erfüllt zwar alle statistischen Voraussetzungen, aber die Entropie- und  $R^2$ -Werte zeigen zugleich, dass hier Erklärungsbedarf offen bleibt (vgl. Tabelle 5.8).

**Tabelle 5.8.** Goodness-of-fit Kriterien der (Sub-)Klassenmodelle zur Binnendifferenzierung der Informationsnutzungsklassen

| Klasse / Zahl der Sub-klassen | LL        | AIC3 (LL) | Npar | L <sup>2</sup> | df  | p    | Entropie | R <sup>2</sup> | Lambda | Klassifikationsfehler |
|-------------------------------|-----------|-----------|------|----------------|-----|------|----------|----------------|--------|-----------------------|
| 1 / 3                         | -2560,216 | 5195,431  | 25   | 112,244        | 102 | 0,23 | 0,6016   | 0,6387         | 0,7352 | 0,1385                |
| 2 / 2                         | -1593,953 | 3238,907  | 17   | 104,381        | 110 | 0,63 | 0,3334   | 0,3833         | 0,5155 | 0,2295                |
| 3 / 2                         | -1263,693 | 2575,385  | 16   | 129,909        | 111 | 0,11 | 0,4298   | 0,5064         | 0,6325 | 0,1555                |
| 4 / 2                         | -1104,012 | 2256,025  | 15   | 106,522        | 111 | 0,60 | 0,4629   | 0,5314         | 0,5681 | 0,1139                |
| 5 / 2                         | -495,053  | 1038,106  | 16   | 66,683         | 109 | 0,99 | 0,7144   | 0,7869         | 0,8724 | 0,0637                |

*Anmerkung.* Datenbasis: Reuters Österreich 2019; N = 2.010 Befragte (gewichtet), Klasse 1: N = 681, Klasse 2: N = 506, Klasse 3: N = 387, Klasse 4: N = 299, Klasse 5: N = 137

Alle Modelle: 1000 Startwertesets, 100 Iterationen im ersten Optimierungsschritt, niedriges Konvergenzkriterium (1e-008 = 0,00000001), robuste Standardfehler

LL = Log-likelihood; AIC3 = Akaike's Information Criterion 3; Npar = Zahl der Parameter; df = Freiheitsgrade

In den meisten Fällen können zwei Subklassen beschrieben werden, die sich hinsichtlich einzelner Angebotstypen unterscheiden; im Falle der Nutzungsklasse der *Traditional News User* handelt es sich um ein 3-(Sub-)Klassenmodell. Diese drei Subklassen unterscheiden sich primär in der Nutzung der Printmedien, wobei entweder die überregionale, die Boulevard- oder die regionale Presse im Vordergrund steht (vgl. Tabelle 5.9). Dennoch sind die Unterschiede insofern nicht wesentlich, als die in der weitaus größten Subklasse in überragendem Ausmaß bevorzugte Boulevardpresse auch in den anderen beiden kleineren Subklassen mit einer gruppenspezifischen Wahrscheinlichkeit von 33,3 %, also zumindest von einer von drei Personen als Informationsmedium gewählt wird. Diese ohnehin niedrige Wahrscheinlichkeitsgrenze sollte, so die Prämisse (vgl. Kapitel 4.1.3), weder von einem Medien- noch einem Angebotstyp unterschritten werden, um als nutzungsrelevant zu gelten. Klar überschritten wird sie vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der in allen drei Subklassen mit einer Wahrscheinlichkeit von zumindest fast 72 % genutzt wird. Diese Kombination – öffentlich-rechtlicher Rundfunk plus Boulevardpresse – passt gut ins Bild eines österreichischen traditionellen Mediennutzers, einer österreichischen traditionellen Mediennutzerin (Lengauer et al. 2012: 77).

**Tabelle 5.9.** Binnendifferenzierung der Informationsnutzungsklassen nach Angebotstypen (Nutzungswahrscheinlichkeiten in %)

|  | Anteil in % | Öffentl.-rechtl. Rundfunk | Privater Rundfunk | Über-regionale Presse | Boulevard-presse | Regional-presse | Online only | Aggregatoren |
|--|-------------|---------------------------|-------------------|-----------------------|------------------|-----------------|-------------|--------------|
| <b>Klasse 1: Traditional News User</b> |             |                           |                   |                       |                  |                 |             |              |
| Subklasse 1                            | 48,48       | 71,85                     | 35,26             | 1,79                  | 64,57            | 1,02            | 3,73        | 17,21        |
| Subklasse 2                            | 29,46       | 84,65                     | 32,36             | 5,29                  | 38,23            | 95,93           | 5,32        | 8,42         |
| Subklasse 3                            | 22,06       | 88,40                     | 35,93             | 82,06                 | 49,07            | 31,29           | 0,02        | 9,63         |
| Gesamt                                 |             | 79,27                     | 34,56             | 20,53                 | 53,39            | 35,66           | 3,38        | 12,95        |
| <b>Klasse 2: Broadcast News User</b>   |             |                           |                   |                       |                  |                 |             |              |
| Subklasse 1                            | 52,83       | 62,88                     | 43,18             | 15,80                 | 42,40            | 26,26           | 2,53        | 9,22         |
| Subklasse 2                            | 47,17       | 84,03                     | 29,99             | 9,51                  | 1,13             | 5,94            | 9,05        | 20,11        |
| Gesamt                                 |             | 72,86                     | 36,95             | 12,83                 | 22,93            | 16,67           | 5,61        | 14,35        |
| <b>Klasse 3: Light News User</b>       |             |                           |                   |                       |                  |                 |             |              |
| Subklasse 1                            | 57,69       | 73,86                     | 38,57             | 18,85                 | 21,99            | 20,56           | 13,51       | 20,64        |
| Subklasse 2                            | 42,31       | 9,13                      | 6,88              | 17,12                 | 25,34            | 20,51           | 4,54        | 8,43         |
| Gesamt                                 |             | 46,47                     | 25,16             | 18,12                 | 23,40            | 20,54           | 9,72        | 15,48        |
| <b>Klasse 4: Online News User</b>      |             |                           |                   |                       |                  |                 |             |              |
| Subklasse 1                            | 68,70       | 79,90                     | 19,87             | 35,78                 | 38,99            | 41,80           | 6,30        | 0,85         |
| Subklasse 2                            | 31,30       | 83,52                     | 94,96             | 32,11                 | 62,54            | 40,85           | 11,11       | 31,97        |
| Gesamt                                 |             | 81,04                     | 43,38             | 34,63                 | 46,36            | 46,36           | 7,80        | 15,88        |
| <b>Klasse 5: Heavy News User</b>       |             |                           |                   |                       |                  |                 |             |              |
| Subklasse 1                            | 50,09       | 94,00                     | 96,87             | 50,08                 | 73,76            | 54,82           | 18,96       | 42,54        |
| Subklasse 2                            | 49,91       | 82,95                     | 10,31             | 66,21                 | 42,46            | 42,74           | 9,58        | 14,46        |
| Gesamt                                 |             | 88,49                     | 53,67             | 58,13                 | 58,14            | 48,79           | 14,28       | 28,53        |

*Anmerkung.* Datenbasis: Reuters Österreich 2019; N = 2.010 Befragte (gewichtet), Klasse 1: N = 681, Klasse 2: N = 506, Klasse 3: N = 387, Klasse 4: N = 299, Klasse 5: N = 137

*Kursiv = Wahrscheinlichkeitswerte unter 33,33 %*

Weniger deutlich stellt sich die Situation in der zweitgrößten Klasse, nämlich jener der wenig informationsaffinen *Light Traditional (Broadcast) News User* dar. In dem gewählten 2-(Sub-) Klassenmodell wird der öffentlich-rechtliche Rundfunk zweifelsfrei und wenig überraschend als einziger übergreifend relevanter Angebotstyp ausgewiesen. Daneben greift etwa die Hälfte der Klassenangehörigen zu einer Boulevardzeitung (aber mit geringerer Wahrscheinlichkeit als die *Traditional News User*) oder schaltet einen privaten Fernsehsender ein. Würde man das Modell um zwei weitere Subklassen erweitern, würde sich zeigen, dass die Zuwendung zu

Boulevard und Privatrundfunk noch deutlich umstrittener ist, als es sich mit zwei stark besetzten Subklassen zeigt, und, dass eine kleine Minderheit von knapp 5 % gerne zu einer überregionalen Zeitung greift. Doch diese zusätzlichen Facetten ändern nichts an der primären Ausrichtung der Klasse.

Während sich die Klasse der *Light News User* intern nicht sehr stark ausdifferenziert (mit Ausnahme einer teilweise auffallenden öffentlich-rechtlichen Affinität) und im Boulevard das in Zahlen stärkste, wenn auch unter der Wahrscheinlichkeitsgrenze von 33,3 % liegende verbindende Element kennt, finden sich die *Online News User* gleich in drei Angebotstypen – öffentlich-rechtlicher Rundfunk, Boulevard- und Regionalpresse – als komplette Klasse wieder. Anhand der Divergenzen hinsichtlich der Online-only-Angebote und Nachrichtenaggregatoren lässt sich schließen, dass sich die Nutzung des Internets zu Informationszwecken vor allem auf die Onlineplattformen der traditionellen Medien bezieht. Diese Charakterisierung gilt auch für die *Heavy News User*, die freilich zusätzlich noch im Gebrauch der überregionalen Presse übereinstimmen. Digital Native Media gelten in Österreich offenbar (noch?) nicht so recht als Alternativen zum traditionellen Informationsangebot: Sie sind für keine der Klassen prägend und werden entweder kaum oder sehr unterschiedlich genutzt. Ebenso, wenn auch auf einem höheren Level, zählt der erst zu Beginn des 21. Jahrhunderts zugelassene private Rundfunk zu den weithin nur partiell genutzten Angebotstypen und konnte sich im Informationsbereich bis heute nicht zu einer echten Konkurrenz zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk entwickeln. Letzterer gehört immerhin in vier der fünf Klassen zu den prägenden Angebotstypen. Welche seiner Angebote aber tatsächlich die einzelnen Informationsrepertoires bestimmen, wird sich in Kombination mit den primären Medientypen zeigen, die in den Klassen zur Erfüllung des Informationsbedürfnisses herangezogen werden.

#### 5.1.5 Die Nutzungsklassen und ihre Informationsrepertoires

Nach der Ermittlung der *Informationsnutzungsklassen* anhand der *primär genutzten Medientypen* und ihrer internen Differenzierung nach *Angebotstypen*, erfolgte auf der dritten Analysestufe die Bestimmung der *Informationsrepertoires* der einzelnen Klassen basierend auf den konkreten *Medienangeboten*, die der österreichische Markt bereithält. Wie zu zeigen sein wird, prägen der hohe Stellenwert des Printsektors, die späte Dualisierung und vor allem die sowohl horizontal als auch cross-medial hochkonzentrierten Strukturen des Marktes die Zusammensetzung der Informationsrepertoires in hohem Ausmaß. Wenn der *Media Pluralism Monitor* der Europäischen Kommission in diesem Zusammenhang von einem im europäischen

Vergleich hohen Risiko für ein pluralistisches Angebot spricht (Seethaler und Beaufort 2020: 11; vgl. auch Kapitel 2.2.3), so lässt sich diese Einschätzung auch durch die im Folgenden dargestellten Ergebnisse belegen.

Die Bestimmung der *Informationsrepertoires* baut insofern auf den Ergebnissen der ersten beiden Analysestufen auf, als beide zueinander in Beziehung gesetzt werden. Dabei wurden nur jene Medien- und Angebotstypen berücksichtigt, die klassenübergreifend mit einer über 33,3 % liegenden Auswahlwahrscheinlichkeit verbunden sind, da darunter liegende Werte diese Option als eher unwahrscheinlich erscheinen lassen. Lediglich im Falle der *Light News User* musste hinsichtlich der Angebotstypen – wenig überraschend – diese Schwelle gesenkt werden, da das Vermeidungsverhalten in dieser Nutzungsklasse stark ausgebildet ist (vgl. Tabelle 5.5). Den so gebildeten Rastern werden jene Medienangebote zugeordnet, deren Wahrscheinlichkeit, als Vertreter ihres Medien- und ihres Angebotstyps gewählt zu werden, innerhalb der jeweiligen Nutzungsklasse überdurchschnittlich hoch ist. Zusätzlich wurden Medienangebote eines von einer Nutzungsklasse präferierten Angebotstyps, die zu einem von der betreffenden Klasse *nicht* präferierten Medientyp gehören, dennoch aufgenommen, wenn sie von allen Subklassen ähnlich stark genutzt werden. Ebenso wurden Angebote eines von einer Nutzungsklasse präferierten Medientyps, die zu einem von der betreffenden Klasse *nicht* präferierten Angebotstyp gehören, aufgenommen, wenn ihre Nutzungswahrscheinlichkeit über dem Durchschnitt liegt (detailliert erläutert in Kapitel 4.1.3). Mit diesen Zuordnungskriterien ist gewährleistet, dass die in den jeweiligen Nutzungsklassen vorrangig und weitgehend gemeinsam genutzten Informationsquellen in die nachfolgenden Analysen eingehen, wenn vermutet werden kann, dass sie in ihrer Gesamtheit den jeweiligen Erwartungen an die demokratische Medienleistung am nächsten kommen.

Generell zeigt sich, dass sich die in jeder Nutzungsklasse überdurchschnittlich genutzten Informationsangebote in ihrer überwiegenden Mehrheit dem jeweils ermittelten Raster aus primären Medientypen und Angebotstypen zuordnen lassen (vgl. Tabelle 5.10). Nur in vier Fällen musste von den oben erwähnten Ausnahmeregelungen Gebrauch gemacht werden: Bezogen auf die *Light Traditional (Broadcast) News User* wurde offenbar, dass ihre Vorliebe für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk *ORF* auch dessen Onlineangebot miteinschließt, wenngleich sie sonst kaum Online-Medien nutzen. Die quer über alle Klassen zu beobachtende zwiespältige Haltung gegenüber dem Privatrundfunk wird von den *Online News Usern* insofern durchbrochen, als der seit September 2016 on Air befindliche 24-Stunden-Nachrichtensender *oe24.TV*, und zwar vor allem die von ihm (auch) bespielte Onlineplattform *oe24.at*, Teil ihres Informationsrepertoires ist. Interessant ist, dass beide Medienangebote Teil

des um die Gratiszeitung *Österreich* gebauten gleichnamigen Medienimperiums von Wolfgang Fellner sind, während Privatsender ohne Anbindung an den Tageszeitungsmarkt in keiner Nutzungsklasse ungeteilte Zuwendung finden. Für *Online News User* nimmt überdies die Website *derstandard.at* eine außerordentliche (und gegenüber *oe24.at* deutlich stärkere) Stellung ein, obgleich sonst die überregionale Presse mit keiner signifikant hohen Wahrscheinlichkeit genutzt wird. In der Klasse der *Heavy News User* erfüllt das Nachrichtenportal *gmx.at* eine ähnliche Ausnahmefunktion.

Vergleicht man die Informationsrepertoires der fünf Nutzungsklassen, so fällt auf, dass sowohl der *ORF* mit vier seiner Angebote und die *Kronen Zeitung* als auflagenstärkste Zeitung des Landes offline und online je vier Informationsrepertoires dominieren, wenn auch unterschiedlich stark und unterschiedlich gewichtet. So liegt *ORF 2* mit den beiden „klassischen“ öffentlich-rechtlichen Abendnachrichtensendungen *Zeit im Bild* und *Zeit im Bild 2* in der Nutzungswahrscheinlichkeit stets vor *ORF 1*, dem auf ein jüngeres Publikum zugeschnittenen Kanal (Seethaler 2015b), und erreicht bei den *Traditional News Usern* und den *Heavy News Usern* Wahrscheinlichkeitswerte von etwa 30 %. Bedenkt man, dass in einzelnen Nutzungsklassen eine Reihe von Medien- und Angebotstypen in der Gesamtheit ihrer Angebote (!) weit unter diesem Wert liegen, lässt sich einschätzen, wie stark die Position des *ORF*-Fernsehens auf dem österreichischen Publikumsmarkt – zumindest im Informationsbereich – ist. Beide Nutzungsklassen zusammen umfassen immerhin rund 40 % der österreichischen Bevölkerung über 18 Jahre. Darüber hinaus ist eine Nutzungswahrscheinlichkeit der *Online News User* von *ORF 2* mit knapp 25 % ebenfalls recht stattlich. Lediglich bei den *Broadcast News Usern* liegt sie bei nur 10 %; man kann diese Nutzungsklasse also zu Recht auch *Light Traditional (Broadcast) News User* nennen. Wichtiger ist jedoch, dass dem *ORF* der Imagetransfer seiner Marke ins Internet insofern geglückt zu sein scheint, als *orf.at* bei den Internet-affinen *Online* und *Heavy News Usern* die bemerkenswerte Nutzungswahrscheinlichkeit von knapp 25 % erreicht und selbst bei den eher traditionellen *Light Traditional (Broadcast) News Usern* Fuß gefasst hat. Im Radiosektor ist es sogar ausschließlich das zum *ORF*-Portfolio gehörende Popradio *Ö 3*, das – mit Ausnahme der *Light News User*, die zum *ORF* generell kein Naheverhältnis haben – nahezu flächendeckend Chancen hat, von einem von zehn Österreicher\*innen zu Informationszwecken gehört zu werden.

Neben dem *ORF* gelingt nur der *Kronen Zeitung* in mehreren Nutzungsgruppen der Sprung in die Spitzenränge, wenngleich ihre Nutzungswahrscheinlichkeiten zum Teil deutlich geringer sind. Die größte Bedeutung hat sie bei den *Traditional News Usern* (fast 20 %) und den *Heavy News Usern* (über 15 %). Von den *Online News Usern* wird hingegen ihr

Onlineprodukt, *krone.at*, gegenüber der Printausgabe bevorzugt und dürfte es auch bei den *Heavy News Usern* gelungen sein, *krone.at* zu positionieren. Als einzige Medienmarke prägt die *Kronen Zeitung* in print und online das schmale Informationsrepertoire der *Light News User* (in dem dort möglichen niedrigen Ausmaß). Bei den *Traditional News Usern* gehört sie zusammen mit dem *ORF* zu den beiden repertoireprägenden Marken, während der *ORF* als Marke bei den *Light Traditional (Broadcast) News Usern* eine singuläre Position hält. Es ist erstaunlich, dass trotz aller Unterschiede in der Bedeutung und Gewichtung der einzelnen Angebote in den fünf Nutzungsklassen zwei Medienmarken das Informationsverhalten der österreichischen Bevölkerung wesentlich bestimmen – zwei Medienmarken, die seit den 1970er Jahren ungeachtet der Dualisierung des Rundfunkmarktes, der Diversifizierung des Printsektors infolge der Gründung mehrerer Gratiszeitungen und des Siegeszuges des Internets die Medienlandschaft des Landes dominieren (Seethaler und Melischek 2006; Stark und Karmasin 2009). Die nachfolgenden inhaltlichen Analysen werden zeigen, inwiefern beide Marken ihre Angebote entsprechend der Erwartungshaltungen der jeweiligen Nutzersegmente zu gestalten vermögen. Wenn man von der Gratiszeitung *Österreich* und den beiden deutschen öffentlich-rechtlichen Sendern *ARD* und *ZDF* absieht (die naturgemäß keine kontinuierliche Berichterstattung über österreichische politische und gesellschaftliche Belange bieten), sind *ORF* und *Kronen Zeitung* nur in den beiden kleinsten Nutzungsklassen nennenswerter Konkurrenz ausgesetzt: bei den *Online News Usern* sind das einige Onlineangebote traditioneller Medien (*derstandard.at*, *kleinezeitung.at* und *oe24.at*, das zum Medienkomplex rund um *Österreich* gehört), bei den *Heavy News Usern* darüber hinaus einige Tageszeitungen (*Der Standard*, *Kleine Zeitung*, *Österreich*) und Onlineangebote von Tageszeitungen (*derstandard.at*, *heute.at*) sowie das Nachrichtenportal *gmx.at*. Auffällig ist, dass – neben dem Onlineangebot der Gratiszeitung *heute*, die von Eva Dichand, der Frau des Herausgebers der *Kronen Zeitung*, Christoph Dichand, herausgegeben wird, nur der 1988 von Oscar Bronner gegründete linksliberale *Standard* in der Lage ist, die Phalanx der die Informationsrepertoires dominierenden Angebote des öffentlich-rechtlichen Marktführers und der großen Multimediakonzerne zu durchbrechen: *Kronen Zeitung* und *krone.at* gehören zur *Mediaprint*, *Kleine Zeitung* und *kleinezeitung.at* zur katholischen *Styria Media Group* und *Österreich* und *oe24.at* zur Mediengruppe *Österreich*.

Die in dieser Form *erstmalig für das österreichische Mediensystem ermittelten Informationsrepertoires* zeigen also ein bemerkenswert einseitiges Nutzungsverhalten, während die vielfältigen Angebote in allen Mediensektoren zumeist nur einen vergleichsweise kleinen oder gar marginalen Interessentenkreis finden. Das spiegelt den in horizontaler wie

cross-medialer Hinsicht hoch konzentrierten österreichischen Medienmarkt wider, der – neben dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk – von einigen wenigen, aus früheren Zeitungsverlagen hervorgegangenen, zumeist im Boulevardbereich aktiven Medienhäusern dominiert wird, und zwar bis in den Onlinesektor hinein. Digital Native Media sind hingegen bislang von eher untergeordneter Bedeutung. Gegen die Vorrangstellung des *ORF* sind der österreichische Getränkehersteller *Red Bull* mit dem 2009 gegründeten Sender *Servus TV* und das deutsche Medienunternehmen *ProSiebenSat.1* mit dem Erwerb der beiden anderen Privatsender mit bundesweit empfangbaren Vollprogrammen, *PULS4* (2007) und *ATV* (2017), angetreten – zwar mit steigenden Marktanteilen, aber nach wie vor, wie die Ergebnisse dieser Analysen zeigen, nicht generell, also quer durch die jeweiligen Nutzungsklassen, als relevante Konkurrenz zum *ORF* akzeptiert. Von den regionalen Angeboten hat es nur die *Kleine Zeitung*, hinter der die *Styria Media Group* als viertgrößter Medienkonzern steht, geschafft, überregionale Bedeutung zu erlangen. Dennoch wäre es lohnend in einer Folgeuntersuchung auf regionale Märkte zu fokussieren und regional geprägtes Nutzungsverhalten zu analysieren, zumal dort vielfach eine noch höhere Konzentration zu beobachten ist (vgl. u.a. Trappel 2019).

**Tabelle 5.10. Informationsrepertoires der Nutzungsklassen (Nutzungswahrscheinlichkeiten in %)**

| Primäre Medientypen pro Klasse           | Öffentlich-rechtl. Rundfunk                                 | Angebotstypen pro Klasse       |  |                            | <u>Nachrichten-Aggregatoren</u> |
|--|---|--------------------------------|--|----------------------------|---------------------------------|
|  |   | Überregionale Presse           | Boulevardpresse                              | Regionale Presse           |                                 |
| Klasse 1: Trad. News User                |   |                                |  |                            |                                 |
| TV-Nachrichten                           | ORF 2: 28,32<br>ORF 1: 12,43<br>[ZDF: 2,82]<br>[ARD: 1,93]  |                                |  |                            |                                 |
| Radio-Nachrichten                        | Ö 3: 8,65   |                                |  |                            |                                 |
| Print-Zeitungen                          |   |                                | Kronen Zeitung:<br>19,92<br>Österreich: 2,22 |                            |                                 |
| Klasse 2: Broadcast News User            |   |                                |  |                            |                                 |
| TV-Nachrichten                           | ORF 2: 10,16<br>ORF 1: 6,4<br>[ZDF: 2,56]<br>[ARD: 1,81]    |                                |  |                            |                                 |
| Radio-Nachrichten                        | Ö 3: 6,29   |                                |  |                            |                                 |
| Websites / Apps von TV- und Radiosendern | orf.at: 4,12  |                                |  |                            |                                 |
| Klasse 3: Light News User*               |   |                                |  |                            |                                 |
| Print-Zeitungen                          |   |                                | Kronen Zeitung:<br>2,26                      |                            |                                 |
| Websites / Apps von Zeitungen            |   |                                | krone.at: 1,66                               |                            |                                 |
| Klasse 4: Online News User               |   |                                |  |                            |                                 |
| TV-Nachrichten                           | ORF 2: 24,74<br>ORF 1: 16,31<br>[ZDF: 3,86]                 |                                |  |                            |                                 |
| 24h- Nachrichtensender                   | oe24.at: 1,69**   |                                |  |                            |                                 |
| Radio-Nachrichten                        | Ö 3: 9,95   |                                |  |                            |                                 |
| Print-Zeitungen                          |   |                                | Kronen Zeitung:<br>8,92                      | n.a.                       |                                 |
| Print-Magazine                           |   |                                | n.a.   | n.a.                       |                                 |
| Websites / Apps von Zeitungen            |   | <u>derstandard.at:</u><br>4,59 | krone.at: 9,91                               | kleine zeitung.at:<br>2,25 |                                 |
| Websites / Apps von TV- und Radiosendern | orf.at: 24,55   |                                |  |                            |                                 |
| Klasse 5: Heavy News User                |   |                                |  |                            |                                 |
| TV-Nachrichten                           | ORF 2: 31,00<br>ORF 1: 29,11<br>[ZDF: 10,72]<br>[ARD: 9,70] |                                |  |                            |                                 |
| 24h- Nachrichtensender                   | n.a.  |                                |  |                            |                                 |
| Radio-Nachrichten                        | Ö 3: 11,38  |                                |  |                            |                                 |
| Print-Zeitungen                          |   | Der Standard: 5,53             | Kronen-Zeitung:<br>15,36<br>Österreich: 5,11 | Kleine Zeitung:<br>3,72    |                                 |
| Print-Magazine                           |   | n.a.                           | n.a.   | n.a.                       |                                 |
| Websites / Apps von Zeitungen            |   | derstandard.at:<br>8,88        | krone.at: 11,94<br>heute.at: 4,18            | n.a.                       |                                 |
| Websites / Apps von Magazinen            |   | n.a.                           | n.a.   | n.a.                       |                                 |
| Websites / Apps von TV- und Radiosendern | orf.at: 24,44   |                                |  |                            |                                 |
| Digital Native Media                     |   |                                |  |                            | <u>gmx.at: 6,21</u>             |

Anmerkung. Datenbasis: Reuters Österreich 2019; N=2.010 Befragte (gewichtet), Klasse 1: N=681, Klasse 2: N=506, Klasse 3: N=387, Klasse 4: N=299, Klasse 5: N=137.

\* In Klasse 3 ist der Boulevard der stärkste gemeinsam genutzte Angebotstyp, wenn auch unter der Wahrscheinlichkeitsgrenze von 33,3 %.

\*\* oe24.at wurde anstelle von oe24.TV als zugehörige Online-Plattform gewählt, weil sie im Vergleich zu oe24.TV sowohl eine höhere Nutzungswahrscheinlichkeit hat als auch von allen Subklassen ähnlich stark genutzt wird. Außerdem werden in der Klasse generell Websites und Apps von TV- und Radiosendern mit doppelter so hoher Wahrscheinlichkeit genutzt als klassisches Fernsehen.

- Kursiv und unterstrichen = Medienangebot, das nicht zu einem der bevorzugten Angebotstypen einer Nutzungsklasse, aber zu einem der primären Medientypen dieser Klasse gehört und die Mindestwahrscheinlichkeit von 1,66 erfüllt, d.h. von zumindest einer von 60 Personen als Nachrichtenquelle wählt (vgl. Kapitel 4.1.3).
- Kursiv = Medienangebot, das nicht zu einem der primären Medientypen einer Nutzungsklasse, aber zu einem der bevorzugten Angebotstypen dieser Klasse gehört und die Mindestwahrscheinlichkeit von 1,66 erfüllt (vgl. Kapitel 4.1.3).
- n.a. = keines der zu diesem Medien- und Angebotstyp gehörigen Medienangebote im Informationsrepertoire der Klasse erfüllt das Kriterium, mit einer Mindestwahrscheinlichkeit von 1,66 als Nachrichtenquelle gewählt zu werden (vgl. Kapitel 4.1.3).

## 5.2 Die Erwartungen an die demokratische Qualität des Informationsangebots

*These 1* der Untersuchung bezieht sich auf die Erwartungshaltungen der unterschiedlichen *Informationsnutzungsklassen* an die demokratischen *Funktionen* der Medien, von denen angenommen wird, dass sie deren spezifischer Rolle in den unterschiedlich konstituierten Öffentlichkeiten der beiden Basisdemokratieverständnisse entsprechen. Für eine Relevanzanalyse der Erwartungshaltungen der einzelnen Nutzungsklassen wurden sie in Relation zum Vertrauen in die Medien gesetzt (Wolling 2003). Insbesondere, wenn es sich um normative Erwartungen an Medien handelt, die deren Funktionen in einer demokratischen Gesellschaft betreffen, ist vorauszusetzen, dass die – von den Daten des *Reuters Digital News Reports* gemessene – wahrgenommene Erfüllung dieser Erwartungen das Vertrauen in die Medien und damit in ihrer Rolle in der Demokratie stärkt, ihre Missachtung hingegen zu einem Vertrauensverlust beiträgt (Coleman et al. 2012). Dabei geht es vor allem um das breite, generelle Vertrauen „in the information coming from news media“ (Strömbäck et al. 2020: 10), weniger um das Vertrauen in die Information der selbst genutzten Medien, von denen erwartet werden kann, dass ihnen eher vertraut wird. Erst wenn der Informationsleistung der Medien im Großen und Ganzen Vertrauen entgegengebracht wird, werden sie in ihrer demokratischen Rolle anerkannt, was wiederum den Medien ermöglicht, sie im Interesse der Demokratie auszuüben. *Pauschale* Medienkritik hingegen (von der die selbst genutzten Medien ausgenommen sind) steht, so der jüngste Bericht der Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen, in Korrelation zu geringer Zufriedenheit mit der Demokratie<sup>27</sup> (vgl. dazu detailliert Kapitel 4.2.1).

In der repräsentativen Befragung für den *Reuters Digital News Report 2019* wurde das Vertrauen in den „Großteil der Nachrichtenquellen“ (so die wörtliche Formulierung) wenig enthusiastisch beantwortet: der Durchschnitt der Antworten belief sich auf 3,09 auf einer 5-stufigen Skala, lag also ziemlich genau in deren Mitte (vgl. Tabelle 5.11). Die Unterschiede zwischen den Nutzungsklassen waren insofern signifikant, als die *Traditional News User* das höchste Vertrauen in die Nachrichtenquellen haben und die *Light News User* das geringste. Entsprechend unterschiedlich sind die Anteile der Befragten, die den Medien das Vertrauen aussprachen: 46,1 % und 29,7 %. Mit 41,6 % der Befragten liegt der Informationsnutzungstyp der *Heavy News User* auch noch deutlich über dem Gesamtwert von 38,7 %, die *Online News User* (37,2 %) und die *Light Traditional (Broadcast) News User* (35,6 %) liegen unter dem Gesamtwert.

---

<sup>27</sup> Datenbasis: <https://medienvvertrauen.uni-mainz.de/forschungsergebnisse-der-welle-2019/>, [01.07.2020]

**Tabelle 5.11.** Unterschiede im Vertrauen in Nachrichtenquellen zwischen den Nutzungsklassen (Prozentanteile und Mittelwerte)

|                                      | Klasse<br>1:<br>Trad.<br>News<br>User | Klasse<br>2:<br>Broad-<br>cast<br>News<br>User | Klasse<br>3:<br>Light<br>News<br>User | Klasse<br>4:<br>Online<br>News<br>User | Klasse<br>5:<br>Heavy<br>News<br>User | Gesamt      | F            | p                 |
|--------------------------------------|---------------------------------------|--|---------------------------------------|--|---------------------------------------|-------------|--------------|-------------------|
| Vertrauen in die Nachrichtenquellen* |                                       |  |                                       |  |                                       |             |              |                   |
| stimme überhaupt nicht zu            | 3,64                                  | 6,35   | 11,00                                 | 5,01                                   | 6,41                                  | 6,13        |              |                   |
| stimme eher nicht zu                 | 15,69                                 | 23,63  | 23,41                                 | 20,65                                  | 23,62                                 | 20,45       |              |                   |
| weder noch                           | 34,54                                 | 34,38  | 35,88                                 | 37,14                                  | 28,35                                 | 34,73       |              |                   |
| stimme eher zu                       | 42,60                                 | 33,39  | 26,79                                 | 35,28                                  | 35,52                                 | 35,67       |              |                   |
| stimme voll zu                       | 3,53                                  | 2,25   | 2,91                                  | 1,92                                   | 6,10                                  | 3,02        |              |                   |
| <b>Mittelwert</b>                    | <b>3,28</b>                           | <b>3,05</b>                                    | <b>2,78</b>                           | <b>3,08</b>                            | <b>3,04</b>                           | <b>3,09</b> | <b>17,41</b> | <b>&lt; 0,001</b> |

Anmerkung. Datenbasis: Reuters Österreich 2019; N = 2.010 Befragte (gewichtet)

\* Frage Q6\_2016\_1: Bitte geben Sie an, inwieweit Sie der folgenden Aussage zustimmen: Ich glaube, ich kann dem Großteil der Nachrichtenquellen in den meisten Fällen vertrauen. (5-stufige Antwortskala von „stimme überhaupt nicht zu“ bis „stimme voll zu“)

Indem das (in den einzelnen Nutzungsklassen unterschiedlich ausgeprägte) *Vertrauen* in Relation zu den implizit in den Antworten enthaltenen Erwartungen der jeweiligen Nutzer\*innen an die Funktionen der Nachrichtenmedien in einer demokratischen Gesellschaft gesetzt wird, lässt sich auf der Grundlage demokratie- und öffentlichkeitstheoretischer Überlegungen (vgl. Kapitel 2.2) ermitteln, ob in den Nutzungsklassen ein bestimmtes Demokratieverständnis vorherrscht und wenn ja, welches. Die vom *Reuters Digital News Report (2019)* zur Verfügung gestellten Fragen zu den Medienfunktionen bilden zwar kein umfassendes Spektrum aller möglichen Funktionen ab, lassen sich aber den beiden grundlegenden Demokratieverständnissen – der liberal-repräsentativen und der partizipatorischen Tradition – zuordnen (vgl. Tabelle 5.12; Kapitel 4.2.2 und Tabelle 4.5).

**Tabelle 5.12.** Fragen des Reuters Digital News Reports (2019) zu den Nachrichtenmedienfunktionen

| Item (Reuters)   | Medienfunktion        | Zugeordnete Qualitätsdimension (Demokratieverständnis)              |
|--|-----------------------|---|
| (1) Die Nachrichtenmedien beobachten und hinterfragen mächtige Persönlichkeiten und Unternehmen. | Kontrollfunktion      | Professionalität (liberal-repräsentativ)                            |
| (2) Die von den Nachrichtenmedien ausgewählten Themen sind für mich nicht relevant.              | Informationsfunktion  | Relevanz (partizipatorisch)   |
| (3) Die Nachrichtenmedien berichten häufig zu negativ über Ereignisse.                           | Informationsfunktion  | Professionalität: Stil (partizipatorisch vs. liberal-repräsentativ) |
| (4) Die Nachrichtenmedien halten mich über das, was passiert, auf dem neuesten Stand.            | Informationsfunktion  | Relevanz (liberal-repräsentativ)                                    |
| (5) Die Nachrichtenmedien helfen mir, die Nachrichten des Tages zu verstehen.                    | Orientierungsfunktion | Professionalität (partizipatorisch)                                 |

*Anmerkung.* Frage Q15 „Inwieweit stimmen Sie der Aussage (hinsichtlich der Nachrichtenmedien in Österreich) zu“ (5-stufige Antwortskala von „stimme überhaupt nicht zu“ bis „stimme voll zu“)

In die zur Überprüfung von *These 1* durchgeführte, auf der latenten Klassenanalyse aufbauende Regressionsanalyse gingen das in den einzelnen Nutzungsklassen gegebene *Vertrauen* in die Informationsleistung der Medien als abhängige Variable und die Funktionen der Nachrichtenmedien als unabhängige Variablen ein. Zusätzliche unabhängige Variablen waren Geschlecht, Alter und Bildungsgrad der Befragten, um mögliche soziodemografische Effekte kontrollieren zu können.<sup>28</sup>

<sup>28</sup> Zusätzlich wurde ein zweites Modell geschätzt, in dem auch die in Tabelle 5.7 genannten Variablen zum Interesse an Politik und Nachrichten und zur politischen Orientierung als unabhängige Variablen enthalten waren. Keine dieser drei Variablen hat einen signifikanten Effekt auf das Vertrauen in Nachrichtenmedien und die durch das Gesamtmodell erklärte Varianz steigt lediglich von 26,32 auf 27,16.

**Tabelle 5.13.** Ergebnisse der Regressionsanalyse zur Erklärung von Vertrauen in die Nachrichtenquellen

|  | Klasse<br>1:          | Klasse<br>2:                   | Klasse<br>3:          | Klasse<br>4:           | Klasse<br>5:          | Gesamt  |         |          |       |
|--|-----------------------|--------------------------------|-----------------------|------------------------|-----------------------|---------|---------|----------|-------|
|  | Trad.<br>News<br>User | Broad-<br>cast<br>News<br>User | Light<br>News<br>User | Online<br>News<br>User | Heavy<br>News<br>User |         |         |          |       |
| R <sup>2</sup>   | 0,2186                | 0,2524                         | 0,2239                | 0,1988                 | 0,3658                | 0,2632  |         |          |       |
| Prädiktoren  |                       |                                |                       |                        |                       | Wald*   | p       | Wald(=)* | p     |
| Kontrollfunktion – liberal-repräsentativ (Professionalität)                                | 0,1177                | 0,2461                         | 0,1766                | 0,0903                 | 0,2755                | 26,1790 | < 0,001 | 3,1455   | 0,530 |
| Informationsfunktion – partizipatorisch (Relevanz)   | -0,0017               | 0,0281                         | -0,2319               | -0,0997                | 0,0799                | 10,3390 | 0,066   | 8,8161   | 0,066 |
| Informationsfunktion - partizipatorisch vs. liberal-repräsentativ (Professionalität: Stil) | -0,1814               | -0,2611                        | -0,0969               | 0,0364                 | -0,2140               | 28,4256 | < 0,001 | 8,7763   | 0,067 |
| Informationsfunktion – liberal-repräsentativ (Relevanz)                                    | 0,3959                | 0,4144                         | 0,1808                | 0,0124                 | 0,5513                | 63,8972 | < 0,001 | 13,4730  | 0,009 |
| Orientierungsfunktion – partizipatorisch (Professionalität)                                | 0,3183                | 0,2744                         | 0,3148                | 0,5916                 | 0,1653                | 69,8836 | < 0,001 | 6,9428   | 0,140 |
| Geschlecht (Referenz: männlich)  | -0,0143               | -0,0430                        | -0,0502               | -0,1147                | -0,4126               | 4,3171  | 0,500   | 2,8172   | 0,590 |
| Alter (Referenz: 18-24)  |                       |                                |                       |                        |                       | 46,3795 | < 0,001 | 16,0971  | 0,450 |
| 25-34  | 0,2348                | 0,1927                         | 0,2035                | 0,2788                 | 0,1855                |         |         |          |       |
| 35-44  | 0,2595                | 0,3925                         | 0,5695                | -0,0552                | 0,0908                |         |         |          |       |
| 45-54  | 0,6057                | 0,4834                         | 0,2387                | 0,2172                 | 0,0796                |         |         |          |       |
| 55+  | 0,6573                | 0,6335                         | 0,4052                | 0,4393                 | 0,0263                |         |         |          |       |
| Bildung (Referenz: Pflichtschule)  |                       |                                |                       |                        |                       | 16,8358 | 0,330   | 11,9076  | 0,450 |
| Sekundär – Abitur  | 0,0444                | 0,1199                         | 0,0988                | -0,1847                | -0,2400               |         |         |          |       |
| Postsekundär ohne akadem. Abschluss  | -0,1269               | 0,1414                         | 0,0729                | -0,4808                | 0,1516                |         |         |          |       |
| Tertiär – Universität  | 0,0014                | 0,1232                         | 0,3760                | 0,1359                 | -0,0684               |         |         |          |       |

Anmerkung. Datenbasis: Reuters Österreich 2019; N = 2.010 Befragte (gewichtet)

\* Die mit „Wald“ bezeichnete Wald-Statistik prüft, ob der Prädiktor einen signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable hat. Die mit „Wald(=)“ bezeichnete Wald-Statistik prüft, ob die Regressionskoeffizienten zwischen den Klassen gleich sind: Wenn der Test nicht signifikant ist, kann von einem klassenunabhängigen Effekt ausgegangen werden.

\*\* Gemessen als zunehmende Zustimmung, dass Medienberichten individuelle Relevanz fehlt

\*\*\* Gemessen als zunehmende Zustimmung, dass Medienberichte negativ sind

Die Ergebnisse der Regressionsanalyse (vgl. Tabelle 5.13) zeigen, dass für alle Klassen ein akzeptabler und ähnlich hoher Varianzanteil der abhängigen Variablen erklärt werden kann; im

Fall der fünften Nutzungsklasse der *Heavy News User* ist er sogar besonders hoch. Dazu leisten vier der fünf Medienfunktionen einen hoch signifikanten Beitrag; beim Prädiktor *Informationsfunktion – partizipatorisch (Relevanz)* ist das 5 %-ige Signifikanzniveau leicht überschritten (Wald-Statistik).

Von den soziodemografischen Variablen leistet nur das *Alter* einen signifikanten Beitrag zur Varianzerklärung: So geht zunehmendes Alter in den ersten beiden Nutzungsklassen mit einem höheren *Vertrauen* in die Nachrichtenquellen einher, während es bei den *Heavy News Usern* einen negativen Effekt hat. Bei den anderen beiden Nutzungsklassen, den *Light Traditional (Broadcast)* und den *Heavy News Usern*, fällt vor allem die Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen auf: im erstgenannten Fall durch einen besonders hohen, im letztgenannten Fall durch einen besonders niedrigen Koeffizienten. Da es sich beim *Alter* um eine kategoriale Variable handelt, sind die Effekte in Relation zur Referenzkategorie, der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen, zu sehen. Ihre (in einer getrennten Regressionsgleichung berechneten) klassenspezifischen Koeffizienten sind – hier in Relation zur ältesten Altersgruppe – ausnahmslos negativ, in der Klasse der *Heavy News User* am geringsten.<sup>29</sup> Von der mittleren Altersgruppe in Klasse 4 abgesehen, hat zunehmendes Alter einen durchgehend positiven Effekt auf das *Vertrauen* in Informationsmedien; junge Menschen neigen hingegen dazu den Nachrichtenmedien nicht zu vertrauen.

Anhand der Wald(=)-Statistik ist ablesbar, dass der Prädiktor *Informationsfunktion – liberal-repräsentativ (Relevanz)* den stärksten durch die Nutzungsklasse bedingten Effekt hat: Nirgendwo scheiden sich die Geister stärker als bei der Funktion gesellschaftlich relevante Informationen zu vermitteln, wie sie im Zentrum eines liberal-repräsentativen Verständnisses der Rolle der Medien in einer demokratischen Öffentlichkeit steht. Für drei Nutzungsklassen – allen voran die *Heavy News User*, mit einigem Abstand gefolgt von den beiden Nutzungsklassen eher traditionell orientierter Nutzer\*innen – *Light Traditional (Broadcast)* und *Traditional News User* – zeigt die Erfüllung dieser Erwartung (unter den fünf abgefragten Items) den stärksten Effekt auf das *Vertrauen* in die Informationsmedien. Für die *Light News User* hat die *Informationsfunktion* geringe, für die *Online News User* keine Bedeutung.

Hingegen hat für diese beiden Nutzungsklassen die partizipatorische *Orientierungsfunktion*, die hilft die Nachrichten des Tages zu verstehen und einzuordnen, den größten Einfluss auf das *Vertrauen* in die Nachrichtenquellen; bei den *Online News Usern* wird

---

<sup>29</sup> Klasse 1: -0,6573; Klasse 2: -0,6335; Klasse 3: -0,4052; Klasse 4: -0,4393; Klasse 5: -0,0263

hier der generell stärkste Einfluss im gesamten Regressionsmodell gemessen. Auch wenn für die anderen drei Nutzungsklassen diese *Orientierungsfunktion* nicht irrelevant ist – für die beiden Klassen eher traditionell orientierter Nutzer\*innen, der *Light Traditional (Broadcast)* und der *Traditional News User*, hat sie sogar beträchtliche Bedeutung, für die *Heavy News User* steht sie in der Rangordnung der Erwartungen an die Medien jedoch nur an vorletzter Stelle –, so zeichnet sich anhand dieser beiden Prädiktoren bereits ein Spektrum der Nutzungsklassen entlang unterschiedlicher Demokratieverständnisse ab: Es reicht von den liberal-repräsentativen *Heavy News Usern* zu den partizipatorischen *Online News Usern*. Dazwischen liegen *Traditional Light (Broadcast)*, *Traditional* und *Light News User*.

Die übrigen Funktionserwartungen an die Medien bestätigen weitgehend das anhand der beiden als prioritär einzustufenden Items gezeichnete Bild. Wenn Medien ihre Informationsfunktion so erfüllen, dass Informationsangebote keine persönliche Relevanz im Sinn eines partizipatorischen Demokratieverständnisses haben, dann hat das für *Light* und *Online News User* einen negativen Effekt auf das *Vertrauen* in die Informationsmedien, für *Heavy News User* hingegen einen leicht positiven: In einem liberal-repräsentativen Demokratieverständnis haben Informationsangebote, die keinen gesamtgesellschaftlichen Bezugsrahmen haben, keinen Platz im Informationsrepertoire. Für die beiden dazwischen liegenden, traditionell orientierten Nutzungsklassen, *Light Traditional (Broadcast)* und *Traditional News User*, spielt die persönliche Relevanz in der Berichterstattung keine Rolle.

Die *Stil-Ausprägung der Informationsfunktion*, die in der Umfrage des *Reuters Digital News Report* ausschließlich als Negativität operationalisiert ist, messen die *Online News User* kaum Bedeutung bei; Stil ist ja in einem partizipatorischen Zugang breit definiert und gibt auch Emotionen Raum. Für die *Light News User* wirkt ein negativer Stil zwar vertrauenssenkend, doch handelt es sich um den schwächsten Effekt aller fünf Items. Die *Traditional News User* positionieren sich wiederum in der Mitte; für die beiden anderen, in ihren Erwartungshaltungen am stärksten einem liberal-repräsentativen Demokratieverständnis entsprechenden Nutzungsklassen scheint *Negativität* in der Berichterstattung untragbar zu sein und hat negative Konsequenzen für das *Vertrauen* in die Nachrichtenquellen.

Die in ihrer Bedeutung abgestuften Effekte der drei zuletzt genannten Prädiktoren haben zur Folge, dass man von nutzungsklassenbedingten Effekten lediglich auf einem zehnpromzentigen Signifikanzniveau (beim fünften Item sogar leicht darüber) sprechen kann. Dennoch lassen sie eine differenzierte Charakterisierung der Informationsnutzungsklassen zu. Selbst beim einzigen, überhaupt nicht klassentrennscharfen Item, der *Kontrollfunktion*, zeigt

sich für die einem partizipatorischen Demokratieverständnis am nächsten liegende Nutzungsklasse der *Online News User* der geringste und für die einem liberal-repräsentativen Demokratieverständnis zugeneigte Nutzungsklasse der *Heavy News User* der stärkste Effekt auf die abhängige Variable (das *Vertrauen*). Die geringe Trennschärfe zwischen den Effekten der fünf Nutzungsklassen kann aus theoretischer Sicht insofern schlüssig interpretiert werden, als die Kontrollfunktion in einer liberal-repräsentativen Auffassung von Demokratie zwar relevant ist, im österreichischen Journalismus aber keine starke Tradition hat, während sie bei einem partizipatorischen Demokratieverständnis in keiner Weise negiert, sondern als Aufgabe der Bürger\*innen verstanden wird, zu deren Erbringung diese durch die Medien befähigt werden sollten (vgl. Kapitel 4.2.2.).

Die in *These 1* formulierte Annahme, dass die Erwartungshaltungen unterschiedlicher Nutzungsklassen an die demokratische Leistung ihrer jeweiligen Informationsrepertoires divergenten Demokratieverständnissen entsprechen, wird sohin bestätigt:

Die *Heavy News User* weisen das stärkste liberal-repräsentative Profil auf, gefolgt von den *Traditional Light (Broadcast)* und den *Traditional News Usern*. Die die Nachrichten am stärksten meidenden oder zumindest eingeschränkt nutzenden *Light News User* neigen zu einer partizipatorischen Auffassung, die schließlich bei den *Online News Usern* stark ausgeprägt ist.

Befunde einer europaweit vergleichenden Studie verweisen auf ähnliche Zusammenhänge zwischen intensiven Nutzer\*innen traditioneller Medien und einer liberal-repräsentativen Auffassung von Demokratie einerseits und Nutzer\*innen sozialer Medien (die in hohem Maße auch bei den *Online News Usern* anzutreffen sind) und einem partizipatorischen Zugang zu Demokratie andererseits (Beaufort und Seethaler 2020). Die regressionsanalytischen Ergebnisse dieser Studie erlauben nun eine *weitere Differenzierung der Informationsnutzungsgruppen*: So zeigt sich, dass eine intensive Nutzung eines breiten Informationsrepertoires am stärksten mit einem liberal-repräsentativen Demokratieverständnis verbunden ist, während die Nutzung traditioneller Medien allein eher mit einer „soft“-Version dieses Verständnisses einhergeht, wobei beidem – Mediennutzung und Demokratieverständnis – ein gewisses Gewohnheitsmoment innewohnen dürfte. Bemerkenswert ist auch, dass sich die, unter den *Online News Usern* erwartungsgemäß vorherrschende, partizipatorische demokratische Grundhaltung auch bei jener Nutzungsgruppe zeigt, die ein schmales, kaum genutztes Informationsrepertoire hat. Hier drängt sich die Vermutung auf, dass die Vermeidung von tagesaktuellen Informationsangeboten in einem engen Zusammenhang mit dem Ausmaß der

Zufriedenheit steht (bezogen auf die Erwartungshaltung an die Funktionserfüllung der Medien; vgl. dazu auch Fawzi 2020) und diese Vermeidung (zumindest auch) in zu gering bedienten Erwartungshaltungen hinsichtlich der demokratischen Medienleistung begründet liegt. Diesem Zusammenhang zwischen Erwartungen des Publikums und ihrer Entsprechung im Informationsangebot der Medien widmet sich das folgende Kapitel.

### 5.3 Die demokratische Qualität des Informationsangebots

In *These 2* ist die Annahme formuliert, dass die demokratische Leistung des tagesaktuellen Informationsangebots jener Medien, die von den jeweiligen Nutzungsklassen zur Erfüllung des Informationsbedürfnisses herangezogen werden, also ihre Informationsrepertoires bilden, ihren demokratischen Funktionserwartungen entspricht.

#### 5.3.1 Das Informationsangebot und die Informationsrepertoires

Zur Überprüfung dieser These bedurfte es zunächst einer Inhaltsanalyse jener Medienangebote, die in den Informationsrepertoires der fünf identifizierten Informationsnutzungsklassen enthalten sind (vgl. Tabelle 5.10). Dafür wurde auf die inhaltsanalytische Datenbasis des DACH-Projekts *Media Performance and Democracy* (2018-2021) zurückgegriffen, zuzüglich des in Kapitel 4.3.2 im Detail beschriebenen nachcodierten Datensatzes. Tabelle 5.14 zeigt die Anzahl der Beiträge jener Medienangebote, die Teil der Informationsrepertoires aller fünf Nutzungsgruppen waren, und die inhaltsanalytisch untersucht wurden.

**Tabelle 5.14.** *Inhaltsanalytischer Datensatz 2018 (Zahl der Beiträge pro Medienangebot)*

| Medienangebot   | Zahl der Beiträge* |
|---|--------------------|
| Der Standard  | 257                |
| heute / heute.at**  | 93                 |
| Kleine Zeitung / kleinezeitung.at**   | 213                |
| Kronen Zeitung  | 167                |
| Österreich  | 217                |
| Hitradio Ö3 (7:00-8:00 Uhr: Frühjournal, Nachrichten; 18:00 Uhr: Nachrichten [2014]; 17:00 Uhr: Journal um Fünf [2018]) | 81                 |
| ORF 1 (19:00-23:00 Uhr: ZIB [Zeit im Bild] Flash, ZIB [Zeit im Bild] Magazin, ZIB 20)                                   | 138                |
| ORF 2 (19:30-23:00 Uhr: ZIB [Zeit im Bild] 1, ZIB [Zeit im Bild] 2)   | 369                |
| derstandard.at  | 186                |
| gmx.at  | 37                 |
| krone.at  | 168                |
| oe24.at   | 161                |
| orf.at  | 172                |

*Anmerkungen.*

\* Stichproben aus allen Beiträgen im Zeitraum 26.05.-15.06., 29.06.-05.07., 17.09.-07.10. und 22.10.-28.10.2018 (vgl. Kapitel 4.3.2)

\*\* Da in der Vergleichsanalyse 2014 (vgl. Kapitel 4.3.2) nur die Printversionen von *Heute* und *Kleine Zeitung* enthalten waren, wurden in die Erhebung 2018 aus Gründen des Zeitvergleichs nur jene Beiträge der beiden Medienangebote einbezogen, die in den Print- und Onlineversionen der beiden Zeitungen enthalten sind.

Das tagesaktuelle Informationsangebot wurde hinsichtlich der in Kapitel 4.3 konzipierten und im Untersuchungsinstrument gemäß Tabelle 4.5 strukturierten Qualitätsdimensionen analysiert.

#### 5.3.1.1 Relevanz

Die *Relevanz* des Berichteten kann als eine Basisdimension demokratischer Medienqualität gelten, auf die weitere aufbauen (vgl. Details zur Operationalisierung in Kapitel 4.3.1.1). Was als relevant erachtet wird, prägt die Informationen, die von den Medien vermittelt werden. Aus liberal-repräsentativer Perspektive steht es außer Zweifel, dass eine Nachricht so geartet sein muss, dass sie von Bedeutung für die gesellschaftliche und politische Ordnung ist. Ihr Charakter als „Hard“ oder „Public Affairs News“ ist also an ihre a priori gegebene Klassifikation als *gesellschaftlich relevant* geknüpft. Demgegenüber geht es aus partizipatorischer Perspektive um die „individual-level significance“ einer Nachricht (Reinemann et al. 2011: 226), das heißt, es geht darum, ihre *individuelle Relevanz* auszuweisen, die in der (vernetzten) Summe der individuellen Bedeutungen zu etwas kollektiv Bedeutsamem werden kann (vgl. Kapitel 2.2). Damit wird nicht nur die Bindung an einen „Hard News“-Charakter aufgegeben, sondern: es ist

vor allem eine andere Art der Vermittlung damit verbunden: „The news is said to have become more personal and familiar in its form of presentation and less distant and institutional“ (Patterson 2000: 4). Zur Unterscheidung dieser beiden Verständnisse von *Relevanz* eignet sich daher die *Sozialebene*, auf der Thema und Akteure eines Medienbeitrags angesiedelt sind. Auf der *Makroebene* werden nicht nur gesellschaftliche Zusammenhänge aufgezeigt, es agieren die Akteure ebenso in ihrer gesellschaftlichen Funktion. Demgegenüber stehen auf der *Mikroebene* Individuen und deren in einem thematischen Kontext gegebenen Beziehungen im Fokus, wobei ihre Funktion durchaus in den Hintergrund treten kann. Das Codebuch der Inhaltsanalyse des Projekts *Media Performance and Democracy* (2018-2021) hat darüber hinaus gefragt, ob Berichte, die selbst grundsätzlich auf der Makro- oder Mesoebene angesiedelt sind, (auch) mit Personalisierungsstrategien arbeiten; die Mikroebene kann daher sowohl in einem engeren als auch in einem weiteren Sinn operationalisiert werden.<sup>30</sup>

Die Ergebnisse für die in den fünf Informationsrepertoires dominierend und weithin gemeinsam genutzten Medienangebote zeigen eine deutliche *Makroorientierung* und einen erheblich seltener zu beobachtenden Themenzugang auf der *Mikroebene* (vgl. Tabelle 5.15). Durchschnittlich operieren mehr als die Hälfte der Beiträge auf der Makroebene; das Verhältnis zur Mikroebene beträgt 2,5 zu 1. Darüber hinaus besteht größere Übereinstimmung beim Stellenwert eines Makro-Zuganges als bei jenem des Mikro-Zuganges: Die fast gleich hohen Standardabweichungen beziehen sich hinsichtlich der Mikroebene auf die Hälfte des durchschnittlichen Anteils, hinsichtlich der Makroebene lediglich auf ein Fünftel. Der Anteil der Beiträge, die eher eine partizipatorische Demokratieverständnis unterstützen, steigt dann um rund 50 %, wenn man jene Beiträge addiert, die sich zwar der Makro- oder Mesoebene zuordnen lassen, aber dennoch mit Personalisierungsstrategien arbeiten. An den Relationen der Medienangebote zueinander ändert sich dadurch wenig: Es sind fast ausschließlich Gratiszeitungen und Web-Angebote des sogenannten „Boulevard“, die der *Mikroebene* höhere Bedeutung zumessen und auch auf der *Makroebene* eher auf Personalisierung setzen. Unter den öffentlich-rechtlichen Angeboten tendiert lediglich der stärker an ein junges Publikum adressierte öffentlich-rechtliche Fernsehkanal *ORF 1* in seiner Berichterstattung überdurchschnittlich zur *Mikroebene*, nicht aber zur Personalisierung.

---

<sup>30</sup> Die engere Operationalisierung wird insbesondere für den Zeitvergleich mit 2014 benötigt (vgl. Kapitel 5.3.4).

**Tabelle 5.15.** *Qualitätsdimension Relevanz – Indikator: Themen-Akteurs-Relation*

|                                   | Qualitätsmerkmale   |                     |   |
|-----------------------------------|---------------------|---------------------|---|
|                                   | Sozialebene – Makro | Sozialebene – Mikro | Sozialebene – Mikro + Personalisierung auf Makro und Meso-Ebene |
| Der Standard                      | 50,19%              | 22,57%              | 34,63%  |
| heute / heute.at                  | 53,76%              | 29,03%              | 36,56%  |
| Kleine Zeitung / kleinezeitung.at | 62,44%              | 15,02%              | 23,00%  |
| Kronen Zeitung                    | 54,49%              | 23,35%              | 37,13%  |
| Österreich                        | 55,30%              | 26,73%              | 33,18%  |
| Ö3                                | 69,14%              | 7,41%               | 12,35%  |
| ORF 1                             | 51,45%              | 24,64%              | 27,54%  |
| ORF 2                             | 62,06%              | 17,07%              | 22,49%  |
| derstandard.at                    | 60,22%              | 18,28%              | 32,80%  |
| gmx.at                            | 59,46%              | 13,51%              | 35,14%  |
| krone.at                          | 50,00%              | 27,38%              | 42,86%  |
| orf.at                            | 69,19%              | 14,53%              | 22,67%  |
| oe24.at                           | 26,09%              | 53,42%              | 59,63%  |
| <i>Durchschnitt</i>               | <i>55,68%</i>       | <i>22,53%</i>       | <i>32,31%</i>   |
| <i>Standardabweichung</i>         | <i>10,98%</i>       | <i>11,26%</i>       | <i>11,58%</i>   |

### 5.3.1.2 Vielfalt

Die Art und Weise, wie Relevanz definiert wird, hat Auswirkungen auf die Art und Weise, welche *Vielfalt an Akteuren* in der Medienberichterstattung erwartet wird. Insofern kann man von relevanter Vielfalt sprechen. Sie kann als zweite, die Ausübung der *Informationsfunktion* bestimmende Qualitätsdimension gelten. Entsprechend einer liberal-repräsentativen Auffassung, für die Informationsmedien zwischen Mächtigen und Bürger\*innen vermittelnd agieren, ist die auch in rechtlichen und Governance-Dokumenten häufig zitierte „Vielfalt der im öffentlichen Leben vertretenen Meinungen“ primär an die im Parlament vertretenen Parteien als die gewählten Repräsentanten der Bevölkerung gebunden. Diese Definition von *Vielfalt* wird von allen untersuchten österreichischen Medienangeboten umgesetzt: In durchschnittlich fast der Hälfte der Beiträge mit einem (im weitesten Sinn) Bezug zur österreichischen Politik gehören Parteien oder Parteienvertreter zu den Hauptakteuren, deren Position es wert ist, berichtet zu werden (vgl. Tabelle 5.16). Die Standardabweichung im geringen Ausmaß von nur

rund 10 % des Anteilswertes lässt auf eine hohe Übereinstimmung zwischen den Medien schließen.

Innerhalb des Parteienspektrums macht es wenig Sinn, *Vielfalt* im Sinne gleicher Präsenzwahrscheinlichkeiten für alle parlamentarischen Parteien in der Medienberichterstattung zu definieren: schließlich stehen hinter mandats- und stimmenstarken Parteien mehr Bürger\*innen als hinter Kleinparteien. Aber auch ein direkter Vergleich der Medienpräsenz mit der Mandatsverteilung im Parlament erscheint nicht sinnvoll: Einerseits würde er an die Praktiken eines „Staatsrundfunks“ gemahnen, die der „Einzementierung“ von Macht dient, andererseits spräche er dem Journalismus das Recht zu eigenständigen Schwerpunktsetzungen ab: Ein Thema sollte nicht deshalb geringere Beachtung finden, weil es von der kleinsten parlamentarischen Kraft vertreten wird (und gerade deshalb innovativ sein kann). Als bester Indikator kann wohl das *Verhältnis von Akteuren der Regierung zu Akteuren der Opposition* gelten (Luhmann 2002), das der Lebendigkeit des parlamentarischen Betriebs und der notwendigen demokratischen Dynamik von Machtwechseln am ehesten entspricht. Das Ergebnis der Inhaltsanalyse zeigt für die meisten der untersuchten – und in Österreich hauptsächlich genutzten – Medien ein ausgewogenes Verhältnis. Allerdings muss eine hohe Standardabweichung beachtet werden, deren Werte sich zwischen einem Regierungsüberhang von fast 2:1 bei der *Kronen Zeitung* bis zu einer Dominanz der Opposition im Ausmaß von 3:2 bei der Gratiszeitung *heute* bewegen, dabei aber kein Muster nach Angebotstypen erkennen lassen: Bei den Angeboten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gibt es deutlichere Unterschiede als zwischen dem *Standard* und dem Gratis-Boulevardblatt *Österreich*, welche Regierung und Opposition ähnlich ausgewogen präsentieren.

Aus der Sicht eines partizipatorischen Demokratieverständnisses sollten jedoch nicht bloß Parteien und – vielfach von Parteien geprägte – staatliche Institutionen in den öffentlichen Diskurs eingebunden sein, sondern auch bottom-up organisierte *zivilgesellschaftliche Akteure* – es geht hier auch um eine Abbildung der gesellschaftlichen *Diversität* im öffentlichen Diskurs. Unter relevanter *Vielfalt* wird daher eine *im Verhältnis zur staatlichen Elite adäquate Repräsentation der Zivilgesellschaft* in der Medienberichterstattung verstanden (Gerhards 1997, Dlabac und Schaub 2012).

Die untersuchten Informationsangebote folgen diesem Verständnis in eher geringem und sehr unterschiedlichem Ausmaß: Die Standardabweichung macht mehr als ein Drittel des durchschnittlichen Anteilswertes von knapp 19 % aus. Somit spielen nur in rund jedem fünften Informationsbeitrag zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen eine Rolle. In fast

allen „Boulevardmedien“ wird *Nichtregierungsorganisationen (NGOs)* eine noch geringere Bedeutung zugemessen, und selbst die öffentlich-rechtlichen TV- und Radio-Kanäle liegen unterhalb des Durchschnitts. Tendenziell stärker präsent ist die *Zivilgesellschaft* in Onlineangeboten und regionalen wie nationalen Print-Angeboten; hier vor allem im *Standard*. Das gilt auch im Hinblick auf das *Verhältnis zur politischen Elite*. Ist schon die Zivilgesellschaft nur partiell in den Medien präsent, so wird die *Diversität* der Gesellschaft nicht annähernd abgebildet: Quer durch die Informationsangebote scheinen *Frauen* als politische oder zivilgesellschaftliche Akteure in Relation viel zu selten auf. Der durchschnittliche Anteil von kaum mehr als 13 % an den in den Informationsbeiträgen genannten Hauptakteuren, deren Meinung oder Einschätzung berichtenswert ist, wird nur selten und nur geringfügig überschritten. Wenn die Abbildung der gesellschaftlichen Diversität (Napoli 1999) zu den zentralen Funktionen der Medien insbesondere unter partizipatorischer Perspektive gehört, dann liegt diesbezüglich in Österreich ein Generalversagen vor.

**Tabelle 5.16.** Qualitätsdimension Vielfalt – Indikator: Vielfalt relevanter Akteure

|                                   | Qualitätsmerkmale                  |                                      |                       |                                       |                       |                               |
|-----------------------------------|------------------------------------|--------------------------------------|-----------------------|---------------------------------------|-----------------------|-------------------------------|
|                                   | Repräsentanz: Parlament. Parteien* | Verhältnis: Regierung/ Opposition ** | Repräsentanz: NGOs*** | Verhältnis NGOs/ Staatliche Akteure** | Repräsentanz: Frauen* | Verhältnis: Frauen/ Männer ** |
| Der Standard                      | 42.20%                             | 0,96                                 | 32.11%                | 0,35                                  | 14.50%                | 0,2                           |
| heute / heute.at                  | 54.80%                             | 0,69                                 | 6.98%                 | 0,07                                  | 16.50%                | 0,33                          |
| Kleine Zeitung / kleinezeitung.at | 44.50%                             | 1.42                                 | 21.18%                | 0,22                                  | 13.20%                | 0,23                          |
| Kronen Zeitung                    | 43.70%                             | 1.44                                 | 15.22%                | 0,16                                  | 13.40%                | 0,23                          |
| Österreich                        | 50.90%                             | 0,99                                 | 12.50%                | 0,13                                  | 13.50%                | 0,27                          |
| Ö3                                | 52.70%                             | 0,94                                 | 17.39%                | 0,18                                  | 13.50%                | 0,27                          |
| ORF 1                             | 48.50%                             | 1,15                                 | 16.22%                | 0,17                                  | 11.40%                | 0,21                          |
| ORF 2                             | 42.20%                             | 0,93                                 | 13.73%                | 0,14                                  | 15.20%                | 0,26                          |
| derstandard.at                    | 50.10%                             | 0,99                                 | 21.52%                | 0,22                                  | 14.00%                | 0,27                          |
| gmx.at                            | 53.80%                             | 0,73                                 | 33.33%                | 0,36                                  | 8.30%                 | 0,16                          |
| krone.at                          | 52.10%                             | 0,83                                 | 22.06%                | 0,23                                  | 13.60%                | 0,23                          |
| orf.at                            | 43.30%                             | 1,23                                 | 19.74%                | 0,20                                  | 12.10%                | 0,22                          |
| oe24.at                           | 54.80%                             | 0,75                                 | 13.95%                | 0,15                                  | 15.90%                | 0,28                          |
| <i>Durchschnitt</i>               | <i>48,74%</i>                      | <i>1,00</i>                          | <i>18,92%</i>         | <i>0,20</i>                           | <i>13,47%</i>         | <i>0,25</i>                   |
| <i>Standardabweichung</i>         | <i>4,93%</i>                       | <i>0,24</i>                          | <i>7,43%</i>          | <i>0,08</i>                           | <i>2,09%</i>          | <i>0,04</i>                   |

Anmerkung.

\* Einer von vier mit einer Meinung oder Einschätzung dargestellten Hauptakteuren eines Beitrags

\*\* Je höher der Wert, desto stärker ist die zuerst genannte Akteursgruppe in der Berichterstattung vertreten (1 = ausgeglichen)

\*\*\* Akteur eines Beitrags, dargestellt als in Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen eingebunden

### 5.3.1.3 Professionalität

Die Qualitätsdimension *Professionalität* kommt schließlich im Hinblick auf die Erfüllung mehrerer Medienfunktionen zum Tragen. Sie betrifft jene journalistischen Kompetenzen, die in der Gestaltung von Beiträgen primär zum Ausdruck kommen sollten und sich entsprechend der beiden Basisdemokratieverständnisse differenzieren lassen (vgl. Kapitel 4.3.1.3 für Details der Operationalisierung). Berichterstattung soll aus liberal-repräsentativer Perspektive jedoch nicht nur *sachlich*, sondern auch möglichst distanziert und *unparteiisch*, die Mediennutzer\*innen *informieren*, um rationale Meinungs- und Willensbildung zu ermöglichen (Schudson 1998; 2008). Professionalität ist daher auch verbunden mit *Objektivität*, jener Qualitätsdimension, die seit der Professionalisierung des Journalismus die normative Diskussion in besonderer Weise prägt (vgl. Kapitel 4.3.1.3). Auch in den Informationsrepertoires der vorliegenden Untersuchung wird ihre ungebrochene Gültigkeit als handlungsleitendes Prinzip deutlich. *Sachlichkeit* und *Unparteilichkeit*, die neben (der hier nicht untersuchten) Wahrhaftigkeit als zentrale, sowohl den Stil der *Informationsvermittlung* bestimmende als auch die *Kontrollfunktion* ermöglichende Merkmale einer professionellen „Objektivitätsnorm“ gelten (Schulz 1989), zeigen auf einer 5-stufigen Skala durchgängig hohe Werte bei niedriger Standardabweichung (vgl. Tabelle 5.17); lediglich die „Boulevardmedien“ liegen tendenziell unter dem Durchschnitt (ähnlich: Skovsgaard et al. 2012). Der Befund von Hanitzsch et al. (2011: 274), wonach die Merkmale der *Objektivitätsnorm* „have taken root in many newsrooms around the world“, trifft auch, so Seethaler (2015), auf Österreich zu.

Das Zulassen eines *emotional* gefärbten Stils als partizipatorischen Gegenpol zur Sachlichkeit ist hingegen kaum beobachtbar. Generell ist festzustellen, dass sich der partizipatorische Anspruch, durch *Konnektivität* und *Kontextualisierung* die *Orientierungsfunktion* der Medien so zu erfüllen, dass sie zur kommunikativen Teilhabe am öffentlichen Diskurs befähigt und damit die gesellschaftliche Inklusion der Bürger\*innen unterstützt, erst in Ansätzen im österreichischen Journalismus verankert hat – zumindest in jenen Medien, die mit einer hohen Wahrscheinlichkeit in den fünf ermittelten Nutzungsklassen zur Informationsgewinnung verwendet werden. Obwohl sich interaktive und vernetzende Elemente eines partizipativen Journalismus bis zu den „Moralischen Wochenschriften“ des 18. Jahrhunderts, die eine wichtige Rolle im langen Entwicklungsprozess einer demokratischen Öffentlichkeit spielten, zurückverfolgen lassen (Mlitz 2008; Engesser 2013), haben sie in den traditionellen Genres Print, Radio und Fernsehen offenkundig nicht Fuß gefasst, jedenfalls nicht in einer Form, die die Nutzer\*innen im Kontext eines konkreten Beitrags einlädt und sie ermuntert, sich

in einen Diskurs einzubringen oder anderenorts mit dem jeweiligen Thema auseinanderzusetzen. In den Online-Medien hingegen, wo sich *konnektive Angebote* leichter realisieren lassen, werden sie auch tatsächlich realisiert. Ähnliches ist bei der *Kontextualisierung* zu beobachten; der Durchschnittswert aller untersuchten Medienangebote liegt hier unter dem Mittelwert (3,0) der 7-stufigen Skala von 0 bis 6.

**Tabelle 5.17.** Professionalität – Indikatoren Stil und Inhalt

|                                      | Qualitätsmerkmale |                    |                     |                        |
|--------------------------------------|-------------------|--------------------|---------------------|------------------------|
|                                      | Stil/Form         |                    | Inhalt              |                        |
|                                      | Sachlichkeit*     | Konnektivität**    | Unparteilichkeit*** | Kontextualisierung**** |
| Der Standard                         | 4,58              | 0,03               | 4,71                | 3,24                   |
| heute / heute.at                     | 4,22              | 0,02 / 0,49        | 4,51                | 2,72                   |
| Kleine Zeitung /<br>kleinezeitung.at | 4,33              | 0,01 / 0,35        | 4,59                | 2,99                   |
| Kronen Zeitung                       | 4,26              | 0,01               | 4,26                | 2,33                   |
| Österreich                           | 4,22              | 0,01               | 4,61                | 2,89                   |
| Ö3                                   | 4,78              | 0,00               | 4,88                | 2,19                   |
| ORF 1                                | 4,60              | 0,00               | 4,80                | 2,28                   |
| ORF 2                                | 4,77              | 0,00               | 4,77                | 2,20                   |
| derstandard.at                       | 4,45              | 0,55               | 4,64                | 3,41                   |
| gmx.at                               | 4,35              | 0,11               | 4,43                | 3,35                   |
| krone.at                             | 3,90              | 0,19               | 4,50                | 3,13                   |
| orf.at                               | 4,51              | 0,65               | 4,85                | 3,51                   |
| oe24.at                              | 3,79              | 0,22               | 4,32                | 3,00                   |
| <i>Durchschnitt</i>                  | <i>4,37</i>       | <i>0,14 / 0,19</i> | <i>4,60</i>         | <i>2,86</i>            |
| <i>Standardabweichung</i>            | <i>0,30</i>       | <i>0,22 / 0,22</i> | <i>0,20</i>         | <i>0,48</i>            |

Anmerkung.

\* Skala von 1 = emotional bis 5 = sachlich-nüchtern

\*\* Interaktions- und Rechercheangebote

\*\*\* Skala von 1 = explizit persönlich gefärbt bis 5 = ausschließlich distanziert-unparteiisch

\*\*\*\* Skala von 0 bis 6 bestehend aus Framing-Elementen („Diskursindex“)

### 5.3.2 Das Informationsangebot und die Erwartungen an seine demokratische Leistung

Im Hinblick auf *These 2* geht es im nächsten Schritt um die Entsprechung:

- der demokratischen Leistung des tagesaktuellen Informationsangebots der innerhalb der Nutzungsklassen *mit hoher Wahrscheinlichkeit gemeinsam genutzten Informationsangebote* mit
- den an sie gerichteten Funktionserwartungen von Nutzer\*innen.

So wurde jede innerhalb einer Nutzungsklasse relevante Funktionserwartung (vgl. Kapitel 5.2) in Beziehung zu den in Kapitel 5.3.1 beschriebenen angebotsspezifischen Merkmalsausprägungen der Qualitätsdimensionen gesetzt, und zwar unter der Perspektive der jeweils relevanten Auffassung von Demokratie und demokratischer Öffentlichkeit (vgl. das Untersuchungsinstrument in Tabelle 4.5). Diese verknüpfende Analyse zwischen demokratisch relevanter Funktionserwartung und demokratischer Leistung des Informationsangebots folgt der Überlegung, dass die Funktionserwartung insofern von der Angebotsqualität abhängig ist, als sich die Nutzer\*innen diejenigen Medienangebote zur Erfüllung ihres Informationsbedürfnisses auswählen (und diese auch längerfristig nutzen), die ihren Erwartungen am ehesten entsprechen. Da aber das Angebot am Medienmarkt de facto beschränkt ist (was auf Österreich aufgrund der hohen horizontalen wie cross-medialen Konzentration in besonderem Maße ebenso zutrifft wie aufgrund der eingeschränkten redaktionellen Unabhängigkeit; vgl. Kapitel 2.2.3), besteht die Möglichkeit, dass Nutzer\*innen keine adäquaten Medienangebote vorfinden und sie – im günstigsten Fall – zu einem „second-best“-Angebot greifen. In diesem Fall geht es darum, das Ausmaß der Diskrepanzen zwischen der Erwartung an die demokratiepolitische Qualität des Informationsangebotes und der tatsächlich gebotenen Informationsqualität zu bestimmen, um daraus mögliche Konsequenzen für das Vertrauen der betroffenen Gruppen in die Medien und letztlich – schließlich geht es um demokratisch relevante Medienfunktionen – in die Demokratie selbst ableiten zu können.

Für jede der fünf Funktionserwartungen wurde eine alle ermittelten Nutzungsklassen umfassende Regressionsanalyse durchgeführt, in die jene angebotsseitigen Qualitätsmerkmale eingingen, die für die jeweilige Funktionserwartung aus demokratietheoretischer Perspektive relevant sind (vgl. Tabelle 4.5). Die Ergebnisse dieser Analysen wurden durch ein zweites Modell überprüft, das die angebotsseitigen Qualitätsdimensionen aus Sicht des jeweils anderen Demokratieverständnisses enthält. Auf diese Weise können Zusammenhänge, die gegen die theoretischen Annahmen stehen, identifiziert werden. (Dies gilt nicht für die Analyse des Stil-Aspekts der Informationsfunktion, da das herangezogene Qualitätsmerkmal mit einer Skala zwischen Sachlichkeit und Emotionalisierung operiert und damit für eine Differenzierung beider Demokratieverständnisse geeignet ist.) Ein solch exploratives Vorgehen kann insofern als gerechtfertigt erachtet werden, als bislang keine Untersuchungen vorliegen, die demokratische Qualitäten von Informationsrepertoires mit den Funktionserwartungen der jeweiligen Nutzungsgruppen in Beziehung setzen, auf deren Erfahrungen man hätte aufbauen können. Für diese Analysen wurde der Datensatz der Nutzungsdaten für jede Nachrichtenquelle der Informationsrepertoires (vgl. Tabelle 5.10) um die spezifischen Werte für die einzelnen

Qualitätsindikatoren (vgl. Tabelle 5.14, 5.15, 5.16) erweitert – und zwar für jeden einzelnen Befragten. So war es möglich, die *individuell erhobenen Erwartungshaltungen* mit der *individuellen Mediennutzung zu konfrontieren*. Auch wenn in den Informationsrepertoires der Tabelle 5.10 nur die mit hoher Wahrscheinlichkeit von allen Mitgliedern einer Nutzungsklasse gemeinsam genutzten Nachrichtenquellen berücksichtigt sind, sind dennoch individuelle Abweichungen zu erwarten. Diese Abweichungen gingen im Sinne präziser Forschungsergebnisse in die Regressionsanalysen ein. Weitere unabhängige Variablen waren Geschlecht, Alter und Bildungsgrad, um demografische Effekte kontrollieren zu können.

Ausgehend von der Frage, welche Funktionen der Medien aus der Perspektive der Nutzer\*innen das *Vertrauen in die Nachrichtenquellen* stärken, ließen sich die fünf Nutzungsklassen anhand der vom *Reuters Institute* abgefragten Funktionen – *These 1* bestätigend – gemäß den beiden Basisdemokratieverständnissen differenzieren (vgl. Kapitel 5.2): Die *Heavy News User* weisen das stärkste liberal-repräsentative Profil auf, gefolgt von den *Traditional Light (Broadcast)* und den *Traditional News Usern*. Die die Nachrichten weitgehend meidenden oder zumindest eingeschränkt nutzenden *Light News User* neigen zu einer partizipatorischen Auffassung, die bei den *Online News Usern* stark ausgeprägt ist.

#### 5.3.2.1 Informationsfunktion

Signifikante Unterschiede ergaben sich bei den Fragen des *Reuters Digital News Reports* nach der *Informationsfunktion (Funktion)* und damit nach der *Relevanz (Qualitätsdimension)* eines Informationsangebots für die Nutzer\*innen (Item 2 und Item 4; vgl. Tabelle 4.5). In drei von fünf Nutzungsklassen schloss ein Relevanzverständnis das andere weitgehend aus (Regressionskoeffizient unter  $|0,03|$ ; vgl. Tabelle 5.13). In den beiden übrigen Klassen, den eher partizipatorisch orientierten *Light News Usern* und den prononciert liberal-repräsentativ orientierten *Heavy News Usern*, gibt es eine tendenzielle Neigung zum jeweils anderen Relevanzverständnis. Dies mag insofern ein Indiz für eine gewisse Inhomogenität sein, als sich in der erstgenannten Klasse viele Befragte befinden, die Nachrichten in hohem Ausmaß zu vermeiden suchen, während die in der zweitgenannten Klasse gegebene intensive Mediennutzung zumindest teilweise zu einer größeren Breite des Verständnisses beitragen könnte. Vor allem aber ist es den *Heavy News Usern*, aber auch den *Light Traditional (Broadcast) News Usern* und *Traditional News Usern* wichtig über „das, was passiert, auf dem neuesten Stand“ zu sein (Gadringer et al. 2019: 96). Diese mit *gesellschaftlicher Relevanz* von medienvermittelter Information (Engesser 2013) verbundene Funktionserwartung hat erwartungsgemäß für die *Light News User* kaum und für die *Online News User* keine

Bedeutung. Die letztgenannte Klasse wurde daher in die klassenvergleichende Analyse einer angebotsseitigen Stützung der Funktionserwartungen nicht einbezogen. Als Merkmal für die Qualitätsdimension *Relevanz* gingen der Anteil der auf der Makroebene angesiedelten Informationsangebote und als Merkmal der *Akteursvielfalt* das *Verhältnis der Regierungs- zu den Oppositionsakteuren* ein.<sup>31</sup> Die Ergebnisse zeigen, dass für jene beiden Nutzungsklassen, in deren Funktionserwartungen sich ein ausgeprägt liberal-repräsentativer Zugang spiegelt, ein größeres Gewicht der Regierenden als zentrale Akteure (im Verhältnis zur Opposition) einen positiven Einfluss auf die von ihnen geschätzte Relevanz hat. In den anderen beiden Klassen, die sich wie die *Traditional News User* im Mittelfeld oder wie die *Light News User* näher dem partizipatorischen Pol platzieren, zählt eine Ansiedlung des berichteten Geschehens auf der *Mikroebene* als *Relevanz* erhöhend (vgl. Tabelle 5.18). Während für die letztgenannten Klassen die gesellschaftliche Dimension des Berichteten zum Tragen kommt, ist für einen prononciert liberal-repräsentativen Zugang eine im engsten Sinn zu verstehende Orientierung *an der politischen Elite* ausschlaggebend. Die Aussagekraft dieser Ergebnisse ist insofern eingeschränkt, als die Signifikanzwerte bei 0,15 bzw. 0,16 liegen, man also nur vorsichtig von schwachen Tendenzen sprechen kann. Die Unterschiede zwischen den Informationsnutzungsklassen sind jedoch auf dem 10 %-Niveau signifikant.

Bezogen auf die demografischen Merkmale sind Frauen in allen Nutzungsklassen der *gesellschaftlichen Relevanz* von Nachrichten signifikant näher als Männer (was möglicherweise auf einer eher konservativen Haltung in der Mediennutzung beruht). In Bezug auf den ebenfalls signifikanten Einfluss des *Alters* zeigen sich klassenbedingte Unterschiede: So votieren die (wenigen) jungen *Traditional News User* als auch die (vielen) jungen *Light News User* eher für eine *gesellschaftliche Relevanz* als die Älteren, während bei den *Light Traditional (Broadcast)* und *Heavy News Usern* ein gegenläufiger Trend bis einschließlich der Altersgruppe der 45- bis 54-Jährigen zu beobachten ist; danach kehrt sich der Trend wieder um. Diese hinsichtlich keiner anderen Funktionserwartung derart eindeutigen Unterschiede zwischen Altersgruppen *und* Klassen könnten darauf hindeuten, dass *gesellschaftliche Relevanz* als Medienqualitätsdimension zur Diskussion steht. Die Kontrollanalyse mit den entsprechenden partizipatorischen Relevanzindikatoren blieb, der Annahme entsprechend, ohne signifikantes Ergebnis.

---

<sup>31</sup> Die Akteursdimension wurde zweifach erhoben (vgl. Kapitel 4.3.1): 1. als Anteil der Beiträge mit parlamentarischen Parteien / zivilgesellschaftlichen Organisationen / Frauen als zentrale Akteure und 2. als Verhältnis Regierung zu Opposition / zivilgesellschaftliche Akteure zu staatlichen Akteuren / Frauen zu Männern. Da die jeweiligen Indikatorenpaare hoch korrelieren (0,953 / 0,999 / 0,991) und somit ähnliche Sachverhalte repräsentieren, wurde im Vorfeld jeder Regressionsanalyse getestet, welcher der beiden Indikatoren der – etwas – aussagekräftigere ist; er wurde dann in die Analyse einbezogen.

**Tabelle 5.18.** Regressionsanalysen: Informationsfunktion – liberal-repräsentativ (Relevanz)

|   | Klasse<br>1:<br>Trad.<br>News<br>User | Klasse<br>2:<br>Broad-<br>cast<br>News<br>User | Klasse<br>3:<br>Light<br>News<br>User | Klasse<br>5:<br>Heavy<br>News<br>User | Gesamt  |       |         |          |   |
|---|---------------------------------------|--|---------------------------------------|---------------------------------------|---------|-------|---------|----------|---|
| <b>Modell 1: Liberal-repräsentativ</b>  |                                       |  |                                       |                                       |         |       |         |          |   |
| R <sup>2</sup>  | 0,0364                                | 0,0458   | 0,0303                                | 0,1585                                | 0,0879  |       |         |          |   |
| Prädiktoren   |                                       |  |                                       |                                       |         | Wald* | p       | Wald(=)* | p |
| Relevanz:<br>Sozialebene – makro  | 0,3022                                | -0,3151  | 0,3899                                | -0,1067                               | 6,8074  | 0,15  | 6,2882  | 0,098    |   |
| Vielfalt relevanter<br>Akteure: Verhältnis<br>Regierung/Opposition                          | -0,1035                               | 0,5393   | -0,2781                               | 0,1260                                | 6,5622  | 0,16  | 6,4894  | 0,090    |   |
| Geschlecht<br>(Referenz: männlich)  | 0,1725                                | 0,2293   | 0,1965                                | 0,0414                                | 10,9110 | 0,028 | 0,7799  | 0,85     |   |
| Alter (Referenz: 55+)   |                                       |  |                                       |                                       | 29,8978 | 0,019 | 28,9494 | 0,0040   |   |
| 18-24   | 0,3750                                | -0,0555  | 0,1384                                | -0,8261                               |         |       |         |          |   |
| 25-34   | 0,0363                                | 0,0110   | 0,1009                                | -0,3476                               |         |       |         |          |   |
| 35-44   | -0,0043                               | 0,0863   | 0,0157                                | -0,4637                               |         |       |         |          |   |
| 45-54   | 0,1316                                | 0,2198   | -0,2398                               | 0,8173                                |         |       |         |          |   |
| Bildung (Referenz:<br>Pflichtschule)  |                                       |  |                                       |                                       | 10,7527 | 0,55  | 6,6352  | 0,68     |   |
| Sekundär – Abitur   | 0,2621                                | -0,0191  | 0,1280                                | 0,0514                                |         |       |         |          |   |
| Postsekundär ohne<br>akad. Abschluss  | 0,2543                                | -0,0977  | 0,1323                                | -0,1229                               |         |       |         |          |   |
| Tertiär – Universität   | -0,0046                               | 0,0729   | 0,0214                                | 0,0270                                |         |       |         |          |   |
| <b>Kontrollmodell 2: Partizipatorisch<br/>(kontrolliert für Geschlecht, Alter, Bildung)</b> |                                       |  |                                       |                                       |         |       |         |          |   |
| R <sup>2</sup>  | 0,0353                                | 0,0468   | 0,0303                                | 0,1711                                | 0,0890  |       |         |          |   |
| Prädiktoren   |                                       |  |                                       |                                       |         | Wald* | p       | Wald(=)* | p |
| Relevanz:<br>Sozialebene – mikro  | -0,0104                               | 0,1782   | -0,3132                               | -0,5052                               | 3,7941  | 0,43  | 3,0684  | 0,38     |   |
| Vielfalt relevanter<br>Akteure:<br>Repräsentanz NGOs  | 0,0731                                | 0,3586   | 0,4379                                | -0,1230                               | 4,3385  | 0,36  | 3,2362  | 0,36     |   |
| Vielfalt relevanter<br>Akteure:<br>Repräsentanz Frauen                                      | 0,1451                                | -0,3332  | -0,0548                               | 0,7515                                | 4,6570  | 0,32  | 4,3849  | 0,22     |   |

*Anmerkung.* Datenbasis: Reuters Österreich 2019, alle intervallskalierten Variablen z-standardisiert; N = 1.725 (gewichtet)

\* Die mit „Wald“ bezeichnete Wald-Statistik prüft, ob der Prädiktor einen signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable hat. Die mit „Wald(=)“ bezeichnete Wald-Statistik prüft, ob die Regressionskoeffizienten zwischen den Klassen gleich sind: Wenn der Test nicht signifikant ist, kann von einem klassenunabhängigen Effekt ausgegangen werden.

Alle Modelle: 1000 Startwertesets, 100 Iterationen im ersten Optimierungsschritt, niedriges Konvergenzkriterium (1e-008 = 0,00000001), robuste Standardfehler

Der partizipatorische Zugang zur *Informationsfunktion* führt nicht über eine a priori gegebene, durch den professionellen Journalismus zu vermittelnde Relevanz sondern über die von den Nutzer\*innen individuell zuzuweisende Bedeutung, die durch die journalistische Leistung ermöglicht werden sollte. *Online* und *Light News User* teilen einen solches Verständnis von Relevanz, *Heavy User* eher nicht. Die Unterschiede zwischen den Klassen sind allerdings nicht so groß und signifikant wie bei allen anderen Funktionserwartungen. Für die beiden traditionelleren Gruppen von Nutzer\*innen *Light Traditional (Broadcast) News User* und *Traditional News User* ist individuelle Relevanz kein Thema, wenn es um die grundlegende Frage nach dem *Vertrauen* in die Nachrichtenquellen geht (vgl. Tabelle 5.13); sie wurden daher aus der Analyse ausgeschlossen.

Analog zu den Analysen einer liberal-repräsentativ verstandenen *Informationsfunktion* gingen die Qualitätsmerkmale wie folgt in die Analyse ein (vgl. Tabelle 4.5): Als Merkmal der Qualitätsdimension Relevanz wurde die *Sozialebene* des berichteten Geschehens (hier: die *Mikroebene*) gewählt und als Merkmal für die relevante *Akteursvielfalt* die *Repräsentanz von zivilgesellschaftlichen Akteuren* und von *Frauen*, gemessen als *Anteil von Beiträgen mit einer in politische Prozesse eingebundenen Zivilgesellschaft* bzw. *als Anteil an den zentralen Akteuren* der Beiträge.

Während bei der gesellschaftlichen Relevanz das Verhältnis von Regierung zu Opposition naheliegenderweise schon aus Gründen der Orientierung an der politischen Machtelite (Bennett 1990, 2016) der geeignetere Indikator gegenüber dem Anteil von Beiträgen mit parlamentarischen Parteien war, sind bei der *individuellen Relevanz* die Verhältniszahlen von *zivilgesellschaftlichen zu staatlichen Akteuren* und von *Frauen zu Männern* gegenüber den Anteilswerten von geringerer Aussagekraft. Das kann daran liegen, dass im partizipatorischen Sinn die Akteure in Medienbeiträgen ein inklusionsförderndes Identifikationsangebot darstellen, bei dem es weniger darauf ankommt, dass bestimmte Akteure in ein Verhältnis zu anderen gesetzt werden, sondern dass sie überhaupt aufscheinen.

Bezieht man also die bloßen Anteilswerte in die Analyse ein, so ist das Ergebnis durchaus überraschend (vgl. Tabelle 5.19): Weder die Einbindung *zivilgesellschaftlicher Akteure* in die mediale Öffentlichkeit noch ein Fokus auf die *Mikroebene* des Geschehens haben einen signifikanten Einfluss auf ein partizipatorisches Verständnis der *Informationsfunktion*, allein ein *steigender Anteil von Beiträgen mit Frauen als zentralen Akteuren* stützt in *allen drei* untersuchten Klassen, unabhängig vom jeweiligen Stellenwert der Informationsfunktion, den Anspruch einer *individuellen Relevanz* der von den Medien aufgegriffenen Themen. (Da die

Frage im *Reuters Digital News Report* negativ formuliert war: „Die von den Nachrichtenmedien ausgewählten Themen sind für mich nicht relevant“, drückt sich die von den Medien erwartete Funktion in einer sinkenden Zustimmung zur Frage aus). Bedenkt man, dass Frauen in durchschnittlich nur 13,5 % der Medienbeiträge eine tragende Rolle spielen (vgl. Tabelle 5.16), dann wird die Größe des Grabens zwischen der Medienrealität und dem, was sich mehr als 40 % der Nutzer\*innen erwarten, deutlich. Die Kontrollanalyse mit den entsprechenden liberal-repräsentativen Relevanzindikatoren blieb, der theoretischen Annahme entsprechend, ohne signifikantes Ergebnis.

**Tabelle 5.19.** Regressionsanalysen: Informationsfunktion – partizipatorisch (Relevanz)

|  | Klasse 3:<br>Light<br>News<br>User | Klasse 4:<br>Online<br>News<br>User | Klasse 5:<br>Heavy<br>News<br>User | Gesamt  |       |          |      |  |
|--|------------------------------------|-------------------------------------|------------------------------------|---------|-------|----------|------|--|
| <b>Modell 1: Partizipatorisch</b>  |                                    |                                     |                                    |         |       |          |      |  |
| R <sup>2</sup>   | 0,0212                             | 0,0114                              | 0,1097                             | 0,1159  |       |          |      |  |
| Prädiktoren  |                                    |                                     |                                    | Wald*   | p     | Wald(=)* | p    |  |
| Relevanz: Sozialebene<br>– mikro   | 0,3873                             | 0,1274                              | 0,6789                             | 3,3720  | 0,34  | 1,5527   | 0,46 |  |
| Vielfalt relevanter<br>Akteure: Repräsentanz<br>NGOs   | -0,1221                            | 0,2235                              | 0,1960                             | 1,2525  | 0,74  | 0,0490   | 0,98 |  |
| Vielfalt relevanter<br>Akteure: Repräsentanz<br>Frauen                                       | -0,2689                            | -0,2211                             | -1,4915                            | 9,0596  | 0,029 | 4,5556   | 0,10 |  |
| Geschlecht (Referenz:<br>männlich)   | -0,0223                            | 0,0266                              | 0,0484                             | 0,1440  | 0,99  | 0,1352   | 0,93 |  |
| Alter (Referenz: 55+)  |                                    |                                     |                                    | 10,0723 | 0,61  | 8,0387   | 0,43 |  |
| 18-24  | 0,1912                             | 0,0321                              | 0,5467                             |         |       |          |      |  |
| 25-34  | 0,0762                             | 0,1166                              | 0,1341                             |         |       |          |      |  |
| 35-44  | 0,3626                             | -0,0863                             | -0,3567                            |         |       |          |      |  |
| 45-54  | 0,1444                             | -0,1202                             | -0,0927                            |         |       |          |      |  |
| Bildung (Referenz:<br>Pflichtschule)   |                                    |                                     |                                    | 4,9273  | 0,84  | 1,0011   | 0,99 |  |
| Sekundär – Abitur  | -0,2038                            | -0,2153                             | -0,1795                            |         |       |          |      |  |
| Postsekundär ohne<br>akad. Abschluss   | 0,0137                             | -0,1763                             | 0,0458                             |         |       |          |      |  |
| Tertiär – Universität  | -0,0132                            | -0,1992                             | -0,1282                            |         |       |          |      |  |
| <b>Kontrollmodell 2: Liberal-repräsentativ (kontrolliert für Geschlecht, Alter, Bildung)</b> |                                    |                                     |                                    |         |       |          |      |  |
| R <sup>2</sup>   | 0,0212                             | 0,0176                              | 0,0928                             | 0,1141  |       |          |      |  |
| Prädiktoren  |                                    |                                     |                                    | Wald*   | p     | Wald(=)* | p    |  |
| Relevanz: Sozialebene<br>– makro   | -0,0535                            | -0,2573                             | -1,1730                            | 3,8235  | 0,28  | 1,7978   | 0,41 |  |
| Vielfalt relevanter<br>Akteure: Repräsentanz<br>parlamentarische<br>Parteien                 | 0,0966                             | 0,4805                              | 0,6067                             | 3,2482  | 0,35  | 0,4830   | 0,79 |  |

*Anmerkung.* Datenbasis: Reuters Österreich 2019, alle intervallskalierten Variablen z-standardisiert; N = 782 Befragte (gewichtet)  
 \* Die mit „Wald“ bezeichnete Wald-Statistik prüft, ob der Prädiktor einen signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable hat. Die mit „Wald(=)“ bezeichnete Wald-Statistik prüft, ob die Regressionskoeffizienten zwischen den Klassen gleich sind: Wenn der Test nicht signifikant ist, kann von einem klassenunabhängigen Effekt ausgegangen werden.  
 Alle Modelle: 1000 Startwertesets, 100 Iterationen im ersten Optimierungsschritt, niedriges Konvergenzkriterium (1e-008 = 0,00000001), robuste Standardfehler

Signifikante Unterschiede zwischen den Klassen zeigen sich hinsichtlich der Auswirkungen der Berichterstattung auf die Erwartung, dass die Medien ihrer Informationsfunktion in einem Stil nachgehen, der sich eines Negativismus enthält. (In der Umfrage des *Reuters Institute* wurde abermals gegenläufig nach der Zustimmung zur Aussage „Nachrichtenmedien berichten häufig zu negativ über Ereignisse“ gefragt; Item 3, vgl. Tabelle 4.5). Ein sachlicher Stil führt bei *Heavy News Users* als der am stärksten liberal-repräsentativ geprägten Klasse dazu, dass sie die Wahrnehmung, Medienberichterstattung sei zu negativ, eher nicht teilen (vgl. Tabelle 5.20). Bei den partizipatorisch eingestellten *Online News Users*, hat Sachlichkeit jedoch den – durchaus irritierenden – gegenteiligen Effekt: Mehr Sachlichkeit in der Berichterstattung bedingt hier mehr Zustimmung zu einem Negativismus der Medien. Ein sachlicher Stil scheint für diese Nutzer\*innen nicht dazu beizutragen, weniger Negativismus wahrzunehmen; der Umkehrschluss legt nahe, dass dies eher ein emotionaler Stil getan hätte. Dazwischen reihen sich erneut, in der eingangs beschriebenen Reihenfolge, die anderen drei Nutzungsklassen, wenn auch in großem Abstand zu den beiden prononciert partizipatorisch bzw. liberal-repräsentativ orientierten Klassen; vor allem die *Light Traditional (Broadcast)* und *Light News User* mit sehr niedrigen Werten der Regressionskoeffizienten. Hier sind aber zweifelsohne differenziertere Forschungen notwendig.

**Tabelle 5.20.** Regressionsanalyse: Informationsfunktion – partizipatorisch vs. liberal-repräsentativ (Professionalität: Stil)

|   | Klasse 1:<br>Trad.<br>News<br>User | Klasse 2:<br>Broad-<br>cast<br>News<br>User | Klasse 3:<br>Light<br>News<br>User | Klasse 4:<br>Online<br>News<br>User | Klasse 5:<br>Heavy<br>News<br>User | Gesamt  |       |          |       |  |
|---|------------------------------------|---|------------------------------------|-------------------------------------|------------------------------------|---------|-------|----------|-------|--|
| R <sup>2</sup>  | 0,0160                             | 0,0257                                      | 0,0105                             | 0,0601                              | 0,0522                             | 0,0290  |       |          |       |  |
| Prädiktoren   |                                    |   |                                    |                                     |                                    | Wald*   | p     | Wald(=)* | p     |  |
| Professionalität –<br>Stil: Emotionalität vs.<br>Sachlichkeit | 0,0508                             | 0,0282                                      | 0,0116                             | 0,2687                              | -0,4785                            | 10,1217 | 0,072 | 9,5856   | 0,048 |  |
| Geschlecht<br>(Referenz: männlich)                            | 0,0093                             | -0,0177                                     | 0,1091                             | -0,1496                             | 0,0625                             | 2,5523  | 0,77  | 2,5502   | 0,64  |  |
| Alter (Referenz: 55+)   |                                    |   |                                    |                                     |                                    | 22,3358 | 0,32  | 17,0508  | 0,38  |  |
| 18-24   | 0,4850                             | -0,0533                                     | -0,0312                            | -0,0109                             | 0,1392                             |         |       |          |       |  |
| 25-34   | 0,1346                             | 0,2918                                      | -0,1967                            | 0,4234                              | 0,1521                             |         |       |          |       |  |
| 35-44   | 0,0307                             | 0,1656                                      | -0,0259                            | -0,1211                             | 0,0214                             |         |       |          |       |  |
| 45-54   | -0,0433                            | 0,0735                                      | -0,0110                            | -0,0217                             | -0,1015                            |         |       |          |       |  |
| Bildung (Referenz:<br>Pflichtschule)                          |                                    |   |                                    |                                     |                                    | 17,0865 | 0,31  | 13,6087  | 0,33  |  |
| Sekundär – Abitur   | -0,0987                            | 0,0191                                      | -0,0564                            | -0,2819                             | 0,0525                             |         |       |          |       |  |
| Postsekundär ohne<br>akad. Abschluss                          | -0,2041                            | 0,2790                                      | -0,1688                            | -0,0687                             | -0,2157                            |         |       |          |       |  |
| Tertiär –<br>Universität                                      | -0,1510                            | 0,2854                                      | -0,0070                            | -0,0877                             | 0,3122                             |         |       |          |       |  |

Anmerkung. Datenbasis: Reuters Österreich 2019, alle intervallskalierten Variablen z-standardisiert; N=2.010 Befragte (gewichtet)

\* Die mit „Wald“ bezeichnete Wald-Statistik prüft, ob der Prädiktor einen signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable hat. Die mit „Wald(=)“ bezeichnete Wald-Statistik prüft, ob die Regressionskoeffizienten zwischen den Klassen gleich sind: Wenn der Test nicht signifikant ist, kann von einem klassenunabhängigen Effekt ausgegangen werden.

Alle Modelle: 1000 Startwertesets, 100 Iterationen im ersten Optimierungsschritt, niedriges Konvergenzkriterium (1e-008 = 0,00000001), robuste Standardfehler

### 5.3.2.2 Kontrollfunktion

Die Erwartung, dass Medien die Mächtigen im Sinn einer *Kontrollfunktion* (Item 1; vgl. Tabelle 4.5) beobachten, ist nicht nur in der am stärksten liberal-repräsentativ orientierten Nutzungsklasse, den *Heavy News Usern*, deutlich verankert (vgl. Tabelle 5.13), sondern es ist auch jene Klasse, die diese Kontrollfunktion durch einen *sachlichen* Berichterstattungsstil besonders stark unterstützt sieht (vgl. Tabelle 5.21). Deren hohe Wertschätzung für *Sachlichkeit* ist schon im Kontext der Negativismuskonversation deutlich geworden (vgl. Tabelle 5.14). Die Gesamtheit der Ergebnisse dieser Regressionsanalyse ist aber nicht sehr aussagekräftig, da keines der dafür als relevant erachteten angebotsseitigen Qualitätsmerkmale ein signifikantes Ergebnis zeigt, keine signifikanten Effektunterschiede zwischen den Nutzungsklassen

existieren und auch keine eindeutige Tendenz erkennbar ist. Vielmehr zeigen die beiden liberal-repräsentativen Merkmale von *Professionalität* (*Unparteilichkeit* und *Sachlichkeit*), die als Voraussetzung für eine unvoreingenommen ausgeübte Kontrolle und eine nüchterne Kritik an Missständen begriffen werden können, in den verbleibenden vier Nutzungsklassen unterschiedliche Auswirkungen auf die Funktionserwartung. Für die Annahme, dass partizipatorisch eingestellte Nutzer\*innen im Verständnis des Geschehenen und in einer konnektiven Einbindung Prämissen einer Kontrollfunktion sehen würden, gibt es keinen Hinweis. Allerdings muss angemerkt werden, dass die inhaltsanalytisch erhobenen Qualitätsmerkmale nur im Hinblick auf die Rahmenbedingungen, nicht auf die konkrete Umsetzung der Kontrollfunktion im Medieninhalt definiert waren. Trotz dieser Einschränkung ist bemerkenswert, dass der hoch signifikante (aber nicht klassenbedingte) Alterseffekt auf einen nahezu generell feststellbaren negativen Einfluss junger Altersgruppen verweist, was in Richtung einer zunehmenden Infragestellung dieser Medienfunktion deuten könnte.

**Tabelle 5.21.** Regressionsanalysen: Kontrollfunktion – liberal-repräsentativ (Professionalität)

|   | Klasse<br>1:          | Klasse<br>2:                   | Klasse<br>3:          | Klasse<br>4:           | Klasse<br>5:          | Gesamt  |        |         |          |   |
|---|-----------------------|--------------------------------|-----------------------|------------------------|-----------------------|---------|--------|---------|----------|---|
|   | Trad.<br>News<br>User | Broad-<br>cast<br>News<br>User | Light<br>News<br>User | Online<br>News<br>User | Heavy<br>News<br>User |         |        |         |          |   |
| <b>Modell 1: Liberal-repräsentativ</b>  |                       |                                |                       |                        |                       |         |        |         |          |   |
| R <sup>2</sup>  | 0,0167                | 0,0220                         | 0,0328                | 0,0575                 | 0,1637                | 0,0527  |        |         |          |   |
| Prädiktoren   |                       |                                |                       |                        |                       |         | Wald*  | p       | Wald(=)* | p |
| Professionalität –<br>Stil: Sachlichkeit  | -1,8210               | 0,4086                         | -0,9382               | 0,7667                 | 6,7601                | 7,6596  | 0,18   | 6,7443  | 0,15     |   |
| Professionalität –<br>Inhalt:<br>Unparteilichkeit   | 1,9135                | -0,4157                        | 0,9670                | -0,7727                | -6,8441               | 8,1439  | 0,15   | 7,1019  | 0,13     |   |
| Geschlecht<br>(Referenz:<br>männlich)   | -0,0671               | 0,0128                         | 0,2450                | 0,1269                 | -0,1585               | 7,3140  | 0,20   | 6,7088  | 0,15     |   |
| Alter (Referenz:<br>55+)  |                       |                                |                       |                        |                       | 41,5315 | 0,0032 | 23,3917 | 0,10     |   |
| 18-24   | -0,1251               | -0,4312                        | 0,0722                | -0,4708                | -0,9596               |         |        |         |          |   |
| 25-34   | -0,2424               | -0,2930                        | -0,0180               | -0,2701                | -0,4296               |         |        |         |          |   |
| 35-44   | -0,2463               | -0,1362                        | 0,2382                | -0,2743                | -0,1951               |         |        |         |          |   |
| 45-54   | 0,0166                | -0,0649                        | -0,0776               | 0,2668                 | 0,2973                |         |        |         |          |   |
| Bildung (Referenz:<br>Pflichtschule)  |                       |                                |                       |                        |                       | 7,0862  | 0,96   | 6,8537  | 0,87     |   |
| Sekundär – Abitur   | 0,0923                | -0,1482                        | 0,0152                | 0,0431                 | -0,0585               |         |        |         |          |   |
| Postsekundär<br>ohne akad.<br>Abschluss   | 0,1295                | -0,2607                        | 0,1411                | 0,0326                 | -0,0195               |         |        |         |          |   |
| Tertiär –<br>Universität  | 0,0492                | -0,1185                        | 0,1455                | -0,1498                | -0,0931               |         |        |         |          |   |
| <b>Kontrollmodell 2: Partizipatorisch<br/>(kontrolliert für Geschlecht, Alter, Bildung)</b> |                       |                                |                       |                        |                       |         |        |         |          |   |
| R <sup>2</sup>  | 0,0141                | 0,0223                         | 0,0328                | 0,0568                 | 0,1237                | 0,0485  |        |         |          |   |
| Prädiktoren   |                       |                                |                       |                        |                       |         | Wald*  | p       | Wald(=)* | p |
| Professionalität –<br>Stil: Konnektivität   | -0,4161               | 0,0278                         | 0,1925                | -0,0279                | -0,0570               | 1,7188  | 0,89   | 1,6781  | 0,79     |   |
| Professionalität –<br>Inhalt:<br>Kontextualisierung   | 0,1063                | -0,0164                        | -0,0093               | 0,0087                 | -0,1926               | 1,9645  | 0,85   | 1,8035  | 0,77     |   |

*Anmerkung.* Datenbasis: Reuters Österreich 2019, alle intervallskalierten Variablen z-standardisiert; N=2.010 Befragte (gewichtet)  
 \* Die mit „Wald“ bezeichnete Wald-Statistik prüft, ob der Prädiktor einen signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable hat. Die mit „Wald(=)“ bezeichnete Wald-Statistik prüft, ob die Regressionskoeffizienten zwischen den Klassen gleich sind: Wenn der Test nicht signifikant ist, kann von einem klassenunabhängigen Effekt ausgegangen werden.  
 Alle Modelle: 1000 Startwertesets, 100 Iterationen im ersten Optimierungsschritt, niedriges Konvergenzkriterium (1e-008 = 0,00000001), robuste Standardfehler.

### 5.3.2.3 Orientierungsfunktion

Im Hinblick auf die *Orientierungsfunktion* (Item 5; vgl. Tabelle 4.5), die zu einem sinnvollen Verständnis der Geschehnisse und Sachverhalte beitragen soll, bestätigt sich das Spektrum der fünf Nutzungsklassen von liberal-repräsentativ bis partizipatorisch: Diese Funktion zeigt sich für die partizipatorisch ausgerichteten *Online News User* besonders relevant, was sich bis hin zu den liberal-repräsentativ orientierten *Heavy News Usern* abschwächt.

Die für die inhaltliche Analyse der Informationsangebote operationalisierten Merkmale zur Messung einer partizipatorischen Ausprägung der Qualitätsdimension *Professionalität*, nämlich als *Kontextualisierung* und *Konnektivität*, ergeben ein klares Bild (vgl. Tabelle 5.22): *Kontextualisierung*, verstanden als eine zur Teilhabe am öffentlichen Diskurs befähigende Orientierungsleistung (vgl. Kapitel 4.3.1), hat einen hoch signifikanten Einfluss auf diese Erwartungshaltung der Nutzer\*innen, der überdies signifikant klassenspezifisch ist. Dies insofern, als dieser Prädiktor für *Online News User*, aber auch für die beiden Klassen traditioneller Nutzer\*innen – *Light Traditional (Broadcast)* und *Traditional News User* (die durchaus Wert auf diese Medienfunktion legen, wenngleich nicht so sehr wie auf die Funktion über gesellschaftlich Relevantes informiert zu werden) – einen positiven Effekt auf die Zustimmung zu dieser Funktion hat. Für die an einer Verständnisleistung wenig interessierten *Heavy News User* hat *Kontextualisierung* einen gegenteiligen, die zustimmende Haltung reduzierenden Effekt. Überraschend ist zunächst, dass auch bei der Klasse der *Light News User* ein Minus vor dem (niedrigen) Koeffizienten steht; ein Vergleich mit dem Koeffizienten für den Konnektivitätsindikator zeigt allerdings, dass es die einzige Nutzungsklasse ist, in der dieser einen starken positiven Effekt hat, auch wenn sein Gesamteinfluss nicht signifikant ist. Gerade die in dieser Klasse vereinten wenig informationsaffinen Nutzer\*innen scheinen also Angebote für Recherchen und Interaktionen im Hinblick auf ein Verstehen der kommunizierten Inhalte in besonderer Weise zu schätzen. Die Kontrollanalyse mit den Indikatoren für eine liberal-repräsentative Professionalität blieb abermals, in Übereinstimmung mit der theoretischen Annahme, ohne signifikantes Ergebnis.

**Tabelle 5.22.** Regressionsanalysen: Orientierungsfunktion – partizipatorisch (Professionalität)

|   | Klasse<br>1:<br>Trad.<br>News<br>User | Klasse<br>2:<br>Broad-<br>cast<br>News<br>User | Klasse<br>3:<br>Light<br>News<br>User | Klasse<br>4:<br>Online<br>News<br>User | Klasse<br>5:<br>Heavy<br>News<br>User | Gesamt  |         |        |          |      |
|---|---------------------------------------|--|---------------------------------------|--|---------------------------------------|---------|---------|--------|----------|------|
| <b>Modell 1: Partizipatorisch</b>   |                                       |  |                                       |  |                                       |         |         |        |          |      |
| R <sup>2</sup>  | 0,0248                                | 0,0282   | 0,0234                                | 0,0591                                 | 0,0781                                | 0,0446  |         |        |          |      |
| Prädiktoren   |                                       |  |                                       |  |                                       |         | Wald*   | p      | Wald(=)* | p    |
| Professionalität –<br>Stil: Konnektivität   | -0,6995                               | 0,0109   | 0,2475                                | -0,1081                                | -0,0278                               | 3,9170  | 0,56    | 3,6996 | 0,45     |      |
| Professionalität –<br>Inhalt:<br>Kontextualisierung   | 0,2657                                | 0,1528   | -0,0739                               | 0,1177                                 | -0,3860                               | 17,9009 | 0,0031  | 9,7475 | 0,045    |      |
| Geschlecht<br>(Referenz:<br>männlich)   | -0,0658                               | 0,0646   | 0,1357                                | -0,0268                                | -0,1043                               | 2,7514  | 0,74    | 2,7296 | 0,60     |      |
| Alter (Referenz:<br>55+)  |                                       |  |                                       |  |                                       |         | 21,1319 | 0,39   | 14,7320  | 0,54 |
| 18-24   | 0,0223                                | 0,1746   | 0,2173                                | 0,0461                                 | -0,3586                               |         |         |        |          |      |
| 25-34   | 0,1102                                | 0,0882   | 0,2669                                | 0,0792                                 | -0,3964                               |         |         |        |          |      |
| 35-44   | 0,0394                                | 0,0716   | 0,4140                                | 0,6328                                 | 0,2359                                |         |         |        |          |      |
| 45-54   | 0,0429                                | 0,1266   | 0,1302                                | 0,4224                                 | 0,1224                                |         |         |        |          |      |
| Bildung (Referenz:<br>Pflichtschule)  |                                       |  |                                       |  |                                       |         | 16,9997 | 0,32   | 13,6767  | 0,32 |
| Sekundär – Abitur   | 0,0965                                | 0,0776   | -0,0928                               | 0,1993                                 | -0,0274                               |         |         |        |          |      |
| Postsekundär<br>ohne akad.<br>Abschluss   | 0,0672                                | -0,1108  | -0,1161                               | 0,6027                                 | -0,6165                               |         |         |        |          |      |
| Tertiär –<br>Universität  | -0,0904                               | -0,1218  | -0,0354                               | 0,1531                                 | -0,2735                               |         |         |        |          |      |
| <b>Kontrollmodell 2: Liberal-repräsentativ (kontrolliert für Geschlecht, Gesamt<br/>Alter, Bildung)</b> |                                       |  |                                       |  |                                       |         |         |        |          |      |
| R <sup>2</sup>  | 0,0258                                | 0,0268   | 0,0234                                | 0,0532                                 | 0,0813                                | 0,0440  |         |        |          |      |
| Prädiktoren   |                                       |  |                                       |  |                                       |         | Wald*   | p      | Wald(=)* | p    |
| Professionalität –<br>Stil: Sachlichkeit  | 0,1615                                | -0,5251  | -1,0886                               | 1,1063                                 | 4,2266                                | 4,1838  | 0,52    | 4,0741 | 0,40     |      |
| Professionalität –<br>Inhalt:<br>Unparteilichkeit   | 0,0795                                | 0,6722   | 1,0601                                | -1,0352                                | -4,4474                               | 4,4261  | 0,49    | 4,1958 | 0,38     |      |

*Anmerkung.* Datenbasis: Reuters Österreich 2019, alle intervallskalierten Variablen z-standardisiert; N=2.010 Befragte (gewichtet)  
 \* Die mit „Wald“ bezeichnete Wald-Statistik prüft, ob der Prädiktor einen signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable hat. Die  
 mit „Wald(=)“ bezeichnete Wald-Statistik prüft, ob die Regressionskoeffizienten zwischen den Klassen gleich sind: Wenn der Test  
 nicht signifikant ist, kann von einem klassenunabhängigen Effekt ausgegangen werden.  
 Alle Modelle: 1000 Startwertesets, 100 Iterationen im ersten Optimierungsschritt, niedriges Konvergenzkriterium (1e-008 =  
 0,00000001), robuste Standardfehler.

### 5.3.3 Zusammenfassung der Teilergebnisse 2018

Die in diesem Kapitel berichteten Analysen bestätigten in vielfacher Hinsicht (wenn auch nicht generell) die angenommene Entsprechung der demokratischen Qualität des tagesaktuellen Informationsangebots jener Medien, die zur Erfüllung des Informationsbedürfnisses herangezogen werden, und den Erwartungshaltungen der jeweiligen Informationsnutzungsklassen an die demokratische Leistung der genutzten Nachrichtenangebote, sodass *These 2* bestätigt werden kann.

Tabelle 5.23 gibt einen Überblick über die für die *Funktionserwartungen* der Nutzungsklassen relevanten *Qualitätsdimensionen und -merkmale des Angebots*. Kursiv gedruckte Merkmale verweisen darauf, dass sie – wie in Tabelle 5.13 mit regressionsanalytischen Ergebnissen belegt – eine für die jeweilige Informationsnutzungsklasse überdurchschnittlich *wichtige Funktion* stützen, fett und kursiv gedruckte Indikatoren beziehen sich auf *die wichtigste Funktion*. Mit einigen Ausnahmen lässt sich anhand dieser für die Nutzungsklassen *bedeutsamsten Funktionen* die vermutete *Entsprechung von Nutzungs- und Angebotsseite*, differenziert nach den beiden divergenten Verständnissen von Demokratie und Öffentlichkeit (dem liberal-repräsentativen und dem partizipatorischen Zugang), erkennen.

Die *Online News User* sehen ihre einem partizipatorischen Verständnis am nächsten liegenden Vorstellungen demokratischer Medienfunktionen größtenteils – d.h. hinsichtlich drei von vier relevanten Funktionen – durch Qualitätsmerkmale gestützt, die ebenfalls einem partizipatorischen Demokratieverständnis entsprechen; vice versa gilt das für die liberal-repräsentativ orientierten *Heavy News User*. Abweichend von dieser Grundlinie gilt für die *Online News User*, dass tendenziell (weil statistisch nicht signifikant) eine sachlich-nüchterne Berichterstattung für ihr Verständnis der Kontrollfunktion von Bedeutung ist, während ein steigender Anteil von Frauen als zentrale Akteure von Medienbeiträgen auch bei *Heavy News Usern* zu einer steigenden individuellen Relevanz des Berichteten beiträgt. Eine weitere Ausnahme betrifft die *Traditional News User*, für die nicht, wie zu erwarten gewesen wäre, ein sachlicher Stil zu einer Reduktion eines befürchteten Negativismus beiträgt, sondern – wenn auch schwach – ein Mehr an Emotionalität (am anderen Pol der verwendeten Sachlichkeits-Skala; vgl. Tabelle 5.20). Das bestätigt einmal mehr die mehrfach erwähnte Positionierung dieser Klasse in der Mitte des demokratischen Spektrums. Ein anderes Merkmal partizipatorischer Medienqualität, nämlich eine verständnis- und empowerment-orientierte Kontextualisierung der berichteten Geschehnisse, beeinflusst bei den eher liberal-repräsentativen *Light Traditional (Broadcast) News Usern* als auch bei den eher ambivalenten

*Traditional News Users* die entsprechende Funktionserwartung; das liberal-repräsentative Merkmal journalistischer Unparteilichkeit stützt hingegen bei den eher partizipatorisch gesinnten *Light News Users* die Kontrollfunktion – allerdings wiederum nur tendenziell, sodass die partizipatorischen „Einbrüche“ in einen liberal-repräsentativen Zugang in Summe schwerwiegender sind als umgekehrt.

Diese punktuellen, vergleichsweise stärker von einem partizipatorischen Zugang geprägten Überlappungen der beiden Demokratieverständnisse in Bezug auf die für die einzelnen Informationsnutzungsklassen relevanten demokratischen Medienfunktionen legen die Frage nahe, ob sie ein Erbe aus der Vergangenheit und damit ein Indiz für eine Art Übergangsstadium hin zu *homogenen Klassenprofilen* sind oder vielmehr ein Anzeichen für eine der gesellschaftlichen Entwicklung (u.a. Glavanovits et al. 2019) entsprechende größere Bedeutung eines partizipatorischen Verständnisses.

**Tabelle 5.23.** Für die Funktionserwartungen der Nutzungsklassen relevante Qualitätsmerkmale

| Nutzungsseite:<br>Funktionserwartung   | Angebotsseite: Für die Funktionserwartung relevante Qualitätsmerkmale                     |   |  |   |  |
|--|---|---|--|---|--|
|  | Klasse 1:<br>Traditional<br>News User<br>(ambivalent,<br>näher zu lib.-<br>repräsentativ) | Klasse 2:<br>Broadcast<br>News User<br>(eher liberal-<br>repräsentativ) | Klasse 3:<br>Light News<br>User<br>(eher<br>partizipa-<br>torisch) | Klasse 4:<br>Online News<br>User<br>(partizipa-<br>torisch) | Klasse 5:<br>Heavy News<br>User<br>(liberal-<br>repräsentativ) |
| Informationsfunktion<br>– liberal-<br>repräsentativ<br>(Relevanz)                                      | <b>Sozialebene<br/>– Makro</b>  | <b>Verhältnis<br/>Regierung-<br/>Opposition</b>                         | Sozialebene –<br>Makro   | [Funktion nicht<br>relevant]                                | <b>Verhältnis<br/>Regierung-<br/>Opposition</b>                |
| Informationsfunktion<br>– partizipatorisch<br>(Relevanz)   | [Funktion nicht<br>relevant]  | [Funktion nicht<br>relevant]  | <i>Repräsentanz<br/>von Frauen</i>                                 | <i>Repräsentanz<br/>von Frauen</i>                          | Repräsentanz<br>von Frauen                                     |
| Informationsfunktion<br>– partizipatorisch vs.<br>liberal-repräsentativ<br>(Professionalität:<br>Stil) | <i>Professionalität: Stil –<br/>Emotionalität</i>   | <i>[Kein<br/>nennens-<br/>werter<br/>Einfluss]</i>                      | [Kein<br>nennens-<br>werter<br>Einfluss]                           | Professionalität: Stil –<br>Emotionalität                   | <i>Professionalität: Stil –<br/>Sachlichkeit</i>               |
| Kontrollfunktion –<br>liberal-repräsentativ<br>(Professionalität)                                      | Professionalität: Inhalt –<br>Unparteilichkeit  | <i>Professionalität: Stil –<br/>Sachlichkeit</i>                        | <i>Professionalität: Inhalt –<br/>Unparteilichkeit</i>             | Professionalität: Stil –<br>Sachlichkeit                    | <i>Professionalität: Stil –<br/>Sachlichkeit</i>               |
| Orientierungsfunktion –<br>partizipatorisch<br>(Professionalität)                                      | <i>Professionalität: Inhalt –<br/>Kontextualisierung</i>                                  | Professionalität: Inhalt –<br>Kontextualisierung                        | <b>Professionalität: Inhalt –<br/>Konnektivität</b>                | <b>Professionalität: Inhalt –<br/>Kontextualisierung</b>    | Professionalität: Inhalt –<br>Kontextualisierung<br>[negativ]  |

*Anmerkung.* Kursiv gedruckte Merkmale verweisen darauf, dass sie eine für die jeweilige Klasse überdurchschnittliche wichtige Medienfunktion stützen, fett und kursiv gedruckte Merkmale auf die für die Klasse wichtigste Funktion überhaupt (vgl. Tabelle 5.13).

#### 5.3.4 Das Informationsangebot und seine demokratische Leistung im Zeitvergleich

Im Zentrum der bisherigen Analysen standen (1) die Ermittlung von Informationsnutzungsklassen und ihrer Informationsrepertoires, (2) die für die fünf ermittelten Nutzungsklassen charakteristischen Erwartungen an demokratisch relevante Funktionen der Medien, (3) die demokratische Qualität der jeweiligen Informationsrepertoires und (4) Zusammenhänge zwischen den Funktionserwartungen der Nutzer\*innen und der demokratischen Qualität des Angebots. Nun gilt es im Sinn von *These 3* zu prüfen, ob inhaltliche Fokusverschiebungen in den Informationsrepertoires der Nutzungsgruppen im Zeitverlauf beobachtbar sind, die die divergenten Demokratieverständnisse und die diesen jeweils entsprechende öffentliche Sphäre differenzieren. Es wird also gefragt, ob sich das tagesaktuelle Informationsangebot jener Medien, die zur Erfüllung des Informationsbedürfnisses herangezogen werden, im Zeitverlauf verändert, sodass es zu Verschiebungen des Fokus auf partizipatorische oder liberal-repräsentative Elemente in der Berichterstattung kommt – Verschiebungen, die den jeweiligen Erwartungshaltungen an die demokratische Medienleistung entsprechen.

Eine umfassende Überprüfung dieser These würde eine Wiederholung der in Kapitel 5.3.2 für das Untersuchungsjahr 2018 dargestellten Analysen mit zu einem früheren Zeitpunkt erhobenen Daten erfordern, doch mangels der Verfügbarkeit von Umfragen auf Seiten der Mediennutzer\*innen muss sich der Zeitvergleich auf die Angebotsseite beschränken. Dafür liegen mit einer 2014 im Auftrag der österreichischen *Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR)* durchgeführten, für den österreichischen Medienmarkt repräsentativen Untersuchung der Qualität des tagesaktuellen Informationsangebots in Österreich (vgl. Seethaler 2015b) vergleichbare Daten vor. Tabelle 30 gibt einen Überblick über die dem Zeitvergleich zugrunde liegenden Datensätze.

**Tabelle 5.24.** Inhaltsanalytische Datensätze 2014 und 2018

| Medienangebot   | Zahl der Beiträge |        |
|---|-------------------|--------|
|   | 2014*             | 2018** |
| Der Standard  | 270               | 257    |
| heute [2014] / heute.at [2018]***   | 108               | 93     |
| Kleine Zeitung / kleinezeitung.at [2018]***   | 131               | 213    |
| Kronen Zeitung  | 140               | 167    |
| Österreich  | 114               | 217    |
| Hitradio Ö3 (7:00-8:00 Uhr: Frühjournal, Nachrichten; 18:00 Uhr: Nachrichten [2014]; 17:00 Uhr: Journal um Fünf [2018]) | 119               | 81     |
| ORF 1 (19:00-23:00 Uhr: ZIB [Zeit im Bild] Flash, ZIB [Zeit im Bild] Magazin, ZIB 20)                                   | 193               | 138    |
| ORF 2 (19:30-23:00 Uhr: ZIB [Zeit im Bild] 1, ZIB [Zeit im Bild] 2)   | 261               | 369    |
| derstandard.at  | 172               | 186    |
| gmx.at  | 26                | 37     |
| krone.at  | 68                | 168    |
| oe24.at   | 83                | 161    |
| orf.at  | 286               | 172    |

**Anmerkung.**

\* Vollerhebung für die Wochentage von vier künstlichen Wochen von März bis Dezember 2014 (ohne Juli und August), repräsentativ für das Jahr 2014 (zum Verfahren vgl. Riffe et al. 2005)

\*\* Stichproben aus allen Beiträgen im Zeitraum 26.05.-15.06., 29.06.-05.07., 17.09.-07.10. und 22.10.-28.10.2018 (vgl. Kapitel 4.3.2)

\*\*\* Da in der Analyse 2014 nur die Printversionen von *Heute* und *Kleine Zeitung* enthalten waren, wurden in die Erhebung 2018 aus Gründen des Zeitvergleichs nur jene Beiträge der beiden Medienangebote einbezogen, die in den Print- und Onlineversionen der beiden Zeitungen enthalten sind.

Es galt daher, die Veränderungen in der Art der Berichterstattung jener Nachrichtenangebote zu ermitteln, aus denen sich die Informationsrepertoires vorwiegend und innerhalb der einzelnen Nutzungsklassen möglichst unumstritten zusammensetzen. Diesem Zweck entsprechend wurden für alle *Qualitätsdimensionen* und *-merkmale*, die für die *Funktionserwartungen* der fünf Nutzungsklassen relevant sind (vgl. Tabelle 5.23), den *klassenspezifischen* Daten aus 2018 jene aus 2014 gegenübergestellt. Analyseeinheiten sind die einzelnen Medienbeiträge<sup>32</sup>, die über alle Nachrichtenquellen einer Nutzungsklasse aggregiert wurden. Die Tabellen 5.25 bis 5.28 erweitern Tabelle 5.23 um die Ergebnisse des zeitlichen Vergleichs.

<sup>32</sup> Die Gesamtzahlen der Akteure liegen über jenen der Beiträge, da pro Beitrag bis zu vier zentrale Akteure codiert werden konnten. Der Indikator *Unparteilichkeit* wurde nur für tatsachenbetonte Beiträge codiert, da auch bei Geltung dieser Norm meinungsbetonte Beiträge von ihr ausgenommen sind.

#### 5.3.4.1 Informationsfunktion

Die demokratietheoretisch unterschiedlichen Erwartungen an die Informationsfunktion der Medien wurden im Zeitvergleich durch die dafür klassenspezifisch als relevant ermittelten angebotsseitigen (und entsprechend den divergenten Demokratieverständnissen differenzierten) Qualitätsdimensionen gestützt (mit Einschränkungen; vgl. Tabelle 5.25).

Bezogen auf ein *liberal-repräsentatives Verständnis der Informationsfunktion* lässt sich in jenen beiden Informationsrepertoires (der *Traditional News User* und der *Light News User*), in denen vor allem Beiträge auf der Makroebene den Ausschlag für die Erfüllung der erwarteten *gesellschaftlichen Relevanz* geben, eine Zunahme liberal-repräsentativer Elemente im Informationsangebot zwischen 2014 und 2018 beobachten. Im Informationsrepertoire der *Light News User* ist diese Qualitätsdimension jedoch nicht signifikant (bei ihnen ist jedoch, wie gezeigt wurde, ohnehin ein eher partizipatorisches Verständnis der Informationsfunktion kennzeichnend). Kommt es einer Nutzungsklasse auf eine an der Regierungselite orientierte Berichterstattung an (und dazu gehört die am stärksten liberal-repräsentativ geprägte Klasse der *Heavy News User*), dann wird ihre Erwartungshaltung 2018 in geringerem Maße als 2014 bedient, wobei 2018 die Orientierung an der Regierungselite zwar signifikant geringer ausgeprägt ist, das aber ausreicht, um die von den Nutzer\*innen erwartete *gesellschaftliche Relevanz* davon beeinflusst zu sehen.

Einen zwiespältigen Eindruck hinterlassen die inhaltsanalytischen Vergleichsdaten der *Informationsfunktion für das partizipatorische Verständnis*: In jenen Klassen, für die eine so verstandene Informationsfunktion wichtig (*Light News User* und *Online News User*) bzw. neben einem grundsätzlich liberal-repräsentativen Zugang *auch* wichtig ist (*Heavy News User*), liegt der Ausgangswert aus 2014 der hier durchwegs bedeutsamen *Repräsentanz von Frauen* in den Informationsangeboten bei niedrigen 8 % bis 8,5 %. Bis 2018 kam es zwar im Inhalt der Informationsrepertoires aller drei genannten Klassen zu einem signifikanten Anstieg auf etwa 14 %, aber auch dieser Wert ist weit von der tatsächlichen Geschlechterverteilung in der Bevölkerung entfernt. Die *Heavy News User* werden also in ihrer sanften Annäherung an ein partizipatorisches Verständnis (vgl. Kapitel 5.3.2.1) von den Medien ihres Informationsrepertoires nicht sonderlich bestärkt.

**Tabelle 5.25.** Zeitvergleich der für die einzelnen Nutzungsklassen relevanten Qualitätsmerkmale ihrer Informationsrepertoires: Informationsfunktion – liberal-repräsentativ und partizipatorisch (Relevanz)

|   | Klasse 1:<br>Traditional<br>News User | Klasse 2:<br>Broadcast<br>News User             | Klasse 3:<br>Light News<br>User    | Klasse 4:<br>Online News<br>User   | Klasse 5:<br>Heavy News<br>User                 |
|---|---------------------------------------|---|------------------------------------|------------------------------------|---|
| Informations-<br>funktion – liberal-<br>repräsentativ<br>(Relevanz) | <i>Sozialebene<br/>– Makro</i>        | <i>Verhältnis<br/>Regierung-<br/>Opposition</i> | Sozialebene –<br>Makro             | [Funktion nicht<br>relevant]       | <i>Verhältnis<br/>Regierung-<br/>Opposition</i> |
| 2014: Anteil; N   | 47,2 %;<br>N=827<br>Beiträge          | 73,9 % (Reg.);<br>N=376<br>Akteure              | 46,2 %; N=208<br>Beiträge          | –                                  | 77,2 % (Reg.);<br>N=845 Akteure                 |
| 2018: Anteil; N   | 58,3 %;<br>N=972<br>Beiträge          | 51,0 % (Reg.);<br>N=780<br>Akteure              | 52,2 %; N=335<br>Beiträge          | –                                  | 50,5 % (Reg.);<br>N=2.404<br>Akteure            |
| Chi <sup>2</sup>  | 22,411***                             | 54,843***                                       | 1,413                              | –                                  | 181,25***                                       |
| Informations-<br>funktion –<br>partizipatorisch<br>(Relevanz)       | [Funktion<br>nicht<br>relevant]       | [Funktion nicht<br>relevant]                    | <i>Repräsentanz<br/>von Frauen</i> | <i>Repräsentanz<br/>von Frauen</i> | Repräsentanz<br>von Frauen                      |
| 2014: Anteil; N   | –                                     | –   | 8,5 %; N=390<br>Akteure            | 8,0 %; N=3.074<br>Akteure          | 8,5 %; N=3.585<br>Akteure                       |
| 2018: Anteil; N   | –                                     | –   | 13,5 %;<br>N=1.759<br>Akteure      | 13,8 %;<br>N=4.116<br>Akteure      | 13,7 %;<br>N=5.177<br>Akteure                   |
| Chi <sup>2</sup>  | –                                     | –   | 6,465*                             | 58,19***                           | 80,07***  |

*Anmerkung.* Kursiv gedruckte Merkmale verweisen darauf, dass sie eine für die jeweilige Klasse überdurchschnittliche wichtige Medienfunktion stützen, fett und kursiv gedruckte Merkmale auf die für die Klasse wichtigste Funktion überhaupt (vgl. Tabelle 5.13).

\* p < 0,05; \*\* p < 0,01; \*\*\* p < 0,001

Bezogen auf den Stilaspekt der Informationsfunktion (vgl. Tabelle 32) boten die inhaltsanalytisch erhobenen Qualitätsmerkmale für die drei Nutzungsklassen (*Traditional News User*, *Online News User* und *Heavy News User*), denen der Stil der Informationsfunktion wichtig ist, ein noch zwiespältigeres Bild: So zählt für die liberal-repräsentativ orientierten *Heavy News User* Sachlichkeit (im Kontext der einschlägigen Frage im *Reuters Digital News Report*) als Mittel gegen Negativismus, und diese wird von den Informationsangeboten des klassenspezifischen Informationsrepertoires auch im Zeitverlauf in zunehmendem Maße geliefert. Im Gegensatz dazu, werden die partizipatorisch orientierten *Online News User* anstelle des erwünschten emotionalen Stils mit einem Mehr an Sachlichkeit konfrontiert; Ähnliches gilt für die eine Mittelposition einnehmenden *Traditional News User*, wenngleich dort der Stil der vermittelten Information von nachrangiger Bedeutung im Vergleich zu den anderen erwarteten Medienfunktionen ist.

**Tabelle 5.26.** Zeitvergleich der für die einzelnen Nutzungsklassen relevanten Qualitätsmerkmale ihrer Informationsrepertoires: Informationsfunktion – partizipatorisch vs. liberal-repräsentativ (Professionalität: Stil)

|   | Klasse 1:<br>Traditional<br>News User                   | Klasse 2:<br>Broadcast<br>News User                | Klasse 3:<br>Light News<br>User    | Klasse 4:<br>Online News<br>User               | Klasse 5:<br>Heavy News<br>User                        |
|---|---|--|------------------------------------|--|--|
| Informations-<br>funktion –<br>partizipatorisch vs.<br>liberal-<br>repräsentativ<br>(Professionalität:<br>Stil) | <i>Professiona-<br/>lität: Stil –<br/>Emotionalität</i> | <i>[Kein<br/>nennens-<br/>werter<br/>Einfluss]</i> | [Kein nennens-<br>werter Einfluss] | Professiona-<br>lität: Stil –<br>Emotionalität | <i>Professiona-<br/>lität: Stil –<br/>Sachlichkeit</i> |
| 2014: Mittelwert<br>(Standardabweichung); N   | 3,66 (1,14);<br>N=827<br>Beiträge                       | –  | –                                  | 3,59 (1,14);<br>N=1.453<br>Beiträge            | 3,49 (1,16);<br>N=1.888<br>Beiträge                    |
| 2018: Mittelwert<br>(Standardabweichung); N   | 4,54 (0,70);<br>N=972<br>Beiträge                       | –  | –                                  | 4,40 (0,81);<br>N=1.655<br>Beiträge            | 4,44 (0,76);<br>N=2.098<br>Beiträge                    |
| t (df)  | -20,092<br>(1.797)***                                   | –  | –                                  | -23,082<br>(3.106)***                          | -31,137<br>(3.984)***                                  |

*Anmerkung.* Kursiv gedruckte Merkmale verweisen darauf, dass sie eine für die jeweilige Klasse überdurchschnittliche wichtige Medienfunktion stützen, fett und kursiv gedruckte Merkmale auf die für die Klasse wichtigste Funktion überhaupt (vgl. Tabelle 5.13).

\*\*\* p < 0,001

#### 5.3.4.2 Kontrollfunktion

Bezogen auf die liberal-repräsentative *Kontrollfunktion*, die alle Nutzungsklassen mehr (wenn sie prononciert liberal-repräsentativ eingestellt sind) oder minder (wenn sie sich stärker partizipatorisch orientieren) als bedeutsam erachten – ist in allen Informationsrepertoires sowohl eine signifikante Zunahme eines *sachlichen Stils* als auch einer *inhaltlich unparteiischen* Berichterstattung zu beobachten (vgl. Tabelle 5.27). Beide liberal-repräsentativen Qualitätsmerkmale gelten nicht nur für liberal-repräsentative, sondern auch für partizipatorisch orientierte Nutzungsklassen, wenngleich unterhalb eines 10 %-igen Signifikanzlevels.

**Tabelle 5.27.** Zeitvergleich der für die einzelnen Nutzungsklassen relevanten Qualitätsmerkmale ihrer Informationsrepertoires: Kontrollfunktion – liberal-repräsentativ (Professionalität)

|   | Klasse 1:<br>Traditional<br>News User | Klasse 2:<br>Broadcast<br>News User | Klasse 3:<br>Light News<br>User            | Klasse 4:<br>Online News<br>User | Klasse 5:<br>Heavy News<br>User        |
|---|---------------------------------------|-------------------------------------|--|----------------------------------|--|
| Kontrollfunktion – liberal-repräsentativ (Professionalität) | Professionalität – Unparteilichkeit   | Professionalität – Sachlichkeit     | <i>Professionalität – Unparteilichkeit</i> | Professionalität – Sachlichkeit  | <i>Professionalität – Sachlichkeit</i> |
| 2014: Mittelwert (Standardabweichung); N                    | 4,08 (0,99); N=734                    | 3,94 (0,96); N=859                  | 3,59 (1,21); N=175                         | 3,59 (1,14); N=1.453             | 3,49 (1,16); N=1.888                   |
|   | Beiträge                              | Beiträge                            | Beiträge                                   | Beiträge                         | Beiträge                               |
| 2018: Mittelwert (Standardabweichung); N                    | 4,67 (0,65); N=867                    | 4,68 (0,54); N=760                  | 4,39 (0,90); N=293                         | 4,40 (0,81); N=1.655             | 4,44 (0,76); N=2.098                   |
|   | Beiträge                              | Beiträge                            | Beiträge                                   | Beiträge                         | Beiträge                               |
| t (df)  | -14,178<br>(1.599)***                 | -18,842<br>(1.617)***               | -8,138 (466)***                            | -23,082<br>(3.106)***            | -31,137<br>(3.984)***                  |

Anmerkung. Kursiv gedruckte Merkmale verweisen darauf, dass sie eine für die jeweilige Klasse überdurchschnittliche wichtige Medienfunktion stützen, fett und kursiv gedruckte Merkmale auf die für die Klasse wichtigste Funktion überhaupt (vgl. Tabelle 5.13).

\*\*\* p < 0,001

#### 5.3.4.3 Orientierungsfunktion

Gegenüber der im Zeitvergleich bisher festgestellten Stärkung einer liberal-repräsentativ verstandenen Medienqualität im Zeitverlauf lässt sich hinsichtlich einer *partizipatorischen Orientierungsfunktion* eine zunehmende *Kontextualisierung* der Berichterstattung beobachten (vgl. Tabelle 5.28). Für das Informationsrepertoire der partizipatorisch geprägten *Online News User*, denen diese Funktion besonders wichtig ist, ist die Zunahme hochsignifikant, für das Informationsrepertoire der *Traditional News User*, die an zweiter Stelle der Bedeutungsrangfolge stehen, ist sie auf einem 1 %-igen Level signifikant. Hinsichtlich der *Light Traditional (Broadcast) News User* (und der dort vergleichsweise geringen Bedeutung dieser Funktion) ist keine signifikante Zunahme zu verzeichnen. Die *Heavy News User* hingegen sind auch mit einer signifikanten Zunahme einer kontextualisierenden Berichterstattung konfrontiert, dort aber wirkt sie sich kontraproduktiv auf die Zustimmung zur Orientierungsfunktion aus: Liberal-repräsentativ eingestellte Nutzer\*innen haben offenkundig eine andere Vorstellung von dieser Funktion, der aber die von ihnen genutzten Medien nicht entgegenkommen. Da diese Nutzungsklasse ohnehin weitgehend ihren demokratietheoretischen Vorstellungen entsprechend medial versorgt wird, mag dies von geringerer Bedeutung sein. Schwerwiegender ist, dass die eher partizipatorisch orientierten, wenig informationsaffinen *Light News User* für ihr Verständnis der Orientierungsfunktion ein

*konnektives* Angebot relevant finden, dieses aber von den Medien ihres schmalen Informationsrepertoires im Zeitvergleich in signifikant geringerem Ausmaß geboten wird.

**Tabelle 5.28.** Zeitvergleich der für die einzelnen Nutzungsklassen relevanten Qualitätsmerkmale ihrer Informationsrepertoires: Orientierungsfunktion – partizipatorisch (Professionalität)

|  | Klasse 1:<br>Traditional<br>News User                        | Klasse 2:<br>Broadcast<br>News User                | Klasse 3:<br>Light News<br>User                   | Klasse 4:<br>Online News<br>User                             | Klasse 5:<br>Heavy News<br>User                                 |
|--|--|--|---|--|---|
| Orientierungs-<br>funktion –<br>partizipatorisch<br>(Professionalität) | <i>Professio-<br/>nalität –<br/>Kontextuali-<br/>sierung</i> | Professio-<br>nalität –<br>Kontextuali-<br>sierung | <i>Professio-<br/>nalität –<br/>Konnektivität</i> | <i>Professio-<br/>nalität –<br/>Kontextuali-<br/>sierung</i> | Professiona-<br>lität –<br>Kontextuali-<br>sierung<br>[negativ] |
| 2014: Mittelwert<br>(Standard-<br>abweichung); N                       | 2,11 (1,72);<br>N=827<br>Beiträge                            | 2,39 (1,76);<br>N=859<br>Beiträge                  |   | 2,32 (1,79);<br>N=1.453<br>Beiträge                          | 2,31 (1,80);<br>N=1.888<br>Beiträge                             |
| 2018: Mittelwert<br>(Standard-<br>abweichung); N                       | 2,39 (1,94);<br>N=972<br>Beiträge                            | 2,51 (1,81);<br>N=760                              | –   | 2,77 (1,76);<br>N=1.655<br>Beiträge                          | 2,83 (1,78);<br>N=2.098<br>Beiträge                             |
| t (df)   | -3,440<br>(1.797)**  | -1,334 (1.617)                                     | –   | -6,984<br>(3.106)***   | -9,180<br>(3.984)***  |
| 2014: Anteil; N  | –  | –  | 26,0 %; N=154                                     | –  | –   |
| 2018: Anteil; N  | –  | –  | 10,1 %; N=301                                     | –  | –   |
| Chi <sup>2</sup>   | –  | –  | 23,627***   | –  | –   |

*Anmerkung.* Kursiv gedruckte Merkmale verweisen darauf, dass sie eine für die jeweilige Klasse überdurchschnittliche wichtige Medienfunktion stützen, fett und kursiv gedruckte Merkmale auf die für die Klasse wichtigste Funktion überhaupt (vgl. Tabelle 5.13).

\*\* p < 0,01; \*\*\* p < 0,001

### 5.3.5 Zusammenfassung der zeitvergleichenden Teilergebnisse

Unter Verwendung eines 2014 erhobenen inhaltsanalytischen Datensatzes zur Qualität des tagesaktuellen Informationsangebots der österreichischen Medien zeigte sich, dass zwischen 2014 und 2018 die meisten für die Funktionserwartungen der Nutzungsklassen relevanten liberal-repräsentativen Qualitätsmerkmale in den Informationsrepertoires signifikant zugenommen haben (mit Ausnahme des sich zugunsten der Opposition verschiebenden Verhältnisses Regierung-Opposition, was damit zusammenhängen könnte, dass die 2018 regierende Koalition der *Neuen Volkspartei* mit der *Freiheitlichen Partei* relativ umstritten war). Das für die Orientierungsfunktion relevante partizipatorische Merkmal der Kontextualisierung ist ebenfalls stärker in der Berichterstattung vertreten, aber nicht in allen Informationsrepertoires signifikant; die gerade für die *Light News User* im Sinne einer Orientierung relevante Konnektivität ist sogar signifikant gesunken. Der Anteil der Beiträge

mit Frauen als zentrale Akteure (als Merkmal einer partizipatorisch verstandenen Informationsfunktion) hat schließlich trotz signifikanter Zunahme lediglich 14 % erreicht – ein Wert, von dem man nicht erwarten kann, dass Nutzer\*innen zur diskursiven Teilhabe ermutigt werden. Die in *These 3* erwartete Fokusverschiebung in den Informationsrepertoires trifft also vor allem auf die liberal-repräsentativen Nutzungsgruppen zu; ein partizipatorisches Demokratieverständnis erfährt im Zeitvergleich nur eine zwiespältige Unterstützung durch die jeweils genutzten Medienangebote.

## 6 SCHLUSSBETRACHTUNG UND AUSBLICK

---

### 6.1 Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse

Demokratie *ist* nicht einfach. Demokratie muss *gelebt* werden, damit sie ist. Der Raum dafür heißt Öffentlichkeit und das Forum, durch das Öffentlichkeit ihre für die Demokratie entscheidende Funktion entfalten kann, sind *Medien*. Sie organisieren in Demokratien die Selbstbeobachtung und Selbstverständigung der Gesellschaft: Sie kontrollieren Macht und artikulieren die Interessen der Bevölkerung.

Die Qualität der öffentlichen Kommunikation bestimmt daher letztlich die Qualität der Demokratie. Als Ort zur Bestimmung und Diskussion der als kollektiv erachteten und allgemeinverbindlich zu lösenden Probleme ist Öffentlichkeit die wichtigste soziale Einrichtung demokratischer Gesellschaften. Da Öffentlichkeit heute medienvermittelt ist, muss das Augenmerk auch auf der Qualität der Medien liegen. Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) lässt in seiner Rechtsprechung keinen Zweifel: Die Medien erfüllen eine öffentliche Aufgabe. Damit sollen die Informationsangebote die notwendige Qualität der öffentlichen Kommunikation gewährleisten. Dies erfordert einen besonderen Schutz und verlangt besondere Verantwortung. Die Einlösung dieses demokratischen Grundauftrags zur Herstellung und Erhaltung von Öffentlichkeit ist allerdings vom jeweiligen gesellschaftlichen Kontext, der jeweiligen Gesellschaftsstruktur abhängig. Diese zeigt sich vor dem Hintergrund der einleitend skizzierten Wandlungsprozesse, die neben einem Medienwandel und seiner technologischen und ökonomischen Ausformung auch einen Wandel der gesellschaftlich anerkannten Wertvorstellungen umfassen: So zog das Ende des Organisationskapitalismus und der Partikularisierung von Arbeit die Auflösung lange gültiger sozialer Strukturen nach sich, die mit einer Abkehr von tradierten, als kollektiv verbindlich erachteten Werten und einer Stärkung des Individualismus einhergeht (vgl. Inglehart und Oyserman 2004; Bennett und Segerberg 2013). Damit verlieren traditionelle materialistische Werte wie Familie, Religion, Anerkennung von (auch säkular-rationalen) Autoritäten, langfristiges Sicherheitsdenken oder wirtschaftliche Grundversorgung an Bedeutung und sogenannte postmaterialistische Werte bzw. *self-expression values* werden wichtiger. Dazu gehören Gleichberechtigung, Diversität, Umweltbewusstsein, Toleranz gegenüber fremden Kulturen und höhere Eigenverantwortung (vgl. Inglehart 2006, 2018; Beaufort und Seethaler 2020). Heute sind beide Wertorientierungen nahezu gleich stark verankert – die Bevölkerung ist polarisiert zwischen materialistischen und selbstverwirklichenden Haltungen, wobei die Zweifel an geltenden Autoritäten und

Weltanschauungen insofern genährt werden, als die institutionelle Politik keine ausreichenden Antworten auf die sozialen Folgen der Umwälzungen hinter diesem Wertewandel findet. Das verändert auch den Blick auf das Verständnis von und den Umgang mit Demokratie (vgl. Dalton und Welzel 2014; Beaufort und Seethaler 2014, 2020; Beaufort 2017). Die Vorstellung liberal-repräsentativer Demokratie, wie sie im Wesentlichen den Verfassungen der meisten westeuropäischen und nordamerikanischen Länder zugrunde liegt, wird zunehmend durch Demokratieverständnisse ergänzt, die auf eine intensivere und eher unmittelbare, aber durchaus divers realisierte Teilhabe der Bürger\*innen an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen zielen (vgl. Zukin et al. 2006; Feldmann-Wojtachnia und Glaab 2011; für Österreich: Polak 2012; Rosenberger und Stadlmair 2014; Aichholzer et al. 2019; Glavanovits et al. 2019). In der gesellschaftlichen Realität greifen diese Verständnisse ineinander und ist die Motivlage dahinter heterogen, jedenfalls aber verändern sich die grundsätzlich mit einer öffentlichen Sphäre und der gültigen politischen und gesellschaftlichen Ordnung verbundenen sozialen Praktiken (vgl. auch Dahlgren 1991, 1995, 2003), und es lässt sich insofern von einem Wandel sprechen, als das liberal-repräsentative Modell in jüngerer Zeit zunehmend in Frage gestellt wird. Letzteres geschieht von mehreren Seiten bis hin zu Versuchen einer autoritären Umdeutung wie in der „illiberalen Demokratie“. Mehr als diese scheinen allerdings partizipatorische Elemente und Formen Eingang in den öffentlichen Diskurs zu finden (vgl. beispielsweise für Österreich Seethaler 2015b) und so spitzt die vorliegende Arbeit die Diskussion auf jene beiden Modelle zu, die schon seit der Antike als „Prototypen“ von Demokratie gelten: die liberal-repräsentative Demokratie und die partizipatorische Demokratie: „All but one of the models [of democracy] could reasonably be divided into two broad types: [...] participatory democracy and liberal or representative democracy“ (Held 2006: 4; Davis 2019: 19). Im Zuge des Wertewandels wurde diese Gegenüberstellung aktualisiert. Die Konsequenzen dieser Wandlungsprozesse sind jedoch weder eindeutig noch in ihren Dimensionen abschätzbar. Weil aber die Qualität der öffentlichen Diskussion die Qualität der Demokratie (mit)bestimmt, Öffentlichkeit durch Medien vermittelt ist und die Öffentlichkeit ein Recht auf Informationsangebote hat, die die notwendige Qualität der öffentlichen Kommunikation gewährleisten, bedarf es einer Reflexion darüber, wie mit den daraus resultierenden Ansprüchen an die Beobachtungs- und Kommunikationsleistung der Medien umgegangen werden kann.

Aufgabe der Wissenschaft ist es dabei, Zustand und Wandel der öffentlichen Kommunikation für die Gesellschaft transparent zu machen. Diese Transparenz ist die Voraussetzung für eine Auseinandersetzung mit den Leistungen der Medien und den

Erwartungen an sie, um auf diese Weise einen kompetenten Umgang sowohl mit den Medien als auch mit der je eigenen Rolle in der Gesellschaft entwickeln und stärken zu können – nie war dies wichtiger als in unserer heutigen Informationsgesellschaft. Wissenschaft kann aber auch zu Reflexionen in den Medienunternehmen und Redaktionen anregen und auf diese Weise zu einer demokratischen Medienqualität beitragen. Ziel der vorliegenden Dissertation war daher ein *demokratiethoretisch fundierter, multiperspektivischer, methodisch innovativer* Beitrag, der durch eine Verknüpfung der Mediennutzungs- und Angebotsseite mit der normativen Perspektive evaluiert, inwieweit die in Österreich primär genutzten Informationsangebote einerseits demokratisch normativer Medienqualität und andererseits den Erwartungen der Nutzer\*innen dieser Informationsangebote entsprechen. Ein anschließender Zeitvergleich zeigt Veränderungen der letzten Jahre auf und liefert Hinweise auf Trends.

Zunächst wurde analysiert, wie *demokratische, normative Medienqualität* in Zeiten des vielfältigen Wandels mit wissenschaftlichen Methoden überhaupt verstanden und angemessen erfasst werden kann. Die bisherigen Befunde der Medienqualitätsforschung zeigten sich sehr heterogen und schwierig zu strukturieren, oftmals auch noch nicht den aktuellen gesellschaftlichen Wandlungsprozessen Rechnung tragend. An diese Notwendigkeit anknüpfend, war zunächst eine demokratiethoretische Fundierung der Medienqualitätsforschung zu leisten, die den Wandel des Demokratieverständnisses, der öffentlichen Sphäre und damit der Rolle der Medien in den Blick nimmt (Kapitel 2.2.1 bis Kapitel 2.2.4).

Der Veranschaulichung des skizzierten gesellschaftlichen Wertewandels in Kapitel 2.2.1 folgt eine Auseinandersetzung mit der laufend aktuellen Legitimationsfrage von Öffentlichkeit und der Unabhängigkeit von Medien im Sinne einer Makroperspektive in Kapitel 2.2.3. Öffentlichkeit wird in diesen Kapiteln erörtert als etwas, das nicht die Mächtigen gewähren, sondern das umgekehrt Macht – demokratische Macht – erst legitimiert (vgl. Habermas 1990; Halpern 1997; Martinsen 2009; Imhof 2011; Seethaler 2013; Beaufort und Seethaler 2018). Dieses demokratische *Prinzip Öffentlichkeit* erhebt den Anspruch, sich durch eine allgemein zugängliche Kommunikation zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft über die gemeinsam als wichtig erachteten Agenden zu verständigen und derart die Mächtigen zu verpflichten, sich dem Rampenlicht dieser Publizität zu unterwerfen und Rechenschaft gegenüber der Öffentlichkeit abzulegen, letztlich also Macht transparent auszuüben. Kapitel 2.2.3 erläutert darüber hinaus anhand eines aktuellen Beispiels, wie sehr diese Legitimationsfrage von Öffentlichkeit heute auch im Kontext ökonomischer Macht reflektiert werden muss. Damit Medien ihrer Rolle als Organisatoren des Prinzips Öffentlichkeit – und das heißt, ihrer demokratischen Rolle gerecht werden können – bedarf es ihrer unverkürzten

Unabhängigkeit ebenso wie uneingeschränkter Rede-, Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit als in der Verfassung festgeschriebene Strukturmerkmale, die laufend durch das Handeln aller involvierten Akteure in ihrer Geltung zu sichern sind. Dahingegen zeigt die anschließende Zusammenfassung der aktuellen Ergebnisse des *Media Pluralism Monitor Reports* (2020) für Österreich ein gewisses Risiko. Während zwar hervorgehoben werden muss, dass das Fundament eines demokratischen Mediensystems – das Recht auf freie Meinungsäußerung – in Österreich weitgehend intakt ist, zeigen sich einige Merkmale problematisch: eine sehr hohe Eigentumskonzentration, fehlende redaktionelle Unabhängigkeit im Allgemeinen sowie fehlende Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, ebenso wie eine eingeschränkte Inklusion durch ungleiche Zugangsbedingungen. Denn damit sind die Marktvielfalt (sohin die ökonomische Unabhängigkeit) sowie noch ausgeprägter: die politische Unabhängigkeit einem hohen Risiko, die Rahmenbedingungen hinsichtlich demokratietheoretisch relevanter Leistungserwartungen eklatanten Schwächen ausgesetzt. Monitoring- und Sanktionsmechanismen fehlen zugleich in mehreren Regulierungsbereichen. Neben einer Reform des Förderungssystems (das derzeit auflagenstarke Printmedien und kommerzielle Rundfunksender bevorzugt und Online-Medien gänzlich ausschließt) hinsichtlich seiner demokratischen Qualität (die auch divergente Demokratieverständnisse einbezieht) bedarf es daher einer konsistenten Strategie zur Förderung der Medien- und Digitalkompetenz mit ebendiesem Schwerpunkt, weiter gefasste Monitoring- und Sanktionierungsmechanismen sowie schließlich Selbstregulierungsmaßnahmen, die der Aufrechterhaltung redaktioneller Unabhängigkeit und der Beobachtung ethischer Berufsnormen dienen. Momentan ergibt sich die Positionierung Österreichs im europäischen Vergleich noch so, dass man von einer höheren Gefährdung der politischen Unabhängigkeit des Mediensystems nur in Italien und den meisten der ehemals sozialistischen Länder Ost- und Südosteuropas sprechen kann (Seethaler und Beaufort 2019). In den USA wurde die Trump-Wählern im Jahr 2016 gestellte Frage, ob „news organizations are free to criticize political leaders [for maintaining] a strong democracy“ von nur 48 % der Befragten als „sehr wichtig“ bejaht. Mehr denn je braucht es daher Medienorganisationen, Rollen- und Funktionsverständnisse, die den demokratischen Grundauftrag der Herstellung von Öffentlichkeit im Sinne der Selbstbeobachtung und Selbstverständigung der Gesellschaft leisten und keinen anderen Interessen dienen. Aus demokratisch normativer Perspektive gelten diese Rahmenbedingungen, die für eine durch Medien organisierte demokratische Öffentlichkeit grundlegend sind, unabhängig von unterschiedlichen Demokratieverständnissen, als Medienqualität überhaupt erst ermöglichende Voraussetzung.

Nun kann sich demokratische Öffentlichkeit auf dieser gemeinsamen Basis unterschiedlich konstituieren, nämlich dann, wenn sich im Zuge der skizzierten Wandlungsprozesse divergente Werthaltungen herausbilden, die letztlich mit unterschiedlichen normativen Auffassungen eines demokratischen Gemeinwesens einhergehen. Kapitel 2.2.2 exemplifiziert daher, was die Auffassung liberal-repräsentativer und partizipatorischer Demokratie bezogen auf die Konstitution einer öffentlichen Sphäre auszeichnet und mündet in Kapitel 2.4 in eine akzentuierte Gegenüberstellung der Unterschiede (Tabelle 2.3), aus der abgeleitet werden kann, wie divergent die Rolle der Medien in den beiden, in der Gesellschaft nebeneinander existierenden (und einander keineswegs ausschließenden) Zugängen zu demokratischer Öffentlichkeit zu verstehen ist: Ideal gesehen, verschiebt sich der Fokus von Politik und von politischer Öffentlichkeit von der auf Mehrheitsfindung und Mehrheitsentscheidung ausgerichteten Debatte weltanschaulicher Ideen in der repräsentativen Demokratie zur Artikulation persönlicher Anliegen, die der Vernetzung bedürfen und in einer kontinuierlichen Mitgestaltung des Gemeinwesens münden, in der partizipatorischen Demokratie.

Im *liberal-repräsentativen* Modell sollen die Bürger\*innen über die für eine Gesellschaft relevanten Themen, Ideen und Meinungen informiert sein, wobei die Relevanz der Themen gemäß dem liberal-repräsentativen Anspruch an die Verteilung der in der Gesamtgesellschaft vorhandenen Interessen gebunden ist, die in einer monolithischen Öffentlichkeit – am Marktplatz der Ideen – kommunikativ zusammengeführt werden. Primär geht es hier um den „informed citizen“ (Patterson und Seib 2005), der befähigt werden soll, in der Wahlzelle rationale Entscheidungen zu treffen. Dafür braucht dieser möglichst unparteiische, ausgewogene sowie sachlich und emotionslos an ihn herangetragene Informationen (zur historischen Entwicklung dieses Paradigmas vgl. Schudson 1998). Das heißt, Medien sind hier in der Rolle des vermittelnden Monitors, der einerseits informiert, zugleich aber auch die Mächtigen kontrolliert (Schudson 2001; 2008; Navarra 2019). In jedem Fall sind Bürger\*innen vorrangig als politisches Subjekt (nicht als Privatperson) und in einer eher passiven Rolle angesprochen, während der öffentliche Diskurs von einer (rechenschaftspflichtigen) Elite geführt wird – zusammengesetzt sowohl aus den Vertreter\*innen aggregierter Einzelmeinungen gemäß den in Wahlen geäußerten Präferenzen der Bevölkerung als auch Expert\*innen, wengleich sehr wohl im Lichte der Öffentlichkeit, d.h. transparent für diese. Mehrheitsentscheidungen beenden die sachliche Debatte zwischen weltanschaulichen Positionen. Politisches Involvement entsteht durch Interesse an formaler Politik. In diesem faktenorientierten, kognitiv-argumentativen und unparteilich, unterschiedliche Positionen

respektierenden Transparentmachen der Inhalte und Abläufe von Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen, liegt die zentrale Aufgabe der Medien, welchen eine rein intermediäre Rolle zwischen politischem System und den Bürger\*innen zugeschrieben ist. Die Vielfalt der relevanten Positionen soll dabei ausgewogen, sohin gemäß der herrschenden politischen Kräfteverhältnisse (Donsbach 2002), vermittelt werden.

Das *partizipatorische* Modell strebt dagegen die Inklusion möglichst vieler in die demokratische Öffentlichkeit an – besonders auch die der „schweigenden Mehrheit“, die ihre persönlichen, für den eigenen Lebenskontext relevanten Anliegen und Positionen in gesellschaftliche Auseinandersetzungen einbringen und diese – meist themenbezogen und nur lose organisiert – vernetzen; sie sollen in Form kontinuierlicher Mitgestaltung zivilgesellschaftliches Engagement üben (der fehlende Fokus auf Abstimmungen markiert den Unterschied zu Formen direkter Demokratie). Es geht also um einen öffentlichen Diskurs, der neben den Vertreter\*innen mitgliedergeführter Organisationen nicht nur allen offen steht, sondern umfassende „Popular Inclusion“ (Ferree et al. 2002: 300) aktiv anstrebt, während es für die Teilnahme weder eines Repräsentanten-, noch eines Expertenstatus bedarf. Dafür braucht es den *empowered citizen*, der befähigt sein soll, selbst in Entscheidungsprozessen und Kontrollmechanismen mitzuwirken. Die (liberale) partizipatorische Auffassung von Demokratie definiert sich allerdings üblicherweise nicht als Gegenmodell zur Repräsentation (die jedenfalls hinsichtlich institutionalisierter Formen zivile, soziale und politische Bürgerrechte vorsieht), sondern als Ergänzung, die auf lokaler Ebene und in spezifischen gesellschaftlichen Bereichen stärker unmittelbare Beteiligungsformen und Bottom-up-Bewegungen im Sinne demokratischer Mitsprache vorsieht. Diese Auffassung kritisiert insbesondere, dass die Bürger\*innen im zeitgenössischen liberalen Denken Zuschauer und Konsument\*innen bleiben, während die Politiker\*innen das Regieren übernehmen; sie strebt aktive Inklusion auch durch Zurücknahme von Exklusion an, die mit einer wechselseitigen Solidarität zwischen den Menschen einhergeht. Anders kann die Ansprache und Inklusion einer von vornherein wenig interessierten, sehr diversen Bürgerschaft und ihrer Anliegen kaum so gelingen, dass eine partizipatorische Öffentlichkeit die Diversität der realen Verhältnisse in der Gesellschaft abbildet und mitträgt. Das heißt, die Beziehung zwischen den Bürger\*innen und ihren Vertreter\*innen unterscheidet sich insofern vom liberal-repräsentativen Demokratiemodell, als aktive Formen der Mitgliederbeteiligung und Selbstorganisation angestrebt werden sowie eine Führung, die den Mitgliedern gegenüber (nicht nur nominell) rechenschaftspflichtig ist. Neben dem top-down flow of communication liegt der Fokus hier auf einem aktiven und umfassenden bottom-up flow of communication. Die Stabilität des Systems wird nicht in erster

Linie durch Wahlen oder Deliberation, sondern durch die Konformität mit den demokratischen Spielregeln sichergestellt (vgl. Strömbäck 2005), das heißt, durch ein Bekenntnis zum demokratischen System an sich, nicht durch Sicherung der Systemperformanz. Das erfordert „institutional sites where popular political will should take form and citizens should be able to constitute themselves as active agents in the political process“ (Dahlgren 1991: 2) – eben die Medien (vgl. dazu auch Ferree et al. 2002; Gamson 2014). Um die Menschen dazu zu befähigen, ist es Aufgabe der Medien sie politisch und gesellschaftlich zu motivieren, zu aktivieren, sie in den offenen Diskurs einer diversen Öffentlichkeit zu integrieren und ihnen geeignete Möglichkeiten des Einbringens ihrer Anliegen, der Vernetzung und der Mitgestaltung sozialen Lebens anzubieten. Empowerment verlangt dabei weniger Vermittlung als Kommunikation auf Augenhöhe, Orientierungsgebung in der eigenen Lebenswelt und die Möglichkeit, sich größere Zusammenhänge selbst zu erschließen – somit Deutungs- und Interpretationsangebote seitens der Medien; und es verlangt den ganzen Menschen – das heißt: eine Öffentlichkeit, in der alle Bevölkerungsgruppen und Initiativen einer lebendigen Zivilgesellschaft – Bottom-up – eine Stimme haben, eine Öffentlichkeit, die auf Vernetzung zielt und in die auch Emotionen integriert sind. Indirekt führt, so das Postulat, eine solche – aufgrund der und durch die dann umfangreichere Teilhabe am sich selbst verstärkenden partizipatorischen Diskurs – zu einer zunehmend politisch kompetenteren und sachkundigeren Öffentlichkeit (Wahl-Jorgensen 2001). Vielfalt entspricht hier folgerichtig jener einer diversen Gesellschaft, sodass Medien in einer partizipatorischen Öffentlichkeit die Diversität der realen gesellschaftlichen Verhältnisse abbilden und mittragen sollen. Foren öffentlicher Kommunikation, die die Menschen in ihrer individuellen Lebenswelt ansprechen und chancengleiche, interaktive und vernetzte Teilhabe ermöglichen, sind somit ebenso Teil eines partizipatorischen medialen Umfelds wie Kommunikationsstile, die Grenzen anderer Öffentlichkeitskonzeptionen überschreiten. Neben einer Integration von Emotion und folgerichtig der Aufhebung der Trennung zwischen öffentlichem und privatem Raum, schließt das ein Bekenntnis zur leidenschaftlichen Parteinahme für soziale Anliegen mit ein, wobei die Bereitschaft auf entgegengesetzte Positionen einzugehen als notwendige Voraussetzung des Diskurses gesehen wird. So hebt auch Dahlgren (2005: 157) die Bedeutung von Subjektivität für eine *civic culture* hervor und sieht den gegenwärtigen Wandel im Demokratieverständnis in zunehmender und komplexer Weise mit der Entwicklung der Medien verknüpft. Jenseits einer überzogenen optimistischen Erwartung, dass das Internet einen Demokratisierungsschub auslösen würde, besitzen die sozialen Online-Netzwerke allein aufgrund ihrer strukturellen Bedingungen ein Artikulation und Vernetzung erlaubendes Potential zur Stärkung der

Demokratie durch Bottom-up-Formen gesellschaftlicher Beteiligung (u.a. Loader und Mercea 2012; Boulianne 2020; Beaufort und Seethaler 2020).

Wie aus diesen beiden kurzen Abrissen (ausführlich: Kapitel 2.2 bis Kapitel 2.4) ablesbar, gehen die beiden unterschiedlichen Demokratieverständnisse mit divergenten normativen Vorstellungen darüber einher, wie sich demokratische Öffentlichkeit konstituieren soll. Das bedingt spezifische normative Rollenbilder von Medien, die wiederum gemäß unterschiedlicher Anforderungsprofile differenziert werden können. Aus dieser normativen Perspektive finden sich diese Anforderungsprofile auch im regulativen Bereich wieder, und zwar insbesondere da, wo die *öffentliche Aufgabe* der Medien, meist in Form öffentlich-rechtlicher Programmaufträge (aber nicht nur), in kodifizierte Normen überführt wurde. Diese haben ihren Ursprung vielfach in Demokratietheorien, sind dann aber strukturiert, leichter fassbar und bieten ihrerseits einen einheitlichen Bezugsrahmen für die Medienqualitätsforschung. Nicht umsonst wird unter den vielen angebotenen Konzepten bis heute vielfach jenes von Schatz und Schultz (1992) herangezogen, das zugleich als „eines der ersten integrativen Qualitätskonzepte in der Kommunikationswissenschaft“ (Engesser 2013: 182) gilt. Dafür haben sich die Autoren an den in Deutschland geltenden Rechtsgrundlagen des Rundfunks orientiert, und somit an einer kodifizierten Normenquelle, die der Sicherung der demokratischen Rolle eines der wichtigsten Mediensektoren dient. Einen ähnlichen Ansatz, basierend auf den österreichischen Rundfunkgesetzen und Förderungsrichtlinien, haben Beaufort und Seethaler (2017) vorgelegt, und zwar im Hinblick auf eine Differenzierung von gesellschaftlichen Qualitätsansprüchen an die demokratische Medienleistung nach unterschiedlichen Demokratieverständnissen. Dieser wurde in der vorliegenden Arbeit vorgestellt (vgl. Kapitel 2.2.4.2), um folgendes hervorzuheben: Rechtsdokumente und realiter auch Förderungsrichtlinien legen die Rahmenbedingungen und Zielsetzungen der Angebotsproduktion fest. Sie kodifizieren gesellschaftlichen Wandel und können insofern als Gradmesser medienpolitischer Realität herangezogen werden. Sie beeinflussen daher in besonderem Maße die Beschaffenheit von Medieninhalten – sohin auch deren Qualität. Nun existieren normative Vorgaben in Österreich de facto (das heißt: in rechtlich verbindlicher Form) nur für den Rundfunk. Beaufort und Seethaler (2017) konnten allerdings – nach der in Kapitel 2.2.4.3 im Detail vorgestellten vergleichenden Analyse der gesetzlich festgeschriebenen öffentlich-rechtlichen Programmgrundsätze<sup>33</sup> denen vergleichbare

---

<sup>33</sup> Das ist der Kernauftrag des ORF – die Grundsätze gelten in dieser Form nicht für Spartenprogramme und das Onlineangebot.

Anforderungen an den kommerziell-privaten Rundfunk und den nicht-kommerziellen Rundfunk gegenübergestellt wurden<sup>34</sup> – ein je nach Organisationsform unterschiedlich gewichtetes Anforderungsprofil differenzieren. Die Vorgaben umfassen neben den „klassischen“ Informations-, Meinungs-, Bildungs- und Unterhaltungsformaten auch Orientierungs- und Kontaktformate, die mit journalistischen Interpretations- und Diskussionsleistungen ebenso einhergehen wie mit einer Befähigung der Menschen zu politisch-gesellschaftlicher Teilhabe, entsprechend der Forderung partizipatorischer Ansätze. Demgemäß werden divergente Vorstellungen von Öffentlichkeit und unterschiedliche Verständnisse von Demokratie als Legitimationsgrundlage der jeweiligen Organisationsformen erkennbar, die auch deren Wandel widerspiegeln. Aus dieser Perspektive betrachtet, entspricht der öffentlich-rechtliche Programmauftrag des *ORF* primär einem liberal-repräsentativen Rollenbild und der nicht-kommerzielle private Rundfunk einem partizipatorischen Rollenbild, während in den Förderungsrichtlinien des privat-kommerziellen Rundfunks die Begriffe *Demokratie* und *demokratisch* gar nicht vorkommen. *Den einen* Rundfunk gibt es nach demokratiethoretisch fundierten Gesichtspunkten jedenfalls nicht (mehr); hingegen scheinen die kodifizierten Grundsätze mehrere Rollenbilder nebeneinander zu erlauben, die sich mit einer gewissen Trennschärfe den Organisationsformen – nach Hasebrink und Schmidt (2013: 7) auch *Angebotstypen* – zuordnen lassen und unterschiedlichen demokratischen Funktionen zugeschrieben werden können. Unterschiedliche Medien werden in unterschiedlichen demokratischen Rollen gesehen, die aus regulatorischer Perspektive mit unterschiedlichen demokratischen Funktionserwartungen einhergehen.

Nun können sich die Anforderungen an eine demokratische Medienqualität nicht in einer Liste formaler oder inhaltlicher Merkmale erschöpfen, die konkrete Medienproduzenten zu erfüllen hätten (vgl. Hasebrink 2011). Die Medienqualitätsforschung hat sich daher bemüht, Anforderungen und Rollenzuschreibungen unterschiedlichster Perspektiven in normative Kriterienkataloge für die Kommunikationsleistung der Medien zu integrieren. Aus diesen Bemühungen gingen viele interessante Ansätze hervor. Mit einiger Berechtigung verweist Wessler (1999: 231ff.) jedoch auf das medientheoretische Defizit der normativen Modelle, das schließlich zu einem sehr ausdifferenzierten Forschungsstand unzähliger Studien oder Projekte führt, die oft weder von einem einheitlichen Bezugsrahmen ausgehen, noch aufeinander bezogen werden können, sodass „das Rad“ wiederkehrend neu erfunden werden muss. Verschiedenste Rollenzuschreibungen, demokratische (Grund-) Werte, Gütekriterien von

---

<sup>34</sup> Gemäß Förderungsrichtlinien der österreichischen *Rundfunk- und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR)*

Öffentlichkeit, Normen, Funktionen, Indikatoren, Qualitätsdimensionen, -standards und -merkmale oder auch einfach nur „Kriterien“ heterogenen Ursprungs finden sich in Listen, Tabellen oder graphischen Darstellungen unterschiedlichster Kombinationen wieder. Theoriegeleitete Forschung, die die zahlreichen Analyseebenen reflektiert und differenziert, kann einen Beitrag zu mehr Generalisierbarkeit leisten. So wird in Kapitel 2.2.4.4 ein – auch die Nutzungs- und Angebotsdimension integrierendes – heuristisches Stufenmodell für die theoriegeleitete, normative Medienqualitätsforschung vorgeschlagen (vgl. Abbildung 2.2 bzw. 2.4; Kapitel 2.2.4.4), das (1) einen Beitrag zu mehr Generalisierbarkeit dieser Forschung leisten will, indem es – ausgehend von einem einheitlichen Bezugsrahmen – zur strukturierten Reflexion der jeweiligen Differenzierungen anhält, die aus der normativen Perspektive auf jeder einzelnen Analyseebene erfolgen müssen, und auf diese Weise den Operationalisierungsprozess theoriegeleitet strukturiert. Es geht also nicht um einen Versuch, die Reihe der bestehenden Modelle um ein weiteres zu verlängern, sondern vielmehr darum, einen konzeptionellen Rahmen zu formulieren, der die Verortung der bestehenden und vielleicht auch zukünftigen Studien und damit eine vergleichende Einschätzung ihrer theoretisch-methodischen Prämissen und ihrer Ergebnisse ermöglicht. Rückbindungsmöglichkeiten auf jede Analyse-Ebene beziehen dabei (2) Veränderung mit ein: Damit hält das Modell eine normative Grundlegung aufrecht, begreift aber die Norm als „Ergebnis eines Verständigungsprozesses, der alle relevanten Stakeholder einbezieht und zugleich flexibel genug ist, um auf die sich ändernden gesellschaftlichen Bedingungen rasch mit entsprechend angepassten gesellschaftlichen Zielsetzungen reagieren zu können“ (Hasebrink 2007: 42). Das Modell erlaubt (3) weiters – ausgehend von einem normativen Reflexionsstrang – die in der Medienqualitätsforschung häufig getrennt behandelten Nutzungs- und Angebotsdimensionen in strukturierter Weise (ohne dafür unterschiedliche Analyse-Ebenen vermengen zu müssen) an die jeweiligen Ebenen anzuknüpfen und ermöglicht so eine mehrdimensionale Integration unterschiedlicher Forschungsstränge – eine Zusammenführung unter einem konzeptionellen Dach. Dabei werden keine Vorgaben gemacht, welche Funktionen zu erfüllen sind – sondern das Ziel bleibt die strukturierte Analyse: Welche Funktionen werden erwartet, welche erfüllt? Der normative Reflexionsstrang dient der Strukturierung und Operationalisierung und fungiert als Maßstab einer demokratischen Begründung. Die theoretische Fundierung und methodische Umsetzung der vorliegenden Untersuchung zeigt eine mögliche Anwendung dieser Heuristik (Abbildung 2.4; Kapitel 2.2.4.4).

Es ist bemerkenswert, wie sich die Forschung der Frage, wie Medieninhalte in einer Demokratie beschaffen sein *sollten*, von allerhand Seiten nähert, die Erwartungen derjenigen

aber, die sich mit diesen Inhalten auseinandersetzen *sollen*, in Relation dazu wenig Beachtung finden (vgl. Fawzi 2020; Urban und Schweiger 2014). Bis zur heute vorgeschlagenen – den aktuellen *High-Choice-Media-Environments* gerecht werdenden (und für den vorliegenden Forschungszusammenhang gewählten) – relationalen, ganzheitlichen, nutzungszentrierten Erforschung übergreifender Nutzungsmuster mithilfe des Medienrepertoireansatzes war ein langer Weg (vgl. Kapitel 2.3). Mit dem Medienrepertoireansatz wird die Gesamtheit der regelmäßig genutzten Medien zugleich analysiert: Erst in Relation zueinander entwickeln Medien für die Nutzer\*innen ihre jeweiligen Funktionalitäten, und erst in der Summe der genutzten Angebote erhalten sie ihren spezifischen Sinn. Nach wie vor liegen allerdings relativ wenige repertoire-orientierte Studien vor, was an der Komplexität von Nutzungsmustern liegen kann, die hohe Anforderungen an Datenerhebung und -analyse stellen, sodass theoretisch wie methodisch Ansätze dominieren, die stark an der traditionellen Gratifikationsforschung orientiert sind und den individuellen Bedürfnissen in der Regel (mehr oder minder systematisch) normative Kriterien als entgegengesetzten Pol gegenüberstellen. So zeigen einige Studien, dass Medienangebote, die aus normativer Perspektive als „qualitativ hochwertig“ eingestuft werden, in der Regel keine hohen Einschaltquoten erzielen (vgl. bspw. Hasebrink 1997). Damit ist die in der Publikumsforschung zentrale Frage der Rollenzuschreibung von Mediennutzer\*innen angesprochen, wobei sich in der Forschung ein Verständnis der Mediennutzer\*innen als Konsument\*innen (weniger als Bürger\*innen) etabliert hat. „Selbst klassische Qualitätsmodelle (u.a. Schatz und Schulz 1992) berücksichtigen die Nutzer\*innen oftmals lediglich als Konsument\*innen und fragen nach der Akzeptanz von Medieninhalten beim Publikum“ (Jungnickel 2011: 62). Der sich daran anschließende pragmatische Trend der Erforschung der Angebotsseite, d.h. der Medienproduzent\*innen, räumt den Präferenzen der Nutzer\*innen zwar eine wesentliche Rolle bei der Angebotserzeugung im Allgemeinen und der Nachrichtenproduktion im Besonderen ein, jedoch im Sinne einer Konsumorientierung der Nutzer\*innen. Das Publikum als demokratische Öffentlichkeit zu definieren bedeutet dagegen, es in seiner Bürgerrolle zu verstehen, was auch vom genutzten Medium und der Art seiner Nutzung abhängt. Jedenfalls ist davon auszugehen, dass sich den Nutzer\*innen nur in ihrer Bürger\*innenrolle die Frage stellt, ob die zur Verfügung stehenden Medienangebote bestimmten demokratischen Werten genügen, was dann – in Relation mit den in sie gesetzten Erwartungen – zum entscheidenden Kriterium für die Beurteilung ihrer Qualität wird. Butsch (2011) verweist auf Unterschiede in der Organisationsform, insbesondere zwischen öffentlich-rechtlichen Angebotstypen und privat organisierten Medien, und gesteht dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk aufgrund seines Programmauftrages zu, die Mediennutzer\*innen in ihrer

Rolle als Bürger\*innen wahrzunehmen, während er dies privat-kommerziellen Anbietern insofern abspricht, als diese ihre Nutzer\*innen per definitionem in der Konsument\*innenrolle ansprechen und durch entsprechende Inhalte „entwürdigen“ würden. Nicht in dieser bestechenden Deutlichkeit, wohl aber in der Tendenz, legt auch die vergleichende Analyse aus regulatorischer Perspektive (vgl. Kapitel 2.2.4.3) – in Relation zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk – eine gewisse Ferne des privat-kommerziellen Rundfunks zu die Bürger\*innenrolle ansprechenden Vorgaben offen. Downing (2004) erkennt darin eine sich im Zeitverlauf verschärfende Situation, da die öffentlich-rechtlichen im Vergleich zu den kommerziellen Medien in den letzten zwei Jahrzehnten weltweit an Gewicht verloren haben, was die andauernde Rollen-Debatte fortschreibt. Unbestritten können beide Konzeptualisierungen zueinander in Widerspruch stehen; Hasebrink (2011) traut den Mediennutzer\*innen aber zu, ein persönliches Gleichgewicht herstellen zu können: In der Konsument\*innendimension definiert sich die Nutzer\*innenperspektive durch angestrebte und erzielte Gratifikationen, wobei die Frage ist, wie gut die Mediendienste die individuellen Bedürfnisse der Nutzer\*innen bedienen. Die relevanten Qualitätskriterien für diese Perspektive entsprechen den Bedürfnis- und Motivkatalogen, die durch die Forschung innerhalb des Nutzungs- und Gratifikationsparadigmas herausgearbeitet wurden. Für die Nutzer\*innen als Bürger\*innen ist es entscheidend, ob und in welchem Ausmaß Informationsangebote demokratischen, sozialen oder kulturellen Werten entsprechen. „The relevant criteria reflect traditional [...] values and normative standards; for example, the diversity of topics and opinions, the contribution to cultural innovation, or the investigative and critical potential of the content“ (Hasebrink 2011: 326). Auf den demokratiethoretischen Ansatz der vorliegenden Arbeit angewendet heißt das, dass es für die Nutzer\*innen als Bürger\*innen entscheidend ist, ob und in welchem Ausmaß Informationsangebote demokratischen, sozialen oder kulturellen Werten entsprechen, beziehungsweise inwieweit sie in der Wahrnehmung der Nutzer\*innen zur Schaffung und Fortschreibung jener öffentlichen Sphäre beitragen, die es ihnen ermöglicht, ihren Werten und Vorstellungen von gesellschaftlichem Zusammenleben und ihrem Demokratieverständnis entsprechend politisch-gesellschaftlich zu agieren. Die relevanten Qualitätskriterien spiegeln dann jene normativen Standards wider, die mit der jeweiligen Auffassung von Demokratie und demokratischer Öffentlichkeit in Einklang sind. Das heißt nichts anderes, als dass der Zugang der Menschen zu den Medien in einem größeren soziologischen Kontext zu sehen ist als nur mit Blick auf die inhaltliche Beschaffenheit einer Medienbotschaft oder auf die Psychologie der Mediennutzer\*innen: Es bedarf der Einbeziehung ihrer sozialen und gesellschaftlichen Einbettung sowie ihres Verständnisses von der sie umgebenden politischen und

gesellschaftlichen Ordnung (vgl. auch Dahlgren 1991, 1995, 2003). Entsprechend äußern sich Coleman und Kollegen (2012): „If a majority of news consumers are left feeling like outsiders, hearing words and seeing images, without any meaningful context or realistic expectation that they will be able to act upon such information, not only news consumption, but democratic citizenship itself, comes to be experienced as a spectator act.“ (ebd.: 45)

Dem Hinweis von Hasebrink (2011) folgend, dass eine umfassende Publikumsforschung in der Lage sein sollte, die Interessen und Bedürfnisse der Nutzer\*innen aufzudecken, die auf diese Weise von den Medienmacher\*innen berücksichtigt werden, wurde für den vorliegenden Forschungszusammenhang ein Konzept entwickelt, das nutzungszentriert und ganzheitlich (das heißt: von den übergreifenden Informationsrepertoires ausgehend) die Erwartungen der Nutzer\*innen mit der aus der Demokratietheorie abgeleiteten normativen Perspektive und den genutzten tagesaktuellen Informationsangeboten in Relation setzt (Kapitel 2.2.4.4; Abbildung 2.4; zur Evaluierung Kapitel 6.2). Da diese Dimension bisher nicht systematisch (vgl. Hasebrink 2011; McQuail und Deuze 2020) und differenziert nach divergenten Auffassungen von Demokratie und demokratischer Öffentlichkeit untersucht wurde, sah das Konzept ein Mehrmethodendesign für eine empirische Untersuchung vor (vgl. Kapitel 4 und Kapitel 5). Inwieweit damit der Anspruch der vorliegenden Dissertation einen Beitrag zu einer demokratietheoretisch fundierten Qualitätsforschung zu leisten, eingelöst werden konnte, soll im Folgenden anhand der zentralen Ergebnisse diskutiert werden: Die Basis aller empirischen verknüpfenden Untersuchungsschritte bildete die Identifikation der in Österreich vorfindbaren Informationsnutzungsklassen. Mithilfe einer latenten Klassenanalyse ließen sich anhand des für die österreichische Bevölkerung repräsentativen Datenmaterials des *Reuters Digital News Reports* (2019) fünf Informationsnutzungsklassen mit *distinkten Nutzungsmustern* ermitteln.

Die größte Klasse mit einem Anteil von fast 34 % bilden jene Nutzer\*innen, die weiterhin auf die „klassischen“ Medientypen zur Deckung ihres täglichen Informationsbedarfs setzen: Zeitung, Fernsehen und (deutlich geringer) Radio. Über die Hälfte der dieser Nutzungsklasse Angehörigen ist über 55 Jahre alt; politisch lassen sie sich gegenüber allen anderen Nutzungsklassen etwas weiter rechts verorten und ihr Interesse an Nachrichten und Politik liegt im Vergleich zu allen anderen Nutzungstypen im mittleren Bereich (wie auch hinsichtlich sämtlicher anderer soziodemografischer Merkmale). Sie wurden – in Anlehnung an in früheren Studien verwendete Typenbezeichnungen (u.a. Edgerly et al. 2018; Courtois et al. 2014) – *Traditional News User* genannt. So haben Lengauer und Kollegen in der letzten fundierten, 2008 durchgeführten und methodisch ähnlich aufgebauten Studie, von

„informationsaffinen, politikinvolverten Traditionalisten“ gesprochen (Lengauer et al. 2012.: 78), die auch in ihrer Studie mit 39 % die größte Klasse bildeten. Vergleicht man die damalige Klassifizierung mit der aktuellen, so fällt auf, dass die Anzahl der Informationsnutzungsklassen von vier auf fünf gestiegen ist. wobei die vier in beiden Analysen ermittelten Klassen sowohl in ihrer Mediennutzung als auch in soziodemografischen Charakteristika sehr ähnlich sind. Die neu hinzugekommene Klasse dürfte aus den *Traditional News Usern* hervorgegangen sein, da sie mit diesen die Vorliebe für die „klassischen“ Informationsmedientypen teilt und sich in ihrer Mediennutzung nur dahingehend unterscheidet, dass sie kaum Zeitungen liest: Das war 2008 in einer „newspaper-centric society“ wie der österreichischen (Norris 2000: 85) noch undenkbar. Diese Nutzungsklasse fokussiert auf den Rundfunk, dies aber in einem vergleichsweise geringeren Ausmaß. Abhängig davon, welches dieser beiden Charakteristika man betonen möchte, könnte man sie als *Light Traditional User* oder, dem Aufbau der Namensgebung in internationalen Typologien entsprechend (z.B. Courtois et al. 2014), als *Broadcast News User* bezeichnen. In der vorliegenden Studie wurden sie daher verknüpfend zu *Light Traditional (Broadcast) News Usern*. Sie sind jünger als die erstgenannte Klasse, dominierend weiblich, weniger gebildet, mit geringerem Einkommen und relativ geringem Interesse an Nachrichten und Politik. Diese 2008 noch nicht nachweisbare Nutzungsklasse ist heute mit einem Anteil von knapp über 25 % die zweitstärkste Nutzungsklasse. Zusammen mit den *Traditional News Usern* beträgt der Gesamtanteil der beiden an traditionellen Nachrichtenmedien orientierten Nutzungsklassen fast 60 %. Dieser hohe Anteil spricht für eine in Österreich weit verbreitete konventionelle Mediennutzung. Das stimmt auch mit den Ergebnissen aus 2008 überein, aber damals war das Informationsrepertoire der neben den „informationsaffinen, politikinvolverten Traditionalisten“ hier zuzuordnenden „informationsinteressierten, politiknahen Etablierten“ breiter angelegt und – wie schon in den Bezeichnungen deutlich wird – mit einem höheren Interesse an Nachrichten und Politik verbunden. Die letztgenannte 2008 beobachtete Nutzungsklasse ist von 33 % auf 7 % geschrumpft. Die in dieser Studie verwendete Bezeichnung als *Heavy News User* (Trilling und Schönbach 2013) macht deutlich, dass das weiterhin breit angelegte Repertoire traditioneller Informationsangebote um Onlineangebote ergänzt worden ist.

Gemeinsam mit den *Online News Usern* (angelehnt an Mangold et al. 2017), denen ein Anteil von knapp 15 % zukommt, bilden die *Heavy News User* die beiden am schwächsten besetzten Nutzungsklassen. Ihre Informationsrepertoires unterscheiden sich insofern, als die *Online News User* die Onlineangebote von Zeitungen und Magazinen deutlich gegenüber ihrer Print-Version bevorzugen und auch die Onlineangebote von Rundfunkanstalten unter allen

Nutzungsklassen verstärkt in Anspruch nehmen. Zugleich steht traditionelles Fernsehen weiterhin hoch im Kurs. Dazu passt eine enorm hohe Nutzung sozialer Medien als Nachrichten- bzw. Informationsquellen (die leider nicht Gegenstand der beiden Inhaltsanalysen 2014 und 2018 waren). Für Lengauer und Kollegen (2012) sind sie die „Modernen“ (79). Die *Heavy News User* ziehen hingegen mit hoher Wahrscheinlichkeit alle Medientypen zur Befriedigung ihres Informationsbedürfnisses heran, weshalb Mourão und Kollegen (2018) von „news junkies“ (1951), Edgerly und Kollegen (2018) von „news omnivores“ (204) sprechen. In beiden Klassen ist das Interesse an Nachrichten und Politik hoch, in beiden überwiegen gut gebildete Männer höherer Altersgruppen, die über ein höheres Einkommen verfügen. Die *Heavy News User* weisen diese Merkmale am stärksten von allen Nutzungsklassen auf. Politisch sind sie die „am wenigsten rechts positionierte Klasse“ (wobei sich keine der identifizierten Nutzungsklassen links der Mitte des politischen Spektrums verorten ließ). Während Nachrichtennutzung und soziodemografische Merkmale mit den von Lengauer et al. (2012: 79) beschriebenen „Modernen“ und „Etablierten“ weitgehend vergleichbar sind, treffen deren Charakterisierungen als „informationsinteressiert“ und „politiknah“ zwar weiterhin in besonderem Maße auf die *Heavy News User* zu, aber auch auf die *Online News User*, die 2008 als „informationsdistant“ und „politikfern“ galten (Lengauer et al. 2012: 79). Da Lengauer und Kollegen das Interesse an Politik an „Wahlen oder Bindung an Parteien“ festmachten (ebd.), kann dies ein Indiz sein für eine Korrelation zwischen gesellschaftlichem und technologischem Wandel, der die zunehmende Nutzung von Online-Medien in Zusammenhang mit einem sich wandelnden Politik- und Demokratieverständnis stellt, das nicht mehr den tradierten liberal-repräsentativen Vorstellungen entspricht (vgl. dazu auch Kapitel 2.2.4.1 bzw. Bennett und Segerberg 2013; Beaufort und Seethaler 2014, 2020). Der Anteil dieser Nutzungsklasse hat sich in dem Jahrzehnt, das zwischen den beiden Untersuchungen liegt, fast verdoppelt. Dennoch – und das muss aus demokratischer Perspektive als Alarmsignal gewertet werden – ist der gemeinsame Anteil von *Heavy* und *Online News Usern* als jenen beiden Klassen, in der heute die am stärksten informationsaffinen Nutzer\*innen zu finden sind, mit 22 % denkbar klein.

Ähnlich groß (nahezu 20 %) ist die Nutzungsklasse jener, die sich durch besonders geringes Interesse an Nachrichten und Politik charakterisieren lässt und mit einer entsprechend niedrigen Wahrscheinlichkeit einen oder mehrere primäre Medientypen speziell für die Nachrichtennutzung wählt. Am ehesten ist das noch eine Online-Zeitung, seltener ein Print-Produkt. Personen, die dieser Klasse angehören, sind *Light News User* – so die gewählte Bezeichnung. Auch jene 6 % der Befragten, die vorbrachten, oft Nachrichten zu verweigern, sind dieser Nutzungsklasse zugehörig – zudem sind die beiden jüngsten Altersgruppen

zwischen 18 und 34 Jahren hier am stärksten vertreten. Hinsichtlich Bildung und Einkommen ist diese Nutzungsklasse jener der *Light Traditional (Broadcast) News User* vergleichbar, deren sozioökonomischer Status der in Relation schwächste ist. Lengauer et al. (2012: 80) sprechen von „informationsabstinenten, politikverdrossenen Unterprivilegierten“. Ihr Anteil ist seit 2008 kaum verändert.

Die Anzahl der wahrscheinlich zur Befriedigung des Informationsbedürfnisses herangezogenen primären Medientypen als Indikator für die Breite der Informationsrepertoires beträgt sechs bei den *Online News Usern*, neun bei den *Heavy News Usern*, aber nur drei bei den *Traditional News Usern*, zwei bei den *Light Traditional (Broadcast) News Usern* und einer bei den *Light News Usern*. Dieses Bild wird aussagekräftig, wenn man sich die Binnenstruktur der fünf Nutzungsklassen anhand der genutzten Angebotstypen ansieht: Bei den *Traditional News Usern* wird nur der öffentlich-rechtliche Rundfunk und die Boulevardpresse übergreifend von allen Sub-Klassen genutzt; bei den *Light Traditional (Broadcast) News Usern* trifft dies auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu; und bei den *Light News Usern* findet sich – wie schon 2008 bei den „informationsabstinenten, politikverdrossenen Unterprivilegierten“ (Lengauer et al. 2012: 80) – als größte Gemeinsamkeit die Boulevardpresse, aber auf einem weitaus niedrigeren Wahrscheinlichkeitsniveau. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Boulevardpresse prägen aber auch das gemeinsame Nutzungsverhalten der *Online* und *Heavy News User*, in der erstgenannten Klasse ergänzt um die Regionalpresse, in der letztgenannten um Regional- und überregionale Presse.

Auf der Ebene der konkreten, für die tagesaktuelle Information herangezogenen Medienangebote ist die erwartbare starke Stellung des *ORF* quer über vier der fünf Klassen hinweg augenfällig erkennbar. Gleiches gilt für die erwartbar hohe Bedeutung der *Kronen Zeitung* (in Print oder online) in den vier, die Boulevardpresse bevorzugenden Klassen. An der seit den 1970er Jahren andauernden dominierenden Position zweier Medienmarken (Lengauer et al. 2012; Stark und Karmasin 2009) hat sich also nichts geändert – trotz der Dualisierung des Rundfunkmarktes, der Diversifizierung des Printsektors durch Gründung mehrerer Gratiszeitungen und der bei den Onlineangeboten (im Vergleich zu offline) noch geringeren Marktkonzentration (Seethaler und Beaufort 2020). In keiner Nutzungsklasse gehört der private Rundfunk zum klassenintern unumstrittenen Informationsrepertoire, und überregionale Angebote wie *Der Standard* wurden (Lengauer et al. 2012: 77) und werden nur wenig genutzt. Demgegenüber hat sich die rund um eine Gratiszeitung etablierte Marke *Österreich* in zwei Nutzungsklassen (*Traditional News User* und *Online News User*) mit einem Gesamtanteil von fast 40 % durchgesetzt. Im Sinne des demokratischen Pluralitätsanspruchs stimmt es

nachdenklich, dass vier Angebote des *ORF* die einzigen Medienangebote sind, die von den *Light Traditional (Broadcast) News Users* gemeinsam genutzt werden, und dass es ausschließlich die Online- und Printversionen der *Kronen Zeitung* sind, auf die das für *Light News User* zutrifft. Bedenkt man, dass der Anteil beider Nutzungsklassen zusammen rund 45% ausmacht, so heißt das, dass beinahe die Hälfte der Österreicher\*innen über ein sehr schmales Informationsrepertoire verfügt.

Die Prämissen für ein funktionierendes demokratisches Mediensystem sind also, das zeigen die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung zu den *Informationsrepertoires der Österreicher\*innen* in aller Deutlichkeit, nicht optimal. Umso unerlässlicher sind Antworten auf die Frage nach der für eine demokratische Gesellschaftsordnung erforderlichen Qualität der angebotenen Medieninhalte und ihrer Relation zu den Erwartungen, die Nutzer\*innen an die Medien haben: Denn nur wenn beide Seiten einander weitgehend entsprechen und die Medien an dieser Entsprechung arbeiten, kann das Vertrauen in die essentielle Rolle der Medien in einer demokratischen Öffentlichkeit gestärkt werden. Die Beantwortung dieser Frage ist nur durch die Anbindung der Angebots- und Nutzungsdimension an die aus der Demokratietheorie begründeten Qualitätsanforderungen zu leisten. Der theoriegeleitete Forschungsweg bis hin zur Operationalisierung folgte gemäß einem für den vorliegenden Forschungszusammenhang entwickelten heuristischen Stufenmodell zur normativen Medienqualitätsforschung (vgl. Abbildung 2.4; Kapitel 2.2.4.4), dessen Potential für eine generalisierte, normative Medienqualitätsforschung zukünftig abzuschätzen wäre. Für diese Untersuchung galt es, die theoriegeleitet operationalisierten normativen Anforderungen zu den Erwartungen aus der Perspektive der Nutzer\*innen und den Inhalten der genutzten Informationsangebote in Beziehung zu setzen (und letztere auch zeitlich vergleichend zu untersuchen) – dieses dem nutzungszentrierten, ganzheitlichen und relationalen Zugang entsprechend: differenziert nach Informationsnutzungsklassen und den dort vorzufindenden Demokratieverständnissen (vgl. Kapitel 4.2 und Kapitel 5.2). Dafür wurde ein Untersuchungsinstrument entwickelt, das – die unterschiedlichen Vorstellungen von demokratischer Medienleistung differenzierend – Funktionen, Qualitätsdimensionen und definierte Qualitätsmerkmale aufeinander bezieht (vgl. Kapitel 4.3.1.4).

Demgemäß ließen sich im ersten Schritt auf Seiten der Nutzer\*innen, basierend auf den Daten des *Reuters Digital News Report 2019* und mithilfe einer auf der *latenten Klassenanalyse* aufbauenden Regressionsanalyse, fünf *Funktionserwartungen* differenzieren, die, wie in *These 1* erwartet, eine Zuordnung der Nutzungsklassen zu den beiden Formen eines liberal-repräsentativen und partizipatorischen Demokratieverständnisses erlaubten, sodass sich die

Funktionserwartungen entsprechend den divergenten Auffassungen von Demokratie unterscheiden ließen. Der Stellenwert dieser Funktionserwartungen für jede der Nutzungsklassen wurde dadurch ermittelt, dass sie, den Empfehlungen der einschlägigen Forschung folgend, in Beziehung zum Vertrauen in die Nachrichtenquellen als unverzichtbare Prämisse der Anerkennung ihrer Rolle in einer demokratischen Öffentlichkeit gesetzt wurden (u.a. Wolling 2003; Coleman et al. 2012; Strömbäck et al. 2020). Das Vertrauen liegt zumeist im mittleren Bereich einer 5-stufigen Skala: Die *Traditional News User* haben – kaum überraschend – größeres Vertrauen, die eher informations-aversen *Light News User* weniger. Die Ergebnisse der Analyse zeigen, dass die *Heavy News User* das stärkste liberal-repräsentative Profil aufweisen, gefolgt von den *Traditional Light (Broadcast)* und den *Traditional News Usern*. Die *Light News User* neigen zu einer partizipatorischen Auffassung, die schließlich bei den *Online News Usern* stark ausgeprägt ist. Auf liberal-repräsentativer Seite waren (mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen in den einzelnen Nutzungsklassen) sowohl die Informationsfunktion im Sinne der Vermittlung gesellschaftlich relevanter Nachrichten und eines Negativismus vermeidenden professionellen Stils als auch die Kontrollfunktion der Medien die für das Vertrauen ausschlaggebenden Faktoren. Auf partizipatorischer Seite waren dies die Orientierungsfunktion im Sinne einer Verständnis- und Einordnungsleistung als auch die Informationsfunktion im Sinne persönlich relevanter Nachrichten; ein Negativismus vermeidender professioneller Stil der Informationsvermittlung war von geringer Bedeutung. Von den partizipatorisch gesinnten *Online News Usern* und den liberal-repräsentativ geprägten *Heavy News Usern* abgesehen, finden sich vereinzelt partizipatorische Elemente bei den *Traditional Light (Broadcast) Usern* und vor allem bei den *Traditional News Usern* sowie vice versa vereinzelt liberal-repräsentative Elemente bei den *Light News Usern*. Diese Elemente ändern nichts an der grundsätzlichen Ausrichtung der Nutzungsklassen, zeigen aber, wie komplex Nutzungsverhalten sich gestaltet, und wie wichtig es für Wissenschaft und Medienpraxis ist dieses zu kennen.

Der nächste Schritt der Untersuchung stellte die Relation zwischen den nach Nutzungsklassen differenzierten Erwartungen der Nutzer\*innen an die demokratischen Funktionen der Medien und der demokratischen Qualität des tagesaktuellen Informationsangebots jener Medien her, die klassenspezifisch zur Erfüllung des Informationsbedürfnisses herangezogen werden (vgl. Kapitel 4.3 und Kapitel 5.3). Gemäß des über die demokratietheoretisch normativen Qualitätsdimensionen führenden Links zwischen Nutzungs- und Angebotsseite wurden die Qualitätsdimensionen Relevanz, Vielfalt und Professionalität so operationalisiert, dass sich demokratietheoretisch begründete Merkmale

einer liberal-repräsentativ bzw. einer partizipatorisch qualitätvollen Berichterstattung differenzieren ließen. Mit punktuellen Ausnahmen lässt sich anhand der für die Nutzungsklassen bedeutsamen Funktionen die in *These 2* vermutete Entsprechung von Nutzungs- und Angebotsseite, differenziert nach den beiden divergenten Verständnissen von Demokratie und Öffentlichkeit, bestätigen. Alle Nutzungsklassen sehen ihre liberal-repräsentativen bzw. partizipatorischen Vorstellungen von demokratischen Medienfunktionen weitgehend von der Berichterstattung der Medienangebote ihres jeweiligen Informationsrepertoires unterstützt. Das kann mit aller Vorsicht als ein hinsichtlich der gesellschaftlichen Relevanz der Forschungen positiver Befund gewertet werden: Aus den Ergebnissen dieser Studie kann man nämlich nicht zwingend ableiten, dass, wie die *Mediamalaise-These* behauptet (vgl. zusammenfassend Wolling 2006b; Schuck 2017), die Art und Weise, wie Medien über Politik berichten, nicht intendierte negative Auswirkungen auf die Gesellschaft hätte (wie Politikverdrossenheit oder Unzufriedenheit). Wie weiter oben angemerkt, ist die Gruppe der informations-aversen und politik-distanten *Light News User* seit 2008 nicht angewachsen.

Dennoch ist es aufschlussreich, einen Blick auf die erwähnten Ausnahmen zu werfen. So trägt, abweichend von ihrer Grundhaltung, auch bei den *Heavy News Usern* ein steigender Anteil von Frauen als zentrale Akteure in den Medienbeiträgen zu einer zunehmenden Bedeutung der individuellen Relevanz der Berichterstattung bei, während *Online News User* entgegen ihrer sonstigen Wertschätzung eines emotional gefärbten Stils ein Mehr an Sachlichkeit im Sinne der Ausübung der Kontrollfunktion für förderlich erachten, wenn auch statistisch nicht signifikant – was im Übrigen auch bei den eher partizipatorisch orientierten *Light News Usern* zu beobachten ist. Ein Mehr an Emotionalität und eine verständnisorientierte Kontextualisierung der berichteten Geschehnisse, auch im Sinne eines Empowerments – also Merkmale partizipatorischer Medienqualität –, beeinflussen hingegen die Erwartungen der *Traditional News User* an die Informations- und Orientierungsfunktion der Medien; der letztgenannte Zusammenhang gilt auch für die liberal-repräsentativen *Light Traditional (Broadcast) News User*. Insgesamt sind also partizipatorische Elemente stärker in einem liberal-repräsentativen Ansatz vertreten als umgekehrt. Diese Beobachtung, aber auch das Anwachsen der partizipatorischen „Hard Core“-Klasse der *Online News User* stehen im Einklang mit dem gesellschaftlichen Wertewandel, der zu einer größeren Bedeutung eines partizipatorischen Demokratieverständnisses beiträgt (u.a. Glavanovits et al. 2019).

Dies leitet zum letzten Schritt der Untersuchung über, der darüber Auskunft geben sollte, ob es, wie in *These 3* formuliert, im Zeitverlauf zu inhaltlichen Fokusverschiebungen in

den Informationsrepertoires der Nutzungsgruppen gekommen ist, bezogen auf deren Erwartungen. Unter Verwendung eines 2014 erhobenen inhaltsanalytischen Datensatzes zur *Qualität des tagesaktuellen Informationsangebots der österreichischen Medien* zeigte sich, dass zwischen 2014 und 2018 die meisten für die Funktionserwartungen der Klassen relevanten liberal-repräsentativen Qualitätsmerkmale der Informationsrepertoires signifikant zugenommen haben (mit Ausnahme des sich zugunsten der Opposition verschiebenden Verhältnisses Regierung-Opposition, was durchaus auch mit Blick auf die 2018 regierende, nicht unumstrittene Koalition der *Neuen Volkspartei* mit der *Freiheitlichen Partei* erklärt werden könnte). Vice versa ist zwar das für die Orientierungsfunktion relevante partizipatorische Merkmal der Kontextualisierung ebenfalls stärker in der Berichterstattung vertreten, aber nicht in allen Informationsrepertoires signifikant; die insbesondere für die *Light News User* im Sinne einer Orientierung relevante Konnektivität ist sogar signifikant gesunken. Der Anteil der Beiträge mit Frauen als zentrale Akteure (als Merkmal einer partizipatorisch verstandenen Informationsfunktion) hat schließlich trotz signifikanter Zunahme lediglich 14 % erreicht – ein Wert, von dem man nicht erwarten kann, dass er mit einer nennenswerten Ermutigung der Nutzer\*innen zur diskursiven Teilhabe einhergehen kann. Die in *These 3* erwarteten Fokusverschiebungen in den Informationsrepertoires treffen also insofern zu, als liberal-repräsentative Erwartungen im Zeitvergleich weitgehend besser bedient werden, während ein partizipatorisches Verständnis der Medienfunktionen nur partiell durch die jeweils genutzten Informationsangebote stärker gestützt wird. Ohne daraus einen Trend ableiten zu können oder zu wollen, ist darin eine gegenläufige Entwicklung bezogen auf den gesellschaftlichen Wandel erkennbar, den es für Wissenschaft und Medienpraxis im Interesse einer demokratischen Öffentlichkeit gilt im Auge zu behalten.

Diese Rolle der Medien in einer demokratischen Öffentlichkeit angesichts der gegenwärtigen, von vielen Seiten als dramatisch beschriebenen gesellschaftlichen und medien(nutzungs-)strukturellen Veränderungen im Hinblick auf die in und für eine Demokratie erforderliche Qualität der journalistischen Beobachtungs- und Kommunikationsleistung untersuchen zu wollen, stand am Beginn der vorliegenden Studie. Da die einem andauernden Wertewandel geschuldeten gesellschaftlichen Veränderungen aber auch das Verständnis dessen, was *Demokratie* bedeutet, berühren und das in den Verfassungen der meisten westlichen Staaten festgeschriebene liberal-repräsentative Verständnis in seiner Alleingeltung in Frage stellen, ging die Studie von der Prämisse aus, dass die beiden in der Gesellschaft beobachtbaren grundlegenden Demokratieverständnisse, das liberal-repräsentative und das partizipatorische, mit divergenten normativen Vorstellungen einhergehen, wie sich

Öffentlichkeit konstituieren soll, woraus sich spezifische Rollenzuschreibungen an die Medien ergeben. Wie die Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse zeigen, finden sich diese unterschiedlichen Demokratieverständnisse – gemäß der forschungsleitenden Fragestellung – sowohl bei den Mediennutzer\*innen als auch in den Informationsangeboten der Medien wieder. Auf Nutzungsseite spiegeln sie sich in den Funktionserwartungen wider, die die Nutzer\*innen an die Medien haben, und zwar derart, dass sich die nach primären Medientypen zur Befriedigung des Bedürfnisses nach tagesaktueller Information differenzierten Nutzungsklassen nach unterschiedlichen und unterschiedlich stark ausgeprägten Funktionserwartungen beschreiben lassen, die den Demokratieverständnissen entsprechen. Diesen Funktionserwartungen entspricht auf der Angebotsseite die Qualität der Medienangebote der einzelnen Informationsrepertoires, deren Merkmale ebenso aus den Demokratieverständnissen ableitbar sind. Die in dieser Studie erstmals auf eine integrative Analyse von Nutzungs- und Angebotsseite angewandte Differenzierung einer demokratietheoretischen Grundlegung der Medienqualitätsforschung hat sich also durchgängig bewährt.

## 6.2 Evaluierung des methodisch-konzeptionellen Vorgehens

### 6.2.1 Zum konzeptionellen Vorgehen

Unterschiedliche Demokratieverständnisse gehen mit divergenten normativen Vorstellungen einher, wie sich demokratische Öffentlichkeit konstituieren soll. Daraus definieren sich spezifische Rollenbilder für die Medien, die wiederum gemäß spezifischer Anforderungsprofile differenziert werden können: Denn Medien sollen im Interesse einer demokratischen Öffentlichkeit spezifische Funktionen erfüllen. Deren Erfüllungsgrad aus demokratietheoretischer Perspektive kann am journalistischen Produkt, sohin auf der Inhaltsebene der Informationsangebote gemessen werden, und zwar anhand von spezifischen Qualitätsdimensionen, die zur Evaluierung der Angebotsqualität herangezogen werden können (mittels Qualitätsmerkmalen und deren Ausprägungen). Dieser hier resümierte Gedankengang steht hinter der Konzeption eines heuristischen Stufenmodells zur theoriegeleiteten, normativen Medienqualitätsforschung (vgl. Abbildung 2.2 und Abbildung 2.4), das drei Zielsetzungen verfolgt:

- (1) Es möchte einen Beitrag zu mehr Generalisierbarkeit der Medienqualitätsforschung leisten. Angesichts der „geradezu verwirrenden Überfülle an Ansätzen und Modellen“ sollen mithilfe dieses Modells die Standards für publizistische Leistungen explizit oder implizit „aus den Wesensmerkmalen der Demokratie“ hergeleitet werden können (Weiß et al. 2016:

- 28). Es hält – ausgehend von einem einheitlichen Bezugsrahmen – zur strukturierten Reflexion der jeweiligen Differenzierungen an, die aus der normativen Perspektive auf jeder einzelnen Analyseebene erfolgen müssen, und es strukturiert auf diese Weise theoriegeleitet den Forschungsprozess. Ein mithilfe dieses Stufenmodells erstelltes Untersuchungsinstrument ist – solange sich die zugrunde liegende Gesellschaftsordnung und die daraus abgeleiteten theoretischen Prämissen nicht wesentlich verändern – generalisiert anwendbar (zur Veränderung siehe Punkt (3)). Es geht also nicht um einen Versuch, die Reihe der bestehenden Modelle um ein weiteres zu verlängern, sondern vielmehr darum, einen konzeptionellen Rahmen zu formulieren, der die Verortung der bestehenden und vielleicht auch zukünftigen Studien und damit eine vergleichende Einschätzung ihrer theoretisch-methodischen Prämissen und ihrer Ergebnisse ermöglicht.
- (2) Das Modell erlaubt weiters – ausgehend von einem zentralen normativen Reflexionsstrang – die in der Medienqualitätsforschung häufig getrennt behandelten Nutzungs- und Angebotsdimensionen in strukturierter Weise (ohne dafür unterschiedliche Analyse-Ebenen vermengen zu müssen) an die jeweiligen Analyseebenen anzuknüpfen und ermöglicht so eine mehrdimensionale Integration unterschiedlicher Forschungsstränge – eine Zusammenführung unter einem konzeptionellen Dach. Dabei werden keine Vorgaben gemacht, welche Funktionen zu erfüllen sind – sondern bleibt das Ziel die strukturierende, integrierende Analyse: Welche Funktionen werden erwartet, welche erfüllt? Der normative Reflexionsstrang fungiert dabei als Maßstab einer demokratischen Begründung.
- (3) Die Rückbindungsmöglichkeiten auf jede Analyse-Ebene (Pfeile) beziehen Wandel ein: Damit hält das Modell eine normative Grundlegung aufrecht, begreift aber die Norm – wie Hasebrink (2007) am „Public Value“ des öffentlich-rechtlichen Rundfunks darlegt – als „Ergebnis eines Verständigungsprozesses, der alle relevanten Stakeholder einbezieht und zugleich flexibel genug ist, um auf die sich ändernden gesellschaftlichen Bedingungen rasch mit entsprechend angepassten gesellschaftlichen Zielsetzungen reagieren zu können“ (ebd.: 42). Im vorliegenden Forschungszusammenhang war die theoretische Ausgangsannahme, dass Demokratie nichts ein-für-allemal Festgeschriebenes und Statisches ist, sondern seit der griechischen Antike mehrere, sich kontinuierlich weiterentwickelnde Demokratieverständnisse existieren (Held 2006). Das Stufenmodell erlaubt sodann durch strukturierende Reflexion die sich daraus ergebenden unterschiedlichen Vorstellungen, wie sich Öffentlichkeit konstituieren soll, welche spezifische Rolle den wiederum mit spezifischen Anforderungsprofilen verbundenen Medien zukommt, usw., systematisch und flexibel zu konzeptualisieren.

Die theoretische Fundierung und methodische Umsetzung der vorliegenden Untersuchung zeigt eine mögliche Anwendung dieser Heuristik (Abbildung 2.4; Tabelle 2.5; Kapitel 4.3.1.4). Nun könnte dieses Modell – je nach Forschungsinteresse – erweitert bzw. flexibel konfiguriert werden. Zum Beispiel könnten auf der Angebotsseite journalistische Rollenverständnisse oder auch Normen ergänzt werden; in der Nutzungsdimension könnte eine Differenzierung unterschiedlicher Rollenverständnisse erfolgen, verbunden mit entsprechenden spezifischen Ableitungen, usw. Es ist in seiner jetzigen Version im Zuge der integrativen Strukturierung und Operationalisierung der vorliegenden Arbeit entstanden und wird hier nur insoweit vorgestellt. Das weitere Potential wäre abzuschätzen.

### 6.2.2 Zur methodischen Umsetzung

Ausgehend von einer Bestimmung der Informationsnutzungsklassen und ihrer Informationsrepertoires stand die empirische Untersuchung vor einer mehrfachen Herausforderung: die Erwartungen der einzelnen Nutzungsklassen an die demokratischen Funktionen der Medien zu ermitteln; die Qualitätsdimensionen zu definieren, die mit der Erfüllung dieser Funktionen verknüpft sind; und die diese Dimensionen beschreibenden Qualitätsmerkmale aus normativer Perspektive abzuleiten, um sie sowohl einer Evaluierung der Angebotsqualität in Relation zu den Erwartungen der Nutzer\*innen als auch einer zeitvergleichenden Analyse der Angebotsqualität zugrunde legen zu können. Dazu wurde ein Mehrmethodendesign erarbeitet, das statistisch anspruchsvolle Auswertungstechniken von Umfragedaten mit theoriegeleiteten inhaltsanalytischen Verfahren verbindet. Sowohl auf Nutzungs- als auch auf Angebotsebene galt es dabei Problemen, wie sie bei Sekundäranalysen häufig auftreten, so gut wie möglich zu begegnen<sup>35</sup>. Ungeachtet dessen ist die Repräsentativität der Daten sowohl für die Nutzungs- als auch für die Angebotsseite ein großer Vorteil des Rückgriffs auf große Datenpools.

---

<sup>35</sup> Einige dieser Probleme, insbesondere im Hinblick auf die Vergleichbarkeit der Inhaltsanalysen 2014 und 2018, konnten durch vielfältige Nach- und Re-Codierungen behoben werden. Die Kriterien, die für die Auswahl der Datensätze aus beiden Datenpools definiert wurden, um Vergleichbarkeit sicherzustellen, sind in Kapitel 4.3.2 detailliert beschrieben. Trotz zumeist zufriedenstellender Reliabilitätstests in beiden Projekten bleibt dennoch die Problematik bestehen, dass die Codierungen unter unterschiedlichen Zielsetzungen, nach unterschiedlichen Codebüchern und mit demografisch unterschiedlich zusammengesetzten Teams (2018: Studierende, 2014: Vertreter\*innen mehrerer Alters- und Berufsgruppen) erfolgt sind. Das unterstreicht (einmal mehr) die Notwendigkeit von langfristig plan- und finanzierbaren Projekten, da stabile Rahmenbedingungen die Validität solcher Forschungen erhöhen.

Wenn Demokratie ohne „einen guten und unabhängigen Informationsjournalismus nicht möglich“ ist, weil „die Konsumenten dieses Journalismus [...] gleichzeitig die Bürgerinnen und Bürger dieser Demokratie [sind], die ohne medienvermittelte Öffentlichkeit nicht funktioniert“ (fög 2012: 9), dann geht es darum konkret in Erfahrung zu bringen, welche Medien die Bürger\*innen primär „konsumieren“, also „welchem Journalismus [sie] sich aussetzen“ (ebd.) und mit welcher Qualität sie konfrontiert sind. Da aber bloße Reichweitzahlen nicht darüber Auskunft geben, wer welche Medienangebote mit welcher Intention nutzt, und in einem „high-choice media environment“ (Van Aelst et al. 2017: 3) überdies die Zahl der Wahl- und Kombinationsmöglichkeiten steigt, bedurfte es eines Zugangs, der die (der Zielsetzung der Arbeit inhärente) Notwendigkeit, die *Gesamtheit der von bestimmten Personengruppen regelmäßig zur Informationsgewinnung genutzten Medien* analysieren zu können, in den Blick nimmt: Genau darin liegt die Leistung des Medienrepertoireansatzes (vgl. u.a. Hasebrink und Popp 2006; Hasebrink und Hölig 2013).

Zur Identifizierung der in Österreich existierenden Informationsnutzungsklassen und deren Informationsrepertoires, wurde ein 3-stufiges Verfahren realisiert. Auf der ersten Stufe wurden die Informationsnutzungsklassen auf der Basis der für eine „allgemeine Weltbeobachtung“ (Hasebrink 2016: 12) gewählten primären Medientypen bzw. -gattungen ermittelt. Dieser in der Medienrepertoireforschung häufig eingeschlagene Weg folgt dem Ansatz des hierarchischen Entscheidungsverhaltens, der eine langfristig wirksame Medienorientierung von einer stärker situativ (mit)bedingten Medienzuwendung unterscheidet (vgl. Weibull 1985; McQuail 1997; Seufert und Wilhelm 2014). Das heißt, dass langfristig stabile Faktoren – wie soziokulturelle Prägungen oder die Strukturen des Mediensystems – die Priorisierung bestimmter Mediengattungen zur Befriedigung spezifischer Bedürfnisse beeinflussen. Die Nutzungsklassen wurden auf der Grundlage der vom *Reuters Institute* der Universität Oxford in Zusammenarbeit mit dem *Fachbereich Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg* zur Jahreswende 2018/19 durchgeführten Umfrage für den *Digital News Report 2019* ermittelt. Als Verfahren wurde die latente Klassenanalyse, eine Methode zur Charakterisierung von Personenunterschieden und zur Definition von Personengruppen, gewählt, da sie gegenüber der Clusteranalyse nicht nur zahlreiche Möglichkeiten der Verfahrensoptimierung bietet, sondern vor allem eine inferenzstatistische Absicherung der Ergebnisse erlaubt. Für diese und alle weiteren Berechnungen im Kontext der Medienrepertoireanalyse wurde die Software *LatentGOLD 5.1* verwendet. Bei der Benennung der gefundenen (und soziodemografisch beschriebenen) Informationsnutzungsklassen wurde versucht, so weit wie möglich auf Bezeichnungen zurückzugreifen, die in der einschlägigen

Literatur bereits Verwendung gefunden haben; aus diesem Grund sind sie auch in englischer Sprache. Es wäre jedoch wünschenswert einen Kriterienkatalog von Nutzungseigenschaften zu erstellen, die in bestimmten Kombinationen mit einer – dann verbindlichen – Bezeichnung verbunden sind.

Die so gebildeten Informationsnutzungsklassen wurden auf der zweiten Stufe auf ihre Binnenstruktur hin geprüft. Dem lag die Überlegung zugrunde, dass sich Personen, die zwar in der Wahl der primären Medientypen übereinstimmen, sich aber innerhalb dieser Medientypen aufgrund von vergleichsweise langfristig wirksamen, aber weniger stabilen Faktoren – wie persönlicher Geschmack oder die Erfahrung im Umgang mit Medien – für bestimmte *Angebotstypen* (Hasebrink und Schmidt 2013: 7) entscheiden, also für ein bestimmtes Genre, beispielsweise die Onlineplattform einer Boulevardzeitung oder eine bestimmte Organisationsform wie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. In der Kombination der beiden Auswahlstufen wird zum Beispiel erkennbar, ob einem traditionellen Medium der Markentransfer ins Internet gelungen ist. Abermals wurde mit latenten Klassenanalysen für jede der zuerst gebildeten Nutzungsklassen deren Binnenstruktur untersucht, wobei für jede der fünf Nutzungsklassen zwei bis drei Sub-Klassen zutage traten. Grundsätzlich wäre es spannend gewesen, diese Sub-Klassen dem weiteren Untersuchungsverlauf zugrunde zu legen, doch das hätte die verfügbaren Ressourcen bei weitem gesprengt, und so kann dieser Vorschlag nur auf die zukünftige Forschungsagenda gesetzt werden. Bei der Ermittlung der Informationsrepertoires wurden die Medienangebote allerdings entsprechend der Wahrscheinlichkeit, von der gesamten Klasse oder nur von einer Sub-Klasse genutzt zu werden, differenziert.

Diese Unterscheidung hat nicht nur zu aufschlussreichen Erkenntnissen über die Mediennutzung in Österreich geführt, die stark von marktstrukturellen Bedingungen wie die hohe horizontale und cross-mediale Konzentration sowie von medienpolitischen Entscheidungen wie die späte Dualisierung des Rundfunksektors geprägt ist, sondern bildete auch die Grundlage für die Entscheidung, die weitere Analyse auf jene Angebote aufzubauen, die von der Nutzungsklasse weithin gemeinsam und in überdurchschnittlichem Ausmaß genutzt werden. Bei der Ermittlung der Informationsrepertoires wurde eines der Probleme der sekundäranalytischen Auswertung von Umfragedaten deutlich: Wichtige österreichische Online-Medien, die hinsichtlich Unique Clients, Visits und Average Use Time zu den Top 12 gehören (wie *Vienna Online*)<sup>36</sup> waren nicht Teil der Datenbasis. Gleiches gilt für Fernsehsender wie *ProSieben Austria* oder *3sat*. Hingegen war eine Reihe eher unbedeutender Onlineanbieter

---

<sup>36</sup> Lt. Österreichischer Webanalyse ([www.oewa.at](http://www.oewa.at)), [01.07.2020]

im Fragebogen enthalten. Dadurch mögliche Verzerrungen dürften sich allerdings bezogen auf das Gesamtbild – auch aufgrund der hohen Konzentration des österreichischen Mediensystems – nicht stark ausgewirkt haben.

Auf der Differenzierung nach Informationsnutzungsklassen aufbauend, wurde theoriegeleitet – ausgehend von den im theoretischen Teil der vorliegenden Arbeit umfassend erörterten divergierenden Demokratieverständnissen – und gemäß des entwickelten heuristischen Stufenmodells (vgl. Abbildung 2.4; Kapitel 2.2.4.4; Kapitel 2.3.1.4; Kapitel 6.2.1) ein Untersuchungsinstrument entwickelt, das Medienfunktionen, Qualitätsdimensionen und Qualitätsmerkmale zueinander in Relation setzt (vgl. Kapitel 4.3.1.4). Im Hinblick auf die Medienfunktionen war es notwendig (und auch darin liegt ein Problem der Sekundäranalyse), sich auf die im Fragebogen des *Reuters Institutes* in fünf Fragen operationalisierten Medienfunktionen zu beschränken. Glücklicherweise entsprachen diese jenen Medienfunktionen, die sich theoriegeleitet und ausgehend von der dieser Studie zugrunde liegenden Differenzierung zwischen liberal-repräsentativen und partizipatorischen Demokratieverständnissen ableiten und ihrerseits entsprechend divergenter demokratischer Anforderungsprofile (Funktionserwartungen) differenzieren ließen. Zwar konnte mit den zur Verfügung stehenden fünf Fragen des *Reuters*-Fragebogens nicht das gesamte theoretisch begründete Spektrum, wie es in Kapitel 2.2.4.1 beschrieben ist, abgedeckt werden, wohl aber wesentliche Funktionen, die eine theoretisch begründete Differenzierung zwischen liberal-repräsentativer und partizipatorischer Funktionserwartung zuließen. Diese Funktionserwartungen – *Informations-*, *Kontroll-* und *Orientierungsfunktion* – sind kongruent zu den von Schatz und Schulz (1992) in ihrem Qualitätskonzept formulierten Dimensionen. Die Operationalisierung im Fragebogen des *Reuters Institute* erfolgte überdies im Sinn von Bewertungen, wenngleich eingeräumt werden kann, dass in die Evaluierung der Performanz von Anbietern die Erwartungen an diese Performanz einfließt, sodass die Interpretation dieses Konstrukts als Erwartung gerechtfertigt erschien. Dies umso eher, als der Fluchtpunkt, von dem her die Relevanz der Medienfunktionen für die einzelnen Nutzungsklassen bestimmt wurde, das Vertrauen in die Nachrichtenquellen als ein zentrales Moment der Nachrichtenmedien-nutzung in einem demokratischen Kontext ist. Insbesondere in Bezug auf Vertrauen spielt die normative Basis der Beurteilungskriterien eine nicht zu unterschätzende Rolle (Wolling 2003). Darüber hinaus bestätigten sowohl die plausible theoretische Herleitung als auch die schließlich sinnvoll interpretierbaren Befunde die Konstruktvalidität. Die hier vom *Reuters Institute* verwendete Frageformulierung fanden Strömbäck et al. (2020) in einem jüngst erschienenen Forschungsüberblick „vorbildlich“. Als statistisches Verfahren wurde eine auf der latenten

Klassenanalyse aufbauende Regressionsanalyse gewählt, in der die einzelnen Datensätze aller von Reuters befragten Personen den jeweiligen Nutzungsklassen zugeordnet waren, sodass die klassenspezifischen Einflüsse der Nutzungserwartungen auf das Vertrauen in die Medien in Relation der Nutzungsklassen zueinander gemessen werden konnten. Mögliche Einflüsse mehrerer soziodemografischer Variablen wurden kontrolliert (sowie in einem zweiten Modell auch Einflüsse politischer Variablen, die allerdings zu keiner nennenswerten Verbesserung des Modells beitrugen, was darauf hindeutet, dass das Interesse an Nachrichten und Politik als auch die weltanschauliche Orientierung, zumindest auf dem Aggregatniveau der Nutzungsklassen, in den Hintergrund treten, und die den Demokratieverständnissen entsprechenden Funktionserwartungen im Vordergrund stehen, wenn es um das Vertrauen in die Rolle der Medien geht). Wünschenswert wäre es, weitere Einflussfaktoren wie etwa die Einstellung zu spezifischen Medienmarken einzubeziehen, aber bei der vorliegenden Untersuchung stand die Erprobung des Modells im Vordergrund. Ein weiterer Ausbau wäre allerdings anzustreben.

Dem heuristischen Stufenmodell folgend, wurde die Analyse-Ebene der Medienfunktionen via Reflexionsstrang der normativen Dimension mit den Qualitätsdimensionen für die Inhaltsanalyse verknüpft (vgl. Untersuchungsinstrument, Kapitel 4.3.1.4). So gelang über die theoriegeleitet operationalisierten Qualitätsdimensionen (Relevanz, Vielfalt, Professionalität), die den von Nutzungsseite erwarteten Medienfunktionen zugeordnet werden können, die demokratiethoretisch fundierte und nach unterschiedlichen Auffassungen differenzierte Verknüpfung mit der Angebotsseite. Bei dieser Operationalisierung zeigte sich die Anschlussfähigkeit des Konzepts von Schatz und Schulz (1992)<sup>37</sup> an die Demokratietheorie. Lediglich bei der inhaltsanalytischen Operationalisierung der partizipatorischen Merkmale der Dimension Relevanz muss man insofern von einer Hilfskonstruktion ausgehen, als individuelle Relevanz letztlich nur auf individueller Ebene, also durch Befragung ermittelt werden kann.

Die Zusammenhänge zwischen Funktionserwartungen und den spezifischen Qualitätsmerkmalen der Informationsrepertoires wurden erneut, aber diesmal für jede Klasse getrennt, regressionsanalytisch gemessen, wiederum unter Berücksichtigung möglicher Einflüsse soziodemografischer Variablen. Damit wird ein Grundprinzip des Medienrepertoireansatzes, nämlich die Gesamtheit der Medien, die Mediennutzer\*innen regelmäßig nutzen, zugleich zu analysieren, auch inhaltsanalytisch realisiert: Erst in Relation zueinander entwickeln Medien für den Nutzer\*innen ihre jeweiligen Funktionalitäten; in der

---

<sup>37</sup> Das Konzept von Schatz und Schulz (1992) orientiert sich an den in Deutschland geltenden Rechtsgrundlagen des Rundfunks, also an einer kodifizierten Normenquelle, die der Sicherung der demokratischen Rolle eines der wichtigsten Mediensektoren dient.

Summe der genutzten Angebote erhalten sie ihren spezifischen Sinn. Aus der Verbindung des Repertoireansatzes mit einem demokratietheoretischen Bezugsrahmen ergibt sich, wie die Ergebnisse der Studie zeigen, ein hohes und weiter ausbaubares Analysepotential.

### 6.3 Ausblick

In ihrer Presidential Address im Rahmen der 69. Jahrestagung der International Communication Association positionierte Patricia Moy Stimme und Öffentlichkeit als zwei eng miteinander verbundene Konzepte und untersuchte, wie unterschiedliche Definitionen von Öffentlichkeit im Laufe der Zeit eine entscheidende Rolle dabei gespielt haben, welche Stimmen gehört werden. Und dann fügt sie an: „The antithesis of voice – silence – also is voice“ (Moy 2000: 8).

„Important as civil, rule-governed conversation is to democracy, democracy may sometimes require withdrawal from civility itself.“ Michael Schudson (2008: 107), der eine Fülle von richtungsweisenden Beiträgen zur liberal-repräsentativen Begründung der Rolle der Medien in der Demokratie verfasst hat, schreibt diesen Satz in seinem viel diskutierten Buch *Why Democracies Need an Unloveable Press*.

Beide Zitate irritieren. Ihre Gedanken weiterzudenken hieße: sich den Grenzen des Erforschbaren zu nähern. Wie Inzivilität, wie Stille in ihrer demokratiestärkenden und ihrer demokratiegefährdenden Kraft erfassen? Ohne diese Diskussion hier auch nur anreißen zu können – machen die beiden Zitate auf zwei grundlegende Desiderata in der Qualitätsforschung aufmerksam:

Das eine Desiderat ist ein methodisches. Die Medienqualitätsforschung arbeitet häufig mit quantitativen Verfahren, die explizit oder implizit das Ziel verfolgen, Vergleiche zwischen den untersuchten Entitäten anzustellen und/oder Rangordnungen zu erstellen. Das ist legitim, jedenfalls solange die eingesetzten Maßzahlen gegenstandsadäquat sind. So bedarf es einer theoretischen Begründung, ob und wann beispielsweise eine steigende Zahl von Ausprägungen eines Merkmals und/oder ihre Gleichverteilung ein anzustrebender Zustand sind. Die vorliegende Untersuchung hat zwar keine Rangordnungen von qualitativ hoch- oder minderwertigen Medienangeboten erstellt, hat aber ebenso versucht, theoretisch hergeleitete Qualitätsmerkmale des Medieninhalts messbar zu machen, um sie in Relation zu den Funktionserwartungen der Nutzer\*innen und den Inhalten der genutzten Informationsangebote setzen zu können. Die von Moy und Schudson thematisierten funktionalen Ambivalenzen

machen jedoch das zentrale Problem quantitativer Forschung augenfällig: Sie kann Strukturen sichtbar, beschreibbar und hinterfragbar machen, sie kann aber Sinnzusammenhänge nicht beantworten, weder auf Seiten der Kommunikator\*innen noch auf Seiten der Nutzer\*innen. Bucher und Barth (2003) haben das naheliegende Wortspiel formuliert: „Qualitätsfragen und qualitativ ausgerichtete Forschung hängen aufs engste zusammen“ (ebd.: 224). Bezogen auf die Nutzungsseite, eröffnet der Medienrepertoireansatz in besonderem Maße die Möglichkeit einer Kombination aus Sekundäranalysen bestehender Umfragen zur Mediennutzung und qualitativen Studien über die praktische Bedeutung von Medienrepertoires in der alltäglichen Lebenswelt der Nutzer\*innen, in unterschiedlichen Lebenskontexten und Lebensphasen, doch sind diese Kombinationen viel zu selten (vgl. Hasebrink und Popp 2006). Nur ein Beispiel: Medien stellen die zentrale Schnittstelle des Individuums zur Öffentlichkeit dar. So verstehen Couldry und Kollegen (2007) unter „public connections“ die Orientierung in und an einer durch gemeinsam geteilte Anliegen charakterisierten gesellschaftlichen Umwelt, die durch Mediennutzung ermöglicht und aufrechterhalten wird. Diese „public connections“ sind nicht als permanent auf politische Angelegenheiten gerichtete Aufmerksamkeit zu verstehen, sondern als eine Art Sensorium für politisch-gesellschaftliche Entwicklungen, das im Bedarfsfall aktualisiert und in Handeln umschlagen kann. Die an der Bildung, am Erhalt und an der Schärfung dieses Sensoriums beteiligte Mediennutzung ist ebenso wenig wie die „public connection“ selbst als durchgängig zielgerichteter Akt zu begreifen (wenngleich sie temporär zu diesem werden kann), sondern als selbstverständlicher Teil des Alltagshandelns, der in ein Netz anderer alltäglicher Handlungen eingebettet ist. Dies macht deutlich, dass trotz oder gerade wegen der Selbstverständlichkeit der Abläufe Mediennutzung, Alltagshandeln und politisch-gesellschaftliche Teilhabe untrennbar miteinander verbunden sind (Couldry und Markham 2006) – dies umso mehr, je weiter sich der Begriff von Politik von der traditionellen Institutionenpolitik entfernt und an Breite gewinnt, indem er sich für (zivil)gesellschaftliches Engagement für persönlich als wichtig erachtete Probleme öffnet – womit der Ausgangspunkt dieser Studie angesprochen ist, der jetzt zum Ausgangspunkt qualitativer Forschungen werden müsste, um der in der alltäglichen Lebenswelt sinnstiftenden Qualität der als relevant erachteten Medienfunktionen und ihnen entsprechenden Medieninhalten auf die Spur zu kommen. So könnten jedenfalls noch tiefere Einsichten darüber gewonnen werden, ob und wie ein demokratisches Zusammenleben durch die Kommunikationsleistung der Medien gestützt wird.

Dies leitet über zum zweiten Desiderat. Es betrifft die theoretische Reflexion. Die vorliegende Untersuchung hat versucht, ein heuristisches Stufenmodell zur normativen Medienqualitätsforschung zu definieren und auf theoretischer, methodischer und empirischer

Ebene umzusetzen. Dieses Modell war (auch) angelegt, um einen vermeintlichen Gegensatz zu überbrücken, vielleicht sogar aufzulösen: den Gegensatz zwischen normativer und empirisch-analytischer Orientierung. Einigkeit besteht weitgehend darüber „die Perspektive und das Bezugssystem bei einer Qualitätsbeurteilung mitzubenenen“ (Wyss 2002: 96), doch bei der Art der Perspektiven und Bezugssysteme, die Schweiger (2007) einem Dreieck aus „normativer Qualität“, „Nutzerqualität“ und „Mediennutzung“ (das heißt: Quote) zuordnet, scheiden sich die Geister (vgl. Serong 2017). Hasebrink sieht den Ausweg in einem relationalen Verständnis von Medienqualität, also in einem Verständnis als „Eigenschaft einer Beziehung zwischen den Bedürfnissen der Rezipienten einerseits und den spezifischen Eigenschaften von Medienangeboten, die diese mehr oder weniger geeignet machen, diese Bedürfnisse zu erfüllen, andererseits“ (Hasebrink 2002: 393). In diesem Sinn, so Hasebrink, „haben“ Medienangebote keine Qualität, sondern diese muss sich in ihrer Nutzung „erweisen“: „Die Qualität eines Medienangebots ergibt sich also aus der kommunikativen Funktion, die das Angebot im Hinblick auf bestimmte Zielsetzungen bzw. [...] auf die Gratifikationen der Nutzer erfüllt“ (ebd.). Die Konzeption der vorliegenden Dissertation folgt diesem Verständnis und dem damit verbundenen Anspruch, dass eine so verstandene Qualitätsforschung „zu einer aufgeklärten Debatte darüber beitragen kann, was die Gesellschaft von ihren Medien erwarten kann“ (ebd.: 399). Und Hasebrink fügt an: „Diese Forschung wäre missverstanden, wenn sie allein dazu genutzt würde, die Medien als die allein Schuldigen an gesellschaftlichen Problemen oder aber als frei von jeder Verantwortung darzustellen“ (ebd.: 399f.). Mit den Begriffen der „aufgeklärten Debatte“, der „Schuld“ und der „Verantwortung“ ist wiederum die normative Ebene im Spiel. Eine Debatte darüber, „was die Gesellschaft von ihren Medien erwarten kann“, basiert notwendigerweise auf Normen, auch wenn diese einem permanenten Verständigungsprozess zwischen allen Stakeholdern unterliegen und flexibel auf die gesellschaftlichen Entwicklungen reagieren sollten (Hasebrink 2007). Wenn man sich vergewissert, dass Normen und Werte

„are the resultants of societal demands and psychological needs, that they are learned and determined by culture, society, society’s institutions, and personal experience, that they are determinants in turn of attitudes, judgements, choices, attributions, and actions, that they are capable of undergoing change as a result of changes in society, situation, self-conceptions and self-awareness, and finally, that changes in values represent central rather than peripheral changes, thus having important consequences for other cognitions and social behavior“ (Rokeach 1973: 2f.) –

dann ist es offenkundig, dass individuelles und kollektives Denken, Fühlen und Handeln von Normen und Werten geprägt ist. Das gilt für die Erwartungen der Nutzer\*innen an die Medienfunktionen ebenso wie für die Medienangebote als Resultat journalistischen Handelns. Die normative Dimension kann kein Dreieck mit Nutzungsqualität und Mediennutzung bilden, sondern muss die zentrale Dimension sein, die auf Angebots- wie Nutzungsseite prägend wirkt. In diesem Sinn ist Qualität immer normativ. Somit stellt sich einerseits die Frage nach der Art der Normen, die als verbindlich angesehen werden können, und andererseits nach den Analyseebenen, auf denen diese zum Tragen kommen. Erst durch die Offenlegung der Art der Normen – hier bezogen auf eine demokratische Gesellschaftsordnung – erschließt sich nicht nur ein relationaler Begriff wie „Qualität“ in seiner Bedeutung, die ohne diesen Bezug beliebig bliebe, sondern erst dadurch wird eine theoretische Fundierung der Medienqualitätsforschung möglich (Weiß et al. 2016). Und erst durch die Reflexion der Verortung von Normen auf den einzelnen Analyseebenen der normativen Dimension wird der Verbindlichkeitscharakter der normativen Setzungen (Williams 1979) deutlich, beispielsweise ob es sich – um nur die grundlegendste Unterscheidung zu nennen – um *terminale* oder *instrumentelle* Normen handelt. Erstere kennzeichnen einen anstrebenswerten *Zielzustand*, letztere die idealiter anzuwendenden *Verhaltensweisen*, die zum Erreichen des Zielzustandes beitragen können (Rokeach 1973). Erstere sind wohl weniger verhandelbar als letztere; die Reflexion ihres Verbindlichkeitsgrades erleichtert auf jeden Fall die Interpretation beobachteter Varianzen. Eine systematische Reflexion der zahlreichen, in der Medienqualitätsforschung verwendeten Maßstäbe im Hinblick darauf, welcher Art von Normen und welchem Bezugssystem sie zugehören, scheint eine Möglichkeit zu sein die von Weiß et al. (2017: 28) festgestellte „verwirrende Überfülle an Ansätzen und Modellen“ zu ordnen und ihre Ergebnisse präziser einzuschätzen. Zu beachten bleibt jedenfalls – und das konnte die vorliegende Dissertation mehr als deutlich unterstreichen: „Different media should be viewed as having different functions within the democratic system, calling for different kinds of structure and styles of journalism“ (Curran 2000: 140)

Ein weiteres Forschungsdesiderat ergibt sich, wenn man die Ergebnisse auf ihre gesellschaftliche Relevanz hin prüft.

Zunächst aber bedarf die Dominanz zweier Medienmarken – so unterschiedlich der *ORF* und die *Kronen Zeitung* auch sein mögen – einer kritischen Diskussion. Sie bilden, in wechselnder Zusammensetzung ihrer Angebote, mal allein, mal zusammen die meistgenutzten Medienangebote aller in Österreich beobachtbaren Informationsrepertoires. Die zum Teil beträchtlichen Unterschiede hinsichtlich der gemessenen Qualitätsmerkmale gehen meist auf die zusätzlich, aber durchgängig mit geringerer Wahrscheinlichkeit genutzten Angebote

zurück. So ist es kein Zufall, dass die Informationsrepertoires der partizipatorischen *Online News User* (15 %) und der liberal-repräsentativen *Heavy News User* (7 %) die prononciertesten Profile aufweisen: Sie sind am breitesten zusammengesetzt: Pluralität scheint der Schlüssel zu jeder Form demokratischer Öffentlichkeit zu sein. Medienpolitisch ließe sich an zwei Punkten ansetzen:

- angebotsseitig bei einer Neuformulierung der Medienförderung (die derzeit auflagenstarke gegenüber auflagenschwachen Zeitungen und kommerzielle gegenüber nicht-kommerziellen Medien deutlich bevorzugt), um die Bedingungen für ein 1. strukturell plurales Angebot so zu verbessern, dass es 2. inhaltlich den in der Gesellschaft divergierenden Vorstellungen und Zugängen zu dem, was demokratische Öffentlichkeit ist und sein soll, begegnet und diese ernst nimmt;
- und nutzungsseitig bei einer Forcierung von Maßnahmen zur Medienkompetenz, um das Bewusstsein für die möglichen Gratifikationen vielfältig zusammengesetzter Informationsrepertoires zu schaffen.

Definiert als „die Fähigkeit, Medien kritisch, selbstbestimmt und verantwortlich nutzen, verstehen, bewerten und gestalten zu können“ (Trepte 2016: 102), kann Medienkompetenz im Sinne einer regulatorischen Zielidee (Groeben 2002) formuliert und wirksam werden. Die gegenwärtigen institutionellen Strukturen in Österreich, so der *EU-Media Pluralism Monitor*, stellen jedoch im Hinblick auf ein plurales, unabhängiges Mediensystem ein Risiko dar (Seethaler und Beaufort 2020). Einerseits ist auf nationaler Ebene Medienkompetenz Bestandteil des Lehrplans in der Primar- und Sekundarstufe, und es gibt eine Vielzahl von Initiativen zur Verbesserung der medienpädagogischen Arbeit (hauptsächlich gefördert durch das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung). Andererseits haben auf regionaler Ebene die Bundesländer sowie verschiedene Interessengruppen Projekte in dieser Hinsicht gestartet, und es gibt ein starkes Engagement der Community Medien durch kreative Beteiligung an der Produktion von Medieninhalten Medienkompetenz zu fördern. Dennoch fehlt sowohl im formalen als auch im nicht-formalen Bildungssektor eine umfassende Regierungsstrategie zur Förderung der Entwicklung von Medienkompetenz in allen und für alle Bereiche der Gesellschaft (wie in der Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 empfohlen<sup>38</sup>), wobei abermals Medien nicht als *die* Medien, sondern ihren unterschiedlichen Anforderungsprofilen und Funktionserwartungen Rechnung tragend einbezogen werden müssten. Angebotsseitig bieten der Annex zum *EU Action Plan on*

---

<sup>38</sup> <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:095:0001:0024:DE:PDF>

*Human Rights and Democracy 2020-2024*<sup>39</sup> als auch der zuletzt erschienene *Media Pluralism Monitor* (Seethaler und Beaufort 2000) einige spannende Anregungen zur Stützung und Förderung dieser Anliegen. Dazu gehören beispielsweise die Förderung:

- von Organisationsformen, internen Entscheidungsstrukturen und Qualitätssicherungssystemen sowie Aus- und Weiterbildungsszenarien, die unabhängigen Journalismus gewährleisten, auch erbracht durch die Zivilgesellschaft (*citizen journalism*) und unter besonderer Berücksichtigung lokaler Communities als wichtige Keimzellen einer erlebbaren Demokratie (Crouch 2004),
- von demokratiefördernden Angeboten (die einer externen Evaluierung standhalten) und investigativen Angeboten zur Aufdeckung von und Immunisierung gegenüber demokratiegefährdenden Inhalten wie Desinformation und Hate Speech,
- von soziodemografischer Vielfalt in Redaktionen und im Management von Medienunternehmen im Sinne einer produktionsseitigen Diversität,
- und der Gründung neuer Medienangebote, insbesondere im Onlinebereich, die den oben genannten Kriterien entsprechen (Starthilfen).

Der erstgenannte Punkt inkludiert auch Weichenstellungen zur Änderung der Realverfassung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Er ist – so seine bisherige rechtliche Grundlegung – auf die Erhaltung des Vertrauens in die *Performanz des Systems* orientiert, von dem er als rechtlich verankerter Teil des Systems selbst profitiert – und dabei auch erfolgreich ist, wie die hohen Vertrauenswerte von fast 66 % bei der Informationsleistung zeigen (Gadringer et al. 2020: 92). Er hat aber dann ein Glaubwürdigkeitsproblem, wenn es um das *Vertrauen in das demokratische System an sich* geht, welches mit einem partizipatorischen Verständnis von demokratischer Öffentlichkeit einhergeht: vor allem wegen des Politics-in-broadcasting-Systems, der gewachsenen zentralistischen Infrastruktur und aufgrund der über Jahrzehnte ausgebildeten Formen der Vermittlung (so sehr sie, wie die vorliegende Untersuchung gezeigt hat, liberal-repräsentative Ansprüche erfüllen). Otfried Jarren (2020) hat auf diese strukturinhärenten Gefährdungen des öffentlichen-rechtlichen Rundfunks, wie sie im Zuge der Corona-Krise besonders sichtbar geworden sind, aufmerksam gemacht und zugespitzt formuliert, dass „munter Systemjournalismus betrieben [wird]: Exekutive, Experten und Journalistenkollegen als Eigenexperten unter sich“ – natürlich unter Beachtung des „Parteienproporz“ und mit geringer Repräsentanz der Betroffenen, die gerade „ab und an“ auftreten dürfen (ebd.: 5). Seine Warnung, sich „als systemrelevant titulieren [zu] lassen – geschweige denn sich selbst so [zu] bezeichnen“ (ebd.: 6), verweist auf die Frage nach der Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die er in Zeiten eines „anhaltenden Medien- und

---

<sup>39</sup> <https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/10101/2020/EN/JOIN-2020-6-F1-EN-ANNEX-1-PART-1.PDF>

Gesellschaftswandel[s] noch nicht gefunden“ hat (ebd.: 3). Diese Rolle ist seit längerem zahlreichen Veränderungen in den Rahmenbedingungen ausgesetzt (Hummel 2008): den auch politisch gewollten Veränderungen in den Wettbewerbsbedingungen, den Veränderungen im Rechtsverständnis der „öffentlichen Aufgabe“ der Medien, den Veränderungen in der Medienproduktion und im Mediennutzungsverhalten, den Veränderungen im journalistischen Handeln und – so muss die Richtungsweisung aller gewonnen Erkenntnisse einbezogen werden – den gesellschaftlichen Wandlungsprozessen, die auch in Veränderungen des Demokratieverständnisses ihren Niederschlag finden und einen vielfältigen Umgang von Medien mit demokratischer Öffentlichkeit nahelegen. Zwischen all diesen Faktoren lassen sich nicht so einfach Kausalbeziehungen herstellen, aber das Verständnis dessen, was Demokratie bedeutet und wie sie gelebt werden kann und soll, kann als Ansatzpunkt dafür begriffen werden, diesen Wandlungsprozessen im Interesse der zukünftigen Positionierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks proaktiv mit Antworten entgegenzutreten.

All dies führt zum oben erwähnten dritten Forschungsdesiderat, das in diesem (durchaus unvollständigen) Ausblick festgehalten werden soll. Mit den angedachten Bemühungen um eine Neudefinition der Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, ist nämlich keineswegs sichergestellt, dass auch jene jungen Altersgruppen „zurückgeholt“ werden können, die in der einzigen Nutzungsklasse, in der öffentlich-rechtliche Angebote nicht zu den generell genutzten Informationsangeboten gehören, überdurchschnittlich stark vertreten sind. So muss an dieser Stelle die von Mangold und Kollegen (2017) erhobene Forderung wiederholt werden, dass „künftige Nachrichtenrepertoirestudien [...] ergänzend die Rolle alternativer Medien, nutzergenerierter Inhalte oder persönlicher Quellen untersuchen [sollten], weil diese für Teile der Bevölkerung offenbar zunehmend an Relevanz und Bedeutung gewinnen“ (ebd.: 18), und diese – den gesellschaftlichen Wandlungsprozessen Rechnung tragend – mit demokratischen Maßstäben in Relation setzen sollten. Die vorliegende Dissertation schlägt *eine* mögliche demokratiethoretische Fundierung der Medienrepertoireforschung vor. Auch die für Österreich ermittelten Informationsnutzungsklassen zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit, soziale Medien als Nachrichtenquellen zu nutzen, in allen Nutzungsklassen über 30 % liegt, in jener der *Online News User* und der (von den über 45-Jährigen dominierten!) *Heavy News User* sogar über 70 % bzw. knapp 60 % (vgl. Abbildung 5.1). Das heißt, dass sich die Bedeutung von sozialen Medien als Nachrichtenquelle zu einem allgemeinen Phänomen entwickelt, das zwar stärker junge Altersgruppen betrifft (dort liegen die Anteilswerte 2019 und 2020 bei etwa 68%), aber durchaus auch ältere Altersgruppen: Selbst unter den Personen über 55 Jahren nutzen bereits rund 36 % soziale Medien als Nachrichtenquelle (Gadringer et al. 2019: 34; 2020: 36).

Da eine EU-weite Untersuchung die Annahme stützt, dass soziale Medien als Tool verstanden werden sollten, das Menschen mehr als die traditionellen Medien befähigt, sich – einer partizipatorischen Auffassung von Demokratie entsprechend – zivilgesellschaftlich einzubringen (Beaufort und Seethaler 2020), wäre eine Analyse des Informationsangebots sozialer Medien dringend angesagt, um die demokratische Qualität der *vollständigen* Informationsrepertoires bestimmen zu können. Sie stellt allerdings inhaltsanalytische Verfahren vor große Herausforderungen, die im Kontext der beiden Projekte, auf denen die hier verwendeten Datensätze beruhen, zwar angedacht, aber aufgrund der dafür notwendigen beträchtlichen finanziellen Ressourcen für Methodenentwicklung, Datenerhebung und -auswertung nicht geleistet werden konnten.

## LITERATURVERZEICHNIS

---

- Aalberg, Toril / Van Aelst, Peter / Curran, James (2010): Media Systems and the Political Information Environment: A Cross-national Comparison, in: *The International Journal of Press/Politics* 15 (3), S. 255-271.
- Abdulla, Rasha / Garrison, Bruce / Salwen, Michael / Driscoll, Paul / Casey, Denise (2002): *The Credibility of Newspapers, Television News, and Online News*, Paper presented at the Annual Convention of Mass Communication and Society Division, AEJMC, Miami Beach, FL.
- Aichholzer, Julian / Friesl, Christian / Kritzing, Sylvia / Hajdinjak, Sanja (2019): *Quo vadis, Österreich? Wertewandel zwischen 1990 und 2018*, Wien: Czernin Verlag.
- Altmeppen, Klaus-Dieter (2006): *Journalismus und Medien als Organisationen: Leistungen, Strukturen und Management*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Andreß, Hans-Jürgen / Hagenars, Jacques A. / Kühnel, Steffen (1997): *Analyse von Tabellen und kategorialen Daten: Log-lineare Modelle, latente Klassenanalyse, logistische Regression und GSK-Ansatz*, Heidelberg: Springer.
- Arnold, Klaus (2009): *Qualitätsjournalismus: Die Zeitung und ihr Publikum*, Konstanz: UVK.
- Atkinson, Mary Layton / Lovett, John / Baumgartner, Frank R. (2014): Measuring the Media Agenda, in: *Political Communication* 31 (2), S. 355-380. DOI: 10.1080/10584609.2013.828139.
- Bacher, Johann / Grausgruber, Alfred / Haller, Max / Höllinger, Franz / Prandner, Dimitri / Verwiebe, Roland (Hrsg.) (2019): *Sozialstruktur und Wertewandel in Österreich. Trends 1986-2016*, Wiesbaden: Springer VS.
- Bacher, Johann / Pöge, Andreas / Wenzig, Kurt (2010): *Clusteranalyse: Anwendungsorientierte Einführung in Klassifikationsverfahren*, 3. Aufl., München: Oldenbourg.
- Bacher, Johann / Vermunt, Jeroen K. (2010): Analyse latenter Klassen, in: Wolf, Christof / Best, Henning (Hrsg.), *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 553-574.
- Bachmann, Philipp / Hunziker, Séverine / Rüedy, Tanja (2019): Selling Their Souls to the Advertisers? How Native Advertising Degrades the Quality of Prestige Media Outlets,

in: *Journal of Media Business Studies* 16 (2), S. 95-109.  
DOI:10.1080/16522354.2019.1596723.

Barber, Benjamin R. (1984): *Strong Democracy: Participating Politics for a New Age*, Berkeley: University of California Press.

Barber, Benjamin R. (1994): *Starke Demokratie: Über die Teilhabe am Politischen*, Hamburg: Rotbuch.

Bayerischer Rundfunk (Hrsg.) (2016): *Informationen fürs Leben. BR-Studie zum Vertrauen in die Medien zum 25. Geburtstag von B5-aktuell*, München: Bayerischer Rundfunk.

Beaufort, Maren (2017): Bildung als demokratischer Auftrag, in: Österreichischer Rundfunk (Hrsg.), *Der Auftrag: Bildung im digitalen Zeitalter*, Public Value Jahresstudie 2016/17, Wien: Österreichischer Rundfunk, S. 63-80.

Beaufort, Maren (Hrsg.) (2019): *Digital Media, Political Polarization and Challenges to Democracy*, Abingdon/New York: Routledge.

Beaufort, Maren / Seethaler, Josef (2014): Wandel der Mediennutzung – Wandel im politischen Verhalten?, in: *Medien Journal* 38 (1), S. 15-41.

Beaufort, Maren / Seethaler, Josef (2017): Transformation des Rundfunkjournalismus? Von Programmaufträgen, Rollenzuschreibungen und neuen Formaten, in: Kirchhoff, Susanne / Prandner, Dimitri / Renger, Rudi / Götzenbrucker, Gerit / Aichberger, Ingrid (Hrsg.), *Was bleibt vom Wandel? Journalismus zwischen gesellschaftlicher Verantwortung und ökonomischen Zwängen*, Baden-Baden: Nomos, S. 47-72.

Beaufort, Maren / Seethaler, Josef (2018): *Media Quality and Democracy: Claims and Reality. A Cross-media Study*, Paper presented at the 2018 AEJMC Annual Conference, Washington, DC.

Beaufort, Maren / Seethaler, Josef (2019): Legitimizing Science in Times of Social Change: How Should Science be Communicated to the Public?, in: Moy, Patricia / Matheson, Donald (Hrsg.), *Voices. ICA International Communication Association – Annual Conference Theme Book Series*, New York, NY: Peter Lang, S. 141-158.

Beaufort, Maren / Seethaler, Josef (2020): Von kollektiver zu konnektiver Logik? Mediennutzung und politisch-gesellschaftliche Beteiligung im Zeit- und Ländervergleich, in: Eisenegger, Mark / Blum, Roger / Ettinger, Patrick / Prinzing, Marlis

(Hrsg.), *Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit: Historische Verortung, Modelle und Konsequenzen*, Wiesbaden: Springer [in Druck].

Beck, Klaus / Reineck, Dennis / Schubert, Christiane (2010): Journalistische Qualität in der Wirtschaftskrise: Eine Studie im Auftrag des Deutschen Fachjournalisten-Verbandes (DFJV), [online] [http://www.dfjv.de:8181/documents/10180/178294/DFJV\\_Studie\\_Journalistische\\_Qualitaet\\_03\\_2010.pdf](http://www.dfjv.de:8181/documents/10180/178294/DFJV_Studie_Journalistische_Qualitaet_03_2010.pdf) [02.07.2020].

Beck, Klaus / Schweiger, Wolfgang / Wirth, Werner (Hrsg.) (2004): *Gute Seiten – schlechte Seiten: Qualität in der Online-Kommunikation*, München: R. Fischer.

Benhabib, Seyla (1995): *Selbst im Kontext: Kommunikative Ethik im Spannungsfeld von Feminismus, Kommunitarismus und Postmoderne*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Benhabib, Seyla (1999): *Kulturelle Vielfalt und demokratische Gleichheit: Politische Partizipation im Zeitalter der Globalisierung*, Frankfurt a. Main: Fischer Taschenbuch.

Benhabib, Seyla (2004): *The Rights of Others: Aliens, Residents, and Citizens*, Cambridge: Cambridge University Press.

Benhabib, Seyla (2005): *Die Krise des Nationalstaats und die Grenzen des Demos*, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 53 (1), S. 83-95.

Bennett, W. Lance (1990): Toward a Theory of Press-State Relations in the United States, in: *Journal of Communication* 40 (2), S. 103-125.

Bennett, W. Lance (2003): The Burglar Alarm that Just Keeps Ringing: A Response to Zaller, in: *Political Communication* 20 (2), S. 131-138.

Bennett, W. Lance (2016): Indexing Theory, in: Mazzoleni, Gianpietro (Hrsg.), *The International Encyclopedia of Political Communication*, Malden, MA: Wiley-Blackwell.

Bennett, W. Lance / Entman, Robert (2001): Introduction, in: Bennett, Lance / Entman, Robert (Hrsg.), *Mediated Politics: Communication in the Future of Democracy*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 1-32.

Bennett, W. Lance / Iyengar, Shanto (2008): A New Era of Minimal Effects? The Changing Foundations of Political Communication, in: *Journal of Communication* 58 (4), S. 707-731. DOI: 10.1111/j.1460-2466.2008.00410.x.

- Bennett, W. Lance / Pfetsch, Barbara (2018): Rethinking Political Communication in a Time of Disrupted Public Spheres, in: *Journal of Communication* 68 (2), S. 243-253. DOI: 10.1093/joc/jqx017.
- Bennett, W. Lance / Pickard, Victor W. / Iozzi, David P. / Schroeder, Carl L. / Lagos, Taso / Caswell, C. Evans (2004): Managing the Public Sphere: Journalistic Construction of the Great Globalization Debate, in: *Journal of Communication* 54 (3), S. 437-455.
- Bennett, W. Lance / Segerberg, Alexandra (2012): The Logic of Connective Action: Digital Media and the Personalization of Contentious Politics, in: *Information, Communication & Society* 15 (5), S. 739-768.
- Bennett, W. Lance / Segerberg, Alexandra (2013): *The Logic of Connective Action. Digital Media and the Personalization of Contentious Politics*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Benson, Rodney (2013): *Shaping Immigration News: A French-American Comparison*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Bentham, Jeremy (1960): *Fragment on Government*, Harrison, Ross (Hrsg.), Oxford: Blackwell.
- Berdi, C. / Ebert, A. / Faust, G. / Graber, T. (1992): Hauptsache gut aufgesetzt?! Qualität und Qualitätsurteile im Lokalen, Universität Dortmund: Unveröffentlichte Diplomarbeit.
- Berka, Walter / Binder, Christina / Kneihls, Benjamin (2019): *Die Grundrechte: Grund- und Menschenrechte in Österreich*, 2. Aufl., Wien: Verlag Österreich.
- Bertelsmann Stiftung und Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.) (2014): *Partizipation im Wandel*, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bevc, Tobias (2012): *Politische Theorie*, Konstanz/München: UVK.
- Bimber, Bruce / Cantijoch Cunill, Marta / Copeland, Lauren / Gibson, Rachel (2014): Digital Media and Political Participation: The Moderating Role of Political Interest Across Acts and Over Time, in: *Social Science Computer Review* 33, S. 21-42. DOI: 10.1177/0894439314526559.
- Bimber, Bruce / Flanagin, Andrew J. / Stohl, Cynthia (2005): Reconceptualizing Collective Action in the Contemporary Media Environment, in: *Communication Theory* 15 (4), S. 365-388.

- Bimber, Bruce / Flanagin, Andrew J. / Stohl, Cynthia (2012): *Collective Action in Organizations: Interaction and Engagement in an Era of Technological Change*, New York, NY: Cambridge University Press.
- Blum, Roger (2014): *Lautsprecher und Widersprecher: Ein Ansatz zum Vergleich der Mediensysteme*, Köln: von Halem.
- Blumler, Jay G. / Coleman, S. (2013): Paradigms of Civic Communication, in: *International Journal of Communication* 7 (1), S. 173-187.
- Blumler, Jay G. / Coleman, S. (2015): Democracy and the Media – Revisited, in: *Javnost – The Public* 22 (2), S. 111-128.
- Bobbio, Norberto (1989): *Democracy and Dictatorship: The Nature and Limits of State Power*, Cambridge: Polity.
- Bogart, Leo (2000): *Commercial Culture: The Media System and the Public Interest*, New Brunswick, NJ: Transaction.
- Bolls, Paul D. / Weber, René, / Lang, Annie / Potter, Robert F. (2019): Media Psychophysiology and Neuroscience: Bringing Brain Science into Media Processes and Effects Research, in: Oliver, Mary Beth / Raney, Arthur A. / Bryant, Jennings (Hrsg.), *Media Effects: Advances in Theory and Research*, London, UK: Routledge, S. 195-210.
- Bos, Linda / Kruikemeier, Sanne / de Vreese, Claes (2016): Nation Binding: How Public Service Broadcasting Mitigates Political Selective Exposure, in: *PLoS ONE* 11 (5). DOI: 10.1371/journal.pone.0155112.
- Boulianne, Shelley (2020): Twenty Years of Digital Media Effects on Civic and Political Participation, in: *Communication Research* 47 (7), S. 947-966. DOI: 10.1177/0093650218808186.
- Bucher, Hans-Jürgen (2000): Publizistische Qualität im Internet: Rezeptionsforschung für die Praxis, in: Altmeyden, Klaus Dieter / Bucher, Hans-Jürgen / Löffelholz, Martin (Hrsg.), *Online-Journalismus*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 153-172.
- Bucher, Hans-Jürgen / Altmeyden, Klaus-Dieter (Hrsg.) (2003): *Qualität im Journalismus: Grundlagen – Dimensionen – Praxismodelle*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Bucher, Hans-Jürgen / Barth, Christof (2003): Qualität im Hörfunk – Grundlagen einer funktionalen und rezipientenorientierten Evaluierung, in: Bucher, Hans-Jürgen /

- Altmeppen, Klaus-Dieter (Hrsg.), *Qualität im Journalismus: Grundlagen, Dimensionen, Praxismodelle*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 223-246.
- Burkart, Roland (2019): *Kommunikationswissenschaft: Grundlagen und Problemfelder. Umrisse einer interdisziplinären Sozialwissenschaft*, 5. Aufl., Wien: UTB.
- Burke, Edmund (1968): *Reflections on the Revolution in France*, O'Brien, Connor Cruise (Hrsg.), Harmondsworth: Penguin.
- Butsch, Richard (2011): Audiences and Publics, Media and Public Spheres, in: Nightingale, Virginia (Hrsg.), *The Handbook of Media Audiences*, Oxford: Blackwell Publishing, S. 149-168.
- Campbell, Scott W. / Kwak, Nojin (2011): Mobile Communication and Strong Network Ties: Shrinking or Expanding Spheres of Public Discourse?, in: *New Media & Society* 14 (2), S. 262-280. DOI: 10.1177/1461444811411676.
- Carpentier, Nico / Schröder, Kim Christian / Hallett, Lawrie (Hrsg.) (2014): *Audience Transformations. Shifting Audience Positions in Late Modernity*, New York: Routledge.
- Christians, Clifford G. / Glasser, Theodore / McQuail, Denis / Nordenstreng, Kaarle / White, Robert A. (2009): *Normative Theories of the Media: Journalism in Democratic Societies*, Urbana/Chicago: University of Illinois Press.
- Coleman, Stephen / Morrison, David E. / Anthony, Scott (2012): A Constructivist Study of Trust in the News, in: *Journalism Studies* 13 (1), S. 37-53. DOI: 10.1080/1461670X.2011.592353.
- Collins, Richard (2008): The BBC and „Public Value“, in: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 55 (2), S. 164-184.
- Conlon, Jerome (2015): 5 Things I Learned Building The Starbucks Brand, in: *Branding Strategy Insider*, [online] <https://www.brandingstrategyinsider.com/5-things-i-learned-building-the-starbucks-brand/#.XyASe7gzRa4> [28.06.2020].
- Costera Meijer, Irene / Groot Kormelink, Tim (2014): Checking, Sharing, Clicking and Linking: Changing Patterns of News Use Between 2004 and 2014, in: *Digital Journalism* 3 (5), S. 664-679. DOI: 10.1080/21670811.2014.937149.
- Couldry, Nick / Livingstone, Sonja M. / Markham, Tim (2007): *Media Consumption in Public Engagement: Beyond the Presumption of Attention*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.

- Couldry, Nick / Markham, Tim (2006): Public Connection Through Media Consumption: Between Oversocialization and De-socialization?, in: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science* 608 (1), S. 251-269.
- Courtois, Cédric / Schröder, Kim Christian / Kobbernagel, Christian (2014): Exploring Landscapes of News Consumption Cross-nationally. The Use of Q Methodology to Fuse Quantitative and Qualitative Approaches for Increased Explanatory Power in Comparative Research, in: Zeller, Frauke / Ponte, Christina / O'Neill, Brian (Hrsg.), *Revitalising Audience research: Innovations in European Audience Research*, New York: Routledge, S. 123-142.
- Crouch, Colin (2004): *Post-Democracy*, Cambridge: Polity.
- Curran, James (2000): Rethinking Media and Democracy, in: Curran, James / Gurevitch, Michael (Hrsg.), *Mass Media and Society*, London: Arnold, S. 120-154.
- Curran, James (2003): *Media and Power*, London/New York: Routledge.
- Curran, James (2005): Mediatization of Democracy, in: Curran, James / Gurevitch, Michael (Hrsg.), *Mass Media and Society*, London: Bloomsbury, S. 122-149.
- Curran, James (Hrsg.) (2010): *Media and Society*, London: Bloomsbury.
- Curran, James (2011): *Media and Democracy*, London: Routledge.
- Curran, James / Iyengar, Shanto / Brink Lund, Anker / Salovaara-Moring, Inka (2009): Media System, Public Knowledge and Democracy: A Comparative Study, in: *European Journal of Communication* 24 (1), S. 5-26.
- Cushion, Stephen (2012): *The Democratic Value of News: Why Public Service Media Matter*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Dahinden, Urs / Piotr Kaminski / Raoul Niederreuther (2004): „Content is King“: Qualitätsbeurteilung aus Angebots- vs. Rezipientenperspektive, in: Beck, Klaus / Schweiger, Wolfgang / Wirth, Werner (Hrsg.), *Gute Seiten – schlechte Seiten: Qualität in der Online-Kommunikation*, München: R. Fischer, S. 103-126.
- Dahl, Robert Alan (1985): *A Preface to Economic Democracy*, Cambridge: Polity.
- Dahlberg, Lincoln (2014): The Habermasian Public Sphere and Exclusion: An Engagement with Poststructuralist-influenced Critics, in: *Communication Theory* 24 (1), S. 21-41. DOI: 10.1111/comt.12010.

- Dahlgren, Peter (1991): Introduction, in: Dahlgren, Peter / Sparks, Colin (Hrsg.), *Communication and Citizenship: Journalism and the Public Sphere in the New Media Age*, London: Routledge, S. 1-24.
- Dahlgren, Peter (1995): *Television and the Public Sphere. Citizenship, Democracy and the Media*, London/Thousands Oaks/New Delhi: SAGE Publications.
- Dahlgren, Peter (2003): Reconfiguring Civic Culture in the New Media Milieu, in: Corner, John / Pels, Dick (Hrsg.), *Media and Political Style: Essays on Representation and Civic Culture*, London: SAGE Publications, S. 155-171.
- Dahlgren, Peter (2005): The Internet, Public Spheres, and Political Communication: Dispersion and Deliberation, in: *Political Communication* 22 (2), S. 147-162.
- Dahlgren, Peter (2007): The Internet, Deliberative Democracy, and Power: Radicalizing the Public Sphere, in: *International Journal of Media and Cultural Politics* 3 (1), S. 47-64.
- Dalton, Russel J. / Welzel, Christian (Hrsg.) (2014): *The Civic Culture Transformed: From Allegiant to Assertive Citizens*, New York: Cambridge University Press.
- Dalton, Russel J. / Welzel, Christian (2014): Political Culture and Value Change, in Dalton, Russel J. / Welzel, Christian (Hrsg.), *The Civic Culture Transformed: From Allegiant to Assertive Citizens*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 1-16.
- Dang-Anh, Mark / Einspänner, Jessica / Thimm, Caja (2013): Mediatisierung und Medialität in Social Media. Das Diskurssystem „Twitter“, in: Marx, Konstanze / Schwarz-Friesel, Monika (Hrsg.), *Sprache und Kommunikation im digitalen Zeitalter. Wieviel Internet (v)erträgt unsere Gesellschaft?*, Berlin: De Gruyter, S. 68-92.
- Daschmann, Gregor (2009): Qualität von Fernsehnachrichten – Dimensionen und Befunde. Ein Forschungsüberblick, in: *Media Perspektiven* 2009 (5), S. 257-266.
- Davis, Jenny L. / Jurgenson, Nathan (2014): Context Collapse: Theorizing Context Collusions and Collisions, in: *Information, Communication & Society* 17 (4), S. 476-485. DOI: 10.1080/1369118X.2014.888458.
- Davis, Aeron (2019): *Political Communication: A New Introduction for Crisis Times*. John Wiley and Sons.
- Dayton, C. Mitchell (2008): An Introduction to Latent Class Analysis, in: Scott Menrad (Hrsg.), *Handbook of Longitudinal Research: Design, Measurement, and Analysis*, Burlington, MA: Elsevier, S. 357-371.

- Delaney, Tim (2005): *The March of Unreason: Science, Democracy, and the New Fundamentalism*, New York: Oxford University Press.
- Delli Carpini, Michael X. / Keeter, Scott (1996): *What Americans Know about Politics and Why It Matters*, New Haven: Yale University Press.
- Dlabac, Oliver / Schaub, Hans-Peter (2012): Ein duales Messkonzept für liberale und radikale Demokratiequalität, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 6 (1 Supplement), S. 161-184. DOI: 10.1007/s12286-012-0121-x.
- Donsbach, Wolfgang (1990): Objektivitätsmaße in der Publizistikwissenschaft, in: *Publizistik* 35 (1), S. 18-29.
- Donsbach, Wolfgang (2002): Objectivity in Reporting, in: Donald H. Johnston (Hrsg.), *Encyclopedia of International Media and Communication*, San Diego: Academic Press, S. 383-391.
- Donsbach, Wolfgang (2009): Journalismus als Wissensprofession. Technische und wirtschaftliche Einflüsse erfordern eine neue Definition journalistischer Kompetenz, in: Holtz-Bacha, Christina / Reus, Gunter / Becker, Lee B. (Hrsg.), *Wissenschaft mit Wirkung. Beiträge zur Journalismus und Medienwirkungsforschung. Festschrift für Klaus Schönbach*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 191-204.
- Donsbach, Wolfgang / Patterson, Thomas E. (2004): Political News Journalists: Partisanship, Professionalism, and Political Roles in Five Countries, in: Esser, Frank / Pfetsch, Barbara (Hrsg.), *Comparing Political Communication. Theories, Cases, and Challenges*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 251-270.
- Donsbach, Wolfgang / Rentsch, Mathias / Schielicke, Anna-Maria / Degen, Sandra (2009): *Entzauberung eines Berufs. Was die Deutschen vom Journalismus erwarten und wie sie enttäuscht werden*, Institut zur Förderung publizistischen Nachwuchses (Hrsg.), Konstanz: UVK.
- Downing, John D. H. (Hrsg.) (2004): *The SAGE Handbook of Media Studies*, Thousand Oaks/London/New Delhi: SAGE Publications.
- Downs, Anthony (1957): *An Economic Theory of Democracy*, New York: Harper & Brothers.
- Dunn, John (1979): *Western Political Theory in the Face of the Future*, Cambridge: Cambridge University Press.

- Dunn, John (1980): *Political Obligation in its Historical Context: Essays in Political Theory*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Earl, Jennifer / Kimport, Katrina (2011): *Digitally Enabled Social Change: Activism in the Internet Age*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Eberl, Jakob-Moritz / Riedl, Andreas (2020): *Citizens' Expectations of Journalism: What's Politics Got to Do With It?* Presented at the 65th Annual Conference of the German Communication Association, March 2020, Munich, Germany.
- Edgerly, Stephanie (2015): *Red Media, Blue Media, and Purple Media: News Repertoires in the Colorful Media Landscape*, in: *Journal of Broadcasting & Electronic Media* 59 (1), S. 1-21. DOI:10.1080/08838151.2014.998220.
- Edgerly, Stephanie / Vraga, Emily K. / Bode, Leticia / Thorson, Kjerstin / Thorson, Esther (2018): *New Media, New Relationship to Participation? A Closer Look at Youth News Repertoires and Political Participation*, in: *Journalism & Mass Communication Quarterly* 95 (1), S. 192-212.
- Eisenegger, Mark / Christen, Urs / Fleischlin, Pia / Häuptli, Andrea / Hauser, Lucie / Schneider, Jörg / Schwaiger, Lisa / Udris, Linards / Vogler, Daniel (2019): *Qualität der Medien. Schweiz – Suisse – Svizzera. Jahrbuch 2019*, fög – Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft / Universität Zürich (Hrsg.), Basel: Schwabe.
- Eisenegger, Mark (2019): *Hauptbefunde: Umbau der Schweizer Medienöffentlichkeit*, in: fög – Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft (Hrsg.), *Qualität der Medien: Schweiz – Suisse – Svizzera. Jahrbuch 2019*, Basel: Schwabe, S. 9-26.
- Ekman, Joakim / Amnå, Erik (2012): *Political Participation and Civic Engagement: Towards a New Typology*, in: *Human Affairs* 22 (3), S. 283-300. DOI: 10.2478/s13374-012-0024-1.
- Ellison, Nicole B. / Steinfield, Charles W. / Lampe, Cliff (2007): *The Benefits of Facebook „Friends“: Exploring the Relationship between College Students' Use of Online Social Networks and Social Capital*, in: *Journal of Computer-mediated Communication* 12 (4): 1143-1168.
- Emmer, Martin / Vowe, Gerhard / Wolling, Jens (2011): *Bürger online: Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland*, Konstanz: UVK.

- Engesser, Sven (2013): *Die Qualität des partizipativen Journalismus im Web*, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Entman, Robert M. (1993): Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm, in: *Journal of Communication* 43 (4), S. 51-58.
- Ermert, Monika (2019): Missing Link: Kontrollverlust der liberalen Demokratien – Panik ist angebracht, [online] <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Missing-Link-Kontrollverlust-der-liberalen-Demokratien-Panik-ist-angebracht-4464581.html> [29.06.2020].
- Esser, Frank / de Vreese, Claes H. / Strömbäck, Jesper / van Aelst, Peter / Aalberg, Toni / Stanyer, James / Lengauer, Günther / Berganza, Rosa / Legnante, Guido / Papathanassopoulos, Stylianos / Salgado, Susana / Sheaffer, Tamir / Reinemann, Carsten (2012): Political Information Opportunities in Europe: A Longitudinal and Comparative Study of Thirteen Television Systems, in: *The International Journal of Press/Politics*, S. 247-274.
- Esser, Frank / Strömbäck, Jesper (2014): *Mediatization of Politics: Understanding the Transformation of Western Democracies*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Eveland, William P., Jr. / Scheufele, Dietram A. (2010): Connecting News Media Use with Gaps in Knowledge and Participation, in: *Political Communication* 17 (3): 215-237. DOI: 10.1080/105846000414250.
- Fairchild, Charles (2001): *Community Radio and Public Culture: Being an Examination of Media Access and Equity in the Nations of North America*. Cresskill, NJ: Hampton Press.
- Fawzi, Nayla (2020): Objektive Informationsquelle, Watchdog und Sprachrohr der Bürger? Die Bewertung der gesellschaftlichen Leistungen von Medien durch die Bevölkerung, in: *Publizistik* 65 (2), S. 187-207. DOI: 10.1007/s11616-020-00572-w.
- Fawzi, Nayla / Obermaier, Magdalena (2019): Unzufriedenheit – Misstrauen – Ablehnung journalistischer Medien. Eine theoretische Annäherung an das Konstrukt Medienverdrossenheit, in: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 67 (1), S. 27-44.
- Feldmann-Wojtachnia, Eva / Glaab, Manuela (2011): Bürgerengagement oder politischer Aktivismus? Zum Wandel der politischen Partizipation in Deutschland, in: *Einsichten und Perspektiven* 4 (4), S. 232-245.

- Ferree, Myra Marx / Gamson, William / Gerhards, Jürgen / Rucht, Dieter (2002): Four Models of the Public Sphere in Modern Democracies, in: *Theory and Society* 31 (3), S. 289-324.
- Fidler, Harald (2019): Österreichs größte Medienhäuser (2019): ORF, Red Bull, Mediaprint, Styria – und Google. [derstandard.at](https://www.derstandard.at/story/2000105859322/oesterreichs-groesstemedienhaeuser-2019-orf-red-bull-mediaprint-styria-und), 11.07.2019, [online] <https://www.derstandard.at/story/2000105859322/oesterreichs-groesstemedienhaeuser-2019-orf-red-bull-mediaprint-styria-und> [30.06.2020].
- Fiedler, Christin (2012): *Nachrichtenqualität aus Rezipientensicht: Eine qualitative Studie*, Bachelor Thesis, Ilmenau: Technische Universität Ilmenau.
- Fishbein, Martin (1963): An Investigation of the Relationships Between Beliefs About an Object and the Attitude Toward that Object, in: *Human Relations* 16 (3), S. 233-239.
- Fletcher, Richard / Nielsen, Rasmus Kleis (2017): Are News Audiences Increasingly Fragmented? A Cross-National Comparative Analysis of Cross-Platform News Audience Fragmentation and Duplication, in: *Journal of Communication* 67 (4), S. 476-498. DOI: 10.1111/jcom.12315.
- fög – Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft / Universität Zürich (Hrsg.) (2012): *Qualität der Medien: Schweiz – Suisse – Svizzera. Jahrbuch 2012*, Basel: Schwabe.
- fög – Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft / Universität Zürich (Hrsg.) (2015): *Qualität der Medien: Schweiz – Suisse – Svizzera. Jahrbuch 2015*, Basel: Schwabe.
- fög – Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft / Universität Zürich (Hrsg.) (2017): *Qualität der Medien: Schweiz – Suisse – Svizzera. Jahrbuch 2017*, Basel: Schwabe.
- fög – Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft / Universität Zürich (Hrsg.) (2018): *Qualität der Medien: Schweiz – Suisse – Svizzera. Jahrbuch 2018*, Basel: Schwabe.
- fög – Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft / Universität Zürich (Hrsg.) (2019): *Qualität der Medien: Schweiz – Suisse – Svizzera. Jahrbuch 2019*, Basel Berlin: Schwabe.
- Fonseca, Jaime R. S. / Cardoso, Margarida G. M. S. (2007): Mixture-Model Cluster Analysis using Information Theoretical Criteria, in: *Intelligent Data Analysis* 11 (2), S. 155-173.
- Formann, Anton K. (1984): *Die Latent-Class-Analyse*, Weinheim: Beltz.
- Fröhlich, Romy / Quiring, Oliver / Engesser, Sven (2012): Between Idiosyncratic Selfinterests and Professional Standards: A Contribution to the Understanding of Participatory

- Journalism in Web 2.0. Results from an Online Survey in Germany, in: *Journalism* 13 (8), S. 1041-1063. DOI: 10.1177/1464884912442282.
- Gadringer, Stefan / Holzinger, Roland / Nanning, Isabella / Sparviero, Sergio / Trappel, Josef (2019): *Digital News Report 2019. Detailergebnisse für Österreich*, Salzburg: Fachbereich Kommunikationswissenschaft, Universität Salzburg.
- Gadringer, Stefan / Holzinger, Roland / Sparviero, Sergio / Trappel, Josef / Gómez Neumann, Anne Marie (2020): *Digital News Report 2020. Detailergebnisse für Österreich*, Salzburg: Fachbereich Kommunikationswissenschaft, Universität Salzburg.
- Gamson, William A. (2014): Mass Media, in: Sasaki, Masamichi / Goldstone, Jack / Zimmermann, Ekkart / Sanderson, Stephen K. (Hrsg.), *Concise Encyclopedia of Comparative Sociology*, Leiden/Boston: Brill, S. 243-251.
- Gans, Herbert J. (2003): *Democracy and the News*, Oxford: Oxford University Press.
- Gehrau, Volker (2008): *Fernsehbewertung und Fernsehhandlung: Ansätze und Daten zu Erhebung, Modellierung und Folgen von Qualitätsurteilen des Publikums über Fernsehangebote*, Baden-Baden: Nomos.
- Gerhards, Jürgen (1997): Diskursive versus liberale Öffentlichkeit: Eine empirische Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49 (1), S. 1-34.
- Gerhards, Jürgen / Schäfer, Mike S. (2007): Demokratische Internet-Öffentlichkeit? Ein Vergleich der öffentlichen Kommunikation im Internet und in den Printmedien am Beispiel der Humangenomforschung, in: *Publizistik* 52 (2), S. 210-228.
- Giddens, Anthony (1987): *Social Theory and Modern Sociology*, Cambridge: Polity.
- Gladney, George (1996): How Editors and Readers Rank and Rate the Importance of Eighteen Traditional Standards of Newspaper Excellence, in: *Journalism & Mass Communication Quarterly* 73 (2), S. 319-331. DOI:10.1177/107769909607300204.
- Gladney, George A. / Shapiro, Ivor / Castaldo, Joseph (2007): Online Editors Rate Web News Quality Criteria, in: *Newspaper Research Journal* 28 (1), S. 55-69.
- Glavanovits, Josef / Gründl, Johann / Kritzinger, Sylvia / Oberluggauer, Patricia (2019): Politische Partizipation, in: Bacher, Johann / Grausgruber, Alfred / Haller, Max / Höllinger, Franz / Prandner, Dimitri / Verwiebe, Roland (Hrsg.), *Sozialstruktur und Wertewandel in Österreich. Trends 1986-2016*, Wiesbaden: Springer VS, S. 439-456.

- Goffman, Erving (1974): *Frame Analysis: An Essay on the Organization of Experience*, New York: Harper & Row.
- Granovetter, Mark S. (1973): The Strength of Weak Ties, in: *The American Journal of Sociology* 78 (6), S. 1360-1380.
- Green, Philip (1981): *The Pursuit of Inequality*, New York: Pantheon Books.
- Gregorovius, Jelena (2015): Does the Digital Age Require New Models of Democracy? – Lasswell's Policy Scientist of Democracy vs. Liquid Democracy, [online] <https://www.glocality.eu/articles/10.5334/glo.6/print/> [09.07.2020]. DOI: 10.5334/glo.6.
- Grigoroudis, Evangelos / Siskos, Yannis (2010): *Customer Satisfaction Evaluation: Methods for Measuring and Implementing Service Quality*, New York: Springer.
- Groeben, Norbert (2002): Dimensionen der Medienkompetenz: Deskriptive und normative Aspekte, in: Groeben, Norbert / Hurrelmann, Bettina (Hrsg.), *Medienkompetenz: Voraussetzungen, Dimensionen, Funktionen*, Weinheim: Juventa, S. 160-197.
- Gurevitch, Michael / Blumler, Jay G. (1990): Political Communication Systems and Democratic Values, in: Judith Lichtenberg (Hrsg.), *Democracy and the Mass Media: A Collection of Essays*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 269-289.
- Haas, Hannes / Kneidinger, Bernadette / Steininger, Christian (2012): *Evaluierung der Presseförderung in Österreich: Status, Bewertung, internationaler Vergleich und Innovationspotentiale. Eine Studie im Auftrag des Bundeskanzleramtes Österreich*, Wien: Universität Wien.
- Habermas, Jürgen (1990): *Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Mit einem Vorwort zur Neuauflage*, 4. Aufl., Frankfurt: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1996): *Die Einbeziehung des Anderen: Studien zur politischen Theorie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hagen, Lutz M. (1995): *Informationsqualität von Nachrichten: Meßmethoden und ihre Anwendung auf die Dienste von Nachrichtenagenturen*, Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Hagen, Wolfgang (2016): Der Öffentlich-rechtlicher Rundfunk, die Pressefreiheit und der „Public Value“, in: Friedrichsen, Mike / Bisa, Peter -J. (Hrsg.), *Digitale Souveränität. Vertrauen in der Netzwerkgesellschaft*, Wiesbaden: Springer VS, S. 381-397.
- Hallin, Daniel C. / Mancini, Paolo (2004): *Comparing Media Systems: Three Models of Media and Politics*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Halpern, Richard (1997): *Shakespeare Among the Moderns*, Ithaca: Cornell.
- Handel, Ulrike (2000): *Die Fragmentierung des Medienpublikums. Bestandsaufnahme und empirische Untersuchung eines Phänomens der Mediennutzung und seiner Determinanten*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hanitzsch, Thomas (2018): Roles of Journalists, in: Vos, Tim P. (Hrsg.), *Journalism*, Boston/Berlin: De Gruyter, S. 43-62.
- Hanitzsch, Thomas / Hanusch, Folker / Mellado, Claudia / Anikina, Maria / Berganza, Rosa / Cangoz, Incilay / Coman, Mihai / Hamada, Basyouni / Hernandez, Maria-Elena / Karadjov, Christopher / Moreira, Sonia / Mwesige, Peter / Plaisance, Patrick / Reich, Zvi / Seethaler, Josef / Skewes, Elizabeth / Vardiansyah Noor, Dani / Yuen, Edgar Kee Wang Yuen (2011): Mapping Journalism Cultures Across Nations: A Comparative Study of 18 Countries, in: *Journalism Studies* 12 (3), S. 273-293. DOI: 10.1080/1461670X.2010.512502.
- Hanitzsch, Thomas / Lauerer, Corinna (2019): Berufliches Rollenverständnis, in: Hanitzsch, Thomas / Seethaler, Josef / Wyss, Vinzenz (Hrsg.), *Journalismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 135-162.
- Hanitzsch, Thomas / Van Dalen, Arjen / Steindl, Nina (2018): Caught in the Nexus: A Comparative and Longitudinal Analysis of Public Trust in the Press, in: *International Journal of Press/Politics* 23 (1), S. 3-23. DOI: 10.1177/1940161217740695.
- Hanitzsch, Thomas / Vos, Tim P. (2018): Journalism Beyond Democracy: A New Look into Journalistic Roles in Political and Everyday Life, in: *Journalism* 19 (2) 146-164. DOI: 10.1177/1464884916673386
- Harrison, Lawrence E. (1993): *Who Prospers? How Cultural Values Shape Economic and Political Success*, New York: Basic Books.
- Hasebrink, Uwe (1997): Die Zuschauer als Fernsehkritiker?, in: Wessler, Hartmut / Matzen, Christiane / Jarren, Otfried / Hasebrink, Uwe (Hrsg.), *Perspektiven der Medienkritik*.

*Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit öffentlicher Kommunikation in der Mediengesellschaft. Dieter Roß zum 60. Geburtstag*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 201-215.

Hasebrink, Uwe (2002): Publikum, Mediennutzung und Medienwirkung, in: Jarren, Otfried / Wessler, Hartmut (Hrsg.): *Journalismus – Medien – Öffentlichkeit: Eine Einführung*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 323-400.

Hasebrink, Uwe (2007): „Public Value“: Leitbegriff oder Nebelkerze in der Diskussion um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk?, in: *Rundfunk und Geschichte* 33 (1-2), S. 38-42.

Hasebrink, Uwe (2010): Qualitätsbewertungen und Nutzungsmuster: Konzeptionelle und empirische Annäherungen an das Publikum der öffentlich-rechtlichen Medien, in: Lowe, Gregory Ferrell (Hrsg.), *The Public in Public Service Media*, Göteborg: Nordicom.

Hasebrink, Uwe (2011): Giving the Audience a Voice: The Role of Research in Making Media Regulation More Responsive to the Needs of the Audience, in: *Journal of Information Policy* 1, S. 321-336.

Hasebrink, Uwe (2014a): Medienrepertoires: Ein analytischer Rahmen zur Untersuchung des „Nebeneinander“ verschiedener Medien, in: Kleinen-von Koenigsloew, Katharina / Foerster, Kati (Hrsg.), *Medienrepertoires: Ein analytischer Rahmen zur Untersuchung des Nebeneinander verschiedener Medien*, Baden-Baden: Nomos, S. 15-36.

Hasebrink, Uwe (2014b): Public Value als Diskurs, in: ORF (Hrsg.), *Texte – Öffentlich-rechtliche Qualität im Diskurs II*, Wien: ORF, S. 16-21.

Hasebrink, Uwe (2016): Der individuelle Wert von Medienangeboten in digitalen Medienumgebungen, in: Österreichischer Rundfunk (Hrsg.), *Public Value Studie 2015/16*, Wien: Österreichischer Rundfunk, S. 4-35.

Hasebrink, Uwe (2018): Public Value als Diskurs, in: Mitschka, Konrad / Unterberger, Klaus (Hrsg.), *Public Open Space*, Wien: Facultas, S. 242-248.

Hasebrink, Uwe / Domeyer, Hanna (2010): Zum Wandel von Informationsrepertoires in konvergierenden Medienumgebungen, in: Hartmann, Maren / Hepp, Andreas (Hrsg.), *Die Mediatisierung der Alltagswelt*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 49-65.

Hasebrink, Uwe / Domeyer, Hanna (2012): Media Repertoires as Patterns of Behaviour and as Meaningful Practices: A Multimethod Approach to Media Use in Converging Media

- Environments, in: *Participation: Journal of Audience & Reception Studies* 9 (2), S. 757-779.
- Hasebrink, Uwe / Hölig, Sascha (2013): Conceptualizing Audiences in Convergent Media Environments, in: Diehl, Sandra / Karmasin, Matthias (Hrsg.), *Media and Convergence Management*, Berlin: Springer, S. 189-202.
- Hasebrink, Uwe / Hölig, Sascha (2014): Topographie der Öffentlichkeit, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 2014 (22-23), S. 16-22.
- Hasebrink, Uwe / Hölig, Sascha (2017): Deconstructing Audiences in Convergent Media Environments, in: Sparviero, Sergio / Peil, Corinna / Balbi, Gabriele (Hrsg.), *Media Convergence and Deconvergence*, Cham: Palgrave Macmillan, S. 113-133.
- Hasebrink, Uwe / Hölig, Sascha (2019): Nachrichteninteresse und Nachrichtennutzung in der digitalen Medienumgebung, in: die medienanstalten – ALM GbR (Hrsg.), *Vielfaltsbericht der Medienanstalten* 19, S. 61-73.
- Hasebrink, Uwe / Popp, Jutta (2006): Media Repertoires as a Result of Selective Media Use: A Conceptual Approach to the Analysis of Patterns of Exposure, in: *Communications* 31 (2), S. 369-387.
- Hasebrink, Uwe / Schmidt, Jan-Hinrik (2013): Medienübergreifende Informationsrepertoires. Zur Rolle der Mediengattungen und einzelner Angebote für Information und Meinungsbildung, in: *Media Perspektiven* 2013 (1), S. 2-12.
- Hayes, Danny / Lawless, Jennifer L. (2016): *Women on the Run: Gender, Media, and Political Campaigns in a Polarized Era*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Heider, Don / McCombs, Maxwell / Poindexter, Paula M. (2005): What the Public Expects of Local News: Views on Public and Traditional Journalism, in: *Journalism & Mass Communication Quarterly* 82 (4), S. 952-967.
- Held, David (2006): *Models of Democracy*, 3. Aufl., Cambridge: Polity.
- Held, David (Hrsg.) (1993): *Prospects for Democracy. North, South, East, West*, Cambridge: Polity.
- Held, David / Pollitt, Christopher (Hrsg.) (1986), *New Forms of Democracy*, London: SAGE Publications.
- Hepp, Andreas (1998): *Fernsehaneignung und Alltagsgespräche: Fernsehnutzung aus der Perspektive der Cultural Studies*, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

- Hepp, Gerd F. (2011): *Bildungspolitik in Deutschland. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hermann, Luc / Bovon, Gilles (2018): Starbucks ungefiltert – Die bittere Wahrheit hinter dem Erfolg, ARTE Dokumentarfilm, [online] <https://www.youtube.com/watch?v=hC65nHwAg9g&list=PL8VOAgvZD4mzIwHRul4ZboxpN43RRV-pH&index=8> [29.06.2020].
- High Level Group on Media Freedom and Pluralism (2013): *A Free and Pluralistic Media to Sustain European Democracy* [online]. <https://ec.europa.eu/digital-single-market/sites/digital-agenda/files/HLG%20Final%20Report.pdf> [29.06.2020].
- Hillve, Peter / Majanen, Peter / Rosengren, Karl Erik (1997): Aspects of Quality in TV-Programming. Structural Diversity compared over Time and Space, in: *European Journal of Communication* 12 (3), S. 291-318.
- Hofmann, Jeanette (2019). Mediated Democracy – Linking Digital Technology to Political Agency, in: *Internet Policy Review* 8 (2), S. 1-18. DOI: 10.14763/2019.2.1416.
- Hölig, Sascha / Hasebrink, Uwe (2014): Nachrichtennutzung im Wandel: Neue Plattformen, Endgeräte und Zugänge, in: *Media Perspektiven* 2014 (11), S. 529-538.
- Hölig, Sascha / Loosen, Wiebke (2018): Das Publikum des Journalismus. Nachrichtenrezeption, Einstellungen und aktive Beteiligung, in: Nuernbergk, Christian / Neuberger, Christoph (Hrsg.), *Journalismus im Internet: Profession – Partizipation – Technisierung*, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer VS, S. 209-240.
- Holoubek, Michael / Kassai, Klaus / Traimer, Matthias (2014): *Grundzüge des Rechts der Massenmedien*, 5. Aufl., Wien: Verlag Österreich.
- Hooghe, Marc / Marien, Sofie (2013): A Comparative Analysis of the Relationship between Political Trust and Forms of Political Participation in Europe, in: *European Societies* 15 (1), S. 131-152.
- Hooghe, Marc / Quintelier, Ellen (2013): Political Participation in Europe, in: Keil, Silke I. / Gabriel, Oscar W. (Hrsg.), *Society and Democracy in Europe*, London: Routledge, S. 220-243.
- Horbank, David (2013): Liquid Democracy, [online] <http://blog.parliamentofthings.org/topic/politics/liquid-democracy> [06.12.2019].

- Huchler, Norbert / Voß, G. Günter / Wehrich, Margit (2012): Markt, Herrschaft, Solidarität und Subjektivität. Ein Vorschlag für ein integratives Mechanismen- und Mehrebenenkonzept, in: *Arbeits- und Industriesoziologische Studien* 5 (1), S. 78-99.
- Hummel, Roman (2008): Die Transformation des Öffentlich-Rechtlichen, in: Steininger, Christian / Woelke, Jens (Hrsg.): *Fernsehen in Österreich 2008*, Konstanz: UVK, S. 167-177.
- Imhof, Kurt (2010): Die Qualität der Medien in der Demokratie, in: fög – Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft / Universität Zürich (Hrsg.), *Qualität der Medien: Jahrbuch 2010*, Berlin/Basel: Schwabe, S. 11-20.
- Imhof, Kurt (2011): *Die Krise der Öffentlichkeit: Kommunikation und Medien als Faktoren des sozialen Wandels*, Frankfurt: Campus.
- Index on Censorship (Hrsg.) (2018): *Demonising the Media: Threats to Journalists in Europe*, [online] <https://www.indexoncensorship.org/wp-content/uploads/2018/11/index-report-2018-web-v3.pdf> [11.07.2020].
- Inglehart, Roland (1977): *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics*, Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald (1997): *Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic, and Political Change in 43 Societies*, Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald (2000): Culture and Democracy, in: Harrison / Lawrence E. / Huntington, Samuel P. (Hrsg.), *Culture Matters. How Values Shape Human Progress*, New York: Basic Books, S. 80-97.
- Inglehart, Ronald (2003): How Solid is Mass Support for Democracy: And How Can We Measure It?, in: *PS: Political Science and Politics* 36 (1), S. 51-57.
- Inglehart, Ronald (2006): Mapping Global Values, in: *Comparative Sociology* 5 (2-3), S. 115-136.
- Inglehart, Ronald (2018): *Cultural Evolution: People's Motivations are Changing, and Reshaping the World*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Inglehart, Ronald / Oyserman, Daphna (2004): Individualism, Autonomy and Self-Expression: The Human Development Syndrome, in: Vinken, Henk / Soeters, Joseph / Ester, Peter (Hrsg.), *Comparing Cultures: Dimensions of Culture in a Comparative Perspective*, Leiden: Brill Academic Publishing, S. 74-96.

- Inglehart, Ronald / Welzel, Christian (2005): *Modernization, Cultural Change, and Democracy: The Human Development Sequence*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Jabbusch, Sebastian (2011): Die Idee von Liquid Democracy heute, [online] <https://studylibde.com/doc/8796963/geschichte-von-liquid-democracy> [11.07.2020].
- Jacobsson, Adam / Jacobsson, Eva-Maria (2008): Quality of the News, in: Donsbach, Wolfgang (Hrsg.), *The International Encyclopedia of Communication*, Oxford: Wiley-Blackwell.
- Jandura, Olaf / Friedrich, Katja (2014): The Quality of Political Media Coverage, in: Reinemann, Carsten (Hrsg.), *Political Communication. Handbooks of Communication Science*, Bd. 18, Berlin: De Gruyter Mouton, S. 351-373.
- Jandura, Olaf / Friedrich, Katja (2015): Abkehr von politischen Informationsangeboten, in: Jandura, Olaf / Petersen, Thomas / Mothes, Cornelia / Schielicke, Anna-Maria (Hrsg.), *Publizistik und gesellschaftliche Verantwortung. Festschrift für Wolfgang Donsbach*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 69-82.
- Jandura, Olaf / Kösters, Raphael (2018): Mediale Repräsentationslücken, in: Meißelbach, Christoph / Lempp, Jakob / Dreischer, Stephan (Hrsg.), *Politikwissenschaft als Beruf*, Wiesbaden: Springer, S. 111-118.
- Jarren, Otfried (2019): Fundamentale Institutionalisierung. Social Media als neue globale Kommunikationsstruktur. Der Beitrag der Kommunikationswissenschaft zur Analyse medialer Institutionalisierungsprozesse, in: *Publizistik* 64 (2), S. 163-179.
- Jarren, Otfried (2020): Im Krisenmodus: Das öffentlich-rechtliche Fernsehen in Zeiten von Corona, in: *epd medien* 71 (13): S. 3-6, [online] [https://www.zora.uzh.ch/id/eprint/186723/1/jarren\\_corona.pdf](https://www.zora.uzh.ch/id/eprint/186723/1/jarren_corona.pdf) [11.08.2020].
- Jarren, Otfried / Donges, Patrick (2011): *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft: Eine Einführung*, 3. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jarren, Otfried / Wessler, Hartmut (Hrsg.) (2002): *Journalismus – Medien – Öffentlichkeit: Eine Einführung*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Jefferson, Thomas (1984): *Writings*, Peterson, Merrill D. (Hrsg.), New York: Library of America.
- Jenkins, Henry (2009): *Confronting the Challenges of Participatory Culture: Media Education for the 21st Century*, Massachusetts: MIT Press.

- Jensen, Klaus Bruhn / Rosengren, Karl Erik (1990): Five Traditions in Search of the Audience, in: *European Journal of Communication* 5 (2), S. 207-238.
- Jochmann, Jakob (2012): Liquid Democracy in Simple Terms, [online] [https://www.youtube.com/watch?v=fg0\\_Vhldz-8](https://www.youtube.com/watch?v=fg0_Vhldz-8) [09.07.2020]
- Jónsdóttir, Birgitta / Jhun, Ha-Jin (2015): Democracy in the Digital Era & the Threat to Privacy & Individual Freedoms: Explanatory Memorandum, [online] <http://birgitta.is/explanatory-memorandum-statement/> [11.07.2020].
- Jungnickel, Katrin (2011): Nachrichtenqualität aus Nutzersicht: Ein Vergleich zwischen Leserurteilen und wissenschaftlich-normativen Qualitätsansprüchen, in: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 59 (3), S. 360-378.
- Kaase, Max (1984): The Challenge of the „Participatory Revolution“ in Pluralist Democracies, in: *International Political Science Review* 5 (3), S. 299-318.
- Kaltenbrunner, Andy / Karmasin, Matthias / Kraus, Daniela (Hrsg.) (2010): *Der Journalisten-Report III: Politikjournalismus in Österreich*, Wien: Facultas, [online] <http://www.mhw.at/cgi-bin/file.pl?id=490> [30.06.2020].
- Kaltenbrunner, Andy / Karmasin, Matthias / Kraus, Daniela / Zimmermann, Astrid (2007): *Der Journalisten-Report. Österreichs Medien und ihre Macher: Eine empirische Erhebung*, Wien: Facultas.
- Kaltenbrunner, Andy / Lugschitz, Renée / Karmasin, Matthias / Luef, Sonja / Kraus, Daniela (2020): *Der österreichische Journalismus-Report: Eine empirische Erhebung und eine repräsentative Befragung*, Wien: Facultas.
- Kant, Immanuel (2005): *Zum ewigen Frieden*, Stuttgart: Reclam.
- Katz, Elihu / Blumler, Jay G. / Gurevitch, Michael (1974): Utilization of Mass Communication by the Individual, in: Katz, Elihu (Hrsg.), *The Uses of Mass Communications. Current Perspectives on Gratification Research*, Beverly Hills/London: SAGE Publications, S. 19-32.
- Keane, John (1991): *The Media and Democracy*, Cambridge: Polity.
- Kelly, Mary (1983): Influences on Broadcasting Policies for Election Coverage. In: Blumler, Jay G. (Hrsg.): *Communicating to Voters: Television in the First European Parliamentary Elections*, London: Sage, S. 65-82.

- Keohane, Robert O. / Nye, Joseph S. (Hrsg.) (1972): *Transnational Relations and World Politics*, Massachusetts: Harvard University Press.
- Keppinger, Hans Mathias (2009): *Politikvermittlung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Keppinger, Hans Mathias / Weißbecker, Helga (1991): Negativität als Nachrichtenideologie, in: *Publizistik* 36 (3), 330-342.
- Klinger, Ulrike (2011): *Medienmonopole in defekten Demokratien. Media Governance und die Aushandlung von Pluralismus in Italien und Mexiko*, Baden-Baden: Nomos.
- Knobloch-Westerwick, Silvia (2014): *Choice and Preference in Media Use: Advances in Selective Exposure Theory and Research*, New York, NY: Routledge.
- Kohring, Matthias / Matthes, Jörg (2007): Trust in News Media: Development and Validation of a Multidimensional Scale, in: *Communication Research* 34 (2), S. 231-252.
- Kornhauser, William (1959): *The Politics of Mass Society*, Glencoe, IL: The Free Press.
- Kovach, Bill / Rosenstiel, Tom (2001): *The Elements of Journalism: What Newspeople Should Know and the Public Should Expect*, New York: Three Rivers Press.
- Kovach, Bill / Rosenstiel, Tom (2014): *The Elements of Journalism: What Newspeople Should Know and the Public Should Expect*, 3. Aufl., New York: Three Rivers Press.
- Koziol, Helmut (Hrsg.) (2018): *Tatsachenmitteilungen und Werturteile: Freiheit und Verantwortung*, Wien: Jan Sramek.
- Krippendorff, Klaus (2004): *Content Analysis: An Introduction to its Methodology*, 2. Aufl., London: SAGE Publications.
- Ksiazek, Thomas B. / Malthouse, Edward C. / Webster, James G. (2010): News-seekers and Avoiders: Exploring Patterns of Total News Consumption Across Media and the Relationship to Civic Participation, in: *Journal of Broadcasting & Electronic Media* 54 (4), S. 551-568. DOI:10.1080/08838151.2010.519808.
- Künzler, Matthias / Puppis, Manuel / Bauer, Thomas A. (2011): Public Value in Kleinstaaten, in: Karmasin, Matthias / Süßenbacher, Daniela / Gonser, Nicole (Hrsg.), *Public Value: Theorie und Praxis im internationalen Vergleich*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 99-111.

- Ladd, Jonathan M. (2012): *Why Americans Hate the Media and How It Matters*, Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Lasswell, Harold D. (1948): The Structure and Function of Communication in Society, in: Bryson, Lyman (Hrsg.), *The Communication of Ideas. A Series of Addresses*, New York: Harper & Bros., S. 32-51.
- Lazarsfeld, Paul F. / Henry, Neil W. (1968): *Latent Structure Analysis*, Boston: Houghton Mifflin.
- Lazarsfeld, Paul F. / Kendall, Patricia L. (1948): *Radio Listening in America: The People Look at Radio – Again*, New York: Prentice Hall.
- Lengauer, Günther / Plasser, Fritz / Seeber, Gilg (2012): Media Milieus: Politische Informations- und Mediennutzungstypen, in: Plasser, Fritz (Hrsg.), *Erfolgreich wahlkämpfen: Massenmedien und Wahlkampagnen in Österreich*, Wien: facultas.wuv, S. 57-86.
- Lessig, Lawrence (2007): Does Copyright Have Limits? Eldred v. Ashcroft and its Aftermath, in: Fitzgerald, Brian / Coates, Jessica / Lewis, Suzanne (Hrsg.), *Open Content Licensing: Cultivating the Creative Commons*, Sydney University Press, S. 11-25.
- Lessig, Lawrence (2019): *They Don't Represent Us: Reclaiming Our Democracy*, New York: Harper Collins.
- Lievrouw, Leah A. / Livingstone, Sonia (Hrsg.) (2002): *Handbook of New Media: Social Shaping and Social Consequences – Fully Revised Student Edition*, London: SAGE Publications.
- Lijphart, Arend (1999): *Patterns of Democracy: Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*, New Haven/London: Yale University Press.
- Lippmann, Walter (1922): *Public Opinion*, New York: Harcourt, Brace and Company.
- Livingstone, Sonia (2013): The Participation Paradigm in Audience Research, in: *The Communication Review* 16 (1-2), S. 21-30. DOI: 10.1080/10714421.2013.757174.
- Loader, Brian D. / Marcea, Dan (Hrsg.) (2012): *Social Media and Democracy: Innovations in Participatory Politics*, London: Routledge.
- Locke, John (1963): *Two Treatises of Government*, Laslett, Peter (Hrsg.), Cambridge: Cambridge University Press.

- Luhmann, Niklas (2002): *Die Politik der Gesellschaft*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Macpherson, Crawford B. (1977): *The Life and Times of Liberal Democracy*, Oxford University Press.
- Madison, James (1966): *The Federalist Papers*, New York: Doubleday.
- Mancini, Henry (2013) Media Fragmentation, Party System, and Democracy, in: *The International Journal of Press/Politics* 18 (1), S. 43-60.
- Mangold, Frank / Vogelsang, Jens / Scharrow, Michael (2017): Nachrichtennutzung in Deutschland: Eine nutzerzentrierte Repertoireanalyse, in: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 65 (4), S. 1-20.
- Martinsen, Renate (2009): Öffentlichkeit in der „Mediendemokratie“ aus der Perspektive konkurrierender Demokratietheorien, in: Marcinkowski, Frank / Pfetsch, Barbara (Hrsg.), *Politik in der Mediendemokratie*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 37-69.
- Masini, Andrea / Van Aelst, Peter (2017): Actor Diversity and Viewpoint Diversity: Two of a Kind?, in: *Communications* 42 (2), S. 107-126.
- McLeod, Jack M. / Becker, Lee B. (1974): Testing the Validity of Gratification Measures through Political Effects Analysis, in: Blumler, Jay G. / Katz, Elihu (Hrsg.), *The Uses of Mass Communications: Current Perspectives on Gratifications Research*, Beverly Hills: SAGE Publications, S. 137-164.
- McNair, Brian (1998): *The Sociology of Journalism*, Oxford: Oxford University Press.
- McNair, Brian (2005): What is Journalism?, in: De Burgh, Hugo (Hrsg.), *Making Journalists: Diverse Models, Global Issues*, London: Routledge, S. 25-43.
- McQuail, Denis (1992): *Media Performance: Mass Communication and the Public Interest*, London: SAGE Publications.
- McQuail, Denis (1997): *Audience Analysis*, Thousand Oaks/London/New Delhi: SAGE Publications.
- McQuail, Denis (2010): *McQuail's Media and Mass Communication Theory*, 6. Aufl., London: SAGE Publications.
- McQuail, Denis / Deuze, Mark (2020): *McQuail's Media and Mass Communication Theory*, 7. Aufl., London: SAGE Publications.

- Melischek, Gabriele / Seethaler, Josef / Wilke, Jürgen (Hrsg.) (2007): *Medien & Kommunikationsforschung im Vergleich: Grundlagen, Gegenstandsbereiche, Verfahrensweisen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mill, James (1937): *An Essay on Government*, Barker, Ernest (Hrsg.), Cambridge: Cambridge University Press.
- Mill, John Stuart (1873): *Autobiography*, Coss, John Jacob (Hrsg.), New York: Columbia University Press.
- Mill, John Stuart (1951): Considerations on Representative Government, in: Acton, Harry Burrows (Hrsg.), *Utilitarianism, Liberty, and Representative Government*, London: Dent.
- Mill, John Stuart (1980): *The Subjection of Women*, Mansfield, Sue (Hrsg.), Arlington Heights, IL: AHM Publishing.
- Mill, John Stuart (1982): *On Liberty*, Himmelfarb, Gertrude (Hrsg.), Harmondsworth/Baltimore: Penguin.
- Mitschka, Konrad / Unterberger, Klaus (Hrsg.) (2018): *Public Open Space: Zur Zukunft öffentlich-rechtlicher Medien. 55 Beiträge aus österreichischer und internationaler Wissenschaft zur Medienzukunft*, Wien: Facultas.
- Mlitz, Andrea (2008): *Dialogorientierter Journalismus: Leserbriefe in der deutschen Tagespresse*, Konstanz: UVK.
- Montesquieu (1844): *Esprit des lois, avec les notes de l'auteur*, Paris: Librairie de Firmin Didot Frères.
- Moosbrugger, Helfried / Kelava, Augustin (Hrsg.) (2008): *Testtheorie und Fragebogenkonstruktion*, Heidelberg: Springer.
- Mouffe, Chantal (1999): *The Challenge of Carl Schmitt*, London/New York: Verso.
- Mourão, Rachel R. / Thorson, Esther / Chen, Weiyue / Tham, Samuel M. (2018): Media Repertoires and News Trust During the Early Trump Administration, in: *Journalism Studies* 19 (13), S. 1945-1956. DOI: 10.1080/1461670X.2018.1500492.
- Moy, Patricia (2020): The Promise and Perils of Voice, in: *Journal of Communication* 70 (1), S. 1-12.
- Müller, Lisa (2014): *Comparing Mass Media in Established Democracies: Patterns of Media Performance*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.

- Napoli, Philip M. (1999): Deconstructing the Diversity Principle, in: *Journal of Communication* 49 (4), S. 7-34.
- Navarria, Giovanni (2019): *The Networked Citizen: Power, Politics, and Resistance in the Internet Age*, Singapore: Palgrave Macmillan.
- Neuberger, Christoph (1997): Was das Publikum wollen könnte: Autonome und repräsentative Bewertung journalistischer Leistungen, in: Wessler, Hartmut / Matzen, Christiane / Jarren, Otfried / Hasebrink, Uwe (Hrsg.), *Perspektiven der Medienkritik: Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit öffentlicher Kommunikation in der Mediengesellschaft. Dieter Roß zum 60. Geburtstag*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 171-184.
- Neuberger, Christoph (2004): Qualität im Onlinejournalismus, in: Beck, Klaus / Schweiger, Wolfgang / Wirth, Werner (Hrsg.), *Gute Seiten – schlechte Seiten. Qualität in der Onlinekommunikation*, München: Reinhard Fischer, S. 32-57.
- Neuberger, Christoph (2014): Die Identität und Qualität des Journalismus im Internet aus der Sicht des Publikums, in: Loosen, Wiebke / Dohle, Marco (Hrsg.), *Journalismus und (sein) Publikum*, Wiesbaden: Springer VS, S. 229-251.
- Neuberger, Christoph (2018): *Was erwartet die Gesellschaft vom Internet – und was erhält sie?*, Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Neuberger, Christoph / Nuernbergk, Christian / Rischke, Melanie (2009): Profession, Partizipation, Technik: Anbieterbefragung II: Internetjournalismus im Beziehungsgeflecht, in: Neuberger, Christoph / Nuernbergk, Christian / Rischke, Melanie (Hrsg.), *Journalismus im Internet: Profession – Partizipation – Technisierung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 269-293.
- Newhagen, John / Nass, Clifford (1989): Differential Criteria for Evaluating Credibility of Newspapers and TV News, in: *Journalism Quarterly* 66 (2), S. 277-284. DOI:10.1177/107769908906600202.
- Newman, Nic / Fletcher, Richard / Kalogeropoulos, Antonis / Nielsen, Rasmus Kleis (2019): *Reuters Institute Digital News Report 2019*, Oxford: Oxford University, Reuters Institute for the Study of Journalism.
- Nielsen, Rasmus Kleis / Esser, Frank / Levy, David (2013): Comparative Perspectives on the Changing Business of Journalism and Its Implications for Democracy, in: *The*

*International Journal of Press/Politics* 18 (4), S. 383-391. DOI: 10.1177/107640161213497130.

Nightingale, Virginia (Hrsg.) (2011): *The Handbook of Media Audiences*, Oxford: Blackwell Publishing.

Norris, Pippa (2000): *A Virtuous Circle: Political Communications in Postindustrial Societies*, Cambridge: Cambridge University Press.

Norris, Pippa (2001): *Digital Divide: Civic Engagement, Information Poverty, and the Internet Worldwide*, Cambridge: Cambridge University Press.

Norris, Pippa / Inglehart, Ronald (2019): *Cultural Backlash: Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*, Cambridge: Cambridge University Press.

OECD – Observatory of Public Sector Innovation (Hrsg.) (2018): *Crowdsourcing the Mexico City Constitution*, [online] <https://oecd-opsi.org/innovations/crowdsourcing-the-mexico-city-constitution/> [11.07.2020].

Okin, Susan Moller (1979): *Women in Western Political Thought*, Princeton, NJ: Princeton University Press.

Oliver, Richard L. (1980): A Cognitive Model of the Antecedents of Satisfaction Decisions, in: *Journal of Marketing Research* 17 (1), S. 46-49.

Oliver, Richard L. (1997): *Satisfaction: A Behavioural Perspective on the Consumer*, New York: McGraw-Hill.

Olson, Mancur (1965): *The Logic of Collective Action: Public Goods and the Theory of Groups*, Cambridge: Harvard University Press.

O'Neill, Daniel I. / Shanley, Mary Lyndon / Young, Iris Marion (Hrsg.) (2008): *Illusion of Consent – Engaging with Carole Pateman*, University Park: Pennsylvania State University Press.

Oser, Jenifer / Hooghe, Marc (2018): Give Me Your Tired, Your Poor? Support for Social Citizenship Rights in the United States and Europe, in: *Sociological Perspectives* 61 (1), S. 14-18.

Page, Benjamin I. (1996): *Who Deliberates? Mass Media in Modern Democracy*, Chicago, IL: University of Chicago Press.

- Paine, Thomas (1973): *Die Rechte des Menschen*, Stemmler, Theo (Hrsg.), Frankfurt: Suhrkamp.
- Palmgreen, Philip (1984): Der „Uses-and-Gratifications Approach“. Theoretische Perspektiven und praktische Relevanz, in: *Rundfunk und Fernsehen* 32 (1), S. 51-62.
- Pateman, Carole (1970): *Participation and Democratic Theory*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Pateman, Carole (1983): Feminism and Democracy, in: Duncan, Graeme (Hrsg.), *Democratic Theory and Practice*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 204-217.
- Pateman, Carole (1985): *The Problem of Political Obligation: A Critique of Liberal Theory*, Cambridge: Polity.
- Patterson, Thomas E. (1998): The Political Roles of the Journalist, in: Graber, Doris / McQuail, Denis / Norris, Pippa (Hrsg.), *The Politics of News. The News of Politics*, Washington, DC: CQ Press, S. 23-39.
- Patterson, Thomas E. (2000): *Doing Well and Doing Good: How Soft News Are Shrinking the News Audience and Weakening Democracy*, Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Patterson, Thomas E. (2010): *We The People: A Concise Introduction to American Politics*, 9. Aufl., New York: McGraw-Hill Education.
- Patterson, Thomas E. (2013): *Informing the News. The need for knowledge-based journalism*, New York: Vintage.
- Patterson, Thomas E. / Seib, Philip (2005): Informing the Public, in: Overholser, Geneva / Jamieson, Kathleen Hall (Hrsg.), *The Institutions of American Democracy: The press*, Oxford: Oxford University Press, S. 189-202.
- Peifer, Jason T. (2018): Perceived News Media Importance: Developing and Validating a Measure for Personal Valuations of Normative Journalistic Functions, in: *Communication Methods and Measures* 12 (1), S. 55-79. DOI: 10.1080/19312458.2017.1416342.
- Peissl, Helmut / Seethaler, Josef (2020): *Public Value des nichtkommerziellen Rundfunks. Eine Untersuchung im Auftrag der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR), des forums journalismus und medien wien (fjum) und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften*, Wien: RTR.
- Perkins, Douglas D. / Zimmerman, Marc A. (1995): Empowerment Theory, Research, and Application, in: *American Journal of Community Psychology* 23 (5), S. 569-579.

- Pernegger, Maria (2019): *Frauen – Politik – Medien. Jahresstudie 2018. Schwerpunkt Frauen in der Wirtschaft*, Losenstein: Media Affairs.
- Peterson, Theodore (1956): The Social Responsibility Theory of the Press, in: Siebert, Fred / Peterson, Theodore / Schramm, Wilbur (Hrsg.), *Four Theories of the Press: The Authoritarian, Libertarian, Social Responsibility, and Soviet Communist Concepts of What the Press Should Be and Do*, Urbana/Chicago: University of Illinois Press, S. 73-104.
- Pew Research Center (2016): As election nears, voters divided over democracy and ‘respect’, [online] <http://pewrsr.ch/2eK8Oqm> [04.07.2020].
- Pierson, Christopher (1986): *Marxist Theory and Democratic Politics*, Cambridge: Polity.
- Pierson, Christopher (1995): *Socialism after Communism: The New Market Socialism*, Cambridge: Polity.
- Plamenatz, John (1963): *Man & Society. A Critical Examination of Some Important Social & Political Theories from Machiavelli to Marx*, 2 Bde., London: Longman.
- Plasser, Fritz (Hrsg.) (2010): *Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich*, Wien: Facultas WUV.
- Plasser, Fritz / Lengauer, Günther (2010): Politik vor Redaktionsschluss: Kommunikationsorientierungen von Macht- und Medieneliten in Österreich, in: Plasser, Fritz (Hrsg.), *Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich*, Wien: Facultas WUV, S. 53-100.
- Plasser, Fritz / Pallaver, Günther (2017): Österreichische Medien und politische Kommunikation in komparativer Sicht, in: Helms, Ludger / Wineroither, David M. (Hrsg.), *Die österreichische Demokratie im Vergleich*, 2. Aufl., Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 315-336.
- Pocock, John Greville Agard (1975): *The Machiavellian Moment: Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition*, Princeton/London: Princeton University Press.
- Polak, Regina (Hrsg.) (2012): *Zukunft, Werte, Europa: Die Europäische Wertestudie 1990-2010: Österreich im Vergleich*, Wien: Böhlau.
- Porto, Mauro P. (2007): Frame diversity and citizen competence: Towards a critical approach to news quality, in: *Critical Studies in Media Communication* 24 (4), S. 303-321.

- Potter, Robert F. / Bolls, Paul D. (2012): *Psychophysiological Measurement and Meaning: Cognitive and Emotional Processing of Media*, London: Routledge.
- Pöttker, Horst (2000): Kompensation von Komplexität: Journalismustheorie als Begründung journalistischer Qualitätsmaßstäbe, in: Löffelholz, Martin (Hrsg.), *Theorien des Journalismus: Ein diskursives Handbuch*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 375-390.
- Prandner, Dimitri (2019): Politische Informationsrepertoires – Zwischen Informieren und Vertrauen, in: Bacher, Johann / Grausgruber, Alfred / Haller, Max / Höllinger, Franz / Prandner, Dimitri / Verwiebe, Roland (Hrsg.), *Sozialstruktur und Wertewandel in Österreich. Trends 1986-2016*, Wiesbaden: Springer VS, S. 411-438.
- Rager, Günther (1994): Dimensionen der Qualität: Weg aus den allseitig offenen Richterskalen?, in: Bentele, Günter / Hesse, Kurt R. (Hrsg.), *Publizistik in der Gesellschaft: Festschrift für Manfred Rühl*, Konstanz: UVK, S. 189-210.
- Rahe, Paul A. (1994): *Republics Ancient and Modern*, 2 Bde., Chapel Hill: University of North Carolina.
- Randall Kennedy (1998): The Case Against Civility, in: *American Prospect* 41 (Nov./Dez.), S. 84-90.
- Rawls, John (1998): *Politischer Liberalismus*, Frankfurt a. Main: Suhrkamp.
- Rayburn, Jane D. / Palmgreen, Philip (1984): Merging Uses and Gratifications and Expectancy-Value Theory, in: *Communication Research* 11 (4), S. 537-562. DOI: 10.1177/009365084011004005.
- Reagan, Joey (1996): The „Repertoire“ of Information Sources, in: *Journal of Broadcasting and Electronic Media* 40 (1), S. 112-121.
- Reagan, Joey / Pinkleton, Bruce / Chen, Chien-Fei / Aaronson, Dustin (1995): How Do Technologies Relate to the Repertoire of Information Sources?, in: *Telematics and Informatics* 12 (1), S. 21-27.
- Reese, Stephen D. / Gandy Jr., Oscar H. / Grant, August E. (Hrsg.) (2001): *Framing Public Life: Perspectives on Media and Our Understanding of the Social World*, Mahwah, N.J.: Lawrence Erlbaum Associates.
- Reinemann, Carsten / Maurer, Marcus / Zerback, Thomas / Jandura, Olaf (2013): *Die Spätentscheider: Medieneinflüsse auf kurzfristige Wahlentscheidungen*, Wiesbaden: Springer VS.

- Reinemann, Carsten / Stanyer, James / Scherr, Sebastian / Legnante, Guido (2012): Hard and Soft News: A Review of Concepts, Operationalizations and Key Findings, in: *Journalism* 13 (2), S. 221-239.
- Reitze, Helmut / Ridder, Christa-Maria (2006): *Massenkommunikation VII. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung und Medienbewertung 1964-2005*, Baden-Baden: Nomos.
- Renckstorff, Karsten (1977): *Neue Perspektiven in der Massenkommunikationsforschung*, Berlin: Volker Spiëß.
- Rieger, Elmar / Leibfried, Stephan (2004): *Kultur versus Globalisierung: sozialpolitische Theologie in Konfuzianismus und Christentum*, Frankfurt: Suhrkamp.
- Riffe, Daniel / Lacy, Stephen / Fico, Frederick G. (2005): *Analyzing Media Messages: Using Quantitative Content Analysis in Research*, 2. Aufl., New York: Routledge.
- Robinson, Sue (2014): Community Journalism midst Media Revolution, in: *Journalism Practice* 8 (2), S. 113-120.
- Rokeach, Milton (1968): *Beliefs, Attitudes, and Values. A Theory of Organization and Change*, San Francisco: Jossey-Bass.
- Rokeach, Milton (1973): *The Nature of Human Values*, New York: Free Press.
- Ronneberger, Franz (1974): Die politischen Funktionen der Massenmedien, in: Langenbucher, Wolfgang R. (Hrsg.), *Zur Theorie der politischen Kommunikation*, München: Piper, S. 93-205.
- Rosenberg, Milton J. (1956): Cognitive Structure and Attitudinal Affect, in: *Journal of Abnormal and Social Psychology* 53 (3), S. 367-372.
- Rosenberg, Milton J. (1960): An Analysis of Affective-Cognitive Consistency, in: Hovland, Carl I. / Rosenberg, Milton J. (Hrsg.), *Attitude Organization and Change*, New Haven: Yale University Press, S. 15-64.
- Rosenberger, Sieglinde / Stadlmair, Jeremias (2014): Partizipation in Österreich, in: Bertelsmann Stiftung und Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), *Partizipation im Wandel*, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, S. 455-488.
- Rosengren, Karl E. (1973): News Diffusion: An Overview, in: *Journalism Quarterly* 50 (1), S. 83-91.

- Rosengren, Karl E. (1974): Uses and Gratifications: A Paradigm Outlined, in: Blumler, Jay G. / Katz, Elihu (Hrsg.): *The Uses of Mass Communications*, Beverly Hills: SAGE Publications, S. 269-286.
- Rosengren, Karl E. (1981): *Advances in Content Analysis*, Beverly Hills/London: SAGE Publications.
- Rosengren, Karl E. / Carlson, Mats / Tågerud, Yael (1996): Quality in Programming: Views of the North, in: Ishikawa, Sakae (Hrsg.), *Quality Assessment of Television*, Luton: University of Luton Press, S. 3-48.
- Rosengren, Karl E. / Wenner, Lawrence A. / Palmgreen, Philip (Hrsg.) (1985): *Media Gratifications Research. Current perspectives*, Beverly Hills, CA/London/New Delhi: SAGE Publications.
- Ross, Karen / Padovani, Claudia (Hrsg.) (2017): *Gender Equality and the Media: A Challenge for Europe*, New York: Routledge.
- Rössler, Patrick (2007): Media Content Diversity: Conceptual issues and future directions for communication research, in: *Annals of the International Communication Association* 31 (1), S. 464-520.
- Rousseau, Jean-Jacques (1961): *Émile, ou, De l'éducation*, Richard François / Richard, Pierre (Hrsg.), Paris: Garnier frères.
- Rousseau, Jean-Jacques (2001): *Du contrat social*, Bernardi, Bruno (Hrsg.), Paris: GF Flammarion.
- Rubin, Alan M. (2002): The Uses-and-Gratifications Perspective of Media Effects, in: Bryant, Jennings / Zillmann, Dolf (Hrsg.), *Media Effects: Advances in Theory and Research*, Mahwah, NJ: Erlbaum, S. 525-548.
- Rubin, Alan M. (2009): Uses and gratifications. An evolving perspective of media effects, in: Nabi, Robin L. / Oliver, Mary Beth (Hrsg.), *The SAGE handbook of media processes and effects*, Los Angeles/London: SAGE Publications, S. 147-159.
- Ruß-Mohl, Stefan (1992): Am eigenen Schopfe...: Qualitätssicherung im Journalismus. Grundfragen, Ansätze, Näherungsversuche, in: *Publizistik* 37 (1), S. 83-96.
- Sachs, Lothar / Hedderich, Jürgen (2009): *Angewandte Statistik.*, 13. Aufl., Heidelberg: Springer.
- Sanders, Lynn M. (1997): Against Deliberation, in: *Political Theory* 25 (3), S. 347-376.

- Saxer, Ulrich (1974): Funktionen der Massenmedien in der modernen Gesellschaft, in: Kurzrock, Ruprecht (Hrsg.), *Medienforschung*, Berlin: Colloquium, S. 22-33.
- Saxer, Ulrich (1995): Von wissenschaftlichen Gegenständen und Disziplinen und den Kardinalsünden der Zeitungs-, Publizistik-, Medien-, Kommunikationswissenschaft, in: Schneider, Beate / Reumann, Kurt / Schiwy, Peter (Hrsg.), *Publizistik: Beiträge zur Medienentwicklung: Festschrift für Walter J. Schulz*, Konstanz: UVK, S. 39-55.
- Schaal, Gary S. / Heidenreich, Felix (2013): Politik der Gefühle: Zur Rolle von Emotionen in der Demokratie, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 63 (32-33), S. 3-19.
- Schatz, Heribert / Schulz, Winfried (1992): Qualität von Fernsehprogrammen: Kriterien und Methoden zur Beurteilung von Programmqualität im dualen Fernsehsystem, in: *Media Perspektiven* 1992 (11), S. 690-712.
- Schenk, Michael (1987): *Medienwirkungsforschung*, Tübingen: J. C. B. Mohr.
- Schenk, Michael (2002): *Medienwirkungsforschung*, 2. Aufl., Tübingen: Mohr Siebeck.
- Schenk, Michael (2007): *Medienwirkungsforschung*, 3. Aufl., Tübingen: Mohr Siebeck, Kindle-Version.
- Schiller, Dietmar (2002): *Brennpunkt Plenum: Die Präsentation von Parlamenten im Fernsehen. Britisches House of Commons und Deutscher Bundestag im Vergleich*, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Schmidt, Jan (2017): *Das neue Netz: Merkmale, Praktiken und Folgen des Web 2.0.*, 2. Aufl., Köln: Halem.
- Schmidt, Manfred G. (2000): *Demokratietheorien*, 3. Aufl., Opladen: Leske + Budrich.
- Schmidt, Manfred G. (2008): *Demokratietheorien. Eine Einführung*, 5. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schuck, Andreas R. T. (2017): Media Malaise and Political Cynicism, in: Rössler, Patrick (Hrsg.), *The International Encyclopedia of Media Effects*, Malden, MA: Wiley-Blackwell. DOI: 10.1002/9781118783764.wbieme0066.
- Schudson, Michael (1998): *The Good Citizen: A History of American Public Life*, New York: The Free Press.
- Schudson, Michael (2001): The Objectivity Norm in American Journalism, in: *Journalism* 2(2), S. 149-170.

- Schudson, Michael (2004): Click Here for Democracy: A History and Critique of an Information-Based Model of Citizenship, in: Jenkins, Henry / Thorburn, David (Hrsg.), *Democracy and New Media*, Cambridge: MIT, S. 49-60.
- Schudson, Michael (2008): *Why Democracies Need an Unloveable Press*, Cambridge: Polity.
- Schulz, Winfried (1989): Massenmedien und Realität: Die „ptolemäische“ und die „kopernikanische“ Auffassung, in: Kaase, Max / Schulz, Winfried (Hrsg.), *Massenkommunikation: Theorien, Methoden, Befunde*, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderhefte 30, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 135-149.
- Schulz, Winfried (2007): Politische Medienwirkungen: Fortschritte der Kommunikationsforschung, in: Krause, Birgit / Fretwurst, Benjamin / Vogelsang, Jens (Hrsg.), *Fortschritte der politischen Kommunikationsforschung. Festschrift für Lutz Erbring*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 35-50.
- Schulz, Winfried (2011): *Politische Kommunikation: Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung*, 3. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schumpeter, Joseph (1976): *Capitalism, Socialism and Democracy*, London: Allen and Unwin.
- Schweiger, W. (2007): *Theorien der Mediennutzung: Eine Einführung*. Wiesbaden: VS.
- Schweiger, Wolfgang (2017): *Der (des)informierte Bürger im Netz: Wie soziale Medien die Meinungsbildung verändern*, Wiesbaden: Springer VS.
- Seethaler, Josef (2010): Öffentliche Aufgabe und Wahrhaftigkeitspflicht in der Berichterstattung: Kommunikationswissenschaftliche Aspekte, in: Koziol, Helmut / Seethaler, Josef / Thiede, Thomas (Hrsg.), *Medienpolitik und Recht: Media Governance, Wahrhaftigkeitspflicht und sachgerechte Haftung* [Media politics and law], Wien: Sramek, S. 65-80.
- Seethaler, Josef (2013): Politics, in: Simonson, Peter / Peck, Janice / Craig, Robert T. / Jackson, John P. (Hrsg.), *Handbook of Communication History. ICA handbook series*, London/New York: Routledge, S. 302-314.
- Seethaler, Josef (2015a): Medienqualität: Anspruch und Wirklichkeit - die österreichische Situation, in: Berka, Walter / Grabenwarter, Christoph / Holoubek, Michael (Hrsg.), *Qualitätssicherung im Rundfunk und in den Online-Medien*, Wien: Manz, S. 21-40.

- Seethaler, Josef (2015b): *Qualität des tagesaktuellen Informationsangebots in den österreichischen Medien. Eine crossmediale Untersuchung*, Wien: RTR.
- Seethaler, Josef (2016): *Media Pluralism in Austria: A Test Implementation of the Media Pluralism Monitor 2015*, Florence: European University Institute – Centre for Media Pluralism and Media Freedom (CMPF).
- Seethaler, Josef (2019): Journalismus im Wandel, in: Hanitzsch, Thomas / Seethaler, Josef / Wyss, Vinzenz (Hrsg.), *Journalismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 213-236.
- Seethaler, Josef / Beaufort, Maren (2015): *Qualität des tagesaktuellen Informationsangebots in den österreichischen Medien – Codebuch*, CMC-Forschungsberichte, Wien: ÖAW.
- Seethaler, Josef / Beaufort, Maren (2019): Recent Developments on Freedom and Pluralism of Media in Austria, in: Giannakopoulos, Angelos (Hrsg.), *Media, Freedom of Speech, and Democracy in the EU and Beyond*, Tel Aviv: S. Daniel Abraham Center for International and Regional Studies, Tel Aviv University, S. 116-130.
- Seethaler, Josef / Beaufort, Maren (2020): *Monitoring Media Pluralism in Europe: Application of the Media Pluralism Monitor 2020 in the European Union, Albania & Turkey. Country Report: Austria*, Florence: European University Institute.
- Seethaler, Josef / Beaufort, Maren / Dopona, Valentina (2017): *Media Pluralism Monitor 2016: Monitoring Risks for Media Pluralism in the EU and Beyond. Country Report: Austria*, Florence: European University Institute – Centre for Media Pluralism and Media Freedom (CMPF).
- Seethaler, Josef / Beaufort, Maren / Dopona, Valentina (2018): *Monitoring Media Pluralism in Europe. Country Report: Austria*, Florence: European University Institute – Centre for Media Pluralism and Media Freedom (CMPF).
- Seethaler, Josef / Melischek, Gabriele (2006): Die Pressekonzentration in Österreich im europäischen Vergleich, in: *Österreichische Zeitschrift Für Politikwissenschaft* 35 (4), S. 337-360.
- Seethaler, Josef / Melischek, Gabriele (2007): International vergleichende Mediengeschichte, in: Melischek, Gabriele / Seethaler, Josef / Wilke, Jürgen (Hrsg.), *Medien & Kommunikationsforschung im Vergleich: Grundlagen, Gegenstandsbereiche, Verfahrensweisen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 43-73.

- Seethaler, Josef / Melischek, Gabriele (2010): Journalismus und Politik in den österreichischen Nationalratswahlkämpfen 1999-2008, in: Kaltenbrunner, Andy / Karmasin, Matthias / Kraus, Daniela (Hrsg.), *Der Journalisten-Report III: Politikjournalismus in Österreich*, Wien: Facultas, S. 139-160.
- Seethaler, Josef / Melischek, Gabriele (2014): Phases of Mediatization: Empirical Evidence from Austrian Election Campaigns since 1970, in: *Journalism Practice* 8 (3), S. 258-278. DOI:10.1080/17512786.2014.889443. Reprint in: Strömbäck, Jesper / Esser, Frank (Hrsg.), *Making Sense of Mediatized Politics: Theoretical and Empirical Perspectives*, New York/London: Routledge, S. 114-134.
- Seethaler, Josef / Melischek, Gabriele (2015): Koexistenzen von scheinbar Inkompatiblen? Zum Wandel der österreichischen Medien- und Kommunikationsstrukturen, in: Altmeppen, Klaus-Dieter / Donges, Patrick / Künzler, Matthias / Puppis, Manuel / Röttger, Ulrike / Wessler, Hartmut (Hrsg.), *Soziale Ordnung durch Kommunikation?*, Baden-Baden: Nomos, S. 67-88.
- Seethaler, Josef / Melischek, Gabriele (2019): Twitter as a Tool for Agenda-Building in Election Campaigns? The Case of Austria, in: *Journalism* 20 (8), S. 1087-1107.
- Serong, Julia (2017): *Medienqualität und Publikum: Zur Entwicklung einer integrativen Qualitätsforschung*, Köln: von Halem.
- Seufert, Wolfgang / Wilhelm, Claudia (2014): *Mediennutzung als Zeitallokation – Zum Einfluss der verfügbaren Zeit auf die Medienauswahl*, Baden-Baden: Nomos.
- Sherif, Muzafer / Hovland, Carl Iver (1964): *Social Judgment*, New Haven, CT: Yale University Press.
- Shirky, Clay (2008): *Here comes everybody: the power of organizing without organizations*, New York: Penguin Press.
- Siltanen, Janet / Stanworth, Michelle (Hrsg.) (1984): *Women and the Public Sphere*, London: Hutchinson.
- Simon, Adam F. / Jerit, Jennifer (2007): Toward a Theory Relating Political Discourse, Media, and Public Opinion, in: *Journal of Communication* 57 (2), S. 254-271.
- Skovsgaard, Morten / Albaek, Erik / Bro, Peter / de Vreese, Claes (2012): Media Professionals and Organizational Marionettes? Professional Values and Constraints of Danish

- Journalists, in: Weaver, David Hugh / Willnat, Lars (Hrsg.), *The Global Journalist in the 21st Century*, New York: Routledge, S. 155-170.
- Stark, Birgit (2014): Informationsverhalten im 21. Jahrhundert: Eine repertoire-orientierte Analyse veränderter Nutzungsmuster, in: Kleinen-von Königslöw, Katharina / Förster, Kati (Hrsg.), *Medienkonvergenz und Medienkomplementarität aus Rezeptions- und Wirkungsperspektive*, Baden-Baden: Nomos, S. 37-57.
- Stark, Birgit / Karmasin, Matthias (2009): Österreich – Land der Zeitungleser auch im Zeitalter des Internets? Eine empirische Analyse zum Verhältnis von Print und Online, in: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 57 (3), S. 353-374.
- Stark, Birgit / Kist, Edgar L. (2018): Mediennutzung, in: Krone, Jan / Pellegrini, Tassilo (Hrsg.), *Handbuch Medienökonomie*, Wiesbaden: Springer VS, S. 1-21. DOI: [10.1007/978-3-658-09632-8\\_57-2](https://doi.org/10.1007/978-3-658-09632-8_57-2).
- Steinmaurer, Thomas / Wenzel, Corinna (2015): *Public Network Value: Public Value-Studie des ORF in Kooperation mit dem Bayerischen Rundfunk*, Wien: ORF.
- Steinmaurer, Thomas / Wenzel, Corinna (2018): The Public Network Value, in: Mitschka, Konrad / Unterberger, Klaus (Hrsg.), *Public Open Space*, Wien: Facultas, S. 320-324.
- Strohmeier, Gerd (2004): *Politik und Massenmedien: Eine Einführung*, Baden-Baden: Nomos.
- Strömbäck, Jesper (2005): In Search of a Standard: Four Models of Democracy and Their Normative Implications for Journalism, in: *Journalism Studies* 6 (3), S. 331-345. DOI: [10.1080/14616700500131950](https://doi.org/10.1080/14616700500131950).
- Strömbäck, Jesper / Tsfati, Yariv / Boomgaarden, Hajo / Damstra, Alyt / Lindgren, Elina / Vliegenhart, Rens / Lindholm, Torun (2020): News Media Trust and its Impact on Media Use: Toward a Framework for Future Research, in: *Annals of the International Communication Association* 44 (2), S. 139-156.
- Swanson, David L. (1999): About This Issue, in: *Political Communication* 16 (3): S. 203-207.
- Swart, Joëlle / Peters, Chris / Broersma, Marcel (2017): Navigating Cross-media News Use: Media Repertoires and the Value of News in Everyday Life, in: *Journalism Studies* 18 (11), S. 1343-1362. DOI: [10.1080/1461670X.2015.1129285](https://doi.org/10.1080/1461670X.2015.1129285).
- Taneja, Harsh / Webster, James G. / Malthouse, Edward C. / Ksiazek, Thomas B. (2012): Media Consumption Across Platforms: Identifying User-defined Repertoires, in: *New Media Society* 14 (6), S. 951-968. DOI: [10.1177/1461444811436146](https://doi.org/10.1177/1461444811436146).

- Trappel, Josef (2019): Medienkonzentration – trotz Internet kein Ende in Sicht, In: Karmasin, Matthias / Oggolder, Christian (Hrsg.), *Österreichische Mediengeschichte*, Bd. 2. Wiesbaden: Springer VS, S. 199-226.
- Trappel, Josef / Nieminen, Hannu / Nord, Lars W. (Hrsg.) (2011): *The Media for Democracy Monitor: A Cross National Study of Leading News Media*, Gothenburg: Nordicom, [online] <https://www.nordicom.gu.se/sv/publikationer/media-democracy-monitor> [08.07.2020]
- Trepte, Sabine (2016): Medienkompetenz, in: Krämer, Nicole C. / Schwan, Stephan / Unz, Dagmar / Suckfüll, Monika (Hrsg.), *Medienpsychologie: Schlüsselbegriffe und Konzepte*, 2. Aufl., Stuttgart: Kohlhammer, S. 108-113.
- Trepte, Sabine / Burkhardt, Steffen / Weidner, Wiebke (2008): *Wissenschaft in den Medien präsentieren: Ein Ratgeber für die Scientific Community*, Frankfurt: Campus Verlag.
- Trilling, Damian (2014): Grenzen der Selektivität: Kann der Selective-Exposure-Ansatz komplementäre und komplexe Nutzungsmuster erklären?, in: Kleinen-von Königslöw, Katharina / Förster, Kati (Hrsg.), *Medienkonvergenz und Medienkomplementarität aus Rezeptions- und Wirkungsperspektive*, Baden-Baden: Nomos, S. 77-92.
- Trilling, Damian / Schönbach, Klaus (2013): Patterns of News Consumption in Austria: How Fragmented Are They?, in: *International Journal of Communication* 2013 (7), S. 929-953.
- Tsfati, Yariv / Meyers, Oren / Peri, Yoram (2006): What is Good Journalism? Comparing Israeli Public and Journalists' Perspectives, in: *Journalism* 7 (2), S. 152-173.
- Udris, Linards / Vogt, Viktor / de Rosa, Stefano (2017): *Medienqualität im Ländervergleich: Schweiz und Schweden: ein Vergleich verschiedener Pressetypen in zwei ähnlichen Ländern*, Zürich: fög – Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft/Universität Zürich.
- Urban, Juliane / Schweiger, Wolfgang (2014): News Quality from the Recipients' Perspective. Investigating recipients' ability to judge the normative quality of news, in: *Journalism Studies* 15 (6), S. 821-840. DOI: 10.1080/1461670X.2013.856670.
- Vaccari, Cristian (2013): *Digital Politics in Western Democracies: A Comparative Study*, Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Vajda, Mihály (1978): The State and Socialism, in: *Social Research* 45 (4), S. 844-865.

- Van Aelst, Peter / Strömbäck, Jesper / Aalberg, Toril / Esser, Frank / De Vreese, Claes / Matthes, Jörg / Hopmann, David / Salgado, Susana / Hubé, Nicolas / Stępińska, Agnieszka / Papathanassopoulos, Stylianos / Berganza, Rosa / Legnante, Guido / Reinemann, Carsten / Sheaffer, Tamir / Stanyer, James (2017): Political communication in a high-choice media environment: a challenge for democracy?, in: *Annals of the International Communication Association*, 41 (1), S. 3-27. DOI: 10.1080/23808985.2017.1288551.
- Van der Wurff, Richard / Schoenbach, Klaus (2014): Civic and Citizen Demands of News Media and Journalists: What Does the Audience Expect from Good Journalism?, in: *Journalism & Mass Communication Quarterly* 91 (3), S. 433-451.
- Van Rees, Kees / Van Eijck, Koen (2003): Media Repertoires of Selective Audiences: The Impact of Status, Gender, and Age on Media Use, in: *Poetics* 31 (5-6), S. 465-490.
- Verba, Sidney / Schlozman, Kay L. / Brady, Henry E. (1995): *Voice and Equality: Civic Voluntarism in American Politics*, Cambridge: Harvard University Press.
- Vermunt, Jeroen K. / Magidson, Jay (2010): *Latent GOLD 4.0 User's Guide*, Belmont, MA: Statistical Innovations Inc.
- Vitak, Jessica / Ellison, Nicole B. / Carr, Caleb T. (2011): It's Complicated: Facebook Users' Political Participation in the 2008 Election, In: *Cyberpsychology, Behavior, and Social Networking* 14 (3): S.107-114. DOI:10.1089/cyber.2009.0226
- Vlasic, Andreas (2010): Über Geschmack lässt sich nicht streiten – über Qualität schon? Zum Problem der Definition von Maßstäben für publizistische Qualität, in: Beck, Klaus / Schweiger, Wolfgang / Wirth, Werner (Hrsg.), *Gute Seiten – schlechte Seiten: Qualität in der Online-Kommunikation*, München: R. Fischer, S. 15-32.
- Voltmer, Katrin (1999): *Medienqualität und Demokratie: Eine empirische Analyse publizistischer Informations- und Orientierungsleistungen in der Wahlkampf-kommunikation*, Baden-Baden: Nomos.
- Vonbun-Feldbauer, Ramona / Grüblbauer, Johanna / Berghofer, Simon / Krone, Jan / Beck, Klaus / Steffan, Dennis / Dogruel, Leyla (2020): *Regionaler Pressemarkt und Publizistische Vielfalt: Strukturen und Inhalte der Regionalpresse in Deutschland und Österreich 1995-2015*, Wiesbaden: Springer VS.

- Voorhoof, Dirk et al. / McGonagle, Tarlach (Hrsg.) (2017): *Freedom of Expression, the Media and Journalists: Case-law of the European Court of Human Rights*, IRIS Themes, Strasbourg: European Audiovisual Observatory.
- Vorderer, Peter (2015): Der mediatisierte Lebenswandel, in: *Publizistik* 60 (3), S. 259-276.
- Vowe, Gerhard / Wolling, Jens (2004); *Radioqualität – was die Hörer wollen und was die Sender bieten. Vergleichende Untersuchung zu Qualitätsmerkmalen und Qualitätsbewertungen von Radioprogrammen in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Hessen*, München: kopaed.
- Wahl-Jorgensen, Karen (2001): Letters to the Editor as a Forum for Public Deliberation: Modes of Publicity and Democratic Debate, in: *Critical Studies in Mass Communication* 18 (3), S. 303-320.
- Waisbord, Silvio (2013): *Reinventing Professionalism: Journalism and News in Global Perspective*, Cambridge: Polity.
- Wallner, Regina Maria (2018): *Digitale Medien zwischen Transparenz und Manipulation: Internet und politische Kommunikation in der repräsentativen Demokratie*, Wiesbaden: Springer.
- Ward, Stephen J. A. (2020): Journalism Ethics, in: Wahl-Jörgensen, Karin / Hanitzsch, Thomas (Hrsg.), *The Handbook of Journalism Studies*, 2. Aufl., New York: Routledge, S. 308-322.
- Weber, Max (1988): Politik als Beruf, in: Weber, Max, *Gesammelte Politische Schriften*, Winckelmann, Johannes (Hrsg.), 5. Aufl., Tübingen: J. C. B. Mohr, S. 505-560.
- Webster, James G. (2011): The Duality of Media: A Structural Theory of Public Attention, in: *Communication Theory* 21 (1), S. 43-66.
- Webster, James G. / Phalen, Patricia F. (1994): Victim, Consumer, or Commodity? Audience Models in Communication Policy, in: Ettema, James S. / Whitney, D. Charles (Hrsg.), *Audiencemaking: How the Media Create the Audience*, London: SAGE Publications, S. 19-37.
- Weibull, Lennart (1985): Structural Factors in Gratifications Research, in: Rosengren, Karl E. / Wenner, Lawrence A. / Palmgreen, Philip (Hrsg.): *Media Gratifications Research. Current perspectives*, Beverly Hills, CA/London/New Delhi: SAGE Publications, S. 123-147.

- Weidenbach, Bernhard (2019): Ist das Informationsangebot der Medien bei uns alles in allem sehr gut, gut, schlecht oder sehr schlecht? Statista-Umfrage zur Qualität des Informationsangebots der Medien in Deutschland, [online] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/661278/umfrage/qualitaet-des-informationsangebots-der-medien-in-deutschland/> [06.07.2020].
- Weinstein, Emily C. (2014): The Personal is Political on Social Media. Online Civic Expression Patterns and Pathways Among Civically Engaged Youth, in: *International Journal of Communication* 8 (24), S. 210-233.
- Weischenberg, Siegfried (1995): *Journalistik: Theorie und Praxis aktueller Medienkommunikation*, Bd. 2, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Weischenberg, Siegfried (2002): *Journalistik: Theorie und Praxis aktueller Medienkommunikation*, Bd. 2, 2. Aufl., Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Weischenberg, Siegfried (2003): Leistung und journalistisches Bewusstsein: Zur „subjektiven Dimension“ der Qualitätsdebatte, in: Bucher, Hans-Jürgen / Altmeyen, Klaus-Dieter (Hrsg.), *Qualität im Journalismus: Grundlagen – Dimensionen – Praxismodelle*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 163-178.
- Weischenberg, Siegfried (2006): Medienqualitäten: Zur Einführung in den kommunikationswissenschaftlichen Diskurs über Maßstäbe und Methoden zur Bewertung öffentlicher Kommunikation, in: Weischenberg, Siegfried / Loosen, Wiebke / Beuthner, Michael (Hrsg.), *Medien-Qualitäten: Öffentliche Kommunikation zwischen ökonomischem Kalkül und Sozialverantwortung*, Konstanz: UVK, S. 9-34.
- Weiß, Ralph (1999): „Praktischer Sinn“, soziale Identität und Medienrezeption, in: Hasebrink, Uwe / Rössler, Patrick (Hrsg.): *Publikumsbindungen. Medienrezeption zwischen Individualisierung und Integration*, München: Fischer, S. 113-136.
- Weiß, Ralph / Magin, Melanie / Hasebrink, Uwe / Jandura, Olaf / Seethaler, Josef / Stark, Birgit (2016): Publizistische Qualität im medialen Wandel – eine normativ begründete Standortbestimmung, in: Werner, Petra / Rinsdorf, Lars / Pleil, Thomas / Altmeyen, Klaus-Dieter (Hrsg.), *Verantwortung – Gerechtigkeit – Öffentlichkeit: Normative Perspektiven auf Kommunikation*, Konstanz: UVK, S. 27-50.
- Wellbrock, Christian-Matthias / Klein, Konstantin (2014): Journalistische Qualität – eine empirische Untersuchung des Konstrukts mithilfe der Concept Map Methode, in: *Publizistik* 59 (4), S. 387-410.

- Wessler, Hartmut (1999): *Öffentlichkeit als Prozeß*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wessler, Hartmut (2008): Investigating Deliberativeness Comparatively, in: *Political Communication* 25 (1), S. 1-22.
- Wessler, Hartmut (2018): *Habermas and the Media*, Cambridge: Polity.
- Wessler, Hartmut / Rinke, Eike Maria (2014): Deliberative Performance of Television News in Three Types of Democracy: Insights from the United States, Germany, and Russia, in: *Journal of Communication* 64 (5), S. 827-851.
- Westdeutscher Rundfunk (Hrsg.) (2019): Glaubwürdigkeit der Medien 2019, [online] [https://presse.wdr.de/plounge/wdr/programm/2019/11/\\_pdf/20191120\\_WDR\\_Glaubwuuerdigkeit\\_Medien.PDF](https://presse.wdr.de/plounge/wdr/programm/2019/11/_pdf/20191120_WDR_Glaubwuuerdigkeit_Medien.PDF) [06.07.2020].
- Wildenmann, Rudolf / Kaltefleiter, Werner (1965): *Funktionen der Massenmedien: Demokratische Existenz heute*, Frankfurt am Main/Bonn: Athenäum.
- Williams, Bruce A. / Delli Carpini, Michael X. (2011): *After Broadcast News: Media Regimes, Democracy, and the New Information Environment*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Williams, Raymond (1960): *Culture and Society 1780-1950*, New York: Columbia University Press.
- Wimmer, Jeffrey (2007): *(Gegen-)Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft. Analyse eines medialen Spannungsverhältnisses*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wolling, Jens (2002): Aufmerksamkeit durch Qualität? Empirische Befunde zum Verhältnis von Nachrichtenqualität und Nachrichtennutzung, in: Baum, Achim / Schmidt, Siegfried (Hrsg.), *Fakten und Fiktionen*, Konstanz: UVK, S. 202-216.
- Wolling, Jens (2003): Medienqualität, Glaubwürdigkeit und politisches Vertrauen, in: Donsbach, Wolfgang / Jandura, Olaf (Hrsg.): *Chancen und Gefahren der Mediendemokratie*, Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Bd. 30, Konstanz: UVK, S. 333-349.
- Wolling, Jens (2004): Qualitätserwartungen, Qualitätswahrnehmungen und die Nutzung von Fernsehserien: Ein Beitrag zur Theorie und Empirie der subjektiven Qualitätsauswahl von Medienangeboten, in: *Publizistik* 49 (2), S. 171-193.

- Wolling, Jens (2006a): Medienqualität aus Rezipientensicht: Test eines qualitätsbasierten Selektionsmodells im Rahmen eines Mehr-Methoden-Projekts, in: Weischenberg, Siegfried / Loosen, Wiebke / Beuthner, Michael (Hrsg.), *Medien-Qualitäten. Öffentliche Kommunikation zwischen ökonomischem Kalkül und Sozialverantwortung*, Konstanz: UVK, S. 457-475.
- Wolling, Jens (2006b): Zur Logik der Mediamalaise-Forschung, in: Wirth, Werner / Fahr, Andreas / Lauf, Edmund (Hrsg.), *Forschungslogik und -design in der Kommunikationswissenschaft*, Bd. 2, *Anwendungsfelder in der Kommunikationswissenschaft*, Köln: Halem, S. 243-263.
- Wollstonecraft, Mary (1982): *Vindication of the Rights of Woman*, Harmondsworth: Penguin.
- Wood, Gordon S. (1969): *The Creation of the American Republic*, Chapel Hill: University of North Carolina Press.
- Wright, Charles R. (1975): Social Structure and Mass Communication Behavior. Exploring Patterns through Constructional Analysis, in: Coser, Lewis A. (Hrsg.): *The Idea of Social Structure. Papers in Honor of Robert K. Merton*, New York: Harcourt Brace Janivich, S. 379-413.
- Wyss, Vinzenz (2002): *Redaktionelles Qualitätsmanagement: Ziele – Normen – Ressourcen*, Konstanz: UVK.
- Yale, Robert N. / Jensen, Jakob D. / Carcioppolo, Nick / Sun, Ye / Liu Miao (2015): Examining First- and Second-Order Factor Structures for News Credibility, in: *Communication Methods and Measures* 9 (3), S. 152-169. DOI: 10.1080/19312458.2015.1061652.
- Yuan, Elaine (2011): News Consumption Across Multiple Media Platforms: A Repertoire Approach, in: *Information, Communication & Society* 14 (7), S. 998-1016.
- Zaller, John (2003): A New Standard of News Quality: Burglar Alarms for the Monitorial Citizen, in: *Political Communication* 20 (2), S. 109-130.
- Zerback, Thomas (2013): *Publizistische Vielfalt: Demokratischer Nutzen und Einflussfaktoren*, Konstanz: UVK.
- Zubayr, Camille / Geese, Stefan (2009): Die Informationsqualität der Fernsehnachrichten aus Zuschauersicht, in: *Media Perspektiven* 2009 (4), S. 158-173.

Zukin, Cliff / Keeter, Scott / Andolina, Molly / Jenkins, Krista / Delli Carpini, Michael X.  
(2006): *A New Engagement? Political Participation, Civic Life, and the Changing American Citizen*, New York: Oxford University Press.

## ANHANG

---

### Abstract D

Ziel der vorliegenden Dissertation ist ein *demokratiethoretisch fundierter, multiperspektivischer, methodisch innovativer* Beitrag, der durch eine Verknüpfung der Mediennutzungs- und Angebotsseite mit der normativen Perspektive der Medienqualitätsforschung evaluiert, inwieweit die in Österreich primär genutzten Informationsangebote einerseits einer demokratischen Medienqualität und andererseits den Erwartungen der Nutzer\*innen dieser Informationsangebote entsprechen. Ein anschließender Zeitvergleich untersucht Veränderungen der Medienqualität in den letzten Jahren.

Die theoretische Reflexion der grundlegenden Frage, wie demokratische Medienqualität in Zeiten gesellschaftlichen und medialen Wandels wissenschaftlich verstanden und angemessen erfasst werden kann, führte zu einer demokratiethoretischen Fundierung der Medienqualitätsforschung, die dem durch den gesellschaftlichen Wandel bedingten Wandel des Demokratieverständnisses, der öffentlichen Sphäre und damit der Rolle der Medien Rechnung trägt, indem sie zwischen zwei grundsätzlich unterschiedlichen (wenn auch keineswegs einander ausschließenden und derzeit nebeneinander existierenden) Demokratieverständnissen differenziert, die seit der griechischen Antike als „Prototypen“ gelten: dem liberal-repräsentativen und dem partizipatorischen Verständnis. Idealerweise verschiebt sich der Fokus von Politik und Öffentlichkeit von der auf Mehrheitsfindung und Mehrheitsentscheidung ausgerichteten transparenten Debatte weltanschaulicher Ideen in der liberal-repräsentativen Demokratie zur Artikulation persönlicher Anliegen, die der Vernetzung bedürfen und in gesellschaftliche Inklusion und kontinuierliche Mitgestaltung des Gemeinwesens münden, in der partizipatorischen Demokratie. Dem *informed citizen*, der Entscheidungsmacht an politische Vertreter und Machtkontrolle an die Medien delegiert, steht der *empowered citizen* oder *networked citizen*, der in Entscheidungsprozessen und Kontrollmechanismen mitwirkt und seine Anliegen vernetzt, gegenüber.

Beruhend auf dieser, die gesamte Konzeption der Untersuchung bestimmenden Differenzierung werden die aus der *Demokratiethorie begründeten Qualitätsanforderungen* mit der *Angebots- und Nutzungsdimension* insofern *relational verknüpft*, als die *theoriegeleitet operationalisierten normativen Anforderungen* mit den *Informationsrepertoires*, den *Erwartungen* aus der *Nutzungsperspektive* und den genutzten *Inhalten der Informationsangebote in Beziehung gesetzt* werden. Dafür wurde ein heuristisches

Stufenmodell zur theoriegeleiteten normativen Medienqualitätsforschung entwickelt. Der mit den Informationsrepertoires angesprochene Medienrepertoire-Ansatz ist die adäquate Antwort auf die der demokratietheoretischen Fundierung inhärente Notwendigkeit, die *Gesamtheit* der von *bestimmten Personengruppen* regelmäßig zur Informationsgewinnung genutzten Medien zu analysieren.

Ausgehend von der Überlegung, dass unterschiedliche Demokratieverständnisse aus normativer Perspektive einen divergenten Umgang von Medien mit demokratischer Öffentlichkeit nahelegen, wird forschungsleitend danach gefragt, ob sich diese unterschiedlichen Demokratieverständnisse auch bei den Mediennutzer\*innen und in den Informationsangeboten der Medien, aus denen sich die Informationsrepertoires zusammensetzen, wiederfinden lassen, inwieweit Entsprechungen zwischen den in Funktionserwartungen der Nutzer\*innen und der für eine demokratische Öffentlichkeit relevanten Qualität der Informationsangebote vorliegen und inwieweit sich der Fokus der genutzten Informationsangebote mit der Zeit verändert hat.

Methodisch wurden als Basis aller weiteren Untersuchungsschritte anhand der Daten der für den *Digital News Report 2019* des Reuters-Instituts durchgeführten repräsentativen Befragung der österreichischen Bevölkerung und mit Hilfe einer latenten Klassenanalyse (Software: LatentGOLD 5.1) fünf Nutzungsklassen ermittelt, und zwar basierend auf den für die tagesaktuelle Information primär genutzten Medientypen. Die fünf Nutzungsklassen unterscheiden sich sowohl durch das Ausmaß der Wahrscheinlichkeit, mit der sie bestimmte Medientypen nutzen, als auch in der Breite und Zusammensetzung ihrer (klassenintern weithin gemeinsam genutzten) Informationsrepertoires. Sie unterscheiden sich auch in soziodemografischer Hinsicht und im Hinblick auf ihr Interesse an Nachrichten und Politik. Gegenüber einer früheren Erhebung aus dem Jahr 2008 hat sich der Anteil jener beiden Nutzungsklassen, die geringes Interesse an Politik haben, von 27 auf 44 % erhöht. Zusammen mit einer im mittleren Interessensbereich anzusiedelnden Klasse erhöht sich der Anteil auf 78 %. Die Informationsrepertoires dieser drei Klassen bestehen – unterschiedlich zusammengesetzt und unterschiedlich breit – primär aus Angeboten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der Boulevardpresse (besonders: der *Kronen Zeitung*): Beide Angebotstypen prägen seit den 1970er Jahren den österreichischen Medienmarkt. Die beiden weiteren Klassen, in denen das Interesse an Politik stark ausgeprägt ist, haben die breitesten Informationsrepertoires, umfassen aber zusammen nur 22 %. Die davon etwa 7 % umfassenden *Heavy News User* sind prononciert liberal-repräsentativ orientiert, die etwa 15 % umfassenden *Online News User* einem partizipatorischen Demokratieverständnis näher.

Auf der Differenzierung nach Informationsnutzungsklassen aufbauend, wurde theoriegeleitet – ausgehend von den im theoretischen Teil der vorliegenden Arbeit umfassend erörterten divergierenden Demokratieverständnissen – und gemäß des entwickelten heuristischen Stufenmodells ein Untersuchungsinstrument ausgearbeitet, das die von den Nutzer\*innen erwarteten Medienfunktionen und die Qualität der genutzten Informationsangebote zueinander in Beziehung setzt. Dafür bedurfte es zunächst auf der Ebene der Funktionserwartungen einer Anbindung der Nutzungsdimension an die normative Dimension. Alle fünf im Fragebogen des *Reuters Instituts* gestellten Fragen zu den Medienfunktionen ließen sich gemäß den beiden grundlegenden Demokratieverständnissen differenzieren. Dementsprechend gingen Informationsfunktion (differenzierbar nach liberal-repräsentativer und partizipatorischer Interpretation), Kontrollfunktion (im Sinne einer liberal-repräsentativen Beobachtung) und Orientierungsfunktion (im Sinne einer Grundlegung partizipatorischen Empowerments) in den theoriegeleiteten Operationalisierungsprozess ein. Die dann folgende Verknüpfung der Funktionsebene mit der Ebene der Qualitätsdimensionen (innerhalb der normativen Dimension) erfolgte durch Ableitung der Qualitätsdimensionen aus den Funktionserwartungen. Auf dieser Ebene war anschließend die Anbindung der Angebotsseite zu leisten, sohin die in einer Inhaltsanalyse der Informationsangebote codierten Qualitätsmerkmale mit den theoretisch hergeleiteten Qualitätsdimensionen zu verknüpfen. Infolge dieses Abgleichs wurden die Qualitätsdimensionen *Relevanz*, *Vielfalt* und *Professionalität* hinsichtlich ihrer liberal-repräsentativen und partizipatorischen Merkmale operationalisiert. Die Inhaltsanalyse der Informationsangebote bezieht sich auf das Jahr 2018 und wurde im Rahmen des (in Österreich vom Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung geförderten) D-A-CH-Projekts *Media Performance and Democracy* durchgeführt. Für den inhaltlichen Vergleich auf Angebotsseite konnten die 2014 erhobenen inhaltsanalytischen Daten des von der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH geförderten Projekts *Qualität des tagesaktuellen Informationsangebots der österreichischen Medien* herangezogen werden.

Die in drei Thesen im Sinne der eingangs dargelegten forschungsleitenden Frage formulierten Annahmen konnten weitgehend bestätigt werden.

Wie in These 1 angenommen, entsprechen die Funktionserwartungen unterschiedlicher Nutzungsklassen an die demokratische Leistung der Medien unterschiedlichen Demokratieverständnissen, wobei die Klassen nach einem Kontinuum von stark liberal-repräsentativ bis stark partizipatorisch geordnet werden konnten. Auf liberal-repräsentativer Seite sind (mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen in den einzelnen Nutzungsklassen) die

Informationsfunktion im Sinne der Vermittlung gesellschaftlich relevanter Nachrichten und eines Negativismus vermeidenden professionellen Stils als auch die Kontrollfunktion der Medien die für das Vertrauen in die Medien ausschlaggebenden Faktoren. Auf partizipatorischer Seite sind das die Orientierungsfunktion im Sinne einer Verständnis- und Einordnungsleistung als auch die Informationsfunktion im Sinne persönlich relevanter Nachrichten.

Entsprechend These 2 konnte gezeigt werden, dass die Qualität des tagesaktuellen Informationsangebots jener Medien, die von den einzelnen Klassen zur Erfüllung des Informationsbedürfnisses herangezogen werden, ihren jeweiligen Erwartungshaltungen an die demokratische Leistung der Medien weitestgehend entspricht. Das kann mit aller Vorsicht dahingehend interpretiert werden, dass das weit verbreitete relativ geringe Interesse an Politik nicht auf die Art und Weise, wie Medien über Politik berichten, zurückzuführen sein dürfte. Dafür spricht auch, dass der Anteil und politik-distanten *und* informations-aversen Nutzer\*innen seit 2008 bei rund 20 % stabil bleibt.

Die in These 3 erwarteten Fokusverschiebungen in der Qualität der Angebote in den verschiedenen Informationsrepertoires zwischen 2014 und 2018 treffen schließlich vor allem hinsichtlich der liberal-repräsentativen Nutzungsklassen zu; ein partizipatorisches Demokratieverständnis wird von den genutzten Medienangeboten 2018 nur partiell stärker unterstützt als 2014. Ohne aus dem Vergleich zweier Jahre einen Trend ableiten zu können, ist dennoch in den Informationsangeboten eine gegenläufige Entwicklung bezogen auf den gesellschaftlichen Wandel erkennbar, den es für Wissenschaft und Medienpraxis gilt im Auge zu behalten, um die Rolle der Medien in einer demokratischen Öffentlichkeit zu wahren.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich die beiden grundsätzlich unterschiedlichen Demokratieverständnisse sowohl bei den Mediennutzer\*innen als auch in den Informationsangeboten der Medien wiederfinden lassen. Auf Nutzungsseite spiegeln sie sich in den Funktionserwartungen wider, die die Nutzer\*innen an die Medien haben, und zwar derart, dass sich die Informationsnutzungsklassen nach unterschiedlichen und unterschiedlich stark ausgeprägten Funktionserwartungen beschreiben lassen, die den Demokratieverständnissen entsprechen. Diesen Funktionserwartungen entspricht auf Angebotsseite die Qualität der Medienangebote der einzelnen Informationsrepertoires, deren Merkmale ebenso aus den Demokratieverständnissen ableitbar sind. Die in dieser Studie erstmals auf eine integrative Analyse von Nutzungs- und Angebotsseite angewandte Differenzierung einer demokratietheoretischen Grundlegung der Medienqualitätsforschung hat sich damit durchgängig bewährt.

## Abstract E

The aim of the present dissertation is to make a multi-perspective and methodologically innovative contribution based on democratic theory and linking the media use and supply side with a normative perspective. It evaluates the extent to which the information offered by media outlets primarily used in Austria correspond to a democratic media quality on the one hand and to the expectations of the users of these media outlets on the other. A subsequent time comparison examines changes in media quality in recent years.

The theoretical reflection on the fundamental question of how democratic media quality can be scientifically understood and adequately measured in times of social and media change led to a democratic theoretical foundation of media quality research that takes into account the change in the understanding of democracy, the public sphere and thus the role of the media. Most basically, two fundamentally different (though by no means mutually exclusive) understandings of democracy can be differentiated that have been considered “prototypes” since the ancient Greece: a liberal-representative and a participatory understanding. Ideally, the focus of politics and the public shifts from a transparent debate of ideological ideas in liberal-representative democracy, which is geared towards finding a majority and making majority decisions, to the articulation of personal concerns, which require networking and lead to social inclusion and continuous participation in shaping the community, in participatory democracy. The *informed citizen*, who delegates decision-making power to political representatives and power control to the media, contrasts with the *empowered citizen* or *networked citizen*, who participates in decision-making processes and control mechanisms.

In line with this differentiation, which determines the entire conception of the study, the requirements of media quality based on democratic theory are relationally linked with the supply and demand side in so far as the theory-led operationalised normative requirements are related to the information repertoires of the users, their expectations on the functions of the media, and the content of the used media. For this purpose, a heuristic five-step model for theory-based normative media quality research has been developed. The media repertoire approach addressed by the above-mentioned information repertoires is the adequate answer to the necessity inherent in the democratic theoretical foundation of analysing the *totality* of the media regularly used by *certain* groups of people to obtain information.

Based on the consideration that different understandings of democracy suggest divergent perceptions of a democratic public sphere and specific roles of the media, the study will focus on whether these different understandings of democracy can be found among media

users as well as in the content of the media outlets that make up the information repertoires, to what extent the quality of information provided by the media relevant to a democratic public sphere correspond to the functional expectations of users, and to what extent the quality of the information provided by the media has changed over time.

Methodologically, five classes of users were determined as the basis for all further research steps using the data from the representative survey of the Austrian population conducted for the *Digital News Report 2019* of the Reuters Institute and with the help of a Latent Class Analysis (LCA, using the software LatentGOLD 5.1). The classification is based on media types primarily used for daily information. The five classes of users differ both in the degree of probability with which they use certain media types and in the breadth and composition of their information repertoires (widely shared within a class). They also differ in socio-demographic terms and in their interest in news and politics. Compared to an earlier survey from 2008, the share of those two user classes with little interest in politics has increased from 27 to 44 %. Together with a class in the middle interest area, the share increases to 78 %. The information repertoires of these three classes consist primarily of public broadcasting outlets and tabloid newspapers (especially the *Kronen Zeitung*), although their composition and breadth varies: Both, the public service broadcaster and the *Kronen Zeitung*, have been shaping the Austrian media market since the 1970s. Two further classes in which interest in politics is strongly pronounced have the broadest information repertoires, but together they account only for 22 %. The *heavy news users*, about 7 % of whom are heavy news users, have a pronounced liberal-representative orientation, while the *online news users*, about 15 %, are closer to a participatory understanding of democracy.

Based on the differentiation according to classes of users, a research instrument was worked out, which relates the media functions expected by the users and the quality of the information provided by the media to each other. To do this, it was first necessary to link the user dimension to the normative dimension at the level of functional expectations. All five questions on media functions asked in the Reuters Institute's questionnaire could be differentiated according to the two basic understandings of democracy. Accordingly, the information function (differentiable according to liberal-representative and participatory interpretations), control function (in the sense of a liberal-representative monitoring) and orientation function (in the sense of participatory empowerment) were included in the theory-based operationalisation process. The subsequent linking of the functional level with the level of quality dimensions (within the normative dimension) was achieved by deriving the quality dimensions from the functional expectations. At this level the connection of the supply side had

to be performed, i.e. the quality characteristics coded in a content analysis of media outlets had to be linked with the theoretically derived quality dimensions. As a result of this comparison, the quality dimensions *relevance*, *diversity* and *professionalism* were operationalised with regard to their liberal-representative and participatory characteristics. The content analysis of media outlets refers to the year 2018 and was carried out within the framework of the D-A-CH project “Media Performance and Democracy” (funded in Austria by the Austrian Science Fund FWF). The content analysis data collected in 2014 as part of the project “Quality of the Austrian Media’s Daily Information Supply”, which was funded by the Austrian Regulatory Authority for Broadcasting and Telecommunications (RTR), could be used for the comparison of the supply side.

The assumptions formulated in three theses and in accordance with the research-leading aim of the study were largely confirmed.

As assumed in thesis 1, the functional expectations of different classes of users regarding the democratic performance of the media correspond to different understandings of democracy, whereby the classes could be ordered according to a continuum from strongly liberal-representative to strongly participatory. On the liberal-representative side (with different emphases in the individual user classes), the information function in the sense of conveying socially relevant news and a professional style that avoids negativism, as well as the control function of the media are the decisive factors for trust in the media. On the participatory side, these are the orientation function in terms of an empowering understanding of news as well as the information function in terms of personally relevant news.

In accordance with thesis 2, it could be shown that the quality of the daily information provided by those media outlets that are used by the various classes of users to fulfil their information needs largely corresponds to the users’ expectations of the democratic performance of the media. This can be interpreted with all due caution that the widespread relatively low level of interest in politics is unlikely to be attributable to the way the media report on politics. This interpretation is also supported by the fact that the proportion of users who are distant from politics *and* averse to information has remained stable at around 20 % since 2008.

The shifts in focus in the quality of information provided by the media outlets that make up the various information-repertoires between 2014 and 2018 (as expected in thesis 3) ultimately apply above all with regard to the liberal-representative user classes; a participatory understanding of democracy is only partially supported more strongly by the media in 2018 than in 2014. Without being able to deduce a trend from the comparison of two years, an

opposite development is nevertheless discernible in the quality of the information provided by the media in relation to social change. This must be kept in mind by scientists and media practitioners in order to preserve the role of the media in a democratic public sphere.

In summary, it can be said that the two fundamentally different understandings of democracy can be found both among media users as well as in the quality of information provided by the media. On the user side, they are reflected in the functions that users expect to be fulfilled by the media. Moreover, the user classes that could be determined in Austria can be described according to different and differently pronounced functional expectations that correspond to the understanding of democracy. On the supply side, these functional expectations are to a great extent matched by the quality of the information provided by the media outlets of which the information repertoires of the various user classes are composed. All these quality attributes can also be derived from the two basic understandings of democracy. The differentiation of a democratic-theoretical foundation of media quality research, applied for the first time in this study to an integrative analysis of the use and supply sides, has thus consistently proven its worth.

Eidesstattliche Erklärung gemäß §7 (4) der PromO Fak GW der Universität Hamburg

- 1) Bei der vorliegenden Dissertation handelt es sich um mein eigenständig erstelltes Werk, das den Regeln guter wissenschaftlicher Praxis entspricht.

The submitted doctoral dissertation is my own work and to the rules of proper scientific conduct.

- 2) Ich habe nur die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und mich keiner unzulässigen Hilfe bedient. Insbesondere habe ich wörtliche und nicht wörtliche Zitate aus anderen Werken als solche kenntlich gemacht.

I did not seek unauthorized assistance and I have employed no other sources or means except the ones listed. I clearly marked any direct and indirect quotations derived from the works others.

- 3) Die Arbeit oder Teile davon habe ich bislang nicht an einer Hochschule des In- oder Auslandes als Bestandteil einer Prüfungs- oder Qualifikationsleistung vorgelegt.

I did not yet present this doctoral dissertation or parts of it at any other higher education institution in Germany or abroad.

- 4) Ich bin damit einverstanden, dass die Arbeit zum Zwecke des Plagiatsabgleichs in elektronischer Form versendet, gespeichert und verarbeitet wird.

I agree that for the purpose of assessing plagiarism the dissertation may be electronically forwarded stored and processed.

- 5) Die Richtigkeit der vorstehenden Erklärung bestätige ich.

I hereby confirm the accuracy of the affirmation above.

Wien, 8.8.2020

Maren Birgit Marina Beaufort

## Lebenslauf

Entfällt aus datenschutzrechtlichen Gründen.